Verlag von Duncker & Humblot in Leipzig.

Verlag von Duncker & Humblot in Leipzig.

Leopold von Ranke's

Sämmtliche Werke.

Einunddreißigster und zweiunddreißigster Band.

Die deutschen Mächte und der Fürstenbund.

Leipzig,
Verlag von Duncker & Humblot.
1875.

Die deutschen Mächte

und

der Fürstenbund.

Deutsche Geschichte von 1780 bis 1790

von

Leopold von Ranke.

Zweite Ausgabe.

Leipzig,
Verlag von Duncker & Humblot.
1875.

Vorwort.

Ich lege der deutschen Nation ein Stück ihrer Geschichte vor, das an unsre Zeiten nahe heranreicht, aber wie mir scheint noch *nicht* genügend bekannt ist.

Vom Frieden von Hubertsburg bis zu den ersten Einwirkungen der französischen Revolution genoß Deutschland — einen einzigen Kriegssturm ausgenommen, der rasch vorüberzog — den Segen und die innerlich belebenden Anregungen des Friedens.

Jedermann kennt die culturhistorische und literarische Bedeutung dieser Zeiten, namentlich des Jahrzehnts, das ich zu schildern gedenke. Eine sehr anziehende Arbeit wäre es, die mannichfaltigen, mit der literarischen Production zusammenhängenden, aber auf das bürgerliche und öffentliche Leben bezüglichen Bestrebungen, welche in derselben Zeit die verschiedenen landschaftlichen Staatsgenossenschaften belebten und erfüllten, zu vergegenwärtigen; Thätigkeiten von einer gewissen Einheit im Princip, aber unendlich verschieden durch die Zustände, in denen man sich befand, das Maß der Einsicht, die Thatkraft und den mehr oder minder guten Willen, die man dabei einsetzte. Neben den namhaften Autoren der Epoche

könnte man eine Gallerie der in Staat und Leben wirksamen Persönlichkeiten aus allen Kreisen der Verwaltung aufstellen; wie manches vergessene Verdienst würde dabei zu Tage kommen.

Diese friedlich wetteifernden Bestrebungen beschäftigten alle Geister; sie gaben dem deutschen Vaterlande den Charakter einer gebildeten, in allseitiger Fortentwickelung begriffenen Welt. Ich werde dieselben doch nur vorübergehend berühren: meine Aufgabe ist eine andere. Ich fasse eine dritte Seite des allgemeinen Lebens der Nation, ihre inneren Conflicte in Beziehung auf die Gesammtverfassung ins Auge.

Noch bestand das deutsche Reich in den altherkömmlichen Formen, aber zersetzt durch den religiösen Zwiespalt, und vor allem durch die großen Autonomien, die sich in Verbindung mit demselben erhoben hatten. Diese standen einander in großartiger Gestaltung und eingeborner Kraft unüberwindlich gegenüber. Ihr Widerstreit betraf von jeher auch die Verfassung des Reichs. Die Wirksamkeit der Reichsgemeinschaft ward durch die Machtbestrebungen einzelner Staatsgewalten unaufhörlich durchbrochen und selbst durch die gefährdet, welche die höchste Autorität repräsentirte. Grade im Gegensatze mit ihr erwachten die auf die Wiederbelebung des Reiches gerichteten Tendenzen. Inmitten der großen wissenschaftlichen und künstlerischen, civilisatorischen und administrativen Probleme, die der deutsche Geist zu lösen versuchte, erscheint auch das Vorhaben der Regeneration des Reiches, nicht in rasch gefaßten, rasch verfliegenden Idealen, sondern in historischer Realität auf der gegebenen Grundlage, den veränderten Zuständen gemäß. Der Conflict, der hierüber in den achtziger Jahren des achtzehnten Jahrhunderts ausbrach, bildet eine der merkwürdigsten Abwandlungen im Leben der deutschen Nation. Die kräftigste Entwickelung der vorwaltenden Staaten trifft mit dem Bedürfniß der Erhaltung oder vielmehr der Erneuerung der Reichsverbindung zusammen.

Wenn die historischen Studien, ohne an diesem Ereigniß vorbeizugehen, ihm doch nicht die umfassende Forschung gewidmet haben, deren es würdig ist; so rührt das daher, daß eine andere Epoche folgte, in welcher die Existenz der Nation als solcher beinahe vernichtet und nur unter einem allgemeinen Umschwung der Weltverhältnisse durch die schwersten und ruhmvollsten Kämpfe gerettet wurde, — worauf sich nothwendig die Aufmerksamkeit vorzugsweise richtete.

Die deutsche Nation wurde durch die überlegene Machtbildung des revolutionären Frankreichs überwältigt, ehe sie mit der ihren zum Ziel gelangt war. Was nun aber bis dahin versucht wurde; und wie weit man es damit vorläufig brachte — die deutsche Geschichte unmittelbar vor der Revolution — ist wohl einer neuen Darstellung werth.

Bei näherem Herantreten an den Gegenstand ergab sich eine überraschend reiche Information. Glücklicherweise sind die Zeiten vorüber, in welchen man mit vermeinten Geheimnissen engherzig zurückhielt. Das preußische Staatsarchiv habe ich in weitestem Umfang benutzen können. Auch das österreichische wurde mir mit einer dem Genius der Zeit entsprechenden Liberalität eröffnet: ich verdanke ihm die wichtigsten Aufklärungen. Die Theilnahme der Reichsfürsten an den allgemeinen Angelegenheiten lernte ich aus dem braunschweigischen, vornehmlich aber aus dem hiefür unschätzbaren weimarischen Archive kennen. Für andere Fragen konnte ich die niederländischen Archive consultiren.

Es war fast nicht so sehr meine Wahl, als meine Pflicht, den gesammelten Stoff und die daraus neu gewonnenen Anschauungen dem Publikum vorzulegen. Unmöglich wäre es, unter allen den Kämpfen der Macht und der Ideen, welche die größten Entscheidungen in sich tragen, keine Meinung darüber zu haben. Dabei aber kann doch das Wesen der Unparteilichkeit gewahrt bleiben.

Denn dies besteht nur darin, daß man die agirenden Mächte in ihrer Stellung anerkennt, und die einer jeden eigenthümlichen Beziehungen würdigt. Man sieht sie in ihrem besonderen Selbst erscheinen, einander gegenübertreten, und mit einander ringen; in diesem Gegensatz vollziehen sich die Begebenheiten und die weltbeherrschenden Geschicke. Objectivität ist zugleich Unparteilichkeit.

Inhalt.

Analecten.

Auswahl aus den Correspondenzen.

Erstes Capitel.

Ansicht der Verhältnisse zwischen Preußen und Oesterreich von 1769 bis 1779.

Friedrich hatte Schlesien dem Hause Oesterreich abgerungen: eine zweite Absicht aber, die er hegte, das Kaiserthum von diesem Hause loszureißen, und die oberste Gewalt im Reiche auf einer breiteren Grundlage neuzugestalten, die hatte er nicht erreicht. Die ruhmwürdige Fürstin, welche Schlesien verlor, eroberte das Kaiserthum mit ihren Waffen: sie überlieferte es ihrem Gemahl aus dem Hause Lothringen, und nach dessen Tode ihrem Sohn. In Wahrheit war sie der Kaiser: das Kaiserthum war und blieb ein Bestandtheil der Macht von Oesterreich. Bei ihrer Hofburg war der Sitz des Reichshofraths; von Wien aus wurde das Reichskammergericht geleitet, und das Uebergewicht der Stimmen am Reichstag zu Regensburg festgehalten. Wie vor Alters, so schloß sich auch fortan das geistliche Fürstenthum, der Katholicismus überhaupt an Oesterreich an; im Reiche spielte der Eroberer von Schlesien nur die Rolle, die ihm als einem der ersten Reichsfürsten zukam: freilich durch seine Kriegsmacht und seinen Ruhm über allen Vergleich hinausgehoben.

Wie aber der Verlust und der Gewinn auf beiden Seiten das Ergebniß eines großen, nicht allein deutschen, sondern europäischen Kampfes, und die beiden Mächte nicht allein deutsche, sondern europäische waren, so bildete auch ihr Gegensatz einen der wichtigsten Momente der allgemeinen Weltverhältnisse.

Ihren Antagonismus schildern zu wollen, würde heißen: die Geschichte der Epoche überhaupt schreiben; in dem engen Rahmen einer Einleitung würde sich nur schon Gesagtes wiederholen, und für das Neue, das noch zu sagen wäre, keine Ueberzeugung hervorrufen lassen. Wie das Drama sich nicht durch lange Prologe vorbereitet, sondern durch dramatische Scenen, so will ich den Eingang meiner Erzählung nicht durch reflectirende Uebersicht einer frühern

Epoche bilden, sondern durch Erinnerung an einige Ereignisse, in denen die vorwaltenden Persönlichkeiten und Tendenzen in unmittelbarer Wirksamkeit erscheinen.

Ich beginne mit der zwiefachen Zusammenkunft des Königs Friedrich und des Kaisers Joseph: denn unter dem Widerstreit that sich auch allmählich, namentlich in Bezug auf die europäischen Angelegenheiten, das Bedürfniß einer Verständigung und der Wunsch einer solchen hervor.

Auf den jungen Kaiser hatte niemals etwas größern Eindruck gemacht, als daß der Fürst eines mittelmäßigen Territorialstaates den großen Mächten, die sonst nur zu drohen gebraucht hatten, um Folgeleistung zu finden, als sie ihre Waffen gemeinschaftlich gegen ihn wandten, nicht allein Widerstand zu leisten vermochte, sondern sie nöthigte, einen ihnen nachtheiligen Frieden mit ihm zu suchen; er war davon durchdrungen, daß Oesterreich einer innern Regeneration bedürfe, um sich einmal wieder mit ihm zu messen. Er theilte die allgemeine Bewunderung, welche der König in der Welt erweckte, aber zugleich sah er einen allezeit gefährlichen Feind in ihm. Von seinem Beispiel dachte er Mittel und Wege zum Kampfe gegen ihn zu entnehmen [1]).

Begierig, die Welt zu sehen und sich durch Reisen zu unterrichten, besuchte Joseph im Jahre 1766 das Schlachtfeld von Torgau, auf welchem Friedrich das österreichische Kriegsheer, das dem seinen an Zahl bei weitem überlegen war, aus den festesten Positionen zu weichen genöthigt hatte. Doppelt lebhaft ergriff ihn hier der Wunsch, den gewaltigen Kriegskapitän, dem dies gelungen war, kennen zu lernen [2]). Ein preußischer höherer Offizier war zugegen, und es hätte den Kaiser nur ein Wort gekostet, um eine Zusammenkunft herbeizuführen. Denn unleugbar ist es, daß auch der König eine solche wünschte. Aber in Wien war man wenigstens Anfangs sehr dagegen. Fürst Kaunitz sah dabei tausend Unannehmlichkeiten voraus; er fürchtete selbst, daß der König Einfluß auf den Kaiser gewinnen möchte. Er lag der Kaiserin an, in diesem Sinne ihrem Sohn zu schreiben. Später als man Annäherungen von Friedrichs Seite bemerkte, war man nicht so sehr dagegen, weil eine Ablehnung den König verletzen könne. Allein indessen hatte der Kaiser die

1) S. das erste Schreiben Josephs an Maria Theresia: in der Sammlung ihres Briefwechsels von Arneth; vom April 1761.

2) connaître un homme, que je ne puis nier piquer terriblement ma curiosité (bei Arneth I, 181).

Weisung seiner Mutter empfangen und war ihr gefolgt [1]). In einer Zusammenkunft mit dem preußischen General Kameke sprach er das Wort, das dieser erwartete, nicht aus; er unterdrückte seinen Wunsch, der noch immer sehr lebendig war, den bewunderten Herrscher kennen zu lernen. Er sah dann bei der Fortsetzung der Reise, die nach Oberschlesien führte, mit einiger Bekümmerniß von einer Höhe her die verlorenen Provinzen, die er nicht betreten sollte.

Im Jahre 1768, bei dem Wiederausbruch des Krieges zwischen Rußland und der Türkei, von welchem Oesterreich sehr nahe berührt wurde, schien es der Kaiserin und dem vorwaltenden Staatsmann selbst rathsam, dem Begehren Josephs Statt zu geben. Oesterreich rüstete damals, um, wenn es nöthig sei, zu Gunsten der Türkei einzuschreiten. Es schien der Mühe werth, über die Haltung, welche König Friedrich, der Verbündete Rußlands, in diesem Kampfe einzunehmen denke, ins Klare zu kommen. Der österreichische General Nugent, der als Gesandter in Berlin fungirte, machte die Eröffnung dazu [2]). Friedrich hätte einige auf Polen und auf die französisch-englischen Verhältnisse bezügliche Fragen vorher beantwortet zu sehen gewünscht: daß man dem in Wien auswich, hinderte ihn jedoch nicht auf den Antrag einzugehn. Denn auch ihn verlangte, mit dem Kaiser anzuknüpfen. Die Zusammenkunft ward auf die letzten Tage des August festgesetzt, in welcher Zeit sich der König ohnehin in Schlesien befand, wo sie am leichtesten Statt finden konnte. Der Kaiser, der soeben von einer Reise aus Italien zurückkam, ließ vernehmen, von alle dem, was er bis jetzt gesehen habe, sei doch nichts mit der Bekanntschaft zu vergleichen, die er dort zu machen Gelegenheit finden werde. Indem er aber der Befriedigung seines Wunsches, in welchem sich Neugier, Bewunderung und wie berührt unbezwungene feindselige Gefühle seltsam mischten, entgegensah, ward ihm auch ein politischer Auftrag zu Theil: er sollte dem König Zutrauen einflößen, ihm alle Besorgniß vor ferneren feindseligen Absichten Oesterreichs ausreden und ihm zugleich zeigen, daß man auf seine Verbindung mit Rußland nicht eifersüchtig sei.

Am 25. August 1769 traf Joseph in Neiße ein. Er hatte sich ausbedungen, in dem Incognito eines Grafen von Falkenstein zu

1) Die Vorlagen des Staatskanzlers an die Kaiserin sind von Beer in seiner Abhandlung, die Zusammenkünfte Josephs II. und Friedrichs II. zu Neiße und Neustadt (Archiv für österreichische Geschichte Bd. 47 H. 1) mitgetheilt worden. (Anmerkung der neuen Ausgabe.)

2) Die ersten Eröffnungen hat er im November 1768 gemacht.

bleiben, in welchem er überhaupt seine Reisen machte, und in einem Gasthof (zu den drei Kronen) Wohnung zu nehmen. Bei seiner Ankunft fuhr er jedoch zunächst bei der Wohnung des Königs vor, der ihn an der Treppe erwartete und sogleich zu der Mittagstafel zog, die denn lange genug dauerte, um eine erste allgemeine Bekanntschaft zu begründen. Der Kaiser war verwundert, daß die anwesenden Prinzen, der Bruder des Königs, der durch seine äußere Unscheinbarkeit, und der Neffe desselben, der dagegen durch hohe Gestalt und männliche Schönheit auffiel, dem König gegenüber gern ein ehrfurchtsvolles Schweigen beobachteten. Dieser sprach fast allein; nur Joseph schwieg dann nicht. Bald nach der Tafel besuchte ihn der König in dem Gasthof, und sie hatten ein langes Zwiegespräch, das sich an den beiden folgenden Tagen, von militärischen Uebungen unterbrochen und zugleich belebt, fortsetzte. Diese gefielen dem Kaiser eigentlich am besten; die Gespräche machten ihn befangen und unbehaglich. Wohl merkwürdig, diese beiden Fürsten, den ergrauten wettererprobten Helden, der eine glorreiche Vergangenheit hatte, und den jugendlich aufstrebenden Kaiser, der einer glänzenden Zukunft entgegenging, hier in vertraulichem Verkehr mit einander zu sehen. Die Unterhaltung berührte alle Dinge der Welt, unter andern die Vorgänge des letzten Krieges. Joseph erstaunte, mit welcher Bescheidenheit der König über seine Kriegsthaten sprach. Seinen Gegnern ließ er im mündlichen Verkehr wie in seinen Schriften volle Gerechtigkeit widerfahren. Ueber die Literatur ging man leicht hinweg: die Hauptsache war für den Einen und den Andern die politische Discussion. Joseph sagte mehrere Male in den stärksten Ausdrücken, daß man in Oesterreich nicht mehr an Schlesien denke. Der König wurde davon nicht vollkommen überzeugt; aber von höchster Bedeutung war es immer, daß die beiden Fürsten unter den obwaltenden Schwankungen der europäischen Verhältnisse einander versprachen, was immer geschehen möge, den zwischen ihnen wiederhergestellten Frieden zu beobachten. Friedrich sah darin mit Recht eine Bestätigung und Verstärkung der Verträge von Dresden und Hubertusburg. Die französisch-englischen Irrungen, welche das Uebergewicht zur See betrafen, machten dabei keine Schwierigkeit: bei weitem verfänglicher aber waren die Beziehungen zu Rußland. Joseph, noch der Gegner Catharina's, rühmte ihre Talente: er sagte wohl, sie habe den Geist einer gebornen Herrscherin [1]). Friedrich, ihr Verbündeter, ließ nicht

1) cervello di regina.

unbemerkt, daß das Anwachsen der russischen Macht eine Gefahr in sich schließe, der man bei Zeiten vorbeugen sollte: denn mit den Türken werde die Kaiserin ihren Frieden nicht schließen, ohne ansehnliche Eroberungen gemacht zu haben: nach dem türkischen Kriege werde sie einen schwedischen anfangen. „Sire", sagte Joseph, „Sie sind unsere Vorwacht gegen Rußland; wofern Sie vor uns Ruhe haben, werden Sie mit den Russen leicht fertig werden." Der König versetzte: für ihn sei die Allianz mit Rußland, wiewohl er demselben sehr ungern Subsidien zahle, doch eine Nothwendigkeit. Sie berührten da den Hauptmoment ihrer Politik. Wenn sie sich verstanden, so konnten sie das Ueberhandnehmen der russischen Macht allerdings verhindern. Friedrich machte den Kaiser auf die Einwirkungen welche Rußland in den ungarisch-österreichischen Gebieten ausüben könne, aufmerksam und erinnerte ihn, denselben vorzubeugen, namentlich durch Toleranz gegen die griechisch Gläubigen: denn schon habe man in Breslau erlebt, daß von Kaufleuten dieses Glaubens die russischen Siege über die Türkei festlich begangen worden: so stark sei die religiöse Sympathie derselben mit Rußland; — Bemerkungen, die an sich auf der Hand lagen, die aber doch eine größere Theilnahme des Königs an dem Wohlergehen Oesterreichs verriethen, als man ihm zutraute. Wie einst den Franzosen gegenüber, so wünschte er Oesterreich auch neben Rußland aufrecht erhalten zu sehen: wohl verstanden, ohne sein Verhältniß mit dieser Macht zu stören. Von seinen Ministern noch besonders aufmerksam gemacht, daß der Wiener Hof das Bundesverhältniß des Königs zu Rußland nur zu lockern suche [1]), vermied er alles, was dahin führen konnte. Aber so weit kam es doch, daß die beiden Fürsten einander zusagten, sich durch den russischen Krieg in keinerlei Feindseligkeiten gegen ihre beiderseitigen Staaten fortreißen zu lassen. Der König hielt das für vollkommen vereinbar mit seiner russischen Allianz: er trug kein Bedenken, es dem Kaiser schriftlich auszusprechen, der ihm in einem eigenhändigen Schreiben dieselbe Versicherung gab. Die Zusammenkunft zu Neiße bildet in so fern einen bedeutenden Moment der deutschen Geschichte, als die beiden vorwaltenden Fürsten die Erhaltung der Neutralität von Deutschland bei den bevorstehenden allgemeinen Zerwürfnissen im Osten, sowie im Westen einander zusagten. Auch unter den veränderten Verhältnissen schien eine ge-

1) Wie Finkenstein es ausdrückt: affoiblir les liens, qui unissent V. M. à la Russie.

meinschaftliche Politik möglich: man sprach von gemeinsamen Interessen und dem durch die beiden Mächte zu erhaltenden Frieden innerhalb des Reiches und in der Welt.

Wären nur diese Stimmungen fester begründet und nachhaltiger gewesen. Friedrich zweifelte nicht, daß es Joseph mit dem Versprechen, ihn nicht angreifen zu wollen, ehrlich meine; aber ein eigentliches Vertrauen flößte ihm doch die Persönlichkeit desselben nicht ein. Es ist, sagt er, ein junger Mann voll von Ehrgeiz, noch zurückgehalten durch seine Mutter, deren Joch er mit Ungeduld trägt. Er geht mit großen Entwürfen schwanger. Kömmt er einmal zur Gewalt, so wird er etwas unternehmen, vielleicht gegen Venedig oder gegen Schlesien: man kann das noch nicht bestimmen. Wenn er Herr sein wird, so wird Europa in Flammen stehen [1].

Und auch Joseph, auf den die geistige Superiorität Friedrichs und sein ganzes Wesen einen tiefen Eindruck gemacht hatte, wie man aus dem Briefe sieht, den er an ihn schrieb, traute doch keineswegs seinen friedlichen Gesinnungen. „Er spricht sehr viel", schreibt er seiner Mutter; „aber jedem Wort, das er sagt, liegt irgend eine Absicht zu Grunde. Er mag den Frieden wünschen, aber nicht aus Liebe dazu, sondern weil er sieht, daß er den Krieg gegenwärtig nicht mit Vortheil würde führen können."

So sind die beiden Fürsten einander damals begegnet: mit einem aufrichtigen Wunsch gegenseitiger Verständigung, der denn auch zu einem in sich bedeutenden Ausdruck gelangte; aber das Mißtrauen des Einen gegen den Andern, das aus den einmal eingenommenen Stellungen und der Natur beider Staaten entsprang, ward durch die persönliche Bekanntschaft nicht gehoben, sondern eher verstärkt [2].

Im September 1770 sind sie noch einmal zusammengekommen: König Friedrich machte dem Kaiser seinen Gegenbesuch im Lager bei Mährisch-Neustadt.

Die Gefahr eines Bruches zwischen England und Frankreich

1) J'ai pénétré en général que c'est un homme dévoré d'ambition qui couvre quelque grand dessein, qui actuellement retenu par sa mère s'impatiente du joug qu'il porte. Schreiben an Finkenstein, 29. Aug.

2) Außer den anziehenden Berichten Josephs, die von Arneth bekannt gemacht worden sind, benutze ich hierbei ein Actenstück des berliner Archivs über die Entrevue von Neiße, in welchem sich ein Journal „von des Kaisers Majestät Anwesenheit in Neiße, 28. Aug.", der Briefwechsel des Königs mit dem Minister Finkenstein und die gewechselten Versicherungen finden. Die letzten will ich in den Analecten mittheilen.

schwebte noch immer über dem westlichen Europa: das östliche dagegen wurde durch die Fortschritte der Russen in den türkischen Gebieten erschüttert. Sie hatten zu Land und See entscheidende Siege erfochten und ließen keinen Zweifel darüber, daß sie ihre Vortheile zur Feststellung ihres Uebergewichts im Orient zu benutzen gedachten. Sie verlangten unumwunden die Unabhängigkeit der Krim und der Donaufürstenthümer von der Pforte. Der Staatskanzler Fürst Kaunitz hielt es deshalb für angemessen, wie das auch der König wünschte, den Kaiser zu der neuen Zusammenkunft zu begleiten.

Joseph fand in Neustadt die persönliche Beachtung, die seinem hohen Range und seinen Eigenschaften gebührte. Der König freute sich seiner fortgeschrittenen Bekanntschaft mit der französischen und der italienischen Poesie: so fange man an, dann folge die Philosophie; schon erhebe er sich über den Aberglauben des bigotten Hofes, er scherze über die Engherzigkeiten der Wiener Censur und sei dabei bescheiden. Neben Kaunitz erschien er mehr wie ein Sohn desselben als wie sein Gebieter.

Die ganze Bedeutung der Zusammenkunft lag in den Conferenzen zwischen dem König von Preußen und dem österreichischen Staatskanzler.

Kaunitz entwickelte dem König eines Tages in einem langen Vortrag, in welchem er nicht unterbrochen sein wollte, das politische System seines Hofes, wie er es nach dem Frieden eingerichtet habe: der Allianz zwischen Preußen und Rußland stehe die doch nur auf den Frieden berechnete Allianz Oesterreichs mit Frankreich und den Bourbonen gegenüber; Europa befinde sich wohl bei diesem Gleichgewicht. Er wiederholte, daß Schlesien eine jetzt vernarbte Wunde sei, die man nur nicht aufreißen müsse. Unmöglich aber, fügte er hinzu, könne Oesterreich gestatten, daß die Moldau und Wallachei an Rußland komme — ein solcher Nachbar wäre für Ungarn unerträglich —, noch auch zusehen, daß Rußland Polen beunruhige und zu beherrschen suche. Kaunitz meinte, durch seinen „runden und freimüthigen" Vortrag — so hat er ihn selbst bezeichnet — vielen Eindruck auf den König gemacht zu haben. Von dem doctrinären und selbstgenügsamen Tone, den der Fürst anschlug, war Friedrich nicht gerade sehr erbaut worden; er hat das später oft genug ausgesprochen. Aber er bemerkte doch, Kaunitz sei bei aller seiner Wunderlichkeit und Anmaßung ein Mann von gesundem Verstand und selbst von Geist: das wisse derselbe freilich, und fordere, daß es anerkannt werde:

in den vornehmsten Absichten sei er, der König, mit ihm einverstanden [1]).

Diese gingen auf Erhaltung des gegenseitigen guten Vernehmens unter den obschwebenden orientalischen Zerwürfnissen und Beilegung des russisch-türkischen Kriegs.

Soeben hatte die türkische Regierung unter dem Eindruck der russischen Siege, den Friedensanmahnungen des preußischen und des österreichischen Gesandten Gehör gegeben und den beiden Höfen die Mediation zwischen der Pforte und Rußland angeboten. Der Courier, der diesen Antrag brachte, traf zur Zeit der Zusammenkunft in Neustadt ein. Diese würde sonst über einen Austausch unverbindlicher Meinungen nicht hinausgeführt haben: jetzt aber bekam sie eine unmittelbare Beziehung auf die vorliegende große Politik. Kaunitz schien die Mediation nicht hoch anzuschlagen, und überließ es dem König, den Antrag zu ihrer Annahme in Petersburg zu machen: er sagte mit Stolz, Oesterreich könne sich keiner abweisenden Antwort aussetzen: es würde vielmehr, wenn Rußland auf billige Bedingungen nicht eingehe, zu ernsten Entschließungen veranlaßt werden. Der König, der keine Einwendungen machte, aber sich alles Weitere vorbehielt, säumte nicht, der Kaiserin Catharina, deren Vertrauen er besaß und zu befestigen beflissen war, das Anerbieten des Reisseffendi mitzutheilen und ihr zugleich gemäßigte Vorschläge an die Hand zu geben, durch deren Annahme die Türkei pacificirt, Polen beruhigt, und das gute Vernehmen der Mächte hergestellt werden könne. Weniger auf eine Verhandlung mit der Türkei kam es an, als auf eine Vermittelung zwischen Rußland und Oesterreich, welche der ersteren voraufgehen mußte.

1) Leider hat sich in den preußischen Archiven bisher noch keine nähere Nachricht über diese zweite Zusammenkunft auffinden lassen. Wir sind auf die Briefe des Königs an seinen Bruder Heinrich und an Voltaire, sowie seinen Bericht in dem letzten Theile seiner historischen Mittheilungen angewiesen. Den Berichten des Prinzen von Ligne entnehme ich einen Zug aus einer Aeußerung des Königs über Joseph. Nicht ganz zu vernachlässigen ist Ferrand, der sich auf die vertraulichen Eröffnungen des Staatskanzlers an den Hof von Versailles bezieht (I, 112). Von denen ist glücklicherweise eines der wichtigsten, ein Schreiben von Kaunitz an den kaiserlichen Botschafter in Paris, Grafen Mercy, (Austerlitz 12. Sept. 1770) durch A. Wolf im Original veröffentlicht worden. Jahrbuch für vaterländische Geschichte, Wien 1861. (A. d. n. A.) Ein ausführlicher Bericht des Staatskanzlers an Maria Theresia ist in dem obgedachten Aufsatz (S. 486 ff.) von Beer im Jahre 1871 mitgetheilt worden.

Wie schwer aber war eine solche. Die österreichischen und russischen Interessen standen sich in der Türkei so schroff gegenüber, daß die ernstlichsten Differenzen hervortraten. Oesterreich fühlte sich veranlaßt, in einem Subsidienvertrag mit der Türkei ihr die Herstellung ihrer alten Grenzen selbst mit Gewalt der Waffen zu versprechen. Zwischen Rußland und Oesterreich kam es zu einem Notenwechsel, der den nahen Ausbruch eines Krieges anzukündigen schien. Eine für den König von Preußen höchst bedenkliche Lage. Wohl war ihm einst das Verständniß zwischen seinen beiden Nachbarn beinahe verderblich geworden: aber einen Krieg zwischen denselben konnte er ebenfalls nicht willkommen heißen. Sein Bund mit Rußland hätte ihn leicht in Verhältnisse verwickeln können, die seiner Absicht, ein gutes Vernehmen mit Oesterreich aufrecht zu halten, nicht entsprochen haben würden.

In diesem Conflict der großen Interessen ist es nun geschehen, daß das Ungewitter, welches Deutschland bedrohte, sich über Polen entlud. Widmen wir dem Verhältniß der Mächte bei der ersten Theilung von Polen eine kurze Erörterung, die doch nur als Ansicht gelten will.

Daß davon in Neiße und noch mehr in Neustadt die Rede gewesen sei, ist eine nach der Hand erwachsene, durch nichts bewiesene und nur mit andern Erfindungen ausgeschmückte Angabe [1]). Es ist vielmehr sehr wahr, daß die Wendung der Dinge, welche ein Weltgeschick einschließt, in der Conversation eines Salons wie ein halber Scherz angebahnt worden ist.

Auf den Grund alter Ansprüche der ungarischen Krone ergriff damals die Kaiserin Maria Theresia in einigen Bezirken der Zipser Gespanschaft, welche die Starostei Zips bilden, eigenmächtig durch ihre Commissare Besitz, und ließ ihr Wappen anschlagen. In Polen war man nicht im Stande, und dachte selbst nicht daran, ihr Widerstand entgegenzusetzen. Aber die Nachricht davon konnte nicht verfehlen, in Petersburg, wo die Feindseligkeit gegen Wien überwog, einen mißliebigen Eindruck zu machen. Eben war Prinz Heinrich von Preußen zum Besuch daselbst, als man davon hörte. Dem sprach nun die Kaiserin eines Tages in ihrem Salon von der Sache.

1) Die Erzählung Friedrichs an Baron Swieten über „la première origine du traité de partage“, in den Actes autentiques von Görz 206, ist die beste Widerlegung. Denn verhielte es sich anders, wie hätte es der Vertraute des Fürsten Kaunitz nicht wissen sollen?

„Warum", sagte sie, „sollen nicht auch Andere sich dort etwas aneignen?" Mein Bruder, antwortete Prinz Heinrich, hat einen Cordon in Polen gezogen, aber angeeignet hat er sich nichts. „Weshalb aber nicht?" erwiederte die Kaiserin lachend [1]. Und blos im Scherz gemeint war das keineswegs, was sie sagte. Der Gedanke, der zur ersten Theilung Polens führte, war bereits gefaßt, zuerst (März 1770) hatte ihn der russische Gesandte Wolkonski in Warschau angeregt. Er bemerkte: die Kaiserin werde doch mit der polnischen Conföderation nicht fertig; das Beste sei, die polnischen Angelegenheiten sich selber zu überlassen; würden aber die Polen ihre in den Friedensschlüssen gegen die Dissidenten übernommenen Verpflichtungen brechen, so sollten Rußland und Preußen die ihnen zunächst gelegenen Provinzen in Besitz nehmen [2]. Dem König Friedrich schienen jedoch die Verhältnisse zu einem solchen Schritt noch nicht angethan zu sein. Anfangs machte es selbst keinen Eindruck auf ihn, daß Oesterreich einige Starosteien befestigte. Zu Ende des Jahres 1770 wies er noch alle Anträge zurück, die auf eine Besitznahme hinzielten. Wolkonski wurde immer dringender. Am russischen Hofe gab es eine Partei, die für alle die Anstrengungen, welche Rußland machte, eine Entschädigung an Land und Leuten forderte, und nun diesen Anlaß ergriff. Graf Czernitscheff, der als ihr Führer galt, gab der Aeußerung der Kaiserin noch mehr Gewicht, indem er dem Prinzen die augenscheinlich ernstliche Frage vorlegte „warum nehme der König nicht Ermland? Jeder müsse etwas haben". Gegen die Vortheile, welche Oesterreich davon trage, schien den beiden andern Mächten eine Compensation zu gebühren.

Noch einmal lehnte Friedrich ab, hierauf einzugehen. Nicht als ob ihm der Gedanke, sich auf Kosten Polens zu vergrößern, ferne gelegen hätte: er hatte noch vor Kurzem Bemerkungen darüber unter der Hand in Umlauf gesetzt: einen ernstlich gemeinten Entwurf dazu hatte er aber noch nicht gemacht; er glaubte nicht, damit in Rußland durchzubringen. Daß man dort seinen Antrag nicht einmal erwartete, sondern ihn selbst anregte, kam ihm sehr unerwartet. Das An-

1) So Prinz Heinrich 8. Jan. 1771. Oeuvres de Frédéric XXVI, 345. Bei Duncker, Die Besitzergreifung von Westpreußen, in der Zeitschrift für Preußische Geschichte und Landeskunde IX. S. 556, finden sich die Abweichungen des Druckes vom Original verzeichnet; für die Sache selbst sind sie nicht erheblich. — Andere Modificationen der Erzählung sind nicht so gut begründet.

2) Aus den gesandtschaftlichen Berichten Benoits, bei Duncker a. a. O. S. 554. (A. d. n. A.)

erbieten von Ermland jedoch, das man ihm machte, war nicht dazu angethan, ihn zu reizen. Denn unbedeutend sei dieser Landstrich: sich desselben zu bemächtigen, würde ihm doch den Ruf unersättlicher Habgier zuziehen. Diesen Plan, der eine bloße Grenzerweiterung, wie die österreichische, eingeschlossen hätte, wies er von der Hand. Aber in den Stimmungen des Momentes stellte sich ihm die Möglichkeit dar, eine andere umfassendere Absicht zu erreichen, von entscheidender Wichtigkeit, mit der er sich schon in seiner Jugend getragen hatte. Noch in seinem politischen Testamente von 1768 spricht er aus, eine der allerwichtigsten Erwerbungen für seinen Staat würde die von Polnisch-Preußen sein, schon aus dem militärischen Gesichtspunkt, weil man dadurch in den Stand komme, Festungen an der Weichsel anzulegen, um einmal Ostpreußen auch gegen Rußland vertheidigen zu können. Und auf der Hand liegt es, welchen Werth die dadurch zu gewinnende Continuität der östlichen Gebiete für den werdenden Staat überhaupt hatte. Was er nun seinen Nachkommen vorbehalten wollte, das stellte sich ihm selbst als erreichbar dar. Er sah auch dabei widerwärtige Verwickelungen und Mühseligkeiten voraus; nicht ganz gern ging er daran. Aber der Mensch, sagt er, ist zur Arbeit geboren, und was kann man sich Besseres wünschen, als für sein Vaterland zu arbeiten? mit Vergnügen verdoppelt man seine Anstrengungen, wenn man Hoffnung auf Erfolg hat [1]). Auf Danzig bestand er nicht, weil das die Eifersucht der Russen erwecken konnte; aber er forderte Pomerellen auf dem linken, und auf dem rechten Weichselufer außer Ermland die alten Sitze des deutschen Ordens, das Culmer Land und Marienburg, sammt den benachbarten Bezirken [2]): Gebiete, die gutentheils von Deutschen bewohnt, einst im fünfzehnten Jahrhundert durch die Jagellonen der Herrschaft des deutschen Namens entrissen worden waren. Es war damals geschehen, als Polen in der Fülle seiner Macht stand; jetzt war es tief herabgekommen; die Ueberlegenheit gehörte jetzt dem Elemente an, das damals besiegt worden worden war: sollte es sich derselben nicht bedienen? Diese historische Beziehung war nicht vergessen, doch legte man so großen Werth darauf nicht: genug, daß für den preußischen Staat, wie er

1) An Prinz Heinrich: alors les peines ne coûtent rien (31. Sept. 1771).

2) An denselben: 31. Januar 1771. La Prusse polonaise en vaudrait la peine: quand même Danzig n'y serait pas comprise, nous aurions la Vistule et la communication avec le royaume, ce qui fait un article important.

sich nunmehr erhob, die Erwerbung eine geographisch-politische Nothwendigkeit bildete.

Man würde Friedrich mit Unrecht als den ersten Urheber einer den drei Mächten gemeinschaftlichen Gebietserweiterung auf Kosten Polens betrachten: dieser Gedanke ist, von Oesterreich veranlaßt, in den Salons von Petersburg ergriffen worden: daß derselbe aber so große Dimensionen annahm und zu einer Umgestaltung der Machtverhältnisse im Norden und Osten überhaupt führte, dazu hat Friedrich ohne Zweifel den Anstoß gegeben.

Wenn man ihm das Gebiet einräumte, dessen er zur Consolidation seines Staats — denn darin sah er das Wohl des Vaterlandes — bedurfte, so hatte er nichts dagegen, daß Rußland seinerseits eine große Erwerbung machte; sie war an Flächeninhalt der seinen um das Fünffache überlegen.

Man findet nicht, daß dem König ernstliche Scrupel an der Rechtmäßigkeit seines Verfahrens aufgestiegen wären, zumal da Rußland im Kriege mit der polnischen Conföderation durch diese in den Krieg mit der Türkei verwickelt worden war; die Kaiserin schien nicht allein durch ihre Ueberlegenheit in den Waffen die Macht, sondern auch durch diesen Zusammenhang der Dinge das Recht erlangt zu haben, sich dafür eine Entschädigung von den Polen zu nehmen, und auch ihm, dem Könige, der durch sein Bündniß in Mitleidenschaft gezogen worden, eine solche zu verschaffen.

Was man aber auch sagen mag, augenscheinlich durchbrach dies Verfahren die anerkannten und vertragsmäßigen Staatsrechte von Europa: es erschütterte die Grundlagen, auf denen die Sicherheit des Bestehenden beruhte: und daß dies geschah, ist für die Folgezeit von unendlicher Bedeutung geworden. In dem vorliegenden Falle kam die Politik leicht darüber hinweg. Die großen europäischen Mächte ließen es ohne nachdrücklichen Widerspruch geschehen; denn an dem Bestehen der polnischen Macht nahm Niemand ernstlichen Antheil: haben doch selbst die Osmanen, die noch die Entfernung der Russen aus Polen für möglich hielten, in diesem Falle dem Wiener Hof eine Theilung des polnischen Reiches nach einem demselben anständigen Plane angetragen [1]).

Für Friedrich war eines der wichtigsten Motive dafür, daß sich nur auf diesem Wege die Erhaltung des Friedens zwischen Oester-

1) Thugut in Hammers osmanischer Geschichte VIII. S. 373.

reich und Rußland, der für ihn das größte Bedürfniß war, erreichen ließ.

Friedrich bewirkte, daß Rußland auf die Unabhängigkeit der Moldau und Wallachei Verzicht leistete, wodurch der vornehmste Grund der Feindseligkeiten Oesterreichs wegfiel. Aber auf der Forderung der Unabhängigkeit der Tataren beharrte Catharina: denn das einseitige Schutzverhältniß, in welchem diese Nation zu ihrem eigenen Mißvergnügen mit der Türkei stehe, mache für Rußland die Sicherstellung seiner Grenzen unmöglich.

Auch diese Forderung aber schloß eine weitgreifende Veränderung der orientalischen Verhältnisse ein, — denn Jedermann sah, daß die Unabhängigkeit der Tatarenstämme von der Pforte ihre Unabhängigkeit von Rußland nach sich ziehen würde — daß Oesterreich an sich nicht sehr geneigt sein konnte, sie zu genehmigen.

Noch immer hatte Oesterreich als Vorfechter der Integrität von Polen, gegen welche jene Besitznahme der Zipser Städte kein wesentlicher Eingriff sei, so wie der Integrität des türkischen Reiches die Waffen in der Hand; es hatte die Machtstellung dazu, um seinem Einspruch Nachdruck zu geben: sollte es aber wirklich einen Krieg mit Rußland wagen, der unfehlbar zu einem Bruch mit Preußen geführt haben würde [1]). Bei ihrem bisherigen Vorgehen hatten die österreichischen Staatsmänner die Erhaltung des Gleichgewichts der Mächte als das vornehmste Ziel, das ihnen vorschwebe, bezeichnet. Allmählich machte sich bei ihnen die Meinung Bahn, daß das noch sicherer zu erreichen sei, und zwar ohne Krieg und Gefahr, wenn man dem Beispiel der Nachbarn, welche sich vergrößerten, durch eine eigene Besitzergreifung folge.

Die Gelegenheit einer großen Landerwerbung ward in Wien mit nicht minderer Begierde ergriffen als in Petersburg und Berlin. Aus einem Schreiben Maria Theresia's, in welchem sie die unter ihrem Namen eingeschlagene Politik mißbilligt, entnehmen wir zugleich, welcher Art dieselbe war [2]). Die Kaiserin spricht aus, daß alledem, was von Oesterreich seit dem Ausbruch des polnisch-russischen Krieges geschehe, die Absicht, ein neues Territorium zu erwerben, zu Grunde liege. Man hat in der Staatskanzlei zuweilen an einen Theil von Schlesien, ein andermal an Serbien mit Belgrad oder einige Bezirke

1) Vgl. die Mittheilung König Friedrichs über seine Auslassungen an den österreichischen Gesandten van Swieten in der Depesche an Solms vom 19. Febr. 1772 bei Beer, Friedrich II. und van Swieten, S. 29.

2) Schreiben an Joseph in der Sammlung Arneths. I, 350.

von Bosnien gedacht. Endlich wurden dann unter dem Einfluß der preußisch-russischen Abkunft die polnischen Provinzen Halitsch und Wladimir (Galizien und Lodomerien) ins Auge gefaßt. In den Zeiten des tatarischen Völkersturms waren diese Landschaften von den Rurik'schen Theilfürsten, denen sie gehörten, abgekommen; zur Zeit des mächtigen Königs von Ungarn, Ludwig von Ajonu, gehörten sie unter die Krone des heiligen Stephan; nach dessen Tode durch die Vermittelung seiner Tochter Hedwig, Gemahlin des ersten Polenkönigs aus litthauischem Stamme, waren sie an Polen übergegangen; noch in dem achtzehnten Jahrhundert sind sie jedoch auf den Homannischen Landkarten als abgerissene Theile von Ungarn bezeichnet worden. Die obwaltenden Umstände nun ließen es möglich erscheinen, sie mit diesem Reiche wieder zu vereinigen. Anfangs dachte man wohl, sich mit den nächstgelegenen Bezirken zu begnügen, weil man dann zugleich eine ansehnliche Gebietserweiterung nach der türkischen Seite hin in Anspruch nehmen konnte: und dafür wäre auch Friedrich gewesen: denn dann hätte Polen, wie er wünschte, in der respectablen Stellung einer Mittelmacht erhalten werden können. Der Minister Hertzberg sah sogar eine Gefahr darin, wenn Oesterreich die Karpathen überschreite: denn es würde dann einen allzu starken Druck auf Polen ausüben und den Einfluß der beiden andern Mächte schmälern; der russische Minister Panin wünschte wenigstens Lemberg für Polen zu retten, eine Stadt, die für die polnische Nation eine nicht viel geringere Bedeutung habe als Moskau für die Russen [1]). Aber weder in St. Petersburg noch in Berlin bestand man doch auf diesen Einwendungen. Die Umstände lagen nicht so, daß man lange Discussionen pflegen und neue Verwickelungen dadurch hätte veranlassen können; der Wiener Hof war selbst erstaunt, mit welcher Leichtigkeit diese große Erwerbung von den beiden andern genehmigt wurde Oesterreich gewann dadurch ein die preußischen Erwerbungen an Ausdehnung um das Dreifache übertreffendes, von der Natur reich ausgestattetes und gut bevölkertes Gebiet, das ihm inmitten der nordöstlichen Staaten einen unschätzbaren Zuwachs an Macht verschaffte.

Kaiserin Maria Theresia, die ihre Politik bisher allezeit auf die Behauptung uralter und unzweifelhafter Gerechtsame gerichtet, und die halbe Welt dafür aufgeboten hatte, bemerkte mit Betroffenheit daß eine Besitznahme, für die sich nichts anführen ließ, als die Con-

1) Entretien particulier entre le comte Panin et le Prince Lobkowitz. Bei Görz 209.

venienz und die Lage der Umstände, sie auf den Weg ihrer Gegner dränge. In der Controverse, in die sie hierüber mit ihrem Sohne und ihrem Minister gerieth, erscheint der Umschwung der Zeiten; eine neue Epoche bahnt sich an, in der nicht mehr das wohlhergebrachte Recht, sondern die Politik und das Uebergewicht der Waffen über die Grenzen der Staaten die Entscheidung geben sollte. Am auffallendsten tritt der Wechsel in Oesterreich hervor, das von einer Haltung der Vertheidigung und Behauptung unmittelbar zu gewaltsamer Eigenmacht überging; es nahm große Provinzen eines Reiches in Besitz, dessen Integrität es eben noch hatte aufrecht halten wollen. Kaunitz hat sich darüber zuweilen mit dem Ausdruck eines schmerzlichen Mißbehagens geäußert und das Verfahren nur mit der dringenden und unausweichlichen Nothwendigkeit, in der man sich befunden habe, zu rechtfertigen gesucht [1]). Auch Kaiser Joseph ließ sich wohl dann und wann über die Verschiedenheit der moralischen Pflichten eines Privatmanns und eines Fürsten vernehmen, die man beachten müsse, wenn man ihn in dieser Hinsicht beurtheilen wolle; in der That aber gehörte er der neuen Richtung von ganzem Herzen an: er hat es allezeit unter seinen Verdiensten um Oesterreich obenan gestellt, daß er diese prächtige Erwerbung zu Stande gebracht habe.

Preußen und Oesterreich geriethen hiedurch in eine verwandte Stellung; sie vollzogen beide zunächst eine civilisatorische Mission. Das wilde Gebahren der polnischen Conföderation machte eine Beschränkung ihrer Freiheit in den Augen der Humanität wünschenswürdig. Die beiden Staaten wetteiferten in einer dem Bedürfniß eines jeden entsprechenden Organisation der ihnen zugefallenen Landschaften.

Und, was die Hauptsache ist, der Ausbruch der Feindseligkeiten zwischen Oesterreich und Rußland, in welche Preußen verwickelt zu werden gefürchtet hatte, wurde vermieden. Friedrich meinte durch die Abwendung eines Krieges mit Rußland sich um Oesterreich ein Verdienst erworben zu haben.

Dessen aber trug man ihm in Oesterreich keine Rechnung.

Friedrich, der die gleichmäßige Vergrößerung seiner beiden Nachbarn auch deshalb billigte, weil dann keiner von beiden dem andern

1) In einer Denkschrift vom September 1771: „Kurze Schilderung der diesseitigen Maßnahmen während des zwischen den Türken und Russen obwaltenden Krieges", bemerkt Kaunitz (Beer, Die erste Theilung Polens S. IX.) ausdrücklich, daß die Verwandlung der Cordonsanstalten in eine Occupation gegen sein „weniges Einrathen" geschehen sei. (A. d. n. A.)

überlegen wurde, hatte den Ehrgeiz, in ihrer Mitte als gleichberechtigt und politisch=ebenbürtig angesehen zu werden. Es fehlte aber viel, daß ihm das von Oesterreich zugestanden worden wäre. Die neustädter Zusammenkunft hatte auf den Kaiser und den Staatskanzler keinen für Friedrich sehr günstigen Eindruck gemacht. Der König, so meinte Joseph, bilde sich ein mehr Geist zu haben, als alle andern, sie zu durchschauen und zu übersehen: aber der Staatskanzler habe bei jedem Worte gezeigt, daß er mehr wisse. Dieser selbst urtheilte, Friedrich habe kein System und verstehe auch nicht zu unterhandeln, er nehme auf die künftigen Dinge keine Rücksicht; Kaunitz war in dem Gefühle der Ueberlegenheit seines politischen Systems und fast eines persönlichen, zurückgekommen. Und was nun auch seitdem geschehen sein mochte, Vertrauen zu Friedrich hatten sie dabei nicht das mindeste gefaßt. Was sie erreichten, schrieben sie einzig ihrer eigenen klugen Haltung und nicht ohne Grund dem Gewicht ihrer Macht nach allen Seiten hin, zu. Durch die geschickte Benutzung desselben gelang ihnen soeben noch eine neue Erwerbung. Endlich wurde der Friede zu Kainardsche geschlossen, der den Türken nicht gerade große Landabtretungen kostete, denn diese waren durch die vorangegangenen Stipulationen zwischen den drei Mächten beseitigt, aber Concessionen zu Gunsten der Griechen und Tataren auflegte, welche der russischen Macht eine unermeßliche Aussicht für die Zukunft eröffneten. Indem die aufgeregten Wogen noch nicht ganz beruhigt waren, fand Oesterreich Mittel, sich einen ansehnlichen Landstrich, die Bukowina, zuzueignen, der einst zu Siebenbürgen gehört hatte, und jetzt zur Verbindung dieses Landes mit Galizien vortrefflich diente. Es geschah ohne Rücksprache mit den beiden andern Mächten und erregte deren heftiges Mißfallen: denn dadurch trage Oesterreich, ohne Antheil am Kriege genommen zu haben, den besten Theil der Beute davon. Wirklich ist damals die Rede davon gewesen, dem selbst auf die Gefahr eines Krieges hin entgegenzutreten; die Kaiserin von Rußland, Katharina, hätte es gern gesehen, wenn der König das Schwert gezogen hätte; aber diesem lag die Sache nicht nahe, sie erschien ihm nicht bedeutend genug, um darüber die Ruhe von Europa zu stören. Auch diesmal triumphirte die umsichtige, die Zustände der Gegner berechnende und das Ziel im rechten Augenblick ergreifende Politik des Fürsten Kaunitz. Wohin aber konnte ein solches Verfahren führen? In Friedrich wurde das alte Mißtrauen wieder in voller Stärke rege. Er stieß bereits damals auf österreichische Gegenwirkungen auch an dem russischen Hof, die er noch zu beseitigen wußte, die ihn aber erbitterten. In vertrauten

Kreisen ließ der österreichische Gesandte in Berlin, van Swieten, den alten Haß gegen Preußen durchblicken, was um so mehr zu bedeuten hatte, da er nur die Meinungen des Staatskanzlers zu wiederholen in dem Rufe stand: Friedrich bezeichnet ihn als dessen Apostel. Bald aber vernahm er von Entwürfen, die ihn auf das allernächste angingen. Man hinterbrachte ihm, und er hielt es für gewiß, daß der Wiener Hof, um in Deutschland Meister zu werden, darauf denke, Toskana gegen Würtemberg auszutauschen und bei dem Ausgang der bairischen Linie des Hauses Wittelsbach solche Vorkehrungen zu treffen, daß er über Baiern gebieten könne. Dadurch würde das ohnehin für Friedrich ungenügende Verhältniß im Reich zu seinem Nachtheil verändert und unerträglich geworden sein. In seinen Schriften zeichnet er gleichsam eine Karte der beabsichtigten Uebergriffe Oesterreichs längs aller seiner Grenzen, bei denen denn schon wieder Schlesien nicht vergessen ist[1]). Das Bedeutende in jener Besitzergreifung war nicht allein die Verstärkung, welche Oesterreich erlangte: fast noch mehr lag es darin, daß sie ohne Theilnahme anderer Mächte, nicht nur ohne Rücksprache mit Rußland und Preußen, sondern im Widerspruch mit ihren unzweifelhaften Intentionen, einseitig und durch den Druck des Uebergewichts der Macht und des Einflusses auf eine schwächere, damals bedrängte Potenz geschehen war. Konnten nicht ähnliche Ansprüche auch nach anderer Seite hin gemacht und unter der Gunst einer momentanen politischen Combination durchgeführt werden? Friedrich behauptet bei einer etwas bedenklichen Krankheit, die ihn betroffen, habe sich die österreichische Armee bereits in Bewegung gesetzt, um seinen Nachfolger anzugreifen. Zuweilen hat man wohl in der That in Wien die Eventualität eines neuen Krieges mit Preußen in Betracht gezogen. Kaunitz hat gesagt, wenn man zu einem solchen schreiten müsse, so werde das Schwert nicht wieder in die Scheide gesteckt werden, ehe einer von den beiden Staaten völlig zu Grunde gerichtet sei. Dem König hinterbrachte man noch weit Schlimmeres. Ich weiß es auf das Unzweifelhafteste, sagt er, Kaunitz hat ausgesprochen: der kaiserliche Hof könne die preußische Macht nicht ertragen; um zu herrschen, müsse er dieselbe vertilgen[2]).

1) Unter diesen Eindrücken ist der erste Theil der Memoiren seit 1763 abgefaßt worden. Er ist datirt 18. Febr. 1775.

2) An Prinz Heinrich; 10. April 1777. Je sais de science certaine que le Prince Kaunitz a dit: jamais la cour impériale ne doit supporter la puissance prussienne; pour que nous dominions, il faut l'écraser. Oeuvres XXVI, 391. (A. d. n. A.) In einer Denkschrift vom Jahre 1776

Ein Wort, fügt der König hinzu, das sich jeder Preuße ins Herz schreiben sollte, damit wir uns nicht in eine gefährliche Sicherheit einwiegen lassen. Die Fürsten dieses Landes müssen ganz Nerv sein, oder sie sind verloren.

In dieser Stimmung waren die beiden Mächte, als der Tod des Churfürsten Maximilian Joseph von Baiern eintrat.

Schon mehr als einmal war Baiern in den Händen von Oesterreich gewesen, und nur durch den Umschwung der Verhältnisse demselben wieder entrissen worden. Jetzt schien der Wechsel der Dynastie eine Gelegenheit darzubieten, zwar nicht das ganze Land, aber den für Oesterreich wichtigsten Theil desselben, der eine treffliche Abrundung darbot, durch friedliche Unterhandlung zu erwerben. Man meinte in Folge einer Schenkung Kaiser Sigismunds an seinen Tochtermann, später seinen Nachfolger im Reiche, Erzherzog Albrecht, gegründete Rechte darauf zu haben. Auf einige andere Gebiete gab die Lehensoberherrlichkeit des Kaisers Anspruch.

Darüber nun war man schon im voraus mit dem präsumtiven Nachfolger, Churfürst Karl Theodor von der Pfalz in Unterhandlung getreten. Oesterreich wünschte desselben auch aus Rücksicht auf Preußen im voraus sicher zu sein. Denn sonst werde er an dem König von Preußen ohne Zweifel zur Behauptung der ganzen Erbschaft Unterstützung finden; die Sache werde an den Reichstag kommen, wo sich die ganze Genossenschaft der Evangelischen derselben annehmen und Oesterreich wahrscheinlich so viel Widerspruch finden werde, daß es seinen Anspruch doch mit Gewalt der Waffen werde durchsetzen müssen [1]. Bei weitem besser schien es, eine Abkunft mit dem Nachfolger selbst, der aus mannichfaltigen Gründen, selbst gegen den Wortlaut der Hausverträge, dazu sehr bereit war, zu treffen. Doch kam man erst im Augenblick, als der Todesfall eintrat (3. Januar 1778) damit zu Stande. Der neue Fürst mißbilligte es, wenn man ihm den Titel von Niederbaiern gab: unverzüglich nahm Oesterreich das Herzogthum in Besitz, nur mit Ausnahme der jenseit der Donau liegenden Ortschaften; denn dieser Strom selbst sollte fortan

stellt Kaunitz den Grundsatz auf, daß „unsere größte Aufmerksamkeit, Bearbeitung und politischer Betrag gegen Preußen zu richten und nach diesem Grundsatz unser ganzes Staatssystem auszumessen sei“; zwischen beiden Staaten müsse es über kurz oder lang zu einem „neuen heftigen und die Obermacht entscheidenden Kriege“ kommen. (Archiv für Oesterreich. Geschichte Bd. 48. H. 1. S. 78. 85.)

1) Aus den Erwägungen des Fürsten Kaunitz in den Notata et Data, die durch Hormayr bekannt gemacht worden sind. Anemonen III, 180.

die Monarchie gegen Baiern hin begrenzen. Auch in die andern Gebietstheile rückten kaiserliche Truppen vor. Mindelheim und Sulzbach wurden besetzt.

Die damalige Lage von Europa war so beschaffen, daß es möglich schien, dies Unternehmen ohne großen Widerstand durchzuführen. Der Wiener Hof meinte auf die Hinneigung und selbst auf die Hülfe von Frankreich rechnen zu können; und viel zu viel war England in die amerikanischen Händel vertieft, um sich ernstlich in die deutschen Angelegenheiten zu mischen. Ueber das Verhältniß in der Krim brach schon wieder ein Hader zwischen der Türkei und Rußland aus, welcher diese Macht beschäftigte. Joseph konnte sich nicht verbergen, daß der König von Preußen heftig dagegen sei; aber er fürchtete das nicht. Er bemerkt, der König klopfe bereits an alle Thüren, aber ohne Erfolg; und allein werde er nicht hervorzutreten wagen; der Kaiser schmeichelte sich, die Sache werde ruhig verlaufen zum Erstaunen der Welt [1]). Aber der König war zum Aeußersten entschlossen. Die Oesterreicher, sagt er, denken offenbar, Deutschland zu unterjochen; sie wollen über die Stimmen am Reichstag despotisch verfügen, und statt der bisherigen eine absolute und unbeschränkte Regierung einführen. Als Churfürst des Reiches kann ich das nimmermehr zulassen. Ich werde dem Frieden lieber einen ewigen Krieg vorziehen! Ich will mich diesen Gewaltsamkeiten entgegensetzen, bis der Tod meine Augen schließt [2])!

Indem Friedrich widersprach, und sich zugleich zur Aufrechthaltung seines Widerspruchs mit den Waffen anschickte, hatte er doch nur die Allernächstbetheiligten auf seiner Seite, den Churfürsten von Sachsen, dessen Mutter, geborne Prinzessin von Baiern, sehr gegründete Allodialansprüche erhob, und den zur dereinstigen Nachfolge berechtigten Agnaten aus dem pfälzischen Hause, Herzog von Zweibrücken, der seinen Protest an dem Reichstag einbrachte. Es hätte sich erwarten lassen, denn Niemand glaubte an die Gültigkeit der angeführten Rechtsgründe, daß auch andre Reichsfürsten den Uebergriffen Oesterreichs, die sich ein ander Mal gegen sie selber richten konnten, entgegentreten würden. Friedrich versäumte nicht, eine Association, vor allem in Hannover, in Antrag zu bringen; jedoch ohne Gehör zu finden.

1) An Leopold 20. Jan. 1778. „Il faudra qu'il prenne patience n'osant seul se mettre en avant."

2) Schreiben Friedrichs an Goltz vom Februar 1778 bei Bancroft, History of the united states, X. p. 242. (A. d. n. A.)

Im Jahre 1778 standen die beiden deutschen Mächte, welche so manchen Feldzug gegen einander durchgefochten, nochmals in Böhmen einander gegenüber. Fast noch mehr aber, als an die vorangegangenen, wird man an einen andern, welcher achtundachtzig Jahre später nachfolgte, gemahnt, wenn man die Oesterreicher eine feste Position zu Königgrätz nehmen, und die Preußen von Schlesien und Sachsen über Nachod und Gabel gegen dieselbe heranrücken sieht. Man hätte auch damals einen Kampf auf Leben und Tod erwarten sollen. Allein dazu waren die Zwecke, die man vor Augen hatte, doch nicht angethan. Im Jahre 1778 galt es nicht wie früher den Besitz einer großen Provinz, noch auch wie später eine definitive Entscheidung über die Machtstellung überhaupt. Das Object war nur die Convention zwischen Oesterreich und Pfalz, welche der Kaiser vertheidigen, und der König nicht dulden wollte. Wenn jemals ein anderer Krieg, so ist dieser eine bewaffnete Unterhandlung zu nennen, deren Ausgang nicht allein durch die Entwickelung der Kriegskräfte, sondern nicht weniger durch die Verhältnisse von Europa, oder vielmehr der Welt entschieden wurde.

Oesterreich rechnete in Folge der Allianz von Versailles auf die Unterstützung von Frankreich. Aber eben als die deutschen Mächte sich entzweiten, im Februar 1778, schloß Frankreich mit den amerikanischen Provinzen, außer einem Handelsvertrag, welcher ihre Unabhängigkeit voraussetzte, den Vertrag einer eventuellen Allianz, welche ihnen thatsächlich dieselbe zu verschaffen versprach. In England wären Viele sehr geneigt gewesen, diese Entwürfe durch einen Angriff auf Frankreich von Deutschland her zu beantworten; es war der letzte Gedanke Chatams; die soeben ausgebrochene Differenz zwischen den beiden deutschen Mächten schien dazu die beste Gelegenheit zu bieten, und vielleicht würde es dazu gekommen sein, wenn sich die Franzosen der österreichischen Ansprüche angenommen hätten. Allein sie erinnerten sich des letzten Krieges, in welchen sie, wie man sagte, Canada in Deutschland verloren hatten; ihrer Allianz glaubten sie durch Neutralität genug zu thun [1]). Mit größtem Erstaunen und Widerwillen nahm Kaunitz diese Erklärung entgegen; auch bei man=

1) Im französischen Conseil faßte man in aller Form die Entscheidung, daß die Allianz von 1756 sich nicht auf die späteren Acquisitionen Oesterreichs in Polen oder dessen Ansprüche auf Baiern beziehe. Mittheilung der Königin Marie Antoinette in der Depesche Mercy's vom 20. April 1778 bei Arneth-Geffroy, Correspondance secrète entre Marie Thérèse et le Cte de Mercy-Argenteau III, 190, Note (A. d. n. A.).

chen militärischen Maßregeln Friedrichs lag die Rücksicht zu Grunde, Frankreich nicht etwa zu reizen.

Und die russisch-türkischen Differenzen waren nicht so stark, um Rußland die Hände zu binden. Zuweilen sprach sich die Kaiserin zurückhaltend und trocken in einem neutralen Sinne aus, zuweilen aber feurig und nachdrücklich im Sinne Preußens; sie brachte endlich dem Hause Oesterreich die Erhaltung des im Reiche bestehenden Systems, die Beobachtung der alten Verträge als eine europäische Nothwendigkeit in Erinnerung.

Indem die beiden Kämpfer einander mit gezücktem Schwerte gegenüberstanden, ohne daß man hätte sagen können, welcher der stärkere sein würde — eine Schlacht, die der König herbeizuführen wünschte, vermieden die Oesterreicher mit vorsorgender Umsicht [1]) — neigte sich das politische Uebergewicht auf die Seite, welche Preußen verfocht.

Der Ausdruck desselben ist der Frieden von Teschen, in welchem Oesterreich die eingenommenen Landschaften wieder herausgab; wenn es einen kleinen Bezirk behielt, so geschah das in Folge seiner Gefügigkeit bei der Räumung der Plätze, die bei dem deutschen Reiche und der Krone Böhmen zu Lehen gingen. In den Machtverhältnissen des deutschen Reiches wurde dadurch nichts verändert.

„Also", sagt Friedrich am Schluß seiner Erzählung von diesem Krieg und Frieden, „Deutschland ist noch einmal vor dem kaiserlichen Despotismus sicher gestellt worden: Der Kaiser hat eine Art von Demüthigung erfahren. Aber welche Wirkungen wird dieser Krieg für die Zukunft haben? Wird der Kaiser vorsichtiger, wird der Frieden gesicherter sein? Jedes Ereigniß liegt in den Möglichkeiten der Zukunft [2])."

Für sich selbst lebte er bereits in der Erwartung, daß es bei der unruhigen Natur des Kaisers keinen langen Bestand mit dem Frieden haben werde. Er hat sogleich damals überlegt, was in dem Fall,

1) In einem Schreiben vom 31. Juli 1778 an Mercy bemerkt Maria Theresia mit Erstaunen, daß die österreichische Armee, so zahlreich sie auch sei, nicht einmal zur Defensive stark genug zu sein meine: L'empereur et ses quatre maréchaux, le prince Albert, Hadik, Lacy et Laudon sont d'avis que nous sommes inférieurs au roi avec les Saxons de 40,000 hommes, qu'avec nos armées de 180,000 hommes, nous ne pouvons tenir la défensive. Arneth-Geffroy a. a. O. III, 231. (A. d. n. A.)

2) Oeuvres VI. 179. Die Unterschrift: fait à Potzdam ce 20 juin. 1779 wird den Zeitpunkt dieser Reflexion bezeichnen.

daß ein neuer Bruch erfolge, zu thun, wie der Krieg anzustellen sei, und hauptsächlich, denn auch die letzte Erfahrung hatte gezeigt, wie viel darauf ankam, welche Verbündete er haben würde. Mit Sicherheit rechnet er zunächst nur auf Russen und Sachsen. Bemerkenswerth ist, daß er dennoch die Hoffnung nicht aufgiebt, ein allgemeineres Vertheidigungsbündniß gegen Oesterreich zu Stande zu bringen. Denn von den Türken sei bereits das Anerbieten geschehen, gemeinschaftliche Sache mit Rußland und Preußen zu machen: es lasse sich hoffen, daß auch Frankreich beitreten werde. Von England durfte man das, wie die Sachen damals standen, nicht voraussetzen; aber auch, wenn Oesterreich England für sich habe, werde er ihnen überlegen sein [1]).

Die Ueberzeugung des Königs und seiner Minister war nun wieder, daß man in Oesterreich allezeit auf die Wiedererwerbung Schlesiens denke und das Haus Brandenburg zu unterdrücken suche, das sich nur durch stete Kriegsbereitschaft und Allianzen sichern könne. Es ist der Mühe werth, den damals mit Friedrich vertrautesten seiner Minister, Hertzberg, über die Politik, welche für den preußischen Staat unter diesen Verhältnissen geboten sei, zu vernehmen. In einer Denkschrift, die im Jahre 1779 dem Prinzen von Preußen eingereicht wurde [2]), entwickelt er eine Art von politischem System, das noch umfassendere Erwägungen enthält, als die des Königs sind, wie sie eben für einen Prinzen gehörten, der das Allgemeine und Künftige zu umfassen suchte. Hertzberg hält die Ansicht fest, daß sich Preußen vor allen Dingen auf ein Bündniß mit Rußland lehnen müsse und dürfe: denn auch für Rußland sei eine Allianz mit Preußen unentbehrlich. Würde sich Preußen in den russisch-schwedischen Differenzen auf die Seite von Schweden schlagen, so würde Rußland sogar in Gefahr gerathen, von den Küsten der Ostsee wieder verdrängt zu werden. Zugleich war man bereits inne geworden, daß die Allianz von 1756 zwischen Frankreich und Oesterreich wenig Wirksamkeit hatte; namentlich brauchte man sie damals nicht zu fürchten, da es nun zu einem Kampfe zwischen Frankreich und England gekommen

1) Oeuvres XXIX. p. 131—144. Réflexions sur les mesures à prendre au cas d'une guerre nouvelle avec les Autrichiens etc. Le 28 septembre 1779.

2) Mémoire sur le système des principes de politique qu'il convient au roi de Prusse d'observer 1779. In der Verlassenschaft des Prinzen Friedrich August von Braunschweig, die in das weimarische Archiv übergegangen ist.

war, welcher alle Erdtheile erfüllte und die ausschließende Anstrengung der französischen Streitkräfte zu dem Seekrieg forderte.

Auch auf Italien war das Augenmerk gerichtet. Hertzberg hielt Verbindungen mit Venedig und besonders mit dem Königreich Sardinien, das von Oesterreich nicht minder bedroht werde als Preußen, für nothwendig: man müsse es nur von dem Einfluß von Frankreich losreißen: eben darum, versteht sich, weil dies mit Oesterreich im Bunde war.

Uebergehen wir nicht die eigenthümliche Meinung, die Hertzberg in Bezug auf die Türkei äußert, in welcher Macht auch er einen eventuellen Bundesgenossen Preußens wahrnimmt. Er hielt für möglich, in Constantinopel wieder eine feste Macht schaffen zu können, und zwar durch die Herstellung eines unabhängigen griechischen Reiches, eines Kaiserthums, zu welchem die christlichen Nationalitäten in eine freiere Unterordnung gestellt werden müßten. Ein aus den Kreisen der gewohnten politischen Berechnung heraustretender Gedanke, der dem König Friedrich abgelegen und fremd, aber wohl einen von religiöser Sympathie erfüllten Prinzen, wie den künftigen Thronfolger, anmuthen konnte. Diese Idee gehörte dazu, um dem politischen Gebäude, mit dem man sich trug, gleichsam einen idealen Schlußstein zu geben. Auch Friedrich Wilhelm IV. — wenn mir dies aus persönlicher Erinnerung hinzuzufügen erlaubt ist — ein Fürst, der das menschliche Geschlecht mit Wohlwollen umfaßte, hat sich damit getragen.

Ernstlich konnte freilich im achtzehnten Jahrhundert so wenig davon die Rede sein, als im neunzehnten. Und Hertzberg selbst that seinem orientalischen Reiche doch wieder nicht geringen Eintrag, wenn er ihm bei einem neuen Conflicte Schmälerungen zuzumuthen für rathsam hielt. So forderte es ein anderer seiner Entwürfe für das östliche Europa. Mit einer Gebietserweiterung auf der türkischen Seite meinte er Oesterreich für Galizien einigermaßen zu entschädigen. Denn diese Erwerbung der rivalisirenden Macht war ihm vom ersten Augenblick widerwärtig gewesen. Er hoffte noch sie rückgängig zu machen und alsdann Polen, das nach der Donau hin sogar erweitert werden müsse, zur Abtretung der Städte altgermanischer Ansiedelung am unteren Lauf der Weichsel, Danzig und Thorn, die zur Vervollständigung der neuen westpreußischen Erwerbung noch fehlten, an das Haus Brandenburg zu vermögen. Er hatte die Vorstellung, daß man Polen als einen Staat zweiten Ranges zwischen den großen

Mächten bestehen lassen sollte [1]). Für Preußen nahm er Vermittelung des commerciellen Verkehrs der gesammten übrigen Welt mit Polen und den daraus entspringenden Vortheil in Anspruch. Er hoffte, auch Schwedisch-Pommern werde bei irgend einer günstigen Gelegenheit mit Geld von Preußen erworben werden können, um die maritime Stellung an der Ostsee zu verstärken. Von England befürchtete er trotz der Eifersucht des Hauses Hannover gegen das Haus Brandenburg keine erhebliche Gegenwirkung: denn der König von England, Georg III., würde dann jeden Augenblick fürchten müssen, seines Erblandes verlustig zu gehen.

So dachte dieser Staatsmann die künftigen politischen Verhältnisse von Preußen: es ist seine Idee davon, die er dem künftigen König in die Seele legte. Er versäumte nicht, zugleich das Bedürfniß wie die Bedingungen eines Fortschritts der inneren Machtentwickelung hervorzuheben; wir werden seiner Rathschläge dafür später gedenken; die nächste Rücksicht gebührte den Verhältnissen zu Deutschland, und zwar zu dem Reiche als solchem, denn der König war doch zuletzt vornehmlich als Reichsfürst aufgetreten; auf seine Rechte in dieser Beziehung legte Hertzberg den größten Werth.

Werfen wir vor allem auf die Zustände am Reichstag einen Blick, nicht so sehr im Allgemeinen, als wie sie sich eben damals in der nächstvorliegenden Frage gestalteten.

1) . . les deux Cours ont un intérêt essentiel et supérieur à tout autre de conserver plutôt la Pologne comme un Etat médiocre et intermédiaire que de la subjuguer ou la laisser subjuguer entièrement, ce qui ne pourrait se faire sans une guerre sanglante et le partage ou l'intervention d'ailleurs nuisible de la cour de Vienne.

Zweites Capitel.

Eine Debatte vom Reichstag zu Regensburg. — Sein Stillstand.

Inmitten der großen Mächte, die für ihr eignes Verhalten und in ihren Verbindungen mit einander eine jede nur von sich selbst Rath nahmen, bestand noch die Genossenschaft des deutschen Reiches, deren Mitglieder, mit einer beschränkten Selbstständigkeit ausgerüstet, zur Erhaltung derselben und für jede politische Action der engsten Vereinigung unter einander bedurften.

Noch hatte der Reichskörper eine universale Bedeutung, indem auch die benachbarten nicht-deutschen Mächte durch den Besitz deutscher Länder, oder als Garanten der geschlossenen Friedensschlüsse in enger Verbindung mit ihm standen, wie denn auch Rußland bei dem Frieden von Teschen, dessen Gewährleistung es übernahm, in ein solches Verhältniß trat. Vorzugsweise war jedoch das Reich auf die beiden deutschen Mächte, die seine Glieder waren, die eine von ihnen im Besitz des Kaiserthums, angewiesen.

Es konnte an und für sich als ein Widerspruch erscheinen, daß die Krone des Reichs an ein Haus geknüpft war, das durch seine dynastischen Beziehungen zu einer durchaus eigenthümlichen Stellung berufen, hauptsächlich diese im Auge hatte, und, gestehn wir es ein, auch haben mußte. Aber so war es nun einmal: der überwiegenden Hausmacht war die religiöse Entzweiung, in deren Folge der katholische und geistliche Theil seinen Anhalt in Oesterreich suchte, zu Hülfe gekommen: auch viele von den andern Ständen fügten sich in ein zum Herkommen gewordenes untergeordnetes Verhältniß; der Gang und Zug der europäischen Verwickelungen trug dazu bei und was auch dagegen unternommen worden, das Haus Oesterreich hatte noch immer verstanden, durch directe oder indirecte Einwirkungen die Stände unter seinem Einfluß zusammen zu halten, und die Reichsversammlung nach seinem Willen zu lenken.

Noch einmal schien sich das zu bewähren, als in den Jahren 1779 und 1780 der von den großen Mächten getroffene Friedensvertrag von Teschen dem Reich zur Bestätigung vorgelegt wurde.

Durch seine eigenmächtigen Eingriffe in die baierisch-pfälzische Erbfolge hatte Oesterreich unter dem Impuls, wie ihn der erste Fürst von lothringischer Herkunft gab, einen Act begangen, dessen gleichen einst den alten mächtigen Kaisern verderblich geworden waren. Man hat mit Recht gesagt, das Reich als solches hätte sich demselben widersetzen sollen, aber mit Energie und Erfolg hatte sich nur König Friedrich dagegen erhoben, der es dann nicht wenig empfand, daß man ihn allein ließ, indem er die Sache Aller führe. Es war ihm gelungen, dem Vorhaben Einhalt zu thun; Jedermann empfand, was man ihm schuldig war; aber als nun die Bestätigung des von ihm zu Stande gebrachten Friedens geschehen sollte, fand sich doch eine unerwartete Schwierigkeit. Der Gegenstand der Verhandlung, fast noch mehr aber die Art und Weise derselben, machen es zur Pflicht, sie nicht ganz in Vergessenheit begraben zu lassen.

Zwei Parteien bildeten sich in Regensburg, von denen die eine den Frieden rein und einfach angenommen zu sehen, die andere eine beschränkende Clausel hinzuzufügen wünschte. Die erste nannte man wohl die Puristen; die zweite die Clausulanten, von denen wieder die Einen sich damit begnügten, die Rechte des Reichs überhaupt, Andere aber auch die Rechte Dritter vorzubehalten gedachten.

Mit den Rechten Dritter waren zunächst Ansprüche des Erzstifts Augsburg gegen Baiern gemeint, die der Gesandte von Churtrier, denn der Churfürst von Trier war zugleich Fürstbischof von Augsburg, mit Lebhaftigkeit erhob, der pfalzbaierische Gesandte, von Leyden, aber ebenso lebhaft zurückwies, denn alle Clauseln und Vorbehalte seien bei der Annahme eines Friedens von so allgemeiner Bedeutung unzulässig.

Dennoch hielten, als die Sache im Churfürstenrath zur Berathung kam, die drei geistlichen Churfürsten an dieser Clausel fest; wogegen die weltlichen, Pfalz, Sachsen und Brandenburg, die diesmal auch von Böhmen unterstützt wurden, die Auslassung derselben verlangten. Die Majorität schien gesichert, als unerwarteter Weise Hannover mit seinem Votum auf die andere Seite trat; nur mit dem Unterschied, daß es die Rechte Dritter ausdrücklich auf die beschränkte, welche auf die baierische Verlassenschaft erhoben werden konnten. Es kommt nicht viel darauf an, ob die persönliche Ansicht des Königs von England, Churfürsten von Hannover, dahin ging,

oder was man annahm, nur die des hannoverschen Ministeriums; das Votum enthielt eine Beschränkung des Friedens, und war von entscheidender Wichtigkeit, da dadurch Gleichheit der Stimmen im Churfürstenrath eintrat, so daß keine Entscheidung zu Stande kommen konnte. Wenn nun überdies die geistlichen das Recht freier Stimmenabgebung im Allgemeinen betonten, so empfand das der brandenburgische Gesandte sehr unangenehm, denn es komme ja Niemand in den Sinn es zu beschränken: er meinte, man wolle nur dem kaiserlichen Bevollmächtigten Gelegenheit zu der Erklärung verschaffen, daß auch in diesem Falle, bei der Bestätigung des Friedens, Freiheit der Stimmen gestattet sei. Ihm schien das alles von dem Wiener Hofe, wenngleich nicht gerade von der Kaiserin-Königin, angegeben, und von dem erzherzoglich österreichischen Commissär Borié ins Werk gesetzt.

Schon seit lange spielte der Freiherr von Borié die größte Rolle in den Verhandlungen zu Regensburg. Er war der Sohn eines Assessors in Wetzlar (niederländischer Herkunft), und der kammergerichtlichen Angelegenheiten vorzüglich kundig, die er sich auch an dem Reichstage besonders angelegen sein ließ. Er hatte im Reichshofrath und im kaiserlichen Staatsrath gesessen, und in der Achtssache gegen den König von Preußen das Referat geführt; er galt als einer der größten Gegner desselben; an dem Reichstage entwickelte er eine unvergleichliche Thätigkeit und geschäftliche Gewandtheit, um seiner Tendenz Eingang und Geltung zu verschaffen. Von dieser bis zur Engherzigkeit eingenommen, unerschütterlich im Princip, war er doch nicht ohne Feinheit in der Behandlung der Menschen, und zeigte selbst eine gewisse Beugsamkeit in der Ansicht, wenn es darauf ankam, den Hauptzweck zu erreichen. Das Interesse von Oesterreich war ihm gleichsam zu einem persönlichen geworden: in der Förderung desselben sah er seine Ehre. Er hatte eine natürliche Gabe, denn auch darin liegt etwas Angeborenes, eine Partei zusammenzuhalten und zu leiten. In berathenden Collegien bilden sich leicht Autoritäten aus, welchen die Uebrigen mit der Zeit selbst aus Gewohnheit folgen. Eine solche hatte sich Borié am Reichstag verschafft.

Namentlich beherrschte er den Fürstenrath, in welchem Oesterreich das Directorium führte. Man schrieb es ihm zu, wenn die geistlichen und die neuen Fürsten, zwei ausgenommen, auf den Clauseln bestanden. Corvey und Eichstädt, die ihn immer unterstützten, fügten sogar noch eine ausdrückliche Erinnerung an die deutschen Lehnrechte

bei, die von den Andern für irrig erklärt, auf den von Oesterreich aufgestellten Grundsatz von der Todtheilung zielte; auch Würzburg und Bamberg hielten die vorgeschlagenen Clauseln für unabweislich. Unter den entgegengesetzten Abstimmungen machte sich noch einmal Magdeburg bemerklich, welches zu erkennen gab, der König sei entschlossen, den Frieden einfach zur Ausführung zu bringen. Pfalz-Zweibrücken erinnerte an frühere Vorgänge, wo jede Clausel auf Antrag Oesterreichs zurückgewiesen worden sei.

Bei der ersten Abstimmung im Fürstenrath fielen die einzelnen Voten so abweichend aus, daß zu einer Berechnung derselben, um das Resultat zu finden, nicht geschritten werden konnte; jede Partei wollte die Oberhand behalten haben: doch suchte eine jede noch mehr Stimmen zu gewinnen.

In einer Gesellschaft bei dem Principalcommissar traten nun wohl einmal die Bevollmächtigten der vornehmsten Stände zusammen, um eine Ausgleichung zu bewirken. Der preußische Gesandte erbot sich zu einer Erklärung, welche jede weitere Clausel unnöthig machen solle. Die andern schienen darauf einzugehen: und wenn nun der hannoversche Gesandte auf die von ihm abhängigen Stimmen im Fürstenrath in diesem Sinne hätte wirken wollen, so würde das Resultat unzweifelhaft geworden sein. Dazu aber war er nicht zu bewegen. In der zur Entscheidung bestimmten Sitzung, 28. Febr. 1780, traten die Intentionen der Clausulanten noch einmal mit voller Schärfe hervor.

Sie hatten eine ganze Reihe von Vorbehalten in Antrag gebracht, darunter selbst die Rechte der Prätendenten, Wahrung des Besitzstandes, hauptsächlich der Verfassung des Reichs und der Kreise, und des westphälischen Friedens; — die Puristen machten vergebens geltend, daß die Ansprüche des Prätendenten durch den Frieden beseitigt, und andere Gerechtsame von Niemand angegriffen seien. Der preußische Gesandte war in großer Aufregung hierüber: er meinte, man suche die im Frieden anerkannten Rechte Brandenburgs auf die fränkischen Fürstenthümer und die Ansprüche von Pfalzzweibrücken zweifelhaft zu machen. Er sagt einmal, alles sei wieder umgeworfen, „der Würfel liege auf dem Tisch".

Wenn es dennoch auch diesmal im Fürstenrath zu keinem Resultat kam, so lag das wieder an der Art und Weise der Stimmenabgebung. Der österreichische Directorialgesandte Borié hatte verschiedene Kategorien nach dem Inhalt der eingebrachten Clauseln aufgestellt, in welche man von der andern Seite nicht einwilligen

wollte [1]). Er bestand darauf, diese Bestimmung zu treffen gebühre ihm, als dem Director; aber darüber verdoppelte sich nur der Streit.

Dadurch geschah es denn, daß die Entscheidung wie in alten Zeiten so oft, wieder in den Churfürstenrath versetzt wurde.

Die Verhandlungen empfingen hier ihren vornehmsten Anstoß durch den brandenburgischen Bevollmächtigten Schwarzenau, der die obgedachte mündlich gegebene, sichernde Erklärung schriftlich abgefaßt hatte und vortrug. Er behauptete, daß jede salvatorische Clausel den Sinn des Friedens verdunkele, der dadurch zum Theil unverbindlich gemacht werde.

In dem entgegengesetzten Sinne erklärte sich aber diesmal, selbst im Widerspruch mit seinen frühern Aeußerungen, der kaiserliche Gesandte für Böhmen. Er sagte, er sei nicht dawider, aber auch nicht dafür; die Kaiserin-Königin wolle ihren Mitständen das Recht, Verwahrungen einzulegen, nicht entziehen. So unentschieden das lautet, so trug es doch bei, um den Clausulanten die Mehrheit auch im Churfürstenrath zu verschaffen.

Hierdurch gesichert, trug der churerzkanzlerische Directorialgesandte die für das Reichsgutachten entworfene Clausel vor. Danach sollte der Annahme des Friedens die Bedingung hinzugefügt werden, daß derselbe den Rechten des Reichs, dem westphälischen Frieden, den übrigen Reichsgrundgesetzen, überhaupt aber den Rechten Dritter für jetzt und künftighin in keinem Fall zum Nachtheil gereichen sollte [2]).

Die Clausel war schon nicht mehr so scharf wie die frühere. Der preußische Gesandte beschied sich, daß er sie, da die Mehrheit dafür war, nicht werde zurückweisen können; und etwas sehr Bedenkliches enthielten doch auch die Hauptbestimmungen nicht; nur die auf die Rechte eines Jeden für jetzt und in Zukunft bezüglichen Vorbehalte konnten einmal widerwärtige Folgen haben. Schwarzenau ließ es nun sein ganzes Bemühen sein, diese Formel unschädlich zu machen. Er setzte in dem Collegium durch, daß die Gerechtsame Anderer, denen

1) Der churbrandenburgische Gesandte, v. Schwarzenau, bezeichnet das von Borié entworfene Schema Votantum als höchst rabulistisch, „sintemalen nicht nur darinnen die 15 Vota der pacificirenden Theile in eine besondere Classe gebracht, und den Puristen entzogen; hingegen unter mannichfaltigen Subdivisionen eine Menge von Reservationen aufgestellt, sondern auch durch alles dies zusammengenommen eine Majorität von 43 Stimmen gegen 21 auf eine sattsame Art dargelegt worden.“ Sehr heftig ist Schwarzenau gegen den fürstlich brandenburgischen Gesandten, Salzmann, eingenommen, der „von den Kräften des Geistes und des Witzes verlassen worden sei.“

2) „Jura tertii et cujuscumque pro nunc et futuro.“

der Friedensschluß keinen Nachtheil bringen solle, als „erweislich und gebührender Orten auszutragende“ bezeichnet wurden. So konnte den Vorbehalten das Wort, „wie sich von selbst versteht“, hinzugefügt werden. Und damit auch daraus niemals ein Zweifel an der vollgültigen Bestätigung hergeleitet werden könnte, bezeichnete man ihn in einer frühern Stelle als abgeschlossen und in die Reichsprotocolle bestätigungsweise gekommen.

So erläutern sich die in dem Reichsgutachten vorkommenden, an und für sich seltsam und überflüssig scheinenden Formeln; sie beruhen auf einem lebhaften Zusammenstoß der beiden Parteien und einem zwischen denselben getroffenen Austrag [1]).

Die Clausulanten hatten sich für mögliche künftige Fälle Einwendungen gegen die Verbindlichkeit des Friedens vorzubehalten getrachtet; eben darum hatten die Puristen alle Clauseln zu vermeiden versucht; es war ihnen damit nicht gelungen, sie mußten sich die salvatorischen Bestimmungen gefallen lassen, aber sie beschränkten dieselben auf eine Weise, daß sie doch nur wie eine Formalität erschienen, der keine wesentliche Bedeutung zukomme.

In dem Fürstenrath war man noch in dem berührten heftigen Streit über die Stimmenzählung, als Schwarzenau mit dem von den Churfürsten angenommenen Entwurf des Reichsgutachtens in denselben eintrat. Der Fürstenrath fühlte sich bewogen, dem Entwurf beizutreten; die verwickelte Form, in der er abgefaßt war, machte den Animositäten ein Ende.

Der Städterath war von Anfang an puristisch gesinnt; es hatte keine Schwierigkeit ihn zur Annahme des Entwurfs zu bringen, der trotz des eingeschalteten Vorbehalts einer reinen Annahme nahe kam.

Mit einigen Modificationen stellten sich die alten Parteistellungen, wie sie in den ersten Decennien des 17. Jahrhunderts gebildet worden, noch einmal gegen Ende des achtzehnten heraus. Im churfürstlichen Rath gab Hannover in dem Widerstreit der geistlichen und weltlichen Stimmen damals (nicht allemal) eine früher am meisten von Sachsen repräsentirte Hinneigung zu den geistlichen Auffassungen kund; die Städte waren auch jetzt wie einst für die weltlichen Churfürsten, und so ganz unbedeutend erschienen sie in der Hierarchie des

1) Das Reichsgutachten findet sich in Fabers Staatscanzlei, und daraus bei Martens; von der vorausgegangenen Debatte ist meines Wissens nie etwas in die Oeffentlichkeit gekommen. Ich entnehme sie aus den Berichten von Schwarzenau.

Reiches, so oft als es zu einem Zwiespalt kam, noch nicht, wie man wohl annimmt; am lebhaftesten war die Entzweiung in dem Fürstenrathe, in welchem der Vertreter der österreichischen Stimme über die geistlichen und die zahlreichen neuen Fürsten unbedingt verfügte; aber auch da gab es eine Opposition, die in einigen weltlichen Fürsten und den protestantisch-geistlichen Stimmen ihren Kern hatte, und in der preußischen Macht ihren Rückhalt bekam.

Der kaiserliche Hof war ohne Zweifel für die Bestätigung des Friedens. Man weiß, daß die Kaiserin den Wunsch aussprach, demselben durch das Reich sobald wie möglich das letzte Siegel aufgedrückt zu sehen. Allein in den herkömmlichen Formen und Parteiungen einer berathenden Versammlung liegt doch auch ein selbständiges Element, das nicht durch jeden Wunsch des Regierenden zu beseitigen ist. Daß sich dies nun aber geregt, und selbst bis auf einen gewissen Grad geltend gemacht, daß es dem einmal Vereinbarten Widerstand entgegengesetzt hatte, aber mit demselben gescheitert war, brachte den Eindruck hervor, als beherrsche Oesterreich den Reichstag nicht mehr wie bisher. Noch immer standen einander die alten confessionellen Parteien gegenüber. Die protestantische und nunmehr preußische, hatte in Folge des Krieges auch am Reichstag einmal wieder einen Vortheil davon getragen. Die Gesandten fürchteten nur, daß man sie in den alten Nachtheil, in der Minderheit zu bleiben, zurückzudrängen suche.

Ein Moment dafür war, daß Pfalzbaiern, obgleich durch Preußen gerettet, doch keineswegs zuverlässig zu demselben hielt. Der damalige Gesandte wurde mißliebig, weil er dies mit einer Beflissenheit that, die in München nicht gebilligt wurde. Man sah schon damals voraus, daß er abberufen und durch einen dem kaiserlichen Hofe mehr ergebenen ersetzt werden würde; wie das denn bald nachher geschah. Man meinte analoge Einwirkungen des kaiserlichen Hofes auf die kleinen Fürstenthümer, die ihm sehr leicht wurden, um ihre Stimmen zu gewinnen, wahrzunehmen. An den schwäbischen Städten wurde Alles versucht, um Reichstagsabgeordnete, wie man sie wünschte, zu erlangen und die Unbequemen los zu werden. Eine Stimme mehr oder weniger schien über das Wohl des Reiches und der Religion entscheiden zu können.

So geschah es gleich hierauf, daß eine an sich unbedeutende Differenz, die Stimmen der Grafen betreffend, die wichtigste Reichsangelegenheit werden konnte.

Neben den fürstlichen Virilstimmen bestanden im Fürstenrath

sechs Curiatstimmen, in denen ebenfalls das Verhältniß der Religion maßgebend eintrat; drei von ihnen, die der rheinischen und schwäbischen Prälaten und der schwäbischen Grafen waren katholisch, die drei andern, die der westphälischen, wetterauischen und fränkischen Grafen evangelisch.

Nun hatte sich aber schon bei dem Kammergerichtsvisitationsgeschäft ein nicht von dem westphälischen Grafencollegium, sondern nur von einem einzelnen Mitgliede desselben autorisirter Deputirter eingefunden, um seine Stimme auf der katholischen Seite abzugeben; er war dort wirklich angenommen worden, obgleich der evangelische Theil widersprach.

Nach dem Tode des bisherigen Bevollmächtigten der drei Curiatstimmen am Reichstage im Jahre 1778 ergab sich nun dasselbe Vorhaben in der Reichsversammlung. Für die westphälischen Grafen stellte sich ein katholischer Bevollmächtigter dar, obwohl sogleich von berechtigter Seite ein Nachfolger des Verstorbenen, von Fischer, für die drei Curiatstimmen beglaubigt war.

Hierüber entstanden schon bei der Friedensbestätigung Weiterungen, doch kam man damals überein, das Geschäft ohne Rücksicht darauf zu Stande zu bringen.

Bald aber zeigte sich, daß dieser Zustand der Unsicherheit auch der Partei, die bisher die Oberhand gehabt hatte, nicht mehr genügte. Konnte ihr nicht eine oder die andere Stimme ferner entgehen und damit das Uebergewicht gesprengt werden, dessen sie sich bisher erfreut hatte? Namentlich schien es, als könne der erzherzoglich österreichische Bevollmächtigte nicht verwinden, daß er damals mit seinem Votirungsentwurfe nicht durchgedrungen war; von der entgegengesetzten Seite nahm man das wenigstens an und meinte, er wolle durch einige in der Reichsversammlung vorzunehmende Veränderungen sich gegen eine erneute Niederlage sicherstellen; doch hätte Niemand erwartet, was er wirklich that; man erlebte, daß er nach Erledigung der Friedensbestätigung, auf den Grund jener Differenz, sein Directorialamt in dem Fürstenrath auszuüben verweigerte.

Ein merkwürdiger Mann in der spätern Geschichte des deutschen Reichstags ist dieser Freiherr von Borié, der es in seinem eigensinnigen Selbstgefühl für den äußersten Schimpf hielt, den vorwaltenden Einfluß am Reichstag einzubüßen; indem er jetzt von der zweifelhaften Beschaffenheit einer einzelnen Stimme Gelegenheit nahm, die Verhandlungen zu hemmen, schien er fast das liberum Veto der Polen

nach Deutschland einzuführen; man traute ihm den herostratischen Ehrgeiz zu, den Reichstag zu sprengen.

Ein Todesfall, den man sonst wenig beachtet haben würde, fiel unter diesen Umständen sehr ins Gewicht. Der bisherige Vorsitzer des fränkischen Grafencollegiums, Philipp Heinrich von Hohenlohe-Ingelfingen, starb im April 1781; dadurch erlosch die Legitimation des Bevollmächtigten Fischer, der die drei gräflichen Stimmen führte, für die fränkischen; und bei der Gesinnung des Nachfolgers, Graf Heinrich August von Ingelfingen, der auf einer Versammlung, von der sich die protestantischen Grafen entfernt hielten, zum Director des Grafencollegiums ernannt worden war, ließ sich nicht erwarten, daß sie gemeinschaftlich in dem alten Sinne erneuert werden würde. Fischer wurde ohnehin mit auffallender Zurücksetzung behandelt. Borié hat einmal erklärt, er wolle mit demselben nicht zugleich zu Rathe sitzen, noch weniger in Geschäften mit ihm concurriren. Um so eifriger hielt Schwarzenau, überhaupt der große Antagonist Borié's, eben so hartnäckig und von seinem Rechte überzeugt, doch nicht so geschäftsgewandt wie dieser, an Fischer fest. Diese westphälische und fränkische Grafensache bildete nunmehr den vornehmsten Gegenstand der wachsenden Mißhelligkeiten. Die Erneuerung der Verhandlungen im Fürstenrath und eine wirksame Beschlußnahme in der Reichsversammlung wurde dadurch, daß Borié unerschütterlich blieb, geradezu verhindert.

Wie falsch wäre es, den Reichstag an und für sich für ohnmächtig zu halten. Ueber das waffengerüstete Preußen vermochte er wenig; Oesterreich war durch alte Privilegien und seine internationale Weltstellung gegen seine Machtsprüche gesichert; aber weder diese noch vollends die mindermächtigen Stände waren von seinen Befugnissen emancipirt; der Reichstag besaß eine allgemeine legislative Gewalt, Aufsicht über Administration und die Verwaltung des Reichs; er hatte selbst in diesem executive Gewalt, wenn er darüber einig werden konnte.

Damals griff die Meinung um sich, daß der Wiener Hof den Stillstand der Reichsgeschäfte sogar gern sehe; denn was er auch immer vornehme, so könne es zu keinem förmlichen Widerspruch von Seiten des Reichs kommen. Eben deshalb war es für Preußen geboten, die unterbrochene Thätigkeit des Reichstags zu erneuern, einmal weil es an und für sich rechtmäßig war und in der Natur der Sache lag; aber überdies: kam nicht dem König von Preußen eine große Stellung in dem Reiche zu? Hertzberg bemerkt, er sei Kurfürst von

Brandenburg, nehme die zweite Stelle in Obersachsen ein und sei kreisausschreibender Fürst in Niedersachsen, Westphalen und Niederrhein und werde das einmal auch in Franken nach dem Aussterben der Familie von Ansbach; er führe fünf Stimmen am Reichstage: er sei vollkommen im Stande, in allen Angelegenheiten des Reiches den Uebergriffen des Hauses Oesterreich Einhalt zu thun.

Durch die letzte Waffenerhebung hatte der König die Theilnahme der Katholiken erworben, die ihn früher fast als ihren natürlichen Feind betrachtet hatten. Der Reichstag, welchen Oesterreich in jener Frage anzugehen Bedenken getragen, hatte sein Recht in Angelegenheiten dieser Art mitzusprechen, gerettet. — Die Reichsgenossenschaft bildete für ihn ein Moment der Macht und besonders des Widerstandes.

Bald sollten sich noch andere Anlässe finden, sich ihrer zu bedienen.

Drittes Capitel.

Erste Regierungshandlungen Josephs II.

Joseph II. war vor kurzem von seinem ersten Besuche bei Kaiserin Katharina in Mohilew und Petersburg zurückgekehrt, und im Begriff, eine Reise nach den Niederlanden anzutreten, die ihn vielleicht selbst nach England führen sollte; — so wenig hinderte ihn der Antheil, den er an den Geschäften nahm, seinen touristischen Neigungen nachzuhängen, — als seine Mutter am 29. November 1780 starb und die Gesammtregierung der Monarchie in seine Hände kam. Nicht auf die Geschäfte des Reichstags aber, die wenig Raum dazu boten, richtete er seine Thätigkeit, sondern auf seinen österreichischen Staat und dessen auswärtige und innere Beziehungen.

Doch war darin ein Unterschied.

Die auswärtigen Verhältnisse waren unter seiner persönlichen Theilnahme noch vor dem Tode der Mutter (wir werden bald darauf zurückkommen) in eine Bahn geleitet worden, die seinen eigenen Tendenzen entsprach. Er war darüber mit dem Manne einverstanden, der die großen Angelegenheiten der Monarchie schon lange mit einer Art von Autonomie leitete, wenigstens nach seinem Dafürhalten, gemäß dem einmal eingeschlagenen systematischen Gang.

Fürstliche Geschenke sind so sehr eine Sache der Convenienz geworden, daß man sich fast scheut, ihrer zu gedenken. Doch mag eine Ausnahme bei solchen gestattet sein, mit den sich unzweideutige Aeußerungen einer Gesinnung, an der man sonst vielleicht zweifeln könnte, verbinden. Joseph übersandte dem Fürsten Kaunitz bald nach seinem Regierungsantritt, März 1781, eine Tabatiere, die mit den Bildnissen der Mitglieder der kaiserlichen Familie geschmückt und einst von der Kaiserin ihrem Schwager Herzog Carl von Lothringen geschenkt worden war. Joseph schrieb dem Fürsten, er möge sie auf seinen Tisch stellen, um die Bilder der Personen vor sich zu haben,

die er jede insbesondere, sowie alle zusammen zur Dankbarkeit verpflichtet habe. Kaunitz nahm das sehr hoch auf. Er erwiederte, er sehe darin ein Anerkenntniß seiner vierzigjährigen Dienste, das ihn mit wahrer Genugthuung erfülle [1]). Er geht sehr weit, wenn er hinzufügt, daß der Kaiser durch Züge dieser Art sich ein Andenken sichere, wie Trajan oder Heinrich IV. Die Namen mögen zugleich das für den Ruf des Herrschers vorschwebende Ideal andeuten.

Es fiel auf, wie wenig Betrübniß Kaunitz über den Tod seiner Gebieterin an den Tag legte; was er zu ihrem Lobe sagte, enthielt doch, wenn man es erwog, sein eigenes Lob. Er wurde durch ihren Abgang noch mächtiger, als er schon war, und bekam noch mehr freie Hand, nach seinem Sinne zu leben. Von dem Hofe machte er sich so gut wie vollständig los; niemals erschien er bei dem Kaiser; der Kaiser liebte es, ihn zu besuchen, wie der junge Ludwig XIV. den Cardinal Mazarin. Die fremden Gesandten sah Joseph möglichst selten; auch Kaunitz gab ihnen nur ungern Audienz; um ihn zu sehen, fanden sie sich Abends bei ihm ein, wenn er von seiner Tafel nach seinem Billardzimmer kam. Da nahm er denn auf seinem Lehnstuhle Platz, um seinen Thee zu trinken: zuweilen, wenn noch ein dringendes Geschäft zu erledigen war, sah man einen kleinen Tisch mit hohen Kerzen herbeibringen, worauf er inmitten seiner Gäste eine Ausfertigung vollzog. Er war eben bei sich zu Hause und gewohnt, sich um Niemand zu kümmern. Es machte keinen Unterschied, wenn ein Erzherzog erschien: Kaunitz ließ auch höchste Personen unter den Gästen warten, bis es ihm gefiel, sie zu begrüßen. Dem Kaiser — denn auch er fand sich, wiewohl nur selten, ein — war es am liebsten, wenn er sich, durch keine besondere Beachtung gestört, unter die Anwesenden mischen konnte. Jedermann verehrte in Kaunitz sein außerordentliches Verdienst, die erreichten Erfolge, sein hohes Alter, den umfassenden, zum Ziel treffenden Geist, den er bei jeder Gelegenheit an den Tag legte; seine Sonderbarkeiten gaben seiner Erscheinung eine eigenthümliche Färbung, die den Eindruck, den er machte, eher verstärkte. Die Gesandten kamen, um ihm etwas vorzutragen, aber sie beschieden sich, einen Moment guter Stimmung abwarten zu müssen. Die Entscheidung der Geschäfte lag so gut wie unbedingt in seinen Händen.

So war und blieb in den militärischen Angelegenheiten Marschall

1) Briefwechsel in dem Haus-, Hof- und Staatsarchiv in Wien.

Lascy der Vertraute des Kaisers, der Mann, der einst als General-quartiermeister dem König von Preußen sehr unbequem geworden und später an der Spitze der unter seiner Leitung reorganisirten Armee demselben nicht ohne einen gewissen Succeß entgegengetreten war. Man schreibt es Lascy zu, wenn ein Legat, das die Kaiserin für die Armee angewiesen, derselben unverkürzt zugestanden wurde. Joseph hätte eine andere, ihm nützlicher scheinende Bestimmung, etwa für ein Invalidenhaus, vorgezogen; aber der Marschall trug Bedenken, den Truppen etwas zu entziehen, worauf sie schon rechneten, er hätte Desertionen zu veranlassen gefürchtet. Auch Kaunitz bemerkte, daß die Armee die Stütze des Kaisers und des Staates sei, daß hier jede Sparsamkeit gefährlich wirken könne.

Wie sehr sah sich das Volk getäuscht, das sich bei dem Tode der Kaiserin mit der Abschaffung einer oder der andern drückenden Steuer schmeichelte, und seine Wünsche ohne viel Ehrfurcht bei dem Leichenbegängniß laut werden ließ [1]. Nicht auf Erleichterung, sondern auf Schärfung des finanziellen Systems war die Absicht Josephs II. gerichtet. Hauptsächlich mit Ersparnissen beschäftigte er sich in den ersten Monaten seiner Regierung. Für sich selbst bedurfte er wenig, denn er führte das einfachste Leben: an kostbaren Gelagen oder rauschenden Vergnügungen fand er kein Gefallen; er speiste meistens allein, und brachte seine Abende in einem Kreis vornehmer Damen zu, an den er gewöhnt war; — es gewährte ihm Unterhaltung genug, ihnen von seinen Reisen zu erzählen. Manche fanden darin etwas Absichtliches und Gesuchtes, wenn er mit einem auffallend verfallenen Gespann durch die Straßen fuhr; Andere meinten, es entspreche seinem natürlichen ökonomischen Sinne. Die kaiserliche Küche ward auf das Nothwendige beschränkt, der Marstall um mehr als die Hälfte herabgesetzt; man untersuchte die Pensionen, welche die Kaiserin gezahlt hatte: und strich sie, wenn sie nicht sehr gut begründet waren. Auch bei den erzherzoglichen Höfen wurden Abzüge gemacht, die sie sich sehr ungern gefallen ließen. Joseph bemerkte ihnen, wenn das Wohl des Staates es erheische, müsse jede andere Rücksicht schweigen [2]. Er trug nur immer Sorge, daß keine Vorliebe oder Rücksicht ihn in diesem obersten Grundsatz beirre. Um dem

1) le peuple a fait éclater une joie presque indécente à son enterrement. Bericht des preußischen Gesandten Riedesel, 6. Decbr. 1780.

2) Wolf: Marie Christine I, 141. Die Gesandtschaftsberichte der Zeit sind beherrscht von dem unangenehmen Eindruck, den das machte.

allgemeinen Interesse gerecht zu werden, wurde er hart gegen die Einzelnen. Seine Geschwister eilten, die unerfreulich werdende Residenz zu verlassen. Joseph berechnete nur, wie viel er ersparen, und wie er das Ersparte zum allgemeinen Besten verwenden könne.

Von demselben Gesichtspunkte sah er nun die gesammte Civilverwaltung an, deren Leitung er nach seinem Regierungsantritt selbst in die Hand nahm; er wollte sie von den Privatrücksichten reinigen, welche den öffentlichen Dienst lähmten oder unmöglich machten.

Sollen wir nun hier die mehr oder minder lobenswürdigen Seiten der Regierung Maria Theresia's erörtern und sie mit den Abänderungen und Neuerungen vergleichen, welche Joseph für rathsam hielt? Wir würden uns in das Labyrinth der österreichischen Landesverwaltung verlieren. Begnügen wir uns, die vornehmsten Gesichtspunkte des Kaisers in Bezug auf das, was er verwarf, so wie auf das, wonach er strebte, aufzufassen.

Eine Denkschrift aus den Zeiten kurz vor dem Regierungswechsel liegt vor, aus der sich ergiebt, was man in dem Kreise, der sich um den Kaiser bildete, auszusetzen fand. Nicht sowohl auf Verordnungen und Gesetze kam es dabei an, als auf die Abschaffung von Mißbräuchen, die im Schooße der Administration bei mangelnder scharfer Aufsicht eingerissen waren. Von den Ministern, heißt es da, welche die Beamten einsetzen, werde die Gnade mit einer Art von Wetteifer an diese vergeudet. Mancher kaufe beinahe seine Bedienung und laufe dann Sturm auf das Aerarium, das dabei aufgezehrt werde. Das Trachten der oberen Behörden gehe dahin, ihren Wirkungskreis zu erweitern; die unteren, die sich dadurch gedrückt fühlen, hören auf zu gehorchen. Durch persönliche Beziehungen werde die Wirkungsfähigkeit der Verwaltung gelähmt: alles löse sich in Parteien auf. Berichte und Gutachten fasse man nach diesen Gesichtspunkten, und zwar ohne rechte Kenntniß der Lage der Sache; was man verordne, stehe oft im Widerspruch mit den wirklichen Thatsachen und werde lächerlich. Von den verschiedenen Zweigen: Militär, Finanz, Religionswesen und innere Verwaltung, wirke einer gegen den andern. Die jungen Cavaliere, einem müßigen und üppigen Leben ergeben, würden dennoch durch Protection so rasch wie möglich zu den höhern Stellen befördert, ohne des Dienstes mächtig geworden zu sein: die untern Beamten seien eigennützig und gewaltsam; das Landvolk erliege der Ungleichheit und schlechten Veranlagung der

Abgaben an den Staat und den Plackereien der Gutsherrschaften, denen dieser nachsehe [1]).

Die sprichwörtliche Milde der Regierung, heißt es weiter, wirkt verderblich: zehn Unwürdige gewinnen, Millionen verlieren. Ohne eine Veränderung von Grund aus ist kein Heil zu erwarten. Der Staat zehrt sich selber auf; Cultur, Handel, Bevölkerung nehmen ab; wie will man im Stande sein, sich jemals wieder fremden Einfällen entgegenzusetzen? das Land ist mit Millionen von Schulden beladen, und dabei wachsen die Auflagen, der Staat geht zu Grunde.

Joseph hatte sich beschieden, nichts Entscheidendes ausrichten zu können, so lange er Coregent war; er hatte einen so lebendigen Begriff von der Prärogative des Souveräns in der Monarchie, daß er sich der Art und Weise seiner Mutter fügte; nun aber, nachdem die Prärogative an ihn übergegangen war, hielt er sich für unbedingt berechtigt, seinem Sinne in dem Staate Bahn zu machen.

Er kannte, wie gesagt, keine Zerstreuungen: er fand selbst keinen Geschmack mehr an der Literatur; er las nur geschäftliche Papiere. Die Morgenstunden brachte er regelmäßig in den Kanzleien zu, wo er die Ausfertigungen angab, durchsah und corrigirte. Auf Einwendungen, die er nicht übel nahm, hörte er doch nicht viel: er rieb sich wohl die Hände, antwortete in seiner natürlichen Denkweise und kam dann auf etwas Anderes. Er war ein geborner Büreaukrat, thätig im Kleinsten, aber immer in einer Anschauung des Ganzen, die seinem hohen Standpunkt entsprach.

Vorlängst hätte er sich darüber mancherlei Entwürfe gebildet, — wie Population, Commerz, wie die innere Production überhaupt zu heben sei: er folgte darin den Ideen des Jahrhunderts; ohne Zweifel das Wichtigste ist der allgemeine Gesichtspunkt, den er seinen Landen gegenüber ergriff. Diese von sehr verschiedenen Nationalitäten bewohnten, unter mannichfaltigen Titeln und sehr wesentlichen Beschränkungen unter dem Scepter des Hauses Habsburg verbundenen Landschaften sollten zu einem Ganzen verschmolzen werden und sich als solches fühlen lernen; aus ihrem Zusammenwirken sollte der Gesammtstaat von Oesterreich hervorgehen.

1) Auszüge aus einer ausführlichen Relation, die abschriftlich unter österreichischen Staatsmännern von Hand zu Hand ging; sie kam Dohm zu Händen, der sie an Thulemeier schickte, in dessen Papieren im königl. Staatsarchiv zu Berlin sie sich findet. Die Meinungen und Ansichten „Seiner Majestät" des Kaisers über die Mängel, sowie über die Mittel dagegen werden oft angeführt.

Man sollte näher untersuchen, wie die Idee dieses Staates als einer europäischen Großmacht aus den weltumfassenden Beziehungen des Hauses Burgund, in welchem Österreich aufging, sich nach und nach hervorgebildet hat; deutlich erkennbar wird sie zuerst in den Verhandlungen über die Theilung der spanischen Monarchie; in der definitiven Sonderung von Spanien in der pragmatischen Sanction, wie bei dem Anschluß der Ungarn an Maria Theresia, ist sie dann weiter zur Erscheinung gekommen. Die Vereinigung der Landschaften zu der Idee eines Staates kann als die große Hinterlassenschaft der habsburgischen Dynastie und das Resultat ihres fünfhundertjährigen Waltens betrachtet werden; Maria Theresia hatte ihr Ansehen nach Außen gerettet und ihm eine gewisse innere Haltung gegeben: aber ihrem Sohn, der die Traditionen von Österreich und Burgund mit lothringischer Beweglichkeit belebte, genügte das, was geschehen war, weder in der einen noch andern Beziehung. Er war entschlossen, die Idee einer österreichischen Großmacht in aller ihrer durchgreifenden Bedeutung wie nach Außen so nach Innen zur Geltung zu bringen.

Noch lebte allenthalben das landschaftliche Element in den großen Staaten; man weiß, wie stark es noch in Frankreich war, und was dazu gehört hat, es zu überwältigen. Joseph unternahm den Kampf mit demselben auf dem Standpunkt und mit den Mitteln der souveränen Gewalt. Die Neuerungen, die er einzuführen dachte, sollten ihm dienen, die Idee des Gesammtstaates zu realisiren.

Vor dem absoluten Zwecke des Selbstherrschens wich jede Besonderheit zurück.

Es kümmerte ihn nicht, daß die Verbindung dieser Lande doch eine nicht aus ihnen selbst hervorgegangene, zwar historisch und geographisch begründet, aber durch die Dynastie bewirkt war, daß die Triebe der Besonderheit allenthalben stark und lebendig sind; er meinte durch den guten Willen, den er einsetzte, und das allgemeine Beste, das sein Ziel sei, alles mit sich fortzureißen und ineinander zu verflößen.

Nach ein paar Monaten, in denen er die oberste Leitung der Geschäfte nun selbst führte, hielt er, die alten und neuen Erfahrungen verbindend, für rathsam, den Vorständen der Provinzen und den Mitgliedern der Centralregierung, den Chefs, wie er sagt, die Gesinnung, die ihn beseelte, mit Einem Mal eindringlich kund zu geben [1]).

1) Circulare 16. März 1781. (Haus-, Hof- und Staatsarchiv in Wien.)

Er nimmt in seinem Erlaß darüber von der höchsten Gewalt in weitem Umfang Besitz: Landesverfassung, Finanz und Anwendung der bestehenden Gesetze, mit einziger Ausnahme der Justiz, beruhe alles auf seiner Ueberzeugung und Entschließung [1]). Er legt den Chefs die Pflicht auf, ihn von dem Thatbestand zu unterrichten und Ueberlegung mit ihm zu pflegen, nach erhaltener Bestimmung aber diese genau und rasch auszuführen: ihnen bleibe es überlassen, sich zu ihren Untergebenen eben so zu stellen, wie er zu ihnen steht, und ihre Thätigkeit anzuspornen.

Sie sollen aus ihrer Arbeit die Beschäftigung ihres ganzen Lebens machen; „nichts hören, noch sehen, noch denken, als was zu derselben dient"; vor allem die Principien des Kaisers sich völlig aneignen. Zu allen Stunden des Tages wird er bereit sein, die Materien mit ihnen durchzusprechen; sie mögen ohne alle Ceremonie in bürgerlicher Kleidung zu ihm kommen; besser daß sie hundertmal fragen, als einmal irre gehen. Er bemerkt, bei schriftlichen Eingaben stehe oft die Unterschrift unter fremden Gedanken: die Arbeit werde dadurch verwickelt; bei persönlicher Besprechung werde man sich verständigen, welche Wendung jeder Sache zu geben sei. Sie können allezeit einen Hofrath mitbringen, der die nöthige Auskunft gebe und das Ergebniß der Berathung sofort niederschreibe. Auf diesem Wege hoffte Joseph zu vermeiden, daß seine Befehle entweder durch Mißverständniß einzelner Sätze, oder auch geflissentlich falsch ausgelegt, und eine Unthätigkeit erhalten werde, die häufig dem bösen Willen gleiche. Man müsse die Geschäfte aus den Händen der Subalternen reißen: die wirkende Thätigkeit, die er den Oberen einzuflößen trachte, müsse von denen ihren Untergebenen mitgetheilt werden: die Liebe des Allgemeinen müsse alles beleben. Ohne Rast und Ruh müsse man das Nützliche thun, zu jeder Tageszeit, ohne sich an Kanzleistunden zu binden; erst wenn die Arbeit ausgeführt ist, solle man ausruhen oder sich zerstreuen dürfen. — Was ein Mensch sich selbst anmuthet, fordert er auch von andern.

Der Kaiser überläßt den Chefs, die Beamten, Vicepräsidenten, Hofräthe und Secretare nach ihrem Dafürhalten zu verwenden; diejenigen, welche nichts leisten, sollen ihm unbedenklich genannt und zur Ruhe gesetzt werden.

1) Wie es in einem Briefe des Fürsten de Ligne heißt: il voulait la plus grande autorité, pour que d'autres n'eussent pas le droit de faire du mal.

Bisher war der Staat vornehmlich in dem Landesadel erschienen, den Besitzern von Grund und Boden, die dann in den ständischen Versammlungen die gesetzgebende Gewalt, wiewohl unter Mitwirkung des Fürsten und der städtischen Magistrate, doch hauptsächlich ausübten; in den Ständen repräsentirte sich die historische Eigenart und Besonderheit der Landschaft; die Grundherrschaften befanden sich in Besitz vieler, dem Princip nach obrigkeitlicher Gerechtsame. Darin hatte nun schon Maria Theresia durch die Einrichtung von landesfürstlichen Kreisämtern, denen ein guter Theil dieser Befugnisse übertragen wurde [1]), eine bedeutende Veränderung angebahnt. Aber die Ausführung derselben fiel häufig in Hände, die ihr nicht gewachsen waren; thatsächlich behielt das Herkommen die Oberhand. Bei weitem stärker griff nun Joseph II. ein. Die Unterthanen fühlten, daß auch ihr Grundherr einen Herrn habe, der ihnen zu Hülfe komme; in den Städten verloren die alten Geschlechter und die Zünfte die ihnen durch die Gewohnheit zustehenden Vorrechte: sie wurden kaiserliche Beamte. Den Ständen wurden die kaiserlichen Verordnungen einfach bekannt gemacht, ohne daß man auch nur ihren Rath gefordert hätte. Alle Gewalt concentrirte sich in den Kreishauptleuten, den Landeshauptleuten, den kaiserlichen Behörden überhaupt, die durch die neue Ordnung der Dinge von dem höchsten Willen unbedingt abhängig gemacht wurden, in den Comitaten in Ungarn so gut wie in den Bezirken der übrigen Provinzen. Bei dem Kaiser steht es, die Gewalt derselben zu bestimmen; vorkommende Fälle soll man nach den aufgestellten Hauptgrundsätzen beurtheilen, und bei eintretenden neuen Umständen, die man darzulegen hat, Entscheidung in Wien einholen. Man soll alles kurz, pünktlich und mit so wenig Leuten als möglich zu erledigen suchen.

Joseph II meinte eine Umgestaltung, welche die Aufgabe kommender Zeiträume war, im Wege der Verordnung durchzuführen, vermittelst einer Administration, die von oben nach unten einheitlich geleitet, ohne allen andern Nebenzweck nur der Ausführung seiner Gedanken hingegeben wäre.

Derselben Meinung war ohne Zweifel auch Kaunitz, der Concipient dieses Circulars, das zugleich als Instruction dienen sollte. Ob nun aber auch die Schwarzenberg, Kollowrath, Esterhazy und die andern Mitglieder der hohen Aristokratie, die zugleich die hohen Stellen bekleideten, oder die Hofräthe, mit denen sie umgeben waren,

1) Perthes: Politische Zustände und Personen Bd. II, 32.

und die Behörden der verschiedenen Länder, mit denen sie zu arbeiten hatten?

Der Kaiser forderte die Ausführung seiner Weisungen ununterbrochen, mit allen Kräften, mit ganzer Seele. Nach einiger Zeit beklagte er sich, daß manche seiner Befehle öfter wiederholt werden müssen und doch unausgeführt bleiben, daß die Beamten mechanisch arbeiten und nichts thun, was sie nicht thun müssen, ohne Bestrafung ihrer Nachlässigkeit zu erwarten.

Sein Sinn bleibt nicht allein fest, sondern entwickelt sich täglich weiter in Bezug auf die Art und Weise der Thätigkeit, die einem jeden obliege. Erwähnen wir noch des Unterschiedes, den er zwischen der Administration im Einzelnen und der monarchischen Idee macht.

Der Bergmann, sagt er, beschäftige sich mit der Production der Metalle zu wohlfeilerem Preise und in größerer Quantität, um davon Ehre zu haben; der Zollbeamte mit der Erhöhung des Ertrages seiner Einnahmen; der Richter mit Beobachtung der Gesetzlichkeit und der Reformen. Der Civilist glaube, daß das Militär nur für die Führung der Waffen tauge und in Friedenszeiten eine unnütze Last sei: der Soldat dagegen halte sich für berechtigt, so viel Vortheil aus dem Lande zu ziehen als nur möglich. Ganz anders der Souverän. Der bedenke zugleich, daß der Soldat seine mäßige Löhnung zum Vortheil seines Aufenthaltsortes verzehre: er sehe in ihm den unentbehrlichen Verzehrer dessen, was das Land hervorbringt, denke aber darauf, ihn in den Zeiten des Urlaubs und durch seine Kinder auch die Production befördern zu machen. So in Bezug auf die Finanzen. Ein gemäßigter Fürst halte allerdings dafür, daß es ihm nicht freistehe, über das Besitzthum des Staates und der Staatsbürger nach Belieben zu verfügen; aber er bedenke selten, daß er seine Stelle zur Förderung des Gemeinwohls inne habe. Die Bestimmung der Auflagen hänge einzig und allein von dem Willen des Souveräns ab: jedes Individuum habe seinen ganzen Besitz mit blindem Vertrauen dem Souverän anvertraut; aber dieser dürfe nun nicht einen Schritt breit über das hinausgehen, was für das Ansehen des Staates, die Sicherheit, die er gewähre, sowie die innere Ordnung nothwendig sei; auf diesen Zweck habe die Regierung alle ihre Aufwendungen zu richten. Der Monarch sei jedem Individuum dafür verantwortlich; nicht genug, daß er keiner Vorliebe für irgend Jemand Raum gebe, er dürfe nicht einmal freigebig gegen die Armen sein, ausgenommen aus dem Besitzthum, das ihm als Privatmann gehöre [1]).

1) Donc le monarque lui-même, comptable à chaqu' individu de

Joseph betrachtet die absolute Gewalt, die ihm erblich zugefallen war, doch als eine solche, die nur dem Gemeinwesen überhaupt dienen solle; sie bekommt dadurch zugleich eine auf die Wohlfahrt jedes Einzelnen gerichtete Tendenz. Weil er der Vater und Verwalter der ihm von der Vorsehung anvertrauten Kinder ist, hält er sich für verpflichtet, den Antheil eines Jeden an den allgemeinen Lasten gleich zu bestimmen. Einer seiner vornehmsten Gesichtspunkte ist: die Gleichheit vor dem Gesetz durchzuführen. Bei den Strafen will er keinerlei Abstufung nach dem Stande eintreten lassen, da ja das Laster das gleiche in Allen sei; die Gerechtigkeit würde aus der Welt kommen, wenn er einen Unterschied gestattete. Ein allgemeines Gesetzbuch soll alle Provinzen vereinigen, denn sie bilden ein Ganzes. Wenn es nun sein Ernst damit ist, einem Jeden eine gesicherte Existenz zu verschaffen, so meint er doch auch den Vortheil des Staates, namentlich eine höhere Rente für denselben zu erzielen. Die liberalen Ideen werden ein Mittel der höchsten Gewalt, die sie mit unbedingter Autorität verkündet; sie sollen alle die noch so verschiedenen Landschaften zu einem großen starken Gemeinwesen in unbedingtem Gehorsam vereinigen.

So unerwartet und persönlich-eigenthümlich die Richtung ist, die Joseph in dieser Beziehung einschlug, so konnte er doch noch an Vieles anknüpfen, was seine Vorfahren gewollt, seine Mutter begonnen hatte; aber durch seinen allgemeinen Begriff wurde er nun noch auf Tendenzen geführt, welche dem historischen Charakter widersprachen, den die letzten Habsburger der Monarchie gegeben hatten. Diese waren eifrig ausschließend katholisch, auch seine Mutter war es: Joseph neigte sich zur religiösen Toleranz. Zwischen Mutter und Sohn ist es darüber einmal zu einer sehr bedeutungsvollen Discussion gekommen.

Als Joseph im Jahre 1777 von seiner französischen Reise zurückkam, bei der er unter anderem davon überzeugt worden war, daß der Verfall der von der Natur so reich ausgestatteten südlichen Provinzen Frankreichs von der Verfolgung und Flucht der Hugenotten

sa gestion, ne peut dans l'administration des fonds publics, qui ne lui appartiennent pas, ni écouter sa prédilection pour personne ni accorder des libéralités aux nécessiteux, à moins que le patrimoine qu'il possède comme particulier ne le mette en état de se procurer ce plaisir et d'exercer cette vertu vraiement digne de tout homme qui est bien partagé du côté de la fortune. Aus einer Denkschrift, die nicht datirt ist, aber in die ersten Jahre der Regierung fallen muß, denen sie auch im Archiv beiliegt.

herrühre, ward er auf das unangenehmste von der Nachricht betroffen, daß in Mähren wegen religiöser Bedrückungen Unruhen ausgebrochen seien. Er nahm Veranlassung, seiner Mutter darüber Vorstellungen zu machen. Er bekennt ihr seine Grundsätze, nach denen es selbst Religion ist, alle Einwohner gleichmäßig zu dem Wohle des Staates zusammen wirken zu machen. Man habe, sagt er, nur zwei Wege: man müsse entweder volle Freiheit des Cultus gewähren, oder alle die verjagen, die dem nicht beistimmen, was man selber glaubt: aber solle man, damit die Seelen nicht nach dem Tode verdammt seien, den Vortheil verlieren, den gute Unterthanen, fleißige Bauern bei ihrem Leben leisten könnten? Welche Macht maße man sich da an? Dürfe man dem göttlichen Erbarmen vorgreifen? Könne man den Gewissen gebieten? Die weltliche Administration habe nichts weiter zu fordern, als daß das Gesetz der Natur und der Gesellschaft beobachtet und das höchste Wesen verehrt und angebetet werde. „Ew. Majestät", sagt er, „kennen diese meine Meinung. Ich denke, ich werde sie nie ändern, so lange ich lebe." — „Ich erwarte das doch", antwortete die Kaiserin; „ich werde nie aufhören dafür zu beten und Würdigere, als ich bin, dafür beten zu lassen." Sie führt ihm die unglücklichen Folgen zu Gemüthe, die aus seinen Grundsätzen für die Monarchie entspringen können. Um Bauern zu haben, werde er seinen Staat zu Grunde richten und die Seelen ins Verderben führen. Wozu helfe es, die wahre Religion zu besitzen, wenn man sie so wenig liebe, so wenig Werth darauf lege, sie zu erhalten? Auch in den protestantischen Staaten geschehe das nicht, ausgenommen etwa in Preußen: sei aber dieses Land darum glücklicher? Joseph bemerkt hierauf, sie mißverstehe ihn in Bezug auf das Wort Toleranz. „Gott behüte mich, daß ich es für gleichgültig halten sollte, ob die Unterthanen Protestanten oder Katholiken sind. Ich wollte alles darum geben, daß die Protestanten in den kaiserlichen Erblanden sämmtlich zum Katholicismus überträten. Meine Meinung ist nur, daß ich ihnen erlaube würde, Land zu besitzen und Bürger zu sein." Er deutet an, er würde selbst fremde Protestanten gern aufnehmen, um Landbau und Industrie zu heben: würden sie doch bei dem Anblick der katholischen Gottesverehrung eher zum Uebertritt geneigt werden, als in der Mitte von anderen Protestanten. Wenn protestantische Regierungen ebenfalls religiös exclusiv verfahren, so sei das nur ihrer Beschränktheit zuzuschreiben. Für sich selbst betheuert er, daß er mit diesen Grundsätzen vor den ewigen Richterstuhl zu treten bereit sei.

„Also", erwiedert Maria Theresia, „keine herrschende Religion? Toleranz und Indifferentismus dienen nur dazu, alles zu untergraben. Welchen Zügel giebt es für solche, die nur ihrem Vortheil und ihrer Leidenschaft nachgehen? Man muß entweder die Religion behaupten oder grausam sein. Ohne feste Gottesverehrung oder ohne Unterwürfigkeit unter die Kirche, was soll aus uns werden? Ruhe und Zufriedenheit würden nicht daraus folgen, sondern das Faustrecht." Sie beschwört ihn bei seinem Seelenheil und bei dem Andenken seiner Altvordern, von den irrigen Principien zurückzukommen, in die ihn seine Art und Weise, von allem Kenntniß zu nehmen und sich im Widerspruch eine Meinung zu bilden, geführt habe [1]). Sie wolle keine Verfolgung, aber keine Toleranz, keinen Indifferentismus; sie wolle bei den Grundsätzen der Vorfahren bleiben, durch welche die Monarchie groß und blühend geworden sei. Sie werde nicht ruhig sterben können, wenn sie nicht wisse, daß ihr Sohn ein ächter Nachfolger derselben sein wolle [2]).

Das war eben die Frage für Oesterreich, ob Joseph, der doch einem anderen Geschlechte angehörte, dereinst das Haus Habsburg so fortsetzen werde, wie Marie Theresia, die aus demselben entsprungen war. Maria Theresia verlangte die ausschließende Herrschaft des Katholicismus auch fortan für Oesterreich; in der Einheit der Religion sah sie das Heil des Staates: Joseph II. hegte eine entgegengesetzte Ansicht: die künftige Größe von Oesterreich sah er in dem allgemeinen Schutz der verschiedenen religiösen Bekenntnisse. Es scheint ein geringer Unterschied zu sein: keine eigentliche Verfolgung, was die Mutter, oder Toleranz, wie der Sohn sie wollte; aber in dieser Differenz tritt doch die Verschiedenheit der Principien, denen man folgt, zu Tage. Auf der einen Seite wird die Einheit des katholischen Staates im alten Sinne vorbehalten, wenngleich mit

1) So verstehe ich die Worte: et force de voir, d'entendre, en mêlant cet esprit de contrarier et celui de créer en même temps, vous vous perdez . . . Arneth, Maria Theresia u. Joseph II, II, 158.

2) Point d'esprit de persécution, mais encore moins d'indifférence ou de tolérantisme, c'est ce que je compte tant que je vivrai de suivre, et ne souhaitant vivre qu'autant que je puisse descendre à mes ancêtres avec cette consolation, que mon fils sera aussi grand, aussi religieux que ses prédécesseurs et reviendra des faux raisonnements, des mauvais livres comme de ceux, qui font briller leur esprit aux dépens de tout ce qu'il y a de plus saint et respectable et veulent introduire une liberté imaginaire, qui ne peut jamais exister et qui rejaillit en licence et bouleversement total.

Milderung; hier erscheint der Gedanke, den Staat von dem geistlichen Begriff überhaupt abzulösen; die Andersgläubigen will man dort in der hergebrachten Unterordnung halten, hier aber von derselben emancipiren und keine Beschränkung auf ihr Bekenntniß gründen.

So lange nun die Mutter regierte, war an keine wesentliche Aenderung zu denken. Der Sohn saß kaum ein paar Wochen auf dem Throne, als er die Protestanten von dem strengen Regiment, dem sie im Namen des Katholicismus unterworfen waren, befreite. Es geschah zunächst in Bezug auf die Aufbewahrung religiöser Schriften in ihren Häusern — was doch hier sehr wesentlich ist. — Nach einiger Zeit erschienen die Edicte, durch welche ihnen gestattet wird, ihre Religion zu bekennen, ohne darum an ihren bürgerlichen Rechten Abbruch zu leiden. Man erfährt da erst recht, welchen Beschränkungen sie noch unterlagen. Sie wurden für den Ankauf von Gütern und Häusern, für die Erwerbung von Bürgerrecht und Meisterrecht, so wie von akademischen Würden, den Katholiken gleichgestellt. Bei den Bedienstungen im Civil sollten sie fortan nicht länger ausgeschlossen sein: nur auf Fähigkeit und auf Lebenswandel sollte dabei fortan Rücksicht genommen werden, nicht auf die Religion: Zugeständnisse von unschätzbarem Werth, trotzdem daß sie noch nicht alles gewährten, was sich wünschen ließ. Eben die Entziehung dieser bürgerlichen Rechte hatte einst in Frankreich den Moment bezeichnet, mit welchem die Verfolgung begann, die in dem Widerruf des Edicts von Nantes endigte. Ihr Besitz war die Bedingung des gesellschaftlichen Lebens. Daß Joseph denselben herstellte, erschien als der Anfang einer neuen Aera. Die strenge Legislation, welche unter Ferdinand II. in Oesterreich zur Herrschaft gelangt war, wurde abgeschafft. Ohne davon zu sprechen und selbst ohne davon zu wissen, kehrte Joseph auf die frühere Verfassung zurück, die unter der älteren Linie der Nachkommen Ferdinands I. in Oesterreich geherrscht hatte.

Wenn nun aber nicht mehr die Erhaltung der römisch-katholischen Rechtgläubigkeit, sondern die Entwicklung der Macht, die Einheit der Gewalt das Princip des Staates wurde, so mußte das ganze kirchliche Institut davon betroffen werden, — wie das auch sofort geschah.

Die Anordnungen, durch welche die verschiedenen katholischen Reiche den Eingriffen des römischen Stuhles in ihre inneren Angelegenheiten Einhalt zu thun gesucht hatten, wurden von Joseph mit einer ganz besondern Schärfe wiederholt und weiter ausgedehnt. Die Bullen, Breven, Decrete des Papstes, welchen Inhalts auch immer,

selbst über kirchliche und dogmatische Materien, — denn auch solche könnten leicht Beziehungen auf den Staat in sich tragen — sollten allemal zuerst der Landesbehörde überreicht werden; der kaiserliche Fiscal sollte untersuchen, was dabei den Staat, die Provinz oder die gute Sitte betreffe, wie ihr Inhalt sich zu den landesfürstlichen Verordnungen verhalte: ehe das königliche Placetum eingeholt sei, sollen sie nicht bekannt gemacht [1]); ohne das landesherrliche Exequatur soll jede auf jene Erlasse gegründete Handlung als ungültig und selbst als strafbar betrachtet werden.

Folgerichtigerweise wurden alle Verbindungen der in den österreichischen Erblanden noch zu Tausenden zählenden Klöster mannichfaltiger Stiftung und Verfassung mit ihrem Pater-General aufgelöst. Sie sollten künftig nur von ihrem Pater-Provincial unter bischöflicher und landesherrlicher Aufsicht regiert werden. Man wollte, wie schon einst Kardinal Khlesel beabsichtigte, keine fremde Visitation dulden; kein Ordensoberer sollte ein geborner Ausländer sein. Generalcongregationen im Auslande zu besuchen, wurde verboten.

Die ganze geistliche Autorität im österreichischen Staate wollte Joseph dem Regular-Clerus, den Bischöfen und Erzbischöfen innerhalb desselben in die Hände legen; er hob alle Exemtionen von ihrer Jurisdiction auf; sie selbst aber sollten sich durch ihren Eid verpflichten, zum Besten des Staates und zum Dienste des Kaisers alle ihre Kräfte anzuwenden.

Und wie weit dehnte man diesen Begriff des allgemeinen Besten aus.

In Wien bestand eine Schule von Gelehrten, welche sich zu der Ansicht bekannte und dieselbe zur Doctrin ausgebildet hatte, daß alles, was zum äußeren Wohlbefinden der Menschen diene, den Anordnungen des Staates unterliege. Wenn bisher angenommen worden war, der Staat sei hauptsächlich dazu da, der Kirche freien Raum zu verschaffen, so stellte man jetzt die Behauptung auf, daß die kirchliche Gewalt, so weit sie in das bürgerliche Leben eingreife, der Aufsicht des Landesherrn unterworfen sei; was nicht das Wesen der Religion unmittelbar berühre, unterliege der Anordnung des Staates, der die Ausübung derselben mit dem Gemeinwohl zu vereinigen habe.

Es folgte, daß sich der Kaiser für berechtigt halten konnte, alle Orden, welche für das gemeine Wohl nichts leisten, weder Schule

1) 26. März 1781. Handbuch aller unter der Regierung Kaiser Josephs II. für für die K. K. Erbländer ergangenen Verordnungen und Gesetze Bd. II, S. 246.

halten, noch geistlichen Pflichten für das Volk obliegen, mit Einem Federstrich aufzuheben. Die traf sein Widerwille am meisten, bei denen die Idee klösterlicher Zurückgezogenheit am stärksten ausgesprochen. In seinem Staate war kein Platz für sie. Die Klostergeistlichen sollten in den für die Pfarrverrichtungen vorgeschriebenen Wissenschaften unterrichtet werden. Die Klöster, die Joseph bestehen ließ, wurden mit Aufhebung bedroht, wofern sie seiner Anordnung nicht nachkommen und dem Gemeinwohl keine nützlichen Dienste leisten würden.

Aber die Erziehung der Geistlichen überhaupt meinte er von seinem Gesichtspunkte aus zu leiten. In jeder Provinz sollte ein Generalseminar errichtet werden, die Bildungsstätte für alle künftigen Weltgeistlichen und Religiösen. Alle philosophischen sowohl wie theologischen Schulen bei den Stiftern und Klöstern sollten aufgehoben sein. Nur Denen sollten die Bischöfe die höhern Weihen ertheilen dürfen, welche Atteste ihrer nach seiner Anordnung vollzogenen Studien beibringen würden. Sie sollten die heilige Schrift und die Väter der theologischen Wissenschaft nach den besten Büchern studiren, aber auch im natürlichen und öffentlichen Recht unterrichtet werden, um die „Wesenheit" und die Rechte der höchsten Macht kennen zu lernen, sowie die Pflichten gegen Gott und Menschen: man soll sie in das Verständniß der wahren christlichen Toleranz einführen.

So ideal das lautet, so hängt es doch wieder mit der ergriffenen politischen Richtung zusammen. Denn auch das geistliche Institut hatte allenthalben ein landschaftliches Gepräge angenommen: die Aemter und Pfründen wurden nach Gunst und persönlichen Beziehungen vergeben: die Klöster galten für Stätten der Faulheit und Nachlässigkeit. Joseph will die Geistlichen zu dem öffentlichen Dienste in sittlicher und religiöser Hinsicht erziehen, und die Kirche zu einem Bestandtheil der großen Staatsgemeinde machen, die er überhaupt im Sinne hatte.

Viertes Capitel.

Verhältniß zum Papstthum.

Unvermeidlich war es, — Niemand hätte sich darüber täuschen können —, daß der Kaiser hierbei mit der Gewalt, in welcher sich die alte Verfassung der römisch-katholischen Kirche repräsentirte, zusammenstieß.

Die kirchlich-politische Einheit des Staats, wie sie Joseph II. anstrebte, stand im offenen Widerspruch mit dem Papstthum und dessen bisher anerkannten Befugnissen. Er dehnte die Ansprüche der weltlichen Gewalt auf eine Weise aus, wie es bisher noch nicht unternommen, geschweige denn durchgeführt worden war.

Dem großen Streite war, wie es zu geschehen pflegt, schon ein kleines untergeordnetes Mißverständniß vorausgegangen.

Nach dem Tode Maria Theresia's hatte sich der Papst geweigert, ihren Namen durch Capelle und Consistorium, wie bei regierenden Fürsten herkömmlich war, kirchlich zu ehren: denn nur für Fürsten pflege das zu geschehen, niemals für Fürstinnen. Es war die Meinung der Congregation für Kirchengebräuche: man wollte für Maria Theresia eine alte Regel, die auch bei Königin Isabella von Spanien und der katholischen Maria von England beobachtet worden war, nicht überschreiten. Vergeblich war die Vorstellung des Cardinals Herzan, der zugleich als kaiserlicher Gesandter fungirte, daß das eine veraltete, in dem Jahrhundert der Aufklärung unpassende Ausschließung sei: die Congregation und der Papst blieben unerbittlich. Schon in dieser Sache aber, an der wenig lag, erweckten sie einen Widerstand, der das Princip berührte. Cardinal Herzan sagte wohl, der Kaiser werde das Traueramt durch die 17,000 Weltpriester und Ordensgeistliche, die man in seinen Landen zähle, abhalten lassen. Dort in Rom forderte er die österreichischen Prälaten auf, Trauer anzulegen, weil ja ihre Besoldung aus den österreichischen Erblanden fließe. Der Papst hätte nichts dagegen gehabt, wenn die Dienerschaft

der österreichischen Prälaten Trauer anlegen wolle: daß die Prälaten selbst das thaten, mißfiel ihm. Es zeigte sich doch, daß die Prälaten sich nicht so sehr als Mitglieder der Curie fühlten wie als Unterthanen des Kaisers.

Wie ganz anders sollte nun aber die Differenz zwischen der geistlichen und weltlichen Gewalt ins Bewußtsein treten, als die in die kirchlichen Verhältnisse eingreifenden Edicte des Kaisers erschienen. In Rom war man darüber erstaunt und betroffen. Papst Pius VI., vor einem Bruch zurückschreckend, ließ sich mit dem diensteifrigen Anwalt des Kaisers, Cardinal Herzan, in Besprechungen des einen und des andern Artikels ein, die seinen Standpunkt kennzeichnen.

In Bezug auf die über die Einholung des Placetum regium für kirchliche Erlasse ergangene Verordnung beklagte er sich, daß derselben zufolge auch die auf das Dogma bezüglichen Bullen und Breven den weltlichen Beamten zur Prüfung vorgelegt werden sollten. Herzan bemerkte, daß das Dogma selbst dadurch nicht berührt werde: man wolle nur untersuchen, ob in den Bullen nichts enthalten sei, wodurch den obrigkeitlichen Rechten zu nahe getreten werde [1]). Der Papst erwiederte mit Gelassenheit, dieser Sinn der Anordnung sei doch nicht klar ausgesprochen, ihr harter Wortlaut falle Jedermann ins Auge.

Einen noch dringenderen Anlaß zu Erörterungen gab es, daß der Kaiser das Recht, die Bischöfe zu ernennen, das ihm in seinen übrigen Landschaften zustand, auch für die italienischen forderte. Herzan motivirte das Verlangen damit, daß es eine Absonderung (wie er sagt, Sonderheit) von den übrigen Theilen der Monarchie bilde, wenn der Kaiser da allein Bisthümer und geistliche Pfründen nicht besetzen könne: es sei nur um die Gleichheit eines kleinen Gebietes mit der übrigen Monarchie zu thun [2]). Der Papst wandte ein, in geistlichen Sachen sei Italien von andern Ländern immer unterschieden gewesen. Herzan versetzte: man sollte es dem Kaiser Dank wissen, daß er um Dinge, welche Andere ohne anzufragen vollziehen, noch bitte. Der Papst schien das nicht als Gunst zu betrachten: denn der Gewalt würde er sich allerdings nicht entgegensetzen können, aber dabei bleibe das Gewissen ohne Betheiligung.

1) In materia dogmatica, ecclesiastica aut disciplinaria.

2) Schreiben Herzans vom 21. April 1781, bei Brunner, Die theologische Dienerschaft am Hofe Josephs II. Wien 1868. S. 63.

Auch in Bezug auf die Rechte der Bischöfe ging man weit auseinander. Das Recht der Absolution und Dispensation wollte der Kaiser auf die Bischöfe übertragen sehen, und zwar, wie einer seiner Gelehrten sich ausdrückt, auf Grund des göttlichen Rechtes der Bischöfe. Wenn er ferner den Bischöfen einen neuen Eid vorschrieb, so war die Fassung desselben darauf berechnet, die Verbindlichkeit des alten noch aus dem 11. Jahrh. stammenden Subjectionseides, in welchem die neu eintretenden Bischöfe dem Papst Gehorsam und Aufrechthaltung seiner Autorität gelobten, aufzulösen; er hatte aus demselben einige Stellen sogar wörtlich in den seinen aufgenommen [1]: denn sonst würde der dem Souverän gebührende Gehorsam durch den Eid an den Papst verletzt, und dieser von den Bischöfen so verstanden werden, als ob er den Pflichten der Unterthanen und den Rechten der Souveränität nicht widerstreite.

Der ursprünglichen Tendenz nach liefen die beiden Eidesleistungen einander ohne Zweifel entgegen. Wie sollte aber ein Würdenträger der kirchlichen und zugleich Vasall der weltlichen Gewalt sich zurechtfinden, wenn der Streit zwischen denselben, welcher der Streit der Jahrhunderte war, wieder ausbrach?

Bald darauf folgte, daß der Kaiser das, was ihm nicht zugestanden wurde, factisch in Besitz nahm, die päpstlichen Dispensationen definitiv beschränkte, unter anderm auch die für die Ausbildung künftiger Geistlichen aus seinen Staaten in Rom bestehenden Institute nicht mehr anerkennen wollte, sondern die dazu bestimmten Einkünfte den von ihm selbst in seinen italienischen Gebieten gegründeten geistlichen Bildungsanstalten zuwandte.

Aber bei weitem das größte Aufsehen machten doch die Anordnungen des Kaisers über das Klosterwesen, namentlich die Einziehung der Ordenshäuser beschaulichen Lebens, zu der er schritt. Hierüber kam es zu einem förmlichen Notenwechsel zwischen dem päpstlichen Nuntius Garampi und dem kaiserlichen Staatskanzler

1) Die Verpflichtung des kaiserlichen Eides: „keinen Zusammenkünften, Unternehmungen oder Anschlägen beizuwohnen, welche zum Nachtheil (des Kaisers — des Staats) gereichen könnten, vielmehr, wofern etwas dieser Art zu meiner Kenntniß kommen sollte, es Sr. Majestät ungesäumt zu eröffnen“, ist der alten Eidesleistung an den Papst: „Non ero in consilio vel facto vel tractatu, in quibus contra ipsum dominum nostrum vel ecclesiam Romanam aliqua sinistra machinentur, et si talia a quibuscumque tractari novero, quanto citius potero, significabo domino nostro“, zugleich entnommen und entgegengesetzt.

Fürsten Kaunitz. Der Nuntius bemerkte, die Aufhebung betreffe geistliche Institute, die von der Kirche förmlich gebilligt worden; sie sei der Religion nachtheilig und im Widerspruch mit ihren Gesetzen; so weit sei noch niemals ein Fürst gegangen, der sich noch in der Gemeinschaft der katholischen Kirche befunden habe; er deutet an, daß Unterthanen des Kaisers hierüber in den Fall kommen könnten, sich dem Gehorsam desselben zu entziehen. Fürst Kaunitz antwortete, der Kaiser besorge keinen Ungehorsam seiner Unterthanen, denn er befehle nichts, was die Gewissen verletzen könne, allenfalls werde er sich Gehorsam zu verschaffen wissen; dann ging er zu einer Erörterung der Grundsätze über, welche alle Aufmerksamkeit verdient. Wenn, sagt er, der Kaiser Mißbräuche abstelle, so thue er der Wesenheit der Religion, wie sie von den Aposteln verkündigt worden, einen Dienst; wenn diese etwas enthielte, was einer weisen Regierung nicht angemessen wäre — das sei aber bei der wahren Religion undenkbar — wie würde sie jemals Verbreitung in der Welt gefunden haben? Von den Orden habe man Jahrhunderte hindurch nichts gewußt und würde man noch nichts wissen, wären sie nicht durch die weltlichen Fürsten freiwillig aufgenommen worden; — überhaupt aber, was nicht die dogmatischen und innerlichen, die Seele berührenden Dinge, sondern nur die äußerliche Zucht der Clerisei und besonders der Orden betreffe, darüber habe allein der Landesherr zu verfügen, dem die Regierung allein zustehe: die landesfürstliche Machtvollkommenheit begreife alles, was nicht von göttlicher, sondern von menschlicher Einrichtung sei; denn dies verdanke sein Bestehen nur der freien Bewilligung des Fürsten und könne von demselben zurückgenommen werden. Die Aeußerungen des Nuntius erklärte Fürst Kaunitz für bedenklich und auffallend, und forderte ihn auf, sein weiteres Verhalten nach den ihm hier mitgetheilten Grundsätzen einzurichten [1]).

In welch einer weiten Ausdehnung wurden da die Rechte des Staates von dem kaiserlichen Staatskanzler verstanden und ergriffen. In dem obersten Grundsatz streift er an das Princip des Protestantismus, ohne es jedoch in Bezug auf den Glauben und die Lehre festzuhalten. Sein kirchlich-politischer Gesichtspunkt ist ungefähr derselbe, wie ihn einst die Minister König Heinrichs IV. von

1) Antwort des Staatskanzlers Fürsten von Kaunitz auf das Schreiben des päpstlichen Herrn Nuntius wegen der k. k. Verordnungen in ecclesiasticis, worin die Grenzen beider Mächte bestimmt werden. Sie wurde den Behörden „zum bestimmten Richtmaaße" mitgetheilt.

Frankreich gefaßt hatten, als es sich um die Einführung des Edicts von Nantes handelte. Villeroi hat damals die Behauptung aufgestellt, daß dem Staate, das heißt der bürgerlichen Gesellschaft, die Priorität vor der Kirche, also auch das Recht, verschiedene religiöse Formen zu dulden, zukomme. Kaunitz macht nun den Gedanken, daß die Kirche von dem Staate unter bestimmten Voraussetzungen recipirt worden sei, noch in weiterem Umfang geltend. Er leitet aus demselben nicht allein die Rechtmäßigkeit der Toleranz, sondern auch das Recht ab, die Verhältnisse der Kirche so zu bestimmen, wie es das Wesen des Staates erheischt.

Es kam ihm zu Statten, daß die Zeiten nicht mehr waren, in denen die Controverse zwischen Staat und Kirche von dem römischen Hofe mit voller Rücksichtslosigkeit wieder aufgenommen werden konnte. Papst Pius VI. wollte nicht in den Fehler verfallen, den sein vorletzter Vorgänger durch die hartnäckige Behauptung der alten Grundsätze begangen und damit die Reaction unter dem letzten Pontificat veranlaßt hatte; aber er wollte auch nichts von den wesentlichen Rechten fallen lassen, in deren hergebrachtem Besitz sich der römische Hof befand. In dieser Verlegenheit faßte er den Gedanken, durch eine persönliche Verhandlung mit dem Kaiser einen für beide Theile annehmbaren Austrag herbeizuführen. Mit nicht geringem Erstaunen fand Kaunitz in einem Breve, das ihm der päpstliche Nuntius mittheilte und das eine Erklärung über die italienischen Beneficien enthielt, zugleich die Ankündigung eines bevorstehenden päpstlichen Besuches; Pius VI. sagte, er wolle dem Kaiser seine Bereitwilligkeit zur Beförderung seiner Absichten beweisen und die Rechte des Kaisers mit dem, was die Kirche fordern müsse, ausgleichen [1]). Fürst Kaunitz bezeichnete den Antrag als „wunderbarlich"; er forderte den Kaiser vor allem auf, in der Audienz, die er dem Nuntius nicht werde verweigern können, sich zugleich auf die erlassenen Erklärungen zu beziehen und eine schriftliche Antwort auf das Breve in Aussicht zu stellen. Der Nuntius hatte seine Audienz am 29. December 1781. Der Kaiser trug kein Bedenken, das Erbieten des Papstes anzunehmen. Er sagt selbst darüber: er habe in Betracht gezogen, wenn er die Zusammenkunft ablehne, würde er Unsicherheit in seinen Grundsätzen verrathen; und wer könne wissen, ob es in Rom vollkommener Ernst

1) Ad componendas cum Caesaris juribus ecclesiae rationes: also die ragione della chiesa, was den ganzen Umfang der kirchlichen Politik begreift. Ich benutze hier die originale Correspondenz zwischen dem Kaiser und dem Staatskanzler in dem Archiv zu Wien.

mit dem Antrage sei; möglich, daß man die Entscheidung in den obschwebenden Streitigkeiten nur ins Weite zu schieben suche. Indem er dem Nuntius seinen Entschluß aussprach, bei seinen Grundsätzen unabweichlich zu verharren, erklärte er doch, Se. H. den Papst in seiner Hauptstadt zu empfangen, werde er sich zur Ehre schätzen. In diesem Sinne wurde auch die schriftliche Antwort gegeben. Der Kaiser spricht darin nochmals aus: seine Pflicht lege ihm auf, von seinen Rechten Gebrauch zu machen, es möge daraus entstehen, was da wolle: was er zum Vortheil und bessern Einrichtung der kirchlichen Dinge einerseits, andererseits zur rechtmäßigen Ausübung der landesherrlichen Gewalt angeordnet habe, das halte er für so unbestreitbar, daß es unmöglich wäre, ihn jemals anderen Sinnes zu machen. Die Ausdrücke waren für ihn selbst so bindend wie möglich. Und sofort ward das Schreiben durch die Zeitungen bekannt gemacht, um die Voraussetzung, als könne der Kaiser doch nachgeben, in aller Welt und in den Erblanden selbst von vornherein zu ersticken.

Erst nach Empfang dieser Antwort eröffnete der Papst den Cardinälen seine Absicht und zog sie zu Rathe. Die Meinung regte sich in der That, daß er die beschwerliche Reise lieber aufgeben solle, da ja doch die kaiserliche Erklärung keine Hoffnung darbiete, etwas auszurichten. Die Ansicht der Meisten ging jedoch dahin, da der Antrag einmal geschehen, so müsse er auch ins Werk gesetzt werden. Man meinte wohl, was sich nicht durch Gründe und Gegengründe erreichen lasse, gelinge vielleicht durch Bitten. Der Papst selbst rechnete auf die Wirkung persönlicher Conferenzen: denn ein Wort vom Herzen dringe in das Herz; man blieb bei der gefaßten Absicht. Bereits gegen Ende Februar 1782 machte sich Pius VI. auf den Weg nach Wien und zwar nur mit geringem Gefolge; er wurde von keinem Cardinal begleitet.

Die kaiserliche Regierung sah ihn mit Ruhe kommen. Sie verbarg sich nicht, daß die pontificalen Acte des Papstes, seine Segensertheilungen, auf die Bevölkerung der Hauptstadt Eindruck machen würden; aber sie erwog zugleich, daß die Vorstellung von der Untrüglichkeit des heiligen Vaters, die Verehrung seines Namens, von der Ferne her mehr wirken dürfte, als seine unmittelbare Erscheinung: diese könne vielleicht mehr zu einer Bestätigung dessen, was der Kaiser anordne, dienen. Eine Besorgniß hatte Kaunitz, daß nämlich die Würdenträger sich um den Papst sammeln und dadurch dem clericalen Princip ein verstärktes Gewicht geben würden: er rieth, sie durch eine besondere Verfügung an ihre, in ihren Diöcesen zu er-

füllenden Pflichten zu erinnern. Der Kaiser urtheilte, das sei zwar wohlbedacht, aber doch nicht thunlich: denn man könne die geistlichen Ehrenbezeigungen, die dem Oberhaupte der Kirche erwiesen würden, überhaupt nicht verwehren: wirklichen Inconvenienzen werde schon dadurch vorgebeugt, daß der Papst bei Hofe in der Burg wohne [1]).

Zunächst bewirkte die Annäherung des Papstes und die Aussicht auf seine Ankunft, daß die antipapistische Doctrin der wiener theologischen Schule mit verdoppeltem Eifer auftrat. Der Nachfolger Riegers, Eybel, stellte in einer populären Schrift den Bischof von Rom ziemlich auf gleiche Linie mit den Landesbischöfen. Abt Rautenstrauch forderte den Papst auf, den unternommenen Reformen nicht zu widerstreben, „kleiner zu werden, um größer zu sein." Sehr vergeblich waren die Remonstrationen des päpstlichen Nuntius dagegen; die Regierung stützte sich auf die Unabhängigkeit, die sie der Censurbehörde gegeben, die Gesetze, die sie für die Presse erlassen habe. Dem Autor einer Schrift, welche der Censur vorgelegt worden sei, könne man nichts anhaben: es wäre denn, der Nuntius wiese die für den Papst beleidigenden Artikel nach, welche dem Censor entgangen sein möchten. In Oesterreich regte sich keine Stimme für das Pontificat.

Am 22. März 1782 des Nachmittags langte der Papst Pius VI., von dem Erzbischof Migazzi und dem Kaiser eingeholt, in Wien an. Man sah den Kaiser und den Papst neben einander sitzend langsamen Schritts durch die dichtgeschaarte Menge fahren, deren ruhige Haltung unter Andern dem englischen Gesandten vielen Eindruck machte; er glaubte zu bemerken, daß sich darin zugleich Verehrung für den Einen und Anhänglichkeit an den Andern ausspreche, jene ohne Aberglauben, diese ohne Servilität [2]). In der Hofburg wurden dem Papst die Gemächer der Kaiserin Maria Theresia zur Verfügung

1) Von sich selbst sagt der Kaiser in einem Schreiben an seinen Bruder Leopold (7. März 1782): il (le Saint-père) me trouvera un fils respectueux de l'église, un bon catholique dans toute l'étendue du terme, mais en même temps un homme audessus des phrases, des votes tragiques, ferme, sûr et inébranlable dans ses principes et suivant le bien qu'il entrevoit avec certitude, de l'État sans autre considération quelconque, bei Arneth, Joseph II. und Leopold von Toscana I. S. 82 (A. d. n. A.)

2) Sir Robert Keith, 24. März. Leider hat man bei der Herausgabe dieser Correspondenz eine nur sehr unzuverlässige Relation aus einem französischen Memoire eingeschaltet, welches die gewöhnlichen Kundgebungen wiederholt.

gestellt. Indem ihm der Kaiser diese Aufmerksamkeit bewies, bewirkte er, daß ohne Wissen und Willen der Regierung Niemand den Papst besuchen und sprechen, oder ihm nur Bittschriften und Eingaben überreichen konnte. Worauf Joseph II. gerechnet hatte, das bewährte sich denn auch; die alte tief in den Gemüthern wurzelnde kaiserliche Autorität war auch in Anwesenheit des Papstes die dominirende und einzig anerkannte [1]).

Und ohne langen Verzug begannen nun die Unterhandlungen über die streitigen Fragen und Schritte. Man dürfte nicht sagen, daß es dem Papst oder auch dem Kaiser an gutem Willen, eine Auskunft zu finden, gefehlt hätte. Sie standen persönlich die ganze Zeit über in gutem Vernehmen und besprachen die Angelegenheiten selbst vertraulich. In den rein kirchlichen, namentlich die dogmatische Seite berührenden Artikeln war Kaiser Joseph sehr gefügig. Durch seine Erklärung über die Bulle Unigenitus, die dem Papste sehr am Herzen lag, befriedigte er denselben; er wiederholte die schon öfter gegebene Versicherung, daß er auf Dinge dieser Art keinen Einfluß in Anspruch nehme: ihre Entscheidung komme den geistlichen Gewalten, eigentlich doch auch einem Concil zu. Sein Staatskanzler Kaunitz nahm aber schon hieran Anstoß. Denn in Bezug auf die Geltendmachung und Durchführung der Dogmen habe auch ein Concil nicht freie Hand: dem Staate bleibe immer das Recht, sich auch einem Concil zu widersetzen.

Kaunitz liebte überhaupt die Besprechungen des Kaisers mit dem Papste über einzelne Punkte nicht. Er meinte, die Absicht sei dabei nur, ihn zu Nachgiebigkeiten zu vermögen, welche mit den bündigen Erklärungen, die er im Anfang erlassen habe, nicht im Einklang

1) Aus dem Schreiben des Kaisers an Leopold vom 22. April 1782 ergiebt sich doch, daß ihm der Eindruck, den der Papst in Wien machte, und die Anhänglichkeit, die sich kundgab, doch lästig wurde: je ne vous cache pas été bien aise de son départ, car ces derniers huit jours surtout la chose était devenue presque insupportable . . . . l'enthousiasme vraiement ridicule qui avait gagné surtout les femmes. Tous les corridors, tous les escaliers de la cour étaient farcis de monde; on ne pouvait pas assez se défendre, moyennant des sentinelles redoublées . . . . il y avait un monde, dont on ne peut se faire une idée, quand on ne l'a pas vu, car ce n'est point exagéré, quand on dit qu'il y avait jusqu'à soixante mille âmes à la fois . . . . jusqu'à vingt lieues et plus à la ronde les paysans venaient avec leurs femmes et enfants. Arneth, Joseph II. u. Leopold von Toscana I. S. 104. (A. d. n. A.)

seien. Der Papst möge seine Wünsche im Zusammenhang und schriftlich aussprechen: darüber wolle man dann mit ihm verhandeln und vielleicht ein Abkommen mit ihm treffen: ein solches bestehe darin, daß man einiges nachgebe, anderes behaupte.

Es ist der Mühe werth, die Verhandlungen, in die man nun eintrat, näher ins Auge zu fassen. Fast bei jedem Artikel nimmt man der Forderung des Papstes gegenüber eine gewisse Annäherung des Kaisers, aber eine sehr entschiedene Zurückweisung von Seiten des Fürsten Kaunitz wahr. Betrachten wir die wichtigsten Punkte.

Erstens: Toleranz. Der Papst bemerkte, daß man in Oesterreich darin weiter gehe, als in irgend einem katholischen Reiche der Welt: wie man dort die Sache angreife, so werde man damit selbst den Abfall vom Katholicismus befördern. Der Kaiser antwortete, man könne sein Verfahren noch nicht vor der völligen Durchführung desselben beurtheilen: gäbe es Mängel in demselben, so wäre er sehr bereit, solchen abzuhelfen. Kaunitz war von dieser zurückweichenden Aeußerung des Kaisers nicht sehr erbaut. Von Apostasie, sagte er, sollte man gar nicht reden, denn bei den Edicten sei es allein darauf abgesehen, den frühern Gewissenszwang aufzuheben, so daß fortan Jedermann nur eben das Recht habe, sich zu dem zu bekennen, was er glaube. Er erinnerte den Kaiser: die mindeste Nachgiebigkeit werde sich der Clerus zu seinem Vortheil auslegen und dadurch in der Welt die Meinung veranlassen, als werde doch alles wieder rückgängig werden, — wie man das schon in Holland äußerte.

Zweitens: Presse und Erziehung. Der Papst bestand auf der Pflicht der Kirche, den Glauben unverletzt zu erhalten, woraus die Befugniß derselben folge, verderbliche Schriften ihrer eignen Censur zu unterwerfen. Im Einverständniß mit Kaunitz erklärte der Kaiser, auch seine Censur könne und solle solche Weisungen bekommen, durch welche sie dieser Pflicht genüge. Der Papst forderte, weil er für die Kirche zu sorgen habe, so müsse auch die Bildung der Pfarrer und Beichtväter durch geistliche Seminare in seiner Hand stehen. Der Kaiser wies darauf hin, wie wenig bisher durch diese Seminare geleistet worden sei. Kaunitz verharrte unerschütterlich bei dem ergriffenen Princip, den Seelsorgern eine solche Bildung zu geben, daß sie zugleich Diener der Kirche und des Staates würden: ihr Beruf sei es doch, nicht allein Christen, sondern auch Bürger zu erziehen.

Drittens: der bischöfliche Eid. Der Papst hatte gegen die Eidesleistung der Prälaten an den Kaiser nichts einzuwenden; aber er verlangte eine Modification der vorgeschriebenen Formel, die er miß=

billigen müsse. Der Kaiser bat, ihm anzugeben, was darin zweideutig erscheine; das solle man ändern. Kaunitz machte darauf aufmerksam, daß vielmehr die von den Päpsten geforderte Eidesleistung Ausdrücke enthalte, die in ihrem buchstäblichen Verstand mit den Souveränitätsrechten im Widerspruch seien. Er bestand darauf, daß die neue Eidesleistung, die der Kaiser vorgeschrieben, nur eben darauf ziele, die Verpflichtungen der andern zu ermäßigen und dieselbe auf die canonische Obedienz zu beschränken.

Viertens: Verhältniß der Orden. Der Papst vertheidigte die Exemtion der Klostergeistlichkeit von der bischöflichen Gewalt, indem er sich zugleich erbot, allen damit verknüpften Mißbräuchen ein Ende zu machen: er wolle Generalvicare mit ausgedehnten Befugnissen in jedem Lande ernennen, die nur bei der Anwesenheit des Ordensgenerals selbst aufhören sollten. Wenn der Kaiser hierauf erwiederte, die Exemtionen seien von vielen Kirchenlehrern verdammt worden, so fand das Kaunitz viel zu unbestimmt: sollte man in die Aufstellung von Vicarien willigen, so müsse man in jedem Lande das Recht haben, sie wählen zu lassen. — Der Papst suchte ferner die Orden des beschaulichen Lebens zu retten und forderte besondere Fürsorge für die Mitglieder der unterdrückten Convente: zugleich bestand er darauf, daß nur ihm und nicht den Bischöfen das Recht zustehe, diejenigen, welche weltlich werden wollten, von ihren Gelübden zu dispensiren. Der Kaiser lehnte die Aufrechterhaltung der beschaulichen Mönchsorden ab: wer nicht arbeiten wolle, werde außerhalb Oesterreichs leicht Eintritt in ein Kloster dieser Art finden. Für die Mitglieder der aufgehobenen Congregationen versprach er selbst väterlich zu sorgen: der Papst möge sich nur danach erkundigen, wie er damit verfahre. Diese letzte Aeußerung mißbilligte Kaunitz; denn sie könne zu Unannehmlichkeiten führen: er beharrte dabei, daß das eingeschlagene Verfahren das richtige sei.

Es ist nicht nöthig, auch jede weitere Differenz zu erörtern: man sieht den großen Gegensatz. Dem Papst muß man zugestehen, daß er nicht weniges nachgab. Er setzt sich der Toleranz nicht geradezu entgegen: über die Aufhebung der Klöster drückt er sich mit vieler Mäßigung aus und ist bereit, in dem Regiment über die Ordensgeistlichkeit Veränderungen von Bedeutung eintreten zu lassen. Dabei nimmt er aber allezeit seinen hierarchischen Standpunkt wahr.

Er will der Apostasie vorbeugen, die Erziehung der Geistlichen in seiner Hand behalten, die dogmatischen Entscheidungen gegen das placetum regium schützen, den alten Eid der Bischöfe conserviren,

die Bischöfe überhaupt in die gewohnte kirchliche Unterordnung zurückweisen. Er betont allezeit die pontificale Pflicht, für die Kirche zu sorgen. Dieser aber setzt nun der Kaiser die Pflicht, die er für den Staat habe, entgegen. Auch Joseph erweist sich nicht vollkommen unbeugsam; er will den bischöflichen Eid von beiden Seiten in Erwägung ziehen, in Bezug auf die Dispensationen Modificationen eintreten lassen, die den vom Papst vorgeschlagenen sehr nahe kommen. Für ihn bildete es eine Rücksicht, daß eine Protestation von Seiten des Papstes vermieden werden müsse; aber so weit wie Dieser wünschte, wich er darum nicht zurück. Gewisse Punkte wagte man gar nicht ernstlich in Discussion zu ziehen, z. B. die Auflösung der Gelübde: denn wenn der Papst sie verweigerte, so konnten auch die Bischöfe sie nicht bewilligen; dann aber, da es nicht dahin kommen sollte, daß sie in lutherischer Weise für null und nichtig in sich erklärt würden, hätten sie bestehen bleiben müssen. Ferner aber die große Frage: waren die Besitzungen der Orden nicht wahres Eigenthum? Wer gab dem Staate das Recht, sie einzuziehen? Der Papst hat das in Erinnerung gebracht, aber der Kaiser und seine Minister gingen nicht darauf ein.

So sind diese Verhandlungen verlaufen; in keinem der streitigen Punkte hat man sich verständigt; einen und den andern hat man gar nicht zu berühren gewagt. Es waren zwei Kreise von Gedanken, die jeder ihren besonderen Mittelpunkt hatten; der eine den der Kirche, der andere den des Staates. Zwischen entgegengesetzten Principien aber ist keine Vermittelung möglich. In ihren persönlichen Gesprächen kamen Kaiser und Papst zuweilen auf einen Punkt, wo sie einander nicht mehr verstanden, vielleicht auch fühlten, daß sie nicht weiter gehen konnten, ohne einer den andern zu beleidigen: sie schwiegen dann beide still.

Oeffentlich zeigte sich Joseph von den persönlichen Eigenschaften des Papstes sehr eingenommen und ließ verlauten, man müsse etwas für ihn thun; in diplomatischen Kreisen hielt man selbst einen durchgreifenden Rückschlag für möglich, wenn nur der Fürst Kaunitz nicht wäre. Der aber repräsentirte eben den principiellen Gegensatz; nicht um eines Haares Breite wich er von dem ergriffenen System: auch persönlich hielt er sich in stolzer Ferne. Er hatte sich, als der Papst kommen wollte, nicht gerade über ihn selbst, aber über die Männer seiner Umgebung sehr abschätzig geäußert; er gab ihnen schwere Unthaten, verworfene Herkunft und grobe Unwissenheit schuld, und schnitt sich geflissentlich von der Möglichkeit mit ihnen zu verkehren ab. Und

niemals war er, was sonst die vornehme Welt wetteifernd that, gekommen, um den Papst zu sehen.

Pius VI. hatte seine Reise in der Hoffnung unternommen, den Kaiser auch im Widerspruch mit dessen Rathgebern zu Concessionen zu vermögen; da sich das unmöglich zeigte, so empfand er es um so schwerer, daß er den vornehmsten Minister, den einzigen Mann, von dem die Sache abhing, nicht zu Gesichte bekam. Er entschloß sich zu dem Außerordentlichen, ihm den ersten Besuch zu machen, was mit einigem Anstand geschehen konnte, wenn er ihn in seiner Villa in der Vorstadt besuchte, die von einem schönen Garten umgeben und mit einer stattlichen Bildersammlung ausgeschmückt war. Der Papst war bekannt dafür, daß er die Kunst kenne und liebe.

Kaunitz hatte nur einige wenige Personen bei sich, außer seinen beiden Neffen nur den Erzherzog Maximilian und den holländischen Gesandten, Grafen von Wassenaar [1]), für den er eine ganz besondere Vorliebe hegte: als der Papst mit dem Nuntius und seinem Gefolge um halb vier Uhr — es war am 16. April 1782 — in der Villa anlangte. Kaunitz ging nicht die Treppe hinunter, um ihn zu empfangen; als Pius heraufgestiegen und in die Gemächer des Fürsten eintrat, vermied dieser das Knie zu beugen, oder auch die Hand zu küssen, die der Papst ihm reichte; man vermißte jedes Zeichen geistlicher Ehrerbietung und selbst der gesellschaftlichen Unterordnung. Der Papst erschien in seiner pontificalen Würde, mit dem Mantel von rothem Sammt, der ihm die Schultern bedeckte; der Fürst war einfach im blauen Ueberrock. Bei der ersten Begrüßung hatten sie beide das Haupt entblößt; als nun der Papst den Hut wieder aufsetzte, ergriff der Fürst den seinen und setzte ihn ebenfalls auf. Man bemerkte: jener war roth mit Gold, dieser roth mit Silber bordirt. Kaunitz stellte zunächst seinen Freund Wassenaar dem Papste vor, der denselben mit Huld begrüßte, wie er schon manche Protestanten in Wien empfangen hatte; dann schickten sie sich an, mit einander die Sammlung der Kunstwerke in Augenschein zu nehmen.

Auch dies ein denkwürdiges Zusammentreffen. Der milde, friedliebende, nach Verständigung begierige Papst, und der österreichische Staatskanzler, der eine solche von sich wies. Pius VI., ein Mann

1) Wir verdanken ihm die einzige zuverlässige Nachricht. Das Schütteln der Hand und das unanständige Hin- und Herziehen des Gastes beim Besehen der Bilder, wovon man sonst erzählt hat, wird hier nicht erwähnt und beruht allem Anschein nach auf ausmalender Erfindung.

von der feinen Bildung eines vornehmen Italieners, damals 64 Jahre alt, jedoch von einem Aussehen, das auf ein viel geringeres Lebensalter hätte schließen lassen sollen: er war noch immer schön und durfte auf die doppelte Wirkung einer einnehmenden Persönlichkeit und des Zaubers, mit welchem der Besitz der obersten geistlichen Würde umgiebt, zählen. In dem Fürsten Kaunitz hatte die französche Bildung, die er sich in seiner Jugend nicht ohne eine gewisse Frivolität angeeignet, mit dem zunehmenden Ernst der Jahre und der gesellschaftlichen Bedeutung seiner Stellung einen individuellen Charakter angenommen, in welchem sie, mit Eigensinn und Selbstgefühl gepaart, mehr abstieß als anzog. Er hatte damals die siebzig überschritten, war aber vollkommen kräftig und weit entfernt davon, an ein Ende seiner Laufbahn zu denken: er lebte, als ob er ewig leben wolle. Der Papst, das heilig gehaltene Oberhaupt der Kirche, war gekommen, um seine Würde und ihre Befugnisse, wie die Jahrhunderte sie in ihren Beziehungen zu den weltlichen Gewalten gebildet hatten, zu sichern und zu verjüngen, gemäß dem innern Zusammenhang der kirchlichen Institutionen und der gerade in der Hauptstadt von Oesterreich herrschenden Gewohnheit. Der Staatskanzler, der Nestor der Diplomaten, Urheber der Allianzen und Verhältnisse, auf denen die damalige Stellung von Oesterreich und großentheils der öffentliche Zustand von Europa beruhte, lebte und webte in der Idee, eben diesen Zusammenhang zu durchbrechen, diesen Gewohnheiten ein Ende für immer zu machen. Seine Gesandtschaft in Paris war in die Zeiten gefallen, in welchen die französischen Minister, im Einklang mit der literarischen Tendenz, das Verhältniß des Staates und der Kirche zu dem allgemeinen Zwecke der Machtentwickelung umzugestalten trachteten. In der vornehmsten Absicht, die hierbei zu Grunde lag, zu dem maritimen Kriege gegen England Kraft zu gewinnen, hatten sie den Beifall von Kaunitz; sein politisches System beruhte darauf. Wenn aber in Frankreich unter den steten Schwankungen der Factionen das anticlericale Vorhaben bei weitem nicht zum Ziele gekommen war, so hatte der Staatskanzler nunmehr unter einem einverstandenen Kaiser eine Stellung, die ihn fähig machte, um ein solches in Oesterreich durchzuführen: auch er hatte dabei die Machtentwickelung des Staates im Sinne, Die Stärke seiner Politik beruhte darin, daß er den Grundgedanken, von dem er ausging, ohne alle Rücksicht festhielt und mit logischer Strenge entwickelte, so daß man auf seine Ansichten eingehen oder mit ihm brechen mußte. Auch seinem Kaiser gegenüber war er un=

erschütterlich; er hielt ihn mit zwingender Schlußfolge bei dem einmal ergriffenen System fest. Dieser Gesinnung gab er nun durch sein Verhalten gegen den Papst Ausdruck. Eine auffallende Abweichung von der gesellschaftlichen Sitte nahm er sich dabei nicht übel. Dem milden und herablassenden Pontifex trat der kaiserliche Minister in aller seiner eingelebten Rücksichtslosigkeit entgegen, gleich als wolle er die Ebenbürtigkeit der weltlichen Macht dem Träger der geistlichen persönlich zur Anschauung bringen.

So gingen sie in diesem Zimmer neben einander her, mit Gegenständen der Kunst beschäftigt, die hier sehr gleichgültig wurden; von dem Geschäfte, in dem sie mit einander begriffen waren, redeten sie nicht. Nur die Kluft, welche sie trennte, kam bei ihrer Zusammenkunft zu Tage.

Wenn der Papst, wie es scheint, sich geschmeichelt hatte, durch seinen Besuch ein freundliches Verhältniß zu Kaunitz anzubahnen, so sah er sich nun vollkommen enttäuscht. Bald nachdem er in die Hofburg zurückgekommen, gab er zu vernehmen, daß er demnächst abzureisen gedenke.

Wenige Tage darauf, am 22. April, verließ Pius VI. die kaiserliche Hauptstadt.

Seine Lage war dieselbe geblieben; seine natürliche Art und Weise brachte es mit sich, daß er jede offene Kundgebung seiner Unzufriedenheit vermied. Erst in München, wohin er zunächst seinen Weg nahm, bemerkte man an ihm selbst und seiner Umgebung die tiefe Verstimmung, von der sie erfüllt waren.

Dort in München, wo Pius VI. mit dem Churfürsten von Trier, der zugleich Bischof von Augsburg war, zusammentraf, sind selbst Möglichkeiten eines Widerstandes gegen den Kaiser in Betracht gezogen worden. Man ist in Erinnerung an die alten Vorrechte der deutschen Erzbischöfe auf den sonderbaren Gedanken gerathen, daß der Churfürst von Trier, Erzkanzler durch Gallien, ein Concilium ausschreiben solle, das sich auf französischem Boden zu versammeln hätte: die deutschen Bischöfe von Straßburg, Basel, Speier und Lüttich würden sich nicht weigern dürfen, auf demselben zu erscheinen. Unter der Führung von Trier — denn der übrigen Erzbischöfe war man nicht so sicher — gedachte man in Gallien gegen den Kaiser, der die Freiheiten der gallicanischen Kirche unaufhörlich im Munde führe, Beschlüsse zu fassen [1]).

1) „Da ein beträchtlicher Theil ihrer Kirchensprengel sich ins französische Gebiet erstrecke." Die Stelle folgt nach der bei Brunner S. 400 angeführten.

Ist es aber überhaupt möglich, in Conflicten so dringender Art längst vergessene Formen, welche vorübergehenden Zuständen früherer Jahrhunderte angehört hatten, unter ganz veränderten Umständen wieder zu beleben?

Eher durfte der Papst hoffen, daß ihm die Verbindung der gegen die Gewohnheit des kirchlichen Gehorsams gerichteten Unternehmungen des Kaisers mit Gedanken eigenmächtiger Machterweiterung, von denen sich jedermann bedroht sah, einen andern, dem Genius der Zeit angemessenen Rückhalt verschaffen würde.

Fünftes Capitel.

Regungen der Selbständigkeit unter den Reichsfürsten.

Durch dieselben Tendenzen, die den Kaiser mit der römischen Curie entzweiten, gerieth er auch mit den geistlichen Würdenträgern im deutschen Reiche in Widerspruch. Denn die Gebiete, die er in geistlicher Hinsicht wie in weltlicher zu einem großen Gemeinwesen zu vereinigen suchte, gehörten doch zu einem nicht geringen Theil bischöflichen Sprengeln an, deren Sitz von seinem landesfürstlichen Scepter nicht abhing. Fast der erste Gegenstand seiner Sorge war, daß nicht etwa die in dem kaiserlichen Gebiet gelegenen Beneficien durch die Autorität auswärtiger Bischöfe an Andere verliehen würden, als an österreichische Unterthanen; überhaupt sollten die auswärtigen Bischöfe denselben Anordnungen unterliegen wie die erbländischen [1]; ihre Hirtenbriefe sollten erst dann publicirt werden, nachdem sie die landesherrliche Genehmigung erhalten haben würden. Aber für die neue kirchliche Organisation, die der Kaiser im Sinne hatte, genügte das doch lange nicht; dem Papste gegenüber bedurfte er der Mitwirkung der bischöflichen Gewalt zu seinen Zwecken. Folgerichtigerweise mußte er den Einwirkungen fremder Diöcesanen ein Ende machen. Den minder mächtigen an der venetianischen, dalmatinischen oder der schweizerischen Grenze zeigte er einfach an, daß ihre geistliche Jurisdiction auf österreichischem Gebiete aufgehört habe; mit demselben Schicksal wurde Regensburg bedroht, dessen Sprengel einen ansehnlichen Theil von Böhmen umfaßte; aber das meiste Aufsehen machte der Widerstreit mit den beiden großen Metropolen Salzburg und Passau, von denen die Christianisirung der Donaulande vor Alters ausgegangen und in einer spätern Epoche die Einführung des Hauses Habsburg in diesen

1) Hofdecret vom 12. Weinmonat 1781. Handbuch der Verordnungen II. 192.

Landschaften wesentlich unterstützt worden war [1]). Das war nun aber längst vergessen. Dem Kaiser auf seinem administrativen Standpunkt schien es unerträglich, daß einige österreichische Erzstifter, wie Seckau, Gurk, Lavant, von dem Erzbisthum Salzburg, von dem sie einst gestiftet worden, noch immer abhängig blieben und ihre Generalvicare erhielten: er erklärte dies Verhältniß für aufgehoben. Und wenn es schon einigen seiner Vorfahren gelungen war, die Diöcesanrechte von Passau zu Gunsten des Erzbisthums Wien zu schmälern, so sahen viele seiner Beamten auch den noch bestehenden Ueberrest derselben als für das Land gemeinschädlich an; bei der ersten eintretenden Vacanz des Bisthums hat der Kaiser kein Bedenken getragen, die Trennung des Landes ob der Ens von der passauischen Diöcese auszusprechen.

Aber diese Stifter gehörten zu dem deutschen Reiche, das um seine Einwilligung hätte angegangen werden müssen; selbst wenn der Einspruch der Bischöfe und ihrer Capitel beseitigt würde, hielt man das Verfahren des Kaisers für unrechtmäßig. Denn die Rechte, die er antaste, seien von dem Reiche verliehen: so lange Oesterreich zu dem Reiche gehöre, habe er nicht die mindeste Befugniß, dieselben außer Wirksamkeit zu setzen [2]).

Indem man jedoch darüber klagte, erlebte man zugleich das im Princip Entgegengesetzte. Das Landesfürstenthum schloß jede selbständige geistliche Einwirkung aus; in demselben Augenblick aber suchte sich die Dynastie anderwärts der Autorität zu bemächtigen, welche der Besitz des geistlichen Fürstenthums im deutschen Reiche verlieh.

Noch gegen das Ende der Regierung Maria Theresia's war ihr jüngster Sohn Maximilian zum Coadjutor in Köln erwählt worden. Dieser selbst wünschte das eigentlich nicht: er fühlte sich nicht zum Geistlichen geboren, und man trug Sorge, daß er die geistlichen Weihen nicht sofort zu nehmen brauchte. Aber die Sache

1) Bei Kopp, König Rudolf, I. 185 ist zusammengestellt, wie der Erzbischof von Salzburg, die Bischöfe von Regensburg, Passau und Freisingen, die ansehnlichen und umfangreichen Lehen ihrer Hochstifter, welche die Babenberger in Besitz gehabt, an die Söhne des Königs Rudolf, dessen Verbündete sie waren, sofort übertrugen: es ist der Anfang des habsburgischen Landesbesitzes.

2) Eine Flugschrift von 1786, geschrieben 1784, „Ueber die Einschränkung der erzbischöflichen und bischöflichen Diöcesanrechte“, hebt diesen Gesichtspunkt hervor.

hatte ein zu großes politisches Interesse, um davon abzustehen, wenn sie irgendwie durchgeführt werden konnte [1]). Damals hatte Maximilian Friedrich aus dem Hause Königsegg den erzbischöflichen Stuhl inne. Vornehmlich durch die protestantischen Nachbarn, welche auf die Domcapitel von Köln und von Münster — denn auch damals, wie öfter, war Münster mit Köln verbunden — Einfluß ausübten, hatte er ihn erlangt. In Münster wurde er durch Franz Fürstenberg vertreten, der es verstand, die Landschaft zu regieren und mannichfaltige Thätigkeit in allen Zweigen, Oekonomie, Militair, Erziehung, zu wecken. Sein Verdienst und seine Toleranz bewirkten, daß er von Einwohnern und allen Protestanten zum Coadjutor und künftigen Bischof gewünscht wurde. In Köln dachten die Nachbarn, namentlich Friedrich II., einen der dortigen Domgrafen, Hohenlohe-Bartenstein, der zugleich eine Präbende in Breslau hatte, zur Nachfolge zu befördern. Mit verdoppeltem Eifer, zugleich auch im Gegensatz mit Preußen setzte nun der Wiener Hof alles in Bewegung, um die Nachfolge in beiden Stiftern für den Erzherzog zu sichern. Es gelang ihm hauptsächlich durch die Mitwirkung des vorwaltenden kölnischen Ministers Bilderbusch, dem man zuschreibt, daß er Hohenlohe-Bartenstein zur Bewerbung um die Coadjutorie aufgefordert, und als dieser nicht einmal ganz gern darauf einging, seinen Churfürsten, welcher von der Ernennung eines Coadjutors an sich nichts hören wollte, bewegen habe, doch lieber den Erzherzog als den ihm ebenhiedurch unbequem gewordenen Hohenlohe anzunehmen. In Köln war die Sache entschieden, ehe König Friedrich davon hörte. In Münster hatte die der preußischen analoge Regierung, welche Fürstenberg führte, ihm zwar Freunde und Anhänger, aber auch mächtige Feinde erweckt, die sich ihm nun widersetzten. Unter der sehr wirksamen Vermittelung des kaiserlichen Commissars, Grafen von Metternich-Winneburg, wurde Erzherzog

1) Mercy sieht darin einen sehr wünschenswerthen Vortheil für das Erzhaus: L'histoire nous apprend quelle influence un Electeur de Cologne évêque de Munster est à même de se procurer dans l'empire, et ces deux dignités réunies sur un archiduc deviendraient encore d'une toute autre conséquence, attendu la facilité qu'il y aurait de les conserver successivement dans l'auguste maison, et de s'en prévaloir pour relever d'une manière stable et solide le parti catholique en empire. Schreiben Mercy's an Maria Theresia vom 17. November bei 1773, Geffroy-Arneth III. 373. (A. d. u. A.)

Maximilian zum Coadjutor erst in Köln, dann in Münster gewählt [1]). Kaiser Joseph war ursprünglich zweifelhaft gewesen, weil alle Mächte dagegen sein würden: daß es nun doch so leicht und glücklich von Statten ging, gereichte ihm zu großer Befriedigung. Wie sehr es in aller Welt als ein Sieg Oesterreichs über Preußen betrachtet wurde, erkennt man daraus, daß das preußische Ansehen in Constantinopel in Folge dieser Nachricht merklichen Abbruch erlitt. Soeben wurde Maximilian nach dem Tode seines Oheims, dessen Coadjutor er bereits war, Hoch- und Deutschmeister. In ihm schien einer der mächtigsten geistlichen Fürsten zu erstehen, der jemals in Deutschland emporgekommen war. Er unterhandelte mit vieler Aussicht über die Nachfolge in Hildesheim: an dem Reichstage wurde behauptet, auch für Salzburg sei er bestimmt und habe bereits dort eine ansehnliche Partei für sich; für andere Prinzen aus dem Hause, Söhne des Großherzogs Leopold von Toscana, werde um Freisingen, Augsburg und Constanz geworben. Man nannte die Summe, die jedem Capitular in Freisingen und Constanz für seine Stimme zugesagt worden sei.

Es leuchtet ein, welch einen großen Zuwachs an Macht die kaiserliche Dynastie hiedurch in allen oberen und westlichen Gebieten zu erlangen im Begriffe stand; fast noch mehr erschrak man, wenn man den Einfluß erwog, den so viele von Oesterreich abhängige Stimmen am Reichstage ausüben würden. Ueber den preußischen Reichstagsgesandten kam, wie er sagt, ein Grauen, wenn er sich die Möglichkeit dachte, daß der Wiener Hof mit seinem Vorhaben, der Stifter Meister zu werden, vollends durchdringe: denn welch ein Despotismus werde dann am Reichstag unvermeidlich eintreten.

Man hat zur Erklärung der allgemeinen Aufregung, die im Reiche entstand, auf allerlei Eingriffe des Kaisers Werth gelegt, z. B. die Erneuerung kaiserlicher Panisbriefe, durch welche den bischöflichen und klösterlichen Kassen Menschen zur Versorgung aufgedrungen wurden, denen weder Anspruch noch Verdienst zukam — man mußte sich sogar zur Auszahlung der seit dem Tode eines früheren Pfründeninhabers aufgelaufenen Rückstände bequemen, — und einige Verstimmung mögen dergleichen Anforderungen veranlaßt haben: aber sie verschwinden vor den erwähnten Besorgnissen und

1) In den Denkwürdigkeiten von Dohm ist die Darstellung dieser Sache, in welcher der Verfasser selbst beschäftigt war, fast der beste und eigenthümlich unterrichtendste Abschnitt. Bd. II, Cap. VII.

Beschwerden. Von diesen war die Inactivität des Reichstags weitaus die wichtigste. So verhielt es sich freilich nicht, daß die Geschäfte überhaupt in Stillstand gerathen wären: das churfürstliche Collegium sowie das städtische setzten ihre gewohnte Thätigkeit fort. Die Inactivität fand, wie oben berührt, nur in dem fürstlichen Collegium Statt: diese aber hinderte dann jede Beschlußnahme, da die drei Stimmen nothwendig zusammenwirken mußten. Man empfand dies doppelt unangenehm, weil das Reichskammergericht, das eben viele Klagen veranlaßte, dadurch gegen die Recurse sicher gestellt wurde, welche die Benachtheiligten an den Reichstag zu bringen in den Fall kamen. Die Recurse konnten zur Dictatur gelangen, aber dann doch niemals erledigt werden.

Um ein Beispiel anzuführen: unter Abt Anselm, der gern reiste und viel processirte, war das Kloster Schwarzach in eine Verwirrung gerathen, welche eine Visitation des Metropolitans, Erzbischof von Mainz, und die Absetzung des Abtes herbeiführte, mit der der Landesherr, Markgraf von Baden, vollkommen einverstanden war. Aber Anselm erlangte die Fürsprache des Bischofs von Strasburg und den Schutz des Kammergerichtes, das die Untersuchung der Temporalien eines Klosters wieder nicht zugestehen wollte, sondern sich selber vindicirte auf Grund des kaiserlichen Rechtes als obersten Kastenvogts. Dem Markgrafen wurde nun aufgegeben, den Abt in den Besitz herzustellen und die Mönche nicht in ihrem Ungehorsam gegen ihren Oberen zu bestärken. In Regensburg bemerkte man mit Indignation, daß das Gericht einen verschwenderischen Pfaffen höher anschlage als die beiden deutschen Fürsten. Diese sahen sich lediglich auf den Recurs an die Reichsversammlung angewiesen, der aber unter den berührten Umständen wirkungslos bleiben mußte.

Eine andere Beschwerde veranlaßte ein Urtel des Kammergerichtes, durch welches der Kauf eines Bauernzehnten, den das Kloster Banz vorgenommen hatte, gebilligt wurde. Der Reichstag bemerkte, daß dadurch ein bei dem Reiche angenommenes Amortisationsgesetz und damit die gesetzgebende Gewalt im Reiche verletzt werde. Das Kammergericht überging zugleich die Austrägalinstanz und das Recht des obersächsischen Kreises, indem es dem fränkischen die Execution auftrug; von dem Reichshofrath wurde es dabei unterstützt.

Genug, in alledem, was die Wirksamkeit des Reichstags ausmachte, war die Inactivität desselben sehr zu empfinden. Manche Sachen, die bei dem churfürstlichen Collegium angebracht wurden,

trugen doch die weltlichen Gesandten in Angriff zu nehmen selbst Bedenken: denn dann könne leicht ein Hader mit dem Fürstencollegium entstehen, unter dem Einfluß des österreichischen Directorialgesandten Borié, wodurch dieser vollends die Oberhand erlangen würde. So ungenügend die Leistungen des Reichstags waren, so wollte man ihn doch nicht vollkommen lähmen lassen; man hoffte vielmehr, ihn einmal zu einer förderlichen Thätigkeit zurückkehren zu sehen. Das vorwaltende Gefühl war, daß man des Reiches und der Reichsversammlung bedürfe, nicht allein um der allgemeinen Zwecke willen, sondern um dem Kaiser widerstehen zu können, dessen Uebergriffe Jedermann um so mehr befürchtete, je mächtiger er nach innen und nach außen auftrat.

Es muß an sich als ein großes Ereigniß für das Reich, dessen Constitution eine hierarchische Farbe trug und dessen Bestand in den letzten Jahrhunderten auf der Verbindung des Kaiserthums mit dem geistlichen Fürstenthum beruhte, betrachtet werden, daß sich der Kaiser von dem Princip des Zusammenwirkens der geistlichen und weltlichen Macht, die allem zu Grunde lag, so vollkommen abwandte. Indem er die geistlichen Fürsten unmittelbar verletzte, geriethen auch die weltlichen durch das Uebergewicht des dynastischen Einflusses, das aus der Erwerbung der hohen Stifter hervorgegangen wäre und einen jeden in unmittelbarer Nähe bedroht hätte, in besorgte Aufregung.

Die Folge war eine sehr unerwartete. Die geistlichen katholischen Stände und die weltlichen protestantischen traten einander näher. Für die ersten hielt ihre alte Regel, ihr Heil in der Verbindung mit dem Kaiserthum zu suchen, nicht mehr aus. Die andern erblickten in der Entzweiung des Kaisers und der Hierarchie einen Beginn der Befreiung von dem drückenden Uebergewicht, dem sie durch die Verbindung beider unterlagen. Es erfolgte, daß die einen und die andern von ihrem principiellen Gegensatz absahen und in freundlichere Beziehungen unter einander traten.

Daran dachten sie nicht, die Verfassung des Reiches zu ändern; ihr Gedanke war vielmehr, dieselbe in dem allgemein ständischen Sinn, ungefähr wie er vor der Kirchenspaltung obgewaltet hatte, wiederherzustellen. Sie befanden sich dabei in Einverständniß mit dem Geiste der Zeit, der dahin ging, die auf dem Uebergewicht der religiösen Anschauungen und ihrer Gegensätze beruhenden Staatseinrichtungen zu mäßigen und zu mildern. Bei der ersten Annäherung versprachen die geistlichen Fürsten Toleranz. Es war das

Wort, auf welches Joseph seine Reformen gründete und die Größe seines Staates zu bauen dachte. Jetzt trat es ihm von einer anderen Seite auf seinem Wege entgegen. Innerhalb des Reiches in Anwendung gebracht, konnte dieser Begriff nicht anders als die Gegensätze auflösen, auf deren Widerstreit die Macht von Oesterreich in den letzten Jahrhunderten beruht hatte.

Noch war in dem deutschen Fürstenthum das Gefühl der Selbständigkeit — denn übermächtige Gewalten hatten es doch niemals vernichtet — so lebendig wie jemals. Ein Jeder wollte etwas sein und, die Wahrheit zu sagen, war auch etwas. Einem der kleinsten von Allen, Lippe-Bückeburg, konnte der Gedanke kommen, durch die Errichtung jener Feste im Steinhuder Meer und die damit in Verbindung stehenden Anstalten militärischer Bildung eigene Geltung zu erwerben. In den meisten weltlichen Fürstenthümern versuchte man Nachahmungen des preußischen Militärwesens unter unmittelbarer Leitung des Fürsten, die doch nicht so ganz ohne Zweck und Sinn waren, wie man wohl annimmt. Man hoffte trotz der Kleinheit der Mittel jedes Einzelnen, wenn man nur zusammenhalte, in dem allgemeinen Verhältniß der europäischen Staaten nicht ganz übersehen zu werden und wenigstens so viel Kräfte zu sammeln, daß man einen ersten Anlauf abhalten, namentlich den Uebergriffen des Kaisers, welche man den umlaufenden Gerüchten zufolge auch in den weltlichen Gebieten erwartete, einen auf eigener Macht beruhenden Widerstand entgegensetzen könne. Für die Landesverwaltungen schlug man neue Wege ein, auf dem Grunde der Befugnisse der höchsten Gewalt im Innern, soweit sie mit der landständischen Verfassung an jeder Stelle vereinbar waren, nach den weitgreifendsten Theorien des Jahrhunderts. Andere suchten ihre Ehre in der Förderung der aufblühenden Literatur. Die geistige Entwicklung Deutschlands im 18. Jahrhundert würde sich ohne die Mannichfaltigkeit, den Wetteifer in beschränkten Zuständen und die Culturfähigkeit der kleinen Staaten nicht denken lassen. Die Fürsten fühlten sich durch den Antheil, den ein jeder durch seinen Abgeordneten am Reichstag nahm, gesichert und waren selbst stolz darauf. In der Unthätigkeit, in welche der Reichstag gerieth, sahen sie eine Verkümmerung ihrer Existenz; in der ungewohnten Haltung der kaiserlichen Autorität, die nur noch das Princip der Macht verfolgte und kein anderes anerkannte, eine Gefahr für dieselbe. Hie und da kam noch etwas Anderes hinzu: der ökonomische Kaiser strich die

Pensionen fürstlicher Minister, die seine Mutter gezahlt hatte: auch dieses Band der Abhängigkeit löste sich auf.

So geschah es denn, daß im Jahre 1783 eine allgemeine Bewegung unter den Ständen zu bemerken war. Sie wollten das Allgemeine, welches Alle verband, nicht allein nicht missen, sondern es, von allen untergeordneten Streitigkeiten absehend, im altreichsständischen Sinne entwickeln. In den Privatcorrespondenzen der Herzoge von Gotha und von Weimar, des Fürsten von Dessau, so wenig Macht sie auch an sich besaßen, finden wir doch Erwägungen der allgemeinen Anliegen des Reiches. Sie wollen ihre vertrauten Räthe veranlassen, darüber ihre Meinungen systematisch niederzuschreiben: aus der Vergleichung derselben werde sich dann eine Meinung bilden lassen [1]. Was so zum Vorschein kam, wurde mit äußerster Vorsicht mitgetheilt; man vertraute es nicht etwa gewöhnlichen Schreibern an. Die Räthe kamen wohl auch selbst zusammen: sie besprachen unter einander die Ziele, Mittel und Wege einer Vereinbarung; in freundschaftlichem Verkehr, bei einer Pfeife Tabak haben sie dieselben unter einander oder auch mit den Fürsten erwogen. Als einer der thätigsten Vermittler erscheint der Minister von Baden, Edelsheim, der schon einst während des bairischen Erbfolgekrieges ähnliche Ideen in Umlauf gebracht hatte. Er stand in steter Verbindung mit den thüringischen Fürsten, den hessischen, sowie mit dem Herzog von Braunschweig und dem Hofe von Zweibrücken, dessen Rechte auf Baiern damals gerettet worden waren. Sie kamen überein, alle Mißhelligkeiten zwischen ihren Landesbehörden, die entstehen könnten, zu verhüten und in den Reichsangelegenheiten, für die etwas geschehen müsse, zusammenzuhalten [2].

In diesen Kreisen nun, in denen sich das Gefühl der ungenügenden Lage mit einer gutmüthigen und doch weitausgreifenden Reformation durchdrang, ist der Gedanke entsprungen, eine reichsständische Union zu stiften: zwar nach der Weise der Epoche der

1) Schreiben des Herzogs Ernst von Gotha an den Herzog Carl August von Weimar, 25. Nov. 1783. Das weimarische Archiv ist eine Fundgrube für diese Correspondenzen, von denen noch mehr, als ich mittheilen kann, der Veröffentlichung würdig wäre.

2) Hofenfels sagt 2. Mai 1784 (bei Ad. Schmidt, Gesch. der preuß.-deutschen Unionsbestrebungen), daß er die Sache 8 Monate früher, also etwa im September 1783 in Gang gebracht habe, — jedoch nur in Bezug auf die Herstellung der Activität des Reichstags. Nur das schreibt er sich zu, nicht die Idee eines Bundes.

Reformation, aber doch in einem abweichenden, ja selbst entgegengesetzten Sinne. Denn von Anfang an war die Absicht zugleich auf Verbindung mit den geistlichen Fürsten gerichtet; Edelsheim trat auch mit ihnen und ihren Räthen in Meinungsaustausch. Da hatten ihm denn auch die Klagen des Papstes vorgearbeitet. Er fand, wenn nicht die Räthe, von denen noch immer einige durch Hoffnung auf geistliche Präbenden an den Wiener Hof gefesselt waren, aber doch die Herren und die meisten Mitglieder der Capitel in einer sehr entgegenkommenden Stimmung. Auch hier war das Losungswort: Aufrechthaltung der Reichsverfassung. Aus einem Gespräch mit dem Staatsrath Deel von Mainz entnahm Edelsheim, daß der Churfürst Reichserzkanzler sehr bereit sei, sich der Sache anzunehmen, wenn er nur wüßte, daß er den Rückhalt der weltlichen Fürsten haben werde: allein könne er sich gegen den kaiserlichen Hof nicht blosstellen. Edelsheim antwortete: die geistlichen Fürsten seien am unmittelbarsten bedroht; ihnen käme es zu, durch eine Vereinbarung unter einander den übrigen voranzugehen, zumal da sie an der sonstigen Macht des Clerus immer Schutz finden würden. Bei den weltlichen stehe das alte Mißtrauen im Wege, das durch die Feindseligkeiten der letzten Jahrhunderte genährt worden sei: dies vor allem müsse man heben. Auch der mainzische Staatsrath ließ keinen Zweifel darüber, daß die geistlichen Herren sehr bereit sein würden, in ihren Gebieten den Protestanten Toleranz zu bewilligen. Sehr unverbindliche, noch im Weiten gehaltene Gespräche, die aber auf der Grundlage der allgemeinen Ueberzeugungen beruhten und zugleich die Bedürfnisse des Momentes aussprachen. Die Gedanken der Union und der Toleranz im Reiche kamen mit einander zu Tage. — Die geistlichen Fürsten schienen hierin übereinzustimmen. Sehr lebhaft betheiligte sich wenigstens im Anfang der Fürst-Bischof von Speier, geborner Graf von Limburg-Styrum, der an allen öffentlichen Angelegenheiten thätigen Antheil genommen hat. Auf einer Zusammenkunft in Waghäusel erklärte er, daß man auf ihn zählen könne.

Wie weit aber waren diese Annäherungen und Willensmeinungen noch von einer wirklichen Verbindung entfernt. Es war nicht zu erwarten, daß die kleinen Fürsten im Bewußtsein ihrer Schwäche jemals zu einer solchen schreiten würden, ohne sich an eine große Macht zu lehnen.

Einige weltliche Fürsten haben wohl einmal gemeint, durch dänische Vermittelung ihren Schutz bei Rußland zu suchen. Bei

der damaligen Lage der Welt verbot sich das von selbst. Die geistlichen Fürsten wünschten und hofften, sich an Frankreich lehnen zu können: denn dahin führten die früheren Vorgänge im Reich und die Beziehungen zu dem Papst. Auch den weltlichen, obgleich sie wegen des Einflusses der österreichischen Partei und der Königin Marie Antoinette den Erfolg von Anfang an für sehr zweifelhaft hielten, schien es der Mühe werth, einen Versuch dazu zu machen. Man veranstaltete, daß einer der einverstandenen fürstlichen Räthe, Hofrath Schlosser, damals in markgräflich badenschen Diensten, sich an den Mann wendete, der als der natürlichste Vermittler deutscher und französischer Verhältnisse erschien, Christian Friedrich Pfeffel, juridischen Consultor des Königs von Frankreich in den Angelegenheiten der deutschen Politik; durch seine Missionen an deutsche Höfe und an den Reichstag, seine gelehrten Arbeiten über deutsche Geschichte, provinzielle und allgemeine, war er wohlbekannt und hatte sich Vertrauen erworben. Dem gab Schlosser von dem Vorhaben, mit dem man sich trug, allgemeine Kunde, und ersuchte ihn um eine vorläufige Beförderung desselben bei dem französischen Ministerium. Pfeffel vermied, dies selbst zu übernehmen. Er fand rathsamer, daß sich Schlosser nach Strasburg verfüge, um mit dem damaligen Prätor der Stadt, Gérard, der früher in den auswärtigen Angelegenheiten beschäftigt gewesen sei und das Vertrauen des Ministers Vergennes in hohem Grade besitze, eine vertrauliche Besprechung zu pflegen, zumal da derselbe in kürzester Frist nach Paris zu reisen gedenke [1]). Der Antrag war den Einverstandenen nicht unbedenklich; denn Gérard galt für einen alten Anhänger Choiseuls und der Königin: aber man sah darüber hinweg. Die Zusammenkunft fand im Anfang Januar 1784 in Strasburg statt. Unter dem Siegel der tiefsten Verschwiegenheit trug Schlosser dem Prätor die Idee deutscher Reichsstände vor, die Activität des Reichstages herzustellen, den Uebergriffen der Reichsgerichte entgegenzutreten [2]), und dazu eine regelmäßige Correspondenz unter sich zu errichten, durch welche auch ihre gegenseitigen Streitigkeiten und die Unordnungen in ihrem Haushalt abgestellt werden könnten. Gérard erwiederte, wenn es nichts weiter auf sich

1) Die diese Verhandlung betreffenden Correspondenzen und Briefe haben die Ehre gehabt, daß sie von Goethe's Hand — denn eines zuverlässigen vertrauten Geheimschreibers bedurfte es — für den Herzog Carl August abgeschrieben worden sind.

2) Er bezog sich auf den Zustand des Reichstags, „dessen Inactivität und das Empiedement der Reichsgerichte".

habe, so könne Frankreich sich weder im Guten noch im Bösen dabei betheiligen. Man möge nur feste und gute Grundsätze vereinbaren, die man dann auch auf dem Reichstag befolge. Er gab den Rath, daß ein deutscher Fürst sich unmittelbar an das französische Ministerium mit der Nachricht von dem Vorhaben einer solchen Verbindung wenden möge: der Minister werde dann nach den obwaltenden Umständen darüber Beschluß fassen. Er selbst versprach, die Sache in Gang zu bringen, wenn man sich seiner bedienen wolle.

Eine Erklärung, die obwohl nicht ablehnend, sondern fast einladend, doch wieder in Verlegenheit setzte. Denn wer sollte mit der Eröffnung in Versailles beauftragt werden? Ein Geistlicher würde vor allem für seinen Stand Sorge tragen. Der Herzog von Zweibrücken, an den man wegen seines engen Verhältnisses zu Frankreich zunächst denken konnte, würde Rücksichten auf die Frage über die bairische Succession veranlaßt haben. Und wie dann, wenn der Antrag gemacht und von Frankreich zurückgewiesen würde? Dann wäre ein positiver Widerspruch erweckt gewesen. Der wohlerwogene Rath Schlossers war demnach, noch innezuhalten und zu warten, daß sich Frankreich selbst nähere.

Augenscheinlich war es, obgleich jedes Wort darüber vermieden wurde, daß die Franzosen vor allem die Theilnahme des Königs von Preußen an dieser Bewegung fürchteten. Denn noch betrachteten sie wie bisher den germanischen Körper als einen ihren Einwirkungen vorbehaltenen Schauplatz, von welchem Preußen ausgeschlossen bleiben müsse. Sie meinten die Sache ganz in ihrer Hand zu behalten. Bei dem Hofe von Zweibrücken lief ein Schreiben von Versailles ein, in welchem die Voraussetzung, daß derselbe sich bei dieser Sache an die Spitze stellen wolle, und eine gewisse Verwunderung, daß er darüber nicht erst in Frankreich angefragt habe, ausgesprochen wurde. Was ließ sich da erwarten? Das Motiv des französischen Hofes, die Sache nicht abzulehnen, war weniger Theilnahme für die Reichsfürsten, als die richtige Besorgniß, daß sich Preußen derselben bemächtigen werde.

Abgesehen selbst von dem nationalen Zusammenhang, war es aber doch der einzige Weg, um die Idee der Union zur Consistenz zu bringen und dann zu realisiren, daß ihr die Unterstützung des preußischen Staates verschafft würde.

Im Spätjahr 1783 hatte der zweibrückensche Minister Hofenfels den preußischen Hof besucht, vor allem um eine Geldhülfe aus-

zuwirken, deren man in Zweibrücken dringend bedurfte; es ist kein Zweifel, daß dabei auch von einer dem Hause Oesterreich in Deutschland entgegenzusetzenden Vereinigung die Rede gewesen ist. Der Minister Hertzberg, sonst dafür eingenommen, hat ihm geantwortet: die Zeit sei dazu nicht günstig; König Friedrich werde einen Verein dieser Art gar nicht oder sehr schwach unterstützen, das Haus Oesterreich die Sache im Keime ersticken.

Indessen hatte der in seinem Eifer unermüdliche Edelsheim bereits den Entwurf einer Union zu Stande gebracht, zu der man anfänglich, selbst mit Uebergehung der Churfürsten, nur den Reichsfürstenstand herbeizuziehen und dabei doch eine zur Wahrung der Reichsfreiheiten hinreichende Armee aufstellen zu können dachte. Der Herzog von Braunschweig, dem derselbe von dem Fürsten von Dessau mitgetheilt wurde, erklärte ihn für einen schönen patriotischen Traum. Der zweibrückensche Minister, von dem man meinte, er sei damit einverstanden, erklärte ihn für chimärisch und unverdaut; er hielt es sogar für rathsam, ihn am preußischen Hofe, dem er indeß ebenfalls vorgelegt war, zu bekämpfen und ihm einen andern entgegenzusetzen, der wesentlich nur auf ein Einverständniß in Bezug auf die Wiederherstellung der Reichstagsactivität gerichtet war [1]) und ziemlich in Uebereinstimmung mit den Rathschlägen Gérards eine vertrauliche Correspondenz in Bezug auf die dort abzugebenden Stimmen in Vorschlag brachte: man habe sich bescheiden, aber standhaft den kaiserlichen Uebergriffen zu widersetzen und alle religiösen Streitigkeiten in beiden Parteien untereinander auszuschließen.

Wohin ging nun die Meinung in Berlin? — Die Minister gründeten auf die Wahrnehmung der allgemeinen Gährung den Antrag bei Friedrich, einen Gesandten nach den Reichslanden, namentlich nach Franken zu schicken, um die verschiedenen Höfe, geistliche wie weltliche, in guter Stimmung zu halten, und die Handlungen des Kaisers zu überwachen. Der König sagte, das wäre sehr schön, wenn er nur Geld dazu hätte. Viel eifriger war der Prinz von Preußen. Ohne Aussicht, bei dem König etwas auszurichten, wendete sich Hertzberg in tiefem Geheimniß, aber um so eifriger, an den Prinzen von Preußen, den er von allen diesen Dingen unterrichtet hielt, und der von ganzem Herzen darauf einging. Der Fürst von Dessau, der Herzog von Weimar gehörten zu

1) Die Entwürfe bei Ad. Schmidt, Geschichte der preußisch-deutschen Unionsbestrebungen, § 6 und § 15.

seiner nähern Bekanntschaft; in allgemeinen Ueberzeugungen und Tendenzen bestand ein Verständniß zwischen ihnen. Selbst den Entwurf Edelsheims wiesen sie nicht von der Hand, obwohl an dessen Ausführung nicht zu denken war; aber mehr auf die Zukunft als auf die Gegenwart bedacht, wendeten sie ihre vornehmste Aufmerksamkeit auf den Hof von Zweibrücken. Der kleine Hof von Karlsberg war in diesem Augenblicke der Gegenstand mannichfaltigster Einwirkungen. Herzog Karl war ein schwacher Regent und mit Schulden überhäuft. Ihn beschäftigte am meisten sein Marstall, in welchem er die ausgesuchtesten Thiere hatte und selbst Versuche über die Pferdezucht machte. Die Geschäfte waren nicht allein in den Händen der Minister; es gab eine allmächtige Dame am Hofe, Frau von Esebeck, noch immer schön, obgleich in vorgerückten Jahren, welcher der Herzog unbedingt huldigte. Der Aufwand, den sie machte, war nicht übermäßig: sie hatte Sympathie für die Gesammtstellung des Herzogs: man wußte, daß sie ihn in gutem Verhältniß mit seiner Gemahlin hielt, vielleicht auch deshalb, weil Nachkommen für sein Ansehen und deshalb auch für sie selbst nothwendig waren: eben nichts Anderes als das unmittelbar vorliegende Interesse hatte sie im Auge. Hofenfels, der Sohn eines protestantischen Predigers und erst nach der Hand geadelt, verdankte ihr sein Emporkommen: dessen Nebenbuhler in der Autorität, Kreuzer, dem die Kammerangelegenheiten oblagen, war nicht minder von ihr abhängig. Damals schien es, als ob Kreuzer für das kaiserliche Interesse zugänglich werde; von Hofenfels war das nicht zu erwarten: aber der war von dem französischen gefesselt. Diese waren nun keineswegs vollkommen identisch; aber im Verhältniß zu Preußen trafen sie doch ziemlich zusammen. In Versailles unterschied man allezeit den germanischen Körper, wie man das deutsche Reich nannte, von Oesterreich und Preußen. Man wollte den Kaiser nicht zum unbedingten Meister des Reichs werden lassen; aber mit noch größerem Eifer suchte man den Einfluß Preußens auf dasselbe fern zu halten.

Bei seinem Besuch in Berlin war nun Hofenfels mit seinem Vorhaben, eine Geldunterstützung auszuwirken, um aus den dringendsten Verlegenheiten herauszukommen, gescheitert. Im Sommer bekam der Prinz von Preußen zufällig 100,000 Ducaten zu seiner Verfügung. Er glaubte sie nicht besser anwenden zu können, als wenn er damit den Herzog unterstütze, mit dem er ebenfalls in den freundschaftlichsten Beziehungen stand. Er schickte seinen vertrautesten Adjutanten, Major Bischoffswerder, nach Karlsberg, um die Summe

anzubieten. Viel zu hoch aber beliefen sich die Schulden des Herzogs, als daß ihm mit einem so mäßigen Betrag geholfen gewesen wäre, und indessen hatte Frankreich, das auch in diesen Zeiten wachsender finanzieller Verwirrung mit seinen Pensionen freigebig war, wenn sie einem politischen Zweck dienen konnten, dem Herzog vier, oder, wie Andere sagen, sogar sechs Millionen vorgestreckt, wodurch seine Verlegenheit für damals wirklich gehoben wurde. Das preußische Anerbieten wurde also abgelehnt. An dem Hofe überwogen die französischen Gesichtspunkte, die nicht sowohl darauf gingen, die beabsichtigte Union entweder zu fördern oder zu hindern, als darauf, den preußischen Einfluß nicht um sich greifen zu lassen [1]).

Und das Verhältniß zwischen Zweibrücken und Baden, zwischen denen doch die erste Verbindung zu treffen war, gestaltete sich alle Tage gereizter und bitterer. Hofenfels machte es dem badischen Minister zum Vorwurf, daß er die Pläne, mit denen man sich trug, nicht besser geheim gehalten habe: durch ihn seien sie dem französischen und selbst, wie er behauptete, dem kaiserlichen Hofe bekannt geworden. Dagegen beschuldigte Edelsheim seinen zweibrückenschen Nachbar-Minister der Zweizüngigkeit und offenbarer Unwahrhaftigkeit. Auch hier griffen locale Streitigkeiten ein. Der Markgraf von Baden, der bei Gelde war, hatte dem Herzog von Zweibrücken den Austausch einiger Grenzbezirke vorgeschlagen, welcher sehr zum Nachtheil des letzteren ausgefallen wäre. Man nahm das in Karlsberg sehr übel auf: wie so oft, so schien auch hier die Annäherung zu einer Entzweiung zu führen.

Ein Verständniß in den allgemeinen Angelegenheiten war nun vollends nicht zu erreichen: man mußte sehr zufrieden sein, wenn der Herzog persönlich den Entschluß ausdrückte, an der im bairischen Erbfolgekriege ergriffenen Politik festzuhalten; weiter war er nicht zu bringen. Herzog Carl August von Weimar hatte es auf den Wunsch des Prinzen von Preußen übernommen, den Hof von Zweibrücken selbst zu besuchen und auf eine andere Bahn als die der Abhängigkeit von Frankreich zu ziehen. Allein an dem dortigen Hofe wollte man ihn unter den obwaltenden Umständen nicht sehen. Ein für den Herzog von Zweibrücken in der That sehr schmerzliches

1) Besonders eingehend über diese Angelegenheiten ist ein französisches Memoire von Carl August, das für den preußischen Hof bestimmt war. Der Graf von der Lippe erstattete einen nicht minder bemerkenswerthen Bericht über den Herzog nach Wien.

Ereigniß, der Tod seines Kindes — es war sein präsumtiver Nachfolger — veranlaßte ihn, den Besuch Carl Augusts in aller Form abzulehnen: dieser zweifelte nicht, daß der Anlaß zugleich zum Vorwand diene.

Indem man aber fürs erste darauf Verzicht leisten mußte, in ein engeres Verhältniß zu Zweibrücken zu kommen, gelang es dem Herzog Carl August, auf ein anderes, das vielleicht von noch größerer Bedeutung war, Einfluß zu gewinnen. Edelsheim ergriff die Gelegenheit, die ihm die Reise des Herzogs darbot, um ihn persönlich in die Verhandlungen mit dem Churfürsten von Mainz zu ziehen. Noch einmal waren die Staatsräthe von Mainz mit Edelsheim in Frankfurt zusammengekommen. Sie sprachen ihm besonders von dem wachsenden Unmuth der geistlichen Fürsten über den kaiserlichen Hof. Man habe an denselben geschrieben, scharfe Antworten bekommen, diese durch allerlei Maßregeln nicht unerwiedert gelassen: alle geistlichen Fürsten seien jetzt, wenn ihre Vorstellungen kein Gehör fänden, zu offener Opposition gegen den Kaiser entschlossen. Sie fragten Edelsheim, wie es mit der beabsichtigten Union der weltlichen Fürsten stehe: würden diese auch für ihre, die Erhaltung der geistlichen Fürsten, um des Reiches willen wirken wollen? Sie gaben den Wunsch zu erkennen, daß der Churfürst und der Markgraf persönlich zusammenkämen, um sich über diese Angelegenheiten näher zu besprechen. Edelsheim urtheilte, das würde zu viel Aufsehen machen und den gefaßten Absichten eher schädlich werden; aber eine persönliche Verhandlung zwischen einem der leitenden weltlichen Fürsten und dem vornehmsten geistlichen Reichsstand schien doch unerläßlich. Der geistvolle und patriotisch gesinnte Carl August war ganz der Mann dazu, eine solche einzuleiten. Er hatte Bekanntschaften genug in Mainz und konnte sich, ohne daß es auffiel, dahin begeben. Dann ließ er sich bei dem Churfürsten melden, der nicht im voraus unterrichtet war, und erschien, als er darauf zu Tisch gebeten wurde, fast eine Stunde früher als angesagt war, um ein eingehendes Gespräch anzuknüpfen.

Der Churfürst empfing ihn mit der größten Zuvorkommenheit; denn auch mit seinem Bruder, dem Bischof von Würzburg und Bamberg, war Carl August wohlbekannt. Mit liebenswürdiger Gemüthlichkeit führte er ihn in seinen prächtigen Gemächern herum, machte ihn auf deren geschmackvolle Ausstattung aufmerksam, führte ihn an das Fenster, um ihm die Aussicht nach dem Rheine und dem benachbarten wundervollen Lande zu zeigen, das sich in den

großen Spiegeln, die in den Fensterbrüstungen angebracht waren, wieder abbildete. Von tausend anderen interessanten Dingen war die Rede, doch nicht von denen, die dem Herzog vorschwebten: nur sehr im Allgemeinen geschah des Reichstags zu Regensburg und der dortigen Angelegenheiten Erwähnung. Nach Tisch fand sich doch ein Moment, wo sie einander näher kamen. „Mein Bruder", sagte der Churfürst, „genießt Ihr Vertrauen. Sie haben mit ihm über wichtige Materien geredet: ich hoffe, Sie schenken mir dasselbe Vertrauen." Der Herzog erwiederte, er habe dem Fürstbischof allerdings über den Zustand der Dinge in Deutschland gesprochen und wünsche nichts als die Gelegenheit, sich auch mit dem Churfürsten darüber zu unterhalten. Diese fand sich erst einige Tage später, wo dann der Churfürst nicht ohne einige zurückhaltende Wendungen, jedoch endlich mit der Sprache herausging und ungefähr eben das wiederholte, was seine Räthe in Frankfurt gesagt hatten. — Darauf konnte nun der Herzog mit Eröffnungen antworten, über die er sich im voraus mit Edelsheim verständigt hatte. Vor allem suchte er demselben den Gedanken auszureden, als bestehe schon eine Union; der Eifer dafür sei vielmehr einigermaßen erkaltet; wenn aber die geistlichen Fürsten Ernst damit machen wollten, ihr Recht zu vertheidigen, so werde man allezeit gemeinschaftliche Sache mit ihnen machen. Man halte dafür — katholische und protestantische Fürsten seien davon in gleicher Weise durchdrungen — daß die Erhaltung der römischen Kirche im Reich bei der jetzigen Verfassung nothwendig sei. Die Sache sei nicht etwa von Preußen in Gang gesetzt; man beabsichtige vielmehr einen unabhängigen Bund: aber dieser müsse mit Preußen sowohl wie mit Frankreich in gutem Vernehmen stehen. — Die beiden Fürsten versprachen einander ein vertrauliches Einverständniß zu pflegen, und zunächst übernahm der Churfürst mit Frankreich, der Herzog mit Preußen zu unterhandeln.

Einer der vornehmsten Gedanken Edelsheims war gewesen, daß die geistlichen Herren, die zunächst gefährdet seien, die Hülfe der weltlichen in Anspruch nehmen müßten. Der Churfürst ging darauf nicht ein, widersprach aber auch nicht. Er höre, sagte er, der Fürst von Dessau sei vor Kurzem bei seinem Bruder in Würzburg gewesen, und fragte, ob er einen Auftrag gehabt habe und von wem? Der Herzog antwortete, da der grenzenlose Ehrgeiz des Kaisers Jedermann in Besorgniß setze, so sei es natürlich, daß Jeder, der etwas zu verlieren habe, sich sicher zu stellen trachte: nur aus eigenem Antriebe werde der Fürst mit dem Bischof von Würzburg gesprochen

haben, der auch als ein eifriger Vertheidiger der germanischen Freiheit gelte: wahrscheinlich habe er auch des Prinzen von Preußen gedacht, dessen Gesinnung und erhabene Denkungsart ihm bekannt sei [1]).

Wie berührt, damals war viel von der Wahl eines neuen römischen Königs die Rede. Die mainzischen Räthe hatten es für leicht erklärt, den Prinzen von Preußen zu dieser Würde zu befördern, wenn er nur zum Katholicismus übergehen wolle. Der Herzog wünschte die Sache bei dem Churfürsten zur Sprache zu bringen. Er war mit Edelsheim übereingekommen, ihm dann zu sagen, die geistlichen Fürsten würden nichts verlieren, wenn sie den Prinzen von Preußen, trotzdem daß er Protestant sei, zur höchsten Würde beförderten. Aber es war vergeblich, diese Saite zu berühren. Der Churfürst vermied jedes Gespräch über die römische Königswahl.

Auch unter einander pflogen die geistlichen Herren Berathung. Sie waren über die Dismembration der von den Maßregeln Josephs II. betroffenen Bisthümer bestürzt und besorgt, und hatten im Sinne, eine Protestation dagegen zu erlassen. Von dem Papst hätten sie eine starke und unumwundene Erklärung in der Sache erwartet; eine solche erfolgte nicht, aber von großer Bedeutung war es doch auch, daß er die Gültigkeit der von dem Kaiser getroffenen Diöcesanveränderungen von gemeinschaftlicher Genehmigung des deutschen Episcopats abhängig machte. Der Churfürst von Mainz und der Bischof von Bamberg-Würzburg correspondirten hierüber mit einander. Eine der vornehmsten Anfragen des letztern war, was der Churfürst von einer Theilnahme der protestantischen Reichsglieder erwarte [2]).

Der Gedanke war, die Sache an den Reichstag zu bringen, so daß die geistlichen katholischen Angelegenheiten dem zum großen Theil weltlichen protestantischen Collegium vorgelegt worden wären.

Sie rechneten dabei vor allem auf die Unterstützung von Preußen; denn wie hätten sie ohne dasselbe gegen den Kaiser anzugehen hoffen können?

Noch war nichts erreicht, oder auch nur verabredet; aber eine allgemeine, eben so tiefe wie umfassende Regung des nationalen Geistes gab sich kund, die eine große Wendung in den öffentlichen Angelegenheiten ankündigte.

1) Ich denke den Brief Carl Augusts im Anhange mitzutheilen.
2) Correspondenz der beiden Bischöfe, in dem churerzkanzlerischen Archiv.

Sechstes Capitel.

Ein Wort von der deutschen Literatur in kirchlicher und nationaler Beziehung.

Bei diesem Moment angelangt, fühlt man sich versucht inne zu halten und die deutsche Literatur, die eben damals ihre schönste Blüthe entfaltete, ihre reifsten Früchte trug — beides fällt in der Literatur zusammen — in den Kreis der Betrachtung zu ziehen; wenigstens die historischen Momente, die ihr ihre Grundlage gaben und ihre Entwickelung bedingten, will ich in Erinnerung bringen.

Schon einmal hatte die deutsche Nation selbständig auf die Fortentwickelung des allgemeinen Geistes eingewirkt; es war im sechzehnten Jahrhundert, als sie über die hierarchischen Gestaltungen zurückgreifend die ächten Urkunden des Glaubens und der Religion, welche die Weltalter und das menschliche Geschlecht verknüpfen, in sich aufnahm und nicht allein in ihrem eigenen Gebiete, sondern in einem großen Theile der abendländischen Christenheit wieder zur Geltung brachte. Zu einem Einverständniß war es darüber jedoch nicht gekommen: vielleicht eben deshalb, weil doch auch der hierarchischen Epoche eine unleugbare historische Berechtigung beiwohnt: vielmehr war ein allgemeiner religiöser Hader ausgebrochen, am heftigsten in der deutschen Nation selbst, der sie ganz auseinander zu werfen drohte und für eine ruhige, gemeinschaftliche Entwickelung keinen Raum ließ.

Um dieselbe Zeit hat sich in Italien nach rascher und gewaltsamer Beseitigung verwandter Tendenzen, auf dem Grunde einer durch neue Antriebe belebten, aber nicht unterbrochenen, nationalen geistigen Bewegung, die Literatur zu mustergültigen Formen ausgebildet. Einige Jahrzehnte später geschah dasselbe in Spanien: seit der Mitte des siebzehnten Jahrhunderts in Frankreich, indem zugleich alle religiösen Abweichungen ausgestoßen wurden, im Sinne der Monarchie und des Katholicismus.

Das wirkte dann alles auf Deutschland: vornehmlich das Muster von Frankreich, unterstützt durch die vorgeschrittene gesellschaftliche Cultur namentlich in der Hauptstadt dieses Landes, und den politischen Einfluß der Monarchie auf alle ihre Nachbarn. Wenn die Gegner des herrschenden Systems nicht zum Schweigen gebracht wurden, sondern durch die Verfolgung, die sie erfuhren, zur Emigration genöthigt, eine Stellung in der gelehrten Literatur der Welt gewannen, so verschaffte das einerseits der Sprache und dann auch der eingebornen Sinnesweise der Franzosen um so mehr das Uebergewicht in aller Welt; andererseits gewährte der Zwiespalt auch dem Protestantismus neue Phasen der Regsamkeit und gab ihm neue Impulse.

Auch die Engländer traten in diese Arena des literarischen Wettstreites der Völker. Der endliche Sieg der anglicanischen Kirchenform befriedigte doch den einmal angeregten Geist der Nation mit nichten. Auf dem Grunde des parlamentarischen Lebens und der protestantischen Gesinnung, die noch eine über die Formen hinausstrebende Richtung in sich trug, bildeten sich neue Anschauungen und gelangten zu glücklicher, ihrem Wesen angemessener, allgemein verständlicher Darstellung.

Es läßt sich nicht aussprechen, welchen Einfluß diese Erscheinung in dem achtzehnten Jahrhundert ausgeübt hat. Denn auch die besiegte Partei kam zum Wort und behauptete sich. Während diese durch ihre parlamentarische und philosophische Doctrin in dem royalistischen Frankreich eindrang und eine Literatur der Opposition hervorrief, fanden die religiösen Abweichungen von der anglicanischen Kirchenform Eingang in Deutschland; und auf das lebhafteste regte hier die dem Classischen zustrebende Production den Wetteifer an. Die Deutschen rissen sich von den Uebertreibungen der Italiener und den conventionellen Beschränktheiten der Franzosen los; die Nachahmung der Römer und Griechen, die in den Schulen immer gepflegt worden war, nahm jetzt nach dem Beispiel der Engländer die Religion und vaterländische Erinnerungen zu ihrem Gegenstand. Der bloße Streit um die Angemessenheit äußerer Form wurde dadurch von unbedingtem Werth, daß Die den Sieg davontrugen, welche sich am engsten an das Alterthum anschlossen und der modernen Poesie eine größere Freiheit vindicirten. Dem Kleinlichen, in sich selbst Nichtigen, oder sittlich Verwerflichen trat zugleich ein hoher moralischer Ernst gegenüber. Die deutsche Muse erschien religiös; sie bewegte sich in einer Idealisirung der protestantischen

Begriffe von Gott und Erlösung, welche in das Reich der Phantasie erhob, während anderwärts der streng festgehaltene Glaube neue Gestaltungen des kirchlichen Gemeinwesens erschuf.

Kein Zweifel ist, daß die Siege Friedrichs II. das protestantische Selbstgefühl unendlich verstärkten. Denn aus deutschen Protestanten war sein Heer doch hauptsächlich zusammengesetzt. Er war entfernt davon, die positive Ueberzeugung zu theilen, die noch unter denselben herrschte; aber die Religion, welche mit ihm gemeinschaftliche Feinde hatte, unterstützte ihn auf das mächtigste; wie verschieden auch die persönlichen Meinungen, die große Sache im Allgemeinen war dieselbe.

Die Verbindung von Hannover mit England, welche lediglich das protestantische Princip zu ihrer Grundlage hatte, wirkte auf die Consolidation desselben im nördlichen Deutschland auf das vortheilhafteste ein; dem siebenjährigen Krieg gab es einen nationalen, d. h. zunächst protestantisch-norddeutschen Charakter, daß die beiden Territorialstaaten, Preußen und unter englischer Einwirkung Hannover, zusammenhielten, um die Uebergriffe der französischen und katholischen Politik siegreich zu bestehen. Denn auch bei der Allianz zwischen Maria Theresia und Ludwig XV. wirkten, wie man weiß, katholische Gesichtspunkte mit: die Siege waren zugleich ein Triumph des norddeutschen Protestantismus. Mit den militärischen Formen der preußischen Armee hat das Bekenntniß nichts zu schaffen: aber es bedingte (wie die mannichfaltigsten Beispiele zeigen) den Heldenmuth der Führer und der Gemeinen. Durch ihre Kriegsthaten ward jede politisch-religiöse Gefahr, so weit nur immer der Gesichtskreis reichte, beseitigt.

Hängt es nicht hiermit zusammen, wenn nun auch die französische Art und Kunst, in wie fern sie auf dem bourbonischen Königthum beruhte, zurückgewiesen wurde? Nicht allein Lessing, sondern auch Klopstock, und man dürfte fast sagen, die schweizerische Schule überhaupt, waren Verbündete Friedrichs.

Dieser selbst nahm daran keinen Antheil. Er hatte sich jener Phase der europäischen Philosophie angeschlossen, in welcher die Locke'sche Theorie vom Erkenntnißvermögen mit den in Frankreich gegen das System der Kirche gerichteten Tendenzen, wie sie in Voltaire zu Tage kamen, zusammenging und sie begründete[1];

1) In diesem Sinne faßte man jene Preisaufgabe der Akademie über Pope und Leibnitz, die durch Lessing zu einer unglücklichen Berühmtheit gelangte. Danzel, G. E. Lessing I, 281.

dabei verharrte er, leichten Abweichungen zum Trotz, im Allgemeinen; es war die Lehre der Akademie zu Berlin, welche noch fortfuhr, französisch zu sprechen; wenn diese bereits in ihrer unmittelbaren Umgebung einen in sich selbst überlegenen Widerspruch fand, so hat der König an seiner Stelle denselben nicht einmal bemerkt.

Und vielleicht war es so am besten. Die große Epoche der deutschen Literatur ist auch dadurch merkwürdig, daß von keinem Einwirken einer höchsten Gewalt, keinem politischen Gesichtspunkte die Rede ist; nur die Erforschung der Wahrheit in sich, die Fortbildung der Gelehrsamkeit, Philosophie und Poesie wurde ins Auge gefaßt, obwohl die Möglichkeit dazu aus einer großen Abwandlung der welthistorischen Bewegung entsprang.

Denn nur in dieser lag es doch, daß der norddeutsche Protestantismus, der nirgends mehr gefährdet war, d. h. die deutsch-protestantische Cultur überhaupt, sich in neuen Bahnen versuchen konnte.

Die Verbindung einiger nördlichen Landstriche mit Dänemark und Schweden, welche demselben Bekenntniß anhingen und die Antriebe ihres geistigen Lebens großentheils aus Deutschland empfingen, unterstützte dies Element, ohne es zu beeinträchtigen. Die Verbindung Sachsens unter seinen zu dem Katholicismus übergetretenen Fürsten mit Polen war bereits vorübergegangen; und wenn die Dynastie ihr Bekenntniß mit Eifer festhielt, so hatte das doch nur eine auf die nächsten Kreise beschränkte Rückwirkung, in einem Falle sogar eine sehr günstige; die protestantische Gesinnung, der kirchliche Zustand des Landes blieb um so mehr in voller freier Entwickelung.

Wer weiß nicht, welchen Einfluß einst der Hader der Gelehrten und der Widerstreit der Höfe auf die definitive Feststellung des lutherischen Systems ausgeübt hat. Diese war aber doch in einer Weise zu Stande gekommen, in welcher sie das religiöse Gemeingefühl befriedigte, und erwies sich in den Tagen der Gefahr als eines der wirksamsten Momente des Widerstandes, zumal in jener Zeit, als das gesammte protestantische Deutschland von der Ueberfluthung des restaurirten Katholicismus bedroht wurde. Das strenge Lutherthum war das Panier, um welches sich die Städte dem kaiserlich-ligistischen Kriegsheer gegenüber schaarten und den Umschlag der Dinge möglich machten, durch welchen alles wieder in die Bahnen des Jahrhunderts der Reformation zurückkehrte. Man begreift es, wenn sich in dieser Epoche dem Wesen des Bekenntnisses

manches beigesellt hatte, was den vorübergehenden Stimmungen angehörte und Mangelhaftigkeit der Bildung bekundete; auch so aber hatte das aufgestellte System einen innern Zusammenhang und eine zugleich die Seele ergreifende Tiefe, welche die Standhaftigkeit erklärt, mit der es festgehalten wurde.

Allein in dem Fortgang der Zeiten, in dem Maße, daß die Gefahr verschwand, erweiterten und erhoben sich die Gesichtspunkte — wie es nicht anders sein konnte, unter stetem Kampf. Die lutherische Kirchengemeinschaft hat immer den Ruhm, daß sie zugleich ein Element der Fortbildung in sich schloß, welche das System auflöste, ohne den Kern desselben zu zersetzen.

Aus ihrer Mitte entsprang, und zwar durch offenbarungsgläubige und ächte Gelehrte, die Theorie der grammatischen Interpretation der Texte der heiligen Schrift ohne Rücksicht auf die daraus abgeleiteten Systeme, sowie die kritische Untersuchung des Kanon: Richtungen, die sich eigentlich von selbst verstehen, aber eine unermeßliche Tragweite jenseit aller zur Geltung im Staate gelangten religiösen Doctrinen haben. Auf dem einmal eröffneten Kampfplatz erschien nun die allgemeine theologische Kritik, welche zunächst als ein Angriff auf die bestehenden kirchlichen Zustände auftrat, aber in dem Manne, der ihn vornehmlich führte, an den übernatürlichen Mächten festhielt, von denen alle Religion stammt. Man möchte sagen, beide waren nothwendig, Götze und Lessing; der Widerstand des Alten und die kühne geistesgewaltige Neuerung, sie waren selbst nicht im absoluten Widerstreit.

Auf der Grundlage der lutherischen Theologie und Gelehrsamkeit erhob sich ein Streben von unendlicher Lebensfülle: in ihrem Schooße organisirte sich der Streit, ohne daß man den Untergang des Princips zu fürchten brauchte. Das streng confessionelle Moment trat zurück: die freie Forschung, die doch niemals ihren Ausgangspunkt und ihr Ziel aus den Augen verlor, trug die Keime einer universalen Verständigung in sich, für welche die religiöse Mystik in reinster Gestalt selbst Bedürfniß war.

Denn mit jenen Wortführern der Negation, besonders in Frankreich, welche das geistige Selbst in Frage stellten oder verneinten und damit nicht allein die weit verbreitete Literatur erfüllten, sondern auch in der höhern Gesellschaft Eingang fanden, darf man die Bestrebungen der ehrlichen deutschen Gelehrten, die nur in ihren Büchern lebten, in ihrer Zurückgezogenheit dem Geistig-realen

nachforschten, obgleich das zuweilen anlautet, nicht verwechseln, noch gleichstellen.

Der Bewegung in der protestantischen Welt in Deutschland kam eine entsprechende in der katholischen entgegen. Noch einmal hatte hier der jansenistisch-katholische Streit eine allgemeine Wirkung. Denn nachdem die Jesuiten, welchen die Voraussetzung der päpstlichen Unfehlbarkeit zu Hülfe kam, und die sich nun wiederum als deren eifrigste Vorkämpfer einstellten, gestürzt worden, mußten sich wohl die ihnen entgegengesetzten Doctrinen mit erneuerter Kraft wieder regen. War denn die römische Kirche wahrhaft apostolisch, und zu ihren dogmatischen Entscheidungen, zu ihrer universalen Herrschaft berechtigt? War der Papst infallibel? Gehörte ihm das Primat durch göttliches Recht, oder nicht? Eben die letzte Frage wurde in Deutschland vielfach erwogen. Man kam, auch unter den deutschen Katholiken, auf den obersten Grundsatz zurück, daß nur der göttliche und ewige Stifter der Religion als das Oberhaupt der Kirche betrachtet werden dürfe. Indem man dann die Gleichberechtigung der Apostel und das ursprüngliche Recht der Bischöfe behauptete — denn nur in deren Gemeinschaft stelle sich die Kirche dar — meinte man der nationalen Selbständigkeit auch in der Kirche eine gewisse Berechtigung zu vindiciren. Die Jesuiten hatten nur immer die Idee der Allgemeinheit der römischen Kirche und der Allgewalt des Papstthums verfochten, und das tridentinische Dogma, das unter ihrer Mitwirkung zu Stande gekommen, in ihrem Sinne weiter zu entwickeln gesucht. Ihr syllogistisch-scholastisches System, durchzogen von Feindseligkeit gegen den Protestantismus, dem sie überlegen zu sein meinten, gewann um so mehr die Herrschaft, da sie sich der Erziehung bemeistert hatten und dieselbe mehr nach ihren allgemeinen Zwecken, als nach den Bedürfnissen ihrer Zöglinge und selbst der verschiedenen Landschaften leiteten. Gerade an diesem Punkt aber setzte sich ihnen ein nachhaltiger Widerstand entgegen, der aus der Verfassung des Reiches und seiner Geschichte entsprang. Die deutschen Bischöfe, zugleich Fürsten ausgedehnter Landschaften und Mitglieder des Reiches, fanden es rathsam und selbst nothwendig, für eine von den Beschränktheiten dieser Lehrer unabhängige Unterweisung zu sorgen. Denn nur schlecht bestanden die Jesuitenschüler in den Reichsgeschäften und selbst auf den Kreistagen neben den Zöglingen der protestantische Universitäten, unter denen die eine und die andre eine sehr entschieden auf die öffentlichen Angelegenheiten gewendete Richtung nahm. Sehr zu ihrem Nachtheil schlossen die

Jesuiten die historischen Lehrbücher der Reichsgeschichte, in denen sie Lutherthum witterten, von ihren Lehranstalten aus. Wie war eine Reichsgeschichte und auch nur ein ungefähres Verständniß der Reichsgeschäfte möglich, so lange man Heinrich IV. und V., Friedrich den Rothbart und Ludwig den Baiern als abominable Abenteurer, fast als Ketzer, so gut wie die Protestanten selbst bezeichnete. Es folgte, daß junge Leute, die sich dem höhern Staatsdienst widmen wollten, die protestantischen Universitäten besuchten, und von dem Formalen und Materialen des Unterrichts, wie man ihn in allen Zweigen dort ertheilte, eine Vorstellung zurückbrachten, bei welcher die jesuitische Methode als Barbarei erschien. In diesem Gegensatz der Schulen liegt, wie einst im ersten Drittheil des sechzehnten, so in der zweiten Hälfte des achtzehnten Jahrhunderts eines der wichtigsten Momente für die Geschichte der Nation. Daß die Wissenschaft deutsch redete und die Bedürfnisse des Lebens traf, hatte eine für die Scholastik der Jesuiten auflösende Rückwirkung; die katholisch-deutsche Welt wurde mit einer Art von Naturnothwendigkeit in die nationalere Bahn des Protestantismus herübergezogen. Wenn man innerhalb desselben, ohne die Confession fallen zu lassen, doch ihre exclusive und allgemeine Gültigkeit auf sich beruhen ließ, so konnte man auch katholischer Seits, ohne sich in dem eigenen religiösen Bekenntniß beirrt zu fühlen, der Wissenschaft, wie sie auf den protestantischen Universitäten gelehrt ward, Raum geben und an ihrer Fortbildung mit arbeiten. In Deutschland waren die Jesuiten schon gestürzt, ehe sie noch aufgehoben wurden [1]. Auf ihren Lehrstühlen folgten nicht die Anhänger der negativen Philosophenschule wie in Frankreich, sondern die deutschgesinnten Vorfechter gemäßigter, noch positiv katholischer Doctrinen. Da hat sich denn die großartigste Entwickelung vollzogen.

Es würde weit über die Gesichtskreise hinausreichen, welche hier die vorherrschenden bleiben müssen, und in eine denselben fremde Region führen, wollten wir die großen Erscheinungen der deutschen Literatur näher charakterisiren. Da das religiöse System nicht mehr befriedigte, so ergriff man mit um so größerm Eifer die philosophischen Probleme. Den negativen und materialistischen Doctrinen der Franzosen gegenüber hielt man in Deutschland unter diesen Umständen das Geistig-positive, eine kritisch bestimmte Erkenntnißlehre, und die Selbständigkeit des moralischen Gebotes,

1) Vgl. Schwab: Franz Berg. S. 21.

welches die Weltordnung gleichsam offenbart, mit unerschütterter Ueberzeugung fest: durch eine Anstrengung des menschlichen Scharfsinnes, die sich dem Höchsten beigesellt, was die philosophische Forschung überhaupt geleistet hat, ward es in den deutschen Schulen erst recht über allen Zweifel erhoben und befestigt. Mit dem theologischen Dogma traf die neue Ansicht nun freilich nicht zusammen; aber sie stand ihm doch nicht im unbedingten Widerspruch entgegen; sie hat vielmehr eine innere Uebereinstimmung damit bewährt: die neue Philosophie konnte an den protestantischen Universitäten gelehrt werden, ohne deren alte Grundlagen zu zersprengen, und selbst auf den katholischen Eingang finden. Nun versteht es sich, daß sich Deutschland nicht abschloß: auch mannichfaltige andere Elemente wirkten auf die Bildung der allgemeinen Ueberzeugung ein, die beide Theile verbanden: von Frankreich her besonders die Schriften Rousseau's, dessen Sinnesweise ja selbst aus protestantischen und gottesbewußten Anschauungen hervorgegangen, sein Enthusiasmus für die Natur und der Schwung seines Ausdrucks. Aus den bestaubten Bücherschränken wurden die Werke Spinoza's hervorgezogen, dessen tiefe und consequente Lehrmeinungen zur Zeit manchem der edelsten Geister als die Lösung des großen Räthsels der Welt erschienen, aber dann doch von Keinem systematisch festgehalten wurden. Alles war Fermentation und Studium, Suchen und momentanes Ergreifen; der wilde Drang ward doch wieder von Besonnenheit gebändigt. Die Tiefen der menschlichen Natur erschlossen sich der unmittelbaren Anschauung eines großen Poeten; ein anderer entwickelte einen unwiderstehlichen Zauber der Sprache, mit dem er die Nation zu seinem philosophisch-moralischen Schwung fortriß. Alle Hervorbringungen der frühern Jahrhunderte und der fremden Literaturen, der naturwüchsigen so wie der classisch gebildeten, wurden der Nation in glücklichen Uebersetzungen mitgetheilt und in ihren Besitz verwandelt, der die verschiedenen Stämme und die beiden Confessionen vereinigte. Wenn sich wohl auf beiden Seiten die Skepsis bis zur Gottesleugnung überhob und zugleich verflachte, so boten sich Andere wieder in theosophischen Anschauungen die Hand. Der Abt von Einsiedel und ein gläubiger Prediger von Zürich betrachteten sich, jeder fest in seinem Bekenntnisse, doch als Einverstandene. Der Widerstreit der einander bekämpfenden Meinungen bildete neue Zusammengehörigkeiten der Sinnesweise. Aber auch außerhalb derselben erlebte man wohl, daß ein katholischer

Domherr in Breslau für den Volksunterricht von einem protestantischen Canonicus in Halberstadt Rath und Beispiel nahm.

Auch ein Historiker von eminenter Bedeutung repräsentirt den Sinn dieser Zeit. In dem Gegensatz zwischen Kaiser und Papst nahm ein Protestant, ein Schweizer, der aber in seinem eigenen Vaterlande keine Stätte der Wirksamkeit fand und als deutscher Professor lebte, Partei für den Papst. Sonst redeten, ebenfalls gern und auf beiden Seiten gehört, mannichfache Stimmen der weltlichen Gewalt und selbst der überhandnehmenden Alleinherrschaft des Staates als solchen das Wort. Aber um der deutschen und der europäischen Welt gerecht zu werden, war auch eine Vertiefung in die Jahrhunderte des Mittelalters nothwendig. Die Liebe zum Vaterlande vereinigt sich in Johannes Müller mit dieser idealen Tendenz. Er bewundert die Alten und ahmt sie nach. Leider gebricht es ihm an historischer Kritik; aber er besitzt Mitgefühl für die Zeiten, die er schildert, einen Ausdruck, der, wiewohl nicht frei von Manier, doch überall den Leser über das Gemeine erhebt; er schreibt in fortwährender Beziehung auf die höchsten Aufgaben der Menschheit: — hätte er nur auch in seinem Leben stets daran festgehalten.

Auf den Confinien der Religion und der Philosophie, über die ein jeder mit sich selbst ins Reine zu kommen suchte, inmitten ihrer Conflicte und Widersprüche; in dem Gegensatz der antiken Form, die man als das Ideal erkannte, mit dem modernen Leben, und dem Versuche, das eine mit dem andern zu vereinigen; in lebendiger Production in allen Zweigen, dem schon gewonnenen Grade der Bildung gemäß, schwunghaft und doch populär, entwickelte sich die Literatur, welche die spätere Zeit die classische genannt hat. Ihr Inhalt und die Ideale, die sie aufstellte, haben vor allem Andern dazu beigetragen, das Gesammtbewußtsein der Deutschen, ein gemeinsames geistiges Leben zu bilden, so daß sie später fähig geworden sind, in die größten Weltbegebenheiten mit nationaler Kraft selbständig einzugreifen.

Und gleich damals traten neue Verwickelungen ein, in denen man ihre Mitwirkung nicht entbehren konnte.

Siebentes Capitel.

Allianz zwischen Oesterreich und Rußland.

Zwei große Weltverhältnisse erfüllten in jenen Jahren alle Geister mit lebendiger Theilnahme: der amerikanische Krieg — nicht allein wegen des Unternehmens der Emancipation selbständig gewordener Colonien von dem Mutterland, aus dem er entsprungen war, sondern auch wegen der Entscheidung über das Uebergewicht zur See, die aus dem Kampfe hervorgehen mußte, — und sodann die orientalische Frage, die, wiewohl durch den Frieden und die Conventionen, die ihn befestigten, vor der Hand geschlichtet, doch durch den Inhalt derselben und den Gegensatz der Bevölkerungen in immer neue Anregung gebracht wurde.

Weder an dem einen, noch an dem andern politischen Problem hatten eigentlich die deutschen Mächte Antheil; wir wissen aber, wie unendlich nahe ihnen das zweite lag. Denn dadurch wurde das Verhältniß jeder von ihnen zu Rußland bestimmt, welches seinerseits zugleich mit dem vollen Ehrgeiz der Regierung und dem nationalen Impuls der Unterthanen in die orientalischen Verhältnisse eingriff.

Mehr als einmal, schon zur Zeit der heiligen Liga im 17. Jahrhundert und gegen Ende der Regierung Karls VI., waren Oesterreich und Rußland in der osmanischen Frage Alliirte gewesen; ihre Allianz von 1746, welche die größten europäischen Verwickelungen nach sich zog, beruhte wesentlich auf diesem Verhältniß; man hat dabei einen gemeinschaftlichen Krieg gegen die Osmanen in Aussicht genommen; die beiden Kaiserinnen, Maria Theresia und Elisabeth, wurden von dem russischen Volke als Schwestern betrachtet. Anders war es unter Katharina II. geworden, die vielmehr mit Preußen in Verbindung stand und ihren letzten Krieg im Gegensatz mit Oesterreich ausgefochten hatte.

Wir sahen oben, wie sehr das auf die Theilnahme Rußlands an den deutschen Angelegenheiten einwirkte. In dem baierischen

Erbfolgekrieg war die Erklärung Rußlands entscheidend geworden. Einer Verbindung russischer und preußischer Feindseligkeit fühlte sich Oesterreich, Angesichts eines von allen Seiten offenen Grenzgebiets, nicht gewachsen.

Ein allgemeines Erstaunen ergriff die Welt, als man vernahm, daß nach einem durch die russische Demonstration dem Hause Oesterreich gleichsam aufgezwungenen nachtheiligen Frieden Kaiser Joseph mit der Kaiserin, welche die ihr neuzugefallenen altpolnischen Gebiete besuchte, eben bei dieser Gelegenheit eine Zusammenkunft halten wollte.

Für die damalige Diplomatie ist es zweifelhaft geblieben, ob der Gedanke dazu in Rußland oder in Oesterreich entsprungen war. Nachdem die originalen Correspondenzen großentheils bekannt geworden sind, kann kein Zweifel darüber obwalten. Noch lebte Maria Theresia: in ihrem Namen hat Kaunitz dem russischen Gesandten im Januar 1780 den Antrag gemacht; der Kaiser hat ihn den andern Tag fast mit denselben Worten wiederholt [1]). Die Kaiserin Katharina gab eine freudige Ueberraschung kund, als ihr die Mittheilung gemacht wurde. Wie hätte es ihr nicht schmeicheln sollen, daß der römische Kaiser, der als der vornehmste aller Monarchen betrachtet wurde, ein junger Mann, dem die Zukunft von Oesterreich gehörte, sich anschickte ihr seine Huldigung darzubringen.

In den russischen Zuständen gab es ein Moment, das dem Sinne des Antrags entgegenkam.

Zwischen dem altbewährten Minister Panin, der die preußische Allianz in St. Petersburg vertrat, und dem persönlichen Günstling und Vertrauten der Kaiserin, Potemkin, der die orientalischen Tendenzen der russischen Monarchie repräsentirte, fand eine stete Eifersucht statt, die so weit führte, daß ein jeder, der dem Einen befreundet war und nahe trat, von dem Andern als persönlicher Gegner betrachtet wurde.

Potemkin lebte und webte in der Idee der Erweiterung des

1) Aus dem Schreiben Maria Theresias an Mercy vom 3. März 1780 ergiebt sich, daß sie gegen die Reise war, wie sie die Reisen ihres Sohnes überhaupt nicht eben billigte. Der Gedanke der Reise nach Rußland war in Joseph selbst entsprungen. Und wir vernehmen von seiner Mutter, daß er sich im Voraus über das Herzeleid freue, das dieselbe dem Könige von Preußen bereiten werde: il se réjouit d'avance du crève-coeur que le roi de Prusse en éprouvera. Geffroy-Arneth III, 404. (A. d. n. A.)

russischen Reichs bis zum Ausfluß seiner Ströme ins schwarze Meer; er hatte schon den Gedanken einer Ueberwältigung der Osmanen in Europa gefaßt; sein Ehrgeiz, sein Patriotismus und seine religiöse Gesinnung wirkten nach dieser Seite hin zusammen. Sehr wohl kannte er die alten Bündnisse Oesterreichs und Rußlands gegen die Osmanen; er sprach mit Begeisterung von der Aussicht sie zu erneuen. Denn was sei wunderlicher und unverständlicher, als daß sich eine christliche Macht, die mit der russischen natürlich verbunden sei, der Türkei gegen diese annehme?

Für ihn war es zugleich ein Gegenstand des ministeriellen Antagonismus, diese Tendenz zur Geltung zu bringen, im Gegensatz mit dem Grafen Panin, welcher, nachdem auch in der orientalischen Frage mancherlei Widerstreit zwischen Oesterreich und Rußland zu Tage gekommen war, eine anti-österreichische Politik festhielt.

Nun hatte damals König Friedrich, der, wie gezeigt, von der unruhigen Thätigkeit des Kaisers, sobald er die Hände frei habe, erneuerte Feindseligkeiten erwartete, den Gedanken gefaßt, ihm durch ein Bündniß zugleich mit der Türkei und mit Rußland, auf dessen Freundschaft und Unterstützung er zu rechnen fortfuhr, unübersteigliche Schranken zu ziehen. Es erhellt nicht mit Bestimmtheit, in wie fern die Mittheilungen über die hiemit übereinstimmenden Absichten des damaligen Reis Effendi, die ihm aus Constantinopel, und die, welche ihm aus Paris über die Geneigtheit der Franzosen daran Theil zu nehmen, zugingen, vollkommen begründet waren [1]: auch trägt das nicht viel aus; die Absicht des Königs ist nicht daran, sondern an dem Widerwillen der Kaiserin, sich auf indirecte Weise in ein Vertheidigungsbündniß mit der Türkei einzulassen, gescheitert. Den Vortrag, in welchem Panin diesen Plan zur Sprache brachte und empfahl, beantwortete sie mit einer entschiedenen Verwerfung desselben; dem Minister erschien ihre Abneigung unüberwindlich; sie war es in der That.

Denn ihre Macht beruhte von Anfang an darauf, daß sie sich den Gesinnungen der großen Mehrheit der Nation anschloß, in der die Antipathie gegen die Türkei einen charakteristischen Grundzug bildet.

1) Die angeblichen Anträge sind von den französischen Ministern desavouirt worden. Die im Namen des Reis Effendi dem preußischen Gesandten Gaffron zugegangenen Mittheilungen wurden in Wien als Erfindung eines betrügerischen Dragoman, dem Gaffron vertraue, bezeichnet.

Die politischen Beziehungen, welche die Welt zu beherrschen meinen, werden allenthalben durch Kräfte beschränkt und durchsetzt, die von denselben unabhängig sind. Ihre Einwirkung mußte jetzt König Friedrich in seiner russischen Politik erfahren.

Katharina II. begriff die Rolle, die ihr als Kaiserin von Rußland zugefallen war, und ihren obersten Beruf, den Tendenzen nationaler Machtentwickelung nach allen Seiten hin gerecht zu werden. Nachdem sie an dem Wiener Hofe die Hindernisse, die er ihren orientalischen Unternehmungen entgegengesetzt, empfindlich genug gerächt hatte, schien es ihr rathsam, den Annäherungen desselben, die ihr sehr nützlich werden konnten, auch wieder entgegenzukommen.

Für Oesterreich war es an sich geboten, eine Combination, wie sie König Friedrich vorhatte, nicht zu Stande kommen zu lassen: aber noch näher und dringender erschien es, der Verbindung der Kaiserin von Rußland mit dem König von Preußen durch eigene Annäherung an dieselbe ein Gegengewicht zu schaffen. Dahin hauptsächlich war das Augenmerk des Wiener Hofes gerichtet. Als den vornehmsten Zweck der Zusammenkunft des Kaisers mit der Kaiserin bezeichnet Fürst Kaunitz in einer Denkschrift, die er darüber verfaßt hat, die Anbahnung eines vertrauten Einverständnisses zwischen den beiden Höfen, welches nicht anders als dem einen wie dem andern zum größten Vortheil gereichen könne [1]). Man müsse der Kaiserin Katharina versichern, daß man mit keiner Feindseligkeit gegen den König von Preußen umgehe, sofern sein Verhalten nicht dazu nöthige, und ferner, daß man aber ebenso wenig an die Beförderung eines mit Oesterreich dynastisch verbundenen Fürsten auf den polnischen Thron denke. Denn sollten die Anträge nicht auf den ersten Blick auf unüberwindliche Schwierigkeiten stoßen, so durften die vertragsmäßigen Verhältnisse, in denen sich das russische Reich befand, nicht verletzt werden. Vor allem wurde die feindselige Absicht, die man in Berlin bei dem kaiserlichen Hofe voraussetzte, auf das nachdrücklichste abgelehnt, zwar nicht ohne gereizte Erörterungen, denn alle von Friedrich II. dem Hause Oesterreich zugefügte Unbill wurde auf das gehässigste recapitulirt, aber doch mit Gründen, die ihre unleugbare Wahrheit hatten: dem einen, daß Preußen wenigstens eben

1) „qu'il serait très désirable pour l'intérêt réciproque de l'empire de Russie et de la monarchie Autrichienne qu'il pût s'établir entre les deux cours une amitié sincère et une bonne intelligence confidentielle et réciproque." Kaunitz, Réflexions sur l'entrevue prochaine; im Staatsarchiv zu Wien.

so viel Mittel zur Vertheidigung besitze, wie Oesterreich zum Angriff, und dem andern, daß es für Rußland selbst und vielleicht auch für andere Mächte in ihrem Interesse liege, die preußische Macht zu erhalten: Oesterreich müsse blind sein, um das nicht zu sehen. Die Eventualität, daß von den beiden Mächten die eine oder die andere wieder zu einem Angriff schreiten könne, wurde in dem Augenblick, wo sie sich das Gleichgewicht hielten, überhaupt nicht als bevorstehend ins Auge gefaßt. Nur von dem allgemeinen politischen Verhältniß war die Rede, in welchem sie zu ihren Nachbarn standen. In dem letzten Zusammentreffen war Oesterreich von seinem vornehmsten Verbündeten, Frankreich, verlassen, Preußen von dem seinen, Rußland, unterstützt worden; dadurch hauptsächlich hatte die Politik Friedrichs die Oberhand gewonnen; eben darauf war es bei dem neuen Vorgehen abgesehen, diesem Verhältniß die gegen Oesterreich gerichtete Spitze abzubrechen, und der russischen Regierung die gegenseitige Gemeinschaft in den großen Interessen wieder ins Bewußtsein zu rufen.

Die erste aller Fragen war dann aber doch, wie sich Oesterreich zu den auf das osmanische Reich bezüglichen Absichten und Entwürfen stellen wollte. Fürst Kaunitz spricht die Meinung aus, man dürfe den Russen nicht alle Hoffnung entreißen, daß man österreichischer Seits auf dieselben eingehen werde, — und wie wäre zu denken gewesen, daß man ohne dies Potemkin, auf dessen Einfluß die ganze Unterhandlung gegründet werden mußte, hätte gewinnen können? — aber er meint doch, noch mehr komme es auf ein gegenseitiges Einvernehmen über alle andern Verhältnisse und eine durchgehende Reciprocität beider Mächte an. Die damals zwischen Rußland und der Pforte obwaltenden Differenzen hoffte er noch durch friedliche Dazwischenkunft zu heben. Mit größerer Entschiedenheit äußert sich Kaiser Joseph in einem Gutachten auf das der Staatskanzlei. Dem von dem frühern Verhalten Oesterreichs in der türkischen Angelegenheit herrührenden Mißtrauen gegen seine Gesinnungen denkt er durch die Vorstellung zu begegnen, daß der Wiener Hof die Vergrößerung Rußlands unmöglich habe begünstigen können, so lange es mit dem gefährlichsten Nachbar Oesterreichs eng verbunden war: die Kaiserin müsse gesehen haben, daß das Verhalten nicht in einem principiellen Gegensatze gegen die Interessen von Rußland, sondern nur in dessen accidenteller Eigenschaft als preußischen Verbündeten seinen Grund gehabt habe. Und da traten nun jene über das Verhältniß zu Preußen noch weit hinausreichen-

den Ideen einer Vergrößerung des österreichischen Staatsgebietes in den Vordergrund. Joseph bezweifelte nicht, daß der Plan, das osmanische Reich umzustürzen, von Potemkin gefaßt und von der Kaiserin genehmigt sei, und schloß daraus, daß bei den ungeheuren Hindernissen, die sich dem entgegenstellen würden, für Rußland nichts erwünschter sein könne, als ein intimes Verhältniß mit Oesterreich; er erörtert sogleich die Bedingungen eines solchen. Er verlangt Gleichheit der für den Zweck anzuwendenden Mittel, aber eben so sehr auch Gleichheit der aus der Anwendung derselben zu erwartenden Vortheile. Er faßt schon den Fall ins Auge, daß Rußland zwar in Bezug auf die europäischen Provinzen in eine Theilung willigen, aber die asiatischen für sich allein zu behalten beabsichtige, was dann nicht angenommen werden könne. Vor allem, meint er, müsse man darüber und über die Pläne des Fürsten Potemkin nähere Eröffnungen erwarten.

Es leuchtet ein: der Ehrgeiz des Kaisers bewegte sich mit hoffnungsvollem Eifer in dieser Richtung; da der amerikanische Krieg die beiden westlichen Mächte nicht allein vollkommen beschäftigte, sondern ihnen auch die Pflicht aufnöthigte, mit den beiden Kaiserhöfen möglichst gut zu stehen, so war von keiner Seite ein ernstlicher Widerspruch zu fürchten, ausgenommen von Preußen.

Wäre es nicht rathsam gewesen, den König Friedrich sofort in das Geheimniß der Entwürfe zu ziehen? Joseph fürchtete seine Einwirkung auf dieselbe, die nicht anders als ungünstig für Oesterreich ausfallen könne. Seine Meinung war, den König erst so spät wie möglich und gewiß nicht früher zuzuziehen, als bis Rußland und Oesterreich über alles und jedes fest und unverbrüchlich einverstanden seien. Dann allerdings möge auch er zur Theilnahme an dem Kriege herbeigezogen werden: aber er müsse für die beiden Kaiserhöfe gleichsam nur die Schildwacht bilden. Dafür werde er hinreichend belohnt sein, wenn er ein mäßiges Stück von Polen, für welches die Republik aus den türkischen Spolien leicht entschädigt werden konnte, davontrage [1]).

1) Die Worte sind: „daß mehr erwähnter König (von Preußen) den beiden Höfen lediglich keine Hindernisse in den Weg zu legen und in Absicht auf andere Mächte gleichsam nur die Schildwacht zu machen hätte, und für diesen Dienst hinlänglich belohnt sein würde, wenn ihm ein solches mäßiges Stück von Polen zu Theil würde, welches der Republik nach dem Depouillement der Pforte nach einer andern Seite füglich ersetzt werden könnte.“ Aus dem Aufsatz, den Kaiser Joseph den Reflexions und einem

Wenn menschliche Unternehmungen noch in der Ferne stehen, zeigen sich die Verhältnisse, auf die es dabei ankommen wird, immer in reineren und deutlicheren Umrissen, als in dem Gewirr, welches ihre Ausführung herbeizuführen pflegt. Die Idee, die dem weitgreifenden Unternehmungsgeist des Kaisers selbst entstammte, war nicht eigentlich feindselig gegen Preußen, aber nur eine sehr untergeordnete Theilnahme war dieser Macht bestimmt. Die eventuelle Vergrößerung in Polen, die man ihr zudachte, kam einer Abfindung gleich.

Fürst Kaunitz, dem die Bemerkungen des Kaisers mitgetheilt wurden, fand sie, wiewohl sie über das, was er gesagt hatte, weit hinausgingen, mit seinen Principien übereinstimmend; er gab nur noch einige Rathschläge über das bei den Eröffnungen einzuhaltende Verfahren.

Man hat oft gemeint, Joseph habe sich von der russischen Kaiserin zu ihren Absichten fortreißen lassen; aus den Actenstücken erhellt jedoch, alles war vorgesehen und berathen. In dem damaligen Moment schien sogar die Reise des Kaisers so sehr im österreichischen Interesse zu liegen, daß man in Petersburg gesagt hat, er denke den Russen eine Falle zu legen. Der Großfürst Paul hat das einmal gegen seine Mutter selbst geäußert. Sie empfand es als eine Art von Beleidigung, daß man für möglich hielt, sie werde sich täuschen lassen. Wie sie zu lächeln pflegte, wenn einer ihrer hohen Staatsbeamten in Verwirrung gerieth, sobald sie seine Gegner zu begünstigen schien, während sie in der That dieselben nur im Gleichgewicht zu halten meinte, so verhielt sie sich auch in Beziehung auf die beiden Mächte, deren sie sich nach ihrem Vortheil und zu ihrer Glorie zu bedienen dachte.

Die beabsichtigte Zusammenkunft fand am Anfang Juni 1780 in Mohilew statt. Der Graf von Falckenstein — denn unter diesem Namen reiste Joseph — war Tag und Nacht gefahren, um noch vor der Kaiserin einzutreffen. Er wartete in den für sie vorbereiteten Gemächern, bis sie aus der griechischen Kirche, wohin sie sich immer zuerst begab, zurückkam. In den Gesprächen, die nun angeknüpft wurden und sich über alle Dinge der Welt und des

Depeschenauszug hinzufügte. Ausdrücken, wie „des Kaisers Majestät", und ähnlichen zum Trotz erhellt doch aus dem folgenden Vortrag des Staatskanzlers (12. Mai), daß die Bemerkungen von Kaiser Joseph II. selbst stammen.

Lebens erstreckten, — die beiden Herrscher schienen Gefallen an einander zu finden — nahm Joseph wohl auch einmal Gelegenheit, der ungegründeten Gerüchte zu gedenken, die der König von Preußen über ihn ausbreite. Die Kaiserin erwiederte, sie gebe wenig darauf; denn der König lebe sehr einsam in seinem Sanssouci und werde schlecht unterrichtet. Mit einer geschickten Wendung wußte sie aber dann selbst die Frage in Anregung zu bringen, an der auch ihr am meisten gelegen war. Sie erwähnte der Rechte, die der römische Kaiser — so nannte sie Joseph — auf Rom besitze. Er antwortete, dabei seien zu viele Mächte interessirt, als daß er sie würde durchsetzen können: eher dürfte es ihr gelingen, ihr Rom, d. h. Constantinopel zu erobern. Die Kaiserin brach ab; sie entschuldigte selbst ihre Frage und versicherte nur, sie denke an keine Eroberungen.

Es war eigentlich gegen den ursprünglich in Wien gefaßten Plan, daß ihr der Kaiser nach Petersburg folgte; aber er hielt es für rathsam, den ganzen Hof kennen zu lernen und besonders mit Potemkin ein näheres Verhältniß anzuknüpfen.

Joseph überzeugte sich, daß die Kaiserin keine Bitterkeit mehr gegen Oesterreich nähre, daß sie Oesterreich auf gleichem Fuß mit Preußen zu behandeln gedenke, ohne jedoch sich mit dem König überwerfen zu wollen. Er bemerkte, daß sie in ihrer Seele in der That mit der Errichtung eines orientalischen Reiches beschäftigt war. Sie erklärte es für eine Unüberlegtheit, deren sich Friedrich, so alt er auch sei, noch immer schuldig mache, wenn er meine, daß sie sich jemals mit den Türken vereinigen könne: das werde niemals geschehen: doch wolle sie dieselben nicht angreifen, sondern erwarten, daß sie angegriffen werde. Wenn sie dann dem Kaiser aufs neue von Rom als von seiner Hauptstadt sprach, wo er sich unsterblich machen könne, so vermied Joseph darauf einzugehen. Die leiseste Andeutung dieses Gedankens würde ihn mit dem Hause Bourbon in offene Entzweiung gebracht haben.

Mit alle dem war man noch nicht über die Grenzen allgemeiner Conversation hinweggekommen: als endlich — es war am 1. Juli 1780 — Potemkin dem österreichischen Gesandten Cobentzl mit Bestimmtheit sagte, daß die Zeit ihm gekommen scheine, das alte intime Verhältniß zwischen den beiden Höfen herzustellen. Darauf antwortete dieser nach der Instruction von Kaunitz, daß man vor allem eine Garantie der beiderseitigen Besitzungen festsetzen müsse, — und zwar, wie der Kaiser ihn angewiesen hatte, gleich als komme

der Gedanke von ihm, dem Gesandten: das sei das Unverfänglichste und hindere nicht, daß von russischer Seite dasselbe auch gegen Preußen geschehe [1]). Potemkin sprach mit der Kaiserin darüber; nach dessen Bericht ist sie sogleich mit ihren eigensten Gedanken hervorgetreten. Sie fragte, ob auch die künftigen Besitzungen, d. h. die Eroberungen, die sie noch machen würden, in der Garantie begriffen sein sollten. Wie so? — fragt man auf den ersten Blick, — wollte man sich etwa zu einer gewaltsamen Umgestaltung von Europa vereinigen? Potemkin fügte sogleich die überaus umfassende Beschränkung hinzu, daß die Eroberungen von Oesterreich sich weder auf Deutschland noch auf Polen erstrecken dürften. Denn der Sinn der Kaiserin konnte nicht sein, die Stellung, welche sie bereits gewonnen hatte, erschüttern zu lassen, wenn sie zu einer neuen Unternehmung schritt. Potemkin sagte, vorläufig würde schon hinreichen, wenn der Kaiser nur versprechen wolle, sich nicht mit den Türken gegen Rußland zu verbinden. Der Kaiser war nicht abgeneigt, diese Verpflichtung wenigstens persönlich und mündlich einzugehen; aber er verlangte die Zusage der Kaiserin, an keinem Angriffskriege gegen Oesterreich fortan Theil zu nehmen [2]): eben ein solcher war ja der bairische Erbfolgekrieg gewesen. Und für Deutschland wollte er sich überhaupt nicht vollkommen die Hände binden lassen; er meinte, in Bezug auf den Anfall der fränkischen Fürstenthümer müsse man an dem Wortlaut des Teschener Friedens festhalten und keinen Austausch — wie denn damals von einem solchen mit einer sächsischen Provinz viel die Rede war — zulassen: denn allzu heftig sei die Feindseligkeit des Königs gegen Oesterreich, als daß dieses einwilligen könne, ihn in irgend einer Weise zu verstärken [3]). Jene wünschte die thätige Hülfe Oesterreichs zu einem Krieg gegen die Osmanen; dieser einen günstigen Einfluß Rußlands in den deutschen Angelegenheiten.

Man erkennt die Natur der gegenseitigen Eröffnungen, zwischen

1) Joseph an Maria Theresia, d. d. Petersburg, 4. Juli 1780. Arneth a. a. O. III, 270.

2) Si S. M. me parle, je lui répondrai de l'assurance de ne vouloir plus m'unir aux Turcs contre elle, à charge de la garantie par laquelle elle ne pourra plus prendre part à toute guerre qui serait offensive contre nous, et avec l'entière réciprocité de notre côté. Joseph an Maria Theresia, d. d. Petersburg, 12. Juli 1780. Arneth a. a. O. III, 279.

3) Joseph an Maria Theresia 18. Juli 1780. Arneth a. a. O. III, 285.

denen jedoch noch ein weiter Abstand war. Die Kaiserin behielt immer die Türkei im Auge; der Kaiser dagegen Deutschland, vor allem den König von Preußen. Auf eine Unterhandlung, die zu bindenden Verpflichtungen hätte führen können, einzugehen, vermied Kaiser Joseph, so nahe ihm dies auch Katharina legte; er hielt selbst den Gesandten, der Feuer und Flamme für die neue Allianz war, zurück: er meinte, das Geschäft müsse durch die Ministerien besorgt werden. Noch war nichts festgesetzt oder vereinbart, als der Kaiser Rußland wieder verließ: aber seine Anwesenheit hatte doch einen großen Erfolg; ein persönliches Verhältniß war angebahnt und eingeleitet, welches eine Veränderung in den allgemeinen Beziehungen der Mächte ankündigte.

Wie sehr davon auch Preußen betroffen wurde, zeigte sich sogleich, als unmittelbar nach dem Kaiser auch der Prinz von Preußen am russischen Hofe erschien. Darauf ist nicht viel zu geben, daß er persönlich der Kaiserin keinen vortheilhaften Eindruck gemacht habe. Man weiß doch, daß sie sich auch über den Kaiser nicht allezeit sehr günstig aussprach: sie schrieb auch ihm Unüberlegtheiten zu und selbst Leichtsinn; sie beklagte sich über seine Geschwätzigkeit. So sehr sie eine Frau war, so waren ihr doch die persönlichen Eigenschaften, die ein jeder entwickelte, die Nebensache. Gewiß war ihr der Kaiser mit seiner ausgebreiteten Kenntniß der Welt und seiner leichten Unterhaltung angenehmer als der Prinz, der den Gesichtskreis von Potsdam repräsentirte; aber die Hauptsache ist: dieser kam eben zur unrechten Zeit: Görz hätte dem Rathe Panin's, der, durch und durch ein Freund von Preußen, die Sache widerrieth, folgen und davon abstehen sollen. Wenn die Absicht des Königs und des Prinzen dahin ging, das Bündniß zwischen Preußen und Rußland, das in Kurzem ablief, wieder zu erneuern, so mochte sich die Kaiserin in dem damaligen Augenblick dazu nicht herbeilassen; sie erwies dem Prinzen weniger Aufmerksamkeit, als er erwartete. Diesem mußte es genügen, eine persönliche Verbindung mit dem Großfürsten Paul anzuknüpfen: er wußte die Freunde von Preußen zu befriedigen und zusammenzuhalten: den Zweck seiner Reise aber konnte er vor allem deshalb nicht erreichen, weil die Kaiserin nun einmal ihren Ehrgeiz auf die Türkei gerichtet hatte, für die Ausführung dieser Pläne aber Oesterreich ihr unendlich viel wichtiger war, als Preußen.

In diesen Verhältnissen brachte der Tod Maria Theresia's keinen Wechsel hervor. Die gegen Rußland eingeschlagene Politik

war die des Staates Oesterreich: Kaunitz, der darin mit dem Kaiser einverstanden war, verdankte ihr zum Theil die Fortdauer seines Ansehens; die persönlichen Beziehungen, in welche Joseph zu Katharina getreten, verstärkten sie nur.

Manche Briefe waren seitdem gewechselt worden, voll von gegenseitigen Schmeicheleien, deren Maßlosigkeit ihnen alle Bedeutung rauben würde, wenn man nicht wüßte, daß beide sich dadurch wirklich geschmeichelt fühlten; Katharina spricht einmal als das Oberhaupt der morgenländischen Kirche von dem Kaiser als dem Haupt der abendländischen. Auch in den ernstlichen Unterhandlungen, bei denen man an die während der Anwesenheit des Kaisers gemachten Eröffnungen anknüpfte, schlägt dieser Ton noch nach. Der Kaiser überläßt der Kaiserin, die Bedingungen selbst anzugeben, unter denen die damals in Vorschlag gekommene gegenseitige Garantie festgesetzt werden solle: Cobentzl sei beauftragt, auf alles einzugehen, was sie für gut halte: denn sie sei unendlich viel klüger als er; der Kaiser kenne die Convenienz eines jeden und wisse zugleich, was Ehre und Anstand erfordern [1]. Entwürfe und Gegenentwürfe wurden ausgetauscht, der letzte russische Entwurf ist dann von Oesterreich angenommen worden. Er enthält die Erneuerung der alten Verträge, namentlich des Bündnisses von 1746, welches einst die großen Gefahren Preußens, die sich in dem siebenjährigen Krieg entluden, herbeigeführt hatte, mit besonderer Beziehung auf die zuletzt zwischen Rußland und der Türkei getroffenen Stipulationen. Oesterreich garantirt den Frieden von Kainardsche und die denselben ergänzenden Stipulationen von 1775 und 1779. Sollte die Pforte sie verletzen, so will Oesterreich seine guten Dienste anwenden, damit sie doch zur Ausführung gebracht werden: und sollte es mit seinen Verwendungen nichts ausrichten, so verspricht es, die Pforte selbst mit bewaffneter Hand dazu zu nöthigen. Dagegen werden Entschädigungen

1) Der zweite Brief Josephs an Katharina vom 1. Jan. 1781 (in der Sammlung dieses Briefwechsels von Arneth) ist in der Hauptsache von Kaunitz verfaßt. Auch die letzten Worte stammen von ihm her. Doch enthält der Entwurf noch einige Worte, die in dem Briefe fehlen und merkwürdig genug sind, namentlich für Kaunitz, um sie hier zu reproduciren. Nach den Worten: V. M. et moi (S. 32 des Druckes) heißt es in dem Entwurf: et que cela contribue infiniment à me donner personellement et à mes Etats tout l'avantage et la considération que j'attache d'avoir quelques liens politiques avec V. M. Imp., qui nous mettent à même de conserver la paix et de nous donner peut-être des avantages réels et au moins de la considération réciproque.

für die hierbei aufzuwendenden Kosten zu Gunsten Oesterreichs in Aussicht gestellt.

Indem man aber unterhandelte, kam die Kaiserin mit einer Prätention hervor, an der alles zu scheitern drohte. Sie forderte in dem Tractat eine völlige Gleichstellung mit dem Kaiser, der, noch immer als das Oberhaupt der gesammten Christenheit angesehen, die alte Prärogative auch damals noch behauptete. Die Russen legten den größten Werth auf diese Gleichstellung, und der Kaiser war nicht abgeneigt, nachzugeben, wenn denn einmal die Verbindung mit Rußland die Grundbedingung der österreichischen Politik werden solle. Er hatte immer den großen Nebenbuhler im Auge und meinte, man würde demselben sonst gewonnenes Spiel geben. Aber Kaunitz war unbedingt dagegen: denn dadurch würde sich das Kaiserthum herabwürdigen, welchen Lärm würde dann erst der König von Preußen erheben. War er aber entschlossen nicht nachzugeben, so meinte er doch dadurch nicht in Nachtheil zu gerathen, sondern im Gegentheil selbst einen Vortheil davon zu ziehen. Es war ihm ganz recht, wenn die Unterhandlung, wie sie jetzt ministeriell stattfand, abgebrochen wurde: denn ohnehin fange man an, in Europa davon zu reden,und es sei nützlich sagen zu können, man habe ihr ein Ende gemacht [1]). Demzufolge brach Graf Cobentzl die Unterhandlung, wie sie officiell gepflogen wurde, geradehin ab: jedermann sollte erfahren, daß das geschehen sei. Aber zugleich wurde die Auskunft getroffen, daß die Stipulationen, über welche man übereingekommen war, in der Form von Privatschreiben des Kaisers an die Kaiserin und der Kaiserin an den Kaiser [2]) ebenso bindend, als sei dies in feierlichen Tractaten geschehen, angenommen werden sollten. So geschah das in der zweiten Hälfte des Mai 1781. In seinem Schreiben vom 21. Mai erneuert der Kaiser das Versprechen, die osmanische Pforte zur Erfüllung der geschlossenen Verträge und Stipulationen, bei denen auch noch der auf Asow bezügliche Grenzvertrag von 1704 erwähnt wird, anzuhalten; sollte die Pforte den Frieden offen brechen und eine Invasion in das russische Gebiet versuchen, so verpflichtet er sich, ihr den Krieg zu erklären

1) Eines der merkwürdigsten Documente der Kaunitzischen Erwägungen und Schreibweise (In dem Staatsarchiv zu Wien.)

2) Die authentische Mittheilung derselben — denn im Allgemeinen kannte man sie schon aus dem sechsten Bande von Herrmanns Russischer Geschichte — bildet ein wichtiges Stück in der von Arneth herausgegebenen Correspondenz des Kaisers und der Kaiserin.

und mit einer gleichen Streitmacht, wie die sei, welche die Kaiserin anwende, eine directe Diversion zu unternehmen; wenn aber dergestalt die Anstrengungen gleich seien, so rechne er nach dem Princip der Reciprocität auch auf eine gleiche Entschädigung. Und noch einen andern Punkt von weiter Aussicht bringt Joseph zur Sprache. Sollte während eines solchen Krieges Rußland durch eine andere Macht angegriffen werden, so verspricht er gemeinschaftliche Sache mit der Kaiserin machen und alle seine Streitkräfte, so viel irgend möglich, dafür aufbieten, auch weder Frieden noch Stillstand ohne sie eingehen zu wollen. Ihrerseits erwiedert nun die Kaiserin diese Zusagen mit den gleichen. Den Frieden von Teschen behält sie vor; übrigens aber verspricht sie, die pragmatische Sanction aufrecht zu halten, und wenn die kaiserlichen Staaten mit einer Invasion bedroht seien, ihnen mit ihren Waffen zu Hülfe zu kommen.

So kam nun doch ein Bündniß zu Stande, welches den Knoten für die Geschicke des nächsten Jahrzehnts geschürzt hat. Gegen die Türkei war es überaus umfassend, obwohl noch eventuell; gegen das übrige Europa hielt es die bestehenden Zustände fest. Preußen war damit nicht unmittelbar bedroht, aber offenbar trat doch die Kaiserin in den allgemeinen Verwickelungen der europäischen Verhältnisse auf die Seite von Oesterreich. Man braucht die mit Ausfällen gegen König Friedrich angefüllten Briefe Josephs nur anzusehen, um sich zu überzeugen, daß diese Feindseligkeit das wirksamste Motiv seiner Politik überhaupt bildete.

Der König von Preußen, der das doppelte und dreifache Geheimniß nicht eigentlich durchschaute, machte sich doch keine Illusion über die Gefahr, die in dem eingetretenen Verhältniß für den Frieden der Welt und für ihn selber lag. Seine Stimmung ergiebt sich aus den Briefen, die er damals an seinen Neffen, Herzog Carl Wilhelm Ferdinand von Braunschweig, den er seines vollsten Vertrauens würdigte, gerichtet hat[1]. „Sie haben", schreibt er ihm am 6. Jan. 1782, „sehr Recht, die europäische Politik als in einer ausnehmenden Verwirrung begriffen zu betrachten. Mir scheint, wir nähern uns einer Krisis; in Kurzem werden die Elemente nach ihrem größeren oder geringeren Gewicht Stelle nehmen. Ich werde mich ruhig halten und die Ereignisse kommen sehen. Gewiß will

1) Acht Handschreiben und ein Cabinetschreiben König Friedrichs II. von Preußen an Herzog Carl Wilhelm Ferdinand zu Braunschweig und Lüneburg. 1782, Januar — April. (Archiv zu Wolfenbüttel.)

Rußland die Pforte angreifen und denkt an nichts Geringeres als daran, den Frieden in Constantinopel zu schließen. Der Kaiser zeigt sich sehr lecker auf Bosnien, Serbien und Belgrad. Er wird dem Impuls von Rußland folgen, wahrscheinlich mit Rücksicht auf die Wahl eines römischen Königs, die er doch in diesem Augenblicke nicht durchsetzen könnte, ohne das ganze Reichssystem zu erschüttern. Man schreibt mir, die Kaiserin von Rußland beschäftige sich mit dem Entwurf, Preußen und Oesterreich zu versöhnen; ich erwarte das festen Fußes. Was kann aus dem Kopf einer phantastischen Frau entspringen, als Chimären und unzulässige Vorschläge? Ich höre weiter, daß die Unterhandlungen zwischen Frankreich und England noch einige Hoffnungen geben. Wird der Friede im Süden zu Stande kommen, so wird der Osten uns bei weitem weniger beschäftigen."

Den Tag darauf spricht er aus: daß der Krieg im Orient noch in dem eben begonnenen Jahre zum Ausbruch kommen dürfte. „Die Kaiserin wird den offenen Krieg beginnen, der Cäsar der Avaren — so bezeichnet er Joseph — mit den Türken unterhandeln. Ich glaube, daß es so kommen wird. Ein wenig Geduld und wir werden die außerordentlichsten Auftritte erleben. Salomo kannte die Welt nicht recht; noch viel neue Thorheiten sind sogar unseren Enkeln vorbehalten."

Am 14. Januar: „Der Kaiser lastet auf meinen siebenzigjährigen Schultern. Er hält mich vielleicht für zu alt, um mit dem Schwert zu fechten, und setzt meine Feder in Bewegung. Auf allen Seiten macht er mir auf das thätigste zu schaffen: ich suche mit nicht geringerer Lebhaftigkeit seinen Angriffen zu begegnen. Wir streiten jetzt, wer Rußland auf seiner Seite haben wird; wir sind in den Schranken; wir müssen sehen, wer von uns beiden den Sieg davonträgt. — Man sagt in Wien, der Kaiser suche Preußen zu isoliren, indem er demselben Rußland entreißt: denn Frankreich werde sich niemals mit Preußen vereinigen. In diesem Falle würde für Preußen nur England übrig bleiben; das wäre eine Verschlechterung, aber im Nothfall müßte man dazu greifen. Alle diese Dinge, lieber Neffe, betreffen mich nicht mehr persönlich: meine Zeit ist vorüber: aber meine Pflicht ist doch, an die Wohlfahrt des Landes zu denken und womöglich einen so verderblichen Krieg, wie der von 1756 war, zu verhüten. Einer Gefahr, wie die damalige, entgeht man nur durch Wunder; man muß alles thun, um ihr zuvorzukommen, wenn man auch nur wenig Hoffnungen dazu hat.

Der Großfürst hält noch fest; er ist selbst mit seiner Gemahlin darüber ein wenig zerfallen. Aber alle diese Menschen sind wie ein schwaches Rohr, welches der Wind hin und her weht." Man sieht, er wußte nicht, wie weit die Verbindung zwischen Rußland und Oesterreich bereits gediehen war: aber was er davon ahnte, erfüllte seine Seele mit Besorgniß für die Zukunft und bitterem Gefühl für die Gegenwart. „Großer Gott! von welchen Wesen hängt das Schicksal der Menschen ab. Ein König von Frankreich, der von den Interessen seines Königreichs keine Idee hat, ein König von Spanien, der ein Narr ist, eine Königin von Portugal, die ihr Beichtvater unterjocht hat, ein König von England, welcher stolpert selbst am Gängelbande, ein König von Neapel, den man einsperren sollte, eine Selbstherrscherin, die sich gegen ihre Liebhaber wegwirft, aber in demselben Grade hochmüthig ist gegen Europa: das sind die Menschen, mit denen man zu thun hat, und ohne deren Theilnahme kein politisches Geschäft unternommen werden kann."

Auch die amerikanische Angelegenheit beschäftigt ihn noch einmal. „Der König von England", sagt er, „will nun Frieden mit den Colonien und mit Holland, aber nur um sich mit aller Macht auf die Franzosen und Spanier zu stürzen. Man schlägt mir vor, den Frieden zu vermitteln, aber unter welchen Bedingungen? Sollen die Amerikaner frei sein oder unterworfen? Soll Holland Frieden machen, ohne die verlorenen Besitzungen wieder zu erhalten? Wird Lord Bute noch immer hinter den Coulissen Meister der Geschäfte bleiben? dann könnte Niemand Vertrauen fassen. Die abscheuliche Corruption, die in dem Parlament eingerissen ist und die ganze Nation durchdringt, hat das Gefühl der Ehre und den republikanischen Nerv herabgewürdigt, der sonst Herzhaftigkeit und Edelmuth hervorrief."

Achtes Capitel.

Orientalische Verwickelungen 1782—84. — Russische Erwerbung. — Oesterreichische Entwürfe.

Aber unaufhörlich gehen die Dinge ihren Lauf. Indem die westlichen Mächte sich ohne fremde Dazwischenkunft einander näherten, erfolgte in der orientalischen Angelegenheit, ebenfalls ohne Friedrich, eine große Entscheidung.

Die historisch-politische Frage war, ob die tartarischen Bevölkerungen der taurischen Halbinsel und der benachbarten Küsten des schwarzen Meeres, wie früher, so auch fortan unter dem beherrschenden Einfluß der Türken stehen, oder ob sie sich unabhängig zu erhalten vermögen, oder endlich, ob sie der Herrschaft von Rußland anheim fallen würden. In den letzten Conventionen war die Unabhängigkeit der Krim festgesetzt worden, mit Vorbehalt jedoch der Rechte, welche dem Großherrn in seiner religiösen Eigenschaft als Kalif zustehen. Ein Vorbehalt, in dessen Folge alles unentschieden blieb: denn wer wollte diese Rechte angeben und umgränzen? Schahingirai, noch ein Dschingise, der aber sein Khanat den Russen verdankte, hielt den Gedanken der Unabhängigkeit aufrecht, und verband ihn mit dem Versuche, sich dem Abendlande in den inneren Einrichtungen, namentlich den militärischen, anzunähern. Es konnte nicht fehlen, er erweckte damit den Widerstand der Stammeshäuptlinge und die Antipathie der Bevölkerungen überhaupt. Im Mai 1782 wurde Schahin verjagt, und sein ältester Bruder, der Anhänger und eifrige Vorfechter der alten Zustände, durch die allgemeine Wahl der Mursen an seine Stelle gesetzt. In diesen Regionen aber war es Rußland, welches die europäische Cultur reprä-

sentirte. Es setzte alles ein, um Schahin zurückzuführen und jeden Einfluß der Türken abzuschneiden: denn die Nation sei nun einmal für unabhängig erklärt. Die Türken ihrerseits betonten, daß die Tartaren auch von Rußland unabhängig sein müßten: das Khanat sei ein Wahlreich, und durch einmüthige Wahl der Mursen der nächstälteste Bruder Schahins diesem vorgezogen worden.

In Constantinopel sah man von Seiten der Ulema den Zwist in der Krim als eine Angelegenheit der Religion an. Unruhige Bewegungen brachen aus, die selbst die Regierung bedrohten, und die nur durch die Energie eines entschlossenen Wesirs gedämpft werden konnten; aber auch dieser hielt den Anspruch aufrecht.

Die Frage war von universaler Bedeutung; sie enthielt den Kern der Verhältnisse zwischen Rußland und der Türkei, gewissermaßen zwischen Orient und Occident; sie schien nicht ohne Krieg entschieden werden zu können. Und auf der Stelle fühlte man das in der Welt. Wie wir erfahren, haben die Zerwürfnisse in der Krim dazu beigetragen, daß Frankreich und England ernstlich an den Frieden dachten; doch fehlte noch viel, daß die Abkunft getroffen worden und der europäische Westen in den Stand gekommen wäre, sich um den Osten ernstlich zu bekümmern.

Bei dem ersten Ausbruch der Unruhe in der Krim säumte Katharina keinen Augenblick, den Kaiser auf die weitaussehenden Folgen, welche sie nach sich ziehen könne, aufmerksam zu machen, und trug auf eine noch nähere Bestimmung ihrer gegenseitigen Obliegenheiten für diesen Fall an, damit die intime Allianz der beiden Monarchien, gleich wichtig für beide, durch keinen Zwischenfall gestört werden möge [1]. In ihrer Correspondenz wird dann vor allem das Verhältniß zu den übrigen zunächst betheiligten Mächten erwogen. Die Kaiserin wünscht durch den Einfluß Josephs auf Frankreich vor jeder Störung von Schweden her gesichert zu werden. Von dem König von Preußen, meinte sie, brauche man nichts zu fürchten, wenn man nur den Frieden von Teschen nicht verletze: sein Alter werde ihn abhalten, sich in diese Dinge einzumischen. Joseph,

1) . . . afin que, si V. M. I. le trouve convenable, dès à présent nous puissions convenir préalablement, selon la teneur de nos engagements, de l'arrangement des principes invariables qui écarteraient au futur tout ce qui pourrait diminuer, affaiblir ou nuire à cette intime amitié et alliance aussi précieuse qu'utile aux intérêts unis et communs de nos deux monarchies . . . Arneth, Joseph II. und Katharina, S. 135. Brief Katharina's vom 15. Juni 1782. —

weit davon entfernt, an die Theilnahmlosigkeit des Königs zu glauben, hielt vielmehr die Zeit für gekommen, wo man ihn durch eine große Demonstration im Zaume halten und zugleich demüthigen könne. Er schlug vor, ihn durch zwei Armeen zu bedrohen, durch eine russische, die sich an der Weichsel und Warthe aufstellen könne, um auch Polen zu beherrschen, und durch eine österreichische, die er in Böhmen und Mähren versammeln werde, ohne darum außer Stand zu kommen, die Kaiserin mit einem ansehnlichen Kriegsheer gegen die Türkei zu unterstützen [1]). Daran hielt er nicht mehr fest, was er selbst für rathsam erachtet hatte, den König zur Theilnahme herbeizuziehen und ihn durch eine anderweite Erweiterung seines Gebietes nach der polnischen Seite hin zu befriedigen: denn da man sich mit Frankreich leicht verständigen werde, so sei es nicht nöthig, die Ruhe von Preußen theuer zu erkaufen. Sein Vorschlag war jedoch auch in dieser Beziehung sehr weitaussehend. Er meinte sich der Ruhe und Theilnahme Frankreichs dadurch zu versichern, daß man demselben Aegypten überlasse. Seine Absicht war überhaupt auf eine Erneuerung der großen Allianz zwischen Rußland, Oesterreich und Frankreich vom Jahre 1756 gerichtet, wozu die Verwickelung des türkischen Kriegs den Anlaß geben sollte. Katharina ihrerseits empfand nicht die mindeste Neigung, auf diese Vorschläge einzugehen, am wenigsten jene feindselige Demonstration vorzunehmen: denn wofern sie ihre Truppen auch nur nach Polen vorrücken lasse, so werde der König sich dagegen in Bewegung setzen; sie versicherte — und wir wissen es, nicht ohne Grund — Friedrich werde sich neutral verhalten, wenn er nur nicht für Schlesien fürchten müsse.

Wenn nun aber der orientalische Krieg ausbrach, und die übrigen europäischen Mächte, wie man unter den obwaltenden Umständen vielleicht erwarten durfte, sich ruhig verhielten, wenn dann Oesterreich und Rußland, wie man nicht bezweifelte, der Türkei Meister

1) . . . nous pourrions ensemble partager nos forces, et si V. M. I. voulait laisser un corps d'armée de 40 à 50 mille hommes, soit sur les frontières de la Livonie vers la Prusse, soit même, ce qui serait bien préférable, déjà en quartiers le long de la Vistule et de la Varta en Pologne, qui menacerait le cœur des Etats du Roi et en même temps assurerait à V. M. I. la tranquillité de la Pologne et Lui en procurerait des subsistances pour Son armée, moi je pourrais rassembler le gros de mon armée en Bohème et en Moravie et agir encore avec 60 ou 80 mille hommes là où les intérêts communs l'exigeraient contre la Porte . . . Arneth a. a. O. S. 171.

wurden: wie wollten sie sich dann gegenseitig einrichten? Man nahm in dem Sinne, der bisher obgewaltet hatte, die Sicherung der Grenzen durch kleine Erwerbungen in Aussicht. Die Russen verlangten die Bezirke von Oczakoff, Oesterreich die der Unna. Aber es war kein Irrthum, wenn man in Europa voraussetzte, daß die Absicht der Kaiserin weit über diese Schranken hinaus reiche. Ihr Plan hatte Angesichts der bevorstehenden Verwickelungen in diesem Augenblick eine festere Gestalt gewonnen. Die Kaiserin schlug die Errichtung zweier Reiche vor, eines griechischen Kaiserthums in Constantinopel für ihren Enkel Constantin mit vollkommener Unabhängigkeit von Rußland, und eines Reiches ebenfalls unter einem griechischgläubigen Fürsten, zu welchem Moldau, Wallachei und Bessarabien gehören sollten, unabhängig von den drei benachbarten Reichen. Man sieht, was zunächst das Letztere, die Errichtung eines neuen Daciens, für Oesterreich zu bedeuten gehabt hätte. Der Kaiser hat nun wohl den Gedanken nicht zu dem seinen gemacht, aber ihn doch auch nicht schlechthin verworfen. Er bemerkte, das werde alles von dem Glück und der Entscheidung der Waffen abhängen, vornehmlich auch von den Zugeständnissen, die man ihm dagegen mache. Man meinte, er werde Bosnien und Serbien für Oesterreich verlangen, allein um vieles umfassender und zum Ganzen treffender waren die Ansprüche, die er machte. Er forderte die Bezirke der Moldau und Wallachei bis an die Aluta, ferner Belgrad, Orsowa, Widdin, zur Deckung von Ungarn. Er trug eine präcise Vorstellung von einem künftigen großen Oesterreich in sich, die denn immer den dortigen Staatsmännern als ein Ideal vorgeschwebt hat. Zugleich verlangte er das Gebiet der Drina und den Golf, in welchen sie mündet, sammt den benachbarten Inseln, denn er wünschte eine österreichische Seemacht zu bilden. Wie oft hatte ihn die Kaiserin auf Rom und im Allgemeinen auf Italien verwiesen. Wenn er nun nach seiner eigenthümlich auf das Reale gerichteten Natur, bei der damaligen Lage von Europa keine Anwandlung zu einem so hochfliegenden Ehrgeiz fühlte, so beschäftigte ihn dagegen der Gedanke, die venetianischen Gebiete zu erwerben, auf das ernstlichste. Er meinte, sie seien seinen Vorgängern im Kaiserthum und in Oesterreich in Augenblicken der Schwäche durch List und Gewalt abgewonnen wurden: den Venetianern würde, was Recht ist, geschehen, wenn man sie ihnen entrisse; man könne diese Republik dagegen bei dem Gelingen der türkischen Unternehmung auf ihre alten

Besitzungen Morea, Kandia, Cypern verweisen. Wir werden sogleich berühren, wie er auch in Deutschland seine Macht über das Donaugebiet auszudehnen gedachte. Von der Wiedereroberung von Schlesien war damals nicht die Rede; auch abgesehen hievon stand dem Kaiser noch ein weites Feld der Macht offen. Und so viel meinte er durch die Allianz mit Rußland allemal zu erreichen, daß Preußen der Aufrichtung eines erweiterten und ohne alle Rücksicht auf Verschiedenheit der Landesart einheitlich constituirten Oesterreichs nicht widerstreben könnte. Was Friedrich wohl gesagt haben würde, wenn ihm diese Pläne näher bekannt geworden wären. Aber sie blieben vor ihm in ein undurchdringliches Geheimniß gehüllt. Gegen die Errichtung eines orientalischen Reiches, von dem etwas verlautete, hatte wenigstens einer seiner Minister nicht einmal viel einzuwenden gehabt. Denn auch unter dem Enkel der Kaiserin errichtet, werde es doch unausbleiblich die Tendenz haben, sich von Rußland und Oesterreich unabhängig zu machen: es werde allezeit einen natürlichen Alliirten von Preußen bilden. Die deutschen Fürsten hätten den Ausbruch eines türkischen Krieges sogar gern gesehen. Denn der Kaiser würde dadurch beschäftigt, seine Kräfte würden fürs erste geschwächt, sein Geld verbraucht worden sein: sie würden im Reich um so weniger zu besorgen gehabt haben.

Zu diesem Kriege ist es jedoch damals nicht gekommen: es war der Kaiser selbst, der davon Abstand nahm. Wenn er um sich sah, traten ihm die unermeßlichen Schwierigkeiten entgegen, in die er sich, zumal da die Kaiserin auf seine Vorschläge in Bezug auf andere Mächte nicht eingegangen war, verwickeln würde. Die Allianz mit Frankreich, welche die Grundlage der österreichischen Politik überhaupt bildete, konnte doch nicht im Widerspruch mit den augenscheinlichen Interessen der Franzosen in der Türkei und im Orient behauptet werden. Nie hätten die bourbonischen Mächte eine russische Seemacht, wovon viel die Rede war, in dem Mittelmeer eine Rolle spielen lassen. Man mußte besorgen, Frankreich, dessen auswärtige Angelegenheiten ein Minister leitete, der nicht österreichisch gesinnt war, Vergennes, zu feindlichen Maßregeln zu reizen, vielleicht sogar zu einem Bündniß mit Preußen zu veranlassen [1]). Dann aber würde der verhaßte Nachbar eher noch mächtiger geworden sein. Daß die Kaiserin seine auf eine Beschränkung und Bedrohung

1) Daß französische Erklärungen in diesem Sinne dem Kaiser zugegangen sind, ergiebt sich aus einem Schreiben Katharina's im Frühjahr 1783.

Preußens gerichteten Vorschläge von der Hand wies, hat der Kaiser doch sehr unangenehm empfunden. Er beschwert sich, daß sie auf seine Stellung den übrigen Mächten gegenüber so wenig Rücksicht nehme. Er sagte wohl, sie wolle ihn „dupiren"; er aber werde sich nicht dazu hergeben [1]. In dieser Stimmung hat er im Februar 1783 einen Brief an die Kaiserin entworfen, der das so sorgsam eingeleitete gute Verständniß vielleicht zerstört haben würde, wenn er abgegangen wäre. Kaunitz erschrak, als ihm derselbe mitgetheilt wurde. Auf den Rath des Ministers entschloß sich Joseph, die anstößigen Stellen wegzulassen oder zu ändern. Aber auch so, wie er abging, steht er im Widerspruch mit der Politik Katharina's. Der Kaiser sagte ihr, seine Verpflichtung beziehe sich nur auf den Fall, daß sie von den Türken genöthigt werde, den Krieg zu unternehmen: davon aber sei nicht die Rede: ein Jahr verändere viel in der Aussicht und Probabilität glücklicher Erfolge. Jetzt seien die Umstände vollkommen andere geworden [2].

Ihrerseits zeigte sich nun auch die Kaiserin betroffen und verstimmt. Sie erwiederte: von unbeschränktem Vertrauen erfüllt, habe sie sich an den Kaiser gewendet; sie habe gemeint, wie Cäsar werde er zwischen dem Ergreifen eines Vorhabens und der Ausführung desselben keinen Zwischenraum kennen; bei einem Vorhaben namentlich, das so groß, nützlich und des Kaisers würdig sei. Aber ohne Oesterreich konnte sie nicht an die Ausführung des großen Unternehmens denken: das orientalische Project war kaum gefaßt, so fiel es wieder zu Boden. Ich weiß nicht, ob das der Kaiserin viel Kummer verursacht haben wird. Indem sie davon abstand, ergriff sie mit rascher Fassung den Augenblick, um ein anderes Vorhaben, an dem ihr das Meiste liegen mußte, durchzuführen. Von dem fortdauernden Conflict nahm sie Veranlassung zu dem Entschlusse, in den tartarischen Angelegenheiten eigenmächtig Verfügung zu treffen. Dem Kaiser sagte sie: da die großen Entwürfe, die sie ihm vorgeschlagen, sich jetzt nicht ausführen lassen würden, so rathe ihr die Klugheit, sich auf ein kleineres Unternehmen zu beschränken,

1) Arneth, Vorrede XXI.

2) Elle sait si bien se mettre à la place des autres que je puis hardiment supposer, qu' Elle trouvera mes demandes, en les examinant mûrement, uniquement nécessaires ou conformes à ma situation locale . . . Brief Josephs an Katharina vom 25. Febr. 1783. Arneth a. a. O. S. 189.

das weniger Widerstand finden werde. Es war der doch auch überaus umfassende Plan, sich der Krim und des Kuban unmittelbar selbst zu bemächtigen: dazu, sagte sie, würden ihre eigenen Kräfte hinreichen. Daß der verjagte und wiederhergestellte Khan durch eine neue Volksbewegung genöthigt wurde zu fliehen und dann seine Rechte auf die Kaiserin selbst übertrug — sie behauptet, ohne ihr Vorwissen oder das Zuthun eines der Ihren — bildete immer ein Moment, obwohl nicht gerade das wesentliche. Ohne Widerstand nahm sie die Halbinsel und die angrenzenden Bezirke in Besitz und ließ sich huldigen.

War nun aber nicht auch dies eine Handlung, über welche der Krieg ausbrechen konnte? Denn in Constantinopel wachte die populäre Bewegung aufs neue auf; sie wurde genährt durch die Ankunft der Mursen, welche, um der Herrschaft der Russen nicht unterworfen zu werden, dahin ausgewandert waren. Am Bosporus machte man kriegerische Anstalten: der Großwesir verfügte sich in Person dahin. Die Türken hielten sich für stark genug, um von einem ersten Anlauf nicht erdrückt zu werden, und indessen die Theilnahme der europäischen Mächte zu gewinnen. Sie zählten dabei auf ihren zuverlässigsten und waffenmächtigsten Freund, den König von Preußen. Friedrich ließ sie wissen, ohne Frankreich könne er in dieser Sache nichts thun. Die Franzosen aber, in der Hauptsache einverstanden mit Friedrich, waren doch nicht gemeint, den Tartaren zu Liebe das Schwert zu ziehen: die Nachwehen des eben bestandenen Krieges machten sie bedenklich, einen neuen zu unternehmen. In der Besitznahme der Krim durch die Russen sahen sie doch kein sie sehr nahe berührendes Interesse. Es war ihnen genug, den Kaiser, der die Absicht kund gab, zugleich auch seiner Seits eine türkische Provinz als Pfand der Ausgleichung in Besitz zu nehmen [1], durch die ernstlichsten Vorstellungen der daraus für den allgemeinen Frieden zu erwartenden Gefahren, davon zurückzuhalten. Joseph empfand es, daß Rußland nun doch eine Erwerbung machen solle, ohne daß eine entsprechende für ihn selber sich daran knüpfe. Aber sollte er sich nun der Kaiserin widersetzen? Er würde dadurch seine neue Allianz verloren haben. Er trug, wie es scheint, nicht lange Bedenken. Auf die Benachrichtigung der Kaiserin wünschte er ihr Glück zu ihrer Erwerbung und versprach ihr seine guten Dienste,

1) So versichert eine von Vergennes an Ludwig XVI. gerichtete Denkschrift.

um die Türken zur Nachgiebigkeit zu vermögen. Von den eigenen Ansprüchen hielt er hauptsächlich nur die aufrecht, welche sich auf den Handel bezogen; übrigens unterstützte er die Forderungen der Kaiserin mit dem vollen Gewicht, welches Oesterreich immer in Constantinopel ausgeübt hat. Wer weiß nicht, daß man das dem Kaiser als eine aller gesunden Politik widerstrebende Nachgiebigkeit oftmals zu einem schweren Vorwurf gemacht hat. Ueber die Motive, die ihn dabei leiteten, hat er sich später einmal selbst ausgesprochen. Das eine liegt in seiner Stellung gegen die Türken selbst, in welcher er der russischen Hülfe nicht entbehren zu können meinte. In dem Machtverhältniß jener Zeit, bei dem man allerdings erwarten konnte, daß Oesterreich und Rußland die Türkei durch einen vereinigten Angriff niederwerfen würden, hatte doch jede dieser Mächte allein die osmanischen Streitkräfte zu fürchten. Der Kaiser zog in Betracht, daß er um so sicherer vor denselben sein werde, wenn das ihm verbündete Rußland die Krim inne habe und von daher Constantinopel bedrohe. Der andere seiner Beweggründe war vielleicht noch dringender. Seine Nachgiebigkeit in diesem Punkt war das entscheidende Mittel, Rußland von Preußen zu trennen [1]). Schon aus seinen damaligen Aeußerungen erkennt man diese Intention. Indem er der Kaiserin bemerkte, daß es ihr nicht entgehen werde, welche Dienste er das Glück habe ihr leisten zu können, fügte er hinzu, in Folge ihrer Versprechungen rechne er auf ein gleichmäßiges Betragen von ihrer Seite, wenn sich eine Gelegenheit dazu darbiete [2]). Sie gab ihm das bestimmte Versprechen (9. Juni 1783), wenn die Besitzergreifung der Krim, der Insel Taman und des Kuban ohne Krieg zum Ziele geführt werde, so werde sie nie vergessen, wer es sei, dem sie dies vor allen Andern verdanke: sie kenne die Denkweise ihres Alliirten in Bezug auf seine eigenen Interessen. „Ich bin sehr bereit“, sagte sie, „zu seiner Zeit mit besten Kräften für dieselben mitzuwirken“ [3]).

1) la certitude de détacher la cour de Petersbourg de celle de Berlin et d'ôter à celle-ci un allié puissant. So sagte er dem französischen Gesandten Grafen Segur i. J. 1787. Mémoires de Ségur III, 209.

2) Brief Josephs vom 19. Mai; Arneth a. a. O. S. 303.

3) Brief Katharina's vom 9. Juni 1783 . . . si la prise de possession de la Crimée, de l'île de Taman et du Couban se termine sans guerre, je ne pourrais jamais méconnaître, à qui j'en aurai la plus

Noch immer hoffte die Pforte, daß ihr Frankreich und Preußen in ihrer Bedrängniß zu Hülfe kommen würden. Allein, da der Kaiser nichts für sich selber forderte, so fiel der unmittelbare Grund für diese Mächte, sich zu regen, hinweg. Sehr eigenthümlich ist die Stellung, die der Kaiser nun einnahm. Indem er durch einen Act von Uneigennützigkeit die Mächte abhielt, sich in die Sache zu mischen, machte sein Internuntius in Constantinopel, Herbert, mit dem russischen Gesandten gemeinschaftliche Sache. Dieser — es ist Bulgakow — konnte am Ende des Jahres der Pforte die Frage vorlegen, ob sie gegen die Besitznahme der Krim etwas einzuwenden habe? Um den falschen Vorstellungen hierüber bei andern Höfen ein Ende zu machen, drang er auf eine kategorische Erklärung in bestimmter Frist.

Auch in der Türkei ist nicht selten ein Gegensatz zwischen dem Staat und dem Palast, dem Divan und dem Serail zu bemerken gewesen. Noch immer dachten auch damals die höheren Staatsbeamten, jede Concession zu verweigern: besonders der Kapudan Pascha war dieser Meinung. Allein im Serail wollte man die Gefahren eines russischen Krieges und zwar zu Gunsten der Tartaren, die es nicht werth seien, nicht über sich hereinziehen. Wir hören, der Kapudan Pascha sei bedeutet worden, ein längerer Widerstand könne ihm seinen Kopf kosten. Hierauf kam es am 8. Jan. 1784 zur Abfassung eines Senneth, in welchem alle alten Friedensverträge zwischen Rußland und der Türkei erneuert wurden, mit Ausnahme der Artikel, die sich auf die Verhältnisse der Krim bezogen, die fortan keine Gültigkeit haben sollen. Einer eigentlichen Abtretung zu gedenken, wurde vermieden; der Kuban sollte fortan die russischen Tartaren von den türkisch gebliebenen scheiden [1]).

Eine Erwerbung von universaler Bedeutung für die Weltstellung Rußlands, historisch geographisch politisch von gleicher Wichtigkeit [2]),

grande obligation. Instruite de la façon de penser de mon allié relativement aux propres intérêts de Sa monarchie, je suis très-disposée à y concourir de mon mieux en temps et lieu . . . Arneth a. a. O. S. 205.

1) Der Vergleich vom 28. Dezember alten Styles, auch von dem Kapudan Derjha Hassan Pascha unterzeichnet, ist (aus dem preußischen Archiv) von Zinkeisen, Osmanische Geschichte VI, 934 mitgetheilt worden.

2) Der Großherzog von Toscana hat es wohl gefühlt und selbst mit einer gewissen Emphase geäußert. Rußland werde, sagte er, nun das schwarze Meer, wie das caspische beherrschen, lui (à l'Impératrice) ouvre à

— welche rückgängig zu machen, den europäischen Mächten ihre vornehmste Aufgabe schien, als sie sich siebzig Jahre später zur Aufrechthaltung der Pforte gegen Rußland ernstlich regten; — damals war sie gelungen, weil die großen Westmächte, die eben die Waffen aus der Hand legten, mit ihren inneren Angelegenheiten so beschäftigt waren, daß sie vor einer äußeren Verwickelung, die zu einem Krieg hätte führen können, zurückschraken. Dem momentanen Weltverhältniß entsprach es, wenn Oesterreich die Sache förderte, ohne selbst Ansprüche zu machen. Dann konnte auch Preußen, ohnehin davon nicht unmittelbar berührt, ruhig bleiben.

Jene halbphantastischen Pläne der Kaiserin hatten zu einem sehr realen Gewinn geführt: ohne Blutvergießen, durch eine bloße Truppenbewegung, in Folge einer geschickten Benutzung der politischen Verhältnisse.

Daß es dabei ohne weiteren Kampf sein Verbleiben haben würde, ließ sich freilich nicht erwarten.

Von Anfang an glaubte Niemand, daß Oesterreich eingewilligt hätte, ohne eine Gegenforderung zu machen. In jener Denkschrift von Vergennes [1]) wird die Frage erwogen, was der Kaiser nunmehr mit Hülfe der Russen zu erreichen denke, wohin seine Absicht gerichtet sein könne, ob gegen Preußen oder Sardinien, oder vielleicht auch darauf, Neapel von den übrigen bourbonischen Höfen zu trennen.

Joseph und Kaunitz, die in dem Momente, daß die Convention in Constantinopel zum Vortheil Rußlands getroffen wurde, darüber zu Rathe gingen, was nun zu Gunsten Oesterreichs gefordert werden solle, hatten ihr Augenmerk nach einer andern Seite gerichtet.

Nicht eben gern hatte sich Oesterreich nach dem Krieg über die spanische Erbfolge in die politische Nothwendigkeit gefunden, die katholischen Niederlande als Bestandtheil seiner Macht anzunehmen. Schon längst hätte es sich ihrer lieber entledigt. Wir werden sogleich darauf zu reden kommen, wie sehr sich das monarchische Gefühl Josephs II. gegen die Beschränkungen sträubte, die ihm die alten Tractate auferlegten. Zur Gesammtmacht von Oesterreich im

son temps directement le commerce de la Perse et des Indes par une voie plus courte, la rend maître de Constantinople quand elle veut Der Großherzog an Kaiser Joseph II., August 1783, bei Arneth I, 167 (A. d. n. A.)

1) 20. Mai 1784. Favier, Politique de tous les cabinets (ed. Ségur) II, 197.

Sinne des modernen Staats trug es wenig bei, daß die Niederlande österreichisch waren.

Dagegen war das größte Interesse der Gesammtmacht und der Ehrgeiz des Hauses von jeher dahin gegangen, die bairischen Gebiete mit den österreichischen zu vereinigen. Die Idee eines Austausches der Niederlande gegen Baiern war uralt; sie war schon bei den Friedensverhandlungen in Utrecht gefaßt worden, dann hatte sie Kaunitz erneuert [1]) und Kaiser Joseph aufgenommen. Man war an ihrer Durchführung nur durch Preußen, das damals von Rußland unterstützt wurde, gehindert worden. Was konnte nun mehr dazu beitragen, diese Sache definitiv ins Werk zu setzen, als der große Umschlag der Politik, der in der mit Rußland eingegangenen Allianz lag? Die der russischen Kaiserin erwiesenen Dienste, welche dieselbe unter Ausdrücken, die eine sehr umfassende Deutung zuließen, anerkannte und zu erwiedern sich bereit erklärte, gaben Anlaß, ohne Zeitverlust zur Sache zu schreiten.

Die allgemeinen Gesichtspunkte, die hiebei vorwalteten, ergeben sich mit voller Sicherheit und Deutlichkeit aus einer Denkschrift des Staatskanzlers an den Kaiser. Er bemerkt darin vor allem, daß der Besitz der Niederlande die Monarchie in Abhängigkeit von Frankreich bringe: man könne sie gegen Frankreich niemals vertheidigen, so lange das Herz der Monarchie den Angriffen der preußischen Macht ausgesetzt bleibe: würde Oesterreich etwas unternehmen, wodurch es sich zugleich Preußen und Frankreich auf den Hals ziehe, so bleibe ihm nichts übrig, als die Niederlande mit allen ihren Einkünften und Hülfsquellen den Franzosen zu überlassen. Gleichwohl, fährt er fort, gehöre der Besitz der Niederlande nicht etwa dazu, um eine Allianz mit Frankreich aufrecht zu erhalten: diese habe im J. 1756 ihren Ursprung in der Idee gehabt, daß Oesterreich freie Hand gegen Preußen, Frankreich freie Hand gegen England haben solle. Und selbst, wenn es der Fall wäre, daß man dies Bündniß aufgeben müsse, so würde das nicht viel zu bedeuten haben. Dagegen aber würde die Erwerbung von Baiern gegen den Hauptfeind, Preußen, von unschätzbarem Nutzen sein. Der Kaiser selbst habe gesagt, der Besitz von Baiern sei vielleicht das einzige Mittel, um einmal die preußische Macht niederzuwerfen [2]):

1) Der Staatskanzler in einer Denkschrift vom Jahre 1776. Archiv für österreichische Geschichte. Bd. 48. H. 1. S. 89. (A. d. n. A.)

2) Worte Josephs: que c'est peut-être le seul moyen qui puisse

er würde besonders dann unschätzbar sein, wenn Ansbach und Baireuth mit Preußen verbunden würden, was ja bevorstehe. Und in welche Lage würde Oesterreich kommen, wenn andererseits auch der Churfürst von Baiern in Abhängigkeit von Preußen geriethe. Ueberdies aber: man setze sich durch die Erwerbung von Baiern auch mit den österreichischen Provinzen in Italien in eine Verbindung, die den Besitz derselben weniger zweifelhaft mache[1].

Die Gründe sind auf dem österreichischen Standpunkt so einleuchtend und schlagend, daß der Kaiser, man kann nicht sagen, auf den Gedanken einging — denn er hegte ihn schon — aber in dem Vorhaben, ihn ins Werk zu setzen, mächtig bestärkt wurde. Durch eine vorläufige Auskunft, die der kaiserliche Gesandte in Baiern gab, hielt man sich überzeugt, daß man dort keinen Widerstand finden werde, und legte nun sogleich Hand daran, die Kaiserin von Rußland für den Plan zu gewinnen. Denn darauf kam alles an. In einem Schreiben, das zwischen Kaunitz und dem Kaiser verabredet wurde (13. Mai 1784), stellte dieser der Kaiserin den Austauschsplan, durch den er Baiern, die Oberpfalz und zugleich Salzburg zu erwerben hoffte, unumwunden dar; indem er sie über das Nähere desselben auf die Erläuterungen verwies, die sein Gesandter ihr geben werde, hob er selbst hervor, daß er dadurch allein in den Stand komme, ihr mit aller seiner Macht Dienste zu leisten. Es ist das Vorhaben gegen die Türkei, an das er anknüpft: denn Frankreich habe bei den letzten Unterhandlungen bewiesen, wie viel ihm an der Erhaltung der Pforte gelegen sei: ihr aber im Widerspruch mit Frankreich Hülfe zu leisten, würde die gegenwärtige Lage seiner Staaten, namentlich der Besitz der Niederlande, unmöglich machen. Auch der Vortheile gedenkt der Kaiser, die er dann den Freunden der Kaiserin in Deutschland werde verschaffen können. Hauptsächlich aber bezieht er sich auf ihre Freundschaft und die Zusicherungen, die sie ihm für künftig vorkommende Fälle so oft gegeben habe[2].

mettre la Monarchie dans le cas de pouvoir compter un jour d'abaisser la puissance Prussienne.

1) Referat von Kaunitz v. 7. April.

2) Der Brief ist vor Kurzem in der Sammlung von Arneth bekannt gemacht worden. Die Vergleichung desselben mit dem in dem kaiserlichen Archiv noch vorhandenen Entwurf bietet nun aber Gelegenheit zu einigen Bemerkungen, die auf das Innere der Verhandlungen Licht werfen. Gleich diese letzte Clausel pour tous les événements possibles fehlt in dem Ent=

Und noch merkwürdiger ist nun das ausführliche Schreiben, in welchem Kaunitz dem Gesandten in Petersburg die Erläuterungen angiebt, die er der Kaiserin vorzulegen habe. Er bezieht sich auf den Wettstreit der intimen Freundschaft und der vertrauensvollsten Empfindungen, der zwischen beiden Souveränen obwalte. Ganz so verhielt es sich, wie wir wissen, wohl nicht; denn jeder von beiden hielt an seinen eigenen Gesichtspunkten fest. Aber in der letzten osmanischen Verwickelung war doch in der That eine seltene Hingebung Oesterreichs gegen Rußland zum Vorschein gekommen. Kaunitz bezeichnet das Vorhaben als eine Angelegenheit, deren glückliche Berichtigung den Fundamentalinteressen beider Höfe gleich vortheilhaft sein werde. Er macht dann kein Hehl daraus, daß man früher von dieser Idee deshalb abgestanden sei, weil die Verbindung des russischen Hofes mit Preußen es erheischt habe: jetzt aber sei der preußische Einfluß in Petersburg beseitigt: zwischen den beiden kaiserlichen Majestäten bestehe die aufrichtigste Herzensfreundschaft, deren Früchte die Kaiserin, nachdem sie schon begonnen sich ihrer zu erfreuen, vollkommen einbringen werde, wenn sie den gemachten Entwurf begünstige. So lange das Herz der Monarchie von Preußen bedroht, und Frankreich im Stande sei, sich der Niederlande zu bemächtigen und Mailand in Verbindung mit Sardinien und Spanien zu bedrohen, könne von Oesterreich keine nachdrückliche Hülfe gegen die Osmanen erwartet werden. Um dem abzuhelfen, gebe es kein anderes Mittel, als „den Austausch der sämmtlichen Niederlande gegen ganz Baiern und einige nächst angrenzende Besitzungen, nämlich das Salzburgische und das kleine Berchtesgadensche Gebiet". Denn dadurch würde sich Oesterreich von seiner Abhängigkeit von Frankreich loswickeln und in eine solidere Verbindung mit seinen italienischen Staaten kommen, um sie in Kriegszeiten zu schützen. Er führt dann aus, daß er es damit

wurf und ist erst später hinzugefügt worden, wie es denn darauf sehr ankam. Ferner war in dem Entwurf zugleich von dem Eintausch von Berchtesgaden die Rede, was man wegließ, um nicht zu viel zu häufen. Ursprünglich war jedoch der Entwurf noch etwas demüthiger gefaßt. Es hieß darin: der Kaiser wage es, ihr einen Gedanken vorzutragen, den er oft bekämpft habe, der aber der einzige sei, um die Verbindung zwischen Rußland und Oesterreich zu verewigen . . . . je croirais en même temps manquer à la juste confiance . . . si je n'osois pas par ce courier Lui confier une idée . . . . que j'ai toujours combattue, mais qui est la seule propre à l'éterniser.

nicht auf Vergrößerung des Erzhauses abgesehen habe: denn der Kaiser werde in ökonomischer Beziehung eher verlieren als gewinnen: auch dem Frieden von Teschen trete man dabei nicht zu nahe. Das wahre Motiv für den Kaiser liege darin, daß er um so mehr das gemeinschaftliche Beste der beiden kaiserlichen Höfe befördern könne, je mehr er sich jener Fesseln entschlage, die seinem guten Willen bisher Hindernisse in den Weg gelegt hätten. Wie in dem Briefe, so wird auch in den Weisungen an den Gesandten die tiefste Geheimhaltung des Vorhabens anempfohlen: gewiß werde es von Frankreich und vorzüglich von Preußen ungern gesehen werden: bei dem durchaus legalen und regelmäßigen Benehmen von Oesterreich fürchte man keine Feindseligkeiten von ihnen: sollten deren aber dennoch eintreten, so möge der Gesandte im Namen des Kaisers die Versicherung begehren, daß alsdann Ihre Russische Kaiserliche Majestät dem Kaiser mit aller ihrer Macht Beistand leisten wolle [1]).

Man sieht die kaum zu ermessende Tragweite dieses Vorhabens. Indem Oesterreich alle Kräfte in seinem Innern zur Möglichkeit einer einheitlichen Action sammelte, suchte es sich der Niederlande, die seine Politik hätten irren können, zu entledigen, dafür aber die nächstgelegenen Landschaften, die seinem Gebiete Abrundung und Sicherheit gewähren sollten, auf immer an sich zu bringen. Es würde dann von aller Rücksicht auf Frankreich entbunden sein und in den Stand kommen, Preußen zurückzudrängen. Dann konnte man die orientalischen Pläne aufs neue aufnehmen, durch deren Ausführung Oesterreich zu einer geographischen und militärischen Stellung in dem mittleren Europa gelangt wäre, welche ihm das Uebergewicht über alle andern Nachbarn verschafft hätte; gegen jede Verhinderung derselben, die man hauptsächlich von Preußen erwartet, soll Rußland und Oesterreich mit vereinter Macht in die Waffen treten und sie niederkämpfen. Ungeheure Entwürfe, bei denen es selbst einem österreichischen Patrioten schwindeln konnte; das zunächst Vorliegende schien aber auch einem so erfahrenen Politiker, wie dem Staatskanzler, ausführbar. Kaunitz sagte dem Kaiser, wenn er den

1) „Nachdem jedoch dieses zwar nicht unter die wahrscheinlichen, dennoch aber möglichen Dinge gehört, so haben Euer ꝛc. im Allerhöchsten Namen um die förmliche und feyerliche Versicherung anzulangen, daß Ihre Russische Kaiserliche Majestät in erwähntem Falle einer offenbar ungerechten Aggression den casum foederis anerkennen und mit Ihrer ganzen Macht Seiner Kaiserlichen Majestät Beistand leisten wollen und werden.“

Gedanken des Austausches nicht aufgeben wolle — was Gott verhüten möge, — so sei der gegenwärtige Moment von allen, die möglich seien, ohne Zweifel der günstigste [1]). Und wirklich gab die Kaiserin eine sehr eingehende Antwort. Sie bemerkt den Vortheil, der auch ihrem Reiche aus einer Stellung von Oesterreich, durch die es zu einer leichteren Bewegung fähig werde, erwachsen könne. Sie erneuert den Ausdruck der Dankbarkeit für die ihr in Constantinopel erwiesenen Dienste und versichert ihre Bereitwilligkeit, dagegen zum Erfolg der Entwürfe des Kaisers nach bestem Wissen beizutragen.

1) 4. April . . . . Il est certain qu'à moins que V. M. ne juge pas devoir l'abandonner — qu'à Dieu ne plaise — le moment présent est sans doute le plus favorable des possibles.

Neuntes Capitel.

Aufenthalt des Kaisers in Italien; Verhandlung in München.

Als diese Pläne gefaßt wurden, kam der Kaiser eben aus Italien zurück. Er war selbst nach Rom gegangen, um die Irrungen, welche über die Ernennung geistlicher Würdenträger in der Lombardei, namentlich eines Erzbischofs in Mailand, zwischen ihm und dem päpstlichen Stuhle ausgebrochen waren, zu beseitigen. Kaunitz besorgte, daß der Kaiser von den der Souveränetät inhärirenden Rechten zu viel nachgeben möchte. Aber dieser ging mit großer Vorsicht zu Werke. Man vereinigte sich zuletzt zu einer Formel, bei welcher jeder Theil sich seine Ansprüche als vorbehalten denken konnte [1]). Fürs erste blieb der Kaiser, der in Bezug auf die Worte nachgiebig war, doch im Besitz der Befugniß; und einen nicht geringen Vortheil nach den verschiedensten Seiten hin gewährte es ihm, mit dem Papst wieder gut zu stehen. Joseph fühlte sich überhaupt zufrieden in Italien, wo das Haus Oesterreich dem Hause Bourbon zur Seite eine vorwaltende dynastische Stellung einnahm. „Meine Reise", schreibt er der Kaiserin Katharina, „ist sehr glücklich gewesen, meine Gesundheit vollkommen. Ich habe das Vergnügen gehabt, meine ganze Familie wiederzusehen, die dort eingerichtet ist: ich zähle da 28 Neffen und Nichten. Mein Bruder, der Großherzog, mit dem ich mich auseinandergesetzt habe, wird mir demnächst seinen ältesten Sohn nach Wien schicken, wo er unter meinen Augen erzogen werden soll. Ich belade mich da mit einer

1) Aus dem Schreiben des Kaisers vom 20 Jan. 1784. Je crois que cette convention ne déroge rien d'essentiel au principe que j'avais avancé, étant nullement question du droit du pape dans la nomination qu'il exerçait, mais seulement de l'usage dans lequel il était d'en jouir. Man brauchte die Formel vigore constitutionis amicabilis. Kaunitz war nicht damit zufrieden. Nach ihm sollte es einfach heißen ad nominationem augustissimi.

nicht geringen Last; aber ich bin ohne andere Rücksicht, als die auf die Wohlfahrt meines Vaterlandes." Der Neffe, den er aus Toskana zu sich berief, ist der spätere Kaiser Franz II. Von dem, meinte man, der Kaiser habe ihn im Sinne — nicht den Vater, seinen Bruder Leopold, — wenn er von der Wahl eines römischen Königs spreche. Ein Brief liegt vor, in welchem Joseph den wohlbekannten, überaus geschickten und talentvollen Historiker, Hofrath Schmidt, zum Lehrer des jungen Mannes in der deutschen Geschichte bestimmte: er werde von Carl dem Großen anzufangen und über die folgenden Zeiten dem jungen Manne den ersten Unterricht zu geben haben.

Auch von dem Zustand in der Lombardei war er sehr befriedigt. Man konnte daran denken, die Erträge der Provinz zum Theil in die Centralkasse zu ziehen. Kaunitz machte ihm bemerklich, daß er das den von langer Hand her getroffenen Einrichtungen danke.

Ein sehr eigenthümliches Verhältniß überhaupt zwischen dem Herrn und dem Diener, dem Kaiser und seinem Minister. Der Kaiser immer thätig, in fortwährender Bewegung, glücklich in dem Besitz dessen, was bereits gewonnen ist, aber voll von Plänen zur Erweiterung der Macht: der Minister unbeweglich, wenig zugänglich, von dem Mittelpunkt der Monarchie aus das Ganze überschauend, und voll von systematischer Ueberlegung. Man kann die Referate, in denen er seine Erwägungen aller wichtigen Angelegenheiten dem Kaiser vorlegt, nicht lesen, ohne Hochachtung für seinen Geist und seine Umsicht zu empfinden. In der Hauptsache sind der Kaiser und sein Minister vollkommen einverstanden, sie arbeiten unaufhörlich zusammen und ergänzen einander. Viele von den Briefen, die man dem Kaiser zuschreibt, sind doch von Kaunitz concipirt: andere, die der Kaiser schrieb, unterwarf er der Begutachtung des Ministers. Sie vereinigten sich in der Idee des Staates überhaupt und in Bezug auf jedes vorkommende Verhältniß. Kaunitz war ganz geeignet dazu, den Kaiser, der wohl auch plötzlichen persönlichen Impulsen Raum gab, wie man sagt, an der Stange zu halten, seine Nachgiebigkeit auf der einen und seinen Eifer auf der andern Seite zu beschränken. Die Ueberlegenheit der Gedanken für das Ziel und die Mittel ist ohne Zweifel auf Seiten des Ministers; die umfassenden, weit ausgreifenden Combinationen der Politik, die man dem Kaiser zuschreibt, selbst mit den zweifelhaften Ueberschwänglichkeiten, die ihnen anhaften, heißt er nicht allein gut, sie rühren großentheils von ihm selber her.

Vereinigt wendeten sie jetzt sich mit all ihrem Eifer dem Austausch zu, der für die Politik von Oesterreich ein entscheidendes Moment bilden sollte.

Es wird nöthig sein, den Verhandlungen selbst in ihren Einzelheiten näher zu treten; vergegenwärtigen wir uns zunächst das ziemlich verwickelte genealogisch-territoriale Verhältniß.

Es war die jüngere Linie des Hauses Wittelsbach, welche im J. 1777 ausstarb: die mit so großen Anstrengungen erworbene bairische Churwürde erlosch mit derselben. Die pfälzische Chur, das Erbtheil der älteren Linie, absorbirte die bairische, die im Gegensatz mit ihr gegründet worden war. In Baiern, wo sich in Verbindung mit der angestammten Dynastie eine eigenthümliche Politik nach innen und außen gebildet hatte, konnte es unmöglich gefallen, daß diese nunmehr hinter eine andere, ihrerseits ebenfalls eigenthümlich entwickelte, zurücktreten sollte. Ein Mißverhältniß war hiebei unvermeidlich.

Nun folgte aber nicht etwa jener Stamm der pfälzischen Churfürsten, der sich durch den hohen Eifer, mit dem er den Protestantismus vertheidigte, einen großen Namen in der Welt gemacht hatte; dieser war längst abgegangen, und das inmitten der religiösen Kämpfe zum Katholicismus zurückgetretene Haus Neuburg war ihm gefolgt, und diesem wieder, vor fünfzig Jahren, das Haus Sulzbach, welchem Carl Theodor angehörte. Von mütterlicher Seite her war er ein Enkel der Arenberg[1]); in der Nähe von Brüssel geboren, wohin seine frühesten Jugenderinnerungen reichten. Die spätern Jugendjahre verlebte er in Mannheim, das eben im Gegensatz mit dem protestantischen Heidelberg zur Hofstadt erkoren, zu einer gewissen Blüthe emporkam, die er dann, als er zur Regierung gelangte, mit allem Eifer förderte. Seine Politik machte sich in dem Zwiespalt der Interessen, welcher Deutschland und Europa in Bewegung hielt, durch eigenthümliche Gesichtspunkte und zähes Festhalten derselben zuweilen auf unerwartete Weise bemerkbar. Die französischen Minister sagten wohl, unter den deutschen Höfen mache ihnen der Hof zu Mannheim das Meiste zu schaffen. Uebrigens setzte Carl Theodor seinen Ehrgeiz in die Pflege der Kunst und der Literatur, die er dann, ein verspäteter Nachahmer Ludwigs XIV., mit dem

1) Seine Mutter Marie Anne de la Tour d'Auvergne war die Tochter von Marie Anna von Arenberg, der einzigen Tochter des Herzogs Carl Philipp Franz von Arenberg.

Pomp des katholischen Gottesdienstes verband; sein Ideal war eine gebildete, glänzende, selbst durch Sitte nicht gebundene, egoistische Fürstlichkeit: er wünschte vor allen Dingen das Leben zu genießen; sein jesuitischer Beichtvater ließ ihm darin volle Freiheit. Für die strengere, verständige, provinziell patriotische Richtung, die unter seinem Vorgänger in München geherrscht hatte, wohnte ihm kein Mitgefühl bei: er ließ vielmehr, als er dort seinen Hof aufschlug, die ungefügigsten Repräsentanten derselben seine schwere Hand empfinden. Er war und blieb ein Fremder in Baiern, fühlte das wohl und gab es wieder zu empfinden.

Da auch Carl Theodor keine legitimen Kinder hatte, so wandten sich die Sympathien der Baiern auf den zur dereinstigen Nachfolge berufenen Zweig von Pfalz-Zweibrücken, der damals durch den erwähnten Herzog Carl von Zweibrücken und dessen jüngeren Bruder Maximilian, der für's erste noch zurücktrat, repräsentirt wurde. Wie zu erwarten, zwischen dem Churfürsten und der jüngeren Linie gab es kein gutes Verständniß. Der Herzog von Zweibrücken machte auf eine Apanage Anspruch, die ihm ein anständiges Auskommen seinen Aussichten gemäß gewähren solle. Der Churfürst versagte ihm eine solche mit Hartnäckigkeit: denn wie wenig sei seinem Vater und ihm selbst in früheren Zeiten zu Theil geworden: um Vieles besser sei der Herzog bereits gestellt, und was man ihm gäbe, wäre doch weggeworfen: er würde es nur auf Pferde und Hunde verwenden. Der französische Gesandte, der einmal zu Gunsten des Herzogs das Wort nahm, wurde mit Heftigkeit zurückgewiesen, worauf der österreichische Landcommenthur von Lehrbach für rathsam hielt, diese Saite niemals zu berühren, weil es nur dazu dienen würde, den Churfürsten dem kaiserlichen Hofe zu entfremden. Wenn sich der König von Preußen des Herzogs annahm, so hatte das eher einen für diesen nachtheiligen Erfolg. Denn dem König, dem Carl Theodor die Behauptung des Landes hauptsächlich verdankte, fühlte sich derselbe doch nicht verpflichtet dafür. Der preußische Gesandte am Reichstag klagt unaufhörlich, daß dort am Hofe ein entgegengesetztes Interesse vorwalte, das alle Tage stärker werde.

Das Land wurde zunächst durch die Intention des Churfürsten, eine Zunge des Malthefer-Ordens für Baiern zu gründen, in Bewegung gesetzt. Sie sollte dem Adel zu Statten kommen und auf die entbehrlichen Ueberschüsse namentlich der Klöster in Baiern, die sogenannten superflua, gegründet werden. Da hiezu die besondere Gunst des Papstes nothwendig war, so suchte man sich mit Rom

in das beste Verhältniß zu setzen. Die bairischen Klöster fürchteten nichts mehr, als die Vereinigung der päpstlichen und landesfürstlichen Gewalt zu ihrem Nachtheil. In dem ganzen Lande war man gegen die neue Stiftung: der Herzog von Zweibrücken protestirte. Man zweifelte nicht, daß doch Alles darauf abgesehen sei, dem ältesten der natürlichen Söhne des Churfürsten, Bretzenheim, damit eine ausgezeichnete und sichere Stellung zu machen. Nachdem der römische Hof eingewilligt, wurde derselbe in der That zum Großprior der neuen Maltheser Zunge erhoben. Man mißbilligte besonders, daß die eingezogenen Besitzthümer der Jesuiten, die zu Unterrichtszwecken bestimmt worden waren, dem neuen Orden gewidmet, fortan dem Müßiggang und einer unnützen Pracht dienen sollten. Die Regierung des Churfürsten hatte eine streng katholische Außenseite; und so schien es wohl, als habe er nur die Fortdauer des Katholicismus im Lande im Auge, wenn er von dem Herzog von Zweibrücken eine Assecuration des religiösen Zustandes verlangte: denn dieser, obwohl katholisch, sei doch von protestantischen Räthen umgeben und zeige Hinneigungen zu einer Abweichung. Herzog Carl lehnte es nicht geradezu ab; als er aber dabei seinen Anspruch auf eine bessere Apanagirung erneuerte, ließ der Churfürst vernehmen, mit Geld wolle er die Kirchlichkeit desselben nicht erkaufen, zumal da er sein Wort wahrscheinlich doch nicht halte. Die Katholicität Carl Theodors bewegte sich nicht in den gewohnten Formen. Er war ein Gegner des geistlichen Fürstenthums überhaupt und nicht übel der Meinung, dem Beispiele Josephs zu folgen und auch in Baiern die Einwirkungen der benachbarten Diöcesane auszuschließen, eine besondere, Baiern ausschließlich umfassende bischöfliche Verfassung zu gründen. Dabei war er jedoch entfernt davon, sich auch von dem Stuhle zu Rom abzuwenden, dessen er vielmehr auf das dringendste bedurfte, und von dem er sich einen besonderen Nuntius ausbat. In der innern Verwaltung wurden die Maximen verlassen, durch welche unter dem letzten Fürsten das Land gehoben und mit den Tendenzen der Zeit in einen gewissen Einklang gebracht worden war. Von einem der bedeutendsten Repräsentanten dieser Richtung, der ein allgemeines Ansehen genoß und noch in Diensten war, Freiherr von Kreitmayr, wollte man wissen, in den Rathssitzungen, denen er beiwohne, vermeide er es zu sprechen: er zucke die Achseln und lasse ein Lächeln blicken: er scheine es beinahe gern zu sehen, wenn von dem ihm verhaßten und fast verächtlichen Collegen Dinge unternommen wurden, welche einen unangenehmen Ausgang nehmen

mußten. Von dem Churfürsten wußte man, daß er ungern in München lebe; seine Tage wurden ihm durch das Widerstreben der patriotischen Faction gegen jeden Schritt, den er that, verbittert. Aber auch für die Pfalz war er nicht mehr sehr eingenommen: da waren ihm in Mannheim die Grenzen seines Gebietes zu enge, seine Gemahlin, die von ihm geschieden lebte, zu nahe. Die Pfälzer waren ihm gleichgültig geworden, die Baiern schien er zu hassen.

Unter diesen Umständen zweifelte man keinen Augenblick, daß er auf den Antrag eines Austausches eingehen würde. Sein Herz schwoll ihm, wenn er sich dachte, daß er in Brüssel, das er fast als seine Heimath betrachtete, als König von Burgund einziehen werde. Das Erbfürstenthum setzt eine gegenseitige Hinneigung zwischen Fürst und Volk von tiefen Wurzeln voraus. Wie sich der Wechsel der Zeiten dadurch ankündigte, daß auch mancher andere deutsche Fürst eine solche vermissen ließ, so war hier fast das Gegentheil eingetreten: Carl Theodor wünschte seiner Lande entledigt zu sein.

Wenn dergestalt die Stimmung des Churfürsten den Plänen und Wünschen des Kaisers entgegenkam, so zeigten sich auch sehr wesentliche Meinungsverschiedenheiten, sowie man das Vorhaben ernstlich angriff.

Carl Theodor dachte vor Allem: die gesammten Niederlande gegen seine bairischen Besitzungen einzutauschen; so weit wollte jedoch Joseph nicht gehen. Zu den Motiven, weshalb er früher von dem Entwurf abstand, gehörte die Ungleichheit der finanziellen Erträge aus den beiden Gebieten: jetzt rechnete er darauf, mit den Ueberschüssen der niederländischen Einkünfte über die bairischen noch die anderen Erwerbungen erlangen zu können, die ihm im Sinne lagen.

Die Bevölkerung der pfalz-bairischen Lande schätzte man auf 1,400000, die der Niederlande auf 1,800000 Seelen. Und noch stärker war die Differenz der Einkünfte. Nach den in Wien eingezogenen Erkundigungen betrugen die Einkünfte des Churfürsten etwa 4 Millionen Gulden, die, wenn man die für die Schulden erforderlichen Zinszahlungen abzog, auf 3,400000 Gulden schmolzen: die Einkünfte der Niederlande dagegen beliefen sich auf 7,600000 Gulden [1]). Auf diesen Ueberschuß gründete man nun in Wien die

1) So werden die Summen in dem Schreiben an den Gesandten in Rußland angegeben. Nach der Correspondenz von Lehrbach betrug die Bevölkerung in Baiern 1,300000, die niederländische 1,700000, das Einkommen von Baiern nach den Zinsenabzügen noch nicht 3,000000 (2,975,382), in den Niederlanden nahe an 6,000000 Gulden (5,962,553).

Absicht, von den Niederlanden so viel abzuzweigen, namentlich Luxemburg, Limburg und Namur, um eine Entschädigung für Salzburg und Berchtesgaden auszumitteln, die man mit der Monarchie zu verbinden für dringend hielt. Nach den vorliegenden statistischen Angaben nämlich ertrage Salzburg 800000, Berchtesgaden 100000 Gulden: aus den genannten drei Provinzen dagegen komme die Summe von ungefähr 1,200000 Gulden ein. Und auch dann blieb noch ein sehr bedeutender Unterschied, der zu einer weiteren Forderung Anlaß bot. Man war der Meinung, daß die durch ihre neuen Erwerbungen sehr in Vortheil kommenden Fürsten auch ihre bisherigen Landesschulden mit hinüber nehmen müßten. Denn man wollte diese Länder überhaupt neu organisiren, in der Hoffnung, daß sie bei besserer Bewirthschaftung bei weitem größere Erträge liefern würden.

Noch war Alles unbestimmt: sowohl was Carl Theodor abtreten, als was er dagegen erlangen sollte; und die Interessen gingen weit auseinander. Es dauerte bis in den August 1784, ehe Lehrbach zu einer definitiven Eröffnung und Besprechung darüber mit dem Churfürsten sich im Stande fühlte. Es ist der Mühe werth, ihrer Conferenzen, die am 13. und 18. dieses Monats stattfanden, im Einzelnen zu gedenken.

Lehrbach begann damit, daß er von dem Churfürsten nicht allein die eigentlich bairischen Lande, sondern auch die Oberpfalz, Neuburg und Sulzbach verlangte. Dieser bemerkte, die Oberpfalz könne er nicht aufgeben, denn an dies Land sei die Churwürde geknüpft. Jener bezeichnete diese Verbindung des Landes und der Würde als eine veraltete Idee: die Churwürde selbst denke ihm das Haus Oesterreich nicht zu entreißen; sie werde mit der königlichen, die man ihm in Aussicht stelle, verbunden sein. Der Churfürst bemerkte weiter, wenn in früheren Zeiten, namentlich bei dem Frieden von Baden, von einem Austausch die Rede gewesen sei, so habe man Neuburg und Sulzbach, als damals nicht zu Baiern gehörig, nicht mit einziehen wollen. Wie komme man jetzt dazu? Lehrbach erwiederte, in jener Epoche seien die Niederlande durch den Krieg verwüstet, die Städte eine Art von Schutt- und Steinhaufen gewesen; jetzt seien sie eines der blühendsten Länder von Europa und unter der kaiserlichen Fürsorge in steter Aufnahme. Der Churfürst stellte das nicht in Abrede, wollte aber den Unterschied der Einkünfte, den Lehrbach auf die oben erwähnte Weise — 7,600000

gegen 4 Millionen — angab, nicht als begründet anerkennen. Lehrbach berief sich auf seine Ermittelungen.

Wenn der Gesandte nun weiter die Eröffnung machte, daß der Kaiser auch Salzburg und Berchtesgaden einzutauschen gedenke, so war das dem Churfürsten an sich nicht unangenehm; denn, wie gesagt, er liebte die Unabhängigkeit der deutschen Bisthümer nicht; er hätte diese lieber sämmtlich eingezogen gesehen. Als aber Lehrbach fortfuhr, man denke den Erzbischof von Salzburg durch Luxemburg, Limburg und Namur zu entschädigen, so gab er das größte Erstaunen kund. Was bleibt dann mir? rief er aus. Lehrbach erwiederte: der schönste, reichste und ansehnlichste Theil der Niederlande, dessen reine Einkünfte die aus den churfürstlichen Landen aufkommenden noch immer bedeutend übersteigen. Der Churfürst schwieg hierauf.

Lehrbach fuhr in seiner Erörterung fort. Er berechnete die Differenz zwischen beiden dahin, daß Oesterreich noch immer einen Ersatz von mehr als 2 Millionen suchen müsse, und kam dann mit dem Antrage hervor, daß der Churfürst die bairischen landschaftlichen und Cameral-Schulden auf die Niederlande übernehmen solle. Der Churfürst antwortete mit unbedingter Ablehnung [1]): von jeher sei er ein abgesagter Feind von Schulden gewesen: wie wolle man die landschaftlichen Schulden ihm, dem Fürsten, aufbürden? Lehrbach versetzte, die Landschaft verwende zur Abführung der Zinsen die einträglichsten landesfürstlichen Einkünfte, namentlich die Accise und die sogenannten Aufschlagsgelder. Der Churfürst schwieg auch jetzt.

Noch war er eher verstimmt und abgeneigt, als gewonnen. Den größten Eindruck aber machte auf ihn die Berechnung, daß er in den Niederlanden nach Abzug aller Kosten eine reine Einnahme von einer Million mehr, als er jetzt in Baiern habe, erlangen würde; er erheiterte sich bei diesen Worten sichtbar und fragte nur, ob man ihm den Ueberschuß auch dann zusichere, wenn sich herausstelle, daß das bairische Einkommen mehr betrage, als man annehme. Lehrbach machte dagegen keine weitere Einwendung, fügte aber hinzu, es sei das letzte Wort des Kaisers: der Churfürst möge bedenken, welch ein Vortheil ihm aus der Sache erwachse, und möge sich unverzüglich entscheiden. Der Churfürst beklagte, daß er Niemand habe, mit dem er die Sache, die ein unbedingtes Vertrauen fordere, überlegen könne. Lehrbach empfahl ihm seine Geheimen Räthe Stubenrauch und Kreitmayr, den Kanzler. Von denen er-

1) „Nein, das kann ich nicht."

wartete man besonders zuverlässige finanzielle Erhebungen, auf die der Churfürst alles Weitere verschob.

Nun aber trat der Kaiser auch noch mit andern Vorbehalten bei seinem Antrage hervor. Er wollte den vielleicht besten Theil seiner niederländischen Truppen, obwohl sie recht eigentlich niederländisch waren, sechs wallonische Regimenter aus dem Lande abführen, zugleich mit der Artillerie, die ihm verbleiben solle. Auch das Recht, Anleihen in den Niederlanden zu machen und neue Werbungen zu veranstalten, wollte er behalten: ganz und gar dachte er die alte Beziehung Oesterreichs zu den Niederlanden nicht aufzuheben. Der Churfürst nahm das nicht geradezu an, lehnte es aber auch nicht ab.

Auch bei alle den Beschränkungen hatte der Vorschlag doch für Carl Theodor etwas unendlich Reizendes. Seine rheinischen Länder, die Churpfalz und Jülich-Berg, sollten ihm verbleiben: man stellte ihm vor, sie würden viel leichter mit den Niederlanden zusammenwachsen, als mit Baiern. In den Niederlanden wurde ihm eine europäische Stellung dargeboten. Die Einrichtung der dortigen Kassen machte es ihm möglich, ein ansehnliches Truppencorps zu halten: er erklärte sich entschlossen dazu, da es gegen Holland nothwendig sei. Auch die für Salzburg bestimmten Gebiete würden in Abhängigkeit von ihm verblieben sein. Der Kaiser versprach ihm, jeden fremden Anspruch nachdrücklich zurückzuweisen, z. B. den hessischen an Brabant, dagegen die Einrichtung jener Maltheser Zunge in Baiern aufrecht zu halten. Der Besitz der Krone und zugleich des Churfürstenthums würde ihm allezeit einen großen Einfluß in Deutschland gesichert haben, und dabei wäre er der Gefahr, in die unmittelbaren Conflicte zwischen Preußen und Oesterreich verwickelt zu werden, überhoben worden. Lehrbach stellte ihm dies mit der schlauen Umsicht, die ihm eigen war, besonders nachdrücklich vor: es machte auf ihn viel Eindruck.

Aber dagegen: sollte er einen Schritt von so großer Tragweite wagen? sollte er sich aufs neue dem öffentlichen Tadel aussetzen, wie er ihn in dem vorigen Kriege über sich hereingezogen hatte? Er liebte das Lob, wie den Glanz; die Besorgniß vor dem, was die Welt sagen werde, lähmte seinen Ehrgeiz, der auf keine ächte Energie basirt war. Er grollte seinen Verwandten, seinen Umgebungen, aber fürchtete doch ihr Mißfallen zu erwecken. Daß er eine Verpflichtung für das Stammland Baiern empfunden hätte,

davon findet sich keine Spur; dessen politische Bedeutung und administrative Selbständigkeit zu gefährden, fühlte er keinen Scrupel.

Wohl trat er mit einigen seiner Beamten, namentlich mit Kreitmayr, in Berathung über die Sache: jedoch nur mit halbem Vertrauen, so daß auch der Kanzler an sich hielt. Auf den hatte übrigens die schlechte Verwaltung Carl Theodors und der damit verbundene Verfall des Landes, gegenüber dem soeben aufkommenden Oesterreich, dem das Land doch über kurz oder lang zu Theil werden müsse, so viel Eindruck gemacht, daß er den Plan des Austausches nicht unbedingt verwarf [1]. Mit dem Churfürsten war er hauptsächlich darüber uneins, daß dieser die bairischen Einkünfte nach den Angaben eines früheren Ministers bei weitem höher anschlug, als er sie berechnete. Geringere Angaben, als die vermeinten höheren Erträge, wollte aber Carl Theodor dem österreichischen Gesandten nicht mittheilen.

Zuweilen hat er den Zweifel geäußert, ob es dem Kaiser mit dem Austausch Salzburgs gegen Luxemburg ein Ernst sei; denn wenn er Baiern bekomme, würde er Salzburgs ohnehin sicher sein: werde er nicht Luxemburg für Frankreich vorbehalten wollen? Denn ohne dessen Einwilligung lasse sich die Sache doch schwerlich durchführen, und eben nach Luxemburg stehe der Sinn der Franzosen. Noch öfter tauchte seine Meinung auf, daß er die gesammten Niederlande durch die Abtretung Baierns erlangen müsse.

Der Kaiser, der Alles wohl überlegt hatte, erklärte, es sei sehr sein Ernst damit, Salzburg auf die angedeutete Weise einzutauschen. Ebenso war er darüber entschieden, auch die Oberpfalz, Neuburg und Sulzbach zu fordern: mehr als eine Million könne und wolle er aber an seinen Einkünften nicht einbüßen. Er stellte eine Art von Ultimatum auf, in welchem er auch darauf bestand, daß die bairischen Schulden auf die Niederlande übernommen werden müßten. Er erklärte zugleich, wenn der Churfürst sich weigere, diese Hauptpunkte anzunehmen — denn über andere lasse sich unterhandeln — so müsse er seinen Antrag zurückziehen, und der Churfürst werde einmal bedauern, so große Vortheile, wie man ihm anbiete, ausgeschlagen zu haben. Gegen Ende September kam es nochmals zu einer aus-

1) Lehrbach versichert, von Kreitmayr und Stubenrauch sei ihm „der sehnliche und wie ihm scheine ungeheuchelte Wunsch zu erkennen gegeben worden, daß die sämmtlichen bairischen Lande unter den allerhöchsten österreichischen Scepter gelangen möchten, indem dieses der einzige Weg sei, wodurch Baiern wieder aufgeholfen werden könnte."

führlichen Besprechung zwischen dem Churfürsten und Lehrbach. Jener war entfernt, in den streitigen Punkten nachzugeben; mit besonderem Nachdruck betonte er, daß er unmöglich auch Limburg aufgeben und an Salzburg übergehen lassen könne. Ueberdies war ihm der Gedanke gekommen, von dem Kaiser die Ortenau und Falkenstein zu verlangen, was dieser, da er schon ohnehin zu viel zu geben glaubte, nimmermehr zugestehen konnte. Auch gegen die kaiserlichen Werbungen in den Niederlanden setzte sich Carl Theodor, und der Kaiser war nicht abgeneigt, hierin eine Vermittelung anzunehmen, auf die Anwerbung von Eingeborenen Verzicht zu leisten, und Limburg an den Churfürsten zu überlassen. Es war eine Unterhandlung, in der politische und finanzielle Rücksichten auch auf seiner Seite erst nach und nach in Einklang gebracht werden mußten. Einverstanden war man doch eigentlich noch nicht; aber der Churfürst hatte sich genähert, denn der Antrag entsprach dem Wunsche seines Herzens. Das große Vorhaben erschien in der Hauptsache bereits gesichert. Was den Churfürsten von dem Abschluß zurückhielt, war besonders die Rücksicht auf Zweibrücken. Nachdem er anfangs gebeten, die Sache erst mit ihm abzumachen, ehe mit dem Herzog verhandelt werde, bestand er nunmehr darauf, daß diese Verhandlung einem definitiven Abschluß vorangehen müsse. Er selbst aber wollte sie nicht führen, er überließ sie dem österreichischen Hofe.

Dem stellten sich nun aber neue Schwierigkeiten in den Weg. Der Herzog hielt sich in auffallender Entfernung von dem kaiserlichen Hofe, dessen Ungunst er in seinem persönlichen Verhältniß mit dem Churfürsten erfahren hatte. Der kaiserliche Hof wünschte den Herzog dahin zu bringen, sich ihm anzunähern und mit dem Ausdruck des Vertrauens etwa eine pecuniäre Aushülfe von ihm zu begehren. Ein churkölnischer Hofrath des Namens Maier machte sich nach dem Karlsberg auf, um den Herzog, bei dem er einiges Ansehen genoß, zu einem Anschreiben von solchem Inhalt zu vermögen. Dahin begab sich ebenfalls der Fürst von Waldeck, ein Jugendbekannter des Herzogs, in der Absicht, eine Annäherung herbeizuführen. Auch ein russischer Gesandter, Romanzow, der dem Herzog schon bekannt war, stellte sich bei ihm ein. Er hatte den Befehl von seiner Kaiserin, ein gutes Verhältniß zwischen demselben und dem Hofe zu Wien herzustellen; doch maß er seine Schritte auf das vorsichtigste ab, um nicht die Gunst des Herzogs zu verlieren.

So weit kam es denn doch, daß der Herzog bei dem schon erwähnten Todesfall des Prinzen dem Kaiser eine Notification davon zuschickte

und zwar in solchen Ausdrücken, welche Kaunitz anständig fand, so daß er nun eine Eröffnung über den Plan und eine Verhandlung darüber für möglich hielt. Schon war der Herzog — auf geheimem Wege — wenigstens von der Thatsache einer Unterhandlung zwischen dem Kaiser und dem Churfürsten, die auch ihn betreffe, in Kenntniß gesetzt worden. Dies nun in aller Form zu thun, machten nur die Zögerungen des Churfürsten und sein ausgesprochener Wunsch für den Wiener Hof selbst nothwendig. Aber vorher war noch ein anderer vorläufiger Schritt unumgänglich [1]). Man wußte, daß der Herzog ohne Frankreich nichts thun, daß er selbst jede ihm geschehene Eröffnung an Frankreich mittheilen werde, und hielt deshalb für rathsam, das ganze Vorhaben lieber selbst zur Kunde des französischen Hofes zu bringen, „in allianzmäßiger Weise", wie Kaunitz sagt. Denn das durch die Allianz von 1756 begründete gute Vernehmen bestand ja noch.

So war die Lage dieser Angelegenheit in dem Spätjahr 1784. Wie mit Baiern, so waren auch mit Salzburg und Berchtesgaden Unterhandlungen gepflogen worden, die freilich auf die mannichfaltigsten Schwierigkeiten stießen. An den Herzog von Zweibrücken war noch keine eigentliche Mittheilung erfolgt. Der Plan überhaupt war noch in das tiefste Geheimniß verschlossen, so eifrig man ihn auch an einer und der anderen Stelle betrieb. Rußlands war der Kaiser sicher; Frankreich hoffte er zu gewinnen: — als ein unerwartetes Ereigniß noch eine neue Verwickelung herbeiführte, in deren Folge das Geheimniß nicht mehr bewahrt werden konnte.

1) Kaunitz an Lehrbach, 21. October 1784.

Zehntes Capitel.

Streitigkeiten mit Holland; Rückwirkung auf das Verhältniß zu Frankreich und zu Baiern.

Indem Joseph II. über die Abtretung der Niederlande verhandelte, war er doch zugleich beschäftigt damit, sie selbst erst vollständig in seinen Besitz zu bekommen. Darin liegt kein Widerspruch, aber es hat auch keinen innern Zusammenhang. Bei dem einen und dem andern Versuche folgte der Kaiser seiner eigensten Sinnesweise, nur das Interesse des Staates im Auge zu haben.

Nur unter sehr lästigen Beschränkungen, auch nach außen hin, besaß er die ehemals spanischen Niederlande. Die nördlichen zur Republik vereinigten Provinzen hatten in dem Frieden von Münster nicht allein ihre Unabhängigkeit von der spanischen Herrschaft zur Anerkennung gebracht, sondern auch ihr mercantiles Uebergewicht über die benachbarten, im Gehorsam der Krone verharrenden Landschaften festgesetzt. Der Ausfluß der Schelde wurde für geschlossen erklärt; denn neben einem blühenden Antwerpen meinte sich Amsterdam nicht behaupten zu können. Der achtzigjährige Krieg war nur durch das Uebergewicht der Seemacht ausgefochten worden, das sich Holland durch den Frieden nicht wollte schmälern lassen. Spanien fügte sich hauptsächlich auch deshalb, weil es noch einmal gegen Frankreich Front zu machen im Begriff stand, was nur in Verbindung mit Holland möglich war. Aus dieser Allianz der Holländer mit Spanien war dann auch das System der Barriere hervorgegangen, d. i. die Belegung der wichtigsten Grenzplätze mit holländischen Garnisonen; denn Spanien war bei weitem nicht mächtig genug, um für sich selbst ihre Erhaltung zu verbürgen; unter derselben Bedingung nun waren später die katholischen Niederlande an das Haus Oesterreich überlassen worden. Aber man weiß, wie lästig diese Beschränkungen den Herrschern aus dem Haus Oesterreich wurden, als die Lage

der Welt sich veränderte. Zu wiederholten Malen waren Carl VI. wie Maria Theresia dagegen angegangen: unerträglich fielen sie einem Selbstherrscher wie Kaiser Joseph.

Merkwürdigerweise sind die Engländer, welche die Beschränkungen des österreichischen Besitzes bisher eifrig festgehalten hatten, die Ersten gewesen, sie fallen zu lassen. Im amerikanischen Kriege ergriff Holland den Augenblick, den es für günstig hielt, um sich von England zu emancipiren: es machte gemeinschaftliche Sache mit Frankreich und Amerika.

Die erste Folge hiervon war, daß die Engländer selbst den Kaiser zum Bruch der ihm durch die alten Tractate auferlegten Bedingungen anregten: sich der Ausflüsse der Schelde gegen die Holländer zu bedienen. Durch die Lords Stormont und Mansfield wurde die Sache in förmliche Anregung bei dem Kaiser gebracht, und dieser schien geneigt darauf einzugehen. Mit all seinem Gewicht setzte sich Fürst Kaunitz dagegen; er zog in Betracht, daß besonders die Allianz Oesterreichs mit Frankreich, welche die Grundlage seiner ganzen Politik war, gefährdet werden würde. Er führte dem Kaiser auf seine systematische Weise aus, daß jede Sache, die man unternehme, sich rechtfertigen lassen, Aussicht auf Erfolg darbieten und nicht etwa mehr Gefahren als Vortheile in Aussicht stellen müsse: auf diesen Grundsätzen beruhe alles, was er zum Vortheil des Erzhauses eingeleitet und durchgeführt habe. Bei dem vorliegenden Vorschlage aber sei das nicht der Fall. Man würde dabei den Frieden von Münster verletzen und den Unterthanen selbst nur geringen Vortheil und Förderung verschaffen: der Hauptgewinn werde einigen Kaufleuten in Antwerpen zufallen [1]).

Und augenscheinlich ist, daß damals unternommen die Sache als ein Beitritt zur Politik von England erschienen wäre und das Bundesverhältniß Oesterreichs zu Frankreich gestört haben würde. Der Kaiser und sein Minister standen zunächst davon ab. Aber zugleich faßten sie einen andern, den alten Tractaten nicht minder zuwiderlaufenden Gedanken: der Barriere ein Ende zu machen. Da fielen jene Bedenken weg und man hatte alle Aussicht auf Erfolg. England konnte nicht dagegen sein, da Holland mit Frankreich verbündet, noch weniger Frankreich, da die Einrichtung ursprünglich in

1) Réflexions sur l'idée de rétablir le commerce de la ville d'Anvers etc. 21. Jänner 1781. (Staatsarchiv zu Wien.)

einem ihm entgegengesetzten Sinne getroffen war. Dem Kaiser schien es Rechtfertigung genug, wenn er erklärte, er wolle überhaupt keine Festungen in diesen Provinzen mehr, da die Allianz von 1756 sie unnöthig mache. Was konnte die Republik dagegen thun? Sie gerieth in ein sonderbares Gedränge, indem sie alle ihre Kräfte zur Seite Frankreichs gegen England anstrengte, und dagegen von dem besten Verbündeten der Franzosen auf dem Continent, dem Kaiser, aus einem alten Besitz verdrängt werden sollte, der doch ein wesentliches Moment ihrer europäischen Stellung ausmachte. Als das einzige Mittel sich zu behaupten, erschien ihr der Versuch, den Kaiser selbst umzustimmen.

Es war ein alter Bekannter des Kaisers, den dieser einst auf seiner Besitzung in Holland besucht hatte, Herr von Wassenaar tot Wassenaar, den die Holländer als Gesandten an ihn abordneten: Joseph empfing ihn mit einem der genossenen Gastfreundschaft entsprechenden Wohlwollen. Sie tauschten mit einander auch in Bezug auf die öffentlichen Angelegenheiten die freundschaftlichsten Versicherungen aus. Der Kaiser gab seine lebhafte Theilnahme an dem Ruhme der Tapferkeit und Geschicklichkeit, welchen die Holländer soeben in ihren Seegefechten mit den Engländern gewonnen hatten, zu erkennen. In der Sache selbst aber war er nicht abgeneigt zurückzuweichen, und eben so wenig wie der Kaiser war es der Fürst Kaunitz. Wir berührten schon, wie sehr sich Wassenaar seiner persönlichen Gewogenheit zu erfreuen hatte: bei alle dem bewilligte er demselben doch nicht einmal eine eigentliche Conferenz über sein Ansuchen, welches keine ernstliche Schwierigkeit bilde, da man ja in der obschwebenden allgemeinen Verwickelung zusammengehe. Er gab zu vernehmen, der Kaiser denke an dem Bündniß mit Frankreich festzuhalten, und da dies zugleich in Verbindung mit Holland stehe, auch mit der Republik ein gutes Verständniß zu pflegen, aber mit Beseitigung der Barriere, was für diese selbst in so fern ein Vortheil sei, als sie dadurch eines erheblichen Kostenaufwands entübrigt werde. Um keinen Conflict hervorzurufen, hielt es die Republik für das rathsamste, ihre Truppen zurückzuziehen, wiewohl mit Vorbehalt ihres Rechtes; nur wäre ihr an der Behauptung von Namur gelegen gewesen, das ihr durch einen besondern Vertrag erst im Jahr 1757 gesichert worden war. Hierüber kam es bei einer jener Abendgesellschaften im Billardzimmer zu einer Erklärung, die, als sie bekannt wurde, nicht ohne guten Grund ein allgemeines Aufsehen und Erstaunen erregte. Der Gesandte hatte bemerkt, daß ja doch auch

das Verhältniß zwischen Frankreich und Oesterreich, auf das man seine Forderung gründe, sich wieder ändern könne: Kaunitz, der die Sache nur von ministerieller Seite ansah, vermaß sich hoch und theuer, daß dies unmöglich sei. Wassenaar bezog sich auf die Verbindlichkeit der geschlossenen Tractate. Hierauf erwiederte Kaunitz ohne Rückhalt, kein Tractat binde länger als das Verhältniß dauere, unter dem er geschlossen sei. Er sagte wörtlich: „Die Barriere existirt nicht mehr. Der Kaiser will nichts mehr davon hören [1]." Wassenaar, der an sich die Verehrung theilte, welche dem Fürsten Staatskanzler allgemein gezollt wurde, war doch erstaunt, daß er, Grundsätze wie diese, in einer so zahlreichen Gesellschaft, in der Jedermann auf ihr Gespräch aufmerkte, unverhohlen aussprach und ihn ermächtigte, seine Worte den Generalstaaten zu melden. Es ist in der Wiener Staatskanzlei gewesen, daß diese Grundsätze, welche die europäische Ordnung der Dinge umstürzen mußten, namentlich wenn es jemals wieder zu einem Widerstreit zwischen Frankreich und Oesterreich kam, und den besonders auf Verträge gegründeten Bestand von Oesterreich selbst bedrohten, in einer offiziellen Verhandlung ausgesprochen worden sind.

So weit gingen bereits die Ideen über die absolute Freiheit der Bewegung des Staates nach seinen unmittelbar gegenwärtigen Interessen, ohne Rücksicht auf bestehende Verpflichtungen. Der holländische Gesandte sollte damit nicht verletzt, sondern eher überzeugt werden, daß es nicht eine besondere Feindseligkeit gegen die Republik sei, wenn man die Barriere nicht dulden wollte, sondern daß es in der Natur der Sache liege. Wassenaar weiß nicht genug zu rühmen, wie er von allen Seiten mit Freundlichkeiten überhäuft werde: von den Fürsten Colloredo, Auersperg, Lichtenstein und ihren Familien, den Inhabern der obersten Hofchargen, dem Oberkammerherrn Rosenberg so gut wie den andern, auch dem Feldmarschall Lascy und einigen Generalen; allenthalben finde er einen angenehmen Umgang, frei von aller steifen Förmlichkeit. Dem Fürsten Kaunitz machte er nach wie vor seinen Hof, ohne sich doch, wie er versichert, Niedrigkeiten und Schmeicheleien zu Schulden

1) Bericht von einer Unterredung des Fürsten Kaunitz mit dem holländischen Gesandten, Grafen von Wassenaar, über die Barriere-Irrungen. Aus einer Flugschrift der Zeit; gedruckt bei Dohm, Denkwürdigkeiten II, S. 485. Die Stelle steht ziemlich wörtlich in der Depesche Wassenaars vom 15. Mai, doch ist diese um vieles ausführlicher.

kommen zu lassen. Auch den Kaiser besuchte er einmal in Laxenburg, und wir dürfen wohl aus seinem Bericht wiederholen, wie es dabei herging. Die eingeladenen Gäste waren bereits im Garten beisammen, als auch Joseph erschien, eben wie ein Privatmann, der seine Freunde bei sich sieht; man bemerkte nichts, was ihn als das Oberhaupt des Reiches gekennzeichnet hätte, weder die ungarische Garde, noch die polnische, noch auch eine deutsche, selbst keine Kammerherren, keine Pagen. Der Kaiser führte sie in den Speisesaal in dem von ihm bewohnten Hause, das einst der Feldmarschall Daun inne gehabt hatte. Zu Zeiten seiner Mutter hatte man da auf Tabourets gesessen: er hatte altväterisch bequeme Stühle mit hohen Lehnen angeschafft, auf denen man sich dann um die Tafel her niederließ, wie es einem Jeden gefiel; der Kaiser selbst saß zwischen zwei Damen der höhern Gesellschaft, die er gern sah. Man speiste wie in den bessern Häusern, doch nicht so prächtig wie bei dem Erzbischof-Cardinal; nur wenig fremde Weine wurden angeboten, Madeira, Tokay, Champagner; der Kaiser selbst kostete davon nichts, er trank nichts als Wasser. Die Conversation war meistens eine allgemeine, der Kaiser zeigte ein besonderes Talent sie in Gang zu erhalten. Wassenaar rühmt die Leutseligkeit, Offenheit und Freundlichkeit, die derselbe, wie gegen Andere, so besonders auch gegen ihn, den Gesandten, an den Tag gelegt habe. Noch mehr politische Bedeutung hatte ein Spaziergang, den Wassenaar eines Tages im Augarten, der eben von dem Kaiser eröffnet worden war, mit ihm machte. Es war ein schöner Maitag, der die vornehme Welt und das Volk zu vielen Tausenden dahin gelockt hatte. In Mitte der Menge, die ihrem Fürsten Ehrerbietung und Liebe zeigte, stieß Joseph auf Wassenaar, winkte ihn zu sich, und machte mit ihm, nach Entlassung seiner bisherigen Begleitung, die Runde durch die herrlichen Baumgänge auf den größeren Wegen und den kleinen Pfaden. Dabei war nun zunächst die Rede von den Verschönerungen, die der Kaiser in dem Garten angebracht; er verglich sie mit den Anlagen, die er in Holland gesehen, stellte sie jedoch denselben nicht gleich; dann vor allen andern Dingen der Welt: der Anwesenheit des Papstes, bei der der Kaiser an das Parturiunt montes und den Unterschied der früheren Zeiten von den dermaligen erinnerte; von den Friedensverhandlungen zwischen England und Amerika, und der Stellung der verschiedenen Mächte zu denselben: der Kaiser führte dem Gesandten aufs neue die Nothwendigkeit zu Gemüthe, daß die Republik sich gerüstet halte, um

das Uebergewicht in der Nordsee zu behaupten. Im Laufe des Gespräches ward denn auch der Barriere gedacht. Der Kaiser wiederholte, was Kaunitz gesagt hatte, daß sie nach der Veränderung des politischen Systems, von der man auch in Frankreich nimmermehr wieder abweichen werde, unnütz sei. Der Gesandte erwiederte: die Republik werde so lange nichts fürchten, als sie der Geneigtheit und Gunst des Kaisers sicher bleibe. „Ich betrachte euch", versetzte Joseph, „als alte Alliirte; seit die Republik besteht sind wir in gutem Vernehmen gewesen. Ich kann euch nur Gutes gönnen, denn unsere Interessen sind gemeinschaftlich. Ich bin überzeugt, Frankreich wird sich nicht von dem gegenwärtigen, so wohl begründeten System entfernen; sollte es aber dennoch zumal die Niederlande beunruhigen, so muß man ihm auch eine andere Spitze entgegensetzen" [1]). Ueber diese vertraulichen Aeußerungen höchlich erfreut, erwiederte der Gesandte, die Republik werde diese Gesinnung durch entsprechenden Eifer zu verdienen suchen. Den Generalstaaten selbst führt er zu Gemüthe, was alles darin liege: es sei offenbar, daß das Verständniß Oesterreichs und der bourbonischen Mächte keine Beziehung auf die vereinigten Niederlande habe; die Schleifung der Festungen bewirke zugleich, daß der Kaiser in keinen weiteren Hader mit ihnen gerathen werde; und welche Tragweite habe nicht das Wort „eine andere Spitze". Darin liege die Andeutung eines neuen Systems.

Ich denke nicht, daß man im Haag die so überaus günstigen und friedlichen Impressionen theilte, denen sich Wassenaar hingab. Denn von Brüssel, wo die Verhandlungen im Einzelnen geführt wurden, liefen Nachrichten sehr entgegengesetzten Inhalts ein.

Sehr verfängliche Andeutungen waren in Wiener Blättern, die man unter der Hand verbreitete, bereits im September 1783 zu lesen. Man konnte sich nicht lange bergen, daß es nun doch auf die Eröffnung der Schelde abgesehen sei. Die Flamänder drangen mit Eifer darauf und boten ansehnliche Beihülfe zur Ausführung

1) Missive van den extraordr envoyé Graf van Wassenaar tot Wassenaar te Weenen aan den Greffier der Staaten Generaal. dat. 18. May 1782, rec. 26. Juny 1782. Secreet. „Je vous regarde comme mes anciens alliés et bons amis — je ne pourrai pas vous vouloir du mal. Nos intérêts sont communs. Je ne vois pas que la France puisse jamais avoir des raisons de s'écarter du système actuel, il est trop bien établi; et en tout cas s'il venait de troubler vers les Pays-bas, il faudrait alors opposer une autre pointe à la France."

des Vorhabens. Der Kaiser sträubte sich, weil dies dem Tractat von Münster zuwiderlaufe: wie sollte aber ein Tractat mehr binden als ein anderer? Wenn man es jetzt unternahm, so geschah es nicht im Einverständniß mit England, also auch ohne Gefahr darüber mit Frankreich zu zerfallen. Joseph begann damit, einige Grenzplätze, auf die er ein Recht zu haben glaubte, ohne weiteres für sich in Besitz zu nehmen. Andere Ansprüche kamen in der Verhandlung zu Brüssel zur Sprache. Er ließ ein Verzeichniß derselben aufstellen: die Holländer antworteten mit ausführlichen Widerreden. Endlich trat der Kaiser mit einem Ultimatum auf, in welchem er alle übrigen Forderungen fallen lassen zu wollen erklärte, wenn die Republik verspreche, die Schelde zu öffnen, die Schiffahrt auf derselben frei zu geben, und dem unmittelbaren Verkehr seiner Unterthanen mit fremden Welttheilen keine Schwierigkeit entgegenzusetzen.

Auch hiebei wurden sehr weitgehende Maximen adoptirt. Oesterreich rechtfertigte das Vorhaben damit, daß der Kaiser die Niederlande kraft eines Erbrechtes besitze, das durch seine Vorfahren nicht habe mit Beschränkungen belastet werden können. Diesem auf uralte Gerechtsame gestützten Argument fügte man die vor Kurzem in Gang gekommene Doctrin von der unbeschränkten Freiheit der Meere hinzu. Es war im Mai des Jahres 1784, als eben der bairische Tausch ernstlich in Angriff genommen wurde; niemals waren die Entwürfe des Kaisers höher gegangen. Er zählte auf die Unterstützung von Rußland und auf die Connivenz von Frankreich. Der französische Minister Vergennes ließ vernehmen, er halte den Gegenstand für wenig bedeutend: die Holländer würden wohlthun, ohne weiteres nachzugeben. Er meinte selbst, die beste Grenze zwischen den österreichischen und den vereinigten Niederlanden würde der Lauf der Schelde bilden. Vergennes hatte hiebei die Erhaltung und Befestigung des Friedens im Auge; er hielt die Frage für eine solche, an der Frankreich nicht nöthig habe, Theil zu nehmen [1]).

1) Nach einem Schreiben von Kaunitz vom 10. Juni 1784 an den Kaiser meldete Mercy: die Aeußerungen des Grafen von Vergennes über die Händel Oesterreichs mit Holland seien noch immer die vergnüglichsten. „Nicht allein die freie Schiffahrt auf der Schelde sieht dieser Minister als einen Gegenstand von geringer Erheblichkeit für die Vereinigten Niederlande an, über deren Zugestehung sich die General-Staaten seines Ermessens gar nicht aufhalten sollten; sondern selbst bei der Abtretung der holländischen Küste in Flandern machte er eigenmächtig die Erinnerung, daß der Lauf der Schelde den Holländern die natürlichste Grenzscheidung geben würde, anstatt

Ganz anders aber, als wie es diesen friedlichen Intentionen entsprochen hätte, wurde die Sache vom Wiener Hofe behandelt. Durch die günstige Lage der politischen Verhältnisse ermuthigt, redete auch Kaunitz nunmehr kräftigen Maßregeln das Wort. Dem Ultimatum des Kaisers wurde die Erklärung hinzugefügt, dieser halte die Sache für entschieden; einer Unterhandlung darüber bedürfe es nicht, jedes Hinderniß, das Holland der freien Schiffahrt fortan entgegensetze, werde er als eine Feindseligkeit, eine Kriegserklärung ansehen [1]. Der Kaiser erachtete dies Verfahren für das einzig geeignete, um zum Ziel zu kommen. Er meinte, die Holländer, die zu einem positiven Aufgeben des bisher geübten Rechtes nicht zu bringen sein möchten, würden doch der Schiffahrt seiner Fahrzeuge sich nicht widersetzen, sie würden, sagte er, dissimuliren: dadurch aber würde er seinerseits in Besitz gelangen, den er dann festzuhalten wissen werde. Eine große Macht müsse so viel Vertrauen in ihre Streitkräfte haben, daß sie ruhig abwarte, ob Jemand die Stirn haben könne — er sagt, die Impertinenz — sie zu beleidigen [2].

Mit dem herrischen Geist, der aus dem Gefühl der Macht entspringt, verbindet sich in Joseph schlaue und kühl erwägende Berechnung der Schwäche des Gegners zu seinem Vortheil. Auf Rußland mit Entschiedenheit zählend, und der Beistimmung Frankreichs, wie er meint, sicher, glaubte er, die Republik werde es nicht wagen, seiner Uebermacht zu widerstreben.

Aber weder er selbst noch auch der französische Minister, wenn

daß die damalige in jenen Gegenden sehr unbestimmt und gar nicht solide wäre. Uebrigens beharrt er selber darauf, daß die bona officia, so Frankreich den Holländern angetragen, vollkommen zur bestmöglichen Erfüllung der Allerhöchsten Absichten angewendet werden sollen." — Staatsarchiv in Wien.

1) Graf Belgiojoso fügte dem gemachten Ansinnen noch die bestimmte Erklärung hinzu: der Kaiser stelle die verlangte Freiheit der Schelde nicht als einen Gegenstand neuer Unterhandlungen auf, sondern von jetzt an betrachte er sie als bereits entschieden, und jedes Hinderniß, das man der Schiffahrt seiner Unterthanen auf diesem Strom entgegensetzen würde, werde er von diesem Tage an als wirkliche Feindseligkeit, als förmliche Kriegserklärung ansehen und ahnden. — Dohm a. a. O. S. 198.

2) Selon mon principe, une grande puissance ne doit jamais faire de ces démonstrations, dont la nullité est bientôt reconnue et qui ne peuvent faire illusion que pour une fois, mais se tenir tranquille et avoir cette assurance de ses forces qu'on n'osera pas avoir l'impertinence de l'offenser, et si on l'avait, sans menacer frapper un coup fort. — 30. Juli 1784. Staatsarchiv zu Wien.

dieser jene Aeußerungen in allem Ernste gemacht hat, zogen dabei in Betracht, daß durch diese Anmuthung das eigenste Interesse der holländischen Kaufleute betroffen werde. Amsterdam und Rotterdam glaubten auch jetzt noch, von einer belgischen Handelsmacht den schwersten Eintrag befürchten zu müssen. Die früheren Anmuthungen berührten sie nicht unmittelbar; sie hatten darin nachgeben können: in dieser aber, die sie an der empfindlichsten Stelle verletzte, wollten sie nicht weichen. Auch dem französischen Hofe gegenüber waren sie in ihren Geld- und Handelsangelegenheiten so zäh und unnachgiebig wie alle Zeit und gegen Jedermann. Sie begegneten den Anmuthungen des Kaisers, wie dieser selbst sagt, mit einem entschlossenen Nein: er fügt hinzu, er habe geantwortet: wir wollen sehen.

Er war nun einmal entschieden, es auf den Erfolg ankommen zu lassen. Ich habe, schreibt er der Kaiserin, eine unangenehme Sache mit meinen Nachbarn, den Holländern. Er erläutert ihr dieselbe und berichtet dann, er habe einem und dem anderen seiner Fahrzeuge Befehl gegeben, sich durch keine Protestation oder Drohung der Holländer auf ihrem Wege aufhalten, eher sich mit Gewalt nehmen zu lassen. „Wenn man auf mich schießt, so werde ich antworten.“ [1]).

Es war am 6. Oktober 1784, daß sich nun eine Brigantine unter österreichischer Flagge in Bewegung setzte, um die Schelde hinunter zu fahren. Von den Holländern aufgefordert, ihnen die gewohnten Angaben zu machen, erwiederte der Kapitän, er habe den ausdrücklichen Befehl, das nicht zu thun. Als er sich anschickte, seine Fahrt fortzusetzen, lösten die Holländer ihre Kanonen; ein paar Schüsse reichten hin, um das kleine Fahrzeug unbrauchbar zu machen; es gerieth in die Gewalt der Holländer.

Der Kaiser vernahm das in weiter Entfernung, in Hatwan. Er eilte sogleich nach Wien; seiner Ankündigung gemäß erklärte er die Handlung der Holländer für einen Friedensbruch, eine ganz besondere, ausgezeichnete Beleidigung, und ordnete Truppenmärsche an, um seine Niederlande militärisch in den Stand zu setzen, den

1) Joseph an Katharina am 4. October 1784, bei Arneth a. a. O. S. 234. — Ob die Anekdote, die auf einem Hörensagen bei Coxe beruht und die selbst Dohm wiederholt, der Kaiser habe im Gegensatz mit Kaunitz gesagt: „Sie werden nicht schießen“, und Kaunitz darauf: „Sie haben doch geschossen“, gegründet ist oder nicht? Mündlich konnten sie damals nicht mit einander verkehren. Die vorliegenden Papiere zeigen keine Opposition von Seiten des Ministers, eher das Gegentheil.

Holländern zu begegnen. Die Sache gewann doch eine größere Bedeutung, als ihr der Kaiser in jenem Schreiben beigelegt hatte; namentlich gerieth man in Frankreich in nicht geringe Verlegenheit. Diese Macht hätte die Nachgiebigkeit der Holländer sich ohne Zweifel gern gefallen lassen: wenn sie aber darüber in offenen Zwiespalt mit dem Kaiser geriethen, so konnte Frankreich nicht für diesen sein. Die Verbindung der Franzosen mit Holland beruhte gerade auf ihrem Einverständniß mit der friedliebenden Bürgerschaft der Stadt Amsterdam: mit der konnten und wollten sie sich nicht entzweien.

Sehr charakteristisch für die Situation und erläuternd für den Vorfall selbst ist ein Zwiegespräch, das in dem Gesellschaftssaal des Fürsten Kaunitz zwischen diesem und dem französischen Botschafter Noailles vorfiel. Es war in der Mitte des Saales; sie sprachen so laut, daß Jedermann sie verstehen konnte.

„Herr Ambassadeur", sagte Kaunitz, „ich habe Ihnen mitzutheilen, daß S. Majestät seinen Gesandten aus dem Haag abberufen, und den Beschluß gefaßt hat, in den Niederlanden 80000 Mann zusammenzuziehen, um sich für den Insult zu rächen, den er von den Holländern erfahren hat."

„Mein Fürst", antwortete Noailles, „ohne Auftrag von meiner Regierung und nur auf die authentische Nachricht einer Resolution der Generalstaaten angewiesen, kann ich nicht finden, daß überhaupt ein Insult vorgekommen ist. Die Brigantine, welche die Schelde herabfuhr, weigerte sich, vor einer dort stationirten Fregatte die Segel zu streichen, wie das doch der allgemeine Seegebrauch ist; das Verfahren des Kapitäns kann nicht als eine Beleidigung des Kaisers angesehen werden."

Kaunitz versetzte, im Munde des Grafen Wassenaar würde er diese Bemerkung natürlich finden; in dem Munde des französischen Gesandten setze sie ihn in Erstaunen. Denn der Kapitän habe eine geschriebene Ordre des Kaisers vorgewiesen. „Ich hätte nicht geglaubt, daß Ihre Hochmögenden so unvorsichtig sein würden, wie sie gewesen sind: ich machte mich allerdings auf Protestation von ihrer Seite gefaßt, aber ich erwartete, sie würden das Schiff passiren lassen."

Noailles brachte in Erinnerung, daß die Holländer allezeit erklärt hatten, das werde ihnen unmöglich sein. Kaunitz bemerkte, er wundere sich über die eilige Entscheidung der Generalstaaten in diesem Fall, da sie sonst ihre Langsamkeit immer mit ihrer Verfassung zu entschuldigen wüßten. „Das macht", sagte Noailles,

„weil sie in diesem Falle nur die allenthalben anerkannten Seegesetze zu befolgen brauchten“ [1]).

Wassenaar, welcher die Behauptung aussprach, daß das Verfahren des Kaisers selbst in Wien allgemein gemißbilligt worden sei, hat diese politische Conversation nach Hause mitgetheilt; man sieht wenigstens, daß die Franzosen mehr auf Seiten der Holländer als auf der des Kaisers standen.

In große Aufwallung gerieth das französische Ministerium. Vergennes hatte den Frieden zu befestigen gemeint, und durch seine gemäßigten Rathschläge die Gefahr eines Krieges veranlaßt. Ein Memoire von ihm liegt vor, in welchem er vor allen Dingen ausführt, daß Frankreich die Holländer, jetzt seine Verbündeten, nicht der Uebermacht des Kaisers überlassen dürfe. Seiner Meinung nach sollte es vielmehr den militärischen Absichten des Kaisers Coercionsmaßregeln entgegensetzen, was sehr ausführbar wäre, denn Frankreich würde dabei auf Preußen, Sardinien, auch auf Sachsen zählen können, freilich aber auch Oesterreich auf Rußland und vielleicht trotz der großen Erschöpfung der Engländer selbst auf diese, denn sie seien von Rachsucht gegen Frankreich erfüllt [2]). Die Gegensätze von Europa gruppirten sich um dies kleine Ereigniß auf der Schelde. Die Kaiserin Katharina maß die Schuld an demselben den Franzosen bei, welche in aller Welt ihr und dem Kaiser Feindseligkeiten zu erregen bestrebt seien. In Frankreich hat man wirklich einmal erwogen, ob man sich nicht zu einem Kriege zu Gunsten Hollands entschließen solle, und was dazu gehören würde. Vergennes sagt, der König müsse drei starke Armeen, in den Niederlanden, am Niederrhein und in Italien, überdies aber kleinere Truppencorps, am Oberrhein und an der Mosel aufstellen. Dazu aber, fährt er fort, sei die finanzielle Lage nicht angethan. Man würde, wie schon so manchmal, aus Mangel an Geld einen nicht gerade ehrenvollen Frieden schließen müssen. Sein Rath war, dem wirklichen Ausbruch eines Krieges durch Vermittelung zwischen dem Kaiser und der Republik vorzubeugen.

Und sollte nicht, so darf man fragen, die Absicht des Kaisers gerade dahin gegangen sein? Nicht etwa, als ob er die Differenz

1) Conversatie tusschen den ambassadeur van Vrankryk en den Prince van Kaunitz. Samsdag avend den 23. Oct. 1784. In einer Depesche Wassenaars vom 26. Nov.

2) Observations de M. de Vergennes sur le coup de canon tiré sur l'Escaut. Ségur, Politique de tous les cabinets III, 208.

mit Holland zu diesem Zweck in Gang gesetzt hätte: sie beruhte auf seinen eigensten territorialen Tendenzen und war ja nur eine Fortsetzung dessen, was seine Vorfahren immer beabsichtigt hatten. Die Herzhaftigkeit der Holländer, die Kanonenschüsse, obwohl er sie erwartete, scheinen ihn, als sie erfolgten, einen Augenblick aus der Fassung gebracht zu haben. Er erklärte, der Krieg sei so gut wie ausgebrochen; die kaiserlichen Truppen rückten in den Reichskreisen vor. Nimmermehr jedoch konnte es sein ernstlicher Gedanke sein, darüber einen Krieg zu unternehmen. Er war sogleich bereit, auf die Vermittelung von Frankreich einzugehen: nur würden, sagte er, seine Forderungen durch die Kriegsrüstungen, zu denen man ihn nöthige, noch steigen.

Es kann kein Zweifel daran sein, denn er sagt es selbst: der Lärm, den er erhob, war eben darauf berechnet, die Besorgniß der Franzosen vor einem Kriege zu erwecken [1]); er knüpfte die Hoffnung daran, sie in den Dingen, an denen ihm das meiste gelegen war, für seine Pläne nicht sowohl zu gewinnen, als zu benutzen. Nun erst kamen diese zur vollen Reife. Wir wissen, der Kaiser hatte sich bereits an Frankreich gewendet, um dessen Vermittelung in der Sache des bairischen Austausches bei dem Herzog von Zweibrücken nachzusuchen. Da ward nun der Gedanke gefaßt, die holländische Differenz mit dem bairischen Austausch in Verbindung zu bringen und die Pacification mit Holland, welche Frankreich wünschte, zum Preise der Unterstützung desselben bei dem Austausch zu machen. Alle Fäden der österreichischen Politik trafen hierin zusammen: die französische Allianz, die Vermählung einer Erzherzogin mit dem König von Frankreich, die daraus erwachsende innige Beziehung, das Verhältniß der beiden Mächte zu Holland. Es war recht eigentlich ein Product der vielverschlungenen, das Entlegene und an sich Verschiedene zu dem Zwecke der Macht combinirenden Staatskunst des Fürsten Kaunitz, wenn er den Rath gab, die Königin von Frankreich persönlich in das Geheimniß zu ziehen und ihre Einwirkung auf ihren Gemahl in dieser Sache in Anspruch zu nehmen. Denn in allem Anderen fordere der Kaiser nur, daß Frankreich sich neutral verhalte: in dieser Sache aber bedürfe er der Unterstützung seiner Schwester. Marie Antoinette bekam erst jetzt Nachricht von den

1) C'est dans cette vue seule que j'ai entretenu toute la querelle avec la Hollande. — Joseph an Katharina 28. December 1784, bei Arneth a. a. O. S. 241.

Verhandlungen über den bairischen Austausch und von der hierüber an Frankreich gemachten Eröffnung. Ludwig XVI. hatte geantwortet, auf den ersten Blick sehe er in dem Entwurfe nichts, was den Interessen von Frankreich direct entgegenlaufe. Diese doch nur sehr vage Aeußerung bezeichnete der Kaiser als eine Billigung seines Vorhabens im Allgemeinen. Der Königin wurde geschrieben, in der That müsse Frankreich dasselbe seinen Interessen sehr angemessen finden: denn dadurch werde ihm das Mittel geboten, nicht allein den Krieg zu vermeiden, sondern auch die Holländer auf immer seiner Nachbarschaft zu entledigen und ihnen einen anderen bequemeren Nachbar zu verschaffen [1]). Wenn Frankreich ihm hierin beitreten und sich bei dem Churfürsten sowohl wie bei dem Herzog dafür verwenden wolle, so sei er bereit, seinen gerechten Widerwillen gegen die Republik fallen zu lassen, vorausgesetzt, daß sie sich zu einem Schritte entschließe, bei dem seine Ehre behauptet werde. Er verwies seine Schwester an Mercy und legte ihr ein Memoire über die Frage bei, von dem sie nach ihrem Ermessen Gebrauch machen könne. „Aber die Zeit drängt", sagt er; „es kömmt mir darauf an, je eher je lieber zu erfahren, woran ich mich zu halten habe."

Alle seine Vorstellungen über die politische Zukunft begegnen sich in diesen Absichten. Er machte die Reflexion, daß es dem österreichischen Staat auch deshalb auf den Austausch ankomme, weil er wohl einmal die Niederlande ohne Entschädigung verlieren könne. Wenn dann der König von Preußen die fränkischen Fürstenthümer und der Herzog von Zweibrücken Baiern erlange, so werde Oesterreich eine untergeordnete Macht werden. Um so mehr liege daran, daß Frankreich ihm verspreche, niemals, weder jetzt noch in Zukunft gegen den Austausch sein zu wollen; in Folge der Streitigkeiten mit Holland sei dies vielleicht zu erlangen, zu einer anderen Zeit wahrscheinlich nicht. Er forderte die französische Regierung auf, seine Entwürfe im Allgemeinen zu genehmigen, und sie vor allem bei dem Herzog von Zweibrücken zu unterstützen. Der Plan, wie

1) Nach der Vorlage von Kaunitz soll Ludwig XVI. aufgefordert werden, non seulement à adopter, mais à appuyer l'idée de l'échange de la Bavière: j'imagine que cet important objet pourrait être (mis) sur le tapis au moyen d'une lettre à la reine. In dem von Kaunitz entworfenen Schreiben heißt es dann: je voudrais que vous tâchiez de savoir si on regarderait en France l'idée comme un moyen de prévenir les suites de la guerre et de délivrer les Hollandais de mon voisinage, en leur donnant un voisin qui pourrait leur convenir bien davantage.

er ihn jetzt vorlegte, war einigermaßen verändert. Auf die Eintauschung von Salzburg und Berchtesgaden leistete Joseph zunächst Verzicht; dagegen wollte er Luxemburg und Namur behalten. Zu welchem Zwecke aber? Denn das lag ja am Tage, daß der Besitz dieser Landschaften zu jenen Rücksichten auf Frankreich nöthigen werde, in denen er eine Art von Abhängigkeit erblickte. Und auf der andern Seite, wenn man sie an Frankreich überließ, so konnte man sich dagegen der kräftigsten Unterstützung anderer weiterer Entwürfe versichert halten. In den letzten türkischen Verwickelungen war ein ähnliches Verlangen von französischer Seite geäußert worden. Im Princip war Kaiser Joseph nicht dagegen; aber wie er denn in allem eine kaufmännisch berechnende Ader zeigt, er hielt dafür, daß für eine solche Abtretung die angenommene Vermittelung und selbst ein Geldopfer keine hinreichende Gegenleistung sei: er meinte, sie den Franzosen erst ein andermal gegen einige in Italien zu machende Zugeständnisse zu bewilligen. Auch die mit Kaiserin Katharina besprochenen Entwürfe verlor er niemals aus den Augen. Die orientalische Verwickelung mit ihren schon gewonnenen Erfolgen und weiteren Aussichten spielte unaufhörlich in die occidentalische hinein, die jetzt in ihre Krisis trat.

Da Frankreich in das Geheimniß gezogen war, so konnte es auch dem Herzog von Zweibrücken nicht länger verborgen gehalten werden. Romanzow bekam Befehl, mit einer Eröffnung darüber nicht länger zurückzuhalten.

Elftes Capitel.

Ursprung und Einleitung des Fürstenbundes.

Eine Zeitlang schien es beinahe, als würde Deutschland unmittelbar in die holländische Irrung verflochten werden. Die kaiserliche Armee setzte sich in drei Colonnen von Tirol und Inneröstreich her in Bewegung: den Reichskreisen wurde ihr Durchmarsch angekündigt. Dagegen suchten die Holländer die Hülfe deutscher Fürsten nach. Der kaiserliche und der holländische Einfluß arbeiteten einander an den verschiedenen Höfen, z. B. dem landgräflichen in Cassel, lebhaft entgegen. Es schien sehr wohl möglich, daß es selbst zu einem offenen Conflict käme; zugleich aber trug man sich in Holland mit dem Gedanken, bei dem Reiche, sowie bei den Garanten der Friedensschlüsse überhaupt über das Verfahren des Kaisers, das allen eingegangenen Verpflichtungen widerspreche, Beschwerde einzulegen. Wir erörtern nicht, ob das etwas wirken konnte; aber zur Verstärkung der allgemeinen Bewegung trug die Sache ohne Zweifel bei.

Wir kennen die Befürchtungen, die man in dem Reiche hegte: jeden Augenblick stiegen sie an. Man gedachte der despotischen Gewalt, die sich der Kaiser in seinen Erblanden, welche doch ein Theil des Reiches seien, anmaße; der ungewöhnlichen Autorität, die er unter dem Vorwande der Rechtspflege auf die Reichsgerichte, in den Kreisen, auf dem Reichstage ausübe, und wie er dann doch die Unthätigkeit des Reichstags zu verlängern, die beiden Religionen in Zwietracht zu halten trachte; besonders auch der Versuche, die geistlichen Fürstenthümer an sein Haus zu bringen [1]). Die geistlichen Stände wurden durch die Erneuerung des guten Verständnisses

1) Hofenfels an das preußische Ministerium, bei Schmidt a. a. O. S. 93. Auch das besondere bairische Interesse spielte dabei mit, da die Austauschungen passauischer Grenzbezirke, z. B. Obernbergs im Innviertel, das Interesse des künftigen Churfürsten von Baiern unmittelbar berührten.

zwischen dem Kaiser und dem Papst, von der man meinte, daß sie bei ihrer letzten Zusammenkunft in Rom zu Stande gekommen sei, nur um so mehr in Besorgniß gesetzt. Aus jenem Gespräch des Fürsten Kaunitz mit Wassenaar zog man den Schluß, daß in Wien der Wille und die Convenienz des Kaisers über alles Herkommen gestellt werde.

Unter diesen Umständen, die zwar Gefahren, aber auch die Mittel ihnen zu begegnen enthielten, ist es gewesen, daß König Friedrich II. ernstlicher als bisher den Gedanken wieder aufnahm, dem Kaiser eine Union deutscher Fürsten entgegenzusetzen: nach dem Muster, meinte er, des schmalkaldischen Bundes, denn die großen historischen Erinnerungen schwebten ihm immer vor, nur, wie sich versteht, ohne den Unterschied der Religion. Im October 1784 hat er selbst einen Entwurf dazu aufgesetzt; denn man dürfe, sagt er darin, die Reichsverfassung nicht Stück für Stück zertrümmern, weder die geistlichen Stifter in den Besitz österreichischer Prinzen übergehen, noch die weltlichen Fürsten antasten, noch auch die Reichsgewalt mißbrauchen lassen. Hertzberg säumte nicht, denselben ausführlicher auszuarbeiten. Darauf schwieg jedoch der König wieder; die holländischen Irrungen schienen ihn unmittelbar zu beschäftigen.

Da erfolgte der durch lange Unterhandlung vorbereitete, jetzt durch ein günstiges Zusammentreffen aller europäischen Verhältnisse unterstützte Austauschantrag in Zweibrücken. Das Jahr 1785 begann damit, daß Graf Romanzow, der bisher hauptsächlich bemüht gewesen war, das Vertrauen des Herzogs zu gewinnen, demselben einer ihm nunmehr zugekommenen Weisung gemäß den Plan des Austausches der österreichischen Niederlande gegen Baiern, wie er in einer an Lehrbach in München gerichteten Depesche formulirt war, mittheilte, ohne ihm jedoch eine Abschrift davon in Händen zu lassen. Er forderte die Einwilligung des Herzogs zu dem Austausch und bot ihm eine Million Gulden, wie denn der Churfürst anderthalb und Prinz Maximilian eine halbe Million erhalten sollten. Er versicherte, der König von Frankreich sei im Allgemeinen einverstanden: der Herzog wie der Churfürst würden am besten für sich selbst sorgen, wenn sie einen Antrag, der so höchst vortheilhaft für sie sei, annähmen; später möchte ihnen das Gleiche nicht wieder geboten werden; — möge aber der Herzog einwilligen oder nicht, so werde die Sache doch zu Stande kommen.

Auch hatte der Antrag für den Herzog von Zweibrücken etwas Verführerisches. Denn wie sollte nicht auch für ihn die Aussicht

auf ein Königreich, das man schon damals in den Zeitungen als ein Königreich Belgien bezeichnete, einen Reiz haben? Seine Einwilligung wäre das Mittel gewesen, aus den Geldverlegenheiten, die ihn bedrängten, herauszukommen; als der präsumtive Erbe einer Krone hoffte er eine glänzende Rolle spielen zu können. Bei alle den Ausstellungen, zu denen die moralische und sociale Führung des Herzogs Carl Anlaß gab, muß man es doch als eine politische Handlung, die ihm große Ehre macht, anerkennen, daß er sich nicht berücken ließ. Er war bereits darauf vorbereitet. Hofenfels hatte ihm die Gegengründe in aller ihrer Stärke zu Gemüthe geführt: namentlich wie wenig der finanzielle Vortheil zu bedeuten habe, den man so prahlerisch hervorhob; denn Baiern sei noch unendlicher Verbesserungen fähig, die alles ausgleichen würden; — ferner, wie viel mehr Gewicht es dem Herzog dereinst geben werde, in Deutschland der Uebermacht von Oesterreich entgegenzutreten, als eine unbedeutende Rolle zwischen den westlichen Mächten zu übernehmen. Der Gedanke, daß das Fürstenhaus sich von einer braven und ihm ergebenen Bevölkerung nicht losreißen dürfe, trat in Zweibrücken sehr wirksam im Gegensatz mit Carl Theodor auf: dem dynastischen Gefühl wohnt etwas Aechtes inne. Daß nun mit dem Churfürsten, mit dem er auf das schlechteste stand, verhandelt worden war, erschien dem Herzog als eine Art von Beleidigung. Und wenn man ihm mit der Einwilligung Frankreichs imponiren wollte, so glaubte er daran nicht. Er hatte zu nahe Beziehungen zu Versailles, wie denn Pfeffel von Zeit zu Zeit bei ihm war, als daß er nicht hätte wissen sollen, wie der Kaiser auch dort durch sein eigenmächtiges Gebahren die Antipathien der Minister des Staates gegen sich aufgeregt hatte. Wohl konnte er bei dem Zustande des französischen Hofes auf keine Unterstützung rechnen: aber eine solche war ihm von anderer Seite gewiß. Herzog Carl zögerte keinen Augenblick, dem Grafen Romanzow eine vollkommen abschlägliche Antwort zukommen zu lassen: denn sein Antrag enthalte nichts Anderes als die Unterdrückung des Schwächeren zu Gunsten des Stärkeren; er würde damit die Wohlfahrt seines Hauses und die deutsche Verfassung untergraben; er könne nicht denken, daß die Kaiserin von Rußland einen Plan befördere, durch den alles vernichtet werden würde, was sie im Jahre 1779 in Verbindung mit Frankreich und Preußen gegründet habe. Gleichzeitig nahm er nun aber die Unterstützung des Königs von Preußen gegen ein Vorhaben in Anspruch das nur auf eine Entfernung des Hauses Wittelsbach aus Deutsch-

land und dessen Zerstörung gerichtet sei. Er that das in den feurigsten Ausdrücken: er sagte, er werde sich eher unter den Ruinen von Baiern begraben lassen, als dazu einwilligen.

Dem König Friedrich kam die Nachricht sehr unerwartet: in Berlin sagte man, er habe sie anfangs nicht glauben wollen. Auf den Bericht seiner Minister antwortete er mit ziemlicher Ruhe, er werde alles thun, um den Höfen von Frankreich und von Rußland, die den Frieden von Teschen garantirt hatten, die Augen zu öffnen.

Indem wirkte die Kunde von diesem Vorhaben in Deutschland und Europa wie ein Wetterstrahl. Wie lauten die Zeitungsartikel, in denen von der Sache die Rede war, z. B. in dem Politischen Journal und daraus in der Baireuther Zeitung vom 4. Februar 1785, so aufgeregt und aufregend: das große Vertauschungswerk der österreichischen Niederlande gegen Baiern sei nun wirklich vor sich gegangen; diese Neuigkeit reiße die Gemüther zu allgemeiner Aufmerksamkeit mit sich fort. Man werde ein neues Königreich Belgien sehen; Luxemburg und Namur werde an Frankreich kommen. Die Thatsache stehe über allen Zweifel hinaus fest: welche Folgen werde das in Deutschland haben. In der Kölnischen Zeitung — damals einem französischen Blatt — las man in einem Artikel aus Leyden die Nachricht, daß am 3. Januar zwischen dem Kaiser und dem Churfürsten von Pfalz-Baiern der Vertrag geschlossen worden sei, nach welchem die Niederlande gegen Baiern und die beiden Pfalzen ausgetauscht und zu einem Königreich Austrasien erhoben werden sollten: der Kaiser habe demselben zugleich seine Ansprüche gegen die Holländer übertragen. Auch aus Wien hörte man, es habe mit dem Tausch seine vollständige Richtigkeit, er sei vortheilhaft für beide Regentenhäuser: Oesterreich nähere sich seiner Abrundungsabsicht und erhalte ein von der Natur gesegnetes Land: der Churfürst bekomme ein Volk, das für seine Fürsten immer die größte Hingebung gehegt habe [1]).

In den beiden Ereignissen, der Eröffnung der Schelde unter anfänglicher Connivenz von Frankreich, und der Förderung des Austausches der Niederlande mit Baiern durch Rußland, lag der Triumph der Politik des Fürsten Kaunitz. Oesterreich bekam durch seine Allianz mit den beiden größten continentalen Mächten seine vorwiegende Stellung in Europa, welche durch Preußen geschmälert

1) Aus dem Wiener Extrablättl v. 23. Januar.

war, zurück. Von beiden Seiten her unterstützt, und zugleich mit dem Papst in gutem Vernehmen, konnte es um so gewaltiger auf die deutschen Angelegenheiten einwirken. Durch die bourbonische Allianz war es im südlichen, durch die russische auch im nördlichen Europa mächtig und einflußreich. Friedrich sah sich durch die Schlauheit des Ministers und die Thätigkeit des Kaisers auf allen Seiten überflügelt. Er mußte erleben, daß sich die Allianz von 1756 und 1757 in gewissem Sinne wiederherstellte. Sie war nicht so gefährlich für ihn wie damals: auch auf seinen unmittelbaren Ruin war es nicht abgesehen, denn dazu hätten weder Rußland noch Frankreich die Hand geboten: aber so weit kam es doch bereits, daß man das Resultat seiner letzten Politik und Kriegführung, die Erhaltung der Unabhängigkeit von Baiern, rückgängig zu machen im Begriff stand. Wie hätte er, wenn es geschah, sein Ansehen aufrecht erhalten, wie hätte sich sein Nachfolger in dem erworbenen Besitz behaupten können? Da war nun der Augenblick für die preußische Politik gekommen, mit den Reichsfürsten in Bund zu treten, sowie diese keinen andern Weg sahen, um den Uebergriffen von Oesterreich einen nachhaltigen Widerstand entgegenzusetzen. Es war gleichsam der letzte, der ihnen geboten wurde. Denn noch war selbst in Baiern keine definitive Uebereinkunft getroffen. Der Churfürst sagte nicht geradezu die Unwahrheit, wenn er das, was man von seiner Einwilligung in den Austausch sage, für ungegründet erklärte. Selbst seine Hinneigung zu demselben konnte nicht bewiesen werden: so wenig war in der Sache schriftlich verhandelt worden. Aber dem zum Trotz ist doch gewiß, daß gerade der Widerspruch des Herzogs von Zweibrücken den Churfürsten noch geneigter gemacht hatte, die Anträge von Oesterreich anzunehmen; wie denn auch der Kaiser jetzt auf die Abtretung der gesammten Niederlande und die Verwilligung des königlichen Titels unumwundener einging als bisher. Kaunitz forderte den Gesandten auf, in der Sache ja festzuhalten, wenngleich sich die Angelegenheit nicht augenblicklich durchführen lasse, und den dortigen Ministern, sowie dem Adel die Vortheile vorzustellen, die dem Lande aus der Verbindung mit Oesterreich erwachsen, sowie die Gefahren, welche ihm unter einem preußisch gesinnten Fürsten bevorstehen würden [1]).

1) Schreiben von Kaunitz an Lehrbach vom 9. Febr. 1785: „Künftige Ereignisse sind nicht vorzusehen, die, was jetzt unterbleiben muß, über kurz oder lang thunlich machen dürften." — Schreiben des Kaisers an Lehrbach vom 19. Hornung 1785: „Ich denke noch so wie ehe. Kann der Churfürst

Ohne hievon zu wissen, setzte es Friedrich doch mit Bestimmtheit voraus. Wie sich auch der Churfürst äußere, der ja nur ein schwankendes Rohr sei, so werde Oesterreich doch im Stande sein, den Austausch durchzusetzen, sobald es ihm beliebe. Wenn er sich anfangs von der Einwirkung auf Rußland oder auf Frankreich etwas versprochen hatte, so zeigte sich bald, daß man von Rußland eher das Gegentheil erwarten mußte, und über die Gesinnungen von Frankreich drückte sich der anwesende Gesandte Esterno in einem Gespräch mit Finckenstein so zweifelhaft und ungenügend aus, daß auch von dieser Seite wenig Hoffnungen übrig blieben. Aus dem Cabinetsschreiben Friedrichs, in dem die heftigste Entrüstung athmet — er bezeichnet den Kaiser als einen von einem bösen Dämon Besessenen — erkennt man seine Besorgnisse. „Sie haben ohne Zweifel", schreibt er an Finckenstein, „davon gehört, daß der Kaiser Luxemburg für Frankreich bestimmt haben soll. Leicht möchte dies der Vortheil sein, durch welchen der Cäsar Joseph dasselbe gewonnen hat. Der phlegmatische Ton, mit welchem der französische Gesandte über diese Entwürfe des besessenen Joseph gesprochen hat, macht mich glauben, daß Frankreich in diesem Augenblick, der für seine Ehre entscheidend ist, keine Energie zeigen wird. Mein Gott, wie sind wir von Feiglingen und Bestechlichen so umgeben! Werden wir allein vermögen, die Verfassung des deutschen Reiches aufrecht zu halten? Aber unerträglich ist die Lage; sie hält mich ab, einige für das Innere des Landes erforderliche Operationen vorzunehmen. Vor allem käme es darauf an, ob Frankreich sich durch das Anerbieten von Luxemburg wirklich hat gewinnen lassen. Wäre dies der Fall, so bliebe uns nur ein Mittel übrig, dessen Durchführung jedoch sehr schwer werden würde. Es wäre dies, die Stimmen von Sachsen, Hannover, Mainz, Trier und anderer Fürsten zu vereinigen, um gegen alles zu protestiren, was der Kaiser im Widerspruch mit der Constitution des Reiches unternehmen will. Auch dies dürfte man nicht zu früh thun, denn es wäre unnütz, wenn Frankreich die Gesichtspunkte des Kaisers nicht wirklich theilen sollte. Und dennoch, wenn man nicht bei Zeiten die Unterhandlungen begönne, so würde es unmöglich sein, so viele Köpfe zu vereinigen: die Sache würde geschehen sein, ehe man zu handeln anfinge." —

dem Herzog endlich die Augen über seine eigenen so ansehnlichen Vortheile öffnen, so bin ich noch zum Tausch bereit, sollte er auch im Ganzen mit Inbegriff von Luxemburg und Namur zu geschehen haben."

Wir haben von einem oder zwei Tagen drei Cabinetsschreiben Friedrichs darüber [1]). Er wirft seine Gedanken, so wie sie ihm kommen, auf das Papier. Das Resultat ist immer, daß die Unterhandlung mit den deutschen Reichsfürsten in Gang gesetzt werden soll.

Das Allernächste war, wenn irgend möglich — denn noch schien es sehr zweifelhaft — eine Verständigung mit Hannover zu Stande zu bringen. Der König wünschte vor allem nur zu erfahren, wie man dort über die Angelegenheit denke. Ohne Verzug wurde hierauf die Anfrage an die hannoverschen Geheimen Räthe gerichtet, ob sie nicht geneigt seien, sich mit dem König gegen die ungerechten Vergrößerungspläne des Kaisers zu gemeinschaftlichen Maßregeln auf dem Reichstage und selbst „zu kräftigeren Mitteln" zu vereinigen. Die eventuellen Entwürfe, die zwischen den minder mächtigen deutschen Fürsten beider Confessionen gepflogen worden waren, kannte der König nicht; aber die Umstände machten es so dringend, die Reichsfürsten zu gewinnen, daß er den früher zurückgewiesenen Antrag seiner Minister, einen besondern Gesandten nach Franken und in die Reichslande zu schicken, nunmehr annahm. Baron Seckendorf, Bruder des ansbachischen Ministers gleichen Namens, wurde dazu ausersehen; und zunächst wandte dieser sich an Carl August von Weimar, dessen Gesinnung ihm im Allgemeinen bekannt war, um ihm von den Ideen des Königs Nachricht zu geben: Friedrich wolle jetzt das Werk seines Lebens mit einer Vereinbarung unter den deutschen Fürsten krönen, unendlich erhaben über die Machinationen Anderer. Er bat den Herzog, ihm über die im Reiche herrschende Denkweise der Fürsten Auskunft zu verschaffen.

Carl August gerieth doch durch diese Eröffnung in eine gewisse Verlegenheit. Denn bis dahin hatte er nur mit dem Prinzen von Preußen in der Sache in Beziehung gestanden. Sollte er nun einem Gesandten des Königs von dem bisher Vorgegangenen Mittheilung machen, oder es ihm verhehlen? Er durfte nicht hinterhaltig gegen den König erscheinen und doch auf keine Weise den Prinzen compromittiren. Er schrieb darüber an seinen Freund von Dessau: sie würden am besten thun, meinte er, sich zu der allgemeinen Absicht, die Reichsverfassung aufrecht zu halten und sich

1) Zwei Cabinetsschreiben sind vom 10. Febr. 1785 datirt; ein undatirtes ist den 11. Febr. an Finckenstein gelangt. Sie verdienen mitgetheilt zu werden.

selbst unter einander zu ernstlichem Widerstand zu vereinigen, offen zu bekennen, von der Theilnahme des Prinzen daran und allem Weiteren so wenig als möglich zu verlautbaren: ohne den Prinzen, auf welchem auch ihre Sicherheit für die Zukunft beruhe, dürfe nichts geschehen.

Aber schon erfuhr man, daß der Prinz von Preußen, Friedrich Wilhelm, ohne von seinem Oheim zur Berathung herbeigezogen zu sein, doch von derselben mit Freuden Kunde genommen hatte. Ein Brief von Schmettau lief ein, in welchem er von einem Auftrag redete, den er nur nicht von dem König selbst habe, bei welchem er, wie Jedermann wußte, nicht in Gnade stand, — dann aber konnte er von Niemand anders kommen, als dem Prinzen — worin dann gleich von den äußersten Möglichkeiten, selbst von einem Kriege die Rede war und die Frage aufgestellt wurde, ob der Herzog mit seinen Soldaten und denen von Gotha — sie werden zusammen auf 3000 Mann angeschlagen — auch etwas für die Rettung der deutschen Freiheit zu thun geneigt sei. Bald folgten andere Mittheilungen, aus denen sich mit Sicherheit ergab, daß der Prinz mit der Sendung Seckendorfs bekannt war und sie höchlich billigte.

Man kann denken, wie glücklich es die kleinen Fürsten machte, daß ihre Entwürfe, selbst ihre geringfügigen Leistungen, nun doch zu einer gewissen Bedeutung kommen sollten. Es ist der Bemerkung werth, wie sich die Ideen des Jahrhunderts und altes deutsches Selbstgefühl in den kleinsten Kreisen verbanden, wie sich eben der ohnmächtigste von Allen vernehmen ließ. „Glück, Heil und Segen", schreibt der Fürst von Dessau bei der ersten Nachricht von den Absichten des Königs an Herzog Carl August, dem seine Freunde überhaupt die Initiative in dieser Sache zuschreiben, „für und zu Ihrem männlichen Unternehmen und dessen treuer bisheriger Ausführung. Mich soll man nie einer Nachlässigkeit oder Lauheit darin zeihen können. Nur muß man nie vergessen, daß ich Armer nur über das Viertheil einer Stimme am Reichstage verfüge und vielleicht meine Herren Vettern nicht einmal zu vernünftigen Maßregeln zu bewegen vermag." Der Herzog von Gotha ging sogar auf den Antrag einer militärischen Betheiligung ein. „Gewiß", schreibt er an Carl August, „wir müssen uns entweder willig dem Joche darbieten, das unseren Schultern droht, oder endlich kräftige Maßregeln ergreifen. Noch fließt deutsches Blut in meinen Adern und ich will es gern für mein Vaterland vergießen. Wozu freilich hilft mir das Selbstgefühl meines Muthes? Ich wünsche nur, daß andere Fürsten

darüber denken wie wir. Und noch giebt es Männer, noch giebt es ruhende Kräfte, die ihrer Entwicklung entgegenharren. Ich bleibe dabei, daß wir deutsche Fürsten eine Armee aufstellen müßten, um unsere Länder und unsere Personen vor dem Joche Josephs zu sichern. Denn an unseren Fesseln wird fleißig geschmiedet. Und wäre die Umwälzung auch wirklich unvermeidlich, würde sie durch uns vielleicht auch beschleunigt, so war es immer der Mühe werth, alles dagegen angewandt zu haben." Er denkt schon daran, wer das Reichsheer zu befehligen habe: „Niemand anders als der Herzog von Braunschweig: ich werde es mir zur Ehre schätzen, unter ihm zu dienen." Er machte die Reflexion, daß die Vorsehung unmöglich die Unterdrückung aller bürgerlichen Rechte billigen könne: „Rechte der Menschheit können keine Verjährung erdulden"; man habe das schon an dem Beispiele von Amerika erlebt. So eben wurde von den Holländern auch an diesen Höfen wegen Gestattung von Werbungen unterhandelt: die Anträge wurden zurückgewiesen, da sich die Aussicht auf eine viel bedeutendere Action eröffnete. In so fern kamen die vorangegangenen Besprechungen der Union, über die der König durch Seckendorf Nachricht erhielt, seinen Plänen nicht wenig zu Statten. Auch nach einer andern Seite hatten sie den Weg eröffnet. Der König beauftragte Seckendorf, wenn er nach Franken komme, sich mit dem Bischof von Würzburg in Verbindung zu setzen, zugleich um durch ihn die Gesinnungen seines Bruders, des Churfürsten von Mainz, kennen zu lernen. Dafür aber war nun nichts wichtiger, als die Theilnahme des Prinzen von Preußen. War doch schon in den ersten Conferenzen mit den Räthen des Churfürsten von Mainz der Gedanke aufgetaucht, nicht den Prinzen von Toscana, wie der Kaiser wünschte, sondern den Prinzen von Preußen zum römischen König zu wählen: vorausgesetzt, daß sich derselbe zum Katholicismus bekenne. In der Bedingung lag nun auch freilich die Unausführbarkeit des Gedankens. „Die Religionsveränderung", schreibt der Prinz, dem das zu Ohren kam, „wird gewiß nicht geschehen, und dadurch auch ihr Eifer (für den andern Plan) abgekühlt werden, obwohl die katholische Religion nicht gerade Ursache hat, mit dem Schutze, den ihr das Oberhaupt der Welt gewährt, sehr zufrieden zu sein" [1]). Der Thronerbe von

1) Je suis très flatté de la confiance que ces Messieurs de Mayance me témoignent, comme V. A. S. vient de me le mander; le changement de religion, qui ne se fera certainement pas, mettrait un grand obstacle à leur zèle, quoique la Religion Catholique n'ait pas

Preußen hielt nicht gerade das Kaiserthum für das ihm gesteckte Ziel. Auch ohne Rücksicht darauf war er bereit, was für die zu schließende Union sehr wesentlich war, den geistlichen Fürsten eine Zusicherung geneigter Gesinnung zu geben. Der Herzog von Weimar ward zu der Erklärung ermächtigt: wenn die deutschen Fürsten durch ihren Beitritt zu der vorgeschlagenen Union beweisen würden, daß sie sich nicht auf fremde Hülfe verlassen, sondern selbst, wie es Deutschen gezieme, an ihrer Erhaltung arbeiten wollten, so verspreche er, nach seiner Thronbesteigung das deutsche Reich gegen alle Anfälle auf seine Freiheit und Verfassung zu schützen und auch selbst nichts dagegen zu thun, sondern sich überhaupt als ein patriotischer deutscher Reichsfürst zu beweisen [1]). Für die Regierung Friedrich Wilhelms II. ein maßgebendes Moment; eben jetzt, schon vor seiner Thronbesteigung, ergriff er die Position, die er dann behauptet hat. Besonders mit dem Bischof von Würzburg, der nun auch noch von der andern Seite her angeregt wurde, stand Herzog Carl August in vertraulichem Vernehmen, und es gewann das Ansehen, als ob man mit der Zeit alles von ihm hoffen könne, wiewohl er sich nicht mit Bestimmtheit äußerte. „Man verspricht hier", schreibt einer der Correspondenten Carl Augusts von dort, „gern recht wenig, ist aber auf entscheidende Augenblicke vorbereitet; ruhig, so lange sie zweifelhaft bleiben, entschlossen, wenn sie da sind." Seckendorf, fügt er hinzu, habe den Prinzen geschildert, wie er sei: patriotisch und groß; dort halte man Worte für mißlich, werde aber, wenn es gelte, Gut und Blut einsetzen. Bestimmte Verabredungen verhinderte hier und anderwärts die Ungewißheit über die zwischen Carl Theodor und dem Kaiser getroffene Vereinbarung, die, so weit es auch damit gekommen war, doch noch in Abrede gestellt wurde. Am 12. Februar 1785 erklärte der Churfürst alles für falsch, was von einem zwischen ihm und dem kaiserlichen Hofe

lieu d'être fort contentée de la Protection et des distinctions, que le Caput Orbis lui témoigne. Brief des Prinzen von Preußen vom 2. März 1785. — Ich verstehe: daß er die Religion nicht zu verändern gedenke, werde diesem Vorhaben sehr hinderlich sein.

1) So liest man in einem von Carl August eigenhändig verfaßten Schreiben v. 14. April 1785, bei dem die Adresse fehlt; da der Adressat aber darin als einer der ersten und wichtigsten Fürsten des Reiches bezeichnet wird, welcher sich an den Churfürsten von Mainz wenden und diesen durch seinen Einfluß in seinen Gesinnungen bestärken solle, so ergiebt sich, wenn man damit die Notiz bei Schmidt a. a. O. 156 verbindet, unzweifelhaft, daß es an den Fürstbischof von Würzburg gerichtet ist.

„beschlossenen und unterzeichnet worden sein sollenden Länderaustausch" erzählt werde. Die Landstände waren eben mit der Bewilligung der Postulate für das laufende Jahr beschäftigt gewesen, hatten aber mit derselben inne gehalten, als die Gerüchte verlautbarten. Mit dem Zeitungsartikel waren sie noch nicht zufrieden: sie forderten den Churfürsten auf, das gesammte In- und Ausland überzeugend zu beruhigen, „damit die Nachkommen einst den Zeitpunkt segnen mögen, wo die Dauer des Wittelbachischen Stammhauses gesichert und die Stände vollkommen beruhigt worden, wo sie sich von der einen und der anderen Seite zu wechselseitiger Treue verbunden haben" [1]). Das Land hielt hierin einstimmig zu den Ständen. In der Bevölkerung, den Ständen und der Verwaltung selbst sprach sich die öffentliche Meinung in diesem Sinne mit wachsender Entschiedenheit aus. Der Minister, Graf Seinsheim, der bisher nur für die Behauptung der Privilegien der Landstände gesprochen, erschien jetzt an der Spitze derselben, um sich dem Vorhaben unbedingt zu widersetzen. Wie im Jahre 1778, so traten auch im Jahre 1785 die beiden vornehmsten Damen, die verwittwete Churfürstin und die Herzogin Clemens, mit ihrem alten Eifer für das Land hervor. Ob man nicht den Austausch dennoch zu beabsichtigen fortfahre, wurde jenen Erklärungen zum Trotz, die nicht stark genug lauteten, noch immer für zweifelhaft gehalten. Die Thatsache, daß er im Werke gewesen, und die Ungewißheit, ob er aufgegeben worden sei oder nicht, hielten Deutschland in Aufregung. Sie machten der Politik Bahn, welcher der König von Preußen folgte, der keinen Zweifel hegte.

1) Vgl. Reuß, Staatskanzlei IX. 490.

Zwölftes Capitel.

Abschluß des Fürstenbundes.

Nach den mancherlei Plänen, welche gemacht und besprochen, dann aber wieder bei Seite gelegt worden, war dann endlich in Berlin — denn ein bestimmter Impuls gehört immer dazu, um aus dem Bereiche des Möglichen und Wünschenswürdigen in das der Realität zu gelangen — ein solcher Entwurf zu Stande gekommen, der den deutschen Fürsten zur Annahme vorgelegt werden sollte. Es ist der Entwurf einer „reichsverfassungsmäßigen Verbindung der deutschen Reichsfürsten", vom 17. März 1785, bestehend aus acht Artikeln, verfaßt von Hertzberg, hie und da verbessert von Finckenstein, angenommen vom König. Die meisten Artikel wiederholen nur eben, was schon früher vorgekommen war, daß man für die Thätigkeit der Reichsversammlung sorgen, die obersten Reichsgerichte in gesetzmäßiger Ordnung halten, und einen Verein aller Fürsten und Stände ohne Unterschied der Religion zu diesem Zweck treffen wolle. Der vornehmste ist der fünfte, nach welchem man sich anheischig machen soll, alle Stände, selbst die, die nicht in diesen Bund treten, gegen eigenmächtige Ansprüche, sei es auf Entgliederungen und Säcularisationen geistlicher Stifter oder aufgedrungene Vertauschungen alterblicher Lande zu sichern, und zwar nicht allein durch reichssatzungsmäßige Mittel, sondern auch mit allen Kräften, die man besitzt. Mochte der bairisch-niederländische Austausch auch im Moment zurückgezogen sein — in Berlin zweifelte man nicht, er würde bei der nächsten Gelegenheit erneuert und dann von Rußland unterstützt, von Frankreich nicht gehindert werden: denn das sei der Preis, den der Kaiser bei seiner Unterstützung der russischen Uebergriffe in der Türkei sich ausbedungen habe: das deutsche Reich aber müsse sich mit gemeinschaftlicher Kraft einer Transaction entgegensetzen, welche das Wesen des Friedens von Teschen, den es garantirt habe, vernichten würde: es dürfe auch

das immer weiter schreitende Eindringen österreichischer Prinzen in die Stifter des Reiches nicht gestatten. In jeder Vergrößerung Oesterreichs innerhalb des Reiches sah Friedrich zugleich eine eigene Gefahr. Und wie dann, wenn der Kaiser die Truppenbewegung, die er gegen Holland anordne, dazu benutze, Baiern in Besitz zu nehmen? Der Churfürst, der sich allen Wünschen desselben bequeme, werde das leicht selbst fördern, das Land keinen Widerstand dagegen leisten können. Der Kaiser rechne darauf, daß er durch seine niederländische Rüstung vom Westen her die preußische Macht in Zaum halte, während Rußland sie von Liefland und von Polen her bedrohe; England sei erschöpft, Frankreich durch den einflußreichen Gesandten, Grafen Mercy, im österreichischen Interesse. In Wien denke man, der König von Preußen werde sich unter diesen Umständen nimmermehr zum Krieg entschließen. Man werde ihn überdies aber an allen Orten so beschäftigen, daß er nicht Truppen genug habe, um einen Einfall in Böhmen zu wagen. Schwerlich dürfte er sich getrauen, zugleich auch die Feindseligkeit von Rußland zu bestehen. — So verhielt es sich wohl nun in diesem Augenblicke nicht: diese Pläne waren fürs erste nicht gefaßt. Aber man durfte sie voraussetzen, da sie in der eingeschlagenen Richtung lagen, und hatte alle Ursache, sich dagegen sicher zu stellen. Womit sich König Friedrich von Anfang seiner Regierung an getragen, aber ohne es durchzuführen, die großen Interessen des deutschen Reiches mit dem Bestand und Wachsthum seines Staates zu vereinigen, das wurde jetzt möglich und dringend für beide Theile. Friedrich zählte darauf, daß seine Sache allen deutschen Fürsten gemeinsam, daß sie alle verloren seien, wenn er gestürzt werde. „Bringen wir also", so schließt er die Erörterung an seine Minister, „das Bündniß mit den deutschen Fürsten, das ich schon lange vorgeschlagen habe, zu Stande, und zwar zuerst zwischen den drei Churfürsten, denen sich die Uebrigen anschließen werden"[1]).

Die ersten Eröffnungen waren überall gut aufgenommen und von allen Seiten eingehend beantwortet worden. Aber die allgemeine Lage machte es rathsam und die Formen des Reiches brachten es so mit sich, daß sich der König von Preußen, Churfürst von Brandenburg, mit den mächtigsten Nachbarn, Sachsen und Hannover, zu verständigen suchte. Von denen kam nun aber wieder das meiste auf Hannover an.

1) Der König an Finckenstein, 28. April bei Schmidt a. a. O. 189.

1785

In dem letzten Jahre hatte der Churfürst von Hannover, König Georg III. von England, neuen Einfluß gewonnen. Der Landgraf von Hessen schloß sich ihm unbedingt an, der Herzog von Braunschweig wich ungern von ihm ab; auf Mecklenburg hatte er durch seine Gemahlin und ihren Bruder, Herzog Carl, vielen Einfluß, von seinem Vorgang nahm Sachsen meistentheils Antrieb und Beispiel. Sollte aber nun Georg III. für den preußischen Gedanken zu gewinnen sein? Durch den Frieden von 1762, in welchem er von der Politik seines Vaters abweichend Friedrich allein auf dem Kampfplatz gelassen hatte, war eine Verstimmung zwischen ihnen entstanden, die durch weitere Verwickelungen immer angestiegen war und Hannover im J. 1778 abhielt, sich zu Gunsten Baierns an Preußen anzuschließen. Auch in den Reichsangelegenheiten hatte sich Hannover seit einiger Zeit wieder zur österreichischen Seite gehalten. Sollte es nun jetzt bewogen werden, sich auf die preußische zu schlagen, und einen Vorschlag annehmen, durch den es mit dem Kaiser in Krieg gerathen konnte? Die Gesinnung des hannoverschen Ministeriums ließ das nicht erwarten.

Da war es nun eine eigenthümliche Fügung, daß Carl August von Hardenberg, ein ursprünglich hannoverscher Staatsbeamter, der sich, wie seine ganze dort sehr angesehene Familie, der Abhängigkeit von Oesterreich immer widersetzt hatte, in dem braunschweigischen Dienst, in den er übergegangen, zu einer Stellung gelangte, die ihm einen rückwirkenden Einfluß auf Hannover verschaffte. Hardenberg lebte und webte damals in den Ideen der Territorialmacht deutscher Fürsten: er schrieb selbst über ihr Recht, Bündnisse zu schließen und sich zu bewaffnen. Wenn der Herzog von Braunschweig an den früheren Unionsentwürfen Antheil zu nehmen ablehnte, weil sie zu wenig festen Boden hatten, so änderte sich das, als der mächtige König von Preußen, sein Oheim, in dessen Diensten er stand, sich dahin neigte. Der Herzog hatte die Sache selbst in seinen Briefen in Anregung gebracht. Einverstanden mit ihm, wendete Hardenberg nun seinen Einfluß auf die hannoverschen Minister an, um sie zu Preußen herüber zu ziehen [1]).

Dabei war es ein Vortheil, daß der zweite Sohn König Georgs, Friedrich von York, Fürstbischof in Osnabrück, durch gleich-

1) Ich denke in Kurzem diese Thätigkeit des späteren Staatskanzlers, auf die er selbst vielen Werth legte, so daß er ein Actenstück darüber zusammenstellte, noch näher zu schildern.

artige Bildung und alte Bekanntschaft enge mit Hardenberg verbunden, im Lande verweilte. Er war vor Kurzem in Wien gewesen und daselbst durch alles, was er sah, von Besorgniß vor den weitaussehenden Plänen des Kaisers erfüllt worden. Er wendete sich jetzt in einem dringenden Anschreiben an seinen Vater, in welchem er demselben seine Besorgnisse aussprach und ihn aufforderte, für die Erhaltung der Reichsverfassung als Churfürst des Reiches einzutreten. Er ging mit Hardenberg persönlich nach Hannover, um die dortigen Minister für ihre Ideen zu gewinnen.

Eine besondere Verstimmung erregte noch der damals auftauchende Versuch des Erzherzogs Maximilian, Coadjutors von Köln und Münster, auch die Nachfolge in dem Bisthum Hildesheim zu erlangen. In Niedersachsen wollte man nicht erleben, daß das Haus Oesterreich in die geistlichen Staaten noch einmal sich eindränge, wie einst vor anderthalbhundert Jahren.

So sehr nun auch vermieden wurde, das englische Interesse, von dem König Friedrich immer noch nicht hören wollte, zu erwähnen, so hat es doch einen nicht geringen Einfluß ausgeübt. Wir werden es bald ausführlich zu erörtern haben: hier sei nur bemerkt, daß England in dem fortdauernden Antagonismus gegen Frankreich sich bewußt ward, eine continentale Allianz zu bedürfen Der englische Gesandte im Haag, sonst kein Freund Friedrichs, kam mit seinem Collegen in Berlin darin überein, daß der Beitritt des Königs Georg zu dem von Preußen in Antrag gebrachten Bündniß die Grundlage einer noch engeren und umfassenderen Allianz zwischen den beiden Mächten bilden werde.

Unter dieser doppelten Einwirkung der deutschen und der allgemeinen Verhältnisse geschah es, daß Georg III. zunächst in einem Briefe, den er an seinen Sohn richtete, seine Geneigtheit das Bündniß einzugehen, in Folge seiner Stellung als Churfürst, selbst mit Nachdruck aussprach. Wenn er betonte, daß England darum nicht in einen neuen Krieg verwickelt werden dürfe, so lag darin zugleich, daß er als Churfürst zu jeder Maßregel, die der Zweck des Bundes nöthig mache, mitwirken wolle. Dadurch aber war dann auch nicht allein über Braunschweig, sondern auch über Hessen entschieden. Der Landgraf hätte eine besondere Vereinigung mit Braunschweig und Hannover ohne Preußen zu treffen gewünscht; er mußte diesen Gedanken aufgeben und nahm nur Bedacht, sich bei dem Bündniß mit Preußen besondere Vortheile vorzubehalten: sein Ehrgeiz war dahin gerichtet, die Churwürde zu erwerben.

In Sachsen, wo schon die ersten vorläufigen Andeutungen eine gute Aufnahme gefunden hatten, wurde man in dieser Gesinnung bestärkt, als nun auch die hannoverschen Geheimen Räthe eine förmliche Eröffnung darüber machten; die Antworten des sächsischen Hofes lauteten sofort sehr eingehend. Wohl ließen es nun die kaiserlichen Minister nicht an Versuchen fehlen, — denn wie hätte ihnen die allgemeine Agitation verborgen bleiben können? — auf die beiden Churstaaten eine entgegengesetzte Einwirkung auszuüben. In Sachsen suchten sie durch einseitige Begünstigungen den an diesem Hofe mächtigen Marcolini für sich zu stimmen: aber dessen Einfluß war doch nicht in jeder Angelegenheit maßgebend und wurde in dieser durch das Ansehn, welches Gutschmidt und Löben genossen, beseitigt. In der Hauptsache mußten die österreichischen Erklärungen unwirksam bleiben, da sie sich immer auf die Versicherung beschränkten, daß an keine gewaltsame Eintauschung gedacht worden sei, wodurch dann die Absicht, eine freiwillige zu versuchen, so gut wie ausgesprochen wurde. So war es auch zu verstehen, wenn die Kaiserin Katharina versicherte, daß sie den Frieden von Teschen beobachten wolle. Die deutschen Fürsten aber hielten dafür, daß auch ein freiwilliger Austausch demselben entgegenlaufe: denn die bairischen Hausverträge, durch die ein solcher verboten werde, seien in dem Frieden ausdrücklich gewährleistet. Ihr Interesse war gegen eine freiwillige Austauschung so gut wie gegen eine gezwungene.

Wenn nun die drei Höfe in der Sache selbst einverstanden blieben, so konnte ein Abschluß des Bündnisses keine Schwierigkeiten mehr darbieten.

Man dachte Anfangs an eine Zusammenkunft der Minister an einem dritten Orte zu diesem Behuf, etwa Dessau oder Nordhausen [1]), fand es aber dann doch am natürlichsten und leichtesten, die Conferenzen in Berlin zu halten. Ein sächsischer Minister, Zinzendorf, war hier schon anwesend; der hannoversche, Beulwitz, traf am

1) Der würdige Dohm, der, noch jung, Anfangs nach Nordhausen bestimmt wurde, schreibt es fast der Eifersucht Hertzbergs zu, daß dies nicht zu Stande kam. Aber die Acten erweisen, daß Sachsen einen Beamten zweiten oder dritten Ranges, wie Dohm damals war, bei den Verhandlungen nicht zulassen wollte. Und Hertzberg wollte der König nicht missen. Aus den Correspondenzen ergiebt sich, daß Dohm überdies zu schwach und unselbständig für eine solche Verhandlung erschien. Selbst in eigenen Angelegenheiten ist ein gleichzeitiger Geschichtschreiber zuweilen nicht hinreichend unterrichtet. An Unwahrhaftigkeit ist hier nicht zu denken.

24. Juli ein. Da ist nun das Bemerkenswerthe, daß Beulwitz die Leitung der Sache in die Hand nahm, und zwar gestattete man ihm das preußischerseits mit Absicht: der Prinz von Preußen billigte es, weil sonst der alte Kaltsinn der Hannoveraner wieder erwachen könnte: eigentlich von Beulwitz stammt der ganze Text des Vertrages. Die Hertzbergischen Artikel wurden deshalb bei Seite gelegt, weil sie die allgemeinen Reichsanliegen und die jetzt vorliegenden besonderen Fragen vermischten: Beulwitz sonderte sie von einander. Sehr bedeutend ist es für die Epoche, wie die weltlichen Churfürsten, im Gegensatz gegen das Reichsoberhaupt, die Reichsverfassung auffassen: seit Jahrhunderten gestiftet, mit großer Aufopferung erhalten, bilde sie die vornehmste Grundlage der Sicherheit und Freiheit der Stände nicht allein, sondern ganz Europas. In diesem Augenblick war nicht mehr wie bei den früheren Entwürfen von der Wiederherstellung der Activität des Reichstags die Rede. Denn bereits waren — wir werden noch darauf zurückkommen — die vornehmsten Schwierigkeiten der Thätigkeit des Fürstencollegiums beseitigt: und zwar durch die geistlich-weltliche Opposition gegen Oesterreich, welcher sich auch der hannoversche Gesandte, der von dem österreichischen mißachtet zu sein glaubte, anschloß. Mit Selbstgefühl bemerkt der preußische, daß die Sache doch von ihm auf Befehl des Königs durchgeführt worden sei. Jetzt kam es nur noch auf die Art und Weise dieser Thätigkeit und auf die Autorität des Reichstags an. Für diese Fragen war es nun von besonderem Gewicht, daß der hannoversche Minister Beulwitz, bisher selbst in Regensburg thätig, der dortigen Angelegenheiten ohne Zweifel kundiger war als die preußischen. Er legte minderen Werth auf die Recurse als Hertzberg: er erwähnte sie nur eben, denn die Autorität der Reichsgerichte an sich dürfe nicht geschmälert werden. Die Hauptsache war ihm die Entfernung der Eingriffe der gerichtlichen Autorität in die Rechte der Reichsversammlung selbst, die er mit dem den staatsrechtlichen Lehren der Zeit entsprechenden Ausdruck als die gesetzgebende Gewalt bezeichnete. Was schon vor dem Ausbruch des dreißigjährigen Krieges den Widerspruch erregt hatte, die Anmaßung der Gerichte die Gesetze auszulegen, bildete nochmals eine große Beschwerde: denn auch auf die Satzungen des westphälischen Friedens war sie angewandt worden. Wie vor Zeiten, so beklagte man sich auch ferner über unbefugte Cognitionen und verfassungswidrige Executionen mit Verletzung der ständischen Gerechtsame; nur war der Unterschied, daß die Beschwerde, die früher

einseitig von den Protestanten und Weltlichen erhoben worden war, und zwar hauptsächlich im Gegensatz gegen die geistlich-katholische Mehrheit des Reichstags, welche diese Uebergriffe begünstigte, sich jetzt unter Theilnahme der Geistlichen selbst gegen den Kaiser wandte, der den vorherrschenden Einfluß auf die Gerichte besaß. Besonders hob man die Rechte der Kreise des Reiches hervor. Wenn Hertzberg besonders eigenmächtige Einquartierungen in den Kreisen vermieden wissen wollte, so stellte Beulwitz die Freiheit ihrer innerlichen Militär-, Civil- und ökonomischen Verfassung voran. Man kam dann auf den unmittelbaren Zweck des Bundes, die Stände sämmtlich in dem Besitz ihrer Lande und Gerechtsame, bei ihren eigenen Hausverfassungen zu schützen. Gegen jede Verletzung derselben will man sich vereinigen und auf der Reichsversammlung davon abmahnen: sollte das aber nichts fruchten, über weitere kräftige und wirksame Mittel der Reichsverfassung gemäß sich einverstehen und dieselben alsdann in Ausführung bringen. In jedem Wort erkennt man die Feder eines in den Reichsgeschäften geübten Staatsmannes. Ein Vertrag, wie dieser, konnte von jedem Stande, mochte er sich zu den obschwebenden besonderen Fragen verhalten, wie er wollte, angenommen, er konnte allenfalls dem Kaiser selbst vorgelegt werden. Anders verhielt es sich mit den Artikeln, die als abgesonderte oder als geheime erscheinen. Die besonderen (Separatartikel) beziehen sich auf die eigentlichen churfürstlichen Angelegenheiten, die eventuelle Wahl eines römischen Königs, die Wahlcapitulation, und die Errichtung einer neuen Churwürde, von der viel die Rede war. In alledem verpflichten sich Sachsen, Hannover und Brandenburg, nach gemeinschaftlicher Uebereinkunft zu Werke zu gehen. Hannover schlug vor, gegen das Eindringen der Erzherzoge in die geistlichen Stifter Vorkehrungen zu treffen und die Besetzung derselben aus dem Reichsadel zu empfehlen. Dem widersprach Sachsen: wie ja ein sächsischer Prinz selbst zum Besitz einer der vornehmsten geistlichen Würden, des Churfürstenthums Trier und zugleich des Bisthums Augsburg, gelangt war. Sachsen bemerkte, daß in dem kund gewordenen Verfahren Oesterreichs doch nichts Ungesetzliches liege. Eine nicht ungegründete Einwendung, durch welche die beiden Anderen bestimmt wurden, die Sache fallen zu lassen, mit dem Vorbehalt, sich darüber mit einander zu vereinbaren. In dem Vertrage wurde nur nach dem ursprünglichen Entwurf von Hertzberg gegen Zergliederungen und Säcularisationen der Stifter Einspruch erhoben. Dagegen stimmte Sachsen dem Widerspruch gegen den versuchten

Austausch vollkommen bei und versprach, sich einem solchen, wenn er wiederholt werden sollte, mit den beiden Anderen zugleich zu widersetzen [1]). Man sprach aus, der Austausch laufe in Bezug auf die Niederlande dem Barrière-Tractat, in Bezug auf Baiern dem Frieden von Teschen entgegen: er würde für die Sicherheit der nächstgelegenen Kreise und die Verfassung überhaupt höchst gefährlich sein [2]). Gleich im Anfang der Unterhandlung wurde von Hannover der Vorschlag gemacht, daß man den Widerstand hiergegen auf die Reclamation der Agnaten, namentlich Zweibrückens, begründen solle. Gegen die Ansicht seiner Minister nahm König Friedrich das an: man vereinigte sich, diese Reclamation bei der Reichsversammlung auf das wirksamste zu unterstützen und kräftige Mittel dafür zu vereinbaren.

Welches aber sollten diese sein? Darüber wurde in einem „geheimsten Artikul" Bestimmung getroffen. Wenn es denn so weit gekommen, selbst in dem Falle, den Friedrich befürchtete, nicht sowohl eines Austausches, als einer Occupation von Baiern, wollen sie mit allen Kräften und vereinigter Macht dagegen angehen, vornehmlich auch, wenn einer von ihnen deshalb angegriffen würde, einander mit Heeresmacht unterstützen. Hannover brachte die Bestimmung eines Contingents von 15000 Mann, die jeder Theil auf eigene Kosten ins Feld bringen würde, in Antrag: so nahmen Sachsen und Brandenburg an. Wohl hatte Sachsen, weil es einem österreichischen Angriffe zunächst ausgesetzt sein würde, einige Bedenken: Friedrich ermächtigte seine Minister, Sachsen noch durch einen besonderen Allianztractat seiner Hülfleistung in diesem Falle zu versichern. Aber auch die preußischen Minister hatten eine Erinnerung zu machen. Da nach dem ursprünglichen Entwurf die gegenseitige Hülfleistung auf die Reichslande eines jeden beschränkt wurde, so würde sich König Friedrich keine Hülfe haben versprechen dürfen, wenn sein Königreich Preußen oder sein souveränes Herzogthum Schlesien, die nicht in den Reichsverband gehörten, angegriffen worden wären. Und dennoch konnte man den Anderen nicht wohl zumuthen, ihre Hülfleistung auch dahin zu erstrecken: der König

1) Es ist der Artikel: Wie die bekanntermaßen u. s. w., auf welche Anfangsworte später vielfach Bezug genommen wird.

2) Wie ... die intendirte Austauschung ... an sich und in ihren Folgen für die ganze Verfassung des deutschen Reiches, für die Freiheit der angelegenen Kreise und für die Sicherheit aller Stände nicht anders als höchst gefährlich und verderblich sein kann. ...

selbst hätte das nicht einmal gewünscht. Man kam auf die Auskunft, daß, wenn ein solcher Angriff — wo auch immer — geschähe, die beiden anderen Fürsten dem König zum Schutze seiner Reichslande zu Hülfe kommen sollten [1].

So vereinbarten die drei Churfürsten am 23. Juli 1785. Es war noch einmal ein großes und bedeutendes Werk, das da unter den Auspicien Friedrichs zu Stande kam. Geht man demselben auf den Grund, so ist das Wesentlichste eine Vereinbarung zwischen Brandenburg und Hannover. Georg III. fühlte zugleich als König von England in allgemeinen und als Churfürst von Hannover in deutschen Beziehungen die Nothwendigkeit einer Verständigung mit Friedrich. Der Churfürst von Sachsen trat den beiden Andern bei, zögernd und für sich besorgt, aber doch zuletzt entschlossen, selbst für den Fall, daß es zu einem Kriege zwischen Preußen und Oesterreich gekommen wäre.

Daran nahmen nun die minder mächtigen deutschen Fürsten, welche die ersten Berathungen gepflogen, keinen Antheil; doch hatten sie den Weg gebahnt, und man konnte mit Sicherheit auf ihre Betheiligung rechnen. Man verlor keine Zeit, ihnen den Hauptvertrag zu diesem Behuf mitzutheilen.

Von allen Accessionen deutscher Fürsten war keine so wesentlich wie die von Pfalz-Zweibrücken. Denn auf dem Versprechen des Herzogs, niemals in einen Austausch wie der vorgeschlagene zu willigen, beruhte die Uebereinkunft, namentlich auch das in dem geheimen Artikel vorgesehene Verfahren. Auf der andern Seite war man von der Drohung zurückgekommen, auch ohne die Einwilligung des Herzogs vorzuschreiten: Katharina behauptete, das sei nie ihr Sinn gewesen. In den letzten Monaten war denn nichts unversucht geblieben, um den Herzog zu einer freiwilligen Annahme des Entwurfes zu vermögen: die mit seinen fortdauernden Geldverlegenheiten zusammenhängenden Einflüsse maßgebender Persönlichkeiten an seinem Hofe schienen noch immer dazu führen zu können. Der Möglichkeit dieser Entschließung sagte nun der Herzog ohne Bedenken ab. Es entsprach doch der Grundrichtung seiner eigenen Politik,

1) Das will es sagen, wenn es heißt: zu der wechselseitigen Vertheidigung Ihrer in dem deutschen Reichsverband begriffenen Lande und in dem Bezirk derselben, insofern es die Beschützung der eigenen Grenzen und das davon abhängende gemeinsame Wohl der übrigen verbundenen Mächte gestattet."

wenn er sich ausdrücklich verpflichtete, zu keiner Zeit und unter keiner Bedingung in einen Austausch der pfalz-bairischen Erblande zu willigen, sondern sie unveräußert auf seine Nachkommen zu bringen. Dem schloß sich auch Prinz Maximilian Joseph, wie er sagt, „mit gutem Willen und Vorbedacht durch feierliche Erklärung" an und übernahm die gleiche Verpflichtung. Hiedurch trat das Haus Zweibrücken gegen die drei Churfürsten in ein der Hülfleistung derselben entsprechendes Verhältniß; der Vertrag erlangte damit eine der Reichsverfassung gemäße Grundlage.

Von wenigstens nicht mindrer Wichtigkeit war aber noch eine andere Accession: die des Reichserzkanzlers Churfürsten von Mainz. Sie war durch die Verhandlungen Carl Augusts bereits eingeleitet. In dem Augenblick der Entscheidung in Berlin besuchte ein kaiserlicher Gesandter, Graf Trautmansdorf, den Churfürsten, um ihn von jeder Conföderation, die dem Kaiser entgegengesetzt werde, abzumahnen. Wir kennen seine Differenzen mit dem kaiserlichen Hofe in Bezug auf die Reichsgerichte, seine amtliche Stellung überhaupt. Er antwortete, er wisse von keiner Conföderation: aber bei allem Vertrauen, das er zu den reichsväterlichen Gesinnungen des Kaisers hege, könne er doch nicht bergen, daß er durch die Tauschverhandlungen und andre in die Reichsverfassung eingreifende Maßregeln desselben aufmerksam und besorgt geworden sei: er könne nicht mißbilligen, wenn von anderen Ständen die Aufrechterhaltung der auf Gesetzen, löblichem Herkommen und uraltem Besitz ruhenden Reichsverfassung angestrebt werde. Von französischer Seite ist ihm dann der Rath ertheilt worden, eine vermittelnde Stellung zwischen Oesterreich und Preußen einzunehmen. Wir wissen, wie unangenehm man es in Versailles empfand, daß die reichsständische Opposition gegen den Kaiser Miene machte, sich an Preußen anzuschließen. Der Gedanke, das deutsche Reich sowohl von Oesterreich als von Preußen zu sondern, ist eigentlich in diesem Augenblick entsprungen. Auf deutscher Seite ist ein ähnlicher damals in Hessen gefaßt worden: schon wirkte Frankreich auch in Dresden dafür. Es ist der Gedanke, der späterhin in den Kriegen der Revolution ergriffen worden und den Rheinbund unter französischer Protection herbeigeführt hat. Damals konnte der Vorschlag schon deshalb keinen Eingang finden, weil die französische Politik unter dem Einfluß von Oesterreich stand und wenigstens keinerlei Schutz gegen diese Macht gewährte. Eine mittlere Partei auf eigene Hand zu bilden, fühlte sich der Reichserzkanzler bei weitem zu schwach. Ein Motiv und zugleich Hülfs-

mittel dafür hätte in der religiösen Differenz und den daraus entspringenden Besorgnissen liegen können; diese wurden jedoch durch die allgemein bekannten Gesinnungen des Königs von Preußen, seine Erklärungen und die Versicherungen seines Nachfolgers gehoben. Man wußte, daß sie die Behauptung der deutschen Verfassung mit allem Ernst übernehmen würden. Schon war der Churfürst von Mainz durch den Herzog von Weimar, der bei Gelegenheit einer Badereise ihn nochmals aufsuchte, und durch Edelsheim aufs neue von dem Gange der Verhandlungen unterrichtet und in seiner Gesinnung bestärkt worden. Das Entscheidende geschah dann durch die preußischen Bevollmächtigten Böhmer und Stein, von denen der erste, der vornehmere, geschäftskundig und ruhig die Unterhandlungen mit einer der Sache entsprechenden Ueberlegenheit führte, und der andere ihn durch Gewandtheit unterstützte. Ein Moment, das den Wechsel der Zeiten bezeichnet, aber bleibt es immer, daß der Churfürst von Mainz, indem er sich von dem Kaiser abwandte, auch von aller Verbindung mit Frankreich absah und dem von Preußen angebahnten System beitrat. Man sagte in Berlin, er gefalle sich in der Rolle, die er neben dem großen Friedrich im Reiche spielen werde[1]). Es war am 18. October 1785, daß der Churfürst von Mainz nicht allein dem Hauptvertrag, sondern auch den besonderen Artikeln beitrat, nur nicht dem geheimsten. Bei den Accessionen, die nun allenthalben erfolgten, machte man allezeit den Unterschied zwischen diesen. Friedrich scherzte wohl darüber, wenn etwa das damals sehr ohnmächtige Baden auch dem geheimsten Artikel beitrat und sich zu einer Hülfleistung verpflichtete. Daß aber die anderen angenommen wurden, war ihm höchst angenehm; bei keinem mehr als bei dem Churfürsten von Mainz. Er wußte es zu würdigen, daß die verbundenen Fürsten durch dessen Beitritt die Majorität im churfürstlichen Collegium erlangten. In der Hierarchie des Reiches

1) L'Electeur a été déterminé à cette forte résolution par son envie de briller avec Votre Majesté dans un rôle aussi patriotique et populaire, par la haine personnelle qu'il a contre l'Empereur, par leurs disputes sur ses droits d'Archi-Chancelier de l'Empire, par l'influence de ses parents, la famille de Coutenhoven, qui est fort opposée à la Cour de Vienne malgré le procès important, qu'elle a au Conseil Aulique et dont le C. de Trautmannsdorf leur a annoncé le gain ou la perte selon leur conduite, et enfin par les conseils de ses trois ministres de Deel, de Heims et de Strauss, qui ont tous voté pour l'occasion malgré toutes les menaces du ministre autrichien . . . Finckenstein an den König 31. Oct. 1785.

ward ihnen dadurch das Uebergewicht zu Theil, selbst über den Kaiser.

Anfangs hatte Friedrich davon geredet, daß man eines Bundes bedürfe, wie einst der schmalkaldische gewesen war: Andere hatten auf die Union im Anfang des 17. Jahrhunderts provocirt. Wie ganz anders aber war nun die Association beschaffen, die wirklich zu Stande kam. Bei den früheren Bündnissen lag das in jener Epoche höchlich gefährdete protestantische Interesse zu Grunde: mitten im Kampf dafür waren sie auseinander gesprengt worden. Auch die Union, wie sie der Fürst von Waldeck[1]) in der Zeit des großen Churfürsten in Vorschlag brachte (1653), war doch dem ursprünglichen Plane gemäß lediglich auf die weltlichen und protestantischen Fürsten abgesehen: die Erhaltung des Protestantismus bildete den Hauptgesichtspunkt. Ganz anders die damalige, welche von einer Gefährdung des größten katholischen Churfürstenthums und einer inneren Bewegung unter den geistlichen Fürsten herrührte.

Die Associationen, mit denen Friedrich während des österreichischen Erbfolgekrieges umging, hatten schon einen verwandten Charakter, doch scheiterte Alles an der Vorliebe der katholischen Fürsten für Oesterreich. In den Jahren 1748—51 ist eine Unterhandlung verwandten Zweckes von den katholischen Fürsten selbst angeregt worden. Sie war vornehmlich gegen die Kreisassociationsbündnisse gerichtet, die damals vom kaiserlichen Hofe betrieben dahin zielten, die einzelnen Fürsten von den in den Kreisen durch Mehrheit zu Stande gebrachten Schlüssen abhängig zu machen. Die drei Churhöfe von Köln, Baiern und Pfalz wollten sich dem nicht unterwerfen: sie behaupteten, daß nach Herkommen und Verfassung die Mehrheit der Stimmen in den Kreisen unstatthaft sei. Im Gegensatz gegen die Kreisassociationen wollten sie einen Bund mit einander schließen, an dessen Spitze sich der König von Preußen stellen sollte: man wollte damit zugleich in den Stand kommen, dem Reichshofrath zu widerstehen. Das fiel aber in die Zeit der engen Verbindung zwischen Oesterreich und England: man konnte nicht hoffen, die Fürstenhöfe, die von England abhingen, zu gewinnen. Friedrich sagte nur, er habe nichts dagegen (16. Mai 1749), wenngleich er hoffen ließ, sobald es so weit sei, seinerseits hervorzutreten. Sein Hauptgesichtspunkt war, die Wahl Josephs II. zum römischen König, um die sich Georg II. eifrig bemühte, zu hintertreiben. Zu einem Resultat gelangte man nicht.

1) Erdmannsdörfer, Georg Friedrich von Waldeck, S. 178.

Im Jahr 1785 ging der Impuls von ihm selber aus; der König von England war nicht allein nicht dagegen, sondern dafür. Von der andern Seite kam dem das katholische Interesse der geistlichen Fürstenthümer selbst entgegen.

Am meisten innere Verwandtschaft hat, wenn ich nicht irre, die Vereinbarung von 1785 mit dem Verständniß, welches Churfürst Moritz von Sachsen im Jahre 1552 durch den Passauer Vertrag mit den katholischen und geistlichen Reichsfürsten traf. So war der Fürstenbund auf die Erhaltung eines katholischen Reichsfürstenthums und der Integrität der Reichsstifter gerichtet. Wie in jener Zeit Carl V. unter Mitwirkung des deutschen Hauses Oesterreich von dem Reiche ausgeschlossen wurde, so vereinigten sich jetzt die Stände gegen das deutsche Oesterreich, wie es unter Joseph II. auftrat.

Dreizehntes Capitel.

Momente der allgemeinen Lage. Politik Friedrichs II. in seinen letzten Lebensjahren.

Kommen wir nun auf die schon angedeutete Verflechtung der europäischen Angelegenheiten mit den deutschen und die Beziehungen Friedrichs dazu. Durch den Austauschsentwurf wurden die europäischen Staatenverhältnisse wieder an sich sehr empfindlich berührt. Denn nur mit allgemeiner Anstrengung waren die katholischen Niederlande gegen Frankreich behauptet und in den Besitz von Oesterreich gebracht worden. Die Unabhängigkeit dieser Landschaften von Frankreich zu erhalten, bildete aber von jeher ein wesentliches Moment der englischen Politik. Zu dem altenglischen System gehörte es, die westlichen niederländischen Provinzen zwar nicht unmittelbar zu besitzen — das würde das Parlament nicht einmal gern gesehen haben — aber sie gegen die französische Uebermacht in Krieg und Frieden in Schutz zu nehmen. So lange sie österreichisch waren, wiewohl mit Vorbehalt ihrer althergebrachten Gerechtsame, da verschaffte dies Verhältniß den Engländern einen nicht geringen Einfluß auf das Haus Oesterreich, welches denselben ohne sie doch niemals eine vollkommen ausreichende Sicherheit zu gewähren im Stande war [1]). Man kannte die Schwierigkeiten, die daraus erwuchsen, sobald sich Oesterreich zu Frankreich neigte: eine noch viel größere aber sah man von dem Austausch voraus. Die Vorfechter des alten Systems in England hätten so viel nicht dagegen gehabt, wenn der Kaiser im Besitz von Luxemburg und Na=

1) Its existence has ever been seemed essential to the interests of Europe in general, and to those of England in particular, but it is destroyed the moment the Low Countries either belong to France directly or are governed by a Sovereign devoted to her influence. .. Diaries of Malmesbury II. 50.

mur geblieben, dann aber zugleich mit dem neu zu errichtenden Königreich Burgund und mit Holland in enge Allianz getreten wäre. Alsdann meinten sie, würde das alte System sich behaupten lassen. Wie aber die Sache angegriffen wurde, war das nimmermehr zu erwarten. Frankreich würde wahrscheinlich selbst Luxemburg mit Namur erlangt und das neue Königreich unbedingt beherrscht haben. Joseph II. war, wie erwähnt, von selbst auf diesen Gedanken gekommen, wofern ihm namentlich in Italien eine Gegenbewilligung gemacht würde. Aber außerdem ließ die enge Allianz zwischen Frankreich und Oesterreich keinen Zweifel darüber aufkommen, daß die neue Combination dem französischen Interesse zu gute kommen werde.

Wenn nun der Widerspruch gegen den Austausch eine natürliche Verbindung zwischen Preußen, das denselben aus deutschen, und England, das ihn aus europäischen Gesichtspunkten verwarf, hervorbrachte, so trat ein ähnliches Verhältniß auch in der Republik Holland ein. Es trug jedoch wieder einen ganz verschiedenen Charakter. Für die letzten Zeiten Friedrichs und die ersten seines Nachfolgers, so wie für die allgemeine Politik ist es so wichtig, daß wir ihm eine eingehende Erörterung widmen müssen.

Seit Jahrhunderten hatte die englische Politik in der engsten Beziehung zu der Republik der vereinigten Niederlande gestanden; damals gewann es den Anschein, als ob dieselbe in die französischen Verbindungen, die sich über die österreichischen Provinzen ausbreiteten, gezogen werden würde.

In den vereinigten Niederlanden waren die alten Streitigkeiten zwischen dem Erbstatthalter und der städtischen Aristokratie, welche von jeher das innere Leben der Republik bestimmten, wieder erwacht. Die Partei, welche 1747 erlegen, aber nie vernichtet worden war, regte sich bei dem Ausbruch des amerikanischen Krieges, der bald ein europäischer wurde, mit aller ihrer Stärke. Der Statthalter wünschte die Neutralität zu erhalten: in dem Lande entstand in Folge von mancherlei Unbill, die es damals von England erfuhr, eine Bewegung zu Gunsten Frankreichs. Das Selbstgefühl des Landes sträubte sich schon längst gegen die untergeordnete Rolle, die es seit der Revolution von 1688, zu deren Durchführung die Republik mächtig beigetragen hatte, neben England spielte. „Was könne man nicht in dem gegenwärtigen Moment, in welchem England so viele Feinde zähle, gegen dasselbe ausrichten! Nicht weniger

vielleicht als hundert Jahre früher." Besonders in den Provinzialstaaten von Holland bekam eine Partei das Uebergewicht, welche diese populare Bewegung mit der Antipathie gegen den Statthalter Wilhelm V., der durch seine nahen verwandtschaftlichen Beziehungen, Sinnesweise und Lebensgewohnheiten an England geknüpft sei, verband. Im Widerspruch mit ihm kam es zum Kriege, in welchem die Holländer große und schwere Verluste erlitten, sowohl bei seinem Ausbruch, als auch bei dem Frieden, aber auch durch einige ihrer alten Zeiten würdige Handlungen ihren Ruhm erneuerten und ihr Selbstgefühl verstärkten. Auch nach dem Frieden war Antipathie gegen England und Hinneigung zu Frankreich das vorherrschende Gefühl; zwischen der Republik und dem Hof von Versailles ward eine Allianz unterhandelt, durch welche die Feindseligkeit gegen England erst recht positiven Grund und Boden erlangen mußte.

Einen unangenehmen Zwischenfall bildeten hiefür die Mißhelligkeiten, die bei dem Versuch, die Schelde zu eröffnen, zwischen dem Kaiser und der Republik ausbrachen. In Frankreich, wo man das Verfahren des Kaisers mißbilligte, sah man doch die Nothwendigkeit ein, zwischen dem Verbündeten, von dem man sich nicht trenne, und dem andern, den man erst recht an sich zu knüpfen suche, zu vermitteln.

In den letzten Monaten von 1784, den ersten von 1785 war der Erfolg davon nicht abzusehen: der Kaiser traf Anstalten, Holland in der That mit Krieg zu überziehen und seine Forderung mit Gewalt durchzusetzen. Hier, wo man nicht geneigt war nachzugeben und nicht die Kraft fühlte zu widerstehen, wandte man seine Augen naturgemäß auf König Friedrich II.

„Ich kann Ew. Majestät versichern", schreibt ihm der Erbstatthalter, „unter allen Parteien herrscht nur Eine Meinung, den Prätentionen des Kaisers den kräftigsten Widerstand entgegenzusetzen, und mit allen Mitteln, welche die Vorsehung unserm Staate gegeben hat, einen ungerechten Angriff zurückzuweisen; — ich verbinde meine Bitte mit der des Staates um Ew. Majestät mächtige Protection, dann werden wir nicht genöthigt sein zu weichen" [1]).

1) Guillaume V à S. M. le roi de Prusse, im Archiv vom Haag. Die Correspondenz des Prinzen mit dem König befindet sich im oranischen Hausarchiv; die der Prinzessin wurde dort bisher noch vergebens gesucht. Doch finden sich einige Stücke derselben in Berlin.

Friedrich stand auch sonst in nahem Bezug zu den Verhältnissen und Kriegen der Republik.

Wilhelm V. war der Sohn eines Paares, dem er allezeit mit der innigsten Freundschaft zugethan gewesen war, Wilhelms IV. und der Prinzessin Anna von England; er war mit der Nichte des Königs, Friederike Wilhelmine vermählt, die dieser, wie sein Briefwechsel mit ihr zeigt, wie sein eignes Kind betrachtete. Es berührte ihn sehr nahe, wenn in der Republik die dem Erbstatthalter entgegengesetzte Faction das Uebergewicht davontrug und demselben Schritt für Schritt die Vorrechte entriß, die ihm entweder ausdrücklich bewilligt worden waren, oder die er stillschweigend in Besitz genommen hatte. Die immer wachsende Bewegung und die Gegenwirkungen von Seiten des Prinzen machten ihn unruhig. Er nahm, wie er sagt, die aus Holland eingehenden Depeschen nie ohne Besorgniß in die Hände. Er fürchtete darin von Thätlichkeiten gegen seine Nichte und ihren Gemahl lesen zu müssen; er warnte sie, nicht das Volk zu reizen, dessen anscheinende Trägheit, wenn es in Feuer gesetzt werde, in wilde Gewaltsamkeit übergehe, wovon die Witts ein Zeugniß gäben. Wenn er nun in den inneren Angelegenheiten zur Mäßigung ermahnte, um kein Unglück zu erleben, so war er noch weniger geneigt, in die äußeren einzugreifen. Seiner Nichte bemerkte er, daß Holland doch nicht so viel zu fürchten habe, als sie wohl meine; denn der Kaiser werde mit seinen Drohungen schwerlich Ernst machen; er werde einsehen, daß er dadurch einen allgemeinen Krieg veranlassen könne, was er doch gewiß nicht wünsche. Auch er aber, ihr Oheim, König von Preußen, wünsche einen solchen nicht; denn hauptsächlich ihm würde derselbe zur Last fallen; bei seinem Alter dürfe er sich darauf nicht einlassen. Und der Republik selbst fühlte er sich weder persönlich noch auch politisch verpflichtet. Er hatte ihr noch nicht vergessen, wie zweideutig, ohne Rücksicht auf das System, dem sie beide angehörten, sie sich während des siebenjährigen Krieges gehalten hatte: da habe sie das Haus Oesterreich mit großen Geldsummen unterstützt. Dem Prinzen erwiederte er, nicht an ihn dürfe sich die Republik wenden, er habe ihr keinen der Verträge garantirt, welche der Kaiser über den Haufen zu werfen suche: aber mit Frankreich stehe sie im Bunde; von dieser Macht seien jene Tractate garantirt, sie habe also auch die Pflicht, dieselben aufrecht zu halten; an den Hof von Versailles müsse die Republik sich wenden. Jedermann billige die Festigkeit, mit welcher sie auftrete; sie werde derselben die Behauptung ihrer

Freiheit verdanken; überdies aber könne man die Hoffnung hegen, daß sich während des Winters alles beruhigen werde [1]).

Friedrich glaubte genug zu thun, wenn er die Werbungen der Republik im Reiche nicht allein gestattete, sondern auch begünstigte; er wiederholte den Rath, den er ihr schon oft gegeben, sich in einen respectabeln Stand zu setzen, damit ihre Existenz nicht demnächst wieder bedroht werde [2]). Für damals erwartete er alles von dem Erfolg der Unterhandlungen, die zwischen Frankreich und Oesterreich bereits im vollen Gange waren.

Eine andere Meinung herrschte hierüber bei den Engländern vor. Denn nothwendig mußte die Intervention von Frankreich zu Gunsten der Republik, das Verdienst, das es sich durch die Abwehr der vom Kaiser gedrohten Thätlichkeiten um dieselbe erwarb, auch den Einfluß seiner Politik in Holland verstärken und dazu beitragen, seine Beziehungen zu den Niederlanden zu befestigen. Der Antagonismus, der in dem amerikanischen Kriege zwischen den beiden Mächten zum Ausbruch gekommen war, setzte sich nach dem Frieden fort; die beiden Niederlande, am meisten die Republik, waren damals der vornehmste Schauplatz desselben.

Hier aber umfaßte er nun zugleich die innern und die äußern Angelegenheiten.

Denn wie der Statthalter Wilhelm V. hauptsächlich dadurch mit der öffentlichen Meinung in Holland zerfallen war, daß er Anlaß gab, ihm englische Gesinnung zuzuschreiben, so hielten sich seine Gegner, welche nicht allein ihn bekämpften, sondern die erbstatthalterische Macht überhaupt in die engsten Schranken einzuschließen beabsichtigten, ohne allen Rückhalt an Frankreich. In ihrem Uebergewicht sahen die Engländer zugleich einen Vortheil für diese Macht, den sie ihr nicht gönnten.

Im December 1784 erschien ein neuer englischer Gesandter, Sir James Harris — später Lord Malmesbury — im Haag, der sich recht eigentlich zum Träger dieses Gedankens machte. Er war

1) C'est un devoir indispensable de la cour de Versailles de soutenir la république son alliée et les actes solennels qui assurent ses possessions et ses droits (8. Nov.)

2) Friedrich 22. Nov. Je me flatte, qu'au printems qui vient tous ces troubles seront appaisés, et que la république jouira de l'heureuse tranquillité que je lui souhaite, mais que cette échauffure devienne pour elle un motif pour se tenir à l'avenir dans une situation plus respectable.

von Fox, der denselben ursprünglich gehabt zu haben scheint, zu diesem Posten bestimmt, und obgleich er mit der Coalition votirte, von dem eben zu seiner großen Stellung emporkommenden William Pitt in demselben bestätigt worden. Harris nahm bei seiner Ankunft eine allgemeine Antipathie gegen England wahr. Da diese sich zugleich gegen den Statthalter richtete, so fühlte er sich um so mehr veranlaßt, dessen Sache zu der seinen zu machen. Er faßte den Gedanken, eine statthalterische Partei um sich zu sammeln, und sie wieder ans Ruder zu bringen, um sich mit ihr dem französischen Einfluß entgegenzusetzen und das Uebergewicht von England wieder herzustellen.

An sich keineswegs mit Friedrich befreundet, eher mit ihm zerfallen — er gehört zu den wenig zahlreichen Zeitgenossen, die Friedrich nicht bewunderten, — meinte er doch in dem verwandtschaftlichen Verhältniß desselben zu dem Erbstatthalter ein Motiv zu sehen, um sich seiner Mitwirkung zu versichern. Ueberhaupt war es der Gedanke der englischen Politik, eine continentale Allianz mit Preußen, Holland und Dänemark zu Stande zu bringen, deren Spitze alsdann gegen Frankreich gerichtet sein würde.

Sollte nicht Friedrich die Hand dazu bieten, da er sich von der Allianz Oesterreichs auf der einen Seite mit Rußland, auf der andern mit Frankreich bedroht sah?

Wir wissen, welchen Eindruck diese Verbindung auf Friedrich machte, als sie zuerst in den Gesichtskreis trat; sie erinnerte ihn an 1756, und bildete einen der vornehmsten Antriebe für die deutsche Union. Aber unmittelbar bedroht fühlte er sich nicht. Ueber Frankreich, wo in den ministeriellen Kreisen eine für ihn günstige Stimmung herrschte, hatte er sich nicht zu beklagen; er mußte nur sich selbst hüten, dieser Macht zu Mißvergnügen und Entfremdung Anlaß zu geben, wodurch die österreichische Partei gefördert und ihm in den deutschen Angelegenheiten die widerwärtigste Einwirkung verursacht werden konnte.

Im Herbst 1785 stellte sich der Herzog von York mit einigen englischen Offizieren, unter denen Cornwallis war, der in dem amerikanischen Krieg zwar unglücklich gefochten, aber kriegsmännischen Ruf davongetragen hatte, bei den preußischen Herbstmanövern in Schlesien ein. Nicht dort — denn inmitten der technisch-militärischen Thätigkeit fand sich keine Gelegenheit dazu, — aber nach der Rückkehr nach Sanssouci (es war in dem Zimmer des Herzogs von Braunschweig und in dessen Gegenwart) sprach Friedrich mit

Cornwallis über die allgemeine Lage. Seine Aeußerungen sind so bezeichnend und eingehend, daß wir ihrer ausführlich gedenken dürfen. Friedrich sagte: Bei aller Geneigtheit, die er habe, in Verbindung mit England zu treten, müsse er doch bedenken, daß Preußen sowohl wie England sehr isolirt seien. Frankreich dagegen, sagte er, Spanien, Oesterreich und Rußland stehen in Allianz, Holland unter dem Einfluß von Frankreich. Diesem Uebergewicht würden Preußen und England nicht gewachsen sein. England würde abermals mit den Flotten von Frankreich, Spanien, Holland zu kämpfen haben; Preußen mit der Landmacht von Frankreich, Oesterreich und Rußland. Einmal (im siebenjährigen Kriege) sei das allerdings möglich gewesen; aber es sei ein zu gefährliches Spiel, als daß man es wiederholen könne. Er erinnerte an das Motiv des Bündnisses zwischen Frankreich und Oesterreich, welches darin liege, daß Frankreich gegen einen continentalen Krieg gesichert sei, um alle seine Macht zur See entwickeln zu können. Man höre bereits, daß die Revenue, welche der künftige König von Burgund aus den Niederlanden zu beziehen habe, ihm von Frankreich garantirt, diese Macht dagegen in den Besitz von Luxemburg und Namur gesetzt werden solle: Rußland seinerseits werde von Oesterreich durch die orientalischen Entwürfe beeinflußt. Diese große Combination würde zur Thätigkeit erwachen, wenn ein Bund zwischen England und Preußen zu Stande käme. „Ich betrachte den König von England als meinen Verbündeten; ich will jeden guten Dienst, den ich vermag, ihm leisten und ihm von allem Nachricht geben, was ich in Erfahrung bringe, inwiefern es auf ihn Bezug hat. Ich denke, er würde dasselbe von seiner Seite für mich thun. Noch besteht ein Vertrag zwischen uns, der uns verpflichtet und den ich noch heute für genügend halte." Man hatte wohl gemeint, er sei mit den Maßregeln der Franzosen in Holland sogar einverstanden. Er erkenne recht wohl, sagte er, daß sie für Preußen ebenso nachtheilig seien, als für England, denn Frankreich denke die Generalstaaten durch einen Gesandten zu regieren. Um es nicht dahin kommen zu lassen, werde er Alles thun, was in seinen Kräften stehe, sowohl in Holland als in Frankreich. Aber gewaltsame Mittel dürfe man nicht hervorkehren, da man nicht die Macht habe, sie durchzuführen. In Holland eine populare Bewegung gegen die französische Partei hervorzurufen, würde gegenwärtig nichts nützen, da die französischen und österreichischen Truppen in der Nähe seien, um sie zu ersticken. Die einzige Hoffnung, eine Veränderung der allgemeinen Lage her-

vorzubringen, schien ihm darin zu liegen, daß man Rußland von Oesterreich trenne. Er hielt das nicht für unmöglich, wenn man die Kaiserin überzeuge, daß es des Kaisers Ernst nimmermehr sein könne, sie gegen die Türken zu unterstützen; denn wie sollte Joseph einen so mächtigen Nachbar wie Rußland gegen einen so schwachen wie die Türkei eintauschen wollen? Eine Tripelallianz zwischen Rußland, England und Preußen einzugehen, sei er sehr bereit. Er erinnerte die Engländer an die Gefahr, die ihnen vielleicht in Indien und selbst in Irland, wo Frankreich rührig arbeite, bevorstehe. Hoffentlich würden sie da keine inneren Unruhen zum Ausbruch kommen lassen, denn deren würde sich Frankreich auf der Stelle bedienen. Mit großem Lob und Beifall gedachte er der finanziellen Maßregeln, durch welche soeben William Pitt den Credit von England wieder herstellte, so daß dies Reich wieder zu seiner alten politischen Bedeutung gelange[1]. Man sieht, Alles stand ihm vor Augen, besonders auch die Bedeutung, welche eine Unterwerfung Hollands unter Frankreich für Europa überhaupt herbeiführen würde. Dem alten System des Widerstandes gegen die französische Uebermacht hing er um so mehr an, da jetzt Oesterreich auf französische Seite getreten war. Nur eins war ihm verborgen, daß eine Zeit kommen könne, wo Frankreich durch revolutionäre Stürme veranlaßt sein würde, sich von Oesterreich loszureißen. Kein menschliches Auge wäre fähig gewesen, das vorauszusehen. Wenn nun beide mit einander verbunden blieben, so zweifelte er nicht, mit England vereinigt gegen sie angehen zu können, nur nicht, so lange Rußland an der österreichischen Allianz festhalte.

Wie die Dinge standen, hielt Friedrich die Erhaltung des Friedens für eine unbedingte Nothwendigkeit, namentlich für seinen Staat und die eben begründete Association Deutschlands.

Indem er redete, bemerkte Cornwallis den Widerspruch seiner körperlichen Hinfälligkeit mit der geistigen Energie, welche jede seiner Aeußerungen athmete.

Anders aber war es nun nicht: die Dinge vollzogen sich in der Weise, die er voraussah, und der er sich, wiewohl mit Widerwillen, unterwarf.

1) Heads of what the King of Prussia said to Lord Cornwallis at Sans-Souci the 17th of September 1785, gedruckt bei Ross, Correspondence of Cornwallis Vol. I. p. 201. Auch in Diaries of Malmesbury II. 101 mit dem Zusatz: sent by Mr. Ewart to Sir James Harris; aber dieser Abdruck ist unvollständig.

Die französischen Minister, von der Königin Marie Antoinette angetrieben, die selbst in Antrag gebracht hat, die Holländer ihrem Schicksal zu überlassen, wenn es zu einem Bruch komme, boten zu allem die Hand, was der Kaiser definitiv verlange; von keiner Macht der Welt unterstützt, und ihrerseits in dem Bewußtsein ihrer Schwäche, unterwarfen sich die Holländer dem Ausspruch derselben. Kaiser Joseph, der den Hader zugleich als eine Ehrensache behandelte, forderte vor allem Weitern eine in diesem Punkt genügende Erklärung der Holländer; in einem Briefe an die Kaiserin Katharina, die ihn mit dem Gewicht ihrer Autorität auch hiebei unterstützt hatte, drückte er die Genugthuung aus, mit welcher es ihn erfüllte, daß die Holländer sich entschlossen hätten, ihm zu diesem Zwecke eine Deputation zu schicken.

Es war bereits im Juli 1785, daß zwei Abgeordnete vor ihm erschienen, um ihm im Namen der Generalstaaten zu erklären, daß es bei Behauptung unleugbarer Rechte doch niemals ihre Absicht gewesen sei, ihn zu beleidigen. Der Kaiser erwiederte das mit freundlicher Begegnung und ließ nun die Unterhandlungen wieder angehen, indem er jedoch nach dem Rathe seiner Schwester einen bestimmten Termin, Mitte September, nach welchem sie beendigt sein müßten, festsetzte. Seinem Gesandten Mercy gelang es, eine Entschädigung selbst noch von höherem Betrage, als Kaunitz angegeben hatte, — man würde sich in Wien mit 8 Millionen holländischen Gulden begnügt haben, erhielt deren aber 10 — auszuwirken. Niemals hatte sich das enge Verhältniß zwischen Frankreich und Oesterreich auffallender herausgestellt: um den Kaiser zu befriedigen, übernahm die französische Staatskasse beinahe die Hälfte der stipulirten Zahlung, $4^1/_2$ Million. Alles andere ward leicht erledigt: in den Präliminarien vom 20. September wurde der Republik die ihr in dem Frieden von Münster eingeräumte Befugniß, die Schelde verschlossen zu halten, gelassen, und auf diesen Grund der Friede wieder hergestellt.

Nicht allein Freundschaft für den Kaiser aber war es, was die französischen Minister zu dieser kostspieligen Vermittelung bewog. Die Abkunft war die Bedingung der Allianz zwischen Frankreich und Holland, die nun im November abgeschlossen wurde[1]), und von

1) Traité d'accord définitif entre S. M. Impériale etc. et les Etats-Généraux des Provinces Unies signé à Fontainebleau le 8. Nov. 1785, bei Martens Recueil IV. 55.

der Niemand bezweifeln konnte, daß sie hauptsächlich gegen England gerichtet war. Für jeden künftigen Krieg versprachen König Ludwig XVI. und die Republik einander ihren Beistand. Eine bedeutende Seemacht, 30 Linienschiffe, wurde dadurch den Franzosen zur Verfügung gestellt. Auch der in dem letzten Kriege aufgestellte Grundsatz des Seerechtes in Bezug auf neutrale Schiffe wurde darin sanctionirt. Frankreich bekam das Recht, ansehnliche Streitkräfte nach dem Cap und den Küsten von Ceylon zu schicken, welche noch einmal die Oberherrschaft Englands in Indien zweifelhaft machen konnten [1]).

Man begreift es, in welche Aufregung die Engländer hierüber geriethen. Sie fanden es besonders anstößig, daß nicht einmal ein Angriff von ihrer Seite vorausgesetzt war, so daß dem Bündniß eine offensive Tendenz zu Grunde liegen müsse. Sie meinten gegen die Gefährdung ihrer Seeherrschaft, die hierin lag, noch einmal Alles einsetzen zu müssen. Der Gesandte bekam Befehl, entweder die Ratification zu hindern, oder, wenn dies nicht möglich sei, der herrschenden Partei eine solche Opposition zu erwecken, daß der Zweck des Tractates vereitelt werde [2]). Da das Erste nicht zu erreichen war, so ergriff Harris mit doppeltem Eifer das Zweite. Ein anderes Mittel aber gab es für ihn nicht, als sich der Ansprüche des Statthalters gegen die herrschende Partei nach besten Kräften anzunehmen: er wünschte nichts mehr, als daß auch der König von Preußen sich seiner Nichte und ihres Gemahls ernstlich angenommen hätte. Aber wie wäre das vollends nunmehr von Friedrich und seinen Ministern zu erwarten gewesen? Diese meinten, das Andrängen der Engländer habe nur den Zweck, einen Bruch zwischen Frankreich und Preußen herbeizuführen, um dadurch jene Allianz, mit der sie schon lange umgingen, zu Stande zu bringen. Der König bemerkte, er würde dadurch Europa in Feuer und Flamme setzen; seine Minister, man könne Preußen nicht zumuthen, sich auf die Bresche zu stellen [3]). Der König war nicht unempfindlich für

1) Traité d'alliance défensive entre S. M. le roi très chrétien et les Etats-Généraux des Provinces-Unies signé à Fontainebleau le 10. Novembre 1785, bei Martens Recueil IV. p. 65. — Vergl. Flassan VIII. 408.

2) Caermarthen an Harris 17. November: it must then become our care to endeavour to excite such an opposition to the ruling party who have brought it to perfection, as at least to render the effects of it as little pernicious as possible to our own prosperity and safety; in Diaries of Malmesbury II. 125.

3) Finckenstein und Hertzberg an den König, 18. Januar 1786.

seine verwandtschaftlichen Pflichten [1]), er hatte herzliche Zuneigung für seine Nichte; aber das Schwert für sie zu ziehen und seinen Staat damit in Gefahr zu setzen, war er nicht gemeint. Er glaubte dem erbstatthalterischen Paare nur im Einverständniß mit Frankreich nützlich werden zu können. Sein Gedanke wäre gewesen, daß dem Prinzen alle seine Ehrenrechte gelassen, dagegen seine politischen Handlungen durch einen ihm zur Seite zu setzenden Rath, von dessen Mehrheit die Entscheidung abhängig gewesen wäre, beschränkt werden sollten. Die Absicht, von der man geredet hat, seiner Nichte die Autorität in die Hände zu bringen, lag ihm ferne: er ermahnte sie vielmehr zu Mäßigung und Geduld. Zuweilen ist es eben in einem Augenblicke geschehen, als der Statthalter und sie selbst Beleidigung erfuhren. Sie sagte, sie fühle ihr Herz bei seinen Briefen erstarren; aber sie folgte dem Rathe des Oheims, von dem sie wohl wußte, daß eine politische Nothwendigkeit ihn zu seinem so höchst vorsichtigen und maßvollen Betragen nöthige.

Der vornehmste Gesichtspunkt König Friedrichs war immer, mit Frankreich, dem Bündniß dieser Krone mit dem Haus Oesterreich zum Trotz, in leidlich gutem Vernehmen zu stehen. Auch begriffen das die französischen Minister. Sie sagten unter anderm dem Prinzen Heinrich, der damals eine Reise nach Frankreich machte: käme es auf sie an, sie würden das Bündniß mit Oesterreich nicht schließen; da es aber einmal geschlossen sei, so müsse es beobachtet werden. Den ursprünglichen Zweck, zu dem es geschlossen worden, behielten sie jedoch dabei vor Augen. Eine Memoire des leitenden Ministers Vergennes liegt vor, worin König Ludwig XVI. erinnert wird, daß Frankreich darum jene Allianz geschlossen habe, um gegen die maritime Uebermacht Englands freie Hand zu behalten: wenn nun dieser Zweck durch den unruhigen Ehrgeiz Josephs II. gestört werde, oder die österreichische Politik im Orient den französischen Interessen entgegenwirke, so sei man vollkommen berechtigt, sich dem Gegner Oesterreichs, dem König von Preußen, zu nähern.

Es hängt mit jener vornehmsten immer noch maßgebenden Absicht zusammen, daß Frankreich so viel Werth auf die Allianz mit Holland legte. Es übernahm die lästige Vermittelung, weil, wenn die Holländer mit dem Verbündeten Frankreichs, dem Kaiser, nicht

1) Kabinetsschreiben vom 14. Dezember 1785 ... les liens du sang qui m'unissent à ma nièce, m'obligent de lui donner tous les secours, qui dépendent de moi ...

pacificirt wurden, die Engländer in diesen Irrungen ein Mittel gefunden haben würden, die Republik auf ihre Seite zu ziehen.

Für den König von Preußen trug es wenig aus, ob sich Holland in dem maritimen Wettstreit auf die Seite Englands oder Frankreichs neige. Die Holländer anzufeinden, weil sie die Franzosen den Engländern vorzogen, würde er für die größte Thorheit gehalten haben, die er hätte begehen können: genug, wenn Frankreich nicht Holland aller Selbständigkeit beraube und von daher den Continent zu überwältigen oder einen widerwärtigen Einfluß auf Deutschland auszuüben suche.

Diesem maßvollen Betragen verdankte es Friedrich, daß Frankreich dem Fortgang des Fürstenbundes kein Hinderniß in den Weg legte. Er hatte das Vergnügen, zu vernehmen, daß der Beitritt des Herzogs von Braunschweig zu demselben von dem Minister Vergennes nicht allein nicht gemißbilligt, sondern sogar gelobt worden war. Kaiserin Katharina verfehlte nicht, die Gegenwirkung des Kaisers gegen den Fürstenbund zu unterstützen. Auf ihr Geheiß waren ihre Gesandten in Deutschland dafür thätig: aber schon richteten sie nichts mehr aus. Romanzow war fast verwundert — denn er hielt sich für einen Mann von unwiderstehlicher Liebenswürdigkeit — wenn er bei den weiteren Begegnungen mit dem zweibrückischen Hofe eher Zurückweisung erfuhr, als das frühere Entgegenkommen. Auch bei dem Prinzen Maximilian fand er keinen Eingang. Daß sich dieser Prinz damals mit einer Prinzessin von Darmstadt vermählte, beruhte in der politischen Combination, welche eine lebensfähige Nachkommenschaft erheischte, die den Erbanspruch aufrecht hielt. Es war ein allgemeines Interesse, daß der Prinz eine Ausstattung bekam, die ihm einen eignen Haushalt einzurichten verstattete. Auch hierin schied sich das österreichische Interesse von dem französischen: Ludwig XVI. rieth dem Prinzen freundschaftlich und dringend, sich zu vermählen.

Einen nicht unwichtigen Incidenzpunkt in diesen Verhandlungen bildet der unerwartete Tod des Landgrafen Friedrich von Hessen, der damals eintrat. Bei Tafel zwischen zwei Damen, mit denen er schwatzte, sitzend, war er von einem apoplektischen Schlage getroffen worden, der seinem Leben ein Ende machte. Sein Nachfolger Wilhelm, der schon in Hanau, wo er selbständig regierte, besonders durch den Markgrafen von Baden und den Herzog von Zweibrücken in ein Verhältniß zu dem Bunde gezogen war, gab dann den kaiserlichen Abmahnungen, die ihm Graf Trautmannsdorf

überbrachte, kein Gehör, obwohl sie durch den Churfürsten Maximilian von Köln, Bruder des Kaisers, der im Jahre 1784 in Besitz gelangt war, verstärkt wurden. Man soll ihm eine sehr bestimmte Aussicht auf die Erlangung der Churwürde gemacht haben. Allein diese war seinem Vater doch auch von der anderen Seite als Preis seines Beitritts in Aussicht gestellt worden. Unter der Einwirkung des preußischen Bevollmächtigten, Boehmer, geschah, daß sich der neue Landgraf dem Associationstractat anschloß und nicht allein den Hauptvertrag, sondern auch den geheimen auf Baiern bezüglichen Artikel unterzeichnete. Dem geheimsten jedoch beizutreten und auch seinerseits ein bestimmtes Contingent zu versprechen, konnte er sich nicht entschließen: er verschiebe das, sagt er, bis auf die Zeit, wenn der Fall eintrete: dann werde er auch Anspruch auf Subsidien machen.

In dem damaligen Augenblick aber, der ersten Hälfte des Jahres 1786, war kein ernstliches Zusammentreffen zu erwarten. Der Sturm entlud sich in halbofficiellen Flugschriften, die von beiden Seiten gewechselt wurden[1]).

Noch einmal hatte der König in dieser letzten Phase seiner Thätigkeit in Deutschland die Oberhand über Oesterreich behauptet. Der unaufhörlich beweglichen, weltumfassenden, weitausgreifenden Politik Josephs II. war er durch seinen ruhigen Widerstand, der die Dinge kommen ließ, dann im entscheidenden Augenblick mit Energie zu Werke ging, überlegen geblieben. Die Association war noch erfolgreicher ohne Waffen, als der Friede von Teschen, der durch eine Kriegsanstrengung der gesammten Macht herbeigeführt worden: der Fürstenbund befestigte und vollendete diesen Frieden.

Nun aber trat noch eine andere, die orientalische Frage, immer dringender und drohender in den Gesichtskreis. In der Krim und dem Kaukasus stießen die beiden einander entgegengesetzten Völkersysteme in offenen Conflicten auf einander. Wenn man in Wien annahm, Friedrich lasse die Osmanen unter der Hand zu Feindseligkeiten gegen die beiden Kaiserhöfe aufreizen, so findet das in authentischen Actenstücken keine Bestätigung. Friedrich befahl sogar seinem Gesandten, dem Divan keinerlei Rathschläge zu geben: denn er habe zu seinem Schaden die Indiscretion der Türken kennen

1) Wer sich die Mühe nimmt, diese Schriften, von denen die von Gemmingen verfaßte österreichische und die preußische von Dohm die merkwürdigsten sein dürften, zu durchlaufen, wird ohne Parteilichkeit der letzteren den Vorzug geben müssen.

gelernt: das mindeste Wort, das er äußere, werde von ihnen öffentlich kund gegeben.

Ohne daß er daran Theil genommen hätte, wuchsen die Animositäten zwischen den beiden Mächten aus Gründen, die nicht im Bereich diplomatischer Einwirkung lagen, wie wir noch weiter erörtern werden, in einem solchen Grade, daß der Krieg auf die Länge unvermeidlich erschien.

Für den König von Preußen, der den Frieden vorzog, lag doch auch in dieser Aussicht nichts Beunruhigendes. Denn wenn es zum Bruch zwischen Rußland und der Pforte komme, so sei der Kaiser gehalten, der Kaiserin Hülfe zu leisten, und es werde ihm schwer, alsdann zugleich die Freundschaft von Frankreich zu behaupten. Er werde in der Nothwendigkeit sein, zwischen beiden zu wählen [1]. Sollte er Rußland nicht kräftig unterstützen, so werde er sich mit demselben entzweien: wenn er es aber thue, so überwerfe er sich mit Frankreich; — denn Jedermann wußte, daß Frankreich mit einer Erweiterung der russischen Macht im Orient keineswegs einverstanden sei. Die anti-österreichische Partei im französischen Cabinet war, wie angedeutet, der Meinung, daß man durch ein entschiedenes Vorgehen Josephs II. im russischen Sinne berechtigt werde, sich an Preußen zu wenden.

Für die preußische Politik bildete es bisher immer eine günstige Constellation, wenn die beiden großen Westmächte, mit einander in Entzweiung, die Unterstützung einer dritten Macht in ihrer Nähe bedurften und suchten, wobei sie sich dann vornehmlich auch an die preußische wenden mußten. Ihre politische Uebereinstimmung wird dagegen drückend auf Preußen einwirken: nur daß dieses darum nicht ihre Zerwürfnisse zu befördern braucht, welche immer die halbe Welt in die Kreise ihres Wellenschlags zu ziehen drohen. Friedrich erwarb sich damals das Verdienst um Europa, einem solchen durch seine ruhige Haltung in den holländischen Irrungen vorzubeugen.

Für ihn bildete es immer die vornehmste Rücksicht, daß sein natürlicher Gegner, der Kaiser, weder an der einen noch an der

1) La Russie sera en droit de demander l'assistance de l'Empereur: s'il ne l'assiste pas contre les Turcs, que doit-il attendre de son alliance avec la Russie? Si d'autre part il veut assister la Russie, premièrement il se brouillera avec la France et en second lieu, dès que cela en viendra à régler le partage des dépouilles, ces deux Cours deviendront nécessairement ennemies. Schreiben Friedrichs v. 14. Nov. 1785.

andern eine Unterstützung fand, die für ihn gefährlich werden, oder ihm wie die Sachen standen, in seinen Gegenbestrebungen hinderlich werden konnte.

Hätten sich Oesterreich und Frankreich zu einer engern und thätigen Allianz vereinigt, wie sie dem Kaiser und seiner Schwester, der Königin, vor allen dem Fürsten von Kaunitz im Sinne lag, so würde er sich mit England näher verbunden und der holländischen Angelegenheiten wärmer angenommen haben, auf die Gefahr hin, darüber mit Frankreich zu zerfallen; der Conflict zwischen den beiden Westmächten, den man in Frankreich mit vielem Eifer vorbereitete, und den England, sobald es einigermaßen zu innerer Consistenz gelangt, nicht von der Hand gewiesen hätte, würde alsdann zu vollem Ausbruch gekommen sein.

Aber Friedrich gelüstete es nicht, in einem allgemeinen Kriege nochmals eine Rolle zu spielen und an dem Preise des Reichthums und der Weltherrschaft, um welche die großen Mächte rangen, Theil zu nehmen. Er fühlte sich wohl in dem Erreichten, selbst bei der Beschränktheit seiner Mittel.

Mit einer Art von moralischem Schwung, wie er seiner Jugend eigen war, spricht er sich einmal in einem Briefe an den vertrauten Herzog von Braunschweig über den seit der Eroberung von Ostindien zunehmenden Reichthum von England aus. Er findet denselben schädlich für die Nation und für die Regierung: denn dadurch werde Luxus und Käuflichkeit befördert, die früher gewiß achtungswürdige politische Haltung gehe verloren. „Ich ziehe“, so schreibt er, „unsere Einfachheit und unsere Armuth den Reichthümern vor. Unser Schmuck sei Ehre, Muth und Uneigennützigkeit. Man muß den Menschen in dem Menschen suchen; nicht in den Aeußerlichkeiten, die ihm nicht gehören“ [1]. — Er ist zufrieden mit sich, daß er seine Kräfte der Gesellschaft, der er an=

1) Vous dans Votre basse Saxe et moy dans ma sablonniere, nous n'avons rien à craindre que l'opulance degrade les sentimens de nos concitoyiens et je prefere notre simplicité meme notre pauvreté a ces maudites richesses qui pervertissent la dignité de notre espesse. Notre parure doit estre l'honneur, le courage, la magnanimité, le desinteressement et avec cela nous serons preferables a tous les millonaires et a tous les Cresus de l'univers, il faut chercher l'homme dans l'homme et non pas dans des dehors, qui l'environnent mais qui ne sont pas a luy. (1. April 1782 — abgedruckt nach dem im Archiv zu Wolfenbüttel befindlichen Original.)

gehöre, gewidmet, Gerechtigkeit geübt, Ordnung erhalten und die Armee in den Stand gesetzt habe, durch den sie anderen überlegen sei.

Aus einer nicht leichter Hand abzuweisenden Mittheilung stammt die Nachricht, den beiden Kaiserhöfen sei es bei ihrem Vorhaben, die Türkei zu bekämpfen, doch nicht rathsam vorgekommen, den König von Preußen ganz vorbeizugehen: sie wären dann, in Besorgniß vor seiner kräftigen Gegenwirkung, auf den Gedanken zurückgekommen, der einst in Josephs II. Kopfe entsprungen war, den König durch einen ihm zuzugestehenden Vortheil zu befriedigen und dadurch zu ruhigem Zusehen bei den Erschütterungen im Orient, mit denen man umging, zu vermögen: sie hätten ihn zu einer Abkunft über eine fernere Theilung von Polen eingeladen und ihm dabei die ansehnlichsten Gebietserweiterungen in Aussicht gestellt [1]. So versichert der englische Gesandte in Petersburg von dem preußischen Geschäftsträger, Hüttel, der sehr in dem Vertrauen Friedrichs stand, vernommen zu haben — eine zweite Theilung Polens wäre schon damals im Werke gewesen: — Friedrich habe den Antrag doch abgelehnt.

Und sicherlich entsprach dies seiner damaligen Sinnesweise. Er war mit seiner westpreußischen Erwerbung zufrieden, da sie dem wesentlichen Bedürfniß seines Landes und Staates genügte: um zu einer Erweiterung derselben zu gelangen, hätte er sich gewiß an einem Unternehmen, das den allgemeinen Frieden gestört, und zuletzt doch das Uebergewicht der österreichischen Macht über die seine herbeigeführt hätte, in keiner Weise betheiligt.

Als historisch gewiß darf man jedoch diese Ablehnung nicht betrachten. Die bisherigen Forschungen in den Archiven in Wien und Berlin haben die Angaben Hüttels nicht bestätigt. Wenigstens müßte der Antrag früher geschehen sein: damals glaubte Friedrich noch nicht an einen Ausbruch des Krieges, und noch entfernter war er, eine Theilnahme des Kaisers an demselben zu fürchten.

Wie sehr ihn auch die Nachrichten aus Constantinopel dies erwarten lassen konnten, so beruhigte ihn doch der Bericht seines Legationsrath Hüttel aus Petersburg, daß sich in Rußland nicht die mindeste Bewegung zeige; die Kaiserin habe zu viel mit allen ihren Nachbarn, unter andern auch mit den Persern, zu schaffen, als

1) Bericht von Fitzherbert an Caermarthen, 8. Aug. 1786. Bei Herrmann, Russische Geschichte. Ergänzungsband 646.

daß sie daran denken könne, die Pforte anzugreifen. Schon war viel von einer neuen Zusammenkunft zwischen dem Kaiser und der Kaiserin die Rede; man sprach davon, daß sie in Cherson stattfinden werde. Auf Friedrich machte das keinen besonderen Eindruck: denn die Interessen der beiden Kaiserhöfe seien zu verschieden, als daß sie sich leicht vereinigen würden: der Kaiser wünsche die Kaiserin in die deutschen Angelegenheiten zu verwickeln, was diese vermeide; der Kaiser würde gern in ihren Entwürfen gegen die Türkei gemeinschaftliche Sache mit ihr machen und die Spolien mit ihr theilen, aber er müsse auch andere Rücksichten nehmen, nicht allein auf Frankreich, sondern selbst auf die steigende Gährung in Ungarn.

Für sich selbst stand er damals gut mit Rußland; ein Streit über die Zollstätte von Fordun mit der Stadt Danzig hatte eine momentane Verstimmung veranlaßt, russischer Seits ließ man die Sache fallen.

Hüttel beschäftigte sich viel mit der Zwistigkeit zwischen Potemkin und Besborodko, die damals den russischen Hof aufregte; Friedrich nahm daran wenig Antheil, da doch die Lage der Angelegenheiten, wer auch die Oberhand behalte, nicht verändert werde. Er begnügte sich damit, daß er auf die Anhänglichkeit des Großfürsten rechnen konnte.

Sehr charakteristisch ist der letzte Brief, den er am 15. Aug. 1786 an Hüttel richtete. „Ich stimme da mit Ihnen ganz darin überein, daß der Kaiser sich nicht beeilen wird, den Krieg mit der Türkei anzufangen, und daß die beiden Kaiserhöfe nichts weniger als ein blindes Vertrauen zu einander hegen. Uebrigens beschäftigen Sie sich zu viel mit den Händeln der Günstlinge, da man doch ein für allemal weiß, daß das nichts zu bedeuten hat. Weiter habe ich für heute nichts zu sagen.“

In diesem Styl waren seine Bescheide überhaupt.

Von dem kleinen Landhaus, in welchem er einsam klösterlich lebte, wo ihn aber Nachrichten aus aller Welt aufsuchten, die, wenn sie auch nicht das Geheime enthüllten, doch immer die Kunde des zum Vorschein Kommenden brachten, überschaute er die europäische Welt und ihre Bewegungen. Nicht Alles und Jedes beschäftigte ihn; nur darauf wandte er sein Augenmerk, was seinen Standpunkt irren konnte und seine Einwirkung unabweislich herausforderte. Sein Blick ward durch keine fremdartige Rücksicht getrübt, noch durch das Alter geschwächt; sein Gedanke war souverän und richtig. Der politische Genius Friedrichs hat in der modernen

Staatengewalt kaum seines Gleichen gehabt. Durch die Mäßigung und Umsicht, mit welcher der König auftrat, gelang es ihm wirklich, die feindseligen Elemente, die allenthalben zum Kampf gegen einander gerüstet waren, noch von demselben zurückzuhalten. Damals lauteten — wie Hertzberg, der zugegen war, versichert — alle eingehenden Briefe friedlich und befriedigend.

Die Aufmerksamkeit Europa's war immer auf Sanssouci gerichtet, damals jedoch nicht allein darauf, was dort gethan und beabsichtigt werde, sondern fast noch mehr darauf, wie lange der Geist noch walten werde, den Jedermann verehrte oder fürchtete.

Was man hörte, ließ schon seit ein paar Jahren den baldigen Tod Friedrichs erwarten. In einem Moment der Anerkennung hat Kaiser Joseph einmal gesagt, der Tod scheine vor den grauen Haaren des Helden Respect zu haben.

Friedrich war auf seine Weise auf sein Ende gefaßt. Seinem Bruder Heinrich schreibt er einmal, er beklage sich nicht über seine Leiden, denn die alte siebenzigjährige Maschine sei nun verbraucht. Wenn man die Welt kennen gelernt habe, könne man sich ruhig anschicken, sie zu verlassen; man verliere wenig dabei. Jugend und Unerfahrenheit möge sich an das Leben halten: aber Wahrheit und Erfahrung enttäusche gar bald. „An Stelle des vermeinten Glückes sieht man das Nichts der menschlichen Eitelkeit. Unser Dasein ist weniger als ein Zwickern unsrer Augen, zu gering, um bemerkt zu werden. Wer sollte glauben, daß ein erbärmliches Wesen, in dem elendesten Zustand vegetirend, in seinem Stolz sich den Göttern gleichstellt?"

Geradezu als Materialismus darf man es nicht bezeichnen, wenn Friedrich in seinem Testament sagt: „Ohne Bedauern gebe ich den Lebenshauch, der mich beseelt, der wohlthätigen Natur zurück, die mir ihn verliehen, und meinen Körper den Elementen, aus denen er zusammengesetzt ist." Denn was ist die Natur, die ihm den vom Körper geschiedenen Geist verliehen hat?

Wie sich aus den am meisten durchdachten Briefen Friedrichs ergiebt: eine höchste Intelligenz nahm er an, und stellte sich ihr Verhältniß zu dem Universum vor wie das der Seele zum Leibe. Bei dem Testament mag es ihm begegnet sein, daß er Natur nannte, was Andere Gott nennen. Das geheimnißvolle Ich aller Existenz, welches der Welt verschwindet, indem es sie erfüllt, verehrte er als über das Menschenwesen unendlich erhaben. Die mystischen Beziehungen, durch welche die Religion Gott und Mensch vermittelt,

hielt er für eingebildet; für ihn bestand diese Kluft in ihrer alles Sinnens der Vernunft spottenden, geistig unausfüllbaren Weite; von der Offenbarung im Wort wollte er nichts hören.

Mit dem Ewigen verband ihn nur die ungeschriebene Offenbarung desselben in jeder Seele, das moralische Pflichtgefühl, welches bei ihm in der Sorge für den Staat und dessen Angehörige, der weisen und sichern Leitung des von ihm beherrschten Gemeinwesens erschien.

Im Sommer 1786 hatte Friedrich wie gewöhnlich einige Freunde bei sich, die er nicht mehr bei Tafel um sich sah, wie er sonst sehr liebte. Er versammelte sie aber zu anderen Stunden des Tages, wo denn alle Dinge der Welt besprochen wurden, die politischen Ereignisse, die Erscheinungen der Literatur, Landwirthschaft und Gartenkunst; seiner Krankheit, obgleich sein Chirurgus ihn täglich besuchte, geschah jedoch nie Erwähnung. Denn nur an andere Dinge wollte er denken, nicht an sein hinfälliges Selbst. Eine weitere Beschäftigung gewährte ihm die fortgesetzte Lectüre ausgezeichneter Werke, vornehmlich aus der alten Literatur und Geschichte, nach seiner Wahl — denn er kannte sie alle — in französischen Uebersetzungen, die ihm vorgelesen wurden.

Aber das Wichtigste blieb die Vollziehung seines königlichen Amtes, dem er, durch Krankheit und Schmerzen nicht unterbrochen, mit voller geistiger Kraft oblag.

Er las nach wie vor die eingehenden Berichte seiner Gesandten, die militärischen Rapporte, die Eingaben der Civilbehörden, Privatschreiben und Bittschriften; alle Morgen bereits halb 5 Uhr erschienen die drei Kabinetssecretäre, um die Antworten des Konigs auf die eingegangenen Eingaben, ein jeder in seinem Fache, aus seinem Munde niederzuschreiben. Gegen Abend mußten sie bereits ausgefertigt sein und zur Unterschrift vorgelegt werden.

Noch am 15. August waren die Kabinetssecretäre zur gewohnten Stunde erschienen. Friedrich hatte jene an seinen Legationsrath in Petersburg gerichtete Depesche dictirt, mit der vollen Energie seines Geistes. Am Abend zur gewohnten Zeit unterzeichnete er die Ausfertigungen, die ihm vorgelegt wurden; das wurde ihm bereits nicht mehr leicht. Und gleich darauf verfiel er in einen Zustand, der zwischen Wachen und Schlafen schwankte, und der ihn den Tag darauf nicht wieder verließ. Sein Leiden war in diesem Augenblick, was man Koma nennt, lethargische Schlafsucht, die in ihren höheren Graden zum Tode führt. Am 16. gegen Mittag will man bemerkt

haben, daß Friedrich halb erwacht seine Kräfte noch einmal zu der gewohnten Arbeit aufzuraffen versuchte. Aber schon war seine Krankheit stärker als sein Wille und seine Gewohnheit. Am 17. August, bald nach 2 Uhr des Morgens, auf seinem Lehnstuhl sitzend, in den Armen eines Kammerlakaien, der ihn emporhielt, um ihm die Respiration zu erleichtern, hat Friedrich seinen letzten Athemzug gethan: sein Schlummer verwandelte sich in den Schlaf des Todes.

Der Minister Hertzberg, der eben in Sanssouci wohnte und noch in dem letzten Momente herbeigerufen wurde, verließ die Zimmer nicht, ehe der Nachfolger eingetreten war, der an dem Fuß des Ruhebettes, auf das man den entseelten Körper gelegt hatte, denselben einige Minuten mit wehmüthigster Theilnahme betrachtete und sich dann mit dem Minister entfernte, nachdem sie die Zimmer hatten versiegeln lassen.

Ein großes Leben, einzig in der Geschichte, war geendet.

Am 18. August waren die sterblichen Reste Friedrichs in dem Stadtschloß zu Potsdam in Parade aufgestellt. Sein Degen und sein Krückstock lagen neben ihm. Unter denen, die dem Verstorbenen die letzte Huldigung darbringen wollten, erschien auch das erste Gardebataillon, Offiziere und Gemeine. Sie brachten Lorbeerzweige mit sich, mit denen sie seinen Körper und das Bett schmückten. Dann traten sie zurück und sanken in ihre Kniee. Ein Gebet haben sie nicht gesprochen, aber auch sonst kein Wort hervorgebracht. Die hellen Thränen rollten über die Wangen der tapferen Kriegsleute.

Vierzehntes Capitel.

Regierungsantritt Friedrich Wilhelms II.

Das Regentenleben Friedrichs II. wird durch drei Handlungen erfüllt, die Eroberung von Schlesien, die Erwerbung von Westpreußen, die Aufrechthaltung des deutschen Reichssystems. Dadurch hat er seinen Staat zu einer selbständigen Potenz unter den Mächten von Europa erhoben und die autonome Stellung errungen, welche die Summe des preußischen Ehrgeizes ausmacht. Alle Welt bewunderte das Resultat; das Staatswesen jedoch, wie es nun während seines Lebens zu Stande gekommen, und wie man es vor sich sah, besaß bereits nicht mehr die Sympathie der Zeitgenossen.

Friedrich hielt sich für den ersten Beamten des Volkes, an dessen Spitze er durch den Zufall der Geburt gestellt sei: verpflichtet, alle seine Thätigkeit dem allgemeinen Wohl zu widmen; und deshalb allerdings für verantwortlich, jedoch nicht gerade gegen lebende Persönlichkeiten. Das Gefühl der Pflicht verschmolz in ihm mit der freien Action der unbeschränkten Monarchie. Da er das allgemeine Wohl in der Unabhängigkeit des Staates erblickte, welcher weniger auf alte Berechtigung und Würde, als auf effective Macht gegründet war, so hielt er sich für schuldig und befugt, alle Kräfte zu diesem Zweck anzustrengen. Von den Einkünften des Landes, die zuletzt etwa 20 Millionen Thaler betrugen, verwandte er dreimal mehr auf das Militär, als auf den Civildienst und den Hof. Und weil es nothwendig war, die Mittel nicht allein zu einer raschen Mobilmachung, sondern auch für ein paar Feldzüge bereit zu halten, so mußte ein beträchtlicher Theil der finanziellen Erträge in einen Schatz, der dazu hinreichen konnte, vereinigt werden. Dabei ward doch die Idee des Privatlebens, die späterhin auf dem Continent fast abhanden gekommen ist, möglichst gewahrt; die Be=

völkerung sollte nicht durch das militärische Bedürfniß erschöpft werden, was ja die Selbständigkeit des Landes in anderer Hinsicht gefährdet hätte. Seine Kriege wollte Friedrich mit dem Ueberschuß der Kräfte des Landes führen, ohne damit den friedlichen Einwohnern in ihrer Behausung oder ihrem Gewerbe zur Last zu fallen[1]. Er behielt die Staatsverwaltung, wie sie sein Vater mit Umsicht und Sinn eingerichtet hatte, im Ganzen bei; er scheute sich, an die bürgerlichen Verhältnisse zu rühren: auch die religiöse Organisation ließ er seiner Skepsis zum Trotz bestehen, wie er sie vorfand. Ideen einer allgemeinen Reform lagen ihm ferne: aber innerhalb des Kreises der herkömmlichen Regierungsgewalt folgte er nur seinen eigenen Intentionen, die er mit rücksichtsloser Beharrlichkeit festhielt; unter allen Umständen sollte die Administration die für das Heer und seine Kriegsbereitschaft erforderlichen Mittel liefern. Er verband gerechte Landesväterlichkeit und wohlwollende Fürsorge mit einseitig durchgreifender Anordnung, die nicht immer ihr Ziel erreichte, und eisernem Gebot.

Der preußische Staat bildete das eigenthümlichste Ganze, in welchem ein Moment das andere bedingte, eines in das andere eingriff, alle zu dem Zwecke der Macht zusammenwirkten, ein Gemeinwesen, das aber keineswegs durch freien Entschluß aus der Nation hervorgegangen, sondern aus dem Gefühl der Gesammtstellung, die sich in der Persönlichkeit des Fürsten concentrirte, erwachsen war: zwangsvoll und drückend für die Individualitäten, die aber wieder durch die politische Bedeutung, an der sie Antheil hatten, befriedigt wurden. Eine Art von Cultus, den man dem König widmete, von dem man wußte, daß er nur in dem öffentlichen Dienste lebte und webte, bedeckte alle Mängel.

Für den preußischen Staat war die Frage nicht so sehr, ob er das einmal Errungene zu behaupten im Stande sei, was gleichwohl Einige bezweifelten, sondern in wie fern sich mit derselben eine popularere und minder drückende Verwaltung würde vereinigen lassen. Sie wurde gleichsam am Fuß des Katafalks, den Tag nach dem Tode Friedrichs, von einem der namhaftesten Männer des

1) Testament politique de 1768. Si nous n'avons pas toute l'Europe à combattre, nous pouvons garder les frontières de telle sorte que le paisable citoyen tranquille et sans être vexé dans sa demeure ignorerait que la nation se bat, s'il n'en apprenait pas les nouvelles par les relations de campagne.

Jahrhunderts dem Thron gegenüber in aller ihrer Stärke zur Sprache gebracht.

In der französischen Literatur, von welcher Friedrich ursprünglich seine Impulse empfangen, herrschte der Geist Voltaire's nicht mehr vor: die alten Maximen der Staatsverwaltung, denen theilweise auch Friedrich angehangen, wichen vor dem physiokratischen Systeme zurück.

Einer der vornehmsten Träger dieser Gedanken, obgleich auch er noch nicht zu den äußersten Consequenzen fortging, Mirabeau, befand sich zur Zeit in Berlin und hielt sich für berufen, sie öffentlich kund zu geben. Mit einer Mission, die nicht eigentlich officiell war, betraut, hatte er um so mehr Gelegenheit, mit Menschen aus den verschiedensten Ständen in Verbindung zu treten. Noch sprach man so viel und so gut französisch in Berlin, daß es ihm leicht wurde, sich durch Conversation zu unterrichten, die er denn, seinem Auftrag gemäß, dazu benutzte, die Zustände des Landes bei dem Thronwechsel, den Jedermann voraussah, kennen zu lernen: er verstand es zu fragen und hörte mit Aufmerksamkeit; einige ausgezeichnete Beamte zweiten Ranges gaben ihm gleichsam Unterricht; auch lernte er so viel deutsch, um einschlagende Druckschriften lesen zu können. Die Ideen der Zeit und seine persönlichen Ueberzeugungen angewandt auf das, was er sah und hörte, und belebt dadurch, legte er nun dem neuen Herrscher vor, in dem Moment der Thronbesteigung in einer ausführlichen Denkschrift [1]).

Er forderte ihn auf, nicht nach Kriegsruhm zu trachten — eine Bahn, auf der man jetzt nur noch die zweite Stelle erreichen könne — sondern nach dem Lob einer erleichterten und wohlthätigen organisirenden Thätigkeit: er habe die Macht, Alles zu thun, eine Macht furchtbar selbst für den, der sie besitze; er möge sie dazu anwenden, um die Liebe des Volkes zu erwerben: auch wichtige Reformen, die Regeneration großer Reiche könne nur von absoluten Fürsten ausgeführt werden.

Man hat damals die Schrift eine Satyre auf Friedrich II. genannt; sie verdient diese Bezeichnung nicht, aber wahr ist es: sie ist in allen ihren Theilen gegen die Regierungsweise des eben verstorbenen Königs gerichtet.

Auf das dringendste und in seinem beredten Ausdruck warnte

1) Lettre remise à Frédéric-Guillaume II roi régnant de Prusse le jour de son avènement au trône, par le comte de Mirabeau. 1787.

Mirabeau den neuen Fürsten, nicht zu viel zu regieren. Denn wozu wolle er in die bürgerlichen Angelegenheiten eingreifen, wenn sie in einen Stand gebracht seien, daß sie von selbst gehen können? Eben das machte man dem Verstorbenen zum Vorwurfe, daß er von seinem Kabinet zu viel habe anordnen, regieren wollen, sich in Alles gemischt habe.

Vor allem Andern greift er das Militärsystem, die Grundlage der ganzen Einrichtung, an. Das Cantonswesen, worauf es seit Friedrich Wilhelm I. beruhte, bezeichnet er als eine militärische Sklaverei, die so viel Jahre dauernde Dienstpflicht als eine Schmach für das Volk. Die Neigung, namentlich der jungen Leute, sich der Vertheidigung des Vaterlandes zu widmen, sei so natürlich: wie habe die Tyrannei so schwachsinnig sein können, eine Last daraus zu machen? Er räth dem König, Nationalgarden in den Pfarren einzurichten: aus deren Reihen nach ihrer Wahl möge er dann die Rekruten für seine Regimenter nehmen; jeder Abgang werde von den Eingesessenen, und zwar nicht durch Offiziere und Beamte, sondern durch Stimmenmehrheit ersetzt werden.

Den Vorzug des Militärs vor dem Civil will er abgestellt wissen: es sei eine Manie Friedrichs II. gewesen, fortwährend die Uniform zu tragen.

Hauptsächlich aus militärischen Rücksichten hatte Friedrich II. den Unterschied des Adels und der Bürgerlichen auch bei dem Ankauf der Güter festgehalten: denn in den Edelleuten sah er die Pflanzschule für seine Offiziere, wogegen er auch wieder den Landbesitz der Bauern gewahrt wissen wollte und auf eine Erleichterung der Frohndienste drang, weil er sonst keine Soldaten finden würde; übrigens aber behauptete er die Prärogative des Adels altväterisch unbeugsam. Von dem Motiv des Verfahrens hatte Mirabeau keine Vorstellung: er kehrte nur die unleugbaren Mängel desselben hervor, vor Allem seine nachtheiligen Folgen für die Nationalwirthschaft, sowie seinen schädlichen Einfluß auf die Entwickelung der beiden Stände, denn der Adel werde dadurch stumpf und bleibe arm; Bürgerliche von einigem Wohlstand, die das Land blühend machen könnten, veranlasse man auszuwandern und sich in benachbarten Gebieten niederzulassen[1]).

1) Le Meklenbourg n'est-il pas rempli des marchands de Stettin et de Königsberg, qui ont employé les profits, que leur a valus la dernière guerre maritime, à l'achat des terres de la noblesse de ce pays?

Friedrich hatte gemeint, durch Verbote fremder Waaren und durch Monopole für die einheimische Production die innern Kräfte zu wecken, die bereits vorgeschritten sein müßten, um auf dem Weltmarkt zu concurriren; die indirecten Auflagen hatte er den directen, die er überhaupt nicht vermehren mochte, auch deshalb vorgezogen, weil der gemeine Mann sie weniger empfinde; daher denn seine vexatorische Beaufsichtigung des mercantilen Verkehrs, sein System von Accise und Douanen, zu dessen rücksichtsloser Durchführung er sogar Fremde berufen hatte, die sich den allgemeinen Haß zuzogen. Mirabeau war im Sinne der Physiokraten für eine Auflage auf Grund und Boden; er hing der Theorie an, daß zuletzt jede Auflage auf das Land zurückfalle; er führt aus, welche Vortheile eine derselben entsprechende Einrichtung für Preußen herbeiführen, und welche unendliche Erleichterung sie gewähren würde: jetzt sei die Steuer weniger durch ihren Betrag lästig, als durch die Art ihrer Eintreibung. Das Gedeihen des Handels, das man durch die Monopole zu befördern denke, werde dadurch eher gehindert. Wie ganz anders werde man denselben emporkommen sehen, wenn man sie aufheben wollte. Die Kaufleute würden gern durch freiwillige Beiträge das Deficit ersetzen, welches die Abschaffung der Monopole zunächst allerdings in den Kassen hervorbringen dürfte.

Davon durchdrungen, daß der Nationalreichthum in dem Product des Bodens liege, nicht in dem Metallgeld, das nur zur Vermittelung diene, erhebt sich Mirabeau mit feuriger Heftigkeit gegen das Thesauriren des Königs, seinen Staatsschatz, der nur dazu diene, das Gold, dessen Umlauf für den innern und äußern Verkehr unentbehrlich sei, gleichsam gefangen zu halten [1]).

Und habe nun etwa Friedrich mit allen Anstrengungen seine Staaten reich, blühend und glücklich hinterlassen? Leicht sei ein Schatz zerstreut; nehme man dann die militärische Reputation hinweg, so sei Preußen sehr schwach. Eine Armee könne nicht lange die Grundlage der Macht bilden. Die verderblichen — er sagt mörderischen — Hülfsmittel des fiscalischen Regiments seien erschöpft; das System müsse geändert werden. Der Nachfolger müsse seiner Macht die festere und solidere Grundlage geben, welche eine gute Administration darbiete; der große Schatz, den er besitze, mache es ihm möglich, auch mit einigen Opfern seinen Staat, der nur

1) Lettre remise etc. S. 47. Noch stärker spricht er das aus in der Histoire secrète de la cour de Berlin II, 4.

ein großes Feldlager bilde, zu einer haltbaren Monarchie, die sich auf Eigenthum und Freiheit gründe, umzubilden.

In alle dem ist gar Manches, was allgemein gefühlt und gesagt wurde, doch hatte es Mirabeau nicht blos auf gute Rathschläge abgesehen; sein Schreiben ist zugleich die Manifestation des neuen Systems von politischen Ideen, das den Anlauf nahm, sich Bahn zu machen. Der Grundgedanke ist, daß der Staat sich auf eine freie Theilnahme der Nation und eine lebendige Bewegung aller Kräfte gründen müsse. Von constitutionellen Formen oder gar republikanischen Idealen war dabei nicht die Rede. Mirabeau zählte auf die höchste Autorität des Königs, und, wie gesagt, selbst auf den Schatz, den er zertrümmern wollte. Er fordert Friedrich Wilhelm II. auf, seinen Unterthanen alle die Freiheit zu geben, die sie ertragen können. Ein mit vielem Bedacht gewählter Ausdruck, welcher die monarchische Gesinnung verräth, die Mirabeau sein ganzes Leben hindurch mit einem gleichwohl sehr weitgreifenden Liberalismus verband. Wie die in Frankreich herrschende Meinung gegen die intermediären Gewalten, den hohen Adel und den hohen Klerus anstrebte, so ruft Mirabeau den König auf, sich von der Rücksicht auf seinen Adel loszumachen. Die Aristokratie erdrücke von einem Ende der Erde zum andern das menschliche Geschlecht: das Interesse der Könige liege in populären Maximen; denn woher stamme sonst die Macht und der Glanz des Fürstenthums als von dem Volk? Den Aristokraten liege nur daran, daß der König der erste unter ihnen, aber doch ihnen gleich sei: dagegen finde auch die absoluteste Monarchie einen Rückhalt in der Nation.

Diese Ideen trägt nun Mirabeau, ziemlich in dem Umfang, in dem sie damals zur Geltung kamen, vor. Er fordert die Unabsetzbarkeit der Richter, eine unbeschränkte Toleranz, welche auch den Juden bürgerliche Freiheit gewähren müsse, die vollständige Freiheit der Presse, die den Fürsten selber erleuchte und belehre, die Abschaffung der Todesstrafe. Genug, die Summe der neuen Ideen, welche die Welt in Gährung setzten, stellte Mirabeau dem preußischen Staat, wie er damals war, zugleich als den Ausgangspunkt und das Ziel der vorzunehmenden Reformen entgegen. Es ist, als sähe man den Genius der Zeit neben dem eintretenden König erscheinen, um ihn in seine Bahnen zu reißen.

Abgesehen aber von dem Ton, den die Schrift gegen den großen König anschlug, dem darin Beschränktheit, geistige Verirrung, Manie und Tyrannei vorgeworfen werden, konnte auch ihr Inhalt

überhaupt keinen günstigen Eindruck machen. Auf die Motive der bestehenden Einrichtungen wurde darin keine Rücksicht genommen: sie waren dem Autor größtentheils unbekannt. Er schien fast mehr gekommen zu sein zu lehren, als zu lernen. Die Umgestaltung der militärischen Verfassung, die er forderte, würde, wenn man sie unternahm, die Macht des Staates in Frage gestellt, die der finanziellen wahrscheinlich zunächst destruirend gewirkt haben. Joseph II. konnte ähnlichen Tendenzen Raum geben, weil sie seiner Absicht, den Particularismus der Provinzen zu zerstören, entsprachen. In Preußen hätten sie den Nerv, auf welchem die Individualität des Staates und seine Weltstellung beruhte, unmittelbar gebrochen.

Darum dürfte man doch die Bedeutung dieser Schrift nicht leugnen. Sie stellt die Aufgabe des preußischen Staates dar, die Entwickelung der Macht und die öffentliche Wohlfahrt zu vereinigen, die fridericianischen Formen nicht als die unbedingt bindenden anzusehen, den begründeten Forderungen der fortschreitenden Zeit gerecht zu werden. Eine Aufgabe, welche die folgenden Zeiträume beherrscht hat, und deren Lösung das innere Leben des Staates ausmacht.

Schon damals hatte man sie ins Auge gefaßt. In jener Denkschrift, welche Hertzberg einst dem Prinzen einreichte, der jetzt den Thron bestieg, bekämpfte er den Gedanken, als schreibe sich die Macht nur von dem großen Talent Friedrichs her, und führte aus, daß Preußen noch stärker werden könne, wenn es nur seine Hülfsquellen benutze. So hoch er die Armee stellte, so dachte er doch, daß ihr ein mehr national-preußischer Charakter gegeben werden müsse. Denn schon empfand man das Unangenehme und Zweifelhafte der Anwerbungen: jeden Augenblick brachten die Desertionen, die nur allzu oft vorkamen, deren Mängel zur Anschauung. Hertzberg meinte wohl, man solle den Soldaten gestatten, sich zu verheirathen, und dann ihre Kinder mit Hülfe des Staates erziehen: man könne dieselben bei den Bauern in Pflege geben; dann werde man eingeborene Rekruten finden, so viele man wolle. Indem er ferner eine bessere Besoldung der Subalternoffiziere in Antrag brachte, verlangte er doch auch für die höheren eine gewisse Ausdehnung ihrer Selbständigkeit: der Hauptmann müsse mit seiner Compagnie in unzertrennlicher Verbindung stehen: man werde das Land erleichtern, wenn man die Beschaffung von Pferden und Fourage mehr in die Hände der höheren Offiziere bringe. Wir brauchen uns nicht mit diesen Einzelheiten zu befassen: das Wich-

tigste ist der Grundgedanke, der Armee einen nationalen Charakter zu geben und zugleich der Bevölkerung eine Erleichterung von den mit ihrer Erhaltung verknüpften Lasten zu verschaffen. Hertzberg erwarb sich ein Verdienst, indem er diesen Gedanken dem künftigen Regenten im voraus nahelegte. Auch noch andere auf die Landesverwaltung bezügliche Vorschläge hat er damals in Antrag gebracht. Er verwarf die großen und allzu umfassenden Pachtungen der Domänen: sein Rath war, sie zu parcelliren und einer größeren Anzahl von Bauern in Erbpacht zu geben, was dann auch auf den Gütern der Edelleute nachgeahmt werden sollte. So wollte er die immer drückender werdenden Monopole und die Handelsinstitute des Staates beschränkt oder aufgelöst sehen: denn die Erfahrung zeige, daß der Handel von Einzelnen besser besorgt werde als von Behörden.

Von philosophisch-reformatorischen Ideen ging Hertzberg dabei nicht aus; aber er kam denselben entgegen, wenn auch nur wenige und sorgfältig abgemessene Schritte; die Macht ließ er nicht allein unerschüttert, er zeigte einen Weg, sie auf der bestehenden Grundlage zu beleben und zu verstärken.

Von großem Werth war es nun, daß dieser Minister das Vertrauen des neuen Monarchen im hohen Grade genoß und einige Jahre hindurch behauptete.

Persönlich konnte eine größere Veränderung kaum gedacht werden, als die, welche mit dem Regierungswechsel von 1786 eintrat. An die Stelle Friedrichs, der nichts kannte als die Geschäfte seiner Regierung, die er zurückgezogen, fern von jeder Beziehung, die einen Einfluß hätte ausüben können, verwaltete, fast ohne Bedürfnisse für sich selbst, denn er machte keinen Aufwand — sein Körper, schon lange durch die Mühseligkeiten der Kriegsjahre angegriffen und erschöpft, war endlich in sich selbst zusammengebrochen, als er dem Geist, der ihn belebte, nicht mehr dienen konnte — trat ein junger Monarch in der Blüthe der Jahre, von imponirender Gestalt, der zwar herrschen und seine Pflicht erfüllen, aber auch das Leben genießen wollte; er hatte sich in Liebeshändel und sehr anstößige Verhältnisse verstricken lassen. An Stelle der kalten Skepsis hegte der Nachfolger religiöse Ideen mit einer starken Neigung zur mystischen Schwärmerei. Von des Oheims glänzenden Gaben zurückgedrängt, galt er doch für einen jungen Mann von gesundem Urtheil, klaren Begriffen und ehrenhaften Gesin-

nungen [1]). Mirabeau sagt: wie die Natur entsprechende Eigenschaften der Seele mit körperlicher Schönheit zu vereinigen pflege, so nehme man in Friedrich Wilhelm die Züge von Ruhe, Sanftmuth und angeborner Güte wahr, einen richtig denkenden Geist und eine treffende Weise sich auszudrücken. Freilich sagt er dies ihm selbst: indem er den Oheim mit Tadel überhäuft, hebt er fürs erste die guten Seiten des Neffen hervor. Er sieht in der Zurückhaltung, die derselbe lange Jahre vorher zu beobachten genöthigt gewesen sei, einen Vortheil: da habe man gesehen, daß er sich selbst zu beherrschen wisse. „Sie sind nicht erzogen, aber auch nicht verdorben worden.“ Nicht Jedermann, fügt er hinzu, bedürfe der Unterweisung; eine energische Natur empfange solche von den Dingen, und das sei die rechte, man verliere sie nicht wieder.

Es steht dahin, wie der junge König diesen Ausdruck der Hoffnungen, die man auf ihn setzte, aufgenommen hat. Unmöglich aber konnte es ihm gefallen, wenn Mirabeau den Prinzen Heinrich, der das Vertrauen von Europa besitze und die Eigenschaften eines Helden mit dem Geiste eines Weisen verbinde, als seinen Mitarbeiter und Rathgeber, als einen Freund darstellte, den die Natur ihm darbiete in dem Augenblick, wo er eines solchen am meisten bedürfe. Auch König Friedrich, der von seinem Neffen lange Zeit eine sehr geringe Meinung hegte, hatte einmal gewünscht, ihm unter irgend einer gültigen Form seinen Bruder, den Prinzen Heinrich, als Gehülfen beizuordnen; das widersprach jedoch dem Geiste der erblichen Monarchie viel zu sehr, als daß es nur hätte versucht werden können. Und in den letzten Jahren war der König in seiner Politik mit seinem Nachfolger sogar zusammengetroffen: er hatte angefangen, ihn höher anzuschlagen. Hertzberg versichert, Friedrich habe die Fortsetzung seiner Politik mit Bestimmtheit von dem Prinzen erwartet.

Kommen wir aber wieder auf den Moment zurück, in welchem Friedrich Wilhelm II., dort in Sanssouci, die höchste Gewalt in dem preußischen Staat übernahm.

Er war mit Hertzberg bei der Einleitung der Union in eine Verbindung getreten, die um so enger wurde, je mehr sie vor

1) Der Großfürst Paul von Rußland und seine Gemahlin urtheilten im Jahre 1782 über den Prinzen von Preußen, nachmaligen König Friedrich Wilhelm II.: un homme qui jouera un grand rôle dans l'Europe, qu'on ne connaît pas toute l'étendue de son talent, capacité et génie. Der Großherzog von Toscana an Kaiser Joseph II, bei Arneth 1, 115.

Friedrich geheim gehalten werden mußte, und hatte viele Hochachtung für ihn gefaßt. Als sie damals, wie berührt, mit einander die Gemächer des Verstorbenen verließen, um sich in das Zimmer zu begeben, welches Hertzberg bewohnte, überreichte er ihm die Insignien des schwarzen Adlerordens, die sich dort vorgefunden, mit der Bemerkung, er habe diese Auszeichnung längst verdient [1]). In Hertzbergs Wohnzimmer wurden die Verfügungen entworfen und ausgefertigt, die der Regierungswechsel unmittelbar nöthig machte: Ordres an alle militärischen und bürgerlichen Behörden, die Anschreiben an die verschiedenen Höfe. Nur nach Schweden, Holland und England wurden besondere Botschafter geschickt, weil die Fürsten zur Familie gehörten; nicht an den Kaiser, noch an Frankreich, weil diese Höfe derartige Missionen ebenfalls unterlassen hatten. Die Kaiserin von Rußland hatte erklärt, sie wünsche eine solche nicht. Den deutschen Fürsten, namentlich denen, welche zu dem Bunde gehörten, gingen die Notificationen in den freundschaftlichsten Formen zu.

Auch einige der eben eingegangenen Depeschen wurden eröffnet, und ein Kabinetssecretär herbeibeschieden, um das Dictat der Antworten aufzunehmen. Dabei machte Hertzberg eine Erinnerung von Wichtigkeit, welche sehr zur Sache traf.

Seit langen Jahren hatte Friedrich zur Seite der ministeriellen Correspondenzen noch eine besondere persönliche mit den auswärtigen Gesandten eingerichtet, von der er seinen Ministern zwar in der Regel Kunde gab, aber nicht immer: was denn deren Geschäftsführung nicht wenig drückte und erschwerte. Hertzberg ersuchte nun den neuen Monarchen, hievon abzustehen, wie es auch früher nicht der Fall gewesen sei: die beiden Minister für die auswärtigen Geschäfte sollten an den Tagen, welche dem Gang der Posten entsprachen, die Depeschen dem König zur Unterschrift vorlegen, er sollte sie entweder billigen oder ihre Abänderung befehlen. Der König ging darauf ein. Das hat nicht die Folge gehabt, daß er die Führung der Angelegenheiten den Ministern überlassen hätte.

1) Hertzberg an Thulemeyer, seinen besonderen Freund (Gesandten im Haag), 19. Aug.: J'ai fermé les yeux au défunt grand roi et j'ai appelé quelques moments après son successeur au thrône. J'ai aussi expédié tous ses premiers ordres dans ma chambre. En y passant de la chambre funéraire il m'a donné le cordon, en me disant que c'était la première marque de reconnaissance qu'il me pouvoit donner, ce que j'avais mérité plutôt.

Die Acten sind voll von seinen Randbemerkungen und seinen Handschreiben: wir werden manchen und zwar sehr entscheidenden Entschließungen begegnen, die einzig ihm selber angehören; aber die laufenden Geschäfte kamen doch unter die Einwirkung der Minister, die ihren Zusammenhang besser übersahen [1]).

Das Verhältniß des Kabinets und der Ministerien auszugleichen, bildete überhaupt eine der schwierigsten Aufgaben der preußischen Staatsverwaltung, nachdem das persönliche Regiment noch einmal zu einer so starken und ruhmwürdigen Repräsentation gekommen war.

Am Morgen des 18. August erschien der neue König, von Möllendorf und dem Prinzen Friedrich von Braunschweig, die ihm nach Zehlendorf entgegengekommen waren, begleitet, in der Hauptstadt, um vor Allem den Schwur der Armee zu empfangen. Den versammelten Offizieren imponirte seine Erscheinung, als er unter sie trat. Er gab seiner Genugthuung mit dem Zustande der Armee, der ihm wohl bekannt war, Ausdruck: den Ruhm, den sie sich erworben habe, denke er nicht allein zu behaupten, sondern zu vermehren: er werde zu bestrafen wissen, aber auch zu belohnen. Den Ministern des Kriegs- und Domänendirectoriums sagte er, dem verstorbenen König habe man manche unangenehme Wahrheit verheimlicht; er wünsche Alles zu erfahren. Besonders gnädig äußerte er sich gegen den geistlichen Minister Zedlitz: er habe einen herrlichen Beruf, den er erfüllen möge, wie bisher; er möge weder Ungläubige anstellen noch auch Fanatiker. Ein ungemeines Aufsehen machte es, als am nächsten Sonntag, 20. August, der König von Preußen wieder in der Kirche erschien: Die Bevölkerung gab eine herzliche Freude darüber kund [2]). Am folgenden Sonntag wurde der König in der Predigt in einer Weise bewillkommnet, die ihm Thränen in die Augen trieb. Dabei wurden die Arbeiten in der hergebrachten Weise vollzogen. Zur gewohnten Stunde stellten sich die Kabinetssecretäre ein. Einem Minister, der seinen Vortrag mit der Bemerkung anfing, er habe so viel vorzulegen, daß die Zeit nicht

1) Ich entnehme dies aus einer gegen die Vorwürfe des Prinzen Heinrich gerichteten Apologie Hertzbergs, welche mit dem Précis (bei Köpke und Schmidt) zuweilen wörtlich übereinstimmt, aber doch noch Einiges mehr enthält.

2) So berichten die Briefe des holländischen Gesandten, Reede, an den Erbstatthalter.

ausreichen werde, erwiederte der König, er seinerseits habe keine Abhaltung, und behielt ihn ein paar Stunden bei sich.

Friedrich Wilhelm II. hatte das Glück, seine Regierung mit Abstellung von Einrichtungen beginnen zu können, deren Druck in dem Lande schwer empfunden wurde und dem großen Vorgänger, den man mehr bewunderte als liebte, seine Popularität gekostet hatte.

Die verhaßte Regie der Accisen und Zölle, welche Friedrich II., um seinen finanziellen Zweck um so sicherer zu erreichen, aus Fremden und zwar aus Franzosen, die er dazu herbeizog, zusammengesetzt hatte, wurde unverzüglich aufgehoben und eine neue Administration geschaffen, die dem Generaldirectorium hinzutrat, welches Friedrich Wilhelm II. den ursprünglichen Anordnungen seines Großvaters, in so weit davon abgegangen worden, wieder annäherte. Die Beamten bekamen die Weisung, den Vortheil des Staates mit dem der Einwohner in Einklang zu bringen: wie in einer wenige Monate spätern Verordnung der Zweck der Verwaltung in beides gesetzt wird, die Sicherung der unentbehrlichen Staatseinkünfte und Verbesserung des allgemeinen Nahrungsstandes. Möglichste Gleichheit der Auflagen, Erleichterung der Dürftigen sollen das Augenmerk der Behörden bilden. Vor Allem dachte man auf die Abstellung des Schleichhandels, welcher zu einer Art von Wissenschaft geworden und durch keinen noch so spitzfindigen Eifer bei der Entdeckung zu beseitigen gewesen wäre. Man hoffte durch die Belebung des Transitohandels den Wohlstand von Berlin, das dafür vortrefflich gelegen sei, zu heben.

In der Verwaltung wurde die gegenseitige Unabhängigkeit der Behörden, wie sie sich durch die unmittelbare Leitung Friedrichs II. gebildet hatte, um nicht mannichfaltige Widersprüche hervorzurufen, möglichst gehoben, und eine Art von Collegialsystem hergestellt: die Beamten, der verhaßten Fremdlinge erledigt und mehr sich selbst überlassen, wie denn ihr Gemeingefühl für den Staat unbezweifelt war, athmeten auf.

Berühren wir noch einige Züge, durch welche sich eine neue Regierungsweise in den verschiedenen Zweigen ankündigte.

Einem vertrauten Offizier, der bei der Veränderung seines Wohnortes eine Vermehrung des Vorspanns begehrte, verweigerte das der neue König mit der Bemerkung, daß er die Lasten der Unterthanen auf diese Weise vermehren würde. Eine Begnadigung, die man ihm vorschlug, lehnte er ab, weil er ja nicht deswegen auf

den Thron gekommen sei, um die Bosheit zu begünstigen. Man sieht wenigstens die Grundsätze, die er sich gebildet hatte. Für die öffentliche Moral war es eine Art von Befriedigung, daß er den Soldaten, die bisher mit ihren Liebsten sehr unregelmäßig gelebt hatten, die Erlaubniß gab, sich mit denselben zu verheirathen, und die Versicherung, ihnen einen Haushalt möglich machen zu wollen. Hätte er nur nun auch selbst in seinem ehelichen Verhältniß einen regelmäßigen Wandel geführt. Aber gleich die ersten Monate seiner Regierung waren mit den Verhandlungen über eine Ehe zur linken Hand angefüllt, welche manche angesehene Mitglieder des Hofes sogar wünschten, um andere Unordnungen zu verhüten [1]).

An die Generalinspecteure der Armee erging im Januar 1787 ein Circular, in welchem die Mißbräuche bei den Anwerbungen und die harte Behandlung des gemeinen Mannes, so wie andere Aeußerungen der Willkür und Herrschsucht gerügt wurden. Man sah die Bevorzugung, deren sich der als human betrachtete Möllendorf erfreute, als ein Zeichen der neuen Richtung an.

Möllendorf wurde mit dem Prinzen von Braunschweig an die Spitze des Oberkriegscollegiums gestellt, das der König im Juni 1787 schuf. Darin sollten alle Zweige der militärischen Verwaltung, Werbung und Cantonswesen, Armatur, Remonte und Verpflegung, vereinigt sein; erst dadurch wurde eine Uebersicht der gesammten Einrichtung, die Friedrich II. sich selbst vorbehalten hatte, auch für Andere möglich: man konnte das Widersprechende in Uebereinstimmung bringen. Der König eröffnete das Collegium durch

1) So versicherte der treffliche Carl Graf Voß, der Neffe der Dame, die zuerst in dies Verhältniß trat. Welcher Art dieses war, ergiebt sich aus einem Schreiben, in welchem der König nach dem frühen Tode derselben (sie führte den Titel Gräfin Ingenheim) um die Hand der Gräfin Dönhof warb. Darin heißt es: Je suis séparé de la reine: je suis veuf de Mme Ingenheim, et je vous offre mon coeur et ma main." In neuern Zeiten ist die Behauptung aufgetaucht, das Consistorium habe in aller Form seine Einwilligung zu diesen Verbindungen ausgesprochen: vergeblich aber hat man nach einem Actenstück dieser Art gesucht; wahrscheinlich ist dabei der Kreis privater Besprechung nicht überschritten worden. Nur das deutete Mirabeau an; mehr sagt auch Dampmartin nicht, der sonst gern aufträgt. Bekanntlich rühmt Kant, der Philosoph, den König, bei dem er nicht in Gnaden stand, als „einen tapfern, redlichen, menschenfreundlichen, abgesehen von gewissen Temperamentseigenschaften, durchaus vortrefflichen Herrn." (Streit der Facultäten.)

eine Anrede, in der noch besonders die Versorgung der Invaliden und die Erziehung der Soldatenkinder zur Sprache brachte.

In den Zeitungen las man im September 1786 einen Briefwechsel zwischen Gleim und dem König über die Förderung der deutschen Muse. Sie hätte, sagt der Poet, den Ruhm Friedrichs des Einzigen verewigen wollen, aber er habe sie durch die Vorliebe für die ausländische zum Verstummen gebracht: dem antwortete nun König Friedrich Wilhelm, er werde mit Vergnügen ihr Beschützer sein, besonders wenn die deutschen Poeten einem Gleim gleichen wollten; was nun freilich kein eigentliches Mitgefühl mit dem Aufschwung der deutschen Poesie, die bereits andere Bahnen eingeschlagen hatte, ankündigt, aber doch viele Befriedigung erweckte. Den allgemeinen Sprachmeister Adelung ließ der König bei Ueberreichung seines Buches über den deutschen Styl wissen, er wünsche nichts mehr, als die deutsche Sprache zu der Reinheit gebracht zu sehen, welcher dieselbe bei ihrem Reichthum an bezeichnenden und zweckmäßigen Ausdrücken fähig sei.

So wurde, wie ein Artikel der Zeitung rühmt, für den edelsten Zweck, den Unterricht der Jugend, ein eigenes Landescollegium errichtet, und demselben eine erhebliche Geldsumme angewiesen. Das Schulcollegium sollte „die gesammte Nationalerziehung" sowohl für die gelehrten Stände, wie für das Volk heben, und besonders auf die Volksschulen hinwirken [1]. Den meisten Beifall bei dem König fand das schlesische Seminar, bei welchem die Absicht, den jungen Gemüthern die Lehren der christlichen Religion einzuflößen, festgehalten wurde. Er selbst versicherte, er hasse allen Gewissenszwang, doch werde er nie leiden, daß man dem Volke die Bibel verächtlich mache und das Panier des Unglaubens aufpflanze.

Mit alle dem hängt es zusammen, wenn die Akademie der Wissenschaften, die bisher blos französisch redete, auch deutsche Mitglieder nach ihrer Wahl in ihre Mitte aufnahm. In Berlin ward das mit Recht als ein Ereigniß von Bedeutung betrachtet.

Ich erschrecke fast, wenn ich den Inhalt dieser Zusammenstellung mit dem Eindruck vergleiche, den die Berichte Mirabeau's über die Anfänge dieser Regierung machen. Mirabeau's Denkschrift hatte keine Berücksichtigung gefunden, was er dem allerdings überwiegenden Einfluß Hertzbergs zuschreibt, den er dafür mit bitterem Hasse verfolgt; er pflog den intimsten Verkehr mit den Franzosen

1) Berlinische Nachrichten von 1787, Nr. 77, 98 u. 114. Aus diesem Jahre findet sich noch eine geschriebene Zeitung, welche für das erste Auftreten des Königs von großem Interesse ist.

der Regie, die er anfangs getadelt hatte, nunmehr aber als Opfer des Nationalhasses betrachtete; er versteigt sich so weit, ihre Entfernung der sicilianischen Vesper zu vergleichen. Seine Mittheilungen sind mehr ein Product der üblen Nachrede und des vielzüngigen umlaufenden Gerüchts — wie denn ähnliche bei großen Veränderungen in Preußen fast allemal hervorgetreten sind — als das Werk zuverlässiger Kunde von Personen und Dingen. Der Herzog von Weimar erscheint bei Mirabeau als einer der Visionäre, welche den Staat zu regieren suchen. Dem König macht er zum Vorwurf, daß er sich auf den niedrigen Standpunkt seiner Nation stelle und Leute von Geist vermeide [1]).

An Geist und Energie fehlte es dem neuen Fürsten nicht; aber die Verbindung schwärmerischer Anwandlungen mit sinnlichen Gelüsten kündigte nicht viel Gutes an. Der positiven Religion, die er in Schutz nahm, konnte diese Abweichung ihres Protectors nach zwei entgegengesetzten Richtungen nicht anders, als wieder zu schwerem Nachtheil gereichen. Bald wurde auch die ächteste wissenschaftliche Forschung mit mißverstandenen Repressionen heimgesucht. Unwürdige Menschen untergeordneter Natur, welche die Hinneigungen des Königs theilten oder nur benutzten, erwarben sein Vertrauen. Diener, welche in die Kategorie der Dienstboten gehörten, gewannen Einfluß. Jedoch darf man nicht jedem Gerüchte, das von Munde zu Munde ging, Glauben schenken. In denselben Tagen, in denen Mirabeau von einer Vernachlässigung der Geschäfte gehört hat [2]), welche Un=

1) Il se rabaisse au niveau de sa nation, au lieu de l'élever. —

2) Schreiben Mirabeau's 4. October 1786: „Il est impossible d'exagérer la turpitude des détails de son intérieur quant au désordre et à la perte du temps. Les serviteurs redoutent sa violence, mais ils sont les premiers à tourner en dérision son incapacité. Pas un papier n'est en ordre, pas un mémoire apostillé, pas une lettre passablement correcte, nulle puissance humaine ne lui ferait lire quarante lignes de suite. (A. d. n. A.) Noch auffallender ist folgender Widerspruch zwischen den Angaben Mirabeaus und authentischen Mittheilungen. Mirabeau, der sich unaufhörlich mit dem Verhältniß zu Fräulein Voß beschäftigt, erzählt am 29. August 1786: der König sei von seiner Leidenschaft für sie zurückgekommen; er sei dreimal in Schönhausen gewesen, ohne sie anzusehen; il a fait trois voyages à Schoenhausen, il n'a pas même regardé mademoiselle de Voss. Grade damals aber war die Leidenschaft des Königs am heftigsten. In den Aufzeichnungen der Oberhofmeisterin von Voß v. 23., 25., 30. Aug. 1786 („Neunundsechzig Jahre am Preußischen Hofe, aus den Erinnerungen der Oberhofmeisterin Sophie Marie Gräfin v. Voß", S. 118) lesen wir eher das Gegentheil. Mit den drei Ausflügen nach Schönhausen hat es seine Richtigkeit. Der König zeigte dem Fräulein die alte leidenschaftliche Be=

fähigkeit zu denselben beweisen würde, berichtet der Oberst Stein [1]), der König sei überaus thätig und zwar aus innerem Drange dazu, thätiger, als je ein König auf Erden; — über das, was geschehe, schlage zuweilen das Herz vor Freuden, bald aber erschrecke man wieder. Hertzberg sagt sogar einmal, der neue Fürst übertreffe den Vorgänger, denn er sei eben so thätig wie dieser, aber zugleich gerechter.

Denn nach ihren verschiedenen Standpunkten pflegen die Zeitgenossen zu urtheilen. Die historische Betrachtung, die sich über die Einseitigkeiten zu erheben hat, ohne doch gerade sie im Einzelnen zu würdigen, nimmt in diesem Falle vor Allem den Entschluß wahr, die Monarchie in dem Besitz ihrer Machtstellung zu erhalten, zugleich aber die Absicht, die Handhabung der Autorität zu erleichtern, sie popularer und nationaler zu machen. In dem, was Mirabeau sagt, liegt etwas Wahres: das deutsche Element erhob sich dem eingedrungenen oder vielmehr aufgenommenen französischen gegenüber zu voller Selbständigkeit in der Literatur und Verwaltung; der Bürgerstand gelangte mehr zu der Anerkennung, die ihm gebührt; auch in kirchlicher Hinsicht mußte der Staat, selbst als solcher, wieder auf die religiöse Grundlage zurückkommen, welche die früheren Jahrhunderte gelegt hatten, um mit der Nation vollkommen eins zu werden. Bei allen Mängeln darf man sich die Augen dagegen nicht verschließen, daß dieser Thronwechsel eines der wichtigsten Momente in der preußischen Geschichte bildet. Auch für die Entwickelung der auswärtigen Verhältnisse schlug man, den vornehmsten Gesichtspunkt festhaltend, neue Bahnen ein.

flissenheit; die Dame ist unzufrieden, daß man ihm Gelegenheit verschaffe, mit Fräulein Voß allein spazieren zu gehen. — Die Information Mirabeau's war eben nur eine äußerliche; aber in Dem, worauf es ankommt, ist sie falsch. Im Vorbeigehen bemerke ich, daß die Aufzeichnungen der Oberhofmeisterin die S. 203 gemachten Angaben von einer geheimen Vermählung bestätigen (S. 124). Was durch den Herausgeber hinzugefügt worden ist, beruht nur auf wenig verbürgtem Hören-Sagen; da wird einmal Mirabeau selbst als Quelle citirt. — In einem Schreiben an Carl August vom Mai 1790 meldet der Weimarische Resident Weiland die Trauung der Gräfin Dönhof zur linken Hand mit dem König: un prêtre à Potsdam leur a donné la bénédiction.

1) In einem im tiefsten Vertrauen an den Herzog von Weimar gerichteten Schreiben des Oberst Stein: — pour vous seul au monde, Monseigneur. Potsd. 6. Oct. „Was bisher geschehen, zeigt einen wahren Drang zur Thätigkeit, und wirklich ist der König thätig, thätiger wie sein unsterblicher Vorfahr, thätiger wie ein König noch je auf Erden war."

Fünfzehntes Capitel.

Gedanke einer Aussöhnung zwischen Oesterreich und Preußen. Ansichten Hertzbergs.

Vom Fürsten Kaunitz sagt man, er habe bei der Nachricht vom Tode des Königs, dem er alle Zeit seines Lebens widerstrebt hatte, den Ausruf vernehmen lassen: wann werde wohl ein anderer Fürst dem Diadem ebenso zur Ehre gereichen wie dieser? Die Sage ist, er habe das sogar in Josephs II. Gegenwart geäußert: gleich als hätte er ihm ins Angesicht den persönlichen Vorzug Friedrichs andeuten wollen. Joseph und Kaunitz waren aber damals fern von einander. Kaunitz meldete dem Kaiser schriftlich die soeben durch den Gesandten, Fürsten Reuß, eingesandte Nachricht mit der trockenen Bemerkung, man habe den Todesfall schon seit einiger Zeit erwarten müssen. Joseph ließ sich in seiner Antwort mehr heraus. „Als Militär", sagt er, „beklage ich den Verlust eines großen Mannes, der in der Geschichte der Kriegskunst auf immer Epoche machen wird. Als Staatsbürger aber bedaure ich, daß dieser Todesfall nicht dreißig Jahre früher eingetreten ist. Im Jahr 1756 wäre derselbe auf eine ganz andere Weise vortheilhaft gewesen als im Jahr 1786" [1]).

Vielleicht ein Widerspruch in sich; denn erst nach 1756 hatte der König den hohen Kriegsruhm erworben, der ihn unsterblich macht: aber richtig für Oesterreich; denn damals wäre es noch möglich gewesen, durch die von allen Seiten vorbereiteten Allianzen Preußen niederzuwerfen und demselben Schlesien wieder zu entreißen. Was hätte in jenen Zeiten erfolgen müssen, wenn Friedrich von

1) Joseph an Kaunitz: Mon cher Prince! Comme militaire je plains la perte d'un grand homme et qui fera époque à jamais dans l'art de la guerre. Comme citoyen (soll doch wohl heißen als Oesterreicher) je regrette qu'elle est arrivée cette mort 30 années trop tard. L'année 1756 elle aurait été autrement avantageuse qu'en 1786.

einem Unfalle betroffen worden und ein minder fähiger Fürst an seine Stelle getreten wäre. Seitdem war die preußische Macht in Krieg und Frieden erst zu ihrer vollen Entwickelung gelangt, und viel zu gut befestigt, als daß man an eine baldige Ueberwältigung derselben hätte denken können, wenn sie auch nicht mehr von jener gewaltigen Hand zusammengehalten und gelenkt wurde. Dieser Meinung war auch Kaiser Joseph. Eines Tages hörte er sagen, man würde jetzt nach dem Tode Friedrichs nur vorzurücken brauchen, um Schlesien wieder zu nehmen. „Ja wohl", warf er ein, „wenn die preußische Armee eine Krankheit hätte, wie der König." Ueber Friedrich Wilhelm hatte man in Wien noch keine feste Ansicht. Kaunitz meinte, man müsse erst erwarten, wie er sich selbst erkläre: das Betragen des Kaisers gegen den König hänge von dem Betragen des Königs gegen den Kaiser ab: das letzte müsse dem ersten zur Richtschnur dienen. Und wisse man dann, woran man mit ihm sei, so würde mit den beiden Alliirten Berathung gepflogen und ihnen angedeutet werden müssen, wie sich der Kaiser gegen den neuen König zu stellen gedenke[1]).

Nicht von Berlin, aber von Rußland ist dem Kaiser ein Impuls gekommen, der ihn in seiner Haltung zweifelhaft machte.

Denn so verhielt es sich ohne Zweifel, wie Friedrich II. voraussetzte, daß die neuen Entzweiungen zwischen Rußland und der Pforte, und die Aussicht, mit jenem gemeinschaftliche Sache machen zu sollen, dem Kaiser nicht gerade angenehm war. Im September 1786 ging ein Brief der Kaiserin an ihn ein, in welchem sie ihm die Lage der Dinge und die Gefahr eines Bruches schilderte: noch suche der französische Hof in den Irrungen zu vermitteln; das werde aber erst Eindruck auf die Pforte machen, wenn auch der Kaiser wie bisher seine Verwendung in vollkommenem Einverständniß mit dem russischen Gesandten eintreten lasse. Sie berührte dann ihre Absicht, in dem nächsten Jahre nach ihren südlichen Provinzen und nach Cherson zu reisen, und deutete an, daß sie dort mit dem Kaiser zusammenzutreffen hoffe. Auf Joseph machte dieser Brief einen ungünstigen Eindruck. Er fand es sonderbar, daß er abermals in die orientalische Verwickelung eingreifen sollte, nachdem er das schon einmal mit so großem Erfolge gethan habe, ohne dafür zu einem entsprechenden Vortheil gelangt zu sein. Es schien ihm genug, daß Frankreich die Sache in die Hand nehme. Und daß kurzweg am

1) Kaunitz an Joseph, 21. August 1786.

Ende des Schreibens seine Reise nach Cherson gleichsam vorausgesetzt wurde, verletzte seinen Stolz; er meinte wohl, die Prinzessin von Zerbst, die sich jetzt Katharina nenne, sollte mehr Rücksicht beweisen und nicht so leichthin über ihn verfügen [1]). Kaunitz wurde von dem Ton dieses Briefes, den ihm der Kaiser mittheilte, unangenehm betroffen. Er fand das Schreiben der Kaiserin den Umständen ganz entsprechend. Der Kaiser dürfe nicht durchblicken lassen, daß er schon genug für Rußland gethan zu haben glaube: er dürfe nicht Eifersucht etwa darüber, daß Katharina sich zuerst an Frankreich gewendet habe, verrathen, was unter seiner Würde sei, noch ihr auch die Dienste, die er ihr in Bezug auf die Krim geleistet, gleichsam vorrücken: noch habe er sich nicht über sie zu beklagen [2]). In diesem Sinne sprach er dann auch mit dem Kaiser und bewog ihn, einen andern Brief zu schreiben, der keine Spur von Gereiztheit enthält, vielmehr die gewohnten Ausdrücke vollkommenster Freundschaft und Hingebung [3]). Von den zartesten Momenten eines persönlichen Verhältnisses, die doch auch ein Mißverständniß veranlassen können, wohnte dem Minister überhaupt kein Mitgefühl bei: der Prinzessin von Zerbst wollte er nicht mehr gedacht wissen. Er sah in Katharina nur die mächtige Selbstherrscherin, und fürchtete jede Möglichkeit einer Unterbrechung der Allianz, auf die er seine ganze Politik gründete.

Friedrich und Joseph haben das gemein, daß sie mit ihren Ministern correspondiren, und für die Staatsverwaltung lag vielleicht

1) Elle (sc. ma réponse) sera honnête, courte, mais elle ne laissera pas de faire sentir à la Princesse de Zerbst Catherinisée qu'elle doit mettre un peu plus de considération et d'empressement pour disposer de moi. Joseph an Kaunitz, 9. Aug. 1786. Arneth a. a. O. 278, Anmerkung.

2) Bref, cette Lettre, qui est de six pages, avec la permission de V. M., n'a pas mérité une réponse de sept ou huit lignes; laquelle même par là fera de la peine à l'Impératrice, si elle ne fait pas pis, qui marque une petite jalousie de ce qu'elle s'est addressée à la France, qui est au dessous de V. M., qui suppose une médiation dont il n'a jamais été question, et qui contient une espèce de reproche sur l'utilité dont lui a été V. M. à l'occasion de la Crimée qu'elle n'a pas mérité jusqu'ici, et qui est de la nature de ceux qui comme mieux que moi sait V. M. I. font ordinairement un mauvais effet plutôt qu'un salutaire. Kaunitz an Joseph, 20. Sept. 1786.

3) Der Brief Josephs vom 17. Sept 1786 — denn so war er doch wohl ursprünglich datirt — bei Arneth a. a. O. S. 279 wird nach den Andeutungen des Ministers von dem Kaiser abgeändert worden sein.

ein Vortheil darin, daß die wichtigsten Angelegenheiten von den doch immer noch verschiedenen Standpunkten des Souveräns und des Ministeriums betrachtet wurden. In Preußen war bisher der Gedanke des Souveräns eigentlich alleinherrschend, nicht nur in Folge der natürlichen Stellung des Fürsten, sondern auch vermöge der Ueberlegenheit des Geistes, mit welcher Friedrich, einem erfahrenen Steuermann gleich, jede Abwandlung in den politischen Fluctuationen wahrnahm und die Consequenz des einmal eingeschlagenen Laufes mit sicherem Tacte festhielt. In Oesterreich waltete dagegen mehr der Minister vor. Namentlich in den auswärtigen Angelegenheiten betrachtete der Kaiser den Staatsmann, von dem seit langen Jahren die Geschäfte mit systematischer Umsicht und großem Erfolg geführt wurden, beinahe als eine Autorität.

Sonst hätte er wohl die Versuchung gefühlt, nach den Anschauungen, die ihm aus der Lage des Moments entsprangen, in die Geschäfte einzugreifen: wie wir das so eben bei der Correspondenz mit Rußland sahen.

Damit im Zusammenhang trat bald nachher eine Differenz der Ansicht von ungleich größerer Bedeutung zwischen dem Souverän und dem Minister ein.

Man hatte in Wien dem preußischen Gesandten oft gesagt, wenn Friedrich einmal gestorben sei, werde der Kaiser mit dem Nachfolger in ein gutes Verhältniß zu treten suchen. So wurde denn auch der Gesandte nach dem Regierungswechsel mit einer ungewöhnlichen Aufmerksamkeit behandelt; er bekam Aufträge, die der Intention jener Aeußerung entsprachen.

Gegen Ende des Jahres 1786 hat dann der Kaiser alles Ernstes den Gedanken gehegt, mit dem Hause Brandenburg in ein unmittelbares Verhältniß der Freundschaft und des Vertrauens zu treten. Er faßte seine Ansichten darüber in einer Denkschrift zusammen, die er am 6. December dem Fürsten Kaunitz vorlegte und die eine weite Aussicht für die allgemeine Politik eröffnet.

Der Grundgedanke derselben ist, daß eine Verständigung der Häuser Brandenburg und Oesterreich ihnen das oberste Ansehen in Europa verschaffen werde. „Wenn sie sich aufrichtig mit einander verbinden und im Einverständniß mit einander handeln, haben sie nichts weiter zu fürchten, weder von einer einzelnen Macht, noch von einer Verbindung mehrerer: sie werden die Schiedsrichter sein, nicht allein in Deutschland, sondern in Europa. Alle Mächte werden sie suchen; sie werden keine andere Macht zu suchen brauchen.

Der allgemeine Friede wird nur von ihnen abhängen[1]). Eine der anderen versichert, werden sie das Glück ihrer Unterthanen, die Blüthe ihrer Staaten bewirken, und sich gegenseitig alle die Vortheile verschaffen können, die sie für sich nöthig erachten, ohne anderen mehr gewähren zu müssen, als ihnen gut scheint."

„Wenn dies nun eine unleugbare Wahrheit ist, so muß man eingestehen, daß die Fortsetzung der Feindschaft den beiden Staaten alle diese Vortheile raubt und die entgegengesetzten Nachtheile zuzieht. Sie schwächen sich gegenseitig durch die ungeheuren Aufwendungen, zu denen ihre Eifersucht sie nöthigt, durch die Demüthigungen und Niedrigkeiten, mit denen sie die eine der anderen ihre verschiedenen Alliirten, oftmals kleine Prinzen, zu entreißen suchen; dabei müssen sie denn eine Menge von Dingen, die ihnen vortheilhaft wären, vernachlässigen, schädliche dagegen nicht allein dulden, sondern fördern."

Der Kaiser ist der Meinung, daß man mit einer Einleitung der Verständigung zwischen den beiden Häusern nicht lange zögern dürfe, denn sonst könne es anderen Mächten, welche die Möglichkeit eines solchen Einvernehmens einsehen und sie fürchten, gelingen, ihnen die größten Vortheile, die aus demselben erwachsen können, im Voraus zu entziehen.

Daß die wahre Lage bisher nicht erkannt wurde, erklärt er sich daher, „daß die Fürsten, welche über die Politik der Staaten zu entscheiden haben, Menschen sind und ihre Vorurtheile hegen". Die Kaiserin-Königin konnte nie vergessen, daß ein Theil des Erbes ihrer Vorfahren ihr entrissen worden war; die Hoffnung auf die Wiedereroberung von Schlesien wollte sie niemals aufgeben. Der König von Preußen, der es erobert, konnte nach den blutigen Kriegen, die man ihm deshalb erweckt, und alle den Mitteln, die man dafür in Bewegung gesetzt hatte, niemals glauben, daß sie ehrlich darauf Verzicht geleistet habe. Man mußte den Tod dieser Hauptpersonen erwarten, ehe man hoffen durfte, daß die Vortheile einer gegenseitigen Freundschaft zwischen den beiden Staaten ins Auge gefaßt werden könnten. Aber die Sache ist so wichtig, das Glück so vieler Millionen Menschen hängt davon ab, daß man bei dem

1) ... elles devront être recherchées de toutes les Puissances et ne seront point dans la nécessité d'en rechercher aucune; la paix générale et universelle ne dépendra que de leur volonté ... Réflexions (ad billet de l'Empereur au Prince de Kaunitz) du 6. Dec. 1786. Staatsarchiv zu Wien.

Anlaß, den die Thronbesteigung eines neuen Königs in Preußen darbietet, nicht umhin kann, diese Betrachtungen zu machen. Es kann keine Allianz geben, die eine solidere Grundlage und einfachere Bedingungen hätte als diese. Das wahre Interesse beider Monarchien besteht in ihrer Vereinigung: keine von beiden kann ein Bündniß eingehen, welches den Nachtheil ihrer Entzweiung unter einander aufwöge. Nur muß eine jede von ihnen alle Vergrößerungsabsichten zum Nachtheil der andern fallen lassen, sie müssen einander den ruhigen Besitz ihrer gegenwärtigen Staaten gewährleisten und die Feinde der einen auch als die der andern betrachten. Der Kaiser läßt nicht unerwähnt, daß die beiden Häuser zu einer Nation gehören, dieselbe Sprache reden, daß zugleich dieselben Religionen das Bekenntniß in den beiderseitigen Staaten bilden; was denn alles die gegenseitigen politischen Convenienzen fördere und verstärke und auch der Gesinnung der höchsten Persönlichkeiten Dauer verleihe. „Nur von dem festen Willen und der vollkommenen Ueberzeugung der beiden Souveräne kann diese Union ausgehen. Sie wird Europa in Erstaunen setzen und die Segenswünsche der Unterthanen, der jetzigen und der künftigen Generationen hervorrufen."

Erwägungen, in denen zugleich ein Geist der Humanität und der menschenfreundlichen Fürsorge für das Wohl der Unterthanen athmet. Welch eine ganz andere Wendung würden die großen Angelegenheiten genommen haben, wenn der eifersüchtige Haß zwischen den beiden Mächten geschwunden wäre. Die Bemerkungen Kaiser Josephs zeugen von dem Schwunge, dessen er fähig war, und von dem Bewußtsein einer Gemeinschaft der Interessen, die sich allen Streitigkeiten zum Trotz fühlbar machte.

Kaunitz erstaunte, als er diese Mittheilung empfing. Er bat sich, ehe der Kaiser mit ihm über die Sache spreche, einige Tage Bedenkzeit aus, um ihm seine Gedanken darüber schriftlich und im Zusammenhange vorzulegen. Doch fragte er schon vorläufig an, wie sich der Kaiser zu seinen beiden bisherigen Allianzen, mit denen die dritte im Widerspruch stehen würde, zu verhalten gedenke. In jeder Sache, die er einmal ergriffen hatte, eifrig, erklärte Joseph, die eine neue Allianz würde ihm genügen, wenn er nur wüßte, daß es der König von Preußen damit ebenso ernstlich meine wie er. Man möge sie demselben antragen, selbst auf die Gefahr hin, daß sie den beiden andern bekannt werde und ihr Mißvergnügen erwecke. Denn Frankreich verdiene nach den vielen Beweisen von Unzuverlässigkeit, die es gegeben, keine besondere Rücksicht, und Rußland

bedürfe Oesterreichs im Orient. Die Antwort des Fürsten ist vom 10. December. Er leitet sie damit ein, daß seine Obliegenheit gegen das Vaterland, den Kaiser, mit dem er es wohl meine, und gegen sich selbst ihn verpflichte, seine Meinung mit vollkommener Freimüthigkeit auszusprechen. Auf die Sache kommend, stellt er vor Allem die Ersparnisse in der Verwaltung, die man durch eine Verbindung mit Preußen für beide Staaten zu bewirken meine, in Abrede. Denn namentlich Oesterreich werde andere Feinde bekommen; es werde einen seiner bisherigen Alliirten oder vielleicht beide verlieren und nur um so stärker zu rüsten genöthigt sein. Es werde wahrscheinlich die entlegenen Provinzen, Niederlande, Italien, selbst Vorderösterreich, aufgeben müssen und die neuerworbenen polnischen Provinzen schwerlich behaupten können. — Denn die einen waren im Einverständniß mit Rußland gewonnen; die anderen konnten jeden Augenblick von den Franzosen überfluthet werden. — Er bemerkt weiter, daß auch von gemeinschaftlich zu erringenden Vortheilen keine Rede sein könne; denn jedwede der beiden Mächte werde immer so viel verlangen, als der anderen zu Theil werde, und dieser kein Uebergewicht zugestehen wollen. Man werde im Vergleich mit dem gegenwärtigen Zustand um nichts gebessert werden. Wie lasse sich aber denken, daß die beiden Staaten immer einverstanden bleiben würden? Sehe doch schon ein einzelner Mensch die Dinge zu verschiedenen Zeiten verschieden an: wie viel mehr sei das bei den wechselnden Verhältnissen von zwei Fürsten und zwei Staaten zu erwarten! Und ohne andere Mächte würde man trotz dieser Verbindung nichts ausrichten, vielmehr ihrer Hülfe oder wenigstens Beistimmung immer bedürfen: man habe sogar eine Verständigung aller Anderen gegen die beiden neu Verbündeten zu erwarten. Jedem von diesen sei sein gegenwärtiger Besitz durch das Interesse der anderen und das eigene Machtverhältniß ohnehin gesichert. Daß das Vorgegangene, d. h. das Unrecht, welches gethan oder erlitten worden, wahrhaft vergessen werden und die beiden Mächte jemals Vertrauen zu einander fassen sollten, erklärt Kaunitz für unmöglich. Die bisherige Politik hält er für durchaus gerechtfertigt; man werde sie so lange beibehalten, als der durch das Jahr 1740 herbeigeführte gewaltsame Zustand bestehe. Eine wirkliche Aenderung lasse sich nur dadurch erreichen, wenn von den beiden Staaten der eine in ein subalternes Verhältniß zu dem andern gebracht werde. Ihre Interessen seien einander diametral entgegengesetzt: das einzige Gemeinschaftliche zwischen ihnen liege in dem Bestreben

eines jeden, den anderen so weit herabzudrücken, daß ihm derselbe nicht mehr gefährlich werde. Daß ein neuer König in Preußen regiere, mache darin keinen Unterschied. Kaunitz widerräth jede Unterhandlung mit Preußen in diesem Sinne; denn sie werde nicht allein unnütz, sondern verderblich wirken.

So trat dem Auffluge des Monarchen, in welchem sich wenigstens eine Ahnung von einer die deutschen Staaten umfassenden Gemeinschaft regt, die erfahrungsmäßige Erwägung des in der Praxis der Geschäfte ergrauten Ministers entgegen, der davon nichts erwartet und wie bisher so auch fortan die Politik der beiden Mächte für unvereinbar erklärt, bis auf den Tag, wo die eine oder die andere von der entgegengesetzten in ein Verhältniß wirklicher Unterordnung herabgedrückt werde.

Man darf nicht leugnen, auch für die Ansicht des Staatskanzlers läßt sich etwas sagen. Zwischen den beiden Tendenzen haben sich seitdem die deutschen Geschicke bewegt.

Wie gewöhnlich trat der Kaiser mit seinen fast jugendlichen Ideen vor dem Gewichte der auf Erfahrung begründeten Anschauungen des Ministers zurück. Er dankte ihm für die freundschaftliche Freimüthigkeit, mit der er sie ihm auseinandergesetzt habe. Denn in seiner Natur lag es, einen Gedanken mit Lebhaftigkeit zu ergreifen und ihn dann doch leichthin wieder fallen zu lassen. Seine Idee bezeichnete er als eine Chimäre, deren Ausführung wünschenswerth, aber unmöglich sei: er gab es auf, darüber in Berlin einen Antrag zu machen [1]). Wenige Tage nachher (22. Dec.) hat er der Kaiserin von Rußland gemeldet, daß er nach Cherson kommen wolle.

In Berlin hatte man auf die annähernden Eröffnungen des kaiserlichen Hofes in entsprechender Weise geantwortet. Friedrich Wilhelm II. versicherte, man habe seinen Oheim verkannt, wenn man ihn als einen geschworenen Feind Oesterreichs betrachtet habe; sein eigener Sinn sei es, mit Oesterreich in ein freundschaftliches Verhältniß zu treten, wenn man es ihm nur möglich mache. Gegen Ende des Jahres ist auch in Berlin der Gedanke einer Annäherung an Oesterreich einmal aufgetaucht, wie ein Meteor, um sogleich wieder zu verschwinden. Man sah sehr wohl, daß der Kaiser keine besondere Lust habe, an einem Türkenkriege, durch den er sich im besten Fall einen unbequemen Nachbar schaffen würde, thätigen

1) Ich theile diese Gutachten, deren Wortlaut Jedermann kennen zu lernen wünschen wird, in den Analecten mit.

Antheil zu nehmen; aber man fürchtete, er werde sich des Königs von Preußen nur bedienen wollen, um andere Entwürfe seines unruhigen Ehrgeizes durchzuführen [1]): wahrscheinlich liege ihm die Auflösung der deutschen Union und der Eintausch Baierns noch immer im Sinn. Welchen Eindruck es gemacht haben würde, wenn die Ideen des Kaisers ohne Rückhalt und in überzeugender Weise in Berlin vorgelegt worden wären, wer will es sagen? Da das nicht geschah, so blieb die feindselige Richtung der Politik überwiegend. Ein Gutachten liegt vor, welches Hertzberg einige Monate später seinem König eingereicht hat, worin er an das frühere von 1779 anknüpfend die maßgebenden Gesichtspunkte der preußischen Politik erörtert. Auch er hält für unmöglich, daß Oesterreich Schlesien vergessen oder jemals auf die Ausdehnung seiner Herrschaft in Deutschland Verzicht leisten werde. Er ist überzeugt, das Haus Oesterreich wolle nicht allein die deutsche Krone behaupten, sondern auch die polnische erwerben: durch seine Allianzen mit Frankreich und Rußland werde es fähig, nach der Universalmonarchie auf dem europäischen Continent zu streben: seine Politik sei rührig, fein in italienischer Art und jeden Augenblick zu fürchten. Dem gegenüber sei Preußen auch nach dem Tode des Mannes, der ihm seine unabhängige Stellung zwischen den Mächten der Welt verschafft habe, recht wohl fähig, dieselbe zu behaupten: gerade in der Rolle, die es in ihrer Mitte spiele, liege seine Stärke; auf dem Einfluß, den es in dem deutschen Reiche gewonnen habe, beruhe das allgemeine Gleichgewicht. Aber Preußen müsse immer stark und wachsam sein: durch einen Unfall, den es erfahre, würde es, da es aus verschiedenartigen Landestheilen bestehe, auf welche von anderen Seiten her Anspruch erhoben werde, in die Klasse einer Macht dritten Ranges herabgedrückt werden [2]).

Nochmals erörtert Hertzberg die oft erwogene Frage, ob nicht die eine oder die andere der mit Oesterreich verbündeten großen Mächte von dieser Allianz abgezogen werden könne. Von Frank=

1) So fortwährend die Berichte von Podewils.

2) La Prusse peut et doit continuer à jouer le rôle d'une puissance du premier ordre: une fois montée à ce premier rang, elle ne peut en descendre sans descendre dans la troisième classe de la Suède, du Danemarc etc. — Mémoire politique que le ministre d'Etat C. de Hertzberg a donné au prince de Prusse; es ist ohne Zweifel an Friedrich Wilhelm II., erst nach seiner Thronbesteigung, im Jahr 1787 gerichtet. — Im braunschweigischen Nachlaß zu Weimar.

reich erwartet er das nicht, trotz der Versicherung, die man von dort her empfange, daß Preußen keine Feindseligkeit zu befürchten habe, so lange es sich nicht mit England verbinde; denn in Versailles werde immer der Einfluß der Königin, der vor Kurzem durch die Geburt eines Dauphins befestigt worden sei, auf die Politik einwirken: das Bündniß von 1756 werde auch fortan bestehen. Er hält für möglich, daß Frankreich in einen Austausch der österreichischen Niederlande gegen Baiern doch noch zuletzt einwillige: habe doch Vergennes selbst geäußert, für Frankreich könne es erwünscht sein, einen schwachen Nachbar in den Niederlanden zu haben: die Clientel, in welche ein solcher gerathen müsse, werde den Franzosen zugleich das Uebergewicht in Holland sichern — ein für sie unendlich wichtiger Gewinn, da ihre Absicht noch immer dahin gehe, eine große mit England rivalisirende Seemacht zu bilden. Hertzberg ist der Meinung, daß das ein vergebliches Bemühen sei: denn Frankreich habe in den beiden Indien nicht so viel Ansiedelungen, um dazu befähigt zu werden. Aus alle dem, zusammengenommen mit der Verwirrung in den Finanzen, zieht Hertzberg den Schluß, daß es unnütz wäre, nach einer Allianz mit Frankreich zu streben. Viel eher hält er, wie einst Friedrich, eine Trennung Rußlands von Oesterreich möglich. Auch er ist der Meinung — und wir werden noch sehen, wie gut begründet sie war, — daß Oesterreich kein Interesse habe, die russischen Entwürfe auf die Türkei zu begünstigen: sobald dies aber zu Tage komme, meinte er, werde es mit der Allianz eine Ende nehmen. Denn Rußland müsse, so wie Preußen, beflissen sein, den österreichischen Einfluß in Polen auszuschließen: es habe mannichfaltige Interessen mit Preußen gemein und große Vortheile seinem guten Verhältniß zu Preußen zu verdanken. Hertzberg verzweifelt nicht, im Einverständniß mit Rußland zu der Ergänzung der Erwerbungen in Polen zu gelangen, welche er für unentbehrlich hält.

Vornehmlich aber bleibt er doch dabei stehen, daß eine Allianz mit England für Preußen am wünschenswürdigsten wäre: sie werde dem Staat an sich bei weitem nützlicher werden, als eine Allianz mit Frankreich. Erst durch die Verbindung mit England erhalte der deutsche Fürstenbund eine wahre Festigkeit. Hertzberg hatte überdies die Idee eines nordischen Bundes zwischen Rußland, Preußen, England und Holland gefaßt: er denkt, daß auch Holland in die große deutsche Association eintreten dürfte.

Die Politik Friedrichs II. jedoch war das bereits nicht mehr

Wir wissen, wie sehr dieser jede Irrung mit Frankreich, jede Verwickelung mit den französischen Machtbestrebungen vermied. Mit Friedrichs Tode war nun aber auch in Preußen der Moment eingetreten, wo ein Minister, der bisher in den Staatsgeschäften mit Erfolg gearbeitet, einen seinen persönlichen Anschauungen entsprechenden Einfluß auf die Politik ausüben konnte. Ohne eigene Erfahrung in den Geschäften, war der neue König bei den auf der Stelle hervortretenden politischen Veränderungen — denn kein Moment ist dem andern gleich — auf den Mann angewiesen, der dafür galt, daß er eine solche habe, den Minister Hertzberg, dem der große Vorfahr selbst ein unbezweifeltes Vertrauen bewiesen hatte. In dem aber war das Gefühl des Gegensatzes der beiden Mächte nicht minder stark, als in dem Fürsten Kaunitz; beide hielten daran als dem Angelpunkt der Politik fest. Oesterreich richtete nun damals sein ganzes Augenmerk auf Rußland: Preußen, ohne auf Rußland Verzicht zu leisten, das seine vornehmlich auf England. Es liegt wohl am Tage, daß sie sich hierbei in Beziehungen mit fremden Angelegenheiten brachten, von der möglicherweise ihre Gesammtpolitik bestimmt werden konnte. Für Oesterreich war die Frage, inwiefern es den Absichten Rußlands gegen die Türkei Einhalt thun oder sie unterstützen: für Preußen, ob es auf die den Franzosen entgegengegengesetzten Machtbestrebungen Englands eingehen würde.

Für die preußische Politik, und im Laufe der Zeit für die europäischen Angelegenheiten überhaupt, ist das Verhältniß entscheidend geworden, in welches Friedrich Wilhelm II. zu Holland trat.

Sechzehntes Capitel.

Einschaltung über die Irrungen in Holland.

Wir kennen bereits den in Holland ausgebrochenen Streit. Es war der alte Gegensatz der republikanischen Partei und des Erbstatthalters mit seinen Anhängern, welcher das innere Leben der Republik bestimmte. Eine mächtige Faction, die hauptsächlich in den Staaten von Holland ihren Sitz hatte, erhob sich gegen die Vorrechte, die dem Statthalter im Jahre 1747 aufs Neue eingeräumt und 1766 bestätigt worden waren. Eine eigenthümliche Beziehung zu den in Europa zur Geltung kommenden staatsrechtlichen Theorien gewann dieser Streit durch die Behauptung der Stände, die Souveränetät ausschließend zu besitzen, so daß der Statthalter als ihr Beamter erschien, während man von der anderen Seite festhielt, daß ein Theil der Souveränetät an den Erbstatthalter übertragen und mit seiner Würde verbunden sei. Einen anderen Grund hatte die Frage in den historischen Thatsachen. Sie entsprang aus der natürlichen Verschiedenheit der durch die Union vereinigten Provinzen; die Macht des Statthalters erwuchs aus dem Bedürfniß einer gemeinsamen Action, für welche die Generalstaaten zu schwach organisirt waren: der aber setzte sich dann wieder die mächtigste der Provinzen, die allein so viel leistete, wie die übrigen zusammengenommen, entgegen; die Provinzialstaaten von Holland und die statthalterische Macht bildeten zwei einander entgegengesetzte Pole, um welche die übrigen Mitglieder der Union gravitirten. Ihre Differenz hatte etwas Unvermeidliches; doch würde sie uns nicht beschäftigen, hätte sie nicht durch die Theilnahme, die ihr die beiden großen westlichen Mächte widmeten, eine allgemeine Bedeutung bekommen. Die Patrioten, wie sich die Anhänger der in den Provinzialstaaten von Holland formulirten Ansprüche nannten, damals in Folge des amerikanischen Krieges bei weitem die mächtigere Partei, wurden von Frankreich unterstützt; England nahm sich des

Erbstatthalters an. Aus den Berichten, welche der damalige englische Gesandte in Holland, Sir James Harris, an seine Regierung erstattete, sieht man, mit welchem Eifer sich derselbe angelegen sein ließ, dem Statthalter erst wieder eine Partei zu werben [1]) und mit derselben dem Uebergewicht der anderen entgegenzutreten. Seine vornehmste Intention war dabei gegen Frankreich selbst gerichtet: denn durch die patriotische Partei beherrschte Frankreich die Republik der vereinigten Provinzen: es suche sich ihrer Seemacht zu bedienen, um zuerst auf Ostindien einzuwirken und alsdann den großen maritimen Krieg, der eben beendigt war, mit voller Kraft zu erneuern.

Eben dies universale Verhältniß hielt Friedrich II. ab, in diese Angelegenheiten entschieden einzugreifen. Er wollte den allgemeinen Krieg, der darüber ausbrechen konnte, nicht über sich selbst hereinziehen. So war nun auch Friedrich Wilhelm II. im Anfange seiner Regierung gesonnen. Er hielt die Absicht fest, mit der sich schon sein Vorgänger getragen hatte, eine Abkunft zwischen den beiden streitenden Parteien hervorzubringen, und schickte dazu einen besonderen Gesandten, den Grafen Görtz, nach Holland. Man darf jedoch von vornherein bezweifeln, ob das bei der Stärke der obwaltenden Gegensätze überhaupt möglich war.

Und grade damals, im September 1786, kam die Entzweiung zwischen dem Erbstatthalter und den Ständen zu vollem Ausbruch. Unter der Einwirkung von Harris wurden ein paar kleinere Ortschaften in Geldern, Elburg und Hattem, die sich den Holländern zuneigten, von den geldrischen Provinzialständen, welche von den holländischen vollkommen unabhängig zu sein behaupteten, überzogen, gezüchtigt und besetzt. Darüber aber flammte das Selbstgefühl der Provinzialstaaten in Holland auf. Auf den Grund, daß der Prinz zu den Waffen gegriffen habe und auch sie bedrohe, suspendirten sie ihn von seiner Würde als Generalcapitän und setzten sich in Kriegsverfassung gegen ihn. Der Prinz hatte dies vorausgesehen und war darauf gefaßt.

1) to collect and rally a party, to unite the friends of the old system. Harris an Caermarthen 1. Mai 1787, eines der merkwürdigsten Schreiben in der Sammlung der Correspondence II, 255. Ueber den Rechtsgrund ist eine Auseinandersetzung von Thurlow, damals Lordkanzler, an Eden von Wichtigkeit. Wir enthalten uns, auf die Verhandlungen von Görtz, dessen Denkwürdigkeiten noch mancher Ergänzung bedürften, näher einzugehen, da sie, ohne die Schuld des Mannes, scheitern mußten und gescheitert sind.

Nothwendig erfolgte, daß die Franzosen, die den englischen Einfluß dabei voraussetzten, zu den preußischen Vermittelungsvorschlägen nicht so bereitwillig, wie man erwartet hatte, die Hand boten.

Die Erbstatthalterin, Schwester des Königs von Preußen, war ebenso entschieden dagegen, wie ihr Gemahl. Was auch geschehen mochte, so rechnete sie darauf, daß ihr Bruder zuletzt nicht gegen sie sein werde; wie dieser ja einmal, wenngleich nur im Lauf des Gesprächs, geäußert hatte [1]). Der Prinz ließ vernehmen, seine einzige Stütze sei der König von England.

Eigentlich entschlossen, sich seiner Sache mit Nachdruck anzunehmen, war aber die englische Regierung damals noch nicht.

Als Harris den leitenden Minister William Pitt aufmerksam machte, daß es jetzt mehr bedürfe als allgemeiner Zusicherungen, um die Anhänger des Statthalters zusammenzuhalten, zeigte sich derselbe von der Wichtigkeit der Angelegenheit zwar ebenfalls sehr durchdrungen, doch wünschte er das Aeußerste vermieden zu sehen: denn England sei zur Zeit nicht im Stande, einen neuen Krieg zu führen. Und selbst wenn es nur auf Geldzahlungen ankomme, so wollte er solche, um derenwillen man an das Parlament gehen müsse, schlechterdings vermieden wissen. Er gestattete nur, den Credit der Regierung zu einer kleinen Anleihe zu benutzen, wohlverstanden jedoch, ohne sie zu compromittiren [2]).

Dabei ward auf Preußen noch wenig gerechnet. Das politische System Englands war überhaupt noch nicht scharf umgrenzt. Ob man sich lieber an Oesterreich, das man von Frankreich zu trennen hoffte, oder an Preußen wenden solle, lieber an den zweiköpfigen, als an den einköpfigen Adler, darüber war man noch unentschieden.

Auf die im Ganzen doch eingehende Antwort Pitt's gestützt, schritt nun Harris auf dem eingeschlagenen Wege muthig fort. Er verwendete zunächst das Geld, das er zu unbestimmten Ausgaben hatte, um die Anhänger des Prinzen in stattlichen Gelagen um sich zu vereinigen. Ein guter Koch, sagt er, richte oft mehr aus, als

1) Diaries and correspondence of James Harris, first Lord of Malmesbury, II, 137. Er behauptet, the plan of the french and patriotic party for annulling the stadholderian influence or rather for getting it into their own hands.

2) W. Pitt an Harris: any support from us, which too openly and actively avowed itself, would commit the honour of this country.

ein guter Secretär. Er ließ vernehmen, er wolle das Haupt der Partei werden.

Einer der vornehmsten Gedanken war nun, der Verbindung der Patrioten gegenüber eine statthalterische zu gründen, die man auf englische Weise Association nannte. In ihrem Programm heißt es, daß die alte Constitution und Unabhängigkeit der Republik aufrecht erhalten werden solle. Die Mitglieder verpflichten sich zu einer gegenseitigen Garantie, wegen der Verluste, die sie dabei erleiden könnten. Diese Association wurde in Seeland und dann auch in Geldern mit Freuden unterzeichnet; das ganze Bestreben des Gesandten war dahin gerichtet, ihr auch in Holland, wo der Prinz manche Freunde und Anhänger in Menge zählte, Theilnahme zu verschaffen. Die Absicht hierbei war die sehr präcise: die gegnerische Mehrheit der Ständeversammlung, welche das Land beherrschte, zu zersprengen. Das konnte aber nur dadurch geschehen, wenn man den Anhängern des Prinzen größeren Einfluß auf die Deputationen bei der Ständeversammlung im Haag verschaffte. Besonders in den beiden großen Plätzen, Amsterdam und Rotterdam, hoffte man dies zu erreichen.

Nothwendig mußte das einen städtischen Parteikampf veranlassen, der zuerst in Amsterdam zum Ausbruch kam. Die Bürgerschaft war in ihrer Mehrzahl ohne Zweifel patriotisch und in diesem Sinn militärisch organisirt: auch von den übrigen Städten gingen die entschlossensten „Freicorpisten" dahin ab: sie waren von Frankreich unterstützt.

Ob ein paar Magistratspersonen von Amsterdam in ihren Stellen bleiben würden oder nicht, bedeutet an sich sehr wenig; es war aber in diesem Augenblick fast eine europäische Frage. Denn sie gingen damit um, die städtische Deputation in den Staaten zu ändern, was eine Umwandlung der patriotischen Majorität in eine statthalterische zur Folge gehabt haben würde. Diese würde dann mit der Association zusammenwirkend einen allgemeinen Umschlag der Dinge zu Gunsten des Statthalters hervorgebracht haben. Damit aber griffen wieder die Interessen der beiden vorwaltenden Reiche zusammen.

Für den Statthalter war es ein Unglück, daß sich seine Anhänger nicht vereinigen konnten. Ihm selbst wenigstens ist keine Schuld beizumessen: er willigte in einige Concessionen, die ihm seine Freunde in Amsterdam zur Bedingung machten. Aber es gab eine populäre Partei in der Stadt, welche orangistischer war, als der

Prinz von Oranien selbst. Sie bestand hauptsächlich aus der beim Schiffbau beschäftigten Menge, welche alle und jede Schmälerung der statthalterischen Autorität verwarfen, die Magistrate, wiewohl sie jetzt für den Prinzen gewonnen waren, als Feinde desselben anzusehen fortfuhren und sich nicht für sie rühren mochten. So geschah es, daß die Patrioten und die Freicorps die stärkeren blieben. Sie besetzten das Stadthaus, sie drangen selbst in den großen Saal ein und wichen nicht von der Stelle, bis der Magistrat die Orangisten, ihrer neun an Zahl, aus seiner Mitte entfernt hatte. (Am 21. April 1787.) Zwei Tage darauf erlebte man ein ähnliches Ereigniß in Rotterdam, wo die Orangisten noch stärker waren und bereits eine Remonstration gegen die Staaten in Gang gesetzt hatten. Wir werden versichert, daß es für den Magistrat, welcher dieser Partei angehörte, nur geringer Vorsorge bedurft hätte, um sich zu behaupten. Auch hier aber wurde durch die Freicorps eine Aenderung erzwungen: sieben Mitglieder mußten ausscheiden[1]). Man ernannte dann in der That eine neue Deputation, aber sie fiel im patriotischen Sinne aus. Indem nun diese, wiewohl nicht ohne heftigen Widerspruch und Hader, in den Provinzialstaaten, die sich als die Inhaber der Souveränetät betrachteten, Sitz und Stimme bekamen, so erlangten die Patrioten, die man hatte beschränken wollen, nunmehr ein befestigtes Uebergewicht.

Sehr wahr, daß das Eingreifen der Freicorps, durch die doch alles entschieden worden, auf der andern Seite die Meinung hervorbrachte, daß die Zusammensetzung der Stände eine ungesetzliche und daß man ihnen keinen Gehorsam schuldig sei. Das hatte aber auf diese selbst keine Rückwirkung. Die Stände von Holland verstärkten die militärischen Anstalten an den Confinien ihrer Provinz. Anfang Mai kam es sogar zu einem Zusammentreffen der statthalterischen Truppen, indem sie eine militärisch-bedeutende Position in der Landschaft von Utrecht einnehmen wollten, mit den patriotischen, durch die sie daran gehindert wurden. Die Stände von Holland behaupteten, der Prinz habe durch dies eigenmächtige Vorgehen seine Amtsbefugnisse überschritten und hiedurch das Grundgesetz der Union der vereinigten Staaten factisch aufgelöst. Noch

1) Mémoire sur la révolution de Hollande, par le citoyen Caillard cy-devant chargé d'affaires à la Haye — der Ausdruck der französischen Ansicht, wie wir bei Harris die englische finden, aber doch gewiß sehr einseitig — das beste Stück in Segurs Histoire des principaux évènements du règne de Fréd. Guillaume II. (I, S. 254.)

fehlte es nicht an Widerspruch gegen diese Ansicht und gegen die vermeinte Souveränetät der Provinzialstaaten. Ihre Truppen hatten zugleich den Generalstaaten und der Union geschworen, und unter den Offizieren derselben waren viele doch nicht geneigt, das Verhältniß zur Union dem zur Provinz geradezu aufzuopfern. Die holländischen Staaten trugen kein Bedenken, alle die ihres Dienstes zu entlassen, welche der Provinz den Eid verweigerten. Sie waren zu dem Aeußersten entschlossen, und gaben dem General Ryssel, der ihren Cordon commandirte, den Befehl, sich jeden Augenblick zu einer militärischen Action bereit zu halten.

In dieser Lage wendete sich der Erbstatthalter mit immer dringenderen Gesuchen an den König von Preußen. Denn es leuchte ein, daß bei solchen Vorgängen die Union nicht länger bestehen könne: die holländischen Staaten, ungesetzlich zusammengesetzt wie sie seien, würden die Herrschaft über alle anderen Provinzen erhalten. Er bat um effective Unterstützung.

In Berlin hielt man die Sache noch nicht für so dringend. Soeben näherte sich der französische Geschäftsträger mit ungewohntem Vertrauen dem preußischen Ministerium, und dieses faßte die Hoffnung, mit den bereits entworfenen Artikeln friedlicher Aussöhnung nunmehr durchzudringen [1]).

Ganz anders war der Eindruck, den die Engländer empfingen. Sir James Harris sah in dem Ereigniß eine Gefahr für England selbst: er behauptete, Amsterdam sowie Rotterdam sei nur durch französische Einwirkung revolutionirt worden: nicht allein sei der Rheingraf von Salm mit der von Frankreich unterhaltenen Truppe, die man eine Legion nannte, noch eben zur rechten Zeit dazu eingetroffen: er habe auch bedeutende Summen Geldes mitgebracht und vertheilt. Wenn nun aber Frankreich bei dem zerrütteten Zustande seiner

1) Der Vorschlag auf den Grund einer Depesche von Montmorin war: que si le roi promettoit d'engager le prince à renoncer à toute tentative de révolution, la France promettroit d'arrêter toute entreprise ultérieure des patriotes contre le stadhouderat et de faire redresser les dernières violences commises à Rotterdam et Amsterdam. Der König ging darauf ein; aber nicht der Statthalter. La cour de Nimègue ne fait rien que refuser nos propositions et considérations, sans vouloir rien proposer que la restitution simple du stadhouderat, et vouloir négocier après son retour à la Haye. (Hertzberg an Thulemeyer, 5. Mai 1787.) Thulemeyer schreibt am 15. Mai: J'espère qu'il y aura encore moyen de prévenir l'éclat funeste d'une guerre civile.

Finanzen für diesen Zweck so viel aufwende, so liege dabei eine umfassende Absicht zu Grunde. Es denke sich zum Meister von Holland zu machen, und mit holländischer Hülfe England anzugreifen. Eine sehr entlegene Beziehung spielt in diese Sache herein. Ueber die Artikel des letzten Friedens (14 und 15) waren Streitigkeiten ausgebrochen. Die Franzosen verstärkten ihre Befestigung in Pondichery; sie standen mit Tippo Saheb in Verbindung; sie schienen sich ihres Einflusses auf Holland zur Herstellung ihrer Seemacht und ihrer Autorität in dem entfernten Orient bedienen zu wollen [1]. Noch waren die Verhältnisse von Ostindien nicht entschieden, viel weniger befestigt: man hielt sich überzeugt, daß Frankreich unter der Hand, eben von Holland aus, dort einzugreifen gedenke: die Absicht sei, eine Anzahl deutscher Truppen — eben waren ein paar Tausend Würtemberger angelangt — von Holland aus nach Ostindien zu werfen. Dürfe England dem zusehen, und warten, bis es vollzogen sei? In dem Gefühle der allgemeinen Wichtigkeit dieser Sache begab sich Harris, in der zweiten Hälfte des Mai, nach England, um durch persönliche Vorstellung ein entscheidendes Eingreifen Englands in die holländischen Angelegenheiten auszuwirken. Er ward dabei von der Prinzessin von Oranien unterstützt, welche weit entfernt, auf die Ausgleichungspläne Hertzbergs einzugehen, eine vollständige Herstellung der statthalterischen Gewalt hauptsächlich von England erwartete, und zwar von dessen Einwirkung nicht allein auf Holland, sondern auch auf den Berliner Hof: sie gab dem Gesandten ein sein Vorhaben dringend empfehlendes Anschreiben an den König von England mit. Die Hauptfrage war, wie die leitenden Staatsmänner die Sache ansehen würden. Die alten politischen Freunde von Harris traten seinen Absichten nicht bei: selbst Fox hielt sie für unausführbar. Und sehr zweifelhaft erschien es doch, ob das Ministerium, das zunächst die Behauptung des Friedens zu seinem Zweck gemacht hatte, sich für einen Vorschlag erklären würde, der zuletzt zum Kriege führen konnte.

Aber die Vorstellungen des Gesandten waren so überzeugend und hoben die eigensten englischen Interessen so dringend hervor, daß er sich Gehör verschaffte. Der Lordkanzler Thurlow und mehrere andere Mitglieder des Ministeriums meinten sogar, man müsse sofort deutsche Truppen werben, und ließen eine Landkarte herbeibringen, um die Operationen zu überlegen, die nach

1) Stanhope, Life of Pitt I, 342.

Holland hin vorzunehmen sein würden. Ruhiger und vorsichtiger sprach sich der Mann aus, von dem Alles abhing: William Pitt; aber in der Hauptsache trat auch er nach kurzem Bedenken dem Gesandten bei. Er faßte die Hauptfrage in dem Sinne desselben, wie schon die Worte, die er wählte, zeigen: ob es besser sei, Frankreich in den Schritten, mit denen es den Krieg vorbereite, aufzuhalten, oder zu warten, bis es wieder in den Stand gesetzt sei, den Kampf mit Erfolg zu beginnen. Pitt erklärte, die Erhaltung Hollands als unabhängiger Staat habe einen eminenten Werth für England. Es sei nicht wahrscheinlich, daß das Eingreifen Englands unmittelbar zum Kriege führen werde, aber doch möglich, und schon das mahne zur Vorsicht, denn noch sei England zum Kriege nicht vorbereitet. Wenn er aber früher eine geheime Unterstützung der statthalterischen Partei für rathsam erklärt hatte, so ging er jetzt, wiewohl sehr bedachtsam, einen Schritt weiter. Harris wünschte die Provinz Geldern in den Stand gesetzt zu sehen, die Truppen, die aus dem Dienst von Holland in den ihren treten dürften, zu besolden, wozu eine verhältnißmäßig geringe Geldsumme hinreiche; und darauf nun ging Pitt ein. Denn da die Staaten von Geldern, Utrecht, Seeland für den Prinzen und in Friesland ebenfalls eine Mehrheit für ihn sei, so werde er sich behaupten können, wenn man ihn auf die angegebene Weise unterstütze. Zu diesem Zweck wurden doch nicht mehr als 20000 Pfd. für erforderlich gehalten und bewilligt. Und noch mehr als durch das Geld, mußte die statthalterische Partei durch die Gewißheit, daß England für sie sei, in ihrem Widerstande bestärkt werden [1]).

Der nächste Erfolg, Anfang Juni, nachdem Harris zurückgekommen, war dann, daß die Generalstaaten den Beschluß faßten, den für die Union geleisteten Eid aufrecht zu erhalten, so daß die Offiziere, die von Holland entlassen würden, doch ihre Anstellungen behalten sollten. Die Provinzialstaaten zögerten nicht, entgegengesetzte Beschlüsse zu fassen und die Truppen anzuweisen, keinen Befehl von den Generalstaaten anzunehmen. Aber schon gewann doch das Ansehen der letzteren das Uebergewicht: die Offiziere gingen zahlreich zu den Generalstaaten über. Harris meinte, Alles zu erreichen, wenn die dem Erbstatthalter befreundeten Provinzen sich enge vereinigten und zugleich in den holländischen Staaten eine

1) Minutes of cabinet, 23., 26. Mai, in der Correspondenz von Harris II, 261.

starke Minderheit erhalten bliebe: dann werde die Gesammtheit sich für den Erbstatthalter entscheiden. Dieser selbst und seine Gemahlin waren hierin ganz mit ihm einverstanden.

Auf die Hülfe Preußens durften und wollten sie sich hierbei nicht verlassen. Die englische Regierung hätte es im Juni 1787 nicht einmal gern gesehen. Sie erklärte, daß die Verbindung der Prinzessin mit dem König Friedrich Wilhelm II. in den Briefen der ersteren, die ihr zugekommen waren, zu stark ausgedrückt werde: England seinerseits könne von einer solchen keine Notiz nehmen.

Im Lande selbst stand noch Alles zweifelhaft. Jede Stunde konnten die holländischen und die statthalterischen Truppen handgemein werden. Bei dem Schwanken aller Verhältnisse hatten auch die befreundeten Mitglieder der Generalstaaten doch nicht den Muth zu einem entscheidenden Schritt.

In diesem Augenblick nun faßte die Prinzessin Friderike Wilhelmine von Oranien den Entschluß, persönlich einzugreifen.

Man dürfte nicht sagen, daß sie preußisch, noch weniger, daß sie englisch gesinnt gewesen sei. Sie hatte sich ganz mit der Sache ihres Gemahls identificirt und seiner Partei einen Halt geboten, selbst als er noch hin und her schwankte. Ein Vorschlag, der ihr wohl früher gemacht worden ist, selbst die Zügel im Namen ihres Sohnes zu ergreifen, so daß ihr Gemahl hätte abdanken müssen, hatte doch bei ihr keinen Anklang gefunden. Ihr Ehrgeiz ging dahin, die Rechte der Statthalterschaft zu behaupten, oder vielmehr wiederherzustellen; sie meinte, das selbst ihren Kindern schuldig zu sein. Sie war wahrhaft, zuverlässig, und zugleich unternehmend, voll von Feuer und Entschlossenheit: sie haßte Frankreich und verachtete die Patrioten: der Gedanke, persönlich einzutreten, entsprang ganz in ihr selbst. Von England her ward wohl die Meinung kund gegeben, die Zeit zu einer activen Operation sei gekommen, und Harris hegte die Absicht, an den statthalterischen Hof zu gehen, um da über die gemeinschaftlich zu ergreifenden Maßregeln Verabredung zu treffen, als ohne sein Vorwissen die Prinzessin selbst den Entschluß gefaßt hatte, nach dem Haag zu gehen. Ihre vertrauteste Umgebung erstaunte, als sie denselben eines Abends kund gab. Ihr Gedanke war, daß die Popularität, deren der statthalterische Name und sie selbst genoß, benutzt werden müsse, um eine Entscheidung der Angelegenheiten herbeizuführen, und zwar noch ehe es zum Blutvergießen komme. Einige Einwendungen wurden in ihrer Umgebung erhoben: sie fragte, ob Jemand einen besseren

Plan habe; irgend etwas aber müsse geschehen. Man hatte die Idee, daß der Prinz ihr eine Vollmacht geben solle; er wies das jedoch von der Hand: denn sie sei seine Gemahlin, sie könne nicht sein Gesandter sein: nur zögernd gab er das Unternehmen zu. Noch wurde der Vertraute Carl Gisbert Hogendorp nach dem Haag geschickt, um die dortigen Führer um ihre Meinung zu befragen. Von dem erst erfuhr der englische Gesandte das Vorhaben. Harris fürchtete, die Prinzessin dürfte ihre Feinde zu niedrig anschlagen und von ihren Freunden zu viel erwarten [1]. Aber da die Uebrigen alle dafür waren, so wollte er nicht dagegen sein. Mit diesem Bescheid kehrte Gisbert Hogendorp nach Amersfort zurück, wo sich die Prinzessin befand. Er traf ein, als sie eben in der Kirche war. Beim Heraustreten sagte sie ihm: „ja oder nein"? — er antwortete: „ja, ganz allgemein"; ihr funkelten die Augen bei den Worten. Ohne auf die Besorgniß von Harris Rücksicht zu nehmen, ließ sie nach dem Haag melden, man möge sie Donnerstag Abend im Haus van Bosch erwarten. „Ich fühle", sagt Harris, „einen chevaleresken Anflug in mir, und will sie mit dem größten Eifer unterstützen: wenn sie es dahin bringt, den Hochmögenden, was ihnen Gott versagt zu haben scheint, einzuflößen, so daß sie wie Männer handeln, so will ich sie anbeten wie einen Engel."

Ihre Freunde, ausgenommen Harris, der vielmehr, um sich nicht bloßzugeben, für diesen Abend eine Einladung bei dem französischen Gesandten annahm, sollten sie im Haus van Bosch erwarten; darauf wollte man den Generalstaaten von ihrer Ankunft Nachricht ertheilen. Daß die Bevölkerung sie mit Jubel empfangen würde, ließ sich nicht bezweifeln. Die eifrige geldrische Deputation sollte nachfolgen, um in den Generalstaaten Platz zu nehmen und ihnen einen neuen Impuls zu geben.

Sollten nun aber die Gegner das abwarten? Sollten sie ihr die Reise durch das Land gestatten, das ihr Cordon umfaßte? Wohl wurde diese Schwierigkeit erwogen; man schlug eine Reise zu Wasser vor, welche geheim gehalten werden könne; aber die Prinzessin wollte jeden Schein von Besorgniß vermeiden: und überdies herrschte noch die Meinung vor, einer Prinzessin von Oranien, Schwester des

1) Höchst willkommen für die Kunde der Persönlichkeiten und Ereignisse ist: „Brieven en Gedenkschriften van Gijsbert Karel van Hogendorp, uitgegeven door zijn jongsten zoon," — einem ächten Holländer von altem Schroot und Korn, Friedrich von Hogendorp. 1866.

Königs von Preußen, würde man nichts anhaben wollen, man würde die Reisende ziehen lassen.

Es ist ein Ereigniß von Bedeutung für die Epoche, daß dies dennoch nicht geschah. Am 28. trat die Prinzessin mit einem geringen Gefolge, einer Dame und drei Cavalieren (Bentink, Randwyk und Stamford) ihre Reise von Nymwegen aus an. Anfangs schien sich ihre Erwartung zu erfüllen: die erste Wacht bei Schonhoven öffnete ihre Barriere und erwies der Erbstatthalterin sogar die gewohnte militärische Begrüßung. Anderthalb Stunden darauf aber jenseit Schonhoven änderte sich die Scene. Der wachthabende Hauptmann erklärte, er habe den gemessenen Befehl, Niemanden ohne Wissen des Generals, der in Woerden sei, durchzulassen. Die Vorstellung, daß sich dies auf jeden Andern, aber nicht auf die Erbstatthalterin beziehen könne, fand keine Beachtung. Die Prinzessin, die nicht auf offener Straße halten bleiben konnte, wurde in ein Pachthaus bei Goverwellesluis geleitet, um die Antwort des Generals abzuwarten; doch sah es aus, als ob sie eine Gefangene wäre, die man zu bewachen habe: es war ein Gelärme, sagt Stamford, als hätte eine Räuberbande einen großen Fang gemacht [1]). Die Freicorpisten, denen sie in die Hände gerathen war, gehörten zu den erklärten Gegnern des Hauses Oranien. Der gutmüthige Hauptmann bot der Prinzessin Wein, ihrer Umgebung Pfeifen und Tabak an; aber er hielt es für sein Recht, neben ihr Platz zu nehmen: sie war blaß und erschüttert. Am Abend erschien dann eine Commission von Woerden, um sie über die Absicht ihrer Reise zu befragen: sie antwortete, es sei ein letzter Versuch, den Bürgerkrieg zu vermeiden und die Ruhe herzustellen: — die Weiterreise wurde ihr verwehrt.

Die Prinzessin hätte gewünscht, die Nacht in dem nahen Gouda zuzubringen: auch das aber fand die Commission nicht rathsam, weil es die Bevölkerung der Stadt, die gut oranisch gesinnt war, in Bewegung gesetzt haben würde. Es war kein Mittel: sie mußte nach Schonhoven zurückgehen, wo man die Thore schloß und ihre Wohnung mit Wachtposten umstellte: es ward verboten, ihr Pferde zu geben.

1) Reis der Prinses van Oranje van Nijmegen naar 's Gravenhage, door den General van Stamford beschreven — bei Hogendorp, Brieven en Gedenkschriften II, 119.

Man kann denken, welche Aufregung es hervorbrachte, als im Haag, wo man sie erwartete, ihre Zurückweisung bekannt wurde. Die Autoritäten der Provinz waren entfernt davon, einen Gegenbefehl zu erlassen: denn wie leicht, daß die Ankunft der Prinzessin die Bevölkerung zu ihren Gunsten anrege. In der That hatten ihre Freunde einen Augenblick den Gedanken, im Haag eine Volkserhebung zu veranlassen; aber der Ort war militärisch zu gut besetzt, als daß man sich Erfolg davon hätte versprechen dürfen.

Eher hielt man für möglich, die Generalstaaten, an die sich die Prinzessin unmittelbar nach ihrer Ankunft in Schonhoven gewendet hatte, zu einem eingreifenden Schritt zu vermögen. Allein sie waren viel zu furchtsam dazu und nur unvollständig unterrichtet.

Auch an den Pensionarius der holländischen Staaten hatte die Prinzessin geschrieben und ihm die Erwartung ausgedrückt, sie würden das Vorgefallene mißbilligen und jedes Hinderniß ihrer Reise nach dem Haag beseitigen; aber das war keineswegs die Ansicht dieser Versammlung. Die Ritterschaft trug allerdings darauf an, sie durch eine Deputation zur Fortsetzung ihrer Reise einzuladen: aber die Mehrheit der Provinzialstaaten billigte vielmehr die Schritte der Commission. Der Pensionarius antwortete ihr, man könne über die Sache selbst nicht sofort einig werden und werde darüber bei den einzelnen Ständen sich Raths erholen.

Es war noch für ein Glück zu halten, daß man sie ungehindert nach Nymwegen zurückreisen ließ, was sie am 30. des Morgens that, und zwar auf den Rath des englischen Gesandten, damit sie nicht etwa der Salm'schen Legion in die Hände fallen oder sonst ein schweres Unglück erleben möchte.

Harris gab ein tiefes Mißvergnügen kund: denn man habe damit den in den Generalstaaten gewonnenen Boden verloren, — und überdies, wie wenig Sympathie sei ihr von der Partei bewiesen worden, die sie zu ihren Anhängern rechne. Die andere Partei habe der Königin Schach geboten: noch ein Zug, so sei sie Matt.

Man hat wohl gemeint, bei dem Unternehmen sei es darauf abgesehen gewesen, da man das Mißlingen desselben vorausgesehen habe, den König von Preußen zu entschiedener Parteinahme für seine Schwester zu bewegen. Von einer bewußten Absicht dieser Art findet sich keine Spur: daß es jedoch der Erfolg sein mußte, liegt am Tage.

„Schach der Königin!" antwortete der Minister Caermarthen dem Gesandten: „ein Ritter kann sie decken. So sehr ich die Unannehmlichkeit bedauere, die der hochherzigen Prinzessin zugestoßen ist, so kann sie doch zu etwas Gutem führen. Wenn ihr Bruder, der König von Preußen, nicht ein Elender ist, so muß er sie rächen, koste es ihm was es wolle."

Siebzehntes Capitel.

Feldzug in Holland.

Dem König Friedrich Wilhelm II. hatte seine Schwester von ihrem Vorhaben unmittelbar vorher, am 27. Juni, Nachricht gegeben; nicht etwa weil sie ihn für einverstanden hielt oder um ein solches Einverständniß zu erzielen, sondern nur, um ihn in Kenntniß zu setzen. „Die Umstände lassen mich hoffen", sagt sie, „daß meine Anwesenheit in dem Haag einigen Nutzen stiften werde: morgen um 5 reise ich ab." Der König billigte das eigentlich nicht; er meinte, seine Schwester werde im Haag in Verhältnisse gerathen, denen sie nicht gewachsen sei. Davon aber kam ihm so wenig wie ihr selbst ein Gedanke, daß sie auf dem Wege aufgehalten und mit offener Gewalt, ihre Reise auszuführen, verhindert werden könne: denn darin läge ein Insult gegen die Schwester des Königs von Preußen, zu dem ihre Gegner doch nicht vorschreiten würden. Daß das nun dennoch geschehen war, empfand der König als eine Beleidigung seiner eigenen Person, und war auf der Stelle entschlossen, es nicht ungeahndet zu lassen. Unter den Bericht, den ihm sein Gesandter von dem Vorfall gab, schreibt er mit den großen etwas schwerfälligen Schriftzügen mit Blei, die ihm eigen sind: er werde dafür eine glänzende Genugthuung von der Republik verlangen.

Damit war nun noch nicht gesagt, daß er seine allgemeine Politik wegen dieses Vorfalls zu ändern gedenke. Noch immer bildete die Aussöhnung der Parteien den vornehmsten Gegenstand seiner Unterhandlungen: er wünschte an der Mediation Theil zu nehmen, um welche die holländischen Stände den französischen Hof ersucht hatten. Dabei beharrte er auch fortan; aber jetzt verband er damit die Forderung der Satisfaction, welche vor Allem darin bestehen müsse, daß man seine Schwester einlade, sich nach dem Haag

zu begeben[1]). Und zugleich ließ er in dem benachbarten Cleve Truppen zusammenziehen und militärische Veranstaltungen treffen. Als der französische Gesandte den preußischen fragte, zu welchem Zweck dies geschehe, antwortete dieser: einmal um die Genugthuung auszuwirken, und sodann um die beabsichtigte Mediation der Höfe von Berlin und Versailles zu unterstützen. Ein neuer französischer Gesandter, des Namens Bourgoing, der soeben angekommen war, so daß man voraussetzte, er werde die Absichten seines Hofes genau kennen, schloß sich diesem Verlangen an. Er erklärte, die Prinzessin solle nach dem Haag zurückkommen; nur müsse man gegen allzu feurige Demonstration zu ihren Gunsten Vorkehrung treffen.

So viel Einfluß hatten jedoch die vereinigten Bemühungen der beiden Gesandten in Holland nicht, um dies auszuwirken. Die bewaffneten Bürgerschaften der patriotischen Partei hätten es nicht dazu kommen lassen, selbst wenn die Stände eingewilligt hätten. Ihre Kundgebungen gegen diese sind so stark, daß die Engländer meinen, niemals habe sich eine Civilinstanz von der bewaffneten Menge so viel bieten lassen, wie die Provinzialstände von den Freicorpisten. Der König empfing Antworten, die ihm nimmermehr genügen konnten. In Amsterdam machte man einen Unterschied zwischen der Prinzessin, Schwester des Königs von Preußen, und der Prinzessin, Gemahlin des Erbstatthalters: nur von der letzteren Qualität derselben könne hier die Rede sein; die Absicht, den König zu beleidigen, habe man niemals gehabt[2]). Ob wohl König Friedrich sich eine solche Unterscheidung würde haben gefallen lassen? Friedrich Wilhelm II., der noch keinen Namen besaß und für schwach und unentschlossen galt, den die ganze Welt in seiner Schwester für beleidigt hielt, und dessen eigenste Empfindung das war, wollte es nicht, und konnte es vielleicht auch nicht: man sieht es aus jener Aeußerung des englischen Ministers.

Aber die Frage hatte auch er zu erwägen, wie weit er seinen Gefühlen Raum geben dürfe, da er darüber mit Frankreich in

1) Schreiben des Königs vom 9. Juli an Thulemeyer: Il me faudra une satisfaction, et si les Etats d'Hollande la refusent ou cherchent de l'éluder par de belles phrases, il sera nécessaire d'y insister fortement et de venir à des démonstrations sérieuses pour les mettre à la raison. La meilleure satisfaction pour ma soeur serait, si on pourrait porter les Etats d'Hollande à l'inviter de se rendre à la Haye.

2) So meldet Thulemeyer, 7. Sept. 1787.

offenen Hader zu gerathen besorgen mußte. Er meinte das noch vermeiden zu können. Indem er Genugthuung für seine Schwester forderte, war er noch immer geneigt, Beschränkungen der statthalterischen Macht, wofern dieselbe nur in ihrem Wesen erhalten werde, nachzugeben. Aber was diplomatische Logik scheiden konnte, vermischte sich doch in den popularen Bewegungen. Unaufhörlich griffen die Freicorps um sich: sie nahmen damals Franeker in Besitz: die Parteien stießen so heftig auf einander, daß eine Sonderung des persönlichen und des constitutionellen Momentes weder auf der einen noch auf der andern Seite durchzuführen gewesen wäre. Auch die Prinzessin wünschte die Satisfaction, die der König ihr zusagte, mit der Herstellung ihres Gemahls in seine volle Macht zu verbinden. Wenn aber diese Momente zusammenfielen, so war eine Entzweiung zwischen Frankreich, das zu den Patrioten hielt, und Preußen, das die Sache der Prinzessin führte, unvermeidlich. Schon erlebte man, im Gegensatz mit den in Cleve angeordneten militärischen Veranstaltungen, daß unfern der Grenze bei Givet französische Truppen zusammengezogen wurden. Friedrich Wilhelm II. mußte die Wahrscheinlichkeit eines Conflicts mit Frankreich, den sein Vorgänger so sorgfältig vermieden hatte, ins Auge fassen. Sein kriegskundiger Oheim, Prinz Heinrich, der alten Politik getreu und an sich den Franzosen geneigt, sprach sich unter allen Umständen dagegen aus. Andere aber hielten das nicht allein für möglich und thunlich, sondern sogar für rathsam.

Schon in seinem ersten Memoire hatte Hertzberg, die allgemeinen Verhältnisse erwägend, die Meinung geäußert, man dürfe Holland nicht unter den französischen Einfluß gerathen lassen, und das zweite mit einer Warnung gegen diese Eventualität geschlossen; es ist eben unter der Einwirkung der holländischen Irrungen abgefaßt worden. Auch andere Gutachten dieser Ansicht liegen vor, die in den maßgebenden Kreisen verbreitet und erwogen wurden. Das Bemerkenswertheste in denselben dürfte sein, daß der Antagonismus gegen Oesterreich auch hier eine Rolle spielte.

Nicht als ob man den Kaiser Joseph, wiewohl sein Gesandter im Haag viel mit den Patrioten umging, einer besondern Theilnahme für dieselben, die ihm fern lag, hätte zeihen können. Der vornehmste Gesichtspunkt war ein ganz allgemeiner. Man erinnerte, daß die Allianz von Versailles, welche dem Kaiser zu seinem besten Rückhalt diene, noch bestehe; auch von den mit der österreichischen Politik nicht einverstandenen französischen Ministern vernehme man,

daß dieser Tractat nicht zurückgenommen werden könne. Wenn man zulasse, daß Frankreich durch Herabwürdigung des Statthalters sich der leitenden Autorität in Holland bemächtige, so werde das auch dem Kaiser zu Gute kommen, der ohnehin durch die inneren Reformen, die er vornehme, und durch seine Sparsamkeit einen Zuwachs an Macht gewinne, welcher ihn demnächst für Preußen höchst gefährlich machen werde.

Indessen war noch kein Entschluß gefaßt; was auch im diplomatischen Verkehr vorübergehend geäußert worden sein mag, zu einer Verständigung mit England war es noch nicht gekommen. In Berlin meinte man vielmehr, der leitende Minister William Pitt sei nicht dafür: Harris sagt sogar einmal, England könne jetzt wählen zwischen Oesterreich und Preußen. Und da der König geäußert hatte, er wolle sich nicht wider seinen Willen in Krieg verwickeln lassen, so fürchtete der statthalterische Hof in Nymwegen jeden Augenblick, die in Cleve vereinigten Truppen würden wieder zurückgezogen werden.

Da langten nun aber von der englischen Regierung die entschiedensten Anträge an. Die Motive zu denselben sind so umfassend, und ihre Erfolge so weittragend, daß wir sie auch in einer vorzugsweise deutschen Geschichte, die ja von der allgemeinen nicht zu scheiden ist, erörtern müssen.

Die Hauptsache ist: die englische Nation hatte mit dem ihr inne wohnenden Gesammtgefühl ihrer großen Interessen Partei für die Aufrechthaltung des Stadhouderats genommen [1]; William Pitt konnte es nicht darauf ankommen lassen, daß sich die Opposition dieser Stimmung bemächtigte. Doch ging auch seine eigene politische Ueberzeugung dahin.

Denn überaus hoch schlug er es an, wenn es den Franzosen gelingen sollte, bei den holländischen Unruhen, in denen sie den Patrioten leicht den Sieg verschaffen könnten, durch das Uebergewicht derselben zu einem leitenden Einfluß in der Republik zu gelangen. Sie würden dann, wie überhaupt, so durch die überseeischen, namentlich die ostindischen Besitzungen derselben ihre maritime Macht wesentlich verstärken.

Diese Rücksicht auf Indien bildete, wie bei Harris, so auch bei

1) Hogendorp in dem Aufsatz: de la part des trois puissances aux affaires de la république: Brieven II, 138. „Il n'y avoit qu'un cri en Angleterre en notre faveur."

William Pitt eines der wichtigsten Momente für seine Entschlüsse. Er gab dem Gouverneur von Indien, Lord Cornwallis, den Auftrag, sich Trinconomale's und des Caps der guten Hoffnung zu bemächtigen, wenn es zum Kriege komme.

Und auf der andern Seite bemerkte Jedermann die zunehmende Schwäche von Frankreich. Die Folge der ersten Versammlung der Notabeln lag eben darin, daß die finanzielle Verwirrung dieses Staates, und seine Unfähigkeit, auf gewohntem Weg derselben ein Ende zu machen, offen zu Tage kam. Die französische Regierung gab zwar den Wunsch zu erkennen, die Irrungen der Republik durch gemeinschaftliche Vermittelung beizulegen: aber bei den nähern Erörterungen stellte sich doch heraus, daß sie noch immer die Absicht hegte, die Autorität des Statthalters wesentlich zu schmälern, was man in England nun einmal schlechterdings nicht zugeben wollte. Die Versuche der Annäherung veranlaßten vielmehr größere Entfremdung und riefen die alte Eifersucht wach. England ließ seine Flotte im Canal kreuzen, auch in den französischen Häfen rüstete man; die gegenseitige Gereiztheit hatte einen hohen Grad erreicht.

Indem William Pitt die Gefahr eines Bruches, die hieraus hervorgehe, obgleich derselbe sich vielleicht noch vermeiden lasse, erörtert, gedenkt er auch des Königs von Preußen, der, nachdem er Anfangs dem Statthalter geneigt geschienen, dann aber unter französischem Einfluß geschwankt habe, jetzt in Folge der seiner Schwester widerfahrenen Beleidigung entschiedener auftrete; noch giebt er jedoch mehr die Hoffnung kund, ihn zu gewinnen, als daß er davon überzeugt wäre [1]).

Einige Zeit vorher hatte Harris in seinem persönlichen und nationalen Selbstgefühl vernehmen lassen, England werde für eine Verbindung mit Preußen wenigstens nicht den ersten Schritt thun. Das geschah nun doch: der englische Hof ließ dem König von Preußen seine Beistimmung, wenn er auf Genugthuung dringe, aussprechen; er bezeichnete den Vorfall von Schonhoven als ein gegen den König selbst in der Person seiner Schwester vollzogenes Attentat [2]). Mit dem persönlichen Motiv verknüpfte er den poli-

1) Right honourable Will. Pitt to Earl Cornwallis. 2. Aug. 1787. In der Correspondence of Cornwallis I, 321.

2) l'attentat atroce commis contre V. M. dans la personne de Madame sa soeur.

tischen Antrag, für die Herstellung des Statthalters in seine constitutionellen Rechte zusammenzuwirken [1]).

In Berlin gerieth man darüber in nicht geringe Verlegenheit. Denn der König wünschte in den allgemeinen Verwickelungen freie Hand zu behalten [2]); die Minister, die noch immer an Mediation dachten, theilten die mit Frankreich gepflogenen Unterhandlungen an England, so wie die englische Eröffnung an den Hof von Versailles mit.

Aber es zeigte sich, daß damit in England nichts mehr zu erreichen war: denn Frankreich trachte nur darnach, Zeit zu gewinnen, was man ihm nicht gestatten könne. In Preußen fühlte man, daß man zwischen den Sympathien für Frankreich oder für England wählen müsse, was dann — wer könnte sich darüber wundern — Bedenklichkeiten erregte. Der statthalterische Hof ließ nichts unversucht, um die Zögerungen des preußischen Ministeriums zu beseitigen und die letzten Scrupel des Königs zu heben. Das Ministerium suchte er zu überzeugen, daß es nimmermehr zu erreichen sei, wie Frankreich beabsichtige, die constitutionelle Frage durch Discussion zu entscheiden. Die Prinzessin wendete sich an Hertzberg, um ihn zu erinnern, welch ein Verdienst er sich erwerbe, wenn hauptsächlich durch ihn ein engeres Verhältniß zwischen England und Preußen angebahnt werde [3]). In Bezug auf den König machte sie geltend, daß der deutsche Fürstenbund, der demselben vor allem Andern am Herzen liege, durch die nähere Vereinigung mit England gewinnen müsse. Sie hat die englischen Minister aufgefordert, von diesem Beweggrund möglichsten Gebrauch zu machen und sogar mit der Auflösung des Bundes — denn das Verhalten von Hannover wurde von England aus dictirt — zu drohen, wenn sich Preußen weigern sollte, zu Gunsten des Erbstatthalters mitzuwirken. Ich finde nicht, daß diese Drohung geäußert worden sei; wahrscheinlich bedurfte es ihrer nicht: denn daß das Verhältniß zu England auf die deutsche Union zurückwirken würde, lag auf der Hand.

1) Das Versprechen lautet: d'assister V. M. de tout ce qui sera nécessaire pour procurer à Mme la princesse une satisfaction suffisante et pour rétablir le stadhouderat dans un état constitutionel.

2) Eigenhändiger Bescheid für Finckenstein: Le point le plus essentiel pour moi c'est de garder les mains libres et d'éviter d'être entrainé à des démarches qui me compromettent.

3) le mérite d'avoir rétabli par lui-meme les relations plus étroites entre les cours de Berlin et de Londres.

Der Druck der allgemeinen Lage, die dynastischen Beziehungen, welche eine Art von Ehrenpunkt in sich schlossen, die brüderlichen Gefühle, die deutschen Verhältnisse bewogen Friedrich Wilhelm II., sich zu Gunsten Englands zu entscheiden. Ein Schritt von größter Tragweite, durch welchen die Linie der Politik, die sein großer Vorgänger innegehalten hatte, verlassen und eine abweichende Richtung eingeschlagen wurde. Der König beschloß, in den holländischen Angelegenheiten ohne weitere Rücksprache mit Frankreich zu Werke zu gehen, und nun auch seinerseits mit der Satisfaction für seine Schwester die Forderung der Herstellung der statthalterischen Rechte in Verbindung zu bringen. Wenn ihm England seine Unterstützung bei der Satisfaction versprach, so trug er kein Bedenken, sich seinerseits der englischen Ansicht in Bezug auf das Stadhouderat anzuschließen. Gegen Ende August erklärt sich Pitt überzeugt, daß der König zu einer vollen Herstellung der statthalterischen Rechte mitwirken wolle; wogegen er dem König auch für alle Folgen, welche aus seinem Entschluß entspringen könnten, die Unterstützung Englands zusagt [1]).

War aber der Entschluß gefaßt, so ward er auch auf das rascheste ins Werk gesetzt.

Der natürliche Vermittler der Beziehungen des welfischen Hauses zu dem brandenburgischen, Herzog Carl Wilhelm Ferdinand von Braunschweig, der zur Ausführung der militärischen Maßregeln bestimmt war, traf im Anfang des September mit der Prinzessin von Oranien in Cleve zusammen [2]).

Noch einmal war den Provinzialstaaten von Holland die Forderung der Satisfaction vorgelegt worden: eine genügende Erklärung von ihrer Seite hätte noch Alles aufhalten und zweifelhaft machen können. Aber sie hatten von der Combination, die sie bedrohte, doch keinen deutlichen Begriff. Sie entschuldigten das Vorgefallene mit der Nothwendigkeit, inmitten einer allgemeinen Volksgährung eine Explosion derselben durch die Zurückweisung der Prinzessin zu verhindern [3]). Wohl erklärten sie sich bereit, die Prinzessin zur

1) Der König an Thulemeyer: la cour d'Angleterre m'a fait assurer de la manière la plus positive, qu'elle étoit prête d'agir dans un parfait concert avec moi pour le maintien de la constitution et de l'indépendance de la république de Hollande, ainsi que pour la satisfaction à procurer à la princesse d'Orange.

2) Diary of Malmesbury II, 298.

3) ne pouvant répondre de la fermentation d'une populace égarée.

Rückkehr nach dem Haag einzuladen; aber erst dann, fügten sie hinzu, wenn die öffentliche Ordnung eine solche Reise zulasse[1]); eine Erklärung, die, wie man sieht, in höflicher Form abschläglich war. Die Resolution war am 8. September gefaßt und wurde am 9. dem preußischen Geschäftsträger überreicht. Schon aber hatte dieser eine Weisung bekommen, die ihn nöthigte, den Unterhandlungen auf eine sehr unerwartete Art ein Ziel zu setzen. Soeben war bei ihm eine Ordre eingegangen, nach der die holländischen Stände aufgefordert werden sollten, sich über die Annahme der preußischen Propositionen definitiv zu erklären und zwar binnen vier Tagen. Wir erfahren, daß die Ordre ohne eine Bezeichnung der Zahl der Tage, welche die zur Annahme oder Ablehnung der preußischen Forderungen gestattete Frist ausmachen sollten, abgegangen war. In Cleve hatte man geschwankt, wie viel Tage man dafür festsetzen solle: die Prinzessin hatte auf der kürzeren Frist bestanden. Auf diese Eröffnung antwortete der Pensionar der Stände mit der Frage, ob der Herzog von Braunschweig nach Ablauf der vier Tage in Holland einrücken werde: der Gesandte erwiederte, er zweifle nicht daran: hierauf gab der Pensionarius zu erkennen, daß diese Drohung in den Beschlüssen der Stände keine Aenderung hervorbringen werde. Und so geschah es denn auch. An dem vierten Tage, dem 12. Oct., erklärten die Stände, daß sie eine Gesandtschaft nach Berlin schicken würden, um den König von dem Vorgefallenen und von ihrer Lage genaueren Bericht, als er erlangt haben werde, erstatten zu lassen. Sie glaubten wohl selbst nicht, daß diese Erklärung die preußischen Waffen aufhalten würde: aber sie erwarteten noch, daß Frankreich, wie denn der letzte Gesandte bei seiner Abreise bestimmte Aussicht dazu gemacht haben soll, ihnen zu Hülfe kommen werde. Einige ihrer vornehmsten Führer eilten persönlich nach Paris: ihr Antrag war, daß der König von Frankreich an Stelle der Mediation unverzögerte Hülfsleistung eintreten lassen möge.

Da schien es denn doch, als die Preußen nun am 13. die holländische Grenze überschritten, als ob es sofort zu Feindseligkeiten zwischen Preußen und Frankreich kommen würde. Noch in diesem Augenblick erklärte sich der französische Minister Montmorin mit Entschiedenheit im Sinne der holländischen Patrioten; er billigte die

1) dèsque la tranquillité publique permettra de l'entreprendre. — Extrait du registre des résolutions etc.

auf die preußischen Noten gegebenen Antworten, und sprach unumwunden aus, wenn Preußen seinen feindseligen Demonstrationen weitere Folge gebe, dann sei Frankreich in der Nothwendigkeit, in seiner Qualität als Verbündeter der Republik, der Provinz Holland den Beistand zu leisten, den ihre gefährdete Lage erheische [1]): Frankreich dürfe nicht unthätig bleiben: es werde diese Provinz weder dem König von Preußen auf Gnade und Ungnade überlassen, noch auch den Waffen dieser Macht Einfluß auf die innere Einrichtung Hollands gestatten. Die Forderungen, welche Preußen und England vereinigt in Versailles aufgestellt hatten, lehnte Montmorin ab: vor Allem die Entwaffnung der Freicorps. Er behauptete vielmehr die Rechtmäßigkeit der in Holland geschehenen Magistratsveränderungen und hielt fest an dem Rechte, französische Truppen in Holland einzuführen. Er meinte sogar, der ganzen Sache werde am besten durch die Abdankung des Statthalters zu Gunsten des Erbprinzen abgeholfen werden. So lautet seine confidentielle Note vom 4. September; am 13. unter dem Eindruck des dringenden Ansuchens der holländischen Stände wiederholte er unzweideutig, daß Frankreich Holland unterstützen müsse, wenn die Preußen einrücken sollten.

Da dies nun doch geschah, was hat die Franzosen abgehalten, ihrer Erklärung Folge zu geben? Gewiß, ihre Finanzen waren in Verwirrung, ihre inneren Angelegenheiten überhaupt in tiefer Gährung. Aber sie verfügten doch über ein sehr stattliches Heer, das auch noch bezahlt wurde, und eine Reflexion war gemacht worden, die einen Schein von Wahrheit hat, daß nämlich ein äußerer Krieg die innere Lage verbessern könne. Hätten sie es mit Preußen allein zu thun gehabt, so würden sie sich wahrscheinlich dazu entschlossen haben. Allein in diesem Augenblick wurden sie inne, daß sie zugleich mit England zu kämpfen haben würden. Eines der wichtigsten Schreiben William Pitt's ist das, welches er am 14. Sept. an den englischen Gesandten in Frankreich, Mr. Eden, erließ. „Die Sachen", sagt er, „nähern sich einer Krisis: ich muß mich darüber einfach erklären. Wenn der französische Hof sich entschließt, auf die

1) Le comte de Montmorin à M. Barthélemy, le 13. Septbr. 1787. Journal and corresp. of Lord Auckland, I, 523. Ce devoir (das der Allianz) oblige S. M., si le roi de Prusse donne suite à ses demonstrations hostiles, d'accorder à la province de Hollande toute l'assistance que sa position vraiment alarmante exige.

Absicht einer Vergrößerung seines Einflusses in den vereinigten Provinzen durch die Veränderung der Constitution derselben Verzicht zu leisten und uns den Vortheil gönnt, den wir von der Erhaltung der dortigen Macht in den Händen, in denen sie bisher war, ziehen können, so werden wir uns leicht verständigen. Aber dies können wir nicht aufgeben, vor Allem nicht die militärische Gewalt des Statthalters, noch auch, bevor er wiederhergestellt ist, eine Veränderung der Reglements. Die Autorität, welche ihm die Ernennung zu Aemtern und Stellen verleiht, sein ganzes altes Gewicht in den Generalstaaten und den Staaten von Holland muß ihm verbleiben. Will Frankreich diese Grundsätze nicht annehmen, so muß die Frage durch Krieg entschieden werden. Ich kenne den vollen Werth des Friedens für England: aber um deswillen können wir nicht zulassen, daß Frankreich seine Absicht in Holland erreiche: Frankreich muß seinen vorherrschenden Einfluß in der Republik aufgeben, oder aber es muß dafür schlagen.“ Und zugleich drang der Minister auf unverzügliche Entscheidung. Denn die Verzögerung würde Frankreich zu einem Vortheil gereichen, den man ihm schlechterdings nicht lassen könne. Am 19. September wiederholte William Pitt diese Erklärung. In den Formen, sagt er, können wir uns nachgiebig erweisen: in der Sache selbst müssen wir uns auf unserem Grund und Boden behaupten.

Auf ein so entschiedenes Vorgehen war Frankreich nicht gefaßt. Der Unterstützung des Prinzen von Oranien durch preußische Hülfe wollte es eine Unterstützung der Patrioten durch französische entgegensetzen. Aber einen Krieg mit England, der ein Kampf auf Leben und Tod werden mußte, wie er jetzt in Aussicht trat, den wollte man nicht bestehen [1]. Die revolutionären Zeiten haben dazu gehört, um einen solchen Entschluß hervorzurufen: damals lag er außerhalb der Möglichkeit der Dinge.

Und in Holland war indessen Alles bereits entschieden. Am 13. früh, noch ehe die Antwort der Stände eingetroffen, aber nachdem die bestimmte Frist verstrichen war, setzte sich die Knobelsdorf'sche Division von Zyfflich in Bewegung und überschritt auf der großen Straße nach Nymwegen die holländische Grenze. Man

1) Bei der Frage über die Formation des Lagers von Givet ist die Hauptsache entschieden worden. Montmorin hat später behauptet, daß er dafür gewesen sei, auch nachdem sich England dagegen erklärt hatte, allein er sei überstimmt worden. (Journal of Lord Auckland I, 269.)

wollte auch nicht einen Tag länger zögern, weil man den Erfolg der vorbereiteten Ueberschwemmungen befürchtete. Fürs erste hatte man davon noch nichts zu besorgen: der August war sehr trocken gewesen: das Wasser war allenthalben seicht und ward durch einen anhaltenden Ostwind noch seichter: es war Neumond, in welcher Zeit die Fluth weniger wirksam zu sein pflegt. Der Herzog empfing erst in Nymwegen, wo er bei dem erbstatthalterischen Hof freudig empfangen wurde, die ausweichende Antwort der Stände, zugleich mit der Nachricht, daß man sich beeifere, die Dämme allenthalben zu durchstechen. Bei einem Versuch dieser Art stieß ein preußischer Rittmeister mit einem feindlichen Trupp zusammen, der nicht Stand hielt: die bei der Arbeit beschäftigten Bauern liefen auseinander. Indessen hatten sich auch zwei andere Colonnen in Bewegung gesetzt und rückten ohne Widerstand vor.

Die Stände, die sich eifrig gerüstet und mit allem Nöthigen versehen hatten, meinten ihre Defension auf die Grenzen von Holland und den alten Cordon zu beschränken. Sie rechneten dabei besonders auf Utrecht, das in der Mitte der Linie, zur Vertheidigung in Stand gesetzt, den Cordon nach rechts und links hin verstärken konnte. Utrecht nun war jenem Rheingrafen von Salm und seiner Legion, auf die man sich unbedingt verließ, anvertraut worden. Der Rheingraf aber war nicht der Meinung, daß es sich behaupten lasse: schon einige Tage vorher hatte er der Defensions-Commission angezeigt, daß das unmöglich sein werde. Daß die Preußen eine Richtung auf Gorkum nahmen, scheint ihn noch besonders erschreckt zu haben. Ueberhaupt war er nicht der Mann dazu, um die Vertheidigung eines Landes mit Nachdruck zu führen. Friedrich von Salm-Kyrburg gehörte zu den Deutschen von hoher Herkunft, denen erst wohl wurde, wenn sie sich aus ihrer Heimath, in der es ihnen zu enge war, in die Bewegung der französischen Hauptstadt gestürzt hatten. Er baute sich dort ein Hotel, und gewann auch eine gewisse Anerkennung in der Gesellschaft, ohne jedoch von ihr als ein geistig Gleicher anerkannt zu werden. Es geschah in Verbindung mit Calonne, daß er sich in die holländischen Unruhen warf: seine Stellung als kleiner Dynast hinderte ihn nicht, für die Patrioten Partei zu nehmen: als Führer einer ansehnlichen Freischaar, geschickt und beredt, von angenehmer Geselligkeit für Große und Geringe, wußte er sich bei den Einen und bei den Andern geltend

zu machen, ihr Vertrauen zu gewinnen [1]). Dabei gelangte er zu höheren militärischen Stufen und zu einer politischen Thätigkeit in dem wichtigsten Geschäft, das damals vorlag. Er eignete sich den französischen Gesichtspunkt an, welcher dahin ging, den Statthalter auf ein geringeres Maß von Macht zu beschränken, und ihn zugleich von seiner Umgebung zu trennen, so daß er dem französischen Einfluß nicht mehr widerstreben werde. Er hat einmal dem erbstatthalterischen Hofe Vorschläge in diesem Sinne gemacht, mit der Versicherung, daß sich alsdann die Patrioten ihm zu Füßen werfen würden [2]): wolle sich der Prinz der Aristokraten entschlagen, so werde er alle Demagogen für sich haben, und durch diese wiederhergestellt werden [3]); — gleich als wäre es denkbar gewesen, daß der Prinz seine Partei, die zugleich die englische war, verlassen und zu der entgegengesetzten, welche immer die französische blieb, hätte übertreten können. Für sich selbst würde Salm mit einer ansehnlichen Geldentschädigung und einem hohen Rang in der preußischen Armee zufrieden gewesen sein. Die Prinzessin sah es unter allen Umständen nicht gern, daß man mit ihm verhandelte: würde er vollends nach Berlin kommen, sagte sie, so würde er gegen sie wirken. Auf der andern Seite hat der Graf den Patrioten den Antrag gemacht, ihn zum Generalissimus zu ernennen; denn nur ungern fügte er sich den Anordnungen der Commission, die er nicht selten mißbilligte: aber wie hätten ihm die republikanischen Magistrate eine so ungeheure Gewalt, im Widerspruch mit ihrer eignen, anvertrauen sollen? Mit den Entwürfen eines lebhaften, nach den verschiedenen Seiten hin ausgreifenden Ehrgeizes beschäftigt, und noch der Meinung, daß die Preußen nicht sobald vordringen würden, was man ihm vor Kurzem von Versailles her versichert hatte, wurde er nun durch den doch wirklich erfolgten Einmarsch überrascht und außer Fassung gebracht. Sollte er Utrecht, das nicht einmal ver=

1) Caillard bei Segur (I, 349): Général au service de la ville d'Utrecht, simple colonel au service de la province de Hollande, il eut l'art de déterminer le ministre de France à lui conférer le grade de maréchal des camps et armées du roi.

2) Voorwaarden vroeger door den Rhijngraaf gesteld. 15. Nov. 1786. Hogendorp Brieven II, 220.

3) Nach den Mittheilungen der Prinzessin: qu'il proposait à condition que le prince abandonnât les aristocrates, de lui mener les démagogues qui le retabliroient dans tous ses droits.

proviantirt war, in der sichern Voraussicht, es nicht behaupten zu können, zu vertheidigen unternehmen? Er würde weder für seine Sicherheit gesorgt, noch seinen abenteuernden Gelüsten genügt haben. In einem großen Kriegsrath setzte er die Ansicht durch, daß Utrecht nicht vertheidigt werden könne; die Räumung des Platzes ward in aller Form beschlossen [1]). Hierauf ließ der Rheingraf die in ansehnlicher Zahl vorhandenen Geschütze vernageln, und führte seine Truppen gegen Amsterdam hin ab. Ob er meinte, da alle Inundationsversuche in der Nähe mißlangen, daß nur Amsterdam, wo dies Vertheidigungsmittel mit Erfolg in Ausführung gebracht werden konnte, sich werde behaupten lassen? Allein sich nun hier in die Stadt einzuschließen und Leib an Leib zu schlagen, war er nicht gemeint. Wir finden ihn noch einmal in der Nähe von Amsterdam: als es dort Ernst wurde, verschwindet er auch da: er kehrte in sein Hotel in Paris zurück.

Daß nun aber auf diese Weise Utrecht aufgegeben wurde, machte das ganze Defensionsproject unausführbar. Am 15. des Morgens verließ der Rheingraf die Stadt: hierauf bekam die oranische Partei in derselben die Oberhand: noch an dem nämlichen Tage zog der Erbstatthalter, der im höchsten Grade erstaunt war, als er davon hörte, in Utrecht ein. In welche Bestürzung aber mußten die im Haag dominirenden Patrioten bei dieser Nachricht gerathen; es leuchtete ein, daß sie sich nicht einen Augenblick würden halten können. Ihr erster Gedanke war, die Versammlung der Stände nach Amsterdam zu verlegen: aber man hegte Zweifel, ob die Constitution das erlaube. Und da zugleich die im Haag garnisonirenden Truppen weggezogen werden sollten, um anderweit verwandt zu werden, so widersetzten sich dem die fremden Gesandtschaften, weil der Abzug der Truppen den Freicorps, die sich schon sehr unbotmäßig erwiesen, freie Hand verschaffen und bei der Aufregung der Einwohner einen Straßenkampf veranlassen würde. Diese Unschlüssigkeit selbst führte die Entscheidung herbei. In der allgemeinen Unruhe erwachte die statthalterische Partei, und man sah bald, daß sie die stärkere war: die Freicorpisten flüchteten oder wurden entwaffnet. Und diesen Moment ergriff nun der englische

1) Von einer Bestechung von preußischer Seite ist doch nichts Ueberzeugendes zum Vorschein gekommen; Caillard, ein großer Gegner des Rheingrafen, sagt nichts davon.

Gesandte, um die Sache mit einem Schlage zu Ende zu bringen. Er forderte seine Freunde in den Ständen von Holland auf, bei der herrschenden „Panik" den entscheidenden Streich zu führen, den Prinzen zurückzurufen und die alte Constitution wieder herzustellen [1]. Er ist selbst erstaunt, wie vollkommen und rasch das gelang.

Am 18. bereits war es, daß die Ritterschaft den Antrag dazu machte und demgemäß die Provinzialstände beschlossen, die Rechte des Statthalters, wie sie 1747 bestimmt und 1766 bestätigt waren, auf's neue anzuerkennen. Bei weitem der größte Theil der städtischen Stimmen erklärte sich dafür. In Versammlungen dieser Art ist es mehr allgemeine Strömung, als die individuelle Ueberzeugung, was den Ausschlag giebt. Die bisher niedergehaltene Partei gewann die Oberhand. Am 20. kehrte der Erbstatthalter unter unbeschreiblichem Jubel des Volks nach dem Haag zurück. Die Generalstaaten und die Staaten von Holland, alle constituirten Körperschaften begrüßten ihn mit feierlicher Anerkennung seiner Rechte [2].

Indessen rückten die preußischen Truppen siegreich vor: eine Festung nach der andern unterwarf sich durch Capitulation. Die Franzosen haben gesagt, sie würden den Holländern gegen den preußischen Einfall haben beistehen müssen, wenn diese sich nur eine kurze Zeit zu wehren vermocht hätten. Jetzt aber war, wenngleich unter fremdem Einfluß, aber doch durch eignen Entschluß der in sich selbst umgewandelten Stände, die statthalterische Regierung hergestellt. Sie erklärten, der Mediation von Frankreich seien sie nun nicht mehr bedürftig. Es machte Eindruck in Versailles, wenn man den Ministern sagte, ihre Allianz mit Holland verpflichte sie zu nichts, da dieselbe mit den Generalstaaten abgeschlossen worden, diese aber mit dem Verhalten der holländischen Stände niemals einverstanden gewesen seien; — gleich als hätten nicht der Allianz allgemeine politische Tendenzen zu Grunde gelegen. Aber in der französischen Regierung gab es Niemand, der dieselben festzuhalten

1) Thulemeyer resumirt die Beschlüsse in den Worten: Abolition de la suspension du capitaine général, recouvrement du commandement de la Haye, l'invitation faite au prince d'Orange de se rendre sans perte du temps dans cette résidence des états pour rétablir l'ordre et raffermir l'ancienne constitution. (Schreiben vom 18. Sept.)

2) Harris 20. Sept. 1787. He was again invested by them with every right and privilege, which had before been suspended or taken from him.

vermocht hätte; sie ließ sich die schwache Entschuldigung gefallen. Mit der halben Welt zu schlagen, um eine bereits besiegte Partei zu unterstützen, daran konnte man in jenem Augenblick nicht denken.

Doch noch war nicht Alles vollendet. Noch hielt sich Amsterdam, wo die Männer vorwalteten, die in den Apriltagen gesiegt hatten, unüberwunden. Dahin waren alle Führer der Partei und die Vertheidigungscommission geflüchtet. Hier gelangen die Inundationen auf das beste, und es konnte wohl die Frage sein, ob der Herzog von Braunschweig es unternehmen würde, die preußischen Truppen zur Unterwerfung der Stadt zu verwenden. Denn formell war sein Auftrag durch den Beschluß der Stände und die Rückkehr der Prinzessin nach dem Haag, die auf die Einladung derselben bereits erfolgt war, in der Hauptsache erledigt. Nachdem die Situation von Amsterdam militärisch recognoscirt worden war, hielt es der Herzog Carl Wilhelm Ferdinand für nöthig, noch einmal mit dem fürstlichen Paar, den vornehmsten Freunden und dem englischen Gesandten Rücksprache zu nehmen [1]). Gegen Ende September begab er sich insgeheim nach dem Haag: die Besprechung über die Geschäfte fand in den inneren Gemächern der Prinzessin, ihrem Ankleidezimmer, statt. Der Herzog setzte die Schwierigkeiten der Unternehmung auseinander; eine andere Stimme drückte Mitleiden mit dem schweren Geschick, das eine Eroberung über die Stadt herbeiziehen werde, aus; eine dritte die Hoffnung, durch Einwirkung auf die Einwohner eine Umstimmung herbeizuführen. Das Alles aber verwarf der englische Gesandte: denn die Stadt verweigere noch die Satisfaction, die der König nun einmal gefordert habe. Allerdings war eine Deputation erschienen, die aber nichts weiter anbot, als was in den früheren Erklärungen bereits enthalten war. Harris bemerkte, es würde den Ruhm der Truppen verdunkeln, wenn sie vor dem Widerstand der Gegner, der sich in dieser Stadt concentrire, zurückwichen: da seien die vornehmsten Feinde, namentlich die, durch welche die Prinzessin insultirt worden: wolle man sie frei ausgehen lassen? Auch der Herzog wurde überzeugt. Er forderte aber Eile, weil der eintretende Herbst ein Unternehmen gegen Amsterdam sonst alle Tage schwieriger mache. Der Beschluß war, daß der kurz vorher eingegangene Stillstand auf der Stelle ab-

1) Dem Letztgenannten verdanken wir denn auch unsere vornehmste Kunde davon. Diaries II, 348.

gebrochen und von den umherlagernden Truppen ein allgemeiner Angriff ohne Zögern unternommen werden solle.

Die Schwierigkeit lag nun darin, daß die ganze Umgegend Amsterdams vom Zuyder See bis zum Harlemer Meer durch Inundation unter Wasser gesetzt worden war. Nur sieben schmale Straßen zogen sich durch die Fluth, welche sie noch nicht bedeckte: und diese waren allenthalben mit Verschanzungen und Batterien zur Gegenwehr eingerichtet [1]. Man konnte nicht absehen, wie eine Truppenschaar sich formiren und gegen sie anrücken könne, ohne der Fluth oder den Kanonen zur Beute zu werden.

Am 30. September, früh am Morgen, ward dennoch der allgemeine Angriff unternommen: drei Meilen in die Weite sah man allenthalben das Feuer der Kanonen aufblitzen. Die patriotischen Truppen, in ihrem letzten Zufluchtsort bedrängt, zeigten allen möglichen Eifer und hinlängliche Geschicklichkeit: an den verschiedenen Punkten gleichmäßig fortgesetzt, würde der Angriff ohne Zweifel fruchtlos geblieben sein. Aber nur an Einer Stelle, wo der Herzog selbst commandirte, war das Unternehmen ernstlich gemeint und wurde durch eine glückliche Diversion unterstützt. Der Herzog erstaunte, als er vernahm, daß die Holländer es versäumt hatten, ihre rechte Flanke, die an das Harlemer Meer reichte, durch bewaffnete Fahrzeuge zu sichern. Durch einen seekundigen Offizier, welcher in der holländischen Marine gedient und in Ostindien Erfahrungen erworben hatte, wurde die Möglichkeit gezeigt, eine Truppenabtheilung über das Harlemer Meer nach einer Stelle des Ufers zu bringen, von wo man die Straße von Harlem nach Amsterdam erreichen könne, so daß es möglich werde, der bedeutendsten holländischen Verschanzung Amstelveen in den Rücken zu kommen. Gegen diese Befestigung nun setzte sich der Herzog noch in der Nacht mit aller denkbaren Vorsicht in Bewegung: er überschritt einige Brücken, Wracke, Traverse. Als er aber bei den Verschanzungen anlangte, welche den Weg mit ihren Kanonen beherrschten, mußte er inne halten; manche Vorkehrungen, die er getroffen, zeigten sich unanwendbar; nur eine einzige Haubitze führte er herbei, deren Feuer nicht unwirksam blieb, jedoch keinerlei Entscheidung herbeiführen konnte. Indem entwickelte sich jedoch die beabsichtigte Diversion.

1) Pfau, Geschichte des Preußischen Feldzugs in der Provinz Holland (1790), verbreitet sich besonders über die Geschichte dieser Belagerung.

Den Tag vorher waren ein paar Bataillone der Armee unter den Majoren Götz und Hirschfeld über das Harlemer Meer an jene Stelle, welche man dienlich befunden, übergesetzt worden [1]). Diese hatten dann ihren Marsch in den Rücken der Schanzen von Amstelveen unternommen. Er war unendlich beschwerlich, denn auch da fehlte es nicht an Gegenanstalten der Holländer: man mußte wasserreiche Wiesen passiren: an vielen Orten waren Durchstiche gemacht,

1) .. „Auch wurde ein Versuch auf Muyden gemacht. Das Grenadierbataillon von Burghagen und 2 Compagnien von Marwitz wurden zu Alsmeer eingeschifft, um sich über das Harlemer Meer übersetzen zu lassen; die 2 Compagnien von Marwitz besetzten den Posten von Schlotten, das Bataillon von Burghagen war bestimmt, eine Batterie mit 200 Mann an der Schleuse im Rücken zu nehmen, das darauf befindliche Geschütz umzudrehen, alsdann Posto zu fassen und mit einem Detachement die Sparrendammer Schleuse zu besetzen. Das Bataillon von Langlois wurde ebenfalls zu Alsmeer eingeschifft, um von da durch das Harlemer Meer in das Neue Meer zu gehen und allda zwischen der Amsterdamer Vorstadt, der Overtoom genannt und den hintersten feindlichen Verschanzungen in der Nacht zu debarquiren. Diese Gegend war vorher durch den Major von Götz, Hauptmann von Hirschfeld und den engl. Obersten von Gordon, welcher sich freiwillig dazu angeboten, sehr genau untersucht. Zwei Compagnien von Langlois wurden in einer in der Gegend belegenen großen Cattunfabrik postirt, um dem übrigen Theil des Bataillons, welcher die Posten auf dem Amstelveener Wege angreifen sollte, den Rücken gegen Amsterdam zu decken. Zwei Compagnien von Marwitz, unter Anführung des Majors v. Hanffstengel, besonders aber unter Leitung des Majors v. Götz, welcher vorher Alles genau recognoscirt hatte, wurden bestimmt, von Alsmeer aus auf einem kleinen Fußsteige zwischen dem Alsmeerer und Harlemer See die vordersten feindlichen Posten zu umgehen und eine allda befindliche von dem Feinde abgebrochene Brücke wieder herzustellen. Des Herzogs Durchl. gingen mit 3 Bataillonen u. s. w. gerade längs dem Damm von Kuydelstaedt auf die Tête der feindlichen Posten ... Der Feind verließ sofort einen sehr stark gemachten Verhack. Hinter diesem Verhack war ein Durchstich des Dammes und hinter diesem eine starke Brustwehr. Alles warf sich nunmehr in den Ort Amstelveen, vor welchem sich eine mit 4 Zwölfpfündern besetzte Zugbrücke befand, welche den ganzen Damm bestrichen. Da dieser Ort gar nicht zu umgehen ist, so entstand von beiden Seiten eine ziemlich heftige Kanonade, welche 4 Stunden dauerte ... Während dieser Zeit hatten unsere Truppen die feindlichen Posten zwischen Amstelveen und Amsterdam angegriffen und über den Haufen geworfen. Gegen 10 Uhr trafen die Têten beider Corps in Amstelveen zusammen ...." Aus dem Schreiben eines preuß. Offiziers vom 1. Oct. 1787. Nr. 122 der Berlinischen Nachrichten von Staats- und gelehrten Sachen. Anfang October 1787. Vergl. die übereinstimmende Darstellung bei Troschke, Der preußische Feldzug in Holland 1787. S. 79.

und wenn die Leute sich in das Wasser warfen, um es zu durchwaten, so erwies sich das unmöglich. Ein Glück, daß man ein hinreichend langes Brett mitgenommen hatte, auf welchem man die Durchstiche überschreiten konnte. Die Straße zwischen Amstelveen und Amsterdam wurde an zwei verschiedenen Punkten erreicht, eine vorliegende Brustwehr erstürmt, und dann der vornehmste der auch hier verschanzten Posten im ersten Schrecken der überraschten Besatzung genommen. Wie fuhr ein Salm'scher Reiter zusammen, der sich von den Schanzen nach der Stadt verfügte, als er plötzlich in die Mitte der Preußen gerieth. Die geschickt angelegte, mit gewohnter Beharrlichkeit ausgeführte Unternehmung verdient nicht vergessen zu werden, da sie den Erfolg des Tages und dadurch den Krieg entschied. Die Patrioten in Amstelveen sprengten auseinander, als sie in ihrem Rücken von preußischen Jägern und Scharfschützen angegriffen wurden, denen geschlossene Züge folgten: die Spitzen der preußischen Truppen begegneten sich, von entgegengesetzten Seiten kommend, in den Verschanzungen. Der Herzog konnte, nachdem er Alles niedergeworfen, seinen Weg gegen Amsterdam fortsetzen: er nahm sein Hauptquartier in Overtoom, in der Nähe der Stadt. Hier stellten sich am anderen Morgen die Deputirten derselben mit der Meldung ein, daß sie sich zu der für die Prinzessin geforderten Satisfaction verstehen werde. Allein damit war der Herzog noch nicht zufrieden. Denn die in Amsterdam vorherrschende Faction verwarf doch noch die indessen im Haag gefaßten Beschlüsse, welche schon deshalb illegal seien, weil das Land in diesem Augenblick als ein erobertes und unfreies betrachtet werden müsse. Wie es sich auch immer hiermit verhalten mochte, man wollte und konnte es nicht weiter darauf ankommen lassen. In der Accession zu den Haager Beschlüssen lag die Vollendung des Ereignisses überhaupt: man mußte darauf bestehen. Erst als der Herzog Anstalt machte, die Stadt mit einem Bombardement heimzusuchen, fügte sie sich; die patriotische Partei sah jetzt, daß sie verloren war. Nach dem Einzug der Preußen wurden die am 21. April abgesetzten Magistrate wieder hergestellt: wie denn die Umkehr in dem ganzen Lande darin lag, daß die patriotischen Behörden entfernt und statthalterische an ihre Stelle gesetzt wurden.

Mit dem Fall von Amsterdam war nun die holländische Angelegenheit in sich entschieden: es erscheint jedoch fast noch als ein Bestandtheil derselben, wie England, von dessen Antrieb die Haupt-

sache ausgegangen war, und welches dabei seine allgemeinen Interessen niemals aus dem Auge verloren hatte, die Ausschließung des französischen Einflusses aus Holland durch bestimmte Festsetzungen zu erreichen suchte.

Daß in dem Verhalten der Engländer ein Act der Rache wegen des Friedens von Versailles, wenigstens eine erste Rückwirkung dagegen lag, scheinen die leitenden Staatsmänner in Frankreich nicht einmal recht empfunden zu haben. Denn indem die großen Interessen mit einander in Conflict geriethen, herrschten äußerlich friedliche und selbst freundliche Verhältnisse vor Der englische Gesandte in Frankreich war überall gern gesehen, er stand in den freundschaftlichsten Beziehungen zu den französischen Ministern. Seine Stimmung war der ihren ziemlich analog.

Dieser Gesandte, Mr. William Eden, erschrak bei dem Gedanken William Pitts, es auf einen Krieg mit Frankreich ankommen zu lassen. Er meinte, die Verhältnisse von England seien noch nicht dazu angethan, um einen solchen zu führen. Er ging gern darauf ein, wenn ihm die Franzosen von der Nothwendigkeit der gegenseitigen Entwaffnung sprachen und an der Befestigung der holländischen Zustände selbst Antheil zu nehmen wünschten. Aber die englischen Minister mochten davon nichts hören. Ehe sie entwaffneten, wollten sie die Sicherheit haben, daß Frankreich sich niemals wieder in die holländischen Angelegenheiten mische und nicht etwa dann doch Feindseligkeiten gegen Preußen ausübe. Vor einer Uebereinkunft, durch welche Preußen gesichert werde, wollten sie sich auf nichts einlassen. In dem Gefühl ihrer Ueberlegenheit forderten sie eine förmliche Declaration von Frankreich über diese beiden Punkte.

Der Gesandte, der den Minister Montmorin gerne bei sich sah, und es liebte, an dem Hofe zu verkehren, wo zwar die Königin schwieg, aber deren Damen ihm Anzüglichkeiten über das gehässige Verhalten seiner Regierung gegen die französische zu hören gaben, empfand es selbst sehr unangenehm, daß er nun noch neue Forderungen aufstellen mußte. Aber William Pitt, der Minister der auswärtigen Geschäfte Caermarthen, und Sir James Harris im Haag waren unerbittlich. Harris formulirte die Declaration, welche Frankreich ausstellen sollte, dahin, daß es sich verpflichte, keine Partei in der Republik zu unterstützen, und von jeder feindseligen Handlung gegen die eine oder die andere der betheiligten Mächte abzu-

stehen [1]). Caermarthen schrieb dem Gesandten: wie man ohne Zweifel zu den Waffen gegriffen haben würde, wofern Frankreich sich verpflichtet geglaubt hätte, seine Partei in Holland zu unterstützen, so könne man auch jetzt die Waffen nicht niederlegen, ohne die Sicherheit zu haben, daß das nicht in der Folge geschehe. So ließ sich auch William Pitt mit Nachdruck vernehmen. Er könne, sagte er, die Mischung von gesundem Menschenverstand und schlechtem Humor, welche die Franzosen zeigten, nicht verstehen. Jetzt werde von ihnen die Miene angenommen, keine definitiven Erklärungen abgeben zu wollen, bevor die preußischen Truppen aus Holland weggezogen seien: das könne aber, im Vertrauen gesagt, doch eher nicht geschehen, als bis in Holland Alles so eingerichtet sei, daß ihr Abzug keine schädlichen Folgen nach sich ziehe: wenn Frankreich nicht auf das bündigste erkläre, daß es in die holländischen Angelegenheiten nicht weiter einzugreifen gedenke, so sei die Ursache des Streites nicht gehoben und es bleibe unmöglich zu entwaffnen. Dies ist der Moment, auf den es ihm ankommt. Er sagt dem Gesandten, ein preußischer Minister werde in Kurzem in Paris eintreffen und mit ihm gemeinschaftlich arbeiten: dieser müsse überzeugt werden, daß England den preußischen Interessen seine volle Aufmerksamkeit zuwende und den feindseligen Intentionen Frankreichs sowohl gegen Preußen wie in Holland entgegentrete. Montmorin sagte einmal, das Beste würde sein, wenn Truppen des Statthalters in Amsterdam eingelagert würden: Eden erwiederte ihm, die holländische Miliz sei noch nicht im Stande, die nöthige Sicherheit zu gewähren. Anfangs bezeichneten die Franzosen den Abzug der preußischen Truppen, deren Anwesenheit die innere Animosität nähre, als die erste Bedingung für jede weitere Verhandlung: allmählich gaben sie darin nach; denn sehr ernstlich wünschten sie eine engere Verbindung mit England, und waren nicht geneigt, Preußen zu reizen: endlich gingen sie auch auf die Ausstellung der geforderten Declaration ein: nur sollte nichts weiter gesagt werden, als was diese beiden Mächte beruhigen könne. Bei der Verhandlung haben einige Worte Anstand gemacht [2]); doch kam man darüber hinweg. Die

1) .... from any other hostile appearances towards any of the Powers who have taken a part in this business. Journal of Auckland I, p. 219.

2) z. B. qu'elle (la France) ne serve nulle part aucune vue

Erklärung von Frankreich enthält einmal, daß die dem Hofe von London früher gemachte Mittheilung eine Intention ausdrücke, deren Motiv nicht mehr vorhanden sei und die also keine weitere Folge haben werde; ferner daß Frankreich nach keiner Seite hin irgend eine feindselige Absicht hege, daß man von französischer Seite auf alle weiteren Rüstungen Verzicht leiste. Die Erklärung wurde den Franzosen unendlich schwer. Ihre Demüthigung, die sie sehr zu empfinden schienen, — wie der englische Gesandte sagt, ihre Mortification — that diesem selber leid. Er erzählt, einer seiner französischen Freunde, der bei der Unterhandlung betheiligt war, sei darüber in ein Fieber verfallen. Indem Montmorin sich fügte, sagte er, es komme ihm sehr schwer an, die Sache in ihrem rechten Lichte zu betrachten: er wollte die Verantwortlichkeit dafür persönlich nicht auf sich nehmen. Man bemerkte eine sehr unerwartete Wendung der Stimmungen. Der englische Gesandte bedauerte die französischen Minister, indem er ihnen den Willen von England aufnöthigte: der französische Minister sprach Bewunderung für die englischen Staatsmänner aus, denen er sich unterwerfen mußte.

Man darf nicht vergessen, daß dies die Zeiten waren, in denen die Regierung in Frankreich sich entschloß, zur Berufung der Generalstände zu schreiten, in der Hoffnung, über die finanziellen Schwierigkeiten, welche ihre Action lähmten, hinweg zu kommen. Es war der Druck des englischen Uebergewichts, das Gefühl der Machtlosigkeit, unerträglich den Franzosen, was sie dazu vermochte. Niemand konnte eine Ahnung haben, wohin das führen sollte. Die Engländer meinten, möchten doch die französischen Minister auch fortan mit finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen haben.

Eben hauptsächlich in Folge derselben war es England gelungen, zu einem Uebergewicht zu gelangen, welches mit einem Male wieder Orient und Occident umfaßte. Vor Allem lag ihnen nun an einer Befestigung der Zustände in Holland und einer Erneuerung ihrer alten Verhältnisse zu diesem Lande. Das französische Bündniß mit Holland war vernichtet; ein englisches sollte an dessen Stelle treten. Mit Freuden boten die Holländer die Hand dazu. Denn eben die alten Freunde von England waren nun in den Besitz der Autorität

hostile relativement à ce qui s'est passé en Hollande; die Franzosen hätten nulle part lieber weggelassen. Die Aktenstücke und die erläuternden Correspondenzen von Harris-Malmesbury und besonders von Eden-Auckland.

in den verschiedenen Provinzen gelangt. Man vereinigte sich zu einer Abkunft, in welcher sie sämmtlich die angefochtene Autorität des Erbstatthalters, wie dieselbe 1747 und 1766 constituirt war, anerkannten und einander angelobten, dieselbe aufrechtzuhalten. Durch die Garantie der beiden Mächte, welche den Umsturz der patriotischen Partei hatten bewirken helfen, ward dann die nunmehrige Gestaltung der Dinge befestigt und zugleich zwischen diesen selbst ein enges Verhältniß geknüpft, das sich bald noch weiter entwickeln sollte.

Achtzehntes Capitel.

Befestigung des Fürstenbundes. Coadjutorwahlen.

Indem sich diese Unternehmung, die einen wesentlich europäischen Charakter trug, in wenigen raschen Schlägen vollzog, ward Deutschland wenigstens im Westen und Süden durch eine Controverse von weiter Aussicht für die kirchliche Verfassung aufgeregt.

Die vier Erzbischöfe des Reiches — die drei geistlichen Churfürsten und Salzburg — vereinigten sich, um dem Eingreifen der päpstlichen Nuntien in ihre kirchliche Jurisdiction ein Ende zu machen. Den Anlaß gab der Versuch des vierten katholischen Churfürsten, Carl Theodor von Pfalzbaiern, seine gesammten Gebiete alten und neuen Besitzes eben von dieser Jurisdiction seiner geistlichen Collegen und Nachbarn frei zu machen. Er folgte auch seinerseits der herrschenden Tendenz der Territorialpolitik, nur wollte er sie nicht wie Joseph im Gegensatz mit dem päpstlichen Hofe, wozu er bei weitem zu schwach gewesen wäre, sondern im Verein mit demselben durchführen. Er erlangte in Rom die Errichtung einer neuen Nuntiatur für sein Gebiet, deren kirchliche Befugnisse, erweitert und verstärkt durch die weltliche Gewalt, den Erzbischöfen, in deren Sprengel sie eingriffen, empfindlichen Eintrag gethan hatten.

Ohnehin sahen sie die ihre kirchliche Gewalt beschränkenden Nuntiaturen, die in Wien, Luzern und Cöln ihren Sitz hatten, sehr ungern; sie ergriffen den Augenblick der Errichtung einer neuen, um gegen das ganze Institut zu protestiren und das Bestehen desselben als eine Beschwerde der deutschen Nation, im alten Sinne der Gravamina, zu bezeichnen. Die Punctation, zu der sich ihre Bevollmächtigten auf einem Congreß zu Ems, 25. August 1786 vereinigten, bildet wohl das merkwürdigste Document, das seit der Reformation aus dem Schooße der deutschen katholischen Kirche hervorgegangen ist.

Es bewegt sich großentheils in derselben Richtung, die durch den Kaiser in seinen Erblanden eingeschlagen worden war. Nach dessen Vorbild, den von ihm gebrauchten Ausdruck wiederholend, wollten die Erzbischöfe in den päpstlichen Nuntien nur noch politische Gesandten, ohne alle jurisdictionelle Befugnisse sehen. Und wie sie von dem Kaiser überhaupt aufgefordert waren, die Eingriffe des päpstlichen Hofes in ihre Rechte und in die gute Ordnung „hintanzuhalten" [1]), so gingen sie über die nächste Frage weit hinaus; ebenfalls im Anschluß an das von Joseph selbst gegebene Beispiel. Auch sie läugnen die Verbindlichkeit päpstlicher Bullen und Breven ohne vorgängige Genehmigung; sie verbieten den Mönchsorden ihren Zusqmmenhang mit Generalen und Generalcapiteln außerhalb Deutschlands; sie verlangen die Abschaffung des Vasalleneides der Bischöfe, zumal da diese darin Versprechungen machen müssen, deren Erfüllung durch die Verfassung des Reiches unmöglich ward, und beantragen die Aufstellung eines andern, welcher den Rechten des Primats, die sie jedoch beschränken, und den bischöflichen zugleich entspreche; sie remonstriren gegen die Geldentrichtungen, welche der römische Hof durch Annaten und Palliumsertheilungen ziehe. Indem sie auf die ursprünglichen Concordate deutscher Nation zurückkommen und ihre Herstellung begehren, erklären sie mit Beibehaltung ihrer Subordination unter den römischen Stuhl, doch ihr Amt unter dem Schutz des Kaisers ausüben zu wollen, und fordern denselben auf, zur Hebung ihrer Beschwerden ein Concilium, wenigstens ein nationales, binnen zwei Jahren zu Stande zu bringen. Sie schlagen ganz den Ton an, der vor den Zeiten der Kirchenreformation in dem Reiche der herrschende gewesen war [2]).

Eine verbreitete Erwartung war, daß der Kaiser sich an die Spitze der kirchlichen Bewegung auch im deutschen Reiche stellen und der katholischen Kirche die nationale Unabhängigkeit, nach der sie vor Jahrhunderten getrachtet hatte, zurückgeben werde. Und sollte das nicht selbst in dem Interesse des Kaisers gelegen haben? Es konnte scheinen, als würde er seine eigenen kirchlichen Neue-

1) Amtsschreiben Kaiserlicher Majestät an Kurmainz vom 12. Weinmonat 1785.

2) Art. 23 der Punctation. „Da das Concordatum Aschaffenburgense (abweichend von den früheren selbst eine der großen Beschwerden) nur bis zum nächst gehofften Concilium eingegangen." (Münch Konkordate. I. S. 418.)

rungen dadurch auf immer sichern und die mächtige Geistlichkeit, auf die er sonst nicht mehr zählen durfte, unbedingt verpflichten.

Immer merkwürdig, daß die Idee eines Conciliums, wie soeben im Gegensatz gegen den Kaiser, nun auch in einem für ihn günstigen Sinne zur Sprache kam. Allein auch so fand sie in Wien keine Stätte.

Fürst Kaunitz erklärte sich mit überlegener Einsicht gegen ein allgemeines Concilium. Denn da würde die besonders aus italienischen und spanischen Bischöfen bestehende Mehrheit die Belästigung der deutschen verdoppeln. Und welche gehässige Entscheidungen würde das weltliche Fürstenthum von einem Schwarm von Bischöfen zu besorgen haben, der von curialistischen Vorurtheilen eingenommen und mit den Anfangsgründen des Staatsrechts unbekannt sei.

Auch ein Nationalconcilium aber, so fährt der Staatskanzler in seinem in der Sache an den Kaiser erstatteten Bericht fort [1], würde zu bedenklichen Uneinigkeiten führen. In der Punctation bemerkt er den Widerspruch, daß indem man sich dem Papst widersetze, man doch die schlimmsten pseudoisidorischen Grundsätze anerkenne. Besonders anstößig ist es ihm, daß die hohen Geistlichen sich nicht einmal für befugt halten, eine solche Versammlung aus eigner Macht zu berufen: sie wollen dabei den Kaiser vorschieben, dem daraus nur Verlegenheiten erwachsen würden.

Und sehr unzulässig findet er die Ansprüche, welche die Punctation auf die dem Beruf der Bischöfe innewohnenden Befugnisse gründet, gleich als ob auch das äußerliche Religionswesen ihnen unterworfen sei: ganz gegen die Ansicht, die bei den vom Kaiser eingeleiteten Reformen vorherrschte; er mißbilligt, daß die Gültigkeit päpstlicher Bullen eben nur von ihrer eigenen Genehmigung abhängig sein solle.

Für den kaiserlichen Hof war auch in den Emser Erklärungen das clericale Element doch noch viel zu stark, als daß er sich zu Gunsten derselben hätte entscheiden mögen. Doch hielt er nicht für rathsam, noch auch für nöthig, den Erzbischöfen geradezu entgegenzutreten. Dem Staatskanzler schien es genug, sie auf eine Uebereinkunft mit den andern deutschen Bischöfen zu verweisen, von der er jedoch bemerkte, daß sie nimmermehr zu erwarten sei. Denn im Gegensatz mit dem Nuntiaturrecht suchten die Erzbischöfe den Instanzenzug im Wege der Hierarchie zu verstärken, worin ihnen die

1) Ich will denselben in den Analecten mittheilen.

Bischöfe nimmermehr beistimmen konnten. Große Herren, wie diese waren, zogen sie die entfernte Instanz von Rom der nähern ihrer Metropolitane und Erzbischöfe vor.

Wenn die Bildung einer deutsch-katholischen Kirchengemeinschaft dem päpstlichen Hofe gegenüber als eines der großen Anliegen der Nation betrachtet werden kann, so war sie doch unter den damaligen Umständen nimmermehr zu erreichen; die Beschlüsse von Ems bilden eine Manifestation der deutschen Erzbischöfe, in einem Sinne, der hauptsächlich ihnen selbst und ihrer geistlichen Verwaltung, über die sie sich sehr ausführlich verbreiten, zu Statten gekommen wäre.

Man schreibt dem Kurfürsten-Erzkanzler die Absicht zu, den leitenden Einfluß, eine Art Tiara, in der deutschen Kirche zu erwerben. Wie wenig waren die Verhältnisse dazu angethan, um ein solches Ziel zu erreichen. Die Erzbischöfe hatten die Stellung nicht, den Widerspruch unter den mächtigen, über ihnen oder unter ihnen stehenden Gewalten zu beseitigen. Und überdies die Kräftigung der kirchlichen Hierarchie hätte zur Wiederbelebung der nationalen Ideen doch nur wenig beitragen können, da sie das mächtige protestantische Element zur Seite hatte: von dem Kaiser und dem Haus Oesterreich ohnehin bedroht, und nun in der wichtigsten Angelegenheit sich selbst überlassen, fühlte sich der hohe deutsche Klerus vielmehr auf die Stütze angewiesen, die ihm Preußen anbot.

Wir kennen den Antheil, den Friedrich Wilhelm II. schon als Prinz an der Stiftung des Fürstenbundes genommen hatte; mit alle dem Eifer, den man einer Sache widmet, die man als sein eigenes Werk betrachtet, in deren wachsender Bedeutung man seine Ehre sieht, ließ er sich die Erhaltung und Ausbildung des Bundes angelegen sein.

Im Anfang des Jahres 1787 trat ein territoriales Ereigniß ein, in welchem er diese Gesinnung energisch an den Tag legte.

Einer der ansehnlichsten Mitverbündeten, der Landgraf von Hessen-Cassel, ließ bei dem Absterben des Grafen von Lippe-Bückeburg den lippischen Antheil der Grafschaft Schaumburg im westphälischen Kreise, die bei ihm zu Lehen ging, mit seinen Truppen besetzen. Denn die Grafen, den letztverstorbenen eingeschlossen, seien aus einer nicht ebenbürtigen Ehe mit einer Dame von niederem Adel entsprossen und daher nicht lehensfähig. Diese Ehe war aber von den Reichsgerichten bestätigt, und die Succession von den frühern Landgrafen anerkannt worden: wogegen der damalige, Wilhelm IX., einwandte, daß er gegen die Reichsgerichte Recurs

ergriffen habe und die Anerkennung seiner Vorfahren ihn nicht binden könne. Jedermann merkte auf, nicht allein wegen der Sache, sondern weil sie dem Grundsatz des Bundes, den Besitzstand eines jeden Reichsstandes aufrecht zu halten, entgegenlief. Man traute dem König kaum zu, daß er sich der Rechte eines unbedeutenden Erben gegen einen der mächtigern Reichsstände, dessen er in dem Bunde nicht entbehren konnte, annehmen werde. Aber Friedrich Wilhelm war voll Entrüstung darüber. Er hielt eine Einladung an den Landgrafen, die man schon vorläufig beschlossen hatte, zurück [1]), und erinnerte ihn in einer zwar freundschaftlichen, dabei aber sehr ernsten Zuschrift, daß er gehalten sei, die rechtlichen Handlungen seiner Vorfahren anzuerkennen; glaube er einen Anspruch zu haben, so möge er denselben reichsconstitutionsmäßig verfolgen, oder seine, des Königs, Vermittelung annehmen. Die Anmahnung hatte die Wirkung, daß der Landgraf seine Truppen zurückzog. Man fürchtete wohl, er werde deshalb aus dem Bunde treten: das war jedoch seine Gesinnung nicht [2]).

Indem aber trat eine andere Gefahr der Union heraus, die um so bedeutender in das Gewicht fiel, da sie eben den Reichserzkanzler betraf, dessen Theilnahme dem Bunde seinen allgemeinen reichsständischen Charakter gab. Der Kurfürst von Mainz war von einer lebensgefährlichen Krankheit heimgesucht worden: man sprach davon, ihm einen Coadjutor und künftigen Nachfolger zu bestimmen; wie aber, wenn das Capitel einen Domherrn der österreichischen Faction, die in seinem Schooße sehr stark war, erwählte, die soeben eingeleitete deutsche Politik der Krone Preußens wäre dadurch untergraben worden.

Einen eigenthümlichen Bestandtheil des deutschen öffentlichen zugleich und privaten Lebens bilden noch im achtzehnten Jahrhundert die Höfe der geistlichen Fürsten, deren Zusammensetzung es mit sich brachte, daß auch untergeordnete Persönlichkeiten und Beziehungen zu dem Ganzen wirken konnten, und die politische Verhandlung bei jedem Schritte zu behutsamer Vorsicht genöthigt war.

Vor kurzem hatte das Kaiser Joseph erfahren: durch seine rücksichtslosen Neuerungen hatte er die besten Freunde des Hauses

1) „Denn bei so bewandten Umständen würde dessen Gegenwart nur embarassiren.“ Hofnachricht, dem Herzog von Weimar mitgetheilt von Stein.

2) Le roi risquoit de le perdre pour l'union germanique: mais ce prince a eu la générosité de rester dans cette association malgré ce petit désagrément.

Oesterreich, das demselben ergebenste Interesse entfremdet. Man sagte von ihm, er streite wider sich selbst.

Indem nun Friedrich Wilhelm den Gedanken faßte, auf das Mainzer Capitel so weit einzuwirken, daß der Kurstaat dem eingegangenen Bündniß nicht wieder verloren gehe, hielt er doch für nothwendig, diese Absicht selbst seinen Ministern verborgen zu halten und die Sache zunächst als eine persönliche zu behandeln. Wenn sich Hertzberg in dem Momente der Thronbesteigung eines Andern zu versichern gemeint hatte, so stellte sich in einer von ihm selbst beförderten Angelegenheit doch sofort heraus, daß die Cabinetsregierung mit Vorbeigehung der Minister nicht vermieden wurde.

König Friedrich Wilhelm, dessen vertrauter Rathgeber und Gehülfe Carl August von Weimar war, nahm die Wahl eines Coadjutors von Mainz in seine eigene Hand. Und zwar versuchte er, sie in mehr als einer Richtung anzubahnen. Die Hauptsache blieb immer das Capitel zu Mainz: aber man mußte auch den römischen Hof gewinnen, dessen Beistimmung schon bei den vorbereitenden Schritten unentbehrlich war. Wenn die Irrungen zwischen Wien und Rom dem König von Preußen dabei zu Staaten kamen, so traten ihm dagegen die Zwistigkeiten, die zwischen Mainz und Rom in Folge der Emser Punctation ausbrachen, hindernd in den Weg. Der König betraute einen Italiener, dem er besonderes Vertrauen schenkte, — es war der letzte der literarischen Umgangsgenossen Friedrichs II., ein Mann von universaler Bildung und diplomatischer Begabung, Marchese Lucchesini, — mit dem zarten und schwierigen Geschäft, eine Auskunft darüber in Rom zu bewirken.

Auch die nächsten Mitglieder des Bundes konnte man nicht vorbeigehen. Der König ersah sich einen seiner Kammerherrn, Studiengenossen seiner Jugend, Philipp Carl von Alvensleben, der selbst aus Hannover stammte, um dahin zu gehen, jedoch nicht in der Absicht, den dortigen Ministern eine Mittheilung zu machen, sondern um den Herzog von York, den Sohn des Königs von England, zu Eröffnungen an denselben zu gewinnen [1]). Man weiß, welche Rolle Lucchesini und Alvensleben später im preußischen Dienst gespielt haben: in dieser geheimen Verhandlung gelangten sie zuerst zu Wirksamkeit und Bedeutung.

1) Instruction secrète à mon chambellan le baron Alvensleben Févr. 1787.

In Mainz selbst war neben Carl August noch der Landjägermeister Johann Friedrich von Stein thätig, der ältere Bruder des nachmals so berühmt gewordenen Ministers, jedoch eine ganz andre Natur als dieser: leichter, beweglicher, bei weitem mehr ein Weltkind, von mehr gesellschaftlichem Geist und Talent.

Und schon hatte man auch den Mann gefunden, der für die Stellung eines Coadjutors sich einzig eignete. Es war Carl von Dalberg, in dem sich der Ruf seines altberühmten Geschlechts im Sinne der Zeit erneuerte. Auf protestantischen Hochschulen gebildet, und dann in die Laufbahn eingetreten, welche die geistlichen Stifter jungen Männern von vornehmer Herkunft öffneten, konnte er als der Repräsentant der gemäßigten Reformpartei unter den deutschen Katholiken gelten. In diesem Sinne hat er Jahre lang an der Regierung Franz Ludwigs von Erthal, Fürstbischofs in Würzburg und Bamberg, Antheil genommen. Man ging zu weit, wenn man ihn als den Urheber der dortigen Veränderungen in Kirche und Schule betrachtete: Franz Ludwig konnte sich, so kirchlich er auch war, mit Recht rühmen, daß das Lob großentheils ihm selber gebühre. Schon in Würzburg schlug Dalberg auch die politische Richtung ein, welche ihm die Aufmerksamkeit von Preußen verschaffte. In den Zeiten, daß der österreichische Hof sich um die deutschen Bisthümer ernstlich zu bewerben anfing, hat sich König Friedrich II. mit ihm in Verbindung gesetzt und über den Gedanken, die deutschen Stifter in den Händen des hohen Adels zu conservіren, verständigt. Dalberg erklärte, er habe alle Verehrung für das Haus Oesterreich, aber der Stifter dürfe sich dasselbe nicht bemächtigen: denn dabei könne die Verfassung des Reichs nicht bestehen. „Ich bin ein deutscher Edelmann", sagte er damals; „ich liebe mein Vaterland und will mich lieber aufopfern, als die Verfassung desselben vernichten lassen." Es machte ihn glücklich, daß der große König an ihn denke: er versichert, und vielleicht darf man es ihm glauben, an seiner eigenen Beförderung liege ihm dabei nichts, sondern nur an der Erhaltung der allgemeinen Unabhängigkeit dem überwiegenden Einfluß des Wiener Hofes gegenüber.

Seitdem war er als Statthalter des Kurfürsten von Mainz an die Spitze der Regierung in Erfurt getreten, und da mit den Koryphäen der Literatur, die sich in Thüringen zusammengefunden hatten, in Verbindung gekommen. Es bezeichnet ihn, daß er Wieland zum Director der Universität Erfurt machen wollte, an welcher derselbe einst mit andern Führern der philosophischen literarischen

Bewegung der Zeit einer reactionären Partei hatte weichen müssen. Einmal in ihrem wesentlichen Bestand gestört, lassen sich aber die Pflanzstätten geistiger Cultur nicht so leicht wieder herstellen. Mit dem, was man in Weimar that, war Dalberg nicht immer zufrieden; er war sittig, überschwänglich und sentimental, mehr ein Freund Schillers, als Goethe's, und obwohl theilnehmend an der Literatur, doch niemals in ihrem Gesichtskreis befangen; er brachte das Gespräch gern auf allgemeine bürgerliche Verhältnisse. Von Anfang an war er ein Anhänger der Association der deutschen Fürsten gewesen. Er billigte es vollkommen, daß der Kurfürst von Mainz derselben beitrat, und ließ vernehmen, jeder künftige Kurfürst werde die nämliche Politik beobachten müssen. Eine Erklärung in ähnlichem Sinn hatte er schon das Jahr zuvor an Friedrich Wilhelm, ehe derselbe noch König war, gelangen lassen, und zwar durch Carl August von Weimar, mit dem er in engem freundschaftlichen Verhältniß stand. Zur Freundschaft gehört es nicht, daß man unbedingt und in allen Stücken billige, was der Andre thut. Denn wo käme man hin, oder wo bliebe man selbst, wenn ein Jeder sich nur mit dem Vollkommenen befreunden wollte. Aber in den Idealen des Lebens und den auf das Allgemeine gerichteten Intentionen muß man einverstanden sein.

Es war nichts Neues, wie man sieht, sondern vorbereitet, ehe man daran gedacht hatte, wenn nun Carl August seinen Nachbar, den Statthalter von Erfurt, für die Stelle eines Coadjutors in Mainz in Vorschlag brachte. Friedrich Wilhelm II., in welchem eine Ader schlug wie in seinem Zeitgenossen, ging mit Vergnügen darauf ein.

Um die Sache aber ins Werk zu setzen, wurde das tiefste Geheimniß und die sorgsamste Vorsicht für erforderlich gehalten.

Es ist charakteristisch für die Zeit und der Erwähnung selbst im Einzelnen werth, wie man dabei verfuhr.

Würde die Absicht nicht vielleicht haben geahnt werden können, wenn Carl August von Berlin unmittelbar nach Mainz gegangen wäre? Man fand den Vorwand, daß seine Anwesenheit in Karlsruhe durch seine nahen Beziehungen zu dem markgräflichen Hofe nöthig gemacht werde. Der Markgraf wurde veranlaßt, dem Herzog eine Aufforderung, ihn zu einem bestimmten Zweck zu besuchen, zugehen zu lassen.

Der Courier, der dieselbe brachte, mußte sich damit erst nach Weimar und nach Dessau begeben. In Berlin wollte sich hierauf

der Herzog dem König öffentlich mittheilen; sie sollte allgemein bekannt werden: die diplomatischen Agenten würden alsdann davon nach Hause schreiben: Niemand würde daran zweifeln. So kam man im November 1786 überein. Ende December finden wir den Herzog zunächst bei dem Statthalter in Erfurt. Auch dem sagte er nichts von dem eigentlichen Zweck seiner Reise: er suchte sich nur seiner Gesinnung zu versichern und über die eben obwaltenden Zustände in Mainz zu unterrichten. Dalberg äußerte, wenn der Kurfürst seiner letzten Krankheit erlegen wäre, so würde die Wahl wahrscheinlich auf ihn, den Statthalter, gefallen sein: jetzt sei derselbe genesen und die Lage schon wieder zu seinem Nachtheil verändert. Er lehnte es ab, über die deutsche Union eine schriftliche Erklärung von sich zu geben: mündlich aber sprach er sich dafür mit einem Nachdruck aus, der den Stempel der vollen Wahrhaftigkeit an sich trug. Der Herzog nahm den Weg über Mainz, um, seiner Ankündigung gemäß, nach Karlsruhe zu gehen, von wo er nach kurzem Aufenthalt wieder nach Mainz zurückkehrte. Er sprach mit dem Kurfürsten zunächst nur über die Anliegen des Bundes überhaupt; dann mit dessen Nichte, Frau von Coudenhoven, die in allen Geschäften ihre Hand hatte, und mit ihrem Bruder, dem Grafen Hatzfeldt über Dalberg, den er wieder in ein gutes Vernehmen mit dem Kurfürsten zu bringen den Auftrag und den Wunsch habe. Der Plan, denselben zum Coadjutor zu machen, konnte nur in Aussicht gestellt, nicht in unmittelbare und dringende Anregung gebracht werden: und auch schon damit erregte der Herzog vielen Anstoß; man fand, er sei viel zu warm für Dalberg. Zunächst blieb alles in Weitem: auf den Bericht des Herzogs erklärte sich König Friedrich Wilhelm nur eben bereit, Jeden anzunehmen, den das Capitel wählen würde, vorausgesetzt die Sicherheit, daß derselbe einst der Union anhangen werde [1]). Wenn von der Ernennung eines Coadjutors überhaupt die Rede sein sollte, so mußte man bei einem Candidaten, den der Kurfürst und seine Umgebung allen Anderen vorzog, des Namens Dienheim, stehen bleiben. Von dem Landjägermeister Stein, der damals aus Nassau herbeikam, liegt ein Brief an Frau von Coudenhoven vor, in welchem er die Unterstützung des Königs für Dienheim zusagt. Denn vor allem darauf kam es an, den entgegengesetzten Candidaten, den Dechanten des Capitels Fechenbach, der zur österreichischen Partei gehörte und

1) qu'un jour il vouloit en tout adhérer au systême de l'union.

dem preußischen Interesse so wenig zugesagt hätte wie dem Kurfürsten selbst, auszuschließen.

Die Verhandlungen hatten eine besondere Schwierigkeit darin, daß der Kurfürst von Mainz die Emser Beschlüsse festzuhalten suchte, indem er der Einwilligung des römischen Hofes für die Coadjutorwahl bedurfte. Seine Meinung war, daß Lucchesini das Eine und das Andere betreiben solle: gleich als wäre es möglich, Zugeständnisse zu erlangen, indem man fortfährt zu beleidigen. In Berlin machten die kirchlichen Noten des Kurfürsten, die dahin mitgetheilt wurden, wenig Eindruck; man meinte darin eine Mischung von Pfaffenstolz und persönlichem Dünkel zu finden; man urtheilte, daß alles, was darin vorkomme, von Febronius bereits besser gesagt sei: man war um so weniger geneigt, ihm beizutreten, da von den westphälischen Bischöfen Briefe umliefen, welche fast ein Schisma innerhalb der deutschen Kirche befürchten ließen. Lucchesini erhielt eine Instruction, deren Inhalt bewies, daß der König in der Sache zwischen den Erzbischöfen und dem Papste vollkommen neutral blieb und kaum eine Entscheidung nach der einen oder der andern Seite wünschte, sondern den bestehenden Zustand aller Veränderung vorzog [1]).

Man war nun glücklich, daß noch Niemand von dem Vorhaben in Bezug auf die Coadjutorwahl eine Ahnung hatte. Auftauchende Gerüchte, welche das Gegentheil befürchten ließen, waren in kurzem wieder verschwunden.

Während sich Lucchesini nach Rom begab, konnte man sich in Mainz des Ausfalls der Wahl wenigstens vorläufig versichern.

Der Kurfürst hielt noch immer an Dienheim fest und hatte eine gute Anzahl Stimmen für ihn gewonnen. Aber eine nicht minder starke Partei war für Fechenbach. Stein, der im rechten Augenblick nach Mainz, wo auch Dalberg eingetroffen war, zurückkam, fand den Kurfürsten entschlossen, keinen Coadjutor anzunehmen, der der Gegenpartei angehöre, und lieber die ganze Sache aufzugeben. Dalberg verfügte über fünf Stimmen, mit denen er allerdings nicht in den Kampf um die Mitra eintreten konnte, aber sie gaben ihm so viel Gewicht, daß die Entscheidung zwischen den beiden Parteien von ihm abhing. Der Kurfürst war noch

1) So wörtlich meldet Stein dem Herzog Carl August, 24. Februar 1787. Er hat das Schreiben an Lucchesini aufgesetzt, „welches völlig approbirt wurde."

unversöhnt mit ihm, doch zog er ihn seinen ausgesprochenen Gegnern vor und wurde durch seine Umgebung, auf welche die erste Verhandlung Carl Augusts immerhin einen gewissen Eindruck gemacht hatte, darin bestärkt. Der Kurfürst war geneigt, obwohl er ihn nicht liebte, ihn dennoch anzunehmen, wenn er nur so viel Selbstbeherrschung habe, um nicht seinen Gegnern die Majorität zu verschaffen. Das konnte man Dalberg jedoch nicht sagen, weil es, wenn es bekannt wurde, die eigne Partei des Kurfürsten irre gemacht hätte. Man ergriff das sonderbarste Mittel, das sich denken läßt. Der gewandte Stein führte Dalberg zu Frau von Coudenhoven, die noch zu Bette war, aber trotzdem den Besuch der beiden Herren annahm. Sie wandte alles an, um Dalberg zu bestimmen, mit seiner Partei wenigstens nicht auf die Seite der Gegner zu treten. Sie that das mit der geübtesten Ueberredungsgabe, ohne ihm doch ihr Geheimniß zu verrathen. Für Stein, der es kannte, ein Augenblick außerordentlichen Vergnügens, zu sehen, wie sie in äußerster Besorgniß und zitternd, sich zu verrathen, den Statthalter von Erfurt durch alle anderen Gründe zu überreden suchte, den Gegnern nicht beizutreten. Nur den sagte sie nicht, der ihn wirklich hätte bestimmen müssen. Aber auch die andern genügten. Gegen Mittag versammelte sich die Gegenpartei, welche die Mehrheit gehabt haben würde, wenn sich Dalberg mit seinen Stimmen ihr beigesellt hätte. Dazu aber war dieser nicht zu bewegen; er hielt das der Frau von Coudenhoven gegebene Versprechen, ohne daß er, so werden wir versichert, noch gewußt hätte, wie viel ihm selbst darauf ankam. Denn auch ihm waren die alten Emmericianer und Fechenbach widerwärtig.

Unter allen Umständen mußte ihm daran liegen, die entgegengesetzte Partei nicht zum Erzkanzleramt im Reiche gelangen zu lassen. So hatte er sich immer ausgesprochen: es war sein Lebensgrundsatz; in jedem Falle wollte er das Seine zur Aufrechthaltung der Union beitragen. Durch dies Verhalten und die Gemeinschaft des Interesses wurde nun Kurfürst Friedrich Carl gewonnen. Denn welcher Beunruhigung würde er sein ganzes Leben hindurch ausgesetzt gewesen sein, wenn ein Gegner des Fürstenbundes gewählt worden wäre? Am Palmsonntag 1787 versammelte er seine eigenen Anhänger und forderte sie auf, ihre Stimmen dem Statthalter von Erfurt zu geben. Dalberg selbst war überrascht, und empfing die Entscheidung als einen Beweis der wiederkehrenden Gnade. Der kaiserliche Gesandte, der zugegen war, hatte von alle dem

keine Ahnung; er wähnte, es sei von der Wahl eines preußischen Prinzen zum Coadjutor die Rede, wofür allerdings keine Aussicht dagewesen wäre. Man sah ihn in der entscheidenden Stunde sein Pferd vor den Fenstern der Dame tummeln, der er huldigte.

Um so zufriedener war die entgegengesetzte Partei. Mit frohlockender Genugthuung meldete Frau von Coudenhoven dem Herzog von Weimar den Erfolg, der hauptsächlich ihm zu danken sei. Seiner früheren Anwesenheit, die Anfangs nicht zum Ziele führte, schreibt sie einen nach der Hand wirksam gewordenen Einfluß auf die Entschließung des Kurfürsten zu [1]).

Diesen selbst weiß der Landjägermeister Stein — ich nenne ihn so, denn zum Gesandten war er nicht ernannt — der früher keine große Meinung von ihm gehabt hatte, nicht genug zu loben. Er habe sich mit einem patriotischen Heroismus entschlossen, trotz mancherlei früher ausgesprochener Gründe und persönlicher Abneigung dennoch im rechten Momente für Dalberg zu entscheiden. Als es ihm klar geworden sei, daß Dienheim nicht durchdringen würde, habe er die für denselben gewonnenen Stimmen mit resoluter Geschicklichkeit zu Dalberg übergeführt.

Kein Zweifel, daß der Gedanke der deutschen Union hierbei das wirksamste Moment gebildet hat. Denn wie berührt, niemals hätte Carl Friedrich einen Coadjutor von entgegengesetzten Ansichten neben sich dulden können. Von Dalberg ward auch jetzt keine ostensible Declaration gefordert. Aber in dem Danksagungsschreiben, welches er für seine Beförderung an den Kurfürsten richtet, drückte er sich unumwunden darüber aus. Er wünsche nichts als ein Instrument in seinen Händen zu dem Zwecke zu sein, zu dem er sich dem Fürstenbunde angeschlossen habe, der Erhaltung der deutschen Verfassung. Dies sei der wahre Weg, um den Gesetzen ihre Kraft zurückzugeben und die deutsche Freiheit zu sichern [2]). Jede Gelegenheit, dazu beizutragen, werde unendlichen Werth für ihn

1) Rapport au roi, Avril 1787. In den Analecten.

2) L'union proposée par Frédéric le grand, adoptée par plusieurs princes respectables, et à laquelle V. A. Electorale a donné par son accession la plus forte sanction, cette union, dis-je, est le vrai moyen de rendre la vigueur aux lois et d'assurer la liberté de l'Allemagne. Cette union conforme aux lois de l'Empire et utile pour ses effets a toujours fait mon admiration, et toutes les occasions de contribuer à son maintien me seront infiniment prétieuses.

haben. Dieses Schreiben wurde nach Berlin und nach Hannover vertraulich mitgetheilt.

Nach der ersten war noch eine zweite Wahlhandlung vorläufiger Natur vonnöthen. Der Kurfürst von Mainz war zugleich Bischof von Worms, und auch hier mußte nun auf die Ernennung eines Coadjutors Bedacht genommen werden. Auf die meisten Stimmen konnte hier ein Herr von Hohenegg zählen; der aber hatte durch sein Verhalten bei der Mainzer Wahl das Vertrauen des Kurfürsten verloren, und trat jetzt freiwillig zurück. Leicht würden nun alle Stimmen sich auf den jüngeren Hatzfeldt, Bruder der Frau von Coudenhoven, vereinigt haben, wenn der Kurfürst gewollt hätte. Er trug aber Bedenken, denn das Bisthum Worms war nicht so reich dotirt, um von Mainz getrennt einen fürstbischöflichen Hof mit dem erforderlichen Anstand zu erhalten. Ein schwacher Bischof von Worms aber würde in Abhängigkeit von dem Kurfürsten von der Pfalz gerathen sein. Friedrich Carl hielt für nothwendig, Worms mit Mainz verbunden zu halten. Er verwandte sich nun auch in Worms für Dalberg, wo dieser ohnehin durch die Verdienste, die sich seine Altvordern in Stift und Land erworben hatten, empfohlen war, und setzte ihn ohne Mühe durch.

Es ist auffallend, daß Frau von Coudenhoven, die alles bei dem Kurfürsten vermochte, sich nicht für ihren Bruder, den sie liebte, bemüht hat. Aber bei aller Wunderlichkeit und selbst Anstößigkeit ihrer Verhältnisse hatte sie eine gewisse Erhebung in ihrem Geist, so daß sie der sonst sarkastische Stein einmal als ein seltenes Weib bezeichnet. Die Coadjutorwahl hatte viel Geld gekostet. Denn man mußte erst die Stimmen für Dienheim und die nämlichen dann auch wieder für Dalberg gewinnen, was denn nach der altherkömmlichen Weise nicht ohne Geldgeschenke geschehen konnte. Der König von Preußen hatte dazu eine ansehnliche Summe bestimmt, mit deren Verwendung im Einzelnen aber sein Bevollmächtigter sich nichts zu schaffen machte. Nur der Frau von Coudenhoven, welcher der günstige Erfolg größtentheils zuzuschreiben war, wurde von Stein im Namen des Königs ein Geschenk, welches der Monarch mit einem Briefe begleitet hatte, angeboten. Sie lehnte es ab. Denn sie wollte nicht auch zu den Bestechlichen gezählt werden.

Noch war aber das ganze Geschäft nicht zu Ende gebracht, so lange das Breve der Eligibilität Dalbergs nicht von Rom eingetroffen war. Nicht um ein solches auszuwirken, aber um es abzuholen, und Lucchesini über die geschehene Wahl Dalbergs zu ver-

ständigen, wurde Johann Müller, der Historiker, nach Rom geschickt: denn eines durchaus sicheren und einverstandenen Mannes bedurfte es hiezu. Müller hielt es für der Mühe werth, die Reise, die ihm den Anblick der Stadt Rom verschaffen sollte, zu übernehmen, zumal da er zugleich beauftragt war, die Zweifel, die sich gegen die Rechtgläubigkeit Dalbergs regen konnten, im Namen des Kurfürsten zu zerstreuen. Müller war nicht gerade ein Anhänger Dalbergs, aber eifrig für den Dienst des Kurfürsten, der ihn bei sich aufgenommen und zu seinem Bibliothekar gemacht hatte; er lebte und webte in den Ideen, aus denen der Fürstenbund hervorgegangen war. Eine der besten historisch-politischen Schriften, welche wir überhaupt besitzen, ist die Arbeit Johann Müllers über den Fürstenbund; er verknüpft darin das Ereigniß des Tages mit dem geistlich-weltlichen Herkommen im Reiche und den Weltbegebenheiten der letzten Jahrhunderte. Er hat sie im Auftrag des Kurfürsten Carl Friedrich geschrieben, der ihn dann als seinen Staatsrath in die Geschäfte zog. Müller gehörte seiner Gesinnung und Bildung nach in den Kreis der Männer, die in dieser Sache zusammenwirkten und gab ihm Glanz durch sein Talent: mit Stein war er innig befreundet.

Eines Nachweises der Rechtgläubigkeit Dalbergs, die man doch nicht ernstlich in Zweifel ziehen konnte, bedurfte es in Rom nicht; man hatte hier nur das Dringendste, die Fragen über den Emser Congreß, vor Augen.

Da hatte nun Lucchesini von dem Kurfürsten Aufträge erhalten, wie sie den Instructionen des Königs entsprachen. Auch in Mainz bestand man auf den Emser Beschlüssen nicht mehr unbedingt, da der Kaiser sie nicht unterstützte und der König von Preußen sie mißbilligte: wenn nur die Besorgniß einer Schmälerung der Diöcesanrechte durch römische Einwirkung, wovon alles ausgegangen war, gehoben wurde.

Lucchesini empfing die Versicherung, daß die erzbischöflichen Rechte von Mainz in der Rheinpfalz unverändert erhalten und die Anträge des Kurfürsten von Pfalz-Baiern, die auf eine Beschränkung der Diöcesanrechte in seinen Landen gingen, kein Gehör finden sollten. Dagegen sagte er zu, daß der Kurfürst den Beschlüssen des Emser Congresses keine weitere Folge geben und sich in Bezug auf die Kirchendisciplin an den bestehenden Zustand, den Status quo, halten werde [1]). Man wünschte in Rom selbst eine

1) Lettre de M^{r} de Lucchesini à S. A. E. de Mayence, Rome 18. Avril 1787: A laisser sans poursuite les conclusions arrêtées au

Garantie des Königs von Preußen, den man erst jetzt officiell als König anerkannt hatte, und Lucchesini machte keine Einwendung dagegen. Gegen Dalberg hatte man nichts einzuwenden; nur sollte er sich zur Beobachtung der vereinbarten Bedingungen verpflichten.

In Mainz waren die geistlichen Räthe mit denselben nicht ganz einverstanden. Sie meinten bei dem Ausdrucke Status quo Mentalreservation und Erneuerung unerträglicher Ansprüche fürchten zu müssen. Auch Stein war mit dem Worte nicht zufrieden: wie es denn in der ursprünglichen Instruction vermieden worden war; er mißbilligte, daß es Lucchesini angewandt hatte. Da es nun aber einmal angenommen war, so hielt er für gut, in der Formel, die nach Rom zurückging, es dennoch beizubehalten. Nach manchen Conferenzen ward diese durch den Kurfürsten selbst angenommen. Nun erst war das Breve der Eligibilität, welches Müller zurückgebracht hatte, eigentlich wirksam. Dalberg selbst nahm die Verpflichtung, die ihm für die Zukunft auferlegt wurde, mit Vergnügen an. Nach einiger Zeit wurde die Wahl in aller Form vollzogen. Das Auffallende und politisch Bedeutende war, daß ihm in Rom, wie Lucchesini berichtet, das Festhalten an der Union deutscher Fürsten ausdrücklich zur Bedingung gemacht wurde. Eben dahin ging die päpstliche Politik, den Uebergriffen des Kaisers durch ein gutes Verhältniß mit dem Bunde und eine Begünstigung desselben entgegenzutreten. Eine Combination der unerwartetsten Art trat ein: da Papstthum und Protestantismus verbunden erschienen. Eine Denkschrift, welche handschriftlich und anonym in diesen Tagen verbreitet wurde, liegt vor, worin die ältere Geschichte des Reiches und der Päpste mit den damaligen Zuständen in Bezug gesetzt wird [1]). Die Bestrebungen Kaiser Josephs, der über die päpstlichen Rechte und die geistliche Verfassung in seinem Machtbereich ohne Rücksicht verfügte, und einen Anlauf nahm, das Kaiserthum

congrès d'Ems, et à se contenter de conserver le status quo dans les affaires de discipline ecclésiastique.' Die Angaben Pacca's (Memorie storiche 74) sind nicht falsch, aber im römischen Sinne ausgedrückt.

1) Mémoire sur la convenance et les moyens d'attacher les Princes Ecclésiastiques d'Allemagne au système de l'Union. In dem weimarischen Archiv. Den Autor, der diese einleuchtenden, aber ungewöhnlichen Gedanken hatte und sich sehr wohl ausdrückt, wüßte ich nicht anzugeben.

zur vorwaltenden Macht in Europa zu erheben, riefen die längst verschwundene Weltstellung der salischen und der staufischen Kaiser ins Gedächtniß zurück. Gegen deren Uebermacht habe der Papst an dem deutschen Fürstenthum und dieses wieder an dem Papstthum Stütze und Rückhalt gefunden. In dieser Gegenseitigkeit sei im Laufe der Zeiten die deutsche Reichsverfassung gegründet worden, erst die Reformation der Kirche habe eine Veränderung darin hervorgebracht. Denn in seiner religiösen Stellung angegriffen, habe sich das Papstthum unter dem Einfluß der Jesuiten mit dem Haus Oesterreich alliirt, und daraus sei dann die engste Verbindung von Oesterreich mit den deutschen Hochstiftern hervorgegangen. Oesterreich habe die Bischöfe gesetzt und darum auch beherrscht: es habe sich ihrer Länder in seinen Kriegen und ihrer Stimmen in der Reichsversammlung bedient. Das ganze Uebergewicht dieses Hauses in Deutschland schreibe sich von diesen Beziehungen her. Der erste wahre Widerstand hiegegen, — so heißt es weiter, — sei von preußischer Seite gekommen.

In dem damaligen Augenblick, in welchem Oesterreich und die bourbonischen Höfe gemeinschaftlich dem Papstthum ihren Willen auferlegten, und das erste den Anlauf nahm, ihm in Italien selbst durch die Synode von Pistoja enge und verhaßte Schranken zu ziehen, war man in Rom sehr geneigt, mit dem König von Preußen, dem protestantischen Bekenntniß desselben zum Trotz, in ein Verständniß zu treten. Die deutsche Association war dort willkommen. Es gereichte für den Kurfürsten von Mainz und seinen Coadjutor zur Empfehlung, daß sie ihr beitraten. Jedermann fühlte durch, daß sie der deutschen Hierarchie zur Schutzwehr diente, wie ja auch dieser Gesichtspunkt bei ihrer Gründung sehr wirksam gewesen war. Man zweifelte nicht und war fern davon es zu mißbilligen, daß die übrigen geistlichen Fürsten sich dem Erzkanzler des Reiches hierin anschließen würden. Eine große Rolle schien dem neuen Coadjutor bestimmt zu sein. Bei den bevorstehenden Vacanzen in Constanz und selbst in Eichstädt hat man seine Augen auf ihn gerichtet. Besonders hätte daran gelegen, auch die Abtei Fulda für ihn zu sichern, von wo ihm dann die nöthigen Mittel zu einer anständigen Unterhaltung, ohne fremde Beihülfe, hätten zufließen können. Bemerkenswerth ist, daß auch Fechenbach, da ihm die österreichische Protection so wenig geholfen hatte, eine Hinneigung zur Union und zu Preußen kund gab: er wurde bereits damals zum Nachfolger in Würzburg ausersehen.

Man hoffte durch Waldendyl, Capitular in Mainz und in Trier, doch den Kurfürsten von Trier zu gewinnen.

Eine Umgestaltung der deutschen Angelegenheiten eigenthümlichster Art, aber ohne Erschütterung der Standesverhältnisse, trat damit in Aussicht. Das gesammte deutsche Gemeinwesen, eingeschlossen die geistlichen Fürstenthümer und den hohen Reichsadel, aus dessen Mitte mit besonderer Rücksicht auf das Herkommen von altem Blute die Capitel besetzt wurden, während der kaiserliche Hof den neueren Adel begünstigte, schien einer Regeneration unter dem Vortritt der preußischen Macht entgegengeführt zu werden. Das Vorgehen Kaiser Josephs, der alles bedrohte, gab ihnen ein gemeinschaftliches Interesse. Vor allem trat die Thatsache hervor, daß damit dem religiösen Hader, der an sich nicht zu überwinden war, seine die Gemüther zersetzende Schärfe genommen wurde. Papst Pius VI. und sein Staatssecretär Buoncompagni waren mit dem Princip der Toleranz einverstanden, inwiefern eine Anerkennung desselben von bischöflicher Seite auch zugleich eine Sicherung der geistlichen Verfassung in sich schloß. Freilich strebte der deutsche Geist noch weit über die Toleranz hinaus. Er arbeitete in allen Landschaften, den Universitäten, den Regierungen daran, ein inneres Verständniß hervorzubringen. Verkennen wir nicht, daß sich der nationale Gedanke in diesen Jahren kräftig regte. Man dachte, solche Einrichtungen zu treffen, durch welche man über alle kleinen Streitigkeiten und Parteiungen hinwegkommen dürfte: unter einer Föderation von Fürsten, welche Recht und Gesetz allenthalben zur Geltung bringe, werde der Deutsche inne werden, daß er ein Vaterland habe.

Neunzehntes Capitel.

Ideen einer Reichsreform im Fürstenbunde. Belebung des Reichstags.

Schon die ersten Versuche, enger zusammenzutreten, hatten eine günstige Rückwirkung in Regensburg ausgeübt: die vornehmsten Hindernisse der Gesammtberathung waren hinweggeräumt worden. Doch war die Gegenwirkung Oesterreichs, dem sich die meisten von Denen anschlossen, welche dem Bunde nicht beitraten, noch allezeit zu empfinden. Auch in den Jahren 1786 und 1787 betrafen die Verhandlungen doch nur unbedeutende Gegenstände: die Beiträge etwa zu dem Bau eines Archives zu Wetzlar, womit eine Reihe von Sitzungen hingebracht wurde; die Promotion zu dem Reichsgeneralat, die in einer Zeit, wo von keinem Reichsfeinde die Rede war, eine untergeordnete Bedeutung hatte, und nur dazu diente, die alten Gegensätze zwischen evangelischen und katholischen Ständen bei der Reichsbewaffnung hervorzurufen. Die beiden Generale, die den meisten Anspruch hatten, waren Protestanten: es schien, als ob ihnen unter dem Einfluß Oesterreichs und seiner Anhänger Katholiken vorgezogen werden sollten: der feurige und wachsame Schwarzenau drohte mit dem äußersten Mittel, einer Itio in Partes, wenn man diesem Vorhaben weitere Folge gebe. Es wurde in der That rückgängig, und dem Dienstalter blieb sein Vorzug gewahrt. Sehr zufrieden damit führt doch der preußische Gesandte seinem Hof immer zu Gemüth, wie viel wichtigere Gegenstände in Bezug auf Rechtspflege und Gesetzgebung vorgenommen werden sollten [1]).

Nun aber hatte sich dem Fürstenbunde durch den Beitritt des Kurfürsten von Mainz, dem als dem Reichserzkanzler die Einleitung der Reichsverhandlungen zukam, ein andrer Mittelpunkt

1) Die Berichte J. B. von Schwartzenau's, besonders vom 11. Mai 1786, 4. März 1787; doch müssen sie alle consultirt werden.

gebildet, von dem für diese Angelegenheit ein neuer Antrieb ausgehen mußte.

Nachdem die Coadjutorwahl definitiv vollzogen worden, begab sich Carl August Anfang Juni 1787 nach Aschaffenburg, um den deshalb veranstalteten Festlichkeiten beizuwohnen. Er fand das Verhältniß zwischen dem Kurfürsten und dem Coadjutor nicht so, wie sich wünschen ließ. Ueber die für den letzteren erforderliche Ausstattung war eine Verstimmung eingetreten, die durch andere Mißverhältnisse an dem kurfürstlichen Hofe genährt wurde. Wie sich aber dabei doch Kurfürst Carl Friedrich die möglichste Mühe gab, jeden Anstoß zu vermeiden, so setzte sich nach einiger Zeit alles ins Gleiche. Der Kurfürst führte seinen Adoptivsohn, wie man Dalberg nannte, in das Geleise der von ihm eingeschlagenen Politik ein. Dalberg erschien als der Schüler, der Kurfürst als der Lehrer, und zwischen beiden bildete sich besonders über die Fortentwickelung der Union ein vollkommenes Einverständniß.

Die Stellung, welche der Herzog von Weimar, dessen man sonst nur in literarischen Beziehungen gedenkt, in der Mitte der deutschen Fürsten einnahm, wuchs von Tage zu Tage an politischer Bedeutung. Zuerst an ihn wendete sich der Kurfürst mit seinen Entwürfen für Wirksamkeit und Befestigung des Bundes.

Damals bezogen sich diese besonders auf zwei Punkte, von denen der eine, indem man dabei von dem allgemeinen Bedürfniß der Vertheidigung ausging, doch zugleich ein territoriales Interesse hervorhob; er war besonders auf die dem Kurstaate Mainz zu gebende Wehrverfassung gerichtet. Graf Hatzfeldt, General in mainzischen Diensten, machte darauf aufmerksam, wie leicht die Festung Mainz den Franzosen, die man damals noch als Verbündete von Oesterreich dachte, in die Hand fallen könne. Sie würden sich dann an Rhein und Main ungehindert ausbreiten, dort ihre Magazine anlegen und für den Fall einer unglücklichen Wendung ihres Angriffs für ihren Rückzug gesichert sein: leicht könne damit ein Unternehmen des Kaisers auf Baiern und Pfalz in Verbindung treten. Auch des Landgrafen von Hessen sei man nicht so vollkommen sicher, daß man nicht einen Anfall von seiner Seite zu besorgen habe. Gegen alles dies würde die Herstellung der Festung Mainz und die Vermehrung der mainzischen Truppen auf das Doppelte Schutz gewähren. Die kurfürstlichen Landschaften aber seien unfähig, den hierzu erforderlichen Aufwand zu bestreiten, und nur Subsidien der größeren Höfe würden es möglich machen.

Wie wichtig die Verstärkung der Festung von Mainz für Deutschland überhaupt war, haben spätere Ereignisse an den Tag gelegt und konnte man sich schon damals nicht verbergen. Aber an den Festungswerken hat es eigentlich nicht gefehlt, sondern an dem Geist und dem Willen, sie zu vertheidigen. Auf den Entwurf des Kurfürsten und seines Generals in dieser Hinsicht ging nun Carl August nicht ein. Er bemerkte, genügende Bewaffnung sei für einen geistlichen Staat, wo der Soldat nicht geehrt und das Commando nach Gunst vergeben werde, fast unmöglich. Sollten Subsidien gezahlt werden, so würden sie viel besser bei dem Herzog von Braunschweig angebracht sein, der dann auch den Landgrafen im Zaum halten könne. Wollte man in Mainz zu Rüstungen schreiten, so würde man das Reich in eine allgemeine Aufregung setzen und allen ferneren Beitritt zu dem Bunde verhindern. Auch entspräche das nicht der Aufgabe des Reichserzkanzlers. Der sollte vielmehr seine ganze Aufmerksamkeit auf die Reichsverfassung richten; vor allem dahin arbeiten, daß der Kaiser nicht mehr durch den Reichshofrath auf die kleinen Fürsten und den hohen Adel einen nur ihm vortheilhaften Druck ausüben könne; ferner die Visitation des Reichskammergerichts in Gang setzen; endlich die Verbesserung der Reichsgesetze in Angriff nehmen. Zu dieser Thätigkeit, die bei der Aufnahme des Reichserzkanzlers in den Bund vornehmlich ins Auge gefaßt worden war, suchte Carl August denselben anzuhalten.

Bei dem Ausbruch der Irrungen in Holland, die auch den Herzog von Weimar als preußischen General ins Feld riefen, nahm er mit Einwilligung des Königs seinen Weg nochmals über Aschaffenburg: er blieb einen oder zwei Tage bei dem Kurfürsten. In ihren Conferenzen wurde nun vornehmlich der andere von Mainz in Anregung gebrachte Entwurf erwogen. Derselbe ging auf die Berufung eines Congresses der Verbündeten nach Mainz, an welchem auch die minder mächtigen Mitglieder auf eine oder die andere Weise theilnehmen könnten und dem Bunde eine gemeinschaftliche politische Action verschafft werden sollte. Ohne dessen Zustandekommen, sagte der Kurfürst, würde die Union nur eben ein schöner Gedanke bleiben, wie andere, die mit der Zeit in Nichts zerfallen seien: die verbündeten Fürsten würden das Vertrauen verlieren, wenn man nicht baldigst dazu schreite. Und darauf nun ging der Herzog mit allem seinem Eifer ein; er schrieb dem König darüber

von Frankfurt aus[1]). Noch vollständiger erhellt seine Idee aus einem Schreiben, das er an Hardenberg, damals noch braunschweigischen Minister, in der Sache richtete.

Den Congreß, sagte er, zu Stande zu bringen, würde ein großer Schritt sein, um die deutsche Reichsverfassung zu befestigen und zu verbessern und Deutschland von der Herrschaft der Indolenz und Ungerechtigkeit zu befreien. „Es ist Ihnen nicht unbekannt, daß durch die Langsamkeit des Reichstags, das was man thun möchte, verhindert wird. Die Uebelgesinnten bedienen sich dieser Stagnation, um ihre schlechten Zwecke zu erreichen. Der gegenwärtige Reichserzkanzler und sein Coadjutor, die thätigsten, welche Deutschland jemals besessen hat, wünschen nun, daß die zur Erhaltung ihrer Existenz verbündeten Fürsten, durch zuverlässige Minister vertreten, sich in Mainz vereinigen, um die Anträge vorzubereiten, die man an dem Reichstage gemeinschaftlich durchzuführen beabsichtigt. Man wird daran gehen, unsere Gesetzgebung zu verbessern, die Visitationen unserer Reichstribunale wiederherzustellen, den Doctrinen des kaiserlichen Hofes und seinen Usurpationen zu widerstehen und alle Streitigkeiten, welche die Reichsstände entzweien, zu beseitigen. Diese Vorarbeiten würden auf den Reichstag zurückwirken: man würde sich dort leichter über jeden Artikel verständigen. Der Congreß würde sich damit beschäftigen, auch die übrigen Fürsten zur Union herbeizuziehen. Die Unterscheidung zwischen Kurfürsten und einfachen Reichsfürsten würde dabei wegfallen; jedes Mitglied der Union würde so gut eine Stimme haben wie die anderen." Ein Entwurf, wie man sieht, von der größten Tragweite, der, indem er für den Bund eine gleichmäßigere, den Formen des Reiches nicht durchaus entsprechende Verfassung in Aussicht nahm, demselben zugleich eine entscheidende Einwirkung auf die Reichsangelegenheiten verschaffen sollte. Darin lag die vornehmste historische Frage, in wie fern eine enger zusammenschließende Gestaltung von Deutschland mit den bestehenden Formen der Reichsverfassung sich würde vereinigen lassen oder nicht.

1) Von diesem Schreiben lagen mir der Entwurf in Weimar und die originale Abschrift, die an den König eingesendet wurde, vor. Die Sorgfalt, mit der der Herzog arbeitet, läßt sich daraus abnehmen, daß er das Wort, das er dem Kurfürsten in den Mund legte: notre Union n'est qu'une belle image, in dem Schreiben selbst treffender ausdrückt: n'est qu'une belle ébauche.

Die nächste Absicht des Herzogs und des Kurfürsten war, daß Stein, zum Gesandten des Königs ernannt, die Direction der ganzen Angelegenheit in die Hand nehmen sollte. Der Herzog wollte ihm einen Secretär seiner eignen Wahl beigeben [1]. Die Ernennung Steins ging nicht ohne einigen Widerstand von Seiten der alten Diplomaten durch; sie war hauptsächlich das Werk des Herzogs: in kurzem finden wir Stein in öffentlich anerkannter Wirksamkeit in Mainz. Für den Mann selbst ein prächtiger Wechsel. In Berlin lag ihm amtlich unter Anderem das Geschäft ob, die königlichen Schlösser mit dem erforderlichen Brennholz zu versorgen: jetzt trat er in eine großartige, die Zukunft des Reichs betreffende Thätigkeit.

Carl August hatte bereits einen Plan ausgearbeitet und in Mainz vorgelegt, nach welchem die Sache angegriffen werden möge. Sehr umfassend waren seine Vorschläge. Er dachte ein allgemeines deutsches Gesetzbuch für Civilrecht und Criminalrecht, eine durchgreifende Verbesserung der Rechtspflege überhaupt zu veranlassen: womit dann der Austrag der Frage über Visitation der Reichsgerichte und Recurse an den Reichstag zusammenhing. Carl August meinte, die unirten Fürsten sollten einen gemeinschaftlichen Antrag zu diesem Zweck am Reichstage stellen, und zwar bereits einen sehr ausgearbeiteten: auch die Rechtsgelehrten der verschiedenen Landschaften wären aufzufordern, ihre Gutachten darüber abzugeben.

Der Kurfürst von Mainz machte einige Einwendungen: der Entwurf erschien ihm zu umfassend, und ein gemeinschaftlicher Antrag sogar gefährlich. Denn schon sei das Reich zwischen den beiden Confessionen zerspalten; neben diesen werde die Union als dritter, ohne gebeten zu sein, „reformiren wollender Reichstheil" erscheinen, was nur den übelsten Eindruck machen könne. Seine Meinung war, daß man bei dem unmittelbar Vorliegenden stehen bleiben und nur zunächst auf die Visitation der Reichsgerichte dringen solle: daran könne sich nach der Hand eine Erörterung der Recurse und die Verbesserung des gesammten Reichssystems anschließen.

Neben den auf eine Abstellung der alten Gebrechen durch Verhandlung an den Reichstag gerichteten Vorschlägen brachte der

1) Daß er sich dazu eines Mannes bedienen wollte, der damals in Hardenbergs Diensten stand, gab Anlaß zu dem erwähnten Briefe, der sich zufällig in den zerstreuten Papieren zu Neu-Hardenberg gefunden hat. Die Antwort Hardenbergs hat sich noch nicht gefunden.

Herzog von Weimar auch politische, von den Regierungen gegen das Umsichgreifen des Wiener Hofes zu verabredende Vorkehrungen zur Sprache. Noch immer schien der Kaiser die Erwerbung von Baiern nicht aufgegeben zu haben; und man besorgte andere Uebergriffe. Carl August wünschte bestimmtere Voranstalten, als die in den Unionsacten enthaltenen. Man wird noch einmal an die Vorkehrungen erinnert, welche die Union und die Liga in dem 17. Jahrhundert jede von ihrer Seite für nothwendig hielten, nur daß jetzt von keinem Unterschied der Religion die Rede war. Der Reichserzkanzler sollte in dieser seiner Eigenschaft die Initiative ergreifen: den von dem Kaiser und jetzt nach seinem Beispiel von dem Kurfürsten Carl Theodor in dem Umfange ihrer Diöcesanrechte bedrohten Bischöfen wollte man einen unmittelbaren Rückhalt gewähren [1]. In der Hauptsache stimmte der Kurfürst-Erzkanzler, doch nicht in jedem Punkte diesen Vorschlägen bei. Absichtlich schwieg er über eine künftige Capitulation des Kaisers: die Festsetzung derselben hielten die Kurfürsten für ihre eigene Prärogative. Sonst ging er wohl noch schärfer gegen den Kaiser an, als der Herzog. Er brachte die zweifelhafte Gültigkeit des alten Privilegiums des Hauses Oesterreich zur Sprache, ferner die Ausdehnung der kaiserlichen Reservate, sowie selbst den Fall, daß eine erzwungene Majorität auf dem Reichstage zur Ausübung von Gewaltsamkeiten führe. Er erinnerte ferner, daß der vornehmste Zweck des Bundes nicht so sehr auf eine Umgestaltung der Reichsjustizverfassung gegangen sei, als auf die Erhaltung der wohlhergebrachten Rechte eines Jeden, vornehmlich die Verhinderung der Einziehung von Baiern, die den Umsturz des Reichssystems hätte nach sich ziehen können. Die vom Herzog zur Abwehr neuer Gewaltsamkeiten in vorkommenden Fällen gemachten Vorschläge hatten nicht seinen Beifall: er hielt Maßregeln allgemeiner Natur für nothwendig. Jedermann im Reiche erwarte solche, und nur auf dieser Bahn würden sich Andere anschließen. Indem er nun bei der Idee eines Congresses im Allgemeinen beharrte, wich er doch in der Form, die er dem Zusammenwirken zu geben dachte, wieder einen Schritt davon zurück. Allerdings, sagte er, sei die Theilnahme Aller erforderlich, nicht jedoch gerade durch Abschickung und Zusammenkunft ihrer Gesandten, was einen Gegenreichstag ankündigen würde, sondern

1) „Plan, nach welchem die vorwaltenden Geschäfte nach und nach zu betreiben sein dürften." — (Im weimarischen Archiv.)

durch Vollmachten, die sie den kurfürstlichen Gesandten am mainzischen Hofe oder dem Herzog von Weimar geben könnten, von denen sie dann hinreichend unterrichtet werden würden, um ihre Entschließung zu fassen: er sei bereit, durch ein Circular die Verbündeten hierzu einzuladen [1]).

Der Kurfürst wollte unangenehmes Aufsehen vermeiden, die bestehenden Formen möglichst beobachten, namentlich auch seine eigene Stellung wahren; was er vorschlug, war doch mehr eine Correspondenz, als ein Congreß. Der Herzog hätte einen solchen in aller Form gewünscht, auch deshalb, um die Gleichberechtigung der Fürsten, ohne Rücksicht auf die herkömmlichen Unterschiede des Ranges, zur Erscheinung zu bringen; er dachte an eine gründliche und durchgreifende Umgestaltung der Justiz, wozu er die Mitwirkung der namhaftesten Fachgelehrten herbeizuziehen beabsichtigte.

Der Entwurf des Herzogs war kühner und weitausgreifender, als der des Kurfürsten, wie das der Stellung des einen und des andern in dem Reiche entsprach. Ueber den Zweck bestand kein eigentlicher Widerspruch: über die einzuschlagenden Mittel und Wege gingen die Meinungen sehr auseinander: man bemerkte selbst Abweichungen der Tendenz, die sich schwerlich jemals ausgleichen ließen.

Die Thatsache, daß die beiden thätigsten Mitglieder des Bundes über dessen Fortbildung nicht Hand in Hand gingen, bildete an sich einen großen Uebelstand [2]). Die minder mächtigen Mitglieder waren unzufrieden, daß für ihre Vertheidigung von Seiten des Bundes gegen den Kaiser, wenn er sie angreifen sollte, nichts geschah, noch auch nur in Berathung gezogen wurde. Und doch schien dieser Fall sehr möglich. Eben damals war es, daß eine Differenz zwischen Würtemberg und Oesterreich ausbrach. Man erfuhr, daß bei den Verhandlungen über die Vermählung des Erzherzog Franz mit der Prinzessin Elisabeth von Würtemberg die Verzichtleistung der letzteren auf ihre Ansprüche an Würtemberg, wie eine solche in ähnlichen Fällen gewöhnlich war, von dem Kaiser abgelehnt worden war. Der Herzog Carl Eugen, ihr Oheim, protestirte dagegen: denn er wollte die Rechte seines Hauses, die

1) Antwort des Churfürsten von Mainz auf den Plan u. s. w. d. d. 31. December 1787.

2) Rapport de Mr de Stein, 13. Janv. 1788, — aus dem man die Differenzen im Einzelnen besser entnehmen wird, als sie sich hier mittheilen lassen, — in den Analecten.

Selbständigkeit seines Landes nicht gefährden lassen [1]). Der Kaiser erwiederte dies mit der Erklärung, daß er hierauf den Titel eines Herzogs von Würtemberg, der seit dem Tode Carls VI. aus der österreichischen Titulatur verschwunden war, wieder in dieselbe aufnehme. Wie mußten da alle die Besorgnisse aufleben, die von jeher aus der österreichischen Anwartschaft auf Würtemberg entsprungen waren [2]). Auf den Herzog machte die Sache um so größeren Eindruck, da er auf einer Reise, die ihn nach Paris führte, mit minderer Zuvorkommenheit behandelt worden war als ehedem. Es kam hinzu, daß auch an dem Hofe zu Zweibrücken der französische Einfluß sich mit dem österreichischen vereinigte, um den Herzog von Preußen abzuziehen. Leicht aufgeregt, glaubten die Süddeutschen hierin eine Bedrohung zu erblicken, welche sie alle betreffe. Und mit Freuden bewillkommnete es der Hof von Baden, als der Herzog von Würtemberg die Absicht kund gab, sich der Union anzuschließen. Die preußischen Staatsmänner ließen nicht unbemerkt, daß der Herzog schon bejahrt und für die Gesinnung seines Nachfolgers keine Garantie vorhanden sei; der König selbst meinte, daß die Gefährdung der Succession Alles zusammenhalten werde. Mit lebendiger Aneignung wurde die Idee, wie sie ja an die ursprünglichen Pläne anknüpfte, von Carl August ergriffen. Alsdann, sagte er, könne man den ganzen schwäbischen Kreis zu einem Defensionssystem vereinigen, zumal wenn Dalberg auch zum Bisthum Constanz gelange; leicht könne man da 30,000 Mann ins Feld stellen; wenn dann die Truppen der beiden rheinischen Kreise hinzukämen und zugleich die Cavallerie von Hannover und von Hessen, so werde sich eine formidable Streitmacht bilden lassen: die Union werde das Uebergewicht in Ober-Deutschland erlangen. Sollten dagegen, so fährt er fort, die österreichischen Absichten auf Würtemberg Boden gewinnen, so

1) In einem Berichte des preußischen Gesandten Böhmer in Ansbach 4. April 1788. Le duc n'a eu d'autre biais pour sauver les droits de sa maison que de protester contre la validité de ce contrat de mariage.

2) Il fera publier une déduction pour prouver l'extinction de tout droit de la succession de la maison d'Autriche sur le pays de Wurtemberg (après la mort de Charles VI. supposé toutefois, qu'il en eût exsisté jusqu'à ce terme-là). Die Deduction ist wohl keine andere, als der Aufsatz Spittlers: von dem österreichischen Anwartschaftsrechte auf Würtemberg, welcher 1790 erschien (Werke XII. n. V.). Spittler hebt zugleich die augenblicklich eintretenden Wirkungen eines anerkannten Successionsrechtes hervor.

würde das Reichssystem in eine nicht geringere Gefahr gerathen, als durch den Austausch von Baiern [1]). Und selbst von diesem nahm man an, daß er nur etwa bis auf den Tod des Herzogs von Zweibrücken verschoben sei. Auf's neue erwachte hierüber der Eifer des Kurfürsten von Mainz. Er fragte an, ob die mächtigeren Höfe schon bedacht hätten, was alsdann geschehen solle. Sehr wahr, daß an einer Verbesserung der Reichsverfassung viel gelegen sei: man habe dabei nicht einmal vielen Widerspruch von Oesterreich zu fürchten: aber sie könne zu nichts führen, wofern Oesterreich zu Vergrößerungen gelange, durch welche ihm das factische Uebergewicht im Reiche zufalle.

Manche fürchteten bereits, da sich die orientalischen Angelegenheiten jeden Augenblick mehr verwirrten, einen Rückschlag derselben auf Deutschland — etwa einen Kampf Englands und seiner Bundesgenossen zu Gunsten der Osmanen gegen Oesterreich, das diese angreife, wahrscheinlich, ohne sich deshalb von Frankreich zu trennen, — einen inneren Krieg auf deutschem Boden.

Von dem, was vorgeht, ist nicht immer das das Wichtigste, was dabei zu Stande kommt. Die Entwürfe, mit denen man sich damals in Deutschland trug, werden allezeit als ein historisches Moment von Bedeutung betrachtet werden müssen. Noch auf dem Boden des Reichs dachte man an eine feste Gestaltung einer von den Formen desselben nicht mehr beherrschten, wiewohl nicht unabhängigen Einigung, an eine bewaffnete Aufstellung, welche ihr Festigkeit geben, und zugleich eine Reform der Reichsverfassung, welche doch nicht auf diese beschränkt sein, sondern allgemein wirksam werden sollte.

Ob das nun aber unter den obwaltenden Verhältnissen zu erreichen war, ob sich die Interessen der Verbündeten, die noch sämmtlich gleichberechtigte und auf ihre Selbständigkeit eifersüchtige Staaten bildeten, zu einem Einverständniß über dieselben vereinigen ließen?

Die einander widersprechenden Gutachten des Kurfürsten und des Herzogs, die nach Berlin gingen, gaben zu ministeriellen Erörterungen Anlaß, die, im Princip die allgemeine Tendenz festhaltend, die Sache doch nicht förderten. Ein ausführliches ministerielles Rescript, das sich sonst dem mainzer Entwurfe näherte, fügte demselben unannehmbare, selbst verletzende Modificationen hinzu.

1) Schreiben des Herzogs vom 17. Febr. 1788.

Diese wurden von Stein und Carl August einzig auf die Rechnung Hertzbergs geschrieben, der niemals etwas annehmen könne, was von Anderen gemacht worden sei, ohne etwas von dem Seinen hinzuzufügen. Auch für seine Sudeleien, wie die zuletzt eingegangene, wolle er noch gelobt sein! Sie gaben um so weniger darauf, als Friedrich Wilhelm II. selbst, den man daran mahnte, daß er ja noch vor seiner Thronbesteigung den Gedanken der Union gefördert und ins Leben zu rufen hauptsächlich beigetragen habe, sich über seinen Wunsch, sie zu voller Thätigkeit zu bringen, mit standhafter Entschiedenheit ausdrückte. Es war sehr sein Ernst, daß es in Mainz zu gemeinschaftlichen Unterhandlungen im Sinne der Union kommen möge, wobei nur der Kurfürst von Mainz sich nicht als Bundesoberhaupt betrachten dürfe. Dagegen lauteten die Aeußerungen, die von Sachsen und Hannover einliefen, in den Hauptsachen ungünstig; das Vorhaben der Correspondenz der kurfürstlichen Höfe mit den fürstlichen, auf dem Alles beruhte, wurde von ihnen geradezu verworfen. Sachsen erklärte, es stehe mit keinem seiner fürstlichen Nachbarn in einem so vertraulichen Verhältniß, daß es mit ihnen in diesen Angelegenheiten in Benehmen treten könne. Nach der Ansicht, die man in Dresden hatte, sollten die drei Kurfürsten vor Allem unter sich über die Gegenstände, sowie über die Art und Weise der Berathschlagungen übereinkommen und dann bestimmen, was davon den andern Mitgliedern zu eröffnen sei. In Hannover wurden gewichtige Einwendungen vorgebracht, welche aus der althergebrachten Form der Verfassung entnommen waren. Stein fand sich zwischen der hannoverischen Pedanterie und der sächsischen Furchtsamkeit — denn da vergesse man keinen Augenblick, wie nahe die böhmische Grenze sei, — und zugleich neben einem eigensinnigen Minister in unangenehmem Gedränge. Wie sollte er den Kurfürsten von Mainz, der doch auch viel Ehrgeiz hatte, festhalten und angemessen behandeln? War demselben doch „der allergeheimste Artikul" des Bundes noch immer nicht mitgetheilt worden. Und wenn etwa der Plan dahin gehe, die gesammte Correspondenz in die Hände des preußischen Gesandten (d. h. die eigenen Steins) zu legen, so hatte er wenig Hoffnung, daß sich die Fürsten in dieses Ansinnen fügen würden: denn so gut preußisch gesinnt seien sie nicht. Er zweifelte zuweilen, ob die Union überhaupt bestehen könne und werde. In ärgerlicher Verstimmung spricht er wohl einmal den Wunsch aus, aus diesem Irrgarten der Politik wieder erlöst zu sein.

Herzog Carl August war nicht so leicht entmuthigt. In seiner Denkweise lag es, das Gute festzuhalten, wenn es auch nicht das Beste war. Widerlegungen wollte er nicht auf's neue widerlegen. Aus den Hertzberg'schen Rescripten entnahm er hauptsächlich das, was zu dem großen Vorhaben im Allgemeinen diente. Er schloß sich jetzt dem Sinne der kurerzkanzlerischen Vorschläge nun auch seinerseits an: denn allerdings konnte eine Versammlung der Fürsten das Ansehen eines Gegenreichstags haben. Aber sehr dringend empfahl er [1], die Mitglieder des Bundes durch ein Circular einzuladen, die kurfürstlichen Gesandten, die in Mainz beglaubigt seien oder es sein würden, mit ihren Vollmachten zu betrauen. Er seinerseits sei bereit, die seinen dem Landjägermeister, Baron Stein, als brandenburgischem Gesandten zu geben, wenn dieser nur ermächtigt werde, sie anzunehmen; seinem Beispiel würden Mecklenburg, Ansbach, Anhalt folgen; Braunschweig und Gotha würden sich an Hannover halten. Er beklagt, daß man neue Versuche der österreichischen Politik auf Zweibrücken und Constanz, sowie die Vergewaltigungen gegen Passau unbemerkt habe vorübergehen lassen: man hätte seine Stimme laut dagegen erheben sollen.

Dem Entwurfe eines Circulars, welches der Kurfürst von Mainz, jedoch nicht ohne vorgängige Billigung der verbündeten weltlichen Kurhöfe, erlassen wollte, fügte Stein die Bemerkung hinzu, daß es doch nicht speciell genug sei, um die Erwartungen der Fürsten zu befriedigen: es würde scheinen, als sei es darauf abgesehen, die Verhandlungen mit unnöthigem Geheimniß zu umgeben [2]. Seine Ansicht war, daß die Visitation der beiden Reichstribunale mit Bestimmtheit als das nächste Object der gemeinschaftlichen Bestrebungen bezeichnet, und jeder Hof aufgefordert werden solle, seine Meinung darüber kund zu geben; der Kurfürst von Mainz werde darauf antworten; durch Rede und Gegenrede werde man sich zuerst über diesen Gegenstand und jeden anderen verständigt haben, wenn er am Reichstag zur Berathung komme.

In Berlin fand er damit keinen Beifall, weil es zu großes Aufsehen machen und zu viel Widerspruch erwecken würde. Man blieb bei dem Vorschlag stehen, daß die kurfürstlichen Höfe sich mit den ihnen am nächsten verbundenen fürstlichen über die am Reichstag zu machenden Anträge vereinigen sollten. Diese aber würden

1) Sein Schreiben à Mr. le Comte de Hertzberg 18. Febr. 1788.

2) Il est à craindre, que l'apparence d'un ensemble couvert des voiles du mystère n'effarouche les gens soupçonneux et timides.

dann nicht als gemeinschaftliche erscheinen, sondern der Kurfürst von Mainz würde sie in seiner Qualität als Director des Reichstags einbringen; die Unirten sollten nur eben in seinem Sinne stimmen. Wenn Mainz gerathen hatte, die Gültigkeit der alten Privilegien des Hauses Oesterreich zu untersuchen, so wandte man ein, das liege zu weit ab und würde nur Haß erwecken. Auch dürfe nicht sofort die Visitation des Reichshofraths in Angriff genommen werden: zunächst würde die des Kammergerichts genügen. In Bezug auf die neue Capitulation hielt man in Berlin daran fest, daß sie von dem Gutachten der Kurfürsten abhängig bleiben müsse: die andern Fürsten könne man nur hören.

Man erkennt hier die ganze Schwierigkeit, welche eine Erhebung des Bundes zur wirklichen Activität in den Reichsangelegenheiten hatte. Die Fürsten konnten nicht versammelt werden, ohne daß es das Ansehen gewonnen hätte, als wolle man einen Gegenreichstag aufstellen, aber man konnte auch keinen vorbeigehen, ohne ihn zu verletzen und zu entfremden. Der Ehrgeiz Carl Augusts war gerade dahin gerichtet, den minder mächtigen Fürsten einen wirksamen Antheil an den allgemeinen Angelegenheiten zu verschaffen. Und wenn es nur darauf angekommen wäre, gemeinschaftliche Anträge am Reich einzubringen, so konnte auch dies das Bedenken erregen, als suche der Bund das Reich zu beherrschen, was die Nichtunirten beleidigt hätte.

Die Correspondenzen sind voll von Entwürfen, die etwas Unausführbares haben, und von Erwartungen, die über die Lage der Dinge weit hinausgehen; doch sind sie von ehrlichen Bemühungen, die Schwierigkeiten zu überwinden, durchsetzt. Mit größter Theilnahme begleitet man Carl August, der zurückweichend und vordringend die große Idee immer aufrecht hält. Als eines der besten Producte seines Geistes darf das Schreiben angesehen werden, mit welchem er das kursächsische Ministerium von seiner Tendenz unterrichtete und in dieselbe herüberzuziehen suchte [1]). Er hoffe, sagt er darin, noch immer trotz aller Hindernisse, welche die Gewohnheit der Zeit in den Weg lege, die alte deutsche Denkungsart zu erwecken. Er setzte ausführlich auseinander, daß es bei der Union vor Allem darauf abgesehen sei, die getheilten Absichten und Kräfte auf Einen Punkt reger und zuverlässiger Wirksamkeit zu vereinigen. Die Ent-

1) Schreiben an Herrn Conferenzminister Löben in Dresden, 30. März 1788, im weimarischen Archiv. (Vgl. Analecten.)

würfe, die man gemacht habe, seien auf eben das gerichtet, was jeder Fürst im eignen Lande bezwecke: eine angemessene und weise Einrichtung. Das Nämliche ungefähr solle auch im Ganzen erreicht werden. Dem Geiste der Trägheit, der die Reichsfürsten seit dem westphälischen Frieden drücke, solle ein Ende gemacht, und der Nationalgeist, der in seinen letzten Spuren erlösche, wieder erweckt werden. Als den Hauptmangel der Union bezeichnet er, daß den minder mächtigen, nicht einmal vollständig unterrichteten Fürsten keine Sicherheit geboten werde. Man wisse nicht, wie viel eintretenden Falls ein jeder zu leisten habe nach dem Zustande seiner Finanzen und der Bevölkerung, ob sie nicht von den mächtigeren mit Willkür würden herangezogen werden. Es stehe noch immer so, daß den Absichten Josephs kein wirklicher Widerstand entgegengesetzt werden könne. Man werde leicht in eine ähnliche Situation gerathen, wie im Jahre 1778, wo sich Preußen und Sachsen allein schlagen mußten und das übrige Deutschland so wenig that als möglich. Wenn man die Sachen dem Ungefähr überlasse, so dürfe man auch nichts erwarten, als was das Ungefähr mit sich bringe. Vor dem Kaiser brauche man sich jetzt nicht zu fürchten: denn er habe den Gegenbund, mit dem er umgegangen, nicht zu Stande gebracht, und wenn er selbst mit Hand anlege, das Reichssystem zu verbessern, so sei das ja eben das, was man wünsche. Gewiß, die Union solle nicht als ein getrennter Körper im Reich auftreten, aber jeder patriotische Fürst müsse von ihr eine kräftige Unterstützung erwarten. Warum wolle man jetzt den Kurfürsten von Mainz, der so viel guten Willen zeige, von den Berathschlagungen der drei andern Kurfürsten ausschließen? Warum bestehe man auf einer Separation der Fürsten von den Kurfürsten? Wolle man den Reichstag bei der Union zum Muster nehmen, dann hätten die Kurfürsten den Bund unter sich allein machen sollen. „Die Union, soweit sie Union ist, setzt Gleichheit der Rechte voraus und verbindet zu einerlei Pflichten. Insofern die Capitulation innerhalb der Union in Betracht gezogen wird, müssen alle Glieder derselben daran Theil nehmen, weil es das Wohl des Allgemeinen, des Staates und des Reiches ist, worüber sich verbündete Stände ohne Abtheilung in Klassen berathen.“ Damit verringere man nicht die Rechte der Kurfürsten, noch erhöhe man die der Fürsten.

Aeußerungen, die noch einmal den Sinn aussprechen, aus welchem die ersten Verbindungen der minder mächtigen Fürsten unter einander hervorgegangen waren. Ein Geist athmet in ihnen,

der fähig war, nicht allein die Union zu beleben, sondern die Nation überhaupt. Doch kann man nicht leugnen, daß die Vorschläge mit der Form der Reichsverfassung und der hergebrachten Gliederung der Stände zusammenstießen. Was man auch sagen mochte: die Frage war, ob ein Congreß der verbündeten Stände oder die Reichsversammlung die allgemeinen Angelegenheiten in die Hände nehmen sollte. So verhielt es sich ohne Zweifel, wie Stein und Carl August annahmen, daß der König von Preußen auch zu dem Ersten sich entschlossen haben würde, wenn es sich nöthig und nicht allzuschwierig gezeigt hätte. Die Minister, die auch ihrerseits kurfürstliche Rechte wahrzunehmen hatten, waren mehr auf das Gewohnte und Herkömmliche angewiesen. Sie mußten sich hüten, die vornehmsten Mitglieder des Bundes zu beleidigen und zu reizen. Man nahm wahr, daß Sachsen und Hannover eifersüchtig auf den Einfluß wurden, den Brandenburg im Reiche erhielt [1]). Denn noch mehr bedeutet allezeit das dauernde Machtverhältniß, als der gute Wille, der aus einer vorübergehenden Bundesgenossenschaft entspringen mag. In Dresden brachten die Erinnerungen Carl Augusts keine Wirkung hervor. Wie die Dinge nun einmal lagen, blieb es doch dabei, daß die allgemeinen Angelegenheiten in den bisherigen Formen am Reichstage zu Regensburg verhandelt werden mußten.

Es war hauptsächlich eine Rückwirkung der Association, des durch dieselbe geweckten Gefühls für das deutsche Gemeinwesen und des Zusammenstehens der drei weltlichen Kurhöfe mit dem mainzischen, daß die Reichsversammlung sich einigermaßen wieder belebte. Im December 1787 trat der mainzische Directorialbevollmächtigte Karg mit einem dahin zielenden Antrag auf. Im Kreise der versammelten Reichstagsgesandten fragte er an, ob man nicht endlich eine der größeren Angelegenheiten in Berathung nehmen und Instruction

1) Aus einem Schreiben Steins an Lucchesini. Le duc m'a communiqué la lettre du Ministère d'Hannover à celui de Dresde, qui prouve mieux que toute autre chose, combien peu de Messieurs ont envie de faire prospérer le système de l'Union de l'Empire proprement dit. Je suis persuadé, que la jalousie des succès du Roi dans tout ce qu'il a entrepris jusqu' ici dans ces contrées, leur inspire cette conduite et les engage à cacher sous le manteau de la pédanterie du XVI^me siècle et d'un language analogue au tems de la reformation le dessein assez évident de tout gâter par ici, pour empêcher, que l'influence de notre cour n'augmente insensiblement.

der verschiedenen Höfe darüber erbitten wolle: etwa über die Jurisdiction des Kammergerichts oder über eine Recurssache oder eine militärische, z. B. die Demolition von Philippsburg. Damit ward nun nicht sogleich ein günstiger Erfolg erreicht: die Gegner tadelten das Unbestimmte und Dilatorische des Antrags; sie sprachen die Vermuthung aus, daß man nur Zeit gewinnen wolle, um indeß die wichtigeren Angelegenheiten auf dem Congreß der Union, von dem ein Gerücht über Wien nach Regensburg gedrungen war, vorzunehmen. Durch die Einwirkung der weltlichen Kurhöfe wurde Karg bewogen, den auf das Justizwesen bezüglichen Anliegen den Vorzug zu geben und zwar zunächst der Frage über die Einrichtung der kammergerichtlichen Senate. Auch hiergegen erhob Borié seine Stimme in alter Weise; er behauptete, das ganze Justizwesen stehe in so engem Zusammenhange, daß sich ein einzelner Punkt nicht herausheben lasse; wenn man dies dennoch versuche, so liege allem Anschein nach die Absicht zu Grunde, die Entscheidung der übrigen, die ganze Legislation nach Mainz zu ziehen. Wie sehr aber griff er mit dieser Vermuthung fehl; soweit war, wie wir wissen, das Verständniß unter den unirten Fürsten nicht gediehen; ihre Absicht war in der That die angegebene, den Reichstag durch eine Deliberation von einiger Bedeutung wiederzubeleben. Es ist wohl der Mühe werth, dabei zu verweilen, und noch einmal an der Scheide der Epochen eine Reichstagsverhandlung über eine nicht gerade politische, sondern friedliche und reichsrechtliche Frage in ihrem Verlauf zu begleiten. Die vorliegende war nicht ohne eine gewisse Bedeutung. Sie betraf die Erklärung eines im Jahre 1775 gefaßten Schlusses über die Senate, kraft dessen wichtige Erkenntnisse nicht anders, als im Beisein von sechs Beisitzern abgefaßt werden sollten. Das Kammergericht verstand dies so, daß kein Senat mehr als sechs Mitglieder haben dürfe: von den Reichstagsgesandten wurde es so aufgefaßt, daß kein Senat weniger als sechs haben solle, wohl aber mehrere haben könne. In einem hiermit nahe verwandten Punkte, bei der Adjunction halber oder ganzer Senate in Restitutionsangelegenheiten, hatte das Kammergericht provisorische Entscheidung in seinem Sinne getroffen. Wenn es nun für die Ausübung der Justiz von Wichtigkeit war, die Ansicht des Reichstages durch Beschluß festzustellen, so lag doch der Schwerpunkt der Sache noch mehr darin, daß wieder einmal eine Reichsdeliberation in aller Form vorgenommen wurde. Der eifrige Schwarzenau, der immer dahin gestrebt hatte, war vor Eröffnung derselben im December

gestorben[1]; an seiner Stelle erschien im Frühjahr 1788 Graf Eustach von Görz als preußischer Gesandter in Regensburg. Er ist jener Erzieher des Herzogs von Weimar, der vor dem bairischen Erbfolgekrieg, in preußische Dienste gezogen, durch seinen Einfluß auf den Herzog von Zweibrücken eine rechtliche Grundlage für den Krieg geschaffen hat. Seitdem war er in verschiedenen Gesandtschaften beschäftigt, nicht gerade allemal mit Erfolg, aber immer mit Geist, von jeher Anhänger des Fürstenbundes und von der Idee durchdrungen, dem Reiche auf Grund desselben einen neuen Impuls zu geben. Mit aller Energie nahm er die kammergerichtliche Angelegenheit auf.

Dabei kam ihm dann zu Statten, daß unter den verschiedenen Gesandten des Hauses Oesterreich nicht mehr die alte Einmüthigkeit herrschte. Der Gesandte für Kurböhmen, Graf Seilern, hatte sich schon immer sehr versöhnlich gezeigt: soeben langte Baron Leykam an, ein praktischer Staatsmann von einiger Erfahrung und dem Wunsche nicht umsonst zu arbeiten. Hinter ihnen trat Borié, welcher einst das gesammte Reichstagswesen dirigirt hatte und das unverwüstliche Selbstgefühl eines Parteiführers, der es gewohnt ist, eine zahlreiche Versammlung mit sich fortzureißen, augenscheinlich noch immer nährte, wie die vorliegende Verhandlung zeigte, nunmehr doch einen Schritt zurück; aber vernichtet war sein Einfluß noch nicht. Die preußische Gesandschaft klagt, daß er ihrer Offenheit nach wie vor mit Arglist begegne; seiner Einwirkung ward es zugeschrieben, wenn der bairische Gesandte, Graf Lerchenfeld, Anfang Juni, als die kammergerichtliche Sache zur Entscheidung gebracht werden sollte, sich anschickte, nach dem Karlsbade abzureisen, ohne einen Bevollmächtigten an seiner Stelle zu substituiren. Das würde denn die Sache über die bevorstehenden Ferien hinaus vielleicht um ein Jahr aufgehalten haben. Das laute Geschrei, das sich darüber erhob, und anderweiter Einfluß hielten den Gesandten ab, sein Vorhaben auszuführen. Danach trat aber ein anderes Hinderniß ein, das man nicht erwartete. Der hannoverische Gesandte Ompteda hatte bisher mit dem sächsischen und dem preußischen zusammengewirkt und dem Directorialgesandten, der Alles leitete, getreu-

1) Sein letztes Schreiben ist vom 17. Dec. 1787. Man rühmt ihm nach: Eifer für das königliche Interesse, Ehrfurcht gegen die Religion, große Kenntnisse in deutschen Reichssachen und untadelhaften Wandel. Die nächstfolgenden Berichte, die hier zu Grunde liegen, sind von dem Legationsrath Ganz.

lich zur Seite gestanden. Plötzlich bekam er von Hannover andere Weisungen. Hier gab es keinen Hof, der einen unmittelbaren Einfluß ausgeübt hätte, aber ein Ministerium, welches an dem einmal in Bezug auf die Form des Reiches ergriffenen System hartnäckig festhielt. Die neue Instruction enthielt eine Verwerfung der bisherigen Entwürfe; sie ließ die Meinung durchblicken, daß man es in Hannover besser verstehe, als überall anderwärts. Was bereits großentheils angenommen worden, wurde dort für unzuläſſig und selbst für gesetzwidrig erklärt. Wir erörtern hier nicht die Streitpunkte, wie man sie auch in Regensburg wenig erörtert hat. Man empfand dort hauptsächlich, daß noch in der letzten Stunde, nachdem Alles vorbereitet worden, von einem der unirten Höfe ein Widerspruch erfolgte, durch den die Sache ins Weite geschoben zu werden drohte. Man erlebte, daß Hannover alle möglichen Versuche machte, um seiner Ansicht Eingang zu verschaffen, was ihm denn auch bei so angesehenen Reichsfürsten wie Hessen-Kassel, Braunschweig und Mecklenburg wirklich gelang. Dadurch konnte aber das kurfürstliche Collegium, in welchem die Majorität unwiderruflich entschieden war, nicht mehr bestimmt werden. Nicht allein Sachsen, Brandenburg und Mainz hielten zusammen, sondern auch Köln und Trier schlossen sich an, und selbst Böhmen widerstrebte nicht. In dem kurfürstlichen Collegium hatte Hannover nur Pfalz-Baiern auf seiner Seite. Auf die Majorität in demselben gestützt, verfaßte dann der reichserzkanzlerische Gesandte ein Conclusum so umsichtig und bündig, wie es diesen Zeiten der praktischen Uebung in den Reichsgeschäften entsprach, und dies wurde dann dem fürstlichen Collegium vorgelegt. Noch immer war Borié nicht durchaus einverstanden. In Bezug auf die Adjunction in Executionssachen folgte er einer anderen Meinung als der von den Kurfürsten beliebten. Und so viel wurde dann durch die Gewohnheit, ihm zu folgen, bewirkt, daß in dem Fürstenrathe gerade ebensoviel Stimmen — ihrer 43 — widersprachen, als deren waren, welche das kurfürstliche Conclusum annahmen. Wenn es bei dieser Parität der Stimmenzahl blieb, so hätte die Abweichung des fürstlichen Collegiums von dem kurfürstlichen, die darin lag, eine definitive Beschlußfassung unmöglich gemacht. Noch einmal trat dann der Reichsdirectorialgesandte abhelfend ein. Er hatte zugegeben, daß ein paar Stimmen, über die er sonst verfügte, sich im Sinne Borié's erklärten. Diese fielen jetzt von demselben ab, so daß auch im fürstlichen Collegium eine Majorität für die Vorlage zu Stande

kam. Nachdem dergestalt Fürsten und Kurfürsten sich geeinigt hatten, wurde das Conclusum den Städten vorgelegt, die denn nicht säumten, sich anzuschließen [1]). Man war über den Erfolg fast erstaunt. Was so lange nicht geschehen, war erreicht: ein conclusum commune der drei Reichscollegien war gefaßt worden, ein Reichsgutachten im alten Sinne. Der Eindruck war ein allgemeiner im Reiche. Die Meinung ist geäußert worden, daß man, auf diesem Grunde weiter bauend, die Reichsverfassung in den Zustand wiederherstellen müsse, in welchem sie zu den Zeiten Maximilians des ersten gewesen sei. Denn eine lebendige, wiewohl nur auf fragmentarische Kunde gestützte Erinnerung war davon übrig, wieviel in jener Epoche auf der Action der Reichsversammlung beruht hatte. Ob es aber bei der ganz veränderten Weltlage möglich sein würde, darauf zurückzukommen, und in welcher Form, blieb doch unendlich zweifelhaft. Wenn wir sahen, was sich Alles dem festeren Zusammenschließen des Fürstenbundes und seiner gemeinsamen Thätigkeit in den Weg stellte, so war derselbe nun auch in den letzten Verhandlungen am Reichstag in den Nachtheil gerathen, daß der erreichte Erfolg, weit entfernt davon, ihm zugeschrieben werden zu können, mehr auf einer Annäherung einiger österreichischen Minister beruhte: nur durch eine Abstimmung zweifelhafter Art, nicht ohne indirecte Einwirkungen war es dazu gekommen. Wie leicht konnte ein ander Mal nicht auch das Gegentheil erfolgen. Um den gewonnenen Standpunkt festzuhalten, machte Graf Görz den Vorschlag, ohne Verzug noch vor dem Eintritt der großen Ferien festzusetzen, was nach denselben vorgenommen werden sollte, damit die Materien indessen von den Höfen in Betracht gezogen werden könnten. Aber soweit ging selbst die mainzische Freundschaft nicht, um ihn dabei zu unterstützen. Das Reichsdirectorium war darauf nicht gefaßt und ging darauf nicht ein.

So stand es in Deutschland in diesem Jahre. Indem sich Oesterreich anschickte, das Bereich seiner Machtentwickelung über das katholische Deutschland auszudehnen, hatte sich ihm eine Association hauptsächlich der protestantischen Fürsten mit großem Erfolg entgegengesetzt und unter der Führung Preußens einen überwiegenden Einfluß in allen Reichsangelegenheiten gewonnen. Wenn nun aber unter den unirten Fürsten die Absicht hervortrat, die Hebung der

1) Berichte von Görz nach Berlin, 22. Mai, 11. Juli. Von hohem Interesse sind seine Schreiben an Carl August.

alten Mängel der Reichsverfassung und Reichsjustiz in die Hand zu nehmen, so zeigte sich dabei vor Allem, wie wenig sie selbst unter einander einverstanden waren. Die Führung Preußens erregte, obwohl sie nicht sehr energisch auftrat, die Eifersucht der verbündeten weltlichen Kurhöfe. Der Kurfürst-Reichserzkanzler wurde von ihnen, so sehr auch seine Autorität für das Vorhaben der Reichsreform nothwendig war, doch nicht als ein vollkommen gleicher angesehen und behandelt. Dabei aber hatten die vier Kurhöfe doch wieder ein gemeinschaftliches Interesse gegen die Fürsten, die ihrerseits nach der Abstellung dieses untergeordneten Verhältnisses trachteten. Allen aber stand das mächtige Haus Oesterreich gegenüber, durch dessen Einwirkung, wiewohl es in einzelnen Fragen nachgab, doch im Ganzen eine dem Bunde widersprechende Richtung festgehalten wurde. Es war immer von Bedeutung, daß eine Anregung zur Wiederbelebung der allgemeinen Interessen gegeben und eine stattliche Genossenschaft gebildet war, um die Rechte eines jeden zu behaupten und ihrer Verletzung zu widerstreben. Denn nicht auf einen Umsturz, sondern auf eine Wiederherstellung des alten Systems mit Einschluß der Organisation der katholischen Kirche war es bei dem Fürstenbunde abgesehen. Aber die inneren Gegensätze waren so stark, daß sie sich, wie die Menschen und Dinge nun einmal sind, schwerlich jemals vereinigen ließen.

Da war nun noch ein Weltereigniß eingetreten, welches Alles vollends auseinanderwarf und einen Krieg zwischen den beiden vorwaltenden Mächten zu veranlassen drohte.

Zwanzigstes Capitel.

Ausbruch des Krieges zwischen Rußland und der Pforte.

Das Leben der europäischen Menschheit bewegt sich in verschiedenen Strömungen der ursprünglichen Zusammensetzung der Staaten gemäß. Von den großen Gegensätzen, welche die allgemeine Fortentwickelung bedingen, tritt bald der eine, bald der andere in den Vordergrund.

Indem noch die Aufmerksamkeit auf die unternommene Umgestaltung von Deutschland gerichtet war, erhob sich die orientalische Frage zu einer überwiegenden Bedeutung. Die täglich drohender werdende Gefahr eines Bruches zwischen Rußland und der Türkei berührte die Verhältnisse aller Staaten, wie sich dieselben damals verschieden von der zunächst vorangegangenen Zeit gestalteten.

In den früheren Epochen waren Frankreich und die Türkei in der Regel verbündet gewesen. Gegen Oesterreich, welches mit beiden in Feindschaft stand, hatten sie ein gemeinschaftliches Interesse: nicht als ob Frankreich den Umsturz von Oesterreich durch die Türken gewünscht hätte; in Momenten, wo ein solcher zu befürchten gewesen wäre, hielt es an sich; aber es wollte niemals dulden, daß sich Oesterreich auf Kosten der Türken des Uebergewichts an der mittleren Donau bemächtigte. Ludwig XIV., der im Jahre 1683 an dem Anfall der Osmanen auf Wien keinen Antheil nahm, griff im Jahre 1687 zu den Waffen, als die Türken Belgrad verloren hatten. So behaupteten die Türken im Jahre 1740 Belgrad wieder durch die Dazwischenkunft von Frankreich im Gegensatz mit Rußland zugleich und mit Oesterreich. Denn durch das altherkömmliche Bündniß mit dem osmanischen Reich wurde der Einfluß Frankreichs auf alle nördlichen und östlichen Mächte nicht wenig verstärkt.

Dieses weltbeherrschende Verhältniß aber änderte sich durch den Vertrag von Versailles 1756, durch welchen die Franzosen dem Hause Oesterreich nöthigenfalls auch gegen die Türken Hülfe zu leisten versprachen, und in Folge dessen sie dann in ein besseres Vernehmen mit Rußland traten. Sie gaben die Vertheidigung des osmanischen Reiches gegen diese beiden Mächte auf, wie die Thatsachen noch mehr, als die Worte zeigten. Zwölf Jahre später bewirkten sie, daß die Osmanen, durch die Uebergriffe der Russen in Polen gereizt, denselben den Krieg erklärten; aber Hülfe leisteten sie ihnen dabei nicht. Auch von keiner anderen Seite unterstützt, unterlagen die Türken den russischen Waffen und mußten sich zu einem Frieden bequemen, der das Uebergewicht der Russen im Orient in den späteren Zeiten begründet hat. Gar bald folgte die Ueberwältigung der Krim, deren wir oben gedachten. Die Franzosen, deren Verhalten im Orient von dem Grade des Verständnisses zwischen Rußland und Oesterreich abhing, thaten Nichts dagegen.

Und schon traten in den eigensten Interessen der Osmanen und der Franzosen Mißhelligkeiten zwischen ihnen hervor, in denen man den Keim späterer großer Ereignisse sehen kann.

Mit den Engländern über den Handel Ostindiens in Wettstreit begriffen, machten die Franzosen den Versuch, zu ihrem Verkehr mit Pondichery und Ostindien überhaupt sich des rothen Meeres und des Hafens von Suez zu bedienen, zu welchem Zweck sie mit den mächtigsten Mameluken-Beys in Aegypten in Verbindung traten. Damit erweckten sie dann die Eifersucht der Engländer; die ostindische Compagnie, welche einem ähnlichen Vorhaben ihrer Landsleute von der Levante-Compagnie mit Erfolg entgegengetreten war, meinte diesen neuen Handelsweg oder vielmehr die Erneuerung desjenigen, welcher der älteste war, den Franzosen noch viel weniger zugestehen zu dürfen; sie setzte ihr ganzes Gewicht dagegen ein. Die Pforte war ebensosehr dagegen. Sie nahm Anstoß daran, daß Frankreich mit ihren unbotmäßigen Vasallen in Verbindung getreten war, und machte unter einem energischen Kapudan-Pascha dem ganzen Vorhaben ein Ende: denn der Hafen von Suez und das jenseitige Meer sei nur für die Wallfahrten nach den heiligen Orten bestimmt: ein fremder Verkehr würde sie profaniren.

Wenn aber die Pforte hier in Wahrung ihres eigenen Standpunktes den Frieden behauptete, so war sie durch den gleichen politisch-religiösen Gesichtspunkt in immer schwerere Differenzen mit Rußland verwickelt. Noch waren ihre Streitkräfte so wenig ge-

brochen, und ihre Mittel, den Krieg zu führen, so mannichfaltig, daß sie sich in den Wechsel der Machtstellung auch den Russen gegenüber nicht fügen wollte. Aller fremden Einwirkung zum Trotz bewegte sich das osmanische Reich doch noch durch seine eigenen inneren Impulse; durch diese bildete es selbst einen wesentlichen Theil des Systems der Staaten; sein Bestehen nicht allein, sondern seine Selbständigkeit gehörte zur Erhaltung des allgemeinen Gleichgewichts. Den unmittelbaren Anlaß zum Streite gab damals Georgien.

Man sieht wohl noch heute in dem Kaukasus an den Grenzen von Georgien Ruinen einer Mauer, welche eine Königin des 12. Jahrhunderts gegen die Einfälle der Tscherkessen, vor Allem der Lesghier, errichtet haben soll [1]. In den Annalen Georgiens, die sich von einem König des Landes herschreiben [2], ist der Grenzkrieg mit diesen Völkerstämmen fast der vornehmste Gegenstand. Ueber Georgien waren von jeher die Osmanen mit den Persern in Kampf: durch Nadir Schah waren die letzteren zum Uebergewicht gelangt: die Zaren oder, wie die Türken sagen, Chane von Georgien, wurden von Nadir Schah eingesetzt und nach Belieben gewechselt. Bei dem Zerfall der persischen Macht meinten nun die Osmanen ihren alten Besitz wieder herzustellen: da traten ihnen aber die Russen entgegen. Die Türken machten mit den Lesghiern, die Russen mit den Fürsten von Georgien gemeinschaftliche Sache. Im Jahre 1783 wurde Irakli durch Potemkin bewogen, sich in russischen Schutz zu begeben: er empfing eine goldene Krone von der Kaiserin. In Constantinopel gerieth man hierüber in eine leicht begreifliche Aufregung. Denn auf ähnliche Weise war die Besitznahme der Krim vorbereitet worden. Man zweifelte nicht an der Absicht der Russen, Georgien, Tscherkessien, Aserbeidschan sich ebenfalls zu unterwerfen.

Nun hatte aber der Verlust der Krim einen widerwärtigen Eindruck unter allen Moslimen hervorgebracht, welcher der Pforte nicht geradehin zuzuschreiben ist. Denn ein eigenthümliches Gemeingefühl hat sich von Jahrhundert zu Jahrhundert in den islamitischen Bevölkerungen erhalten. Mit dem Widerwillen über erlittene Schwächungen und Verluste regte sich zugleich das Gefühl der innewohnenden Macht, so daß von dem Beginn einer neuen Aera, in welcher der Islam in seiner vollen Herrlichkeit wiederhergestellt werden sollte, die Rede ging. Die eifrigen Moslimen meinten so-

1) Klaproth, Reise nach dem Kaukasus II. S. 61.

2) König Wachtangs V. Geschichte von Georgien — Klaproth a. a. O. II. S. 64.

gar, die Dynastie Osmans zur Rechenschaft zu ziehen, weil sie die Angelegenheiten des Glaubens vernachlässige. Die türkische Regierung hätte sich dieser Bewegung nicht widersetzen dürfen, ohne von ihr gefährdet zu werden; den größten Vortheil aber konnte es ihr verschaffen, wenn sie sich ihrer bediente: dann ließ sich selbst die Wiedererwerbung der vor Kurzem verlorenen Provinzen erwarten. Wie hätte es nicht, namentlich unter den Tartarenstämmen, empfunden werden sollen, daß ein Theil der Gebiete, in denen sie sich seit den dshingisischen Zeiten in alter Ungebundenheit getummelt hatten, ihnen jetzt entrissen worden war. Zuerst unter ihnen erschien der Derwisch Mohammed, den man alten Prophezeiungen und geistlichen Antrieben zufolge als Imam Mansur ansah; denn ein Mann wie Mohammed, war unter dem Namen Mansur in den alten Sprüchen als der Rächer und Wiederhersteller des Islam angekündigt worden. Mohammed Mansur war eine ernste, düstere, melancholische Natur, ein Ascet, der sich nur von Brot und Milch nährte, nie etwas für sich suchte, nur für Andere sorgte und mit der Gabe der prophetischen Sprache die religiösen Gefühle zum Kampfe gegen die Ungläubigen entflammte. Es gelang ihm, Heere von 80,000 Mann um sich zu sammeln und den Russen an den Grenzen sehr empfindliche Verluste beizubringen. Mansur erweckte die Aufmerksamkeit König Friedrichs[1]).

Jedoch nicht von ihm sowohl ist die neue Verwickelung der orientalischen Angelegenheiten ausgegangen, als von dem Pascha von Achiska, der die Lesghier bei ihren Einfällen in Georgien unterstützte. Man erlebte, daß die aus Georgien fortgeführten Gefangenen in Constantinopel als Sklaven verkauft wurden. Im Mai 1786, als wieder ein solcher Einfall mit großer Anstrengung hatte zurückgewiesen werden müssen, forderte Kaiserin Katharina die Pforte auf, den Pascha, der den Frieden breche, ohne Zweifel gegen den Willen des Divan, mit Absetzung zu bestrafen. Sie nahm die Miene an, als wolle sie der Pforte dabei behülflich sein, ihre ungehorsamen Pascha's in Zaum zu halten.

In Constantinopel, wo jetzt eine bittere Stimmung gegen die Russen vorwaltete, wurde diese Anmuthung nicht allein zurückgewiesen, — der Pascha wurde belobt statt gestraft zu werden, —

1) Die bei Tooke, Histoire de l'empire de Russie VI, 274 ff. vorkommenden und sonst nicht selten wiederholten Nachrichten über die Herkunft und die Präcedentien des Propheten haben ein so apokryphes Ansehen, daß wir nicht wagen, sie anzunehmen.

sondern man erhob auch Einwendungen gegen das Schutzverhältniß Rußlands zu Georgien. Man behauptete, Irakli habe schon vorher eine Bestallung von dem Sultan entgegengenommen: die Oberherrlichkeit, welche sich die Kaiserin anmaße, laufe dem Frieden entgegen. Katharina II. antwortete, nicht von den Türken, sondern von den Persern sei Irakli abgefallen, als er sie ersucht hatte, ihn in Schutz zu nehmen. Ihre Minister ließen vernehmen, wolle die Pforte das rückgängig machen, so werde General Potemkin mit 70,000 Mann an den Grenzen erscheinen, um sich Recht zu verschaffen [1]).

Wie auf der einen Seite der Islam als Religion, so erschien auf der anderen das Gemeingefühl der griechischen Kirche auf dem Kampfplatz. Die Kaiserin hatte sich auch der Armenier zu bedienen gedacht. Wenn dagegen die Moslimen das Kloster Etschmiadzin, von welchem diese Propaganda ausgehen sollte, zerstörten, so war dieselbe gleichwohl nicht erdrückt. In den griechischen Kirchen sah man das Bild der Kaiserin, und daß die Pforte eben damals die Griechen von allem Antheil an der Verwaltung in den schärfsten Edicten ausschloß, konnte nicht zur Beruhigung derselben beitragen. Der Divan verbot den Popen, sich überhaupt über diese Angelegenheit zu äußern, weder wider die Pforte, noch auch für sie: Uebertreter dieser Edicte wurden mit dem Tode bedroht. An den Confinien beider Religionen agitirten die Priester für Rußland, die Mollahs und Scheichs für den Sultan. Ein neuer erbitterter Kampf zwischen ihnen war vorauszusehen.

War nun gleich dieser Gegensatz an sich von einer Beschaffenheit, daß er in dem damaligen Europa keine besondere Theilnahme erweckte, so wurde eine solche, namentlich in Deutschland, dadurch hervorgerufen, daß der Kaiser eben in Bezug auf das türkische Reich in engen Bund mit Rußland getreten war. Das Schreiben [2]) liegt vor, worin Katharina dem Kaiser Joseph von ihrem Streite mit der Pforte über Georgien, dessen Protection sie niemals aufgeben könne, Nachricht ertheilte und ihn ersuchte, bei der Mediation, zu der sich Frankreich bereits erboten habe, mitzuwirken: denn erst dann werde eine solche Erfolg haben. Wir erwähnten schon, wie unangenehm der Kaiser davon berührt wurde, namentlich von der etwas

1) Der Eindruck, den dies auf die Pforte machte, ergiebt sich aus den Worten des Manifestes der Kriegserklärung: C'est par ces paroles, que l'Envoyé nous a alléguées ministériellement qu'il nous a pressé et provoqué à la guerre.

2) d. d. Zarskoje-Selo 10. August 1786, bei Arneth a. a. O. 274.

flüchtig hingeworfenen Einladung zu einer Zusammenkunft in Cherson, wo die Kaiserin die an den Grenzen des Reiches für Handel und Marine getroffenen Einrichtungen und neubegründeten Etablissements in Augenschein zu nehmen beabsichtigte; Kaunitz jedoch seinen Groll im Entstehen zu beschwichtigen wußte. Eine ganz andere Antwort als die zuerst entworfene wurde hierauf an die Kaiserin abgesandt, eine völlig eingehende, die Versicherungen der intimsten Freundschaft erneuernde. In Petersburg nahm man hierauf als gewiß an, daß der Kaiser nach Cherson kommen werde, und auch dafür war Kaunitz. Er gedachte des guten Eindrucks, den der Kaiser bei seiner vorigen Zusammenkunft mit der Kaiserin hervorgebracht habe, in einer der Eitelkeit schmeichelnden Weise; und versprach ihm von der neuen einen ähnlichen Erfolg: er müsse nur wieder der Graf von Falkenstein sein wie früher, vielleicht werde es ihm dann gelingen, der Kaiserin friedliche Gesinnungen einzuflößen und sie von einem Bruch mit den Türken abzuhalten. Der alte Staatsmann übersah, daß das diesmal nicht so ganz weder von dem Entschluß der Kaiserin, noch von den österreichischen Einwirkungen auf den Divan abhing wie früher, da sich in Constantinopel Tendenzen erhoben hatten, die auf eine Wiederherstellung der alten Zustände mit offenen Waffen drangen. Er lebte und webte nur in seinem klug berechneten, künstlich aufgebauten diplomatischen System.

Einen Gegensatz von universaler Bedeutung für den Orient bildete es nun, daß in dem Augenblick, in welchem die Türken die Krim wiederzuerobern gedachten, die Kaiserin sich von Zarskoje-Selo erhob, um die Halbinsel als ein neu erworbenes Gebiet zu besuchen und dabei erst recht in Besitz zu nehmen. Außer ihrem eigenen Hof begleiteten sie der kaiserliche Gesandte, Graf Cobenzl, und der französische, Graf Segur. Aus der anmuthigen Beschreibung der Reise, die der letztere hinterlassen hat — sie ist mit wohlhäbiger Ausführlichkeit in dem Styl der Restaurationsepoche, um die gute Gesellschaft zugleich zu unterhalten und zu unterrichten, abgefaßt — entnimmt man, daß der Hof allezeit Hof blieb, auch indem man den Dniepr hinunter fuhr. Die Kaiserin trug durch die frische Lebenslust, die sie allen Beschwerden entgegensetzte und die sich in ihren eigenen Briefen humoristisch äußert, fast das Meiste bei, auch ihr Gefolge bei gutem Muth zu erhalten. Joseph II. erschien noch eher in Cherson, als sie daselbst eingetroffen war, und fuhr ihr dann entgegen. Auch die Kaiserin stieg, als sie davon hörte, zu Wagen; bei dem einsamen Hause eines Kosaken

trafen sie auf einander (19. Mai 1787) und setzten die Reise gemeinschaftlich fort.

Der Kaiser reiste wieder als Graf von Falkenstein — ein Incognito, das ihm bequem und zugleich nützlich war; er machte durch die Einfachheit, mit der er auftrat, die mannichfaltigen Kenntnisse, die er entwickelte, Wißbegier und gesundes Urtheil einen sehr guten Eindruck. Er ließ sich nicht abhalten, alle Morgen bei dem Lever der Kaiserin sich einzustellen und in der Mitte der Uebrigen zu warten, bis sie erschien. Man besah die Festung und Stadt Cherson mit ihren neuen Gebäuden und dem bereits aufblühenden Handelsverkehr, beobachtete die Sitten und Gebräuche der Tartaren, die viele Hunderte stark dem Zuge vorausritten und ihn wohl mit Staub überdeckten. Die Reise durch die Krim hatte trotz alle der Voranstalten die man dazu getroffen, doch etwas Touristenhaftes: gerade das machte dem Kaiser Vergnügen. Das wesentliche Interesse dabei ist, in wie fern er sich der Kaiserin bei ihren wachsenden Zerwürfnissen mit der Türkei anschloß. Zum ersten Mal bei einer großen Mittagstafel unter dem Geräusch der Potemkin'schen Musik in Cherson gedachte man der vorliegenden Verhältnisse. Katharina ließ erkennen, daß sie den Krieg mit den Türken gern wieder anfangen möchte. Der Kaiser machte ihr einige aus der allgemeinen Lage der Politik hergenommene Einwendungen: sie gab darauf zu verstehen, daß sie ihre Sache auch ohne fremde Hülfe durchzusetzen im Stande sein werde. Der Anblick von Sebastopol mit seinem umfassenden Hafen, in welchem etwa zwanzig russische Kriegsfahrzeuge, größere und kleinere, erschienen, setzte sie in eine Art von Extase; denn vor hier könne man Constantinopel in 48, vielleicht in 36 Stunden erreichen. Der Kaiser war, wie seine Briefe zeigen, nicht unempfänglich hiefür: aber im Allgemeinen blieb er doch dabei, die Beibehaltung des Friedens zu empfehlen. Die russischen Kriegsvölker erschienen schwächer und bei weitem nicht so furchtbar, als er erwartet hatte; die Anstalten für die Marine, die man hauptsächlich den Entwürfen des holländischen Admirals Kinsbergen verdankte, waren erst im Werden. Und das Problem, wer Constantinopel, wenn man es einnähme, besitzen sollte, beschäftigte auch ihn. Von dem Plan, den Angriff auf die Türken bis auf die Hauptstadt auszudehnen, ist, so viel man sieht, niemals ernstlich die Rede gewesen. Der Kaiser würde den Russen die Eroberung von Oczakow und Akjerman ohne Widerrede gestattet haben; aber sie zu Herren und Meistern der Türkei

werden zu lassen, lag nicht in seiner Absicht. Kein Zweifel, daß er seinen Einfluß zu Gunsten des Friedens verwendet hat: der König von Frankreich hat ihm ausdrücklich dafür gedankt: die Frage war nur, wie inmitten aller der Irrungen der Friede zu erhalten oder eigentlich wiederherzustellen sei. Wenn man sich die Verhältnisse des Moments vergegenwärtigt, so hatten beide Theile guten Grund zu Besorgnissen. Die Ausbildung der Marine der Russen auf dem schwarzen Meer und ihr weiteres Vordringen zu Lande, wie denn Potemkin die Absicht Bessarabien zu erwerben kundgegeben hatte, waren sehr geeignet, die Osmanen aufzuregen; denn dadurch ward Constantinopel selbst gefährdet. Dagegen war die Unsicherheit der Grenzgebiete auch für Rußland unerträglich; sie machte einen Aufwand von Truppen für dieselben nothwendig, wie er sonst nur im Kriege auszuhalten ist. Der Eindruck, den so viele Vertreter der europäischen Interessen, wie sie in Cherson beisammen waren, erhielten, war überhaupt zu Gunsten des Friedens. Von den Forderungen, die unter Potemkins Einwirkung gemacht waren, glaubte man absehen zu können, wie dieser denn selbst verlauten ließ, sie seien in der Aufregung, welche die immer erneuerten Feindseligkeiten an der Grenze hervorriefen, gestellt worden. In Cherson ist es darüber zu einer Besprechung zwischen dem kaiserlichen und dem französischen Gesandten mit Bulgakow, der aus Constantinopel herbeigerufen worden war, und dem österreichischen Gesandten in Constantinopel gekommen, deren Resultate einen friedlichen Austrag sehr möglich erscheinen ließen. Hauptsächlich war doch nur von einer Abstellung der Gewaltsamkeiten, welche in der kubanischen Steppe und anderen Grenzgebieten von den Tartaren oder auch von den Türken gegen einige russischen Consuln ausgeübt worden waren, sowie von den Seeräubereien der afrikanischen Raubstaaten die Rede. Wenn die Kaiserin verweigerte, einen nach Rußland geflüchteten Hospodar der Moldau herauszugeben, so war sie geneigt, ein ähnliches Verfahren auch den Türken in Bezug auf russische Flüchtlinge zu gestatten. Den vornehmsten Streitpunkt bildete Georgien. Man kam überein, daß derselbe zunächst mit Stillschweigen übergangen werden solle. Die Meinung der Kaiserin war, zwar ihr Schutzverhältniß über dieses Land unbedingt festzuhalten, aber doch nicht darauf zu dringen, daß es von den Osmanen anerkannt wurde [1]).

1) Mémoires de Ségur III., p. 152 ff.

Zu dieser Stimmung trug es bei, daß eben in Cherson von Unruhen, die in den österreichischen Niederlanden ausgebrochen waren, Nachricht eintraf: wir werden derselben sogleich gedenken. Damals mag es geschehen sein, daß auch noch anderer Gegenstände der allgemeinen Politik gedacht worden ist: denn die Fortdauer des Friedens mit den Türken eröffnete der Thätigkeit des Kaisers und der Kaiserin neue Schauplätze. Jedoch ist darüber Nichts mit Bestimmtheit verlautet[1]). Zunächst schien es, daß der Kaiser durch die belgische Angelegenheit veranlaßt werden würde, zu den Waffen zu greifen, was dann seine Theilnahme an dem türkischen Kriege verhindert haben würde. Die Russen, die seiner Beihülfe, was auch die Kaiserin in einem Moment der Exaltation gesagt haben mochte, nicht entbehren wollten, wurden dadurch auch ihrerseits friedlicher gestimmt.

In diesem Augenblicke hätten die Russen ohne Zweifel den Frieden zu erhalten gewünscht. Der österreichische Internuntius und der französische Gesandte vereinigten ihre Vorstellungen, um die ermäßigten Forderungen in Constantinopel annehmen zu machen. Sie fanden aber bei dem Divan wenig Gehör damit. Denn wenn die Russen bei fortdauerndem Frieden die überlegene Stellung, die sie einnahmen, behauptet hätten: so war es eben diese, welche die Osmanen nicht länger dulden wollten. Der Großwesir Jussuf Pascha, durch und durch ein Türke, ohne Kenntnisse und Erziehung, aber ein Mann von gesundem Menschenverstand und Energie, der sich zum Organ der kriegerischen Aufwallungen gemacht hatte, hielt den Krieg für unerläßlich. In der Haltung der Russen, in der Entwickelung ihrer Seemacht auf dem schwarzen Meer sah er die dringendste Gefahr für das Reich. Ihm stand der Kapudan

1) Vergl. das merkwürdige Document, welches G. W. Vreede im Mai 1875 in einer auf die Zukunft von Holland bezüglichen Brochüre der Welt mitgetheilt hat. Darin ist von einer Theilung von Holland und überhaupt von einer Umgestaltung des deutschen Reiches die Rede. Der vornehmste Gesichtspunkt ist die Herstellung einer allgemeinen Handelsfreiheit. Wenn Großbritanniens darin nicht gedacht wird, so stimmt das mit dem Verhältniß überein, in welchem Oesterreich, Rußland, Frankreich zu England standen. Aber die Vorschläge, die darin vorkommen, sind doch so ungeheuerlich, daß sie niemals in ernstliche Erwägung gezogen sein können. Der Aufsatz könnte nur die Vorlage eines politisch-angeregten Führers der österreichischen Partei in Belgien sein, der für die Idee eines burgundischen Reiches schwärmte. Er stammt aus dem Nachlaß des Pensionarius Gyselaar in Dordrecht, und ist mit französisch-belgischen Schriftzügen geschrieben. (A. d. u. A)

Pascha, welcher mehr Erfahrung und Verschlagenheit besaß als der Großwesir, beistimmend zur Seite: und eben so war der Reis Effendi gesinnt. Dem hatte man vorgeschlagen, die Kaiserin bei ihrer Annäherung an die türkischen Grenzen zu begrüßen, wie das zwischen benachbarten Fürsten in Europa herkömmlich sei. Er lehnte das ab, denn in den Annalen des Reiches stehe nichts dergleichen. Auf eine Anmahnung zu einem friedlichen Austrag, die von Berlin einlief, erklärte er sich bereit, an demselben zu arbeiten [1]. „Wir können uns", sagte er, „über alle Punkte verständigen, ausgenommen einen, die Souverainetät über Georgien: die können wir den Russen nicht lassen." Nachdem die Krim verloren war, sah man in Georgien das vornehmste Bollwerk des Reiches und des Islam. Was könne man von Irakli erwarten, der zwar den einen seiner Söhne den Osmanen zur Geißel gegeben, aber den andern den Russen. Man war empört, daß soeben ein paar tausend Mann russischer Truppen wieder in Georgien vorrückten. Der Reis Effendi bestand darauf, die Hoheit über dieses Land könne sich der Großherr und Khalif nicht entziehen lassen. Und daran knüpften sich noch andere weitaussehende Entwürfe. Die Osmanen meinten stark genug zu sein, nicht allein neue Verluste abzuwehren, sondern auch die Krim wiederzuerobern und überhaupt ihr altes Ansehen zu erneuern. Schon waren die Tartaren zu Hunderttausenden bereit, das Schwert dafür zu ziehen. Eine ansehnliche türkische Armee sammelte sich zwischen Trapezunt und Amasia, um an dem Kampfe Theil zu nehmen. Noch war der Muth der türkischen Lehenmilizen in Europa ungebrochen: die Festungen an der Donau hatte man zum Theil unter der Leitung französischer Ingenieure in leidlichen Stand gesetzt. Von Algier war eine Anzahl von Geschützen versprochen: der Kaiser von Marocco bot eine Geldhülfe an. Die Chane in Persien und die Usbeken selbst sagten ihre Theilnahme an dem Kriege zu, der als ein allgemein islamitischer betrachtet wurde. Unter diesen zusammenwirkenden Umständen faßte der Divan

1) Le Reis Effendi m'en a assuré d'une manière non équivoque, lorsque je lui communiquai les conseils, que V. M. a bien voulu donner par ses ordres du 6 juillet. Oui, dit il, nous travaillerons à la paix et nous nous arrangerons sur tous les points, excepté celui, qui concerne la souveraineté de la Géorgie; car il est impossible, que nous laissions tomber ce pais au pouvoir des Russes. — Bericht von Diez vom 9. August 1787.

den Muth, den Krieg in aller Form zu beschließen: der Großherr selbst, der sich die Gefahr des Unternehmens nicht verbarg, war gleichwohl sehr dafür. „Fangt den Krieg an", sagte er dem Wesir, „möge daraus auch folgen, was da will." Wenn der Internuntius die Drohung verlauten ließ, daß der Kaiser den Russen zu Hülfe kommen werde, so waren sie zwar erstaunt darüber; denn so weit kannten sie doch die europäische Politik, um recht wohl zu wissen, daß Oesterreich die Moldau und Wallachei nicht in russische Hände gelangen lassen könne. Auch meinten sie, daß Oesterreich nun auf Preußen Rücksicht nehmen müsse, dessen König sie als ihren natürlichen Verbündeten betrachteten. Und sollte ihnen nicht auch von den belgischen Unruhen Kunde zugekommen sein, die den Kaiser zu rascher Heimkehr veranlaßten und ihm Beschäftigung genug zu geben schienen? Ihr Sinn ging nur auf einen Krieg gegen Rußland; mit Oesterreich wünschten sie Frieden zu halten. Aber wenn es nicht anders sei, so möge es denn geschehen: Gott, sagten sie, lebe für Alle. Die Anträge Bulgakows wurden mit Forderungen erwiedert, bei denen auch die Absicht auf die Wiedererwerbung der Krim erscheint. Man setzte einen Termin fest, an welchem er darauf eine bestimmte Entscheidung einbringen müsse: würde diese verweigert, so sollte der Krieg unternommen werden [1]).

Wenn der Großwesir nun nicht sogleich einen Auszug des Heeres in altem Styl anordnete, so lag das nur daran, weil man über die Politik des Kaisers im Unklaren war. Wie sich diese aber auch entwickeln mochte, unwiderruflich hatten die Osmanen die Absicht gefaßt, gegen die fortschreitende Macht von Rußland,

1) Außer den Berichten von Diez, welche schon von Häusser und Herrmann, vor Allem von Zinkeisen benutzt worden sind, dessen Geschichte des osmanischen Reiches in dieser Epoche hauptsächlich ein Auszug aus den Diezischen Berichten ist, natürlich ohne sie zu erschöpfen, aber doch sehr willkommen, habe ich Schreiben des österreichischen Internuntius Herbert und die Relation des venezianischen Bailo Zulian vor mir gehabt. Zulian schreibt dem Großwesir und seiner Vorstellung der aus dem Verlust der Krim erwachsenden Gefahr für Constantinopel die Beschlußnahme zu: Con queste considerazioni consegui dal divano sebbene dopo molte difficoltà l'assenso alle dimande da farsi alla corte di Pietroburgo. Furono esse, oltre alcune cose di minor importanza quelle importantissime: dell' abolizione di tutti li recenti trattati, della conseguente restitutione della Crimea, e rinuncia della libera navigazione nel mar-nero, e consegui in oltre, che nel caso del rifiuto, che doveva attendersi si le dichiarasse la guerra.

welche von der Krim her die Selbständigkeit des Reichs, und in Georgien die Autorität des Islam bedrohe, das Kriegsglück noch einmal zu versuchen. Die Osmanen glaubten, der Augenblick sei gekommen, das frühere Weltverhältniß im Orient wiederherzustellen. In einer leidenschaftlichen Aufwallung, die ihrer Entschlossenheit den Beigeschmack von Barbarei gibt, hielten sie nicht einmal für nöthig, die Antworten der Kaiserin auf die dem Botschafter vorgelegten Anfragen abzuwarten. Am 15. August wurde Bulgakow in eine große Rathsversammlung des Divan geladen. Der Großwesir, umgeben von allen anderen Großwürdenträgern, recapitulirte die vornehmsten Streitpunkte und richtete endlich die Frage an Bulgakow, ob sein Hof darin nachgeben, namentlich seine Ansprüche an Georgien fallen lassen, und ob er, der Gesandte, eine Verzichtleistung auf dieselben schriftlich ausstellen wolle. Darin lag für die Pforte der Schwerpunkt ihrer Anforderungen. Die Kaiserin wollte, wie berührt, diese Frage mit Stillschweigen übergehen, also ihre Entscheidung der Zukunft vorbehalten: denn für den Augenblick lagen die europäischen Angelegenheiten nicht so, daß sie einen Krieg hätte wünschen sollen: aber die Türken verlangten eine unmittelbare, unzweifelhafte Verzichtleistung [1]). Bulgakow machte bemerklich, daß er, hiezu nicht bevollmächtigt, die Forderung an seinen Hof gelangen lassen müsse. Der Großwesir erklärte das für einen der gewohnten Ausflüchte, mit denen man nur den Bruch der Tractate beschönige, wie ein solcher in der Sendung der Truppen nach Georgien so eben vorliege: die Pforte könne sich damit nicht ferner hinhalten lassen: Bulgakow werde in Constantinopel zurückbleiben müssen, um die Antwort abzuwarten. Der Befehl wurde gegeben, den Botschafter mit seinem Secretär und seinen Dragomanen nach den sieben Thürmen abzuführen. So war der Krieg erklärt, in welchem die Osmanen es unternahmen, der nach allen Seiten vorschreitenden russischen Weltmacht an ihrer Stelle noch einmal die Spitze zu bieten.

Kaiserin Katharina II. war überrascht, als sie von den Entschließungen der Osmanen und von dem Acte hörte, der die Kriegserklärung in sich schloß. Vor Allem sah sie sich nach ihrem Verbündeten, dem Kaiser, um, von dem man bei dem Umfang und

1) Le Grand Vezir a demandé à l'Envoyé de Russie, si sa Cour veut s'en désister, nommément de ses prétensions sur la Georgie, et si lui l'Envoyé veut donner cette renonciation par écrit. — Bericht von Diez vom 16. August 1787.

der Tragweite des Widerstandes, der ihm in Belgien entgegen trat, nicht voraussagen konnte, ob er es wagen würde, sich zugleich in einen auswärtigen Krieg zu stürzen.

Wir würden die zusammen und gegen einander wirkenden Kräfte nicht erkennen, und zu keiner Anschauung der handelnden Persönlichkeiten, unter denen die des Kaisers die vornehmste ist, gelangen, wollten wir nicht dieser Unruhen näher gedenken.

Einundzwanzigstes Capitel.

Belgische Unruhen im Jahre 1787.

Indem im Orient der Conflict zum Ausbruch kam, den Joseph beim Eingehen der Allianz mit Rußland vorausgesehen, und der nun der politischen Combination und den Absichten der Gebietsvergrößerung, mit denen er sich trug, Raum zu machen versprach, entsprang ihm durch die andere Seite seiner Regierungshandlungen eine innere Opposition, die seinen offensiven Unternehmungen nach außen auf immer Einhalt zu thun drohte.

Ihren prägnantesten Ausdruck bekam dieselbe in den belgischen Niederlanden, über welche der Kaiser, da es ihm nicht gelungen war, sich ihrer mit Vortheil zu entäußern, nun ohne weitere Rücksicht auf ihre eigenthümliche Verfassung das System einer durchgreifenden monarchischen Gewalt, das er in dem ganzen Umkreis seiner Gebiete zur Geltung brachte, auszudehnen unternahm.

Er bewegt sich immer in den großen Gegensätzen, wie dort zwischen Orient und Occident, so hier zwischen Souveränetät und Landeseigenthümlichkeit. Nach beiden Seiten ist die Idee des österreichischen Gesammtstaates für ihn maßgebend; aber sein Verfahren und dessen Rückwirkung reicht noch darüber hinaus und bildet ein Moment der allgemeinen Bewegung des achtzehnten Jahrhunderts, zugleich im Zusammenhang und im Gegensatz mit den früheren.

In den österreichischen Niederlanden bestand noch die ständische Regierungsform, mit deren Vorbehalt sich die einzelnen Landschaften jede besonders dem Hause Burgund-Oesterreich in dem 15. Jahrhundert zum Gehorsam verpflichtet hatten. Aus den Umwälzungen des 16. und 17. Jahrhunderts, welche der Republik der nördlichen Niederlande ihr Dasein gaben, waren die südlichen für das Haus

Oesterreich dadurch gerettet worden, daß man ihre ständischen Gerechtsame anerkannte und die protestantischen Elemente schonungslos entfernte. Auf jene Bisthümer, deren Errichtung einst den Anlaß zu den Unruhen gegeben hatte, begründete sich die Hierarchie in Belgien: sie gab dem Einfluß des Papstthums, den der Kaiser allenthalben zu beseitigen trachtete, in diesen Provinzen eine ganz besondere Stütze. In dem brabantischen Grundgesetz, der sogenannten Joyeuse Entree, welches die Fürsten bei ihrem Regierungsantritt zu bestätigen pflegten, war noch immer zu lesen, daß der Gehorsam, den man ihnen schuldig sei, auf ihrer Beobachtung der eingeführten Verfassung beruhe. Joseph glaubte durch Erbrecht die landesherrliche Autorität in vollem Umfang zu besitzen: sie an eine Bedingung geknüpft zu wissen, erschien ihm widersinnig. Und sehr weit gingen die Beschränkungen, welche die Verfassung ihm auferlegte. Der Rath von Brabant hatte die Befugniß, die fürstlichen Ordonnanzen erst zu prüfen; nur mit dem großen Siegel von ihm versehen, bekamen sie Gesetzeskraft. Die einzelnen Provinzen, das historische Gepräge der Zeiten tragend, denen sie ihre Bildung verdankten, behaupteten, obwohl mannichfaltig verschieden, durchgängig das Recht, die Auflagen und zwar ihre Continuation von Zeit zu Zeit zu bewilligen, d. h. sie auch zu versagen. Der Sinn der Einwohner war, daß die den Kaiser vertretende Generalstatthalterschaft, in der Regel von einem Prinzen oder einer Prinzessin des Hauses Oesterreich bekleidet — damals von der Schwester des Kaisers, Marie Christine, in Gemeinschaft mit ihrem Gemahl, dem Herzog Albert von Sachsen-Teschen — nach dem Herkommen des Landes den alten Privilegien gemäß regieren sollte; in ihr verband sich das dynastische Recht und das Privilegium. Aber davon hatte schon Maria Theresia abgesehen und wollte Kaiser Joseph vollends nichts hören. Er concentrirte die Regierungsgewalt in dem von ihm selbst unmittelbar abhängigen Minister, damals dem Grafen Belgiojoso.

Bisher war nun alles eben leidlich gegangen. Einige geistliche Neuerungen, namentlich die Aufhebung von klösterlichen Instituten, die Joseph auch hier anordnete, war großentheils ins Werk gesetzt worden. Der Rath von Brabant hatte die darauf bezüglichen Edicte unter dem großen Siegel bekannt gemacht, wiewohl immer mit der Clausel, daß er damit der Landesverfassung keinen Eintrag gethan haben wolle und die Entscheidung hierüber den Landständen überlasse. Gegen Ende des Jahres 1786 schritt nun aber der Kaiser zu Anordnungen fort, durch welche das hierarchische Institut im

Großen und Ganzen in Abhängigkeit von dem Landesfürstenthum gebracht werden sollte. In anderen Landschaften waren die Bischöfe zufrieden, der päpstlichen Einwirkungen entledigt zu werden; nicht in Belgien. Der Erzbischof von Mecheln, Primas von Belgien, gehörte zu den feurigsten Anhängern der päpstlichen Autorität. Die Entscheidungen, die der römische Stuhl in dem Streit zwischen Jesuiten und Jansenisten zu Gunsten der ersten gegeben hatte, wurden dort mit unbedingtem Gehorsam beobachtet: Niemand wurde angestellt, ohne die Formel der Verwerfung unterschrieben zu haben. In dem belgischen Klerus war und ist die Verehrung gegen den römischen Stuhl eine unveränderliche Tradition: sie wurde der jungen Geistlichkeit in den bischöflichen Seminarien überliefert. Joseph ging nun daran, diese Tradition der Gesinnung und Doctrin zu unterbrechen. Ueberall in seinen Staaten setzte er Generalseminarien an die Stelle der bischöflichen, oder ordnete diese jenen unter. Die Idee der bestehenden Kirche, die auf der Unterordnung des Klerus unter Rom beruht und diese zu einem Glaubensartikel macht, bekämpfte er mit dem Unternehmen, unter der Obhut des Staates eine Geistlichkeit, die sich ohne weitere hierarchische Rücksicht dem Dienste der Religion allein widmen sollte, zu erziehen. Ohne Bedenken gab er, wo es nöthig war, die kaiserlichen Schlösser zu diesem Zwecke her: wie es ihm unter Anderem Vergnügen machte, wenn in den vergoldeten Zimmern des Schlosses zu Presburg nun seine neuen Spiritualen sich mit gemüthlicher Bequemlichkeit einrichteten. Wie überall, so sollte auch in Belgien die theologische Vorbereitung, welche in den Generalseminarien gegeben wurde, fortan die Bedingung des wirklichen Eintritts der jungen Leute in den Klerus sein und diesem vorangehen. — Eine der umfassendsten Neuerungen, die jemals innerhalb der katholischen Kirche versucht worden sind. Wäre es damit gelungen, so würde eine weitere Emancipation der Schule von der Kirche kaum erforderlich gewesen, diese selbst würde die Schule im Sinne des Staates geworden sein.

Der kirchlichen Reform sollte nun aber auch — denn anders war es nicht möglich — eine Umgestaltung der bürgerlichen Verfassung von Grund aus zur Seite gehen. Zwei vom 1. Januar 1787 datirte Edicte enthielten dafür die durchgreifendsten Anordnungen. Wie in Frankreich unter Ludwig XV., so wandte sich unter Joseph auch in Belgien die souveräne Gewalt gegen die politischen Attributionen richterlicher Behörden. Um jenem Rechte

des Raths von Brabant ein Ende zu machen, faßte man den Gedanken, die Gerichtsverfassung in den Niederlanden überhaupt umzugestalten. Unter einer höchsten Behörde — einer Art von Justizministerium — sollte die Gesammtheit der Landschaften juridisch neu organisirt und der Rath von Brabant einer von den beiden Appellationshöfen werden, welche die Recurse von den Landesgerichten zu erledigen haben würden. Darin selbst lag die Abschaffung aller bisherigen an besondere Institutionen geknüpften Gerichtsbarkeiten, der clericalen, städtischen und herrschaftlichen. Die gerichtliche Gewalt sollte als solche über das ganze Land hin repräsentirt sein, aber damit aller anderen Attributionen verlustig werden. Die Verwaltung des Landes würde dann, dieser Beziehungen und Eingriffe entledigt, ihre eigene Organisation in neun großen Intendanturbezirken erhalten. Bei der Formation derselben wurde zwar die Besonderheit der Provinzen nicht geradezu vermischt, aber doch auch ihre Abgrenzung nicht strenge beachtet. Die Hauptsache war, daß die Einführung von Intendanten, wenn auch nicht der ständischen Verfassung im Allgemeinen, aber doch zum guten Theil den herkömmlichen Berechtigungen der Stände entgegenlief. Von den Bewilligungen der Continuation der Auflagen konnte nicht mehr die Rede sein, wenn die Intendanten eine regelmäßige und dauernde Wirksamkeit erhalten sollten. Denn ohne eine befestigte finanzielle Grundlage ließ sich eine solche nicht denken. Der höchsten Regierungsbehörde wurden zwar noch einige ständische Deputirte beigesellt; aber Einfluß konnten und sollten sie nicht haben. Es sind die Tendenzen des absoluten Staates in den drei großen Zweigen des öffentlichen Lebens, — Gericht, Verwaltung und Kirche, die hier zur Erscheinung kommen, — wesentlich dieselben, die später durch revolutionäre Bewegungen realisirt worden sind; damals sollten sie in der österreichischen Monarchie mit dem Vorbehalt oder vielmehr auf das Geheiß der höchsten Autorität ins Werk gesetzt werden, — wie Mirabeau diese in Berlin zu Gunsten der nöthigen Reformen, welche die Zeit fordere, ausdrücklich in Anspruch genommen hatte. — Und gewiß, Nichts wäre, insofern es gelang, geeigneter gewesen, die Machtvollkommenheit des Souveräns zu vollenden; aber es konnte auch zu einem Widerstand führen, der dann das Wesen der höchsten Gewalt bedrohte. Nirgends war das mehr zu erwarten, als in Belgien. In den Niederlanden war alles Privilegium: die gesellschaftliche Ordnung beruhte darauf: Jedermann lebte von seinem

Antheil daran [1]. Mit einem Federstrich sollte nun die ererbte historisch gewordene und befestigte Landeseinrichtung vernichtet sein, und zwar zu Gunsten eines Fürsten, der noch soeben durch seine Austauschungsentwürfe eine Geringschätzung des Verhältnisses, in welchem er zu den Provinzen stand, kund gegeben hatte; dem man den Vorwurf machte, in dem Scheldestreit habe er den Vortheil derselben zwar erkannt, aber alsdann für ein paar Millionen verkauft. Man hat gemeint, Joseph würde durchgedrungen sein, wenn er nur die weltliche Reform unternommen hätte, da er dann die Geistlichen nicht gegen sich gehabt, oder nur die religiöse, für die er alsdann den Beistand der weltlichen Stände gewonnen haben würde; aber Alles hing auf das innigste zusammen. Das religiöse Bewußtsein trug zugleich einen provinzialen Charakter. Die Universität Löwen, der Sitz der katholischen Orthodoxie, die sich von da über alle benachbarten Landschaften, auch nach Holland und Westphalen ausbreitete, wurde als das Kleinod von Brabant betrachtet, ihre Privilegien als ein Theil der provinziellen. Denn unter Zuziehung der Stände war sie einst gegründet worden. Ihre Doctrinen entsprachen den Ueberzeugungen und religiösen Gefühlen der Bevölkerung [2]. Man darf es wohl aussprechen: den Niederlanden stand ihre Angehörigkeit an die allgemeine Kirche, deren Mittelpunkt sie in dem Papstthum sahen, bei weitem höher, als ihr Zusammenhang mit dem Gesammtstaat Oesterreich, für den sie keine Sympathien hegten. Wenn nun die Universität Löwen in ihrer Selbständigkeit verletzt, und dort ein Generalseminar zu Gunsten der Doctrin des Staates errichtet wurde, so fühlte sich die Landschaft in ihren verbrieften Rechten beleidigt und zugleich in ihrer Religion gekränkt. Man hat damals gesagt, daß der Einfluß des römischen Hofes den Widerstand der Provinzen angeregt habe [3]. Und sehr erklärlich

1) Gérard, Rapédius de Berg I., ch. V.

2) Vergl. den bemerkenswerthen Aufsatz über den religiösen Charakter der Brabanter in Schlözers Staatsanzeigen Bd. XIV. H. 53.

3) So schrieb ich in der ersten Auflage dieses Buches. Seitdem sind Briefe des damaligen Großherzogs von Toscana Leopold an Kaiser Joseph bekannt geworden, in denen die Einwirkung der römischen Curie auf das Bestimmteste behauptet wird: man wolle dem Fürsten zeigen, wie gefährlich es für ihn sei, die Mönche und Rom zu verletzen, se servant à cet effet des prêtres et moines, mais surtout des Capucins et de la voie du confessional, pour ameuter le bas peuple sous prétexte de zèle de religion. Brief des Großherzogs an den Kaiser vom 18. Juli 1787, bei Arneth II. S. 89, 98. (A. d. n. A.)

wäre dies, da ja der Zusammenhang Roms mit den Provinzen aufgelöst werden sollte. Eine directe Einwirkung erhellt nicht: aber der Nuntius Zondadari betrachtete sich als den natürlichen Verbündeten der Bischöfe: er ließ das verdammende Urtheil, das in Rom über jene in Wien erschienene Schrift: Was ist der Papst? ausgesprochen worden war, abdrucken und verbreiten: was denn wohl nicht ohne Einfluß auf die jungen Leute, die aus den bischöflichen Seminarien in das Generalseminar in Löwen verpflanzt wurden und bei ihrem Eintritt Widersetzlichkeiten begingen, geblieben sein mag. Zondadari wurde dafür in harten Formen aus dem Lande verwiesen: das Generalseminar konnte jedoch nicht nach Wunsch zu Stande gebracht werden. In der clerikalen Jugend manifestirte sich nur der allgemeine Widerwille gegen die kaiserlichen Neuerungen. Schon war hiedurch das Land in tumultuarische Bewegung gerathen, als der ganze Umfang der kaiserlichen Intentionen bekannt wurde. Eine Anzahl von Mitgliedern des Rathes von Brabant wurde zu der neuen Justizorganisation berufen: der Kanzler, Crumpipen, hatte nichts dawider, daß am 1. Mai der Rath von Brabant aufhören und der neue Appellhof, zu dessen Präsidenten er bestimmt war, in seinem Sitzungslokale installirt werden sollte. Dagegen setzte sich nun wohl die ständische Deputation, welche in den neuen Einrichtungen, ohne Zweifel mit Recht, die Auflösung der bisherigen Verfassung, sowie ihre eigene erblickte. In wiederholten Erörterungen bemerkte sie, daß der Landesverfassung nach der Rath von Brabant keinem anderen untergeordnet, noch viel weniger seines Rechtes, die herzoglichen oder kaiserlichen Ordonnanzen zu prüfen, beraubt werden dürfe. Sie deducirte, daß dem Souverän das Recht nicht zustehe, ohne Einwilligung der Stände Auflagen einzuziehen oder anzuordnen. Doch wurde das noch wenig beachtet, als sich in denselben Tagen die Provinzialstände von Brabant, aus Geistlichen, Adel und Deputirten der großen Städte bestehend, versammelten. Da die Regierung eben im Begriff war, ihre Einrichtung durchzuführen, so zögerten die Stände nicht, das äußerste Mittel dagegen zu ergreifen. Am 17. April traten sie zusammen. Am 19. sprach sie aus: da der Kaiser die in der Joyeuse Entree festgesetzte, auch von ihm beschworene Verfassung offenbar verletze, so erlaube ihr Gewissen ihnen nicht, die Continuation der Steuern zu bewilligen, ehe diesen Gewaltsamkeiten nicht ein Ende gemacht und die neuen Einrichtungen mit der Landesverfassung in Uebereinstimmung gesetzt seien. Die Mitglieder des Rathes von Brabant erklärten hierauf, ihre Stellen

nicht aufgeben zu können, so lange der Rath selbst nicht auf legale Weise, d. h. eben durch die Stände aufgehoben sei Der Generalstatthalterschaft ward eine große Remonstranz eingereicht, in welcher man die Erhaltung nicht allein dieses Rathes, sondern auch aller anderen Jurisdictionen forderte und die Einrichtung der Intendanten als illegal zurückwies. Das erzherzogliche Paar suchte die getroffenen Einrichtungen zu rechtfertigen: denn der Rath bestehe ja immer in dem Appellhof, und der Zweck aller gerichtlichen und administrativen Einrichtungen werde durch die neue Ordnung der Dinge erst wahrhaft erreicht. So verstanden aber die Stände ihre Gerechtsame nicht. Sie nahmen ihre Privilegien ungeschmälert in Anspruch. Da der Rath von Brabant doch noch zweifelte, ob er, nach den ergangenen Anordnungen der Regierung, seine Jurisdiction fortsetzen dürfe, so erklärten die Stände diese Anordnungen für null und nichtig in sich selbst. Wenn aber der Rath bestand, so konnte die beabsichtigte Justizverfassung nicht ins Leben treten. Die neue Regierungsbehörde fand bei den Ständen einen beinahe noch auffallenderen Widerstand. Sie erließen den Befehl an die unteren Beamten, die von ihnen abhingen, den Verfügungen der Intendanten keinerlei Gehorsam zu leisten.

Dergestalt traten die Stände von Brabant den Befehlen des Kaisers mit aller denkbaren Entschiedenheit entgegen und machten sie unausführbar. Marie Christine und ihr Gemahl hatten weder die Mittel, noch auch, so viel man urtheilen kann, denn rechten Willen, die kaiserlichen Anordnungen mit Nachdruck zu behaupten. Von der allgemeinen Stimme, die sie umtoste und ihre Theilnahme verlangte, fortgerissen, ließen sie den bevollmächtigten Minister Belgiojoso, der den allgemeinen Haß auf sich gezogen hatte, fallen. Der Gedanke beherrschte sie, daß die Provinzen nur durch Nachgiebigkeit für das Haus Oesterreich gerettet werden könnten: schon sei ein allgemeiner Aufstand planmäßig vorbereitet gewesen; alle Städte seien in Waffen; alles Volk in Gährung; man habe den Minister umbringen und eine Unabhängigkeitserklärung erlassen wollen; unverkennbar sei dabei die geistliche Einwirkung; auch die Frauen seien enthusiasmirt [1]). In der Mitte einer aufgeregten Population, welche

1) Herzog Albert an Kaunitz am 30. Mai 1787: La façon de penser de tous leurs habitans est trop unanime, les esprits sont trop échauffés et la partie est trop bien liée. pour ne pas être sûr qu'ils prodigueraient à l'idée du maintien de leur liberté jusqu'à la dernière goutte de leur sang; et ce sentiment qui s'étend jusques au sexe

die Straßen von Brüssel und den Platz vor dem Palast erfüllte und auf eine seltsame Weise Hingebung für ihre Personen mit Verwünschung der Regierungspolitik verband, ließ das statthalterische Paar sich am 30. Mai zu der Erklärung herbei, daß die Edicte des Kaisers, die mit der alten Landesverfassung, namentlich der Joyeuse Entree in Widerspruch seien, vollständig suspendirt sein sollten. Sie setzten voraus, daß Joseph II. das sanctioniren und dadurch den Unruhen auf immer ein Ende machen werde [1]). Unter dem Jubel der Menge, die sich vor ihren Wagen spannte, auf welchem van der Noot, den man damals als den unternehmendsten Volksführer kennen gelernt hatte, den Kutschersitz einnahm, fuhren sie am anderen Tage nach dem Theater. Den Hochs für den Kaiser und der Versicherung, daß man Gut und Blut für ihn einsetzen wolle, wurde die Bedingung hinzugefügt, daß er dagegen die Freiheit der Nation erhalten müsse [2]). Man wird an die „Hochs für den König“ und die „Nieder mit den Ministern“ erinnert, mit denen zwei Jahrzehnte früher die Population von Madrid die Straßen durchzog und ihren Willen momentan durchsetzte.

Als sich dies in der Hauptstadt der Niederlande begab, war Kaiser Joseph in weiter Ferne auf seiner Reise nach der Krim begriffen. Er hat immer behauptet, wäre er in der Nähe gewesen, so würde es so weit nicht gekommen sein. Während er dort mit

faible, a déjà porté des femmes à déclarer, qu'elles accompagneraient et meneraient elles-mêmes leurs maris à l'échafaud plutôt que de les voir s'avilir en pliant sous le joug de la servitude. Beer, Joseph II., Leopold II. und Kaunitz S. 463. Vergl. den Brief des Herzogs an den Kaiser vom 9. Juni S. 458. (A. d. n. A.)

1) Marie Christine an den Kaiser am 18. Juni: Nous avons tout lieu de soupçonner que cela vient de Prêtres et même de la Cour de Rome, qui les suscite et anime, l'Enthousiasme allant jusqu' à tout sacrifier pour conserver ses pratiques de religion, ses anciens priviléges, coutumes etc. etc. et dont les femmes sont même participantes et sont les plus animées à exciter — Cher frère, cela vous prouve combien cette ratification pleine et sans reserve est nécessaire; et je vous la demande à genoux pour vous conserver ces provinces, car je vous le dis le coeur navré de douleur que si vous ne daignez envoyer celle-ci avec des pleinpouvoirs pour arranger les choses, — toutes les provinces sans en excepter une pousseront leur malheureux délire jusqu'à se croire déliées de tout lien à leur Souverain et s'exposeront à tous les malheurs qui suivront une pareille démarche. A. a. O. S. 481. (A. d. n. A.)

2) Aus den Memoiren des Herzogs Albert, bei Adam Wolf, Marie Christine I. S. 286.

Kaiserin Katharina die Möglichkeiten erörterte, die Osmanen aus Europa zu verjagen, erwuchs ihm in der entlegensten Provinz seines Reiches ein Widerstand, der allen Principien seiner Regierung gleichsam den Krieg ankündigte. Wir berührten schon, wie die Nachrichten aus Brüssel dazu beitrugen, daß man im Orient darauf dachte, den Frieden zu erhalten. Joseph kam mit dem Entschlusse zurück, vor allen Dingen den niederländischen Unruhen ein Ende zu machen, und zwar, wenn es anders nicht sein könne, mit Gewalt der Waffen.[1])

Dabei fielen jedoch noch andere Erwägungen ins Gewicht. Der Staatskanzler, Fürst Kaunitz, ohnehin in dieser Sache mit dem Kaiser nicht einverstanden, erklärte ein solches Unternehmen für eines der gefährlichsten, auf die man sich einlassen könne.

Er kannte das Land, wo er selbst als Minister fungirt hatte, und besaß so viel Sinn für herkömmliche Rechtsverhältnisse, um das gewaltsame Eingreifen des Souveräns zu mißbilligen. Die geistlichen Institute hatten für ihn keine Bedeutung; wohl aber die weltlichen, selbst der Artikel, durch welchen die Unterthänigkeit an die Beobachtung der Landesverfassung geknüpft wurde. In der That ist dies dasselbe Moment, von dem einst der Abfall der nördlichen Provinzen und die Errichtung einer Republik ausgegangen ist. Kaunitz erinnerte den Kaiser, daß in Brabant und seinen übrigen Niederlanden Alles bereit sei, um sich für unabhängig zu erklären: darauf wirke das Beispiel der Nordamerikaner: in Belgien hege man die Meinung, daß man glücklicher sein werde ohne die Herrschaft von Oesterreich. Und wie Nordamerika, so habe auch Belgien gegründete Aussicht auf fremde Unterstützung: es werde sich entweder an Frankreich anschließen oder an England, vielleicht sogar an Preußen, oder könne sich mit der nordniederländischen Republik zu einem Ganzen vereinigen. Um die Unruhen zu dämpfen, würde der Kaiser eine ansehnliche Armee ins Feld stellen müssen: denn leicht könne man in Belgien 100,000 Mann unter die Waffen bringen. Wolle er aber wirklich das Aeußerste daran setzen und das Blut seiner Unterthanen vergießen [2])?

1) An seinen Bruder, den Großherzog von Toscana, schreibt der Kaiser am 6. Juli: Je me soumets néanmoins à mon malheureux sort; et j'irai en personne pour être à même de faire finir le plus tôt possible cette malheureuse et déstructive guerre intestine. Arneth II. S. 83. (A. d. n. A.)

2) Toute la Nation Belgique se croit fondée à demander l'accomplissement des conditions, sous lesquelles elle s'est soumise à la

So viel ließ sich der Kaiser nun wirklich abgewinnen, daß er, indem er seinen Standpunkt wahrte, und die Tadellosigkeit seiner nur auf die Hebung eingewurzelter Mißbräuche gerichteten Absichten betonte, gegen die er keinen Widerspruch habe erwarten dürfen, dennoch die Provinzen aufforderte, ihm Deputirte zu schicken, um ihre Klagen vorzubringen und seine Erklärungen zu vernehmen: er denke, man werde sich über die zum Heil des Landes erforderlichen Anordnungen verständigen.

Da er sich aber doch nicht verhehlte, daß das vielleicht auch nicht geschehen, und die Unruhen sich erneuern könnten, so hielt er die ernstlichsten Vorkehrungen für diesen Fall für nothwendig. Die Ursache der brüsseler Vorgänge sah er darin, daß man die bewaffnete Macht zusammenzuziehen, überhaupt militärische Maßregeln zu treffen verabsäumt habe. Er nahm sich vor, diese, wenn es nicht anders sei, nunmehr in Anwendung zu bringen. An demselben Tage, an welchem er die Deputirten berief, — es war der vierte seit seiner Rückkunft nach Wien — am 3. Juli ernannte er den commandirenden General in den Niederlanden, Grafen Murray, zum interimistischen Generalgouverneur und versah ihn, indem er ihn mit der Sorge für die öffentliche Ruhe betraute, zugleich mit der Ermächtigung, zu diesem Zwecke die Gewalt der Waffen anzuwenden. Besonders lag ihm daran, die empörerische Bürgerschaft von Brüssel in Zaum zu halten. Die Instructionen, die er dafür gab, verrathen einen schonungslosen Ernst [1]: bei ihrer Ausführung soll der General nur mit ihm selbst, dem Kaiser, in Correspondenz bleiben.

Was in seiner Seele vorging, erhellt aus seinen Aeußerungen gegen den englischen Gesandten, Sir Robert Murray Keith, Anfang August 1787. Er sprach demselben von dem Geiste der Widersetzlichkeit eines mißverstandenen und unruhigen Patriotismus, welcher sich überall zeige. Vielen Eindruck machten ihm in dieser Beziehung die Bewegungen in Holland: aber auch anderwärts, in Lüttich, in Aachen; selbst in der kleinen Abtei Essen komme Aehnliches zum

domination de la maison d'Autriche, de bonne foi. Nous ne saurions disconvenir, qu'elle ne le soit, et je ne pense pas, qu'il fût compatible aux principes d'humanité et de religion de Votre Majesté de se permettre de repandre le sang de ses sujets. — Kaunitz an den Kaiser, 20. Juni 1787.

1) Auszug aus der geheimen Instruction bei Lorenz, Joseph II. und die belgische Revolution. 1862. S. 22.

Vorschein. Er fand es sehr unweise von dem König von Frankreich, daß er die Notabeln berufen hatte: da sei eine Saat ausgestreut, deren verderbliche Früchte dieser Fürst Zeit seines Lebens zu schmecken haben werde. Von den Deputirten aus Belgien, die er berufen hatte, erwartete er, sie würden viele Beschwerden und noch mehr Hartnäckigkeit mitbringen: aber er werde ihnen zeigen, daß die Constitution ihrer Provinzen in ihrem Princip mangelhaft und untauglich sei, die für das allgemeine Wohl nöthigen Grundbedingungen zu sichern, Ordnung in den Finanzen und unparteiische Justiz. Man habe dort seit beinahe einem halben Jahrhundert sehr nachlässig gewirthschaftet; den Zustand der Finanzen kenne man nicht einmal. Bei seiner Reise in den Niederlanden seien ihm ein halbes Tausend Petitionen eingehändigt worden, um sich über langsame und parteiische Rechtspflege zu beschweren. Er erweise dem Lande einen Dienst, wenn er dieselbe umgestalte. Er werde mit den Deputirten jeden Punkt durchsprechen. Wenn er aber auch gewillt sei, die wesentlichen Artikel der Constitution zu halten, so bleibe doch allemal zur Durchführung einer guten Ordnung das Entgegenkommen des Volkes erforderlich. In der Meinung, er wolle eine Armee nach den Niederlanden schicken, habe man dort davon gesprochen, diese an dem Rhein aufzuhalten, oder wenn sie vordringe, alle Pässe in dem Lande zu befestigen, jeden Bach, jede Hütte zu vertheidigen: auf den ersten Blick leuchte ein, wie so ganz unausführbar das wäre. Er werde den Deputirten sagen, seine Monarchie sei untheilbar, und er wolle das Ganze auf das Spiel setzen, um sie so zu erhalten. Sehr ungern würde er einen einzigen Flintenschuß thun lassen: im Nothfall aber seine ganze Macht aufbieten, um die Widerstrebenden zur Vernunft zu bringen: Emigration fürchte er dabei nicht; denn ein so fruchtbares und reiches Land verlasse Niemand so leicht. In den Niederlanden bilde man sich vielleicht ein, noch zur rechten Zeit den begonnenen Widerstand abbrechen und damit schwererem Nachtheil entgehen zu können: aber es bestehe ein Unterschied zwischen den verschiedenen Arten von Eroberung. Wenn er eine solche über einen Feind im offenen Felde mache, so werde er es für seine Pflicht halten, das Privateigenthum zu schonen: sollte aber — wofür Gott sei — eine Provinz der Monarchie das Schwert der Rebellion gegen ihn ziehen, und er in den Fall kommen, sie ebenfalls mit dem Schwert wiederzuerobern, so erkläre er, daß er das Eigenthum eines Jeden, der die Waffen gegen ihn erhoben habe, von welchem Rang und

Stand auch immer, als der Krone verfallen und die Privilegien und Institutionen des Landes als einzig von seiner Verfügung und Gnade abhängig betrachten werde. Dies Argument, denke er, werde wirken [1]).

Mit diesen Worten entließ er den Gesandten, dem er den Arm drückte; denn er war sehr vertraut mit ihm.

Noch vor den Deputirten waren auf die Berufung des Kaisers die Generalstatthalterin und ihr Gemahl in Wien eingetroffen: sie hofften ihm die Gründe ihres Verhaltens auseinanderzusetzen und eine Vermittelung anzubahnen. Aber der Kaiser zeigte ihnen Mißvergnügen, wenn nicht Ungnade; sie gelangten nicht einmal dazu, in der Sache mit ihm zu reden: es kränkte sie tief, daß er die Rechtfertigung, die sie vorbereitet hatten, nicht annehmen wollte. „Will er uns verdammen", sagte die Erzherzogin, „ohne uns zu hören?"

In Wahrheit legte der Kaiser ihrer Schwäche und ihrem Mangel an Vorsicht die Schuld von Allem, was vorgegangen, zur Last; er war empört über ihre Zugeständnisse [2]), und vermaß sich, eher sterben und verderben, als sie unterzeichnen zu wollen.

Man hatte ihm ein Formular der Ratification zugesendet; er hat es mit der Scheere zerschnitten der Canzlei zurückgeschickt.

Indem langten die Deputirten der Landschaften an. Sie waren noch unter der Autorität des erzherzoglichen Paares in den

1) . . . If any province of my monarchy should (which Heaven avert) ever wield against me the sword of the rebellion, and that I should succeed in re-conquering it by the same weapon, I publicly declare, that I should look upon the entire property of every individual, of every rank and condition, who had taken up arms against my government, as irretrievably forfeited to the Crown, and the whole laws, privileges and institutions of that country wholly and solely at my disposition and mercy. — Memoirs and Correspondance of Sir Robert Murray Keith II. 217. (Schreiben Keiths an Caermarthen vom 3. August 1787.)

2) „Das leidige Beispiel beweiset, daß J. J. K. K. H. H., der Minister und der sämmtliche Rath durch Vernachlässigung der gleich anfangs nöthigen Militär-Dispositionen und Zusammenziehung der Truppen, ja durch Unterlassung der mindesten ernstlichen Vorkehrungen, es möge nun theils geflissentlich oder aus blöder Furcht, meine Ehre und den Staat auf die Spitze gesetzt haben. Weiter in diesem Unwesen fortzufahren, ist nun meine Sache nicht." Joseph an Kaunitz 4. Juli 1787. Wiener Staatsarchiv.

verschiedenen Provinzen gewählt worden, mit Rücksicht auf die zu repräsentirenden drei Stände; von besonderer Merkwürdigkeit ist es, daß eine Versammlung von Bevollmächtigten aus allen Provinzen in Brüssel zusammentrat, um über diese Sendung gemeinschaftliche Beschlüsse zu fassen. Man darf darin den Keim des spätern Belgiens sehen; es war die erste freie Vereinigung aller Provinzen. Sie fand unter den Auspicien einer lebhaften popularen Agitation statt. Zunächst entschied man sich jedoch, den Deputirten keinerlei Vollmacht zu geben, bindende Verpflichtungen sollten sie nicht eingehen können.

Am 15. August hatten sie ihre feierliche Audienz. In der schriftlich abgefaßten Anrede, in der auf den Wunsch des Staatskanzlers einige Ausdrücke gemildert waren, forderten sie den Kaiser auf, seine Edicte, welche die Bewegung veranlaßt hatten, von der er wahrscheinlich nicht genau unterrichtet sei, zurückzunehmen, und fortan von allen Verletzungen der Verfassung, der Rechte und der Privilegien der Provinzen abzustehen. Man sah dem Kaiser den Unmuth und die Ungeduld an, mit der er diese Aufforderung anhörte; aber seiner Aufwallung freien Lauf zu lassen, etwa im Sinne seines Gesprächs mit dem englischen Gesandten, hielt er nicht für rathsam; in der Antwort, die er ihnen ebenfalls vorlas, verwies er sie auf seine Befehle an die niederländische Regierung, die ihnen Fürst Kaunitz mittheilen werde. Diese gingen aber dahin, daß vor aller weiteren Verhandlung jede Spur der gegen die höchste Gewalt versuchten Auflehnung verschwunden sein müsse: die rückständigen Subsidien müßten abgetragen, die Wiedereröffnung des Generalseminars und die Schließung der zur Aufhebung bestimmten Klöster, die Herstellung der entfernten Beamten bewirkt, überhaupt Alles in den Zustand hergestellt sein, der am 1. April stattgefunden habe; dann erst wolle der Kaiser über die vorzunehmenden Reformen mit den Provinzalständen in Berathung eintreten.

Die Deputirten waren über die Ablehnung aller ihrer Anträge und Wünsche, die hierin lag, nicht wenig verstimmt. Nicht der alte Zustand, wie sie gehofft, sondern der durch den Kaiser erst geschaffene, gegen den sich die Provinzen erhoben hatten, sollte wiederhergestellt und damit von ihnen wenigstens vorläufig anerkannt werden. Sie fürchteten eine schlechte Aufnahme zu Hause, wenn sie mit diesem unangenehmen Bescheide zurückkämen; manche wünschten sogleich abzureisen, um noch vor demselben anzulangen. Aber ihre Einwendungen waren vergeblich. Kaunitz, der ihnen

wohlwollte, bedeutete sie doch, vor allen Dingen müsse die souveräne Autorität wiederhergestellt werden.

Bei dem Kaiser haben sie noch eine längere Audienz gehabt, bei der sich derselbe jedoch ausgemacht hatte, daß sie nur einen privaten Charakter tragen solle: er wolle sie zu seiner Belehrung hören, und ihnen behufs der ihren antworten. Er ließ sich dann über die Einrichtungen, die er getroffen, mit großer Mäßigung vernehmen. Die Veränderung in der Rechtspflege sei mehr ein Versuch als eine definitive Organisation; die Intendanten, bei deren Erwähnung die Deputirten zusammenfuhren, werde man ganz anders finden, als man erwarte. Wenn die Verpflichtung der Bischöfe, ihre Erlasse der Regierung vorzulegen, als eine Demüthigung bezeichnet wurde, so antwortete er, das sei nur ein Visa, wie bei den päpstlichen Bullen. Als den Zweck des Generalseminars bezeichnete er die Nothwendigkeit eine gleichförmige Doctrin in dem Clerus zu erzielen. Die Absicht, die Niederlande auszutauschen, sagt er, rühre nicht daher, daß er sie mißachte, sondern sei im Interesse der Monarchie gefaßt worden, das bei ihm, dem ersten Diener des Staats, allen andern Rücksichten vorangehen müsse. Es hatte ihn tief verwundet, und er ließ nicht unberührt, daß sich die Provinzen in ihrem Streite mit ihm an Frankreich gewendet hatten; doch ließ er die Entschuldigung gelten, daß man nur die Vermittelung des allerchristlichsten Königs nachgesucht habe. Persönlich zeigte er alle mögliche Leutseligkeit; in der Sache selbst hielt er unerschütterlich fest. Die Deputirten luden ihn ein, selbst noch einmal nach Belgien zu kommen. Er lehnte das ab: „und meine Herren", sagte er, „ich trage nur eine schwarze Cocarde." Was er damit meinte, zeigt sein Gespräch mit dem englischen Gesandten: sehr ausdrücklich erinnert er daran, daß er die Waffen in der Hand halte [1]).

Die Berufung der Deputirten war auch auf den Rath der Kaiserin Katharina geschehen, der Joseph jeden seiner Schritte mit unbedingtem Vertrauen mittheilte. Er war glücklich, ihr nach einiger Zeit melden zu können, daß die Deputirten gekommen und wieder mit Genugthuung von ihm geschieden seien: von seinen Truppen, die er indeß ohne Widerrede unter Murray hatte zusam-

1) Der Bericht der Deputirten über diese Audienz ist im Jahre 1843 in einer belgischen Zeitschrift bekannt gemacht worden. Vgl. Th. Juste Histoire de l'empereur Joseph et de la révolution Belge I., 149.

menziehen lassen, erwarte er vor allem weitern Schaden gesichert zu werden [1]). Man sieht, er rechnete auf den Erfolg seiner wohlwollenden zugleich und nachdrücklichen Haltung; er glaubte an die unwiderstehliche Macht der souveränen Autorität; er hoffte noch auf friedlichem Wege seine Absicht durchzuführen. Sollte er aber wieder Verhoffen Widerstand finden, so war er entschlossen, denselben mit Gewalt zu unterdrücken. Es machte ihm Muth, daß einige kleinere Bewegungen ohne alle Schwierigkeit gedämpft worden waren. Murray, welcher aller Städte Meister war, bekam die Weisung, die Befehle des Kaisers mit Güte oder auch mit Gewalt in Ausführung zu bringen [2]).

Auch in den andern Provinzen der Monarchie regte sich mannichfaltige Unzufriedenheit; Ungarn befand sich in voller Gährung.

Es ist wohl als der verhängnißvollste Schritt Josephs zu betrachten, daß er inmitten dieser Schwierigkeiten sich dennoch entschloß, an dem russisch-türkischen Kriege theilzunehmen.

Allzu verlockend war für ihn die Aussicht, die ihm ein glücklicher Erfolg desselben für die Erweiterung seiner Grenzen und seine Weltstellung überhaupt darbot. Und mußte ein solcher nicht auch jede innere Bewegung beschwichtigen?

Im Bunde mit Rußland auf der einen Seite, auf der anderen mit den liberalen Ideen in monarchischer Form, gestützt auf Waffengewalt nach Außen und das Princip der souveränen Autorität nach Innen, hielt Kaiser Joseph alle Ziele seines Ehrgeizes für erreichbar.

In dem Schreiben, in welchem er der Kaiserin von der vermeintlichen Beilegung der niederländischen Unruhen Nachricht gab, erklärte er ihr zugleich, daß er seiner Bundespflicht nachkommen und ihre Sache als die seine betrachten wolle. Die Kaiserin, überrascht durch die feindselige Haltung der Türken, war es fast noch mehr durch diese selbst ihrer Aufforderung zuvorkommende Erklärung des deutschen Kaisers.

1) Joseph au Katharine 30 août 1787: les troupes que j'ai dans ces provinces ont été toutes rassemblées sans difficulté, que par là mes effets sont à couvert et que je suis en mesure à tout événement, mes forces étant concentrées. Arneth, Joseph II. und Katharina von Rußland, S. 290.

2) Aus dem Schreiben vom 9. Sept. bei Lorenz.

Zweiundzwanzigstes Capitel.

Momente des Türkenkrieges im Jahre 1788.

Die Feindseligkeiten gegen Rußland wurden von den Osmanen in den beiden Richtungen, die ihnen den Impuls zu dem Kriege gegeben hatten, eröffnet.

Imam Mansur machte sich auf, um in den Zwistigkeiten, welche zwischen den Königen von Georgien und Imerethi, sowie zwischen den Georgiern und ihren tatarischen Nachbarn ausgebrochen waren, eine Entscheidung zu Gunsten der Osmanen und des Islam herbeizuführen. Er ging im October 1787 über den Kuban Zu gleicher Zeit wurde von Oczakow aus ein Angriff auf Cherson und Kinburn vorbereitet. Die Osmanen meinten, sich Georgiens und der Krim in raschem Anlauf wieder bemeistern zu können. Aber gleich hier kam die Ueberlegenheit einer besser organisirten Kriegführung selbst bei geringeren Streitkräften zu Tage. Der Imam erlag einer kleinen Heerschaar, die ihm entschlossen entgegenging. Die türkischen Grenzgebiete wurden dann auf's neue weit und breit verwüstet.

Indessen waren die Werfte von Cherson und der Hafen von Glubokoje durch starke, umsichtig angelegte Batterien gesichert worden. Zu dem ernstlichsten Kampfe kam es bei Kinburn. Die Janitscharen von Oczakow waren mit einem ansehnlichen Aufgebot vereinigt, das durch die religiöse Idee in Aufregung erhalten wurde — 50 Derwische waren zugegen. — Die Russen ließen die Landung ruhig geschehen. Erst als die Türken bis nahe an das Glacis herangekommen, wurden sie mit einem heftigen und sehr wirksamen Feuer aus der Festung begrüßt. Bei den in aller Eile aufgeworfenen Schanzen entspann sich dann ein mörderischer Kampf zwischen der Besatzung und den angreifenden Türken, der durch die im rechten Moment herbeikommende russische Reiterei, die auf dem engen Terrain wiewohl unentwickelt vordrang, zur Entscheidung ge=

bracht wurde. Es ist Suworow, der Mann dieser Kriege, der die Anordnungen mit verschlagener Umsicht entwarf und mit kühner Entschlossenheit ausführte. Er ist selbst dabei verwundet worden. „Ich möchte gern", schreibt ihm Potemkin, „an Deiner Stelle leiden, wenn Du nur gesund wärest. Niemals soll es Dich reuen, daß Du unter mir dienen willst." Von den türkischen Mannschaften ist nur der zehnte Theil gerettet worden.

Wie nun hier den Osmanen ihre Angriffe mißlangen, so hatten auch die Oesterreicher bei dem ersten Unternehmen, zu dem sie noch vor der Kriegserklärung schritten, einen schlechten Erfolg.

Was hätte der östererichischen Politik näher liegen und dringender erscheinen können, als die Wiedereroberung von Belgrad, das bei dem letzten Frieden — man wußte kaum, wie — aufgegeben worden war. Noch im December 1787 wurde von Semlin aus ein Handstreich auf diese Festung versucht, freilich so schwach, daß er allenfalls abgeleugnet werden konnte; er mißlang vollkommen. Aber der Vorfall brachte die Osmanen in verdoppelte Entrüstung. Dem Internuntius wurde die Frage gestellt, welche Haltung Oesterreich in dem bevorstehenden Kampfe nehmen werde: wolle es auf die Seite von Rußland treten, so möge es das nur geradeheraus erklären.

Hierauf hielt Fürst Kaunitz, dem, wie die russische Allianz, so auch deren Consequenzen besonders am Herzen lagen, die Zeit für gekommen, mit der Kriegserklärung unverzüglich hervorzutreten: denn sonst werde das Verhalten Oesterreichs als unehrlich und selbst verrätherisch betrachtet werden. Nicht ganz gern willigte Joseph ein: er hätte lieber mit der Erklärung des Krieges gleich den Beginn desselben durch eine große Unternehmung verbunden. Allein er fügte sich, wie so oft, auch diesmal den Erwägungen des Ministers. Im Februar 1788 wurde der Internuntius beauftragt, die Kriegserklärung des Kaisers, die er bereits in den Händen hatte, dem Divan zu übergeben.

Es war ein Irrthum, wenn man in Berlin meinte, die Besorgniß des Kaisers vor einer Mediation habe ihn veranlaßt, mit seiner Erklärung nicht länger zurückzuhalten; sein Motiv lag in der bereits eingetretenen Verwickelung.

Die peremtorischen Anfragen des Divan machten eine Antwort nothwendig, die, wenn sie nochmals ausweichend ausfiel und dann doch der Krieg erfolgte, der österreichischen Politik das Gepräge einer unerträglichen Unzuverlässigkeit vor aller Welt gegeben haben

würde. Besser war es, sich zu dem zu bekennen, was man einmal thun wollte.

Nur Einer Besorgniß konnte sich der Kaiser hiebei nicht entschlagen; hatte er sie doch früher selbst mit Nachdruck geäußert. Er meinte, Preußen werde den Eroberungen, die er über die Türken davon zu tragen im Begriff stehe, nicht ruhig zusehen. Darin lag für ihn eine Besorgniß, aber auch eine Hoffnung. Denn in einem solchen Falle konnte ihm die Kaiserin ihre Bundesgenossenschaft auch gegen Preußen nicht verweigern. Ehe er sich ins Feld begab, forderte er die Zusicherung der Kaiserin, mit ihm gegen die Mächte, die sich in ihren Krieg unbefugter Weise einmischen oder die denselben zu ihrem eignen Vortheil benutzen würden, gemeinschaftliche Sache zu machen. Die Kaiserin zögerte nicht, seinen Bundeseifer mit einer Zusicherung hierüber zu erwiedern.

So entschloß sich Joseph II., den Frieden mit den Türken, der vierzig Jahre früher an die Stelle der bis dahin gebräuchlichen Waffenstillstände getreten und seitdem seinem Staate sehr zu Statten gekommen war, zu brechen, ohne daß sie ihrerseits einen gegründeten Anlaß dazu gegeben hätten. Indem er ihre alte Feindseligkeit wieder herausforderte, war er darauf gefaßt, daß der Gegner, den er am meisten haßte und fürchtete, sich bei diesem Anlaß gegen ihn erheben würde; zugleich zitterte der heimische Boden unter seinen Füßen. Dennoch schritt er vorwärts; er setzte Alles gleichsam auf Eine Karte; er zog ins Feld, um des Vortheils willen, den ihm die russische Bundesgenossenschaft darbot.

Wir kennen den Gewinn, den sich Joseph für die Eventualität eines siegreichen Krieges gegen die Türken im Bunde mit Rußland vor einigen Jahren ausbedang: er dachte in dessen Folge sein Oesterreich zur mitteleuropäischen Hauptmacht zu erheben und es mit wohlgelegenen reichen Gebieten nach allen Seiten hin zu vergrößern; dazu war jetzt der Augenblick gekommen.

Der Vertrag von 1781 wurde in derselben sehr persönlichen Art und Weise, wie er geschlossen worden war, im Allgemeinen erneuert.

Abgesehen hievon hatte der Krieg, der damit ausbrach, eine universale Bedeutung für die großen Weltverhältnisse im Orient. Die Osmanen hofften zuversichtlich, die ihnen vor Kurzem entrissenen Landstriche, einbegriffen die Krim, wiederzuerobern: sie setzten zu diesem Zweck eine Flotte auf dem Schwarzen Meere in Stand. Der Mufti erhielt ihren islamitischen Enthusiasmus in vollem

Schwung. Dagegen rechneten die beiden Kaiserhöfe auf die Theilnahme der christlichen Populationen in dem osmanischen Reiche. Von Wien aus trat man mit Montenegro in Verbindung und sammelte serbische Ausgetretene, unter denen Kara Georg erscheint, zu einem Freicorps unter die kaiserlichen Fahnen. In Rußland zählte man auf das Erwachen der religiösen Sympathien der griechisch gläubigen Bevölkerungen, deren erste Anzeichen vornehmlich dazu beigetragen hatten, den Stolz und Haß der Türken aufzuregen. Der Erfolg der Waffen mußte das Verhältniß der beiden großen Weltelemente für die kommenden Zeiten bestimmen.

Es galt die Frage, wie sich Occident und Orient fortan zu einander verhalten würden. Indem der römisch-deutsche Kaiser, König von Ungarn, an ihrer Entscheidung Antheil nahm, verschwand noch einmal der Gegensatz der griechischen und lateinischen Kirche, der die Christenheit so oft entzweit hatte.

Von Seiten des Kaisers war Alles sorgfältig vorbereitet. Schon im März 1788 erschien er im Felde.

Ein großer Cordon, 200 Meilen weit, aus 6 Armeecorps bestehend, sollte die Grenzen decken und jeden etwaigen Anfall der Türken zurückwerfen. Mit dem bedeutendsten wollte der Kaiser, dem der vertraute Lascy zur Seite stand, die Unternehmung, auf welche Alles ankam, gegen Belgrad ausführen.

Leicht wurde Szabatz an der Save eingenommen. Allein noch andere Vorbereitungen waren nöthig, um zur Ausführung des großen Vorhabens zu schreiten. Dämme mußten gezogen, Belagerungswerkzeuge herbeigeschafft, die Truppen an die Art und Weise der Türkenkriege gewöhnt werden, worüber dann Woche auf Woche verging.

Indeß war damit nichts verloren, wenn nur die russischen Armeen noch zur rechten Zeit im Felde erschienen.

Von den beiden russischen Heeren war das Jekaterinoslaw'sche unter Potemkin bestimmt, Oczakow anzugreifen; das ukränische unter Romanzow, in die Moldau einzubringen und den linken Flügel der Oesterreicher, den der Prinz von Coburg befehligte, zu unterstützen. Die vornehmste Absicht des Prinzen war, Choczim einzunehmen, dessen Besitz den Osmanen Gelegenheit gab, Truppen am Dniestr anzusammeln und Galizien zu bedrohen. Wie vor Alters für Polen, so bildete Choczim für Oesterreich eine gefährliche Nachbarschaft. Wenn aber der Prinz hiebei auf den sofortigen Beistand der Russen gezählt hatte, so sah er sich darin getäuscht. Die schon versprochene

Hülfe wurde ihm dann wieder versagt. Unwillig über die Russen, auf die nicht zu rechnen sei, wies der Kaiser den Prinzen um so strenger auf Einhaltung der Defensive an; er erließ hierüber Anordnungen, die auch in Bezug auf die Stellungen der Mannschaften sehr ins Einzelne gingen; man wollte bemerken, daß er dabei in einen militärischen Lehrmeisterton verfalle [1].

Man hat wohl die Zögerungen der Russen für absichtlich und berechnet gehalten. Das waren sie nicht. Romanzow, der in der russischen Armee die regelmäßige und methodische Kriegführung repräsentirte, war an sich von dilatorischem Naturell: er hatte sich über die Untauglichkeit seiner Offiziere zu beschweren. Wenn aber auch der Fürst Potemkin, der nur seinen eigenen Eingebungen folgte, die den Charakter des Willkürlichen und Unberechenbaren an sich trugen, nicht mit dem Eifer vordrang, den man an ihm kannte: so lag das an der Beschaffenheit des Kriegsmaterials. Die Lafetten der Kanonen, die er mit sich führen sollte, waren verfault; das Pulver, dessen er bedurfte, mußte von Holland bezogen werden und langte erst spät in Kronstadt an; es fehlte an dem für die Montur der Cavallerie erforderlichen grünen Tuch [2]. Der englische Gesandte berichtet selbst von Mangel an Lebensmitteln. So kam es, daß Potemkin sich nur langsam vorwärts bewegte. Zu Märschen, die in einigen Tagen ausgeführt werden konnten, brauchte er mehrere Wochen, und hielt dann wieder inne.

Woher nun aber auch diese Verzögerungen rühren mochten, allemal gerieth der Kaiser dadurch in nicht geringe Verlegenheit. Bei dem kleinen Krieg, der an allen Grenzen ausgebrochen war, wünschte er wohl die nächsten befestigten Punkte zu besetzen, übrigens aber sich in der Defensive zu halten: ein eigentliches Vordringen in die türkischen Gebiete lag nicht in seiner Absicht. Denn was könne man, sagte er, damit erreichen? Ueberall im inneren Lande seien die Türken in ihre festen Plätze und Palanken zurückgezogen: diese würde man nehmen müssen, um festen Fuß zu fassen. Auf dem platten Lande, wenig bewohnt und unbebaut wie es sei, lasse sich Nichts gewinnen. Dagegen befinde sich das kaiserliche Gebiet, das man seit fünfzig Jahren großentheils neu colonisirt habe, allenthalben in blühendem Zustande. Man würde die schwersten Verluste

1) Witzleben, Prinz Friedrich Josias von Coburg-Saalfeld I. S. 151.

2) So berichtet der preußische Gesandte Baron Keller am 19/30. Mai 1788 aus St. Petersburg.

erleiden, wenn es den Türken gelingen sollte, darin einzudringen.

Und noch einen anderen Unterschied bemerkte der Kaiser. Die Osmanen seien von religiösem Fanatismus ergriffen: von den eben aufwachsenden Knaben bis zu den Aeltesten der Nation und ihren Führern werde Alles von Einem Geiste beseelt. Ganz anders in der österreichischen Armee, die eine geworbene und disciplinirte sei, und der aller nationale und religiöse Aufschwung fehle.

Nun aber geschah, daß die Türken, von ihren alten natürlichen Impulsen entflammt, nicht gegen die Russen, die in dem Augenblicke nicht gefährlich erschienen, sondern gegen die Oesterreicher heranrückten. Der Großwesir erhob sich aus Constantinopel mit dem Enthusiasmus des heiligen Krieges unter den Gebeten des Mufti: „Eure Spieße mögen glänzen, wie der Blitz, der vor dem Donner hergeht; eure Schwerter sollen sein, wie die Sicheln in den Händen der Schnitter.“ Der Großwesir dagegen ließ vernehmen, er werde in die Thore von Constantinopel nicht wieder eingehen, wenn nicht als Sieger. Wenn er zunächst seine Waffen gegen Oesterreich richtete, so war sein Grund, daß diese Macht den Krieg nicht liebe; er hoffte, sie durch raschen Anlauf zum Frieden zu nöthigen und seine siegreichen Schaaren alsdann gegen die Russen zu führen. Weit entfernt, durch diese Bewegung der Türken von dem einmal gefaßten Plane, Belgrad zu erobern, abgeschreckt zu werden, faßte Kaiser Joseph vielmehr den Entschluß, unverzüglich mit der Armee über die Flüsse zu rücken und jene Belagerung zu unternehmen. Denn dann werde der Großwesir sich wenigstens gegen ihn selbst wenden, und die übrigen Grenzen würden gesichert bleiben. Er wäre dazu entschlossen gewesen; aber er mußte erleben, daß seine Generale ihm zwar nicht etwa ihre Mitwirkung versagten, aber ihm doch auch nicht die freudige Zustimmung widmeten, die allein einen glücklichen Erfolg hätte erwarten lassen. Der Kaiser hatte nicht so viel Ansehen als Kriegsführer, daß er sie mit sich hätte fortreißen können.

Am 27. Mai sollte der Marsch gegen Belgrad beginnen: alle Vorbereitungen waren dazu getroffen. Wenn es doch nicht geschah, so hat man die Veranlassung in Meldungen, die etwa aus Rußland eingetroffen seien, gesucht. Der vornehmste Grund war jedoch ein anderer. Der Kaiser mußte wahrnehmen, daß seine Generale die Unternehmung mißbilligten. Der Staatskanzler Fürst Kaunitz

beklagt [1]), daß ihnen der geniale Sinn für ein großes und kühnes Unternehmen fehle, welches den ganzen Krieg entscheiden könne und dessen Erfolg bei der Ueberlegenheit der diesseitigen militärischen Ausbildung keinem Zweifel unterliege. Aber die Generale dort an ihrer Stelle urtheilten, daß man sich damit eher einer schweren Gefahr aussetzen würde. Die active Armee betrage nicht mehr als 40,000 Mann: wenn man gegen Belgrad vorrücke, und der Großwesir, wie zu erwarten, erscheine, um den Platz zu entsetzen, in welche Lage werde man dann gerathen? Man würde zwei große Flüsse im Rücken, zugleich mit einer zahlreichen Garnison und einer starken Armee kämpfen müssen [2]). Diesen Argumenten, die nicht zu widerlegen waren, und der allgemeinen Abneigung gegen das Unternehmen fügte sich der Kaiser. „Ich fühle", sagte er, „alle unangenehmen Folgen, die hievon zu erwarten sind: es hat mir innere Anstrengung gekostet, mein Verlangen aufzugeben: aber was vermag der Wille eines Einzigen gegen den aller Anderen? und was könnte man von Männern erwarten, die gegen ihre Ueberzeugung angehen sollen? Sie würden nichts als genau ihre Pflicht thun und mir selbst die ganze anordnende Thätigkeit überlassen. Jedermann sagt jetzt: wir hätten schon im April die Save überschreiten sollen: damals war ich es, der darauf drang: aber nichts fand sich vorbereitet: Alles schien unmöglich. Wie kann Einer allein Alles thun? Jetzt bin ich in der traurigen Nothwendigkeit, unthätig die Entwicklung der Ereignisse zu erwarten." Eine Lage, deren Schwierigkeit nicht in die Augen fiel, aber in Wahr-

1) Ces Messieurs paroissent avoir oublié que jamais dans les siècles les plus reculés ainsi que dans les plus rapprochés de nous aucun Grand Capitaine n'a été heureux et n'a fait de grandes choses que quand il a osé en entreprendre, et qu'en conclusion, lorsqu'on ne peut pas parvenir à son but par des prises de places et d'habiles manoeuvres, il reste encore toujours pour dernière ressource celle d'aller chercher son ennemi, de le forcer à combattre et de décider le sort de la Campagne et peut-être de la guerre par le gain d'une bataille décisive, dont il semble que l'on devroit se flatter moyennant tous les avantages que l'art de la guerre doit nous donner sur les Turcs. Kaunitz an den Kaiser 22. Mai 1788.

2) Ich folge auch hier der Correspondenz des Kaisers mit dem Staatskanzler: am 27. Mai schreibt er ihm: il a donc fallu après que toutes dispositions avoient été pour marcher aujourd'hui, que j'y renonce et me détermine à attendre ici tristement les événemens et les nouvelles qui pourront me décider.

heit eine der größten war, in die ein Fürst und Heerführer gerathen kann. Man sieht den Kaiser in ein Unternehmen verwickelt, das nur auf seinem politischen Gedanken beruhte, aber weder die Nationen, die unter ihm standen, noch auch die Armee, die um ihn war, für sich hatte. Die Bevölkerung fühlte sich durch die ihr angemutheten Leistungen gedrückt, die Armee unmuthig. Und wer konnte sich die Augen dagegen verschließen, daß das Unternehmen, mit welchem der Kaiser umging, unglücklich ausfallen und dann höchst verderblich wirken konnte? So weit geht die Macht des absoluten Monarchen selbst im Kriege nicht, die Ausführung eines einseitigen Vorhabens zu erzwingen.

Man darf diesen Tag vielleicht als den Wendepunkt der Geschicke Josephs II. betrachten. Es war Alles darauf angelegt; die Wege seiner Politik und seines Ehrgeizes hatten dahin geführt; die Zeit war eingetreten, in welcher er zur Realisirung aller mit seiner Allianz verknüpften Entwürfe gelangen konnte, der nächst vorliegende, auf die Eroberung von Belgrad gerichtete, schien endlich erreichbar. In diesem Moment leisteten seine Verbündeten die Dienste nicht, die er von ihnen erwartete, und seine Armee selbst versagte ihm.

Die Folge war, daß er die Unternehmung, durch welche die Action hätte concentrirt werden können, aufgab. Er sah sich um so mehr auf die Vertheidigung des ausgedehnten Grenzgebietes, auf welchem er die verschiedenen Abtheilungen seiner Armee aufgestellt hatte, angewiesen.

Viel Vergnügen machte es ihm nicht, wenn seine Truppen, nunmehr von den Russen unterstützt, in der Moldau vordrangen. Es ließ ihn kalt, daß sie Jassy einnahmen und der dortige Divan ihm seine Huldigungen darbrachte. Denn wie könne man schon um der Religion willen auch nur daran denken, daß die Moldauer die Herrschaft Oesterreichs der russischen vorziehen würden? Soviel man urtheilen kann, waren die ursprünglichen Pläne, die ein neues Reich Dacien in Aussicht nahmen, noch nicht aufgegeben. In der Correspondenz mit dem Prinzen von Coburg gewinnt es den Anschein, als habe er, der Kaiser, den Unternehmungsgeist des Prinzen zurückgehalten und selbst gelähmt. Der Prinz suchte sich durch Eroberung der Moldau einen Namen zu machen und ein Verdienst zu erwerben. Dem Kaiser darf man es nicht verargen, wenn ihm die Vertheidigung der Grenzen von Galizien und von Siebenbürgen die Hauptsache war. An sich lag ihm das Meiste an dem Vorrücken seiner kroatischen Armee in den bosnischen Bezirken, die ihm

selber vorbehalten waren: aber auch von da ließ er die Truppen zurückgehen, um sich auf die Defensive der genommenen Posten einzuschränken.

Gegen dieses weite Grenzgebiet wogte nun die türkische Streitmacht heran. In dem Rückzug der kaiserlichen Truppen erblickten die Türken eine Anerkennung ihrer Ueberlegenheit. Aus Albanien, Rumelien und selbst Morea kamen neue Mannschaften herbei, um an dem Zuge, welcher große Beute verhieß, theilzunehmen. Nach einigem Schwanken entschloß sich der Großwesir, von Widdin aus, da er weder eine russische noch eine österreichische Invasion zu befürchten hatte, über die Donau vorzurücken und in den Banat einzudringen.

Diese Landschaft war der besondere Gegenstand der Fürsorge der österreichischen Regierung gewesen: sie war neu colonisirt und in gedeihlichem Aufblühen begriffen. Der Kaiser hielt die Millionen, die diese neue Schöpfung, wie er sagte, gekostet hatte, für gut angewandt. Auch war gerade an diesen Grenzen die Vertheidigung mit Sorgfalt eingerichtet. Ohne Furcht zu empfinden, eilte Joseph, als er die Absicht der Türken, wahrnahm, mit seinen besten Grenadieren und einer ausgewählten Reiterei dahin, um die Vertheidigung zu leiten. Er meinte, wenn es zum Schlagen komme, so werde es ihm bestimmt sein, den Ruhm des Prinzen Eugen an dieser Stelle zu erneuern.

Als die Türken bei Mehadia ihr Lager aufschlugen, erwartete man auch in Wien eine große Schlacht. Aber es scheint wahr zu sein, was man in Rußland behauptete, Oesterreich verstehe die Kriege gegen die Türken nicht mehr. Diese dagegen zeigten mehr Umsicht in dem Gebirgskriege bei der Besetzung der Päffe, als man ihnen zugetraut hatte: sie durchbrachen den Cordon, auf den der Kaiser vertraute. In der Gefahr, überflügelt und umgangen zu werden, wichen die kaiserlichen Generale aus ihren Positionen zurück. Joseph schreibt es dem Mißverständniß einer mündlich gegebenen Ordre zu, wenn dies auch von so namhaften Generalen wie Brehainville und Aspremont geschah. Schon übernahm ihn die Besorgniß, daß die neuen Pflanzungen mit so vielen Tausenden von fleißigen Menschen der Wuth eines barbarischen Feindes unterliegen würden; er hielt sich noch für fähig, die Ebene zu beschützen: bald aber war er selbst zum Rückzug genöthigt. Und wiewohl er die Schwierigkeiten ahnte, mit denen derselbe verknüpft sein würde, so hätte er doch die Unordnung nicht erwartet, die bei der ersten rückgängigen Bewegung

eintrat [1]). In tumultuarischer Verwirrung feuerten seine eigenen Truppen gegen einander; nur wenig fehlte, daß er selbst, so wie sein Neffe Franz dem Feinde in die Hand gefallen wäre. Die Osmanen breiteten sich ungehindert in der Landschaft aus, wo sie für den ohne Noth und ohne ihre Schuld gebrochenen Frieden Rache nahmen. Man sah, wie vor Alters die Gefangenen als Sklaven abführen, um in Rumelien oder Morea verkauft zu werden.

Ein Glück noch, daß in denselben Tagen der Prinz von Coburg Choczim eroberte. Die Aufstellung der Russen und Oesterreicher in der Moldau trug nun wenigstens dazu bei, daß die Türken auf ihren Rückzug Bedacht nahmen.

Persönlich war Joseph erschüttert und beschämt. „Die Schmach", sagt er, „die durch die Ereignisse auf die Armee und ihre Generale fällt, obwohl mich keine Schuld trifft, läßt sich nur empfinden; man könnte sie nicht beschreiben."

Der Eindruck, den diese Vorfälle zu Ungunsten Oesterreichs machten, wurde noch dadurch erhöht, daß ihnen zur Seite die Russen zuletzt einen glänzenden Erfolg davontrugen.

Der Unterschied zwischen Russen und Oesterreichern beruhte darauf, daß diese, die Armee so wenig, wie das Volk zu diesem Kriege Trieb hatten oder auch nur Gefallen daran; die russische Nation und Armee ihn aber als ihre Hauptaufgabe in der Welt ansah. Was Kaiser Joseph selbst als sein Ziel bezeichnete, die Barbaren aus Europa zu verjagen, verhallte wie ein Wort, das Niemand in die Seele ging: dagegen lebte in den Russen noch derselbe Eifer, wie damals, als sie in der Kulikowschen Ebene die islamitischen Tartaren auseinanderwarfen und den Anführer derselben durch ihren tapferen und siegreichen Angriff zu dem Ausruf brachten: Groß ist der Gott der Christen. Es ist der Grundzug in der Geschichte der Russen. Längst brauchten sie für sich Nichts mehr zu fürchten; aber sie hegten den feurigen Wunsch, ihren unmittelbaren Glaubensgenossen griechischen Bekenntnisses die Freiheit ihrer Religion, nach der sie seufzten, zurückzugeben. Und in Potemkin hatten sie einen Führer, der nur in dieser Idee lebte und webte, von dem nationalen und religiösen Impuls, der die Russen in die Waffen führte, selbst ergriffen war. Es erinnert an die Zeiten, in denen Spanien uud Sicilien dem Islam abgewonnen wurden und an den gläubig-

1) Schreiben des Kaisers an Kaunitz vom 20. Sept., an den Großherzog von Toscana vom 21. Sept. Arneth II, 198.

abergläubischen Geist der Kreuzzüge, wie Potemkin immer auf unmittelbare Hülfe der Gottheit oder auch den Schutz der Heiligen vertraut, wenn er gegen die Osmanen angeht. In dem Siege seiner Truppen bei Kinburn erblickte er eine Belohnung dafür, daß er den Tag zuvor dem heiligen Georg eine Kirche geweiht hatte. Die Fortdauer seiner Verbindung mit der Kaiserin beruhte auch darauf, daß diese in der Pflege des nationalen Geistes der Russen ihre Aufgabe erkannte. Die Länder, welche Katharina als ihre Mitgift für Rußland betrachtete, eroberte ihr der Günstling, dessen wilde Genialität, zugleich schlaue und thatkräftige Umsicht dazu gehörte, um etwas auszurichten. Er erschien nachlässig und sorglos: ganze Tage brachte er liegend zu; aber die, welche ihn kannten, versichern, daß sich unter dem scheinbaren Hinbrüten geistige Regung und innere Agitation verborgen habe. Auf die Höhen der Gesellschaft hinaufgetragen und sehr gewillt, seinen fürstlichen Rang zu behaupten, lebte er doch immer in den Gefühlen eines gemeinen Russen. Er hielt es gleich sehr für seine Pflicht, ihr Leben zu schonen und den Feind ohne Gnade zu vertilgen. Wenn er von den Generalen, die unter ihm standen, unbedingten Gehorsam forderte, so war doch sein herrisches Gebahren mit einer Ader von warmer Sympathie durchzogen. Seine Gebieterin ließ ihm so viel Selbständigkeit, als er verlangte; er war dagegen für den leichtesten Wechsel in ihrer Gunst empfindlich. An dem Hofe, dessen Thun und Treiben ihm mißbehagte, trat er ein für seine Freunde: wenn er erschien, wich jeder anderweite Einfluß vor dem seinen zurück. Eine andere Rücksicht aber als die auf die Kaiserin, seine Kriegsgefährten und das Volk kannte er nicht. Um der Oesterreicher willen, denen er auch seinerseits Langsamkeit und Unentschlossenheit Schuld gab, hätte er seinen Marsch nicht um einen Tag beschleunigt. Was ihn endlich zu rascherem Vorrücken bewog, waren die Vortheile, welche die kleinen, flachen, leicht beweglichen russischen Fahrzeuge in dem Untiefen vollen Liman über die kolossalen osmanischen Seeschiffe davontrugen[1]): Boote, ruft er dann aus, nehmen Schiffe; Kanonen versperren den Lauf der Flüsse: Gott ist unter uns[1]). Hierauf erst erschien er vor Oczakow. Weit entfernt jedoch, den Feind, der in den letzten Jahren den Krieg gelernt habe, gering zu schätzen, hielt er allen entgegengesetzten Anmuthungen zum Trotz mit dem Angriff auf die Festung zurück. Erst dann, als die Er=

1) Smitt Suworow und Polens Untergang I. S. 327.

oberung für seine Truppen eine Nothwendigkeit wurde, am Tage des Schutzheiligen Rußlands, ordnete er den Sturm an, dem die Stadt erlag und der sie mit allen Greueln des Blutes und der Gewalt anfüllte. Während des Kampfes saß Potemkin kauernd auf dem Boden und rief das Erbarmen Gottes an.

Die Eroberung war für die Herrschaft der Russen auf dem schwarzen Meer von unbeschreiblichem Werth. Die Stadt ist vernichtet worden: aber daß sie nicht mehr war, bildete den größten Vortheil in jenen Kämpfen der Russen mit den Türken und Tartaren. Es leuchtet ein, daß dies Ereigniß auch für Oesterreich bessere Aussichten darbot. Der Kaiser begrüßte dasselbe in seinen Briefen an die Kaiserin als einen unschätzbaren Gewinn. Davon, was man vermuthete, er sei eifersüchtig darüber geworden, finde ich keine Spur.

Wie erwünscht aber auch immer, so hatte doch der Fall einer Stadt nur eine geringe Bedeutung der großen europäischen Bewegung gegenüber, die sich indeß im Rücken der beiden Kaiserhöfe erhob. Sie ging noch weit über das hinaus, was erwartet worden war.

Dreiundzwanzigstes Capitel.

Bündniß zwischen Preußen und England. Europäische Stellung Friedrich Wilhelms II.

Man hat damals selbst in den höchsten Kreisen, auch in St. Petersburg, angenommen, die Pforte sei von England und Preußen zu ihrem Widerstande vermocht oder doch darin bestärkt worden. Der preußische Gesandte Diez, dem das zu Ohren kam, versichert, er habe an den Entschlüssen der Pforte grade so viel Antheil wie sein englischer College, nämlich gar keinen: würde der eine oder der andere sich in diesem Sinne äußern, so sei die Antwort der Pforte unausbleiblich, daß man sie unterstützen müsse: darauf aber sei keiner von beiden einzugehen bevollmächtigt: der englische Gesandte, der sonst in allen Angelegenheiten mit spreche, sei doch dieser fern geblieben: auch der schwedische College, an sich der Ruhe beflissen und eben erst herbeigekommen, habe keinen Antheil daran. Wir wissen es: der Entschluß der Pforte war ganz ihr eigener; unter den Impulsen des aufwallenden islamitischen Gemeingefühls, in einem Moment wiederkehrenden Bewußtseins ihrer ursprünglichen Machtstellung und zugleich der aus dem fortgehenden Streit entspringenden Besorgniß für ihr eigenes Bestehen war er gefaßt worden. Es wäre möglich gewesen, und dahin ging der Wunsch der Osmanen, daß man sie ihren Streit mit den Russen allein hätte ausfechten lassen: dann würden die nationalen und religiösen Gegensätze der beiden Reiche sich wie in einem großen Zweikampf mit einander gemessen haben. Schon an sich war das höchstens im ersten Anfang zu erwarten: sobald aber, wie es denn nicht anders war, Oesterreich auf russische Seite trat, ward der russisch-türkische Hader eine allgemeine Angelegenheit von Europa: die verschiedenen Mächte mußten, eine jede nach ihren besonderen Rücksichten, Stellung dazu nehmen.

Auf das eigenthümlichste wurde die französische Politik davon berührt.

An und für sich darauf angewiesen, die Türkei in Schutz zu nehmen — wie denn die Franzosen zur Ausbildung der türkischen Milizen und ihre Annäherung an die europäische Kriegführung sehr thätig waren, und selbst bei jenem Angriff auf Kinburn die Leitung französischer Offiziere angenommen worden ist — wurde doch Frankreich durch seine andauernden Beziehungen zu Oesterreich und den Nachtheil, in den es England und Preußen gegenüber in der holländischen Angelegenheit gerathen war, abgehalten, sich den beiden Kaiserhöfen ernstlich zu widersetzen. Eine Eröffnung Montmorins an den Hof zu Wien läßt keine Zweifel darüber, daß Frankreich auf eine Erneuerung der Allianz von 1756 mit Oesterreich und der Accession Rußlands zu derselben dachte. Es war geneigt, Erwerbungen dieser beiden Mächte nach der türkischen Seite hin zu begünstigen und billigte selbst eine gewaltsame Besitznahme der Landstriche, mit welchen die eine oder die andere befriedigt sein würde. Denn ohne den Verlust bereits erlitten zu haben, würde sich die Pforte in keine Abtretung fügen: sei derselbe aber einmal geschehen, so werde Frankreich Alles thun, um die Pforte zur Einwilligung in die Abtretung zu vermögen [1]). Choiseul Gouffier, einer der Vorläufer des Philhellenismus, der in den türkischen Gebieten die Spuren des alten Griechenlands suchte, ein alter Schüler Barthelemy's, und auch um dieser Studien willen zum Botschafterposten in Constantinopel erhoben, war ehrgeizig, auf einer solchen Grundlage eine Abkunft zu Stande zu bringen. So viel man weiß, meinte Frankreich der Kaiserin Oczakow, dem Kaiser Belgrad verschaffen zu können, und alsdann durch die Allianz mit ihnen eine imponirende Machtstellung einzunehmen. Und nicht allein von einer Tripelallianz der drei Höfe, sondern von einer vierfachen — denn auch Spanien sollte dazu herbeigezogen werden — war die Rede; immer in dem Gedanken, dem maritimen Uebergewicht von England, das sich wieder erhob, Schranken zu ziehen.

Es ist wie eine politische Naturnothwendigkeit, daß England und Preußen dem gegenüber sich enger aneinander schlossen. Noch bestand damals zwischen den beiden Mächten kein eigentliches Bündniß: denn als ein solches konnte die Convention, die zur Ueber-

1) Copie de la lettre de Mr le Cte de Montmorin à Mr le Marquis de Noailles: Versailles 6. Febr. 1788.

wältigung von Holland geführt hatte, nicht betrachtet werden. Daran knüpfte sich jedoch bereits der Gedanke einer dauernden Verbindung, namentlich zur Garantie jener zwischen den holländischen Provinzialstaaten vereinbarten Herstellung der statthalterischen Gewalt, welche dadurch wider alle Eingriffe von französischer Seite her gesichert werden sollte. Der Gedanke ist zuerst in den Conferenzen von Harris und Spiegel erwogen worden [1]: bei der Verwickelung der europäischen Verhältnisse aber, die aus dem türkischen Ereigniß entsprang, konnte der Gesichtspunkt nicht auf die holländischen Verhältnisse beschränkt bleiben. Die Engländer durchschauten die der Connivenz Frankreichs gegen die Kaiserhöfe zu Grunde liegenden Absichten. Von Preußen versicherte zwar der österreichische Internuntius in Constantinopel, es werde keinen Flintenschuß für die Türken thun, für welche Friedrich Wilhelm II. keine besonderen Sympathien hatte: aber er war doch nicht gemeint, durch ihren Ruin das europäische Gleichgewicht oder seine eigene Stellung gefährden zu lassen. Eine einseitige Vergrößerung Oesterreichs war für ihn so unerträglich, wie einst für Friedrich II., besonders wenn sie in Verbindung mit Rußland bewerkstelligt wurde. Zuerst trug er der Kaiserin seine Vermittlung in den türkischen Angelegenheiten an. Nachdem aber die österreichische Kriegserklärung erfolgt und Katharina dadurch einer unmittelbaren Hülfleistung, welche das Uebergewicht entscheiden zu müssen schien, sicher geworden war, lehnte sie (im März 1788) die preußische Vermittlung in höflichen Formen, aber mit aller Entschiedenheit ab. Die preußischen Minister urtheilten nun, daß die politische Lage durch die enge Verbindung der beiden Kaiserhöfe bedenklich, und daß dem gegenüber eine Allianz Preußens mit einer der beiden andern großen Mächte nothwendig werde. In Berlin gab es eine Partei, als deren Wortführer Prinz Heinrich erschien, welche auch jetzt noch ein Bündniß mit Frankreich vorgezogen hätte, zumal da auch der französische Hof, des Erfolges seiner Anträge an Oesterreich und Rußland keineswegs versichert, den Wunsch aussprach, ein gutes Verhältniß mit Preußen wiederherzustellen; freilich ohne von seinen weitern Absichten Kunde zu geben. Allein damals hatte Frankreich, wo die Verwirrung der Finanzen, die auf die Armee zurückwirkte, und die allgemeine Gährung der Geister gefährliche Veränderungen in Aussicht stellte, nicht mehr das alte Gewicht in Europa. Die schwankende Haltung,

1) Harris Diaries II, 376.

welche die Franzosen in Holland beobachtet hatten, bildete für Niemand eine Aufmunterung, eine Verbindung mit ihnen zu suchen; in Preußen würde eine solche überdies der einmal eingeschlagenen Politik nicht mehr entsprochen haben. Diese führte vielmehr zu einer engern Verständigung mit England: man brauchte ja nur das für Holland beabsichtigte Bündniß in einem Sinne zu erweitern, der die allgemeinen Angelegenheiten umfaßte. Schon seit einiger Zeit war davon im diplomatischen Verkehr die Rede, ohne daß man sähe, wer das erste Wort gesagt hat; aber der förmliche Antrag, in den obwaltenden europäischen Irrungen eine gemeinschaftliche Politik zu beobachten, wurde in Folge jener Erwägungen im März 1788 von preußischer Seite gemacht. Die englischen Minister waren einverstanden, daß das Interesse der beiden Mächte die engste Verbindung thunlich und rathsam erscheinen lasse; doch hatten sie auch einige Bedenken. Sie fürchteten vor Allem, der Abschluß einer förmlichen Allianz dürfte die Wirkung haben, die Kaiserin von Rußland zur Annahme französischer Anträge zu bewegen, was sie bis jetzt noch vermeide. Die Verhältnisse zwischen England und Rußland standen überhaupt so, daß die beiden Mächte einander gegenseitig schonten. Noch ein anderes Hinderniß entsprang aus der Stimmung der englischen Nation, die in dem Gedanken eines Seekrieges gegen die bourbonischen Mächte lebte und webte. Nun aber wollte Preußen den alten Tractat von 1742 zu Grunde legen, der sich nur auf die continentalen und europäischen Verhältnisse bezog. Darauf aber konnten die englischen Minister schon aus Rücksicht auf die Nation nicht eingehen[1]); der englische Gesandte in Berlin ließ vernehmen: das Parlament würde es niemals bewilligen: dem liege nur daran, für den Fall, daß ein maritimer Krieg, wo auch immer ausbreche, auf eine continentale Diversion eben von preußischer Seite rechnen zu können.

Man war noch weit auseinander, als der Botschafter im Haag, Harris, in England erschien und hier seinen Einfluß einsetzte, um die Schwierigkeiten einer Abkunft, die ihm für die Befestigung der neuen Zustände in Holland unentbehrlich däuchte, zu beseitigen. Eines der vornehmsten Argumente dafür war, daß sonst die französisch gesinnte Partei in Berlin das Uebergewicht davontragen und die entgegengesetzte Allianz hervorrufen würde. König

1) Lusi 30. Mai: les vues de la nation angloise n'étant que contre la maison de Bourbon, le ministère craint de lui déplaire.

Georg III. selbst wurde davon überzeugt und legte in einem eigenen Handschreiben der Prinzessin von Oranien ans Herz, daß sie das Zustandekommen des Bündnisses bei ihrem Bruder unterstützen möge. Er versicherte dabei sein festes Beharren bei dem deutschen Fürstenbunde, der zur Erhaltung der deutschen Verfassung geschlossen sei, und schlug selbst eine ähnliche Allianz in allgemeinen Angelegenheiten vor: eine solche würde die Höfe von Wien und Versailles nöthigen, die Erhaltung des europäischen Friedens zu befördern [1]).

Zusicherungen, die so recht eigentlich auf die Stimmung Friedrich Wilhelms II. berechnet waren, der noch in der Idee der Ausbildung des Fürstenbundes lebte. Sprach man doch schon wieder aufs neue von dem Austausch Baierns gegen die Niederlande. Die beiden Mächte waren gleich eifrig dagegen.

Im Frühjahr 1788 machte Friedrich Wilhelm II. seiner Schwester, der Erbstatthalterin, einen Besuch in Loo. Er war von dem Kronprinzen, und für die Geschäfte von Alvensleben, der damals hoch in seiner Gunst stand, begleitet; auch Bischoffwerder, der ältere Stein, erschienen in seinem Gefolge. Harris gehörte eigentlich nicht in diese Gesellschaft, ihm war es nicht vergessen, daß er in Petersburg eine preußenfeindliche Stimmung kundgegeben hatte; aber das hielt ihn nicht ab, sich einzustellen, mit der Miene, als komme er nur, um an den Festlichkeiten Theil zu nehmen, welche die Anwesenheit des Königs veranlaßte: in der That war seine Absicht, den Tractat, für dessen Abschluß er eine Vollmacht, die ihm viele Freiheit ließ, erlangt hatte, bei dieser Gelegenheit entweder durchzuführen, oder doch unerschütterlich zu begründen. Davon ließ er zunächst gegen Niemand etwas verlauten: selbst gegen Alvensleben nicht, der die Sache berührte. Nur mit dem König persönlich wollte er verhandeln, bei dem ihm die Prinzessin von Oranien den Weg zu bahnen versprach. Eines Morgens um 7 Uhr hatte Harris seine Audienz bei Friedrich Wilhelm II, dem er, alle

1) Je vous prie d'être persuadée, que je regarde l'Alliance que j'ai faite avec le Roi votre frère en ma qualité d'Electeur comme un garant du maintien de la Constitution Germanique, et que je considérerai une Alliance semblable entre nos deux Couronnes comme un moyen d'obliger les Cours de Vienne et de Versailles à désirer la continuation de la paix de l'Europe et pour cet effet entre autres à travailler à une paix en Turquie — Diaries of Harris Earl of Malmesbury Vol. II p. 384.

anderen Erörterungen vermeidend, nur von dem vorliegenden Geschäft sprach. Er suchte ihm jeden Verdacht, den die bisherigen Weiterungen Englands hervorgerufen hatten, auszureden, und da er eine günstige Stimmung bemerkte, legte er ihm die Frage vor, ob es nicht das Beste sei, einen vorläufig nur auf Holland bezüglichen Vertrag sogleich zu vereinbaren und zu unterzeichnen mit Vorbehalt eines allgemeineren, der dann auch unverweilt in Angriff genommen werden müsse. Der König bat sich Bedenkzeit aus. Den größten Eindruck mußte ihm das Schreiben des Königs von England machen, das ihm seine Schwester vorlegte, und wie sollte nicht deren eignes Interesse, das damit verknüpft war, auf ihn gewirkt haben? Er wurde überzeugt, daß es so das Beste sei. Unter alle den gesellschaftlichen Zerstreuungen, die der Tag brachte, wird sich doch noch eine Stunde Zeit gefunden haben, die Sache in Ueberlegung zu ziehen. Am späten Abend, nach Mitternacht, während die anwesende Jugend sich mit einem Ball vergnügte, unter dem Schall der Musik, von der man sich entfernte, machte der König einen Spaziergang mit Harris im Garten von Loo und that ihm kund, daß er den Vertrag, der die Garantie von Holland betreffe, abzuschließen und zu unterzeichnen kein Bedenken habe. Alvensleben, dem Harris nun erst seine Eröffnungen machte, und der von dem Standpunkte des preußischen Staates aus die Allianz für sehr wünschenswerth hielt, wollte mit Harris, welchem er sein Verhalten in England hoch anrechnete, über einzelne Bestimmungen nicht hadern, und trat mit demselben noch in der Nacht zusammen, um dem Vertrage Form zu geben und ihn dann dem König vorzulegen [1]). Gleich am nächsten Morgen geschah das; am 13. Juni wurde der provisionelle Tractat in Loo unterzeichnet. Darin verpflichten sich die beiden Mächte vor Allem zur Aufrechthaltung der Unabhängigkeit der Niederlande und der von ihnen garantirten Verfassung mit gemeinschaftlichen Kräften. Für den Fall, daß eine von beiden deshalb angegriffen werden sollte, sagen sie sich gegenseitige Hülfleistung und Gewährleistung ihrer gegenwärtigen Besitzungen zu.

Der Vertrag ist, wie man sieht, durch eine sehr persönliche

1) Harris an Carmarthen. 15. Juni 1788. Mit vieler Naivetät erzählt er, wie er einen königlichen Kammerdiener bestochen hat, um dem Baron Stein, von welchem Einreden erwartet werden konnten, den Zutritt beim König zu versagen.

Entschließung unter dem nochmaligen Zusammentreffen holländischer und englischer Einwirkungen zu Stande gekommen. Alvensleben hatte von dem preußischen Ministerium keine Weisungen dafür, und dieses war, als es das Geschehene vernahm, mit seiner Versicherung, der König habe ihm persönlich Instructionen gegeben, nicht grade zufrieden: Hertzberg fühlte sich gekränkt und fast beleidigt, so daß ihm der König seinen vertrautesten Adjutanten zuschickte, um ihn zu beruhigen. Das gelang hauptsächlich dadurch, daß nun wirklich ohne weiteren Verzug auch an den definitiven Vertrag Hand angelegt wurde. Noch immer waren Männer von Bedeutung, auf deren Stimme man hörte, dagegen. Ein Brief von Möllendorf liegt vor, in welchem Hertzberg zur äußersten Vorsicht ermahnt wird: denn man könne sonst leicht in einen Krieg gerathen, wie der siebenjährige gewesen sei: in die Händel jenseits des Meeres dürfe sich Preußen nicht einlassen und überhaupt keine Truppen versprechen, deren es für sich selbst nicht genug habe. Aber das englische Ministerium bestand auf seiner Ansicht. Es war nicht dahin zu bringen, einen von Hertzberg gemachten Vertragsentwurf anzunehmen: es wies auch Vermittlungsvorschläge zurück, auf welche Harris eingegangen war, und hielt unerschütterlich an dem Princip fest, daß die beiden Mächte gleichmäßig zur Vertheidigung der einen durch die andere und zwar mit ihren Truppen beitragen sollten. In dem Augenblick, wo der türkische Krieg in vollen Flammen ausbrach und die beiden Kaiserhöfe sich dabei große Vortheile zu erringen im Begriff waren, wozu sie die Connivenz von Frankreich erwarteten, hielt es der König für nothwendig, für alle Eventualitäten, die daraus entspringen konnten, sich mit England zu vereinigen. Er ging auf die weitaussehenden englischen Bedingungen ein, denn dagegen, so sagte man ihm, werde auch Preußen die englische Seemacht in den Niederlanden und in der Ostsee zu seiner Verfügung haben: ein augenscheinlicher Vortheil, da England doch gesicherter sei als Preußen. Noch wurde Alles in das tiefste Geheimniß gehüllt. Der König verfuhr selbst in den Conferenzen, zu welchen er Hertzberg in dieser Angelegenheit beschied, noch mit großer Vorsicht. Nur unter einem anderen Vorwand, dem einer gewöhnlichen Einladung zur Tafel, sollte Hertzberg sich in Sanssouci einfinden; man trug ängstlich dafür Sorge, daß sich sein College Finkenstein nicht beleidigt fühlen möge.

Der definitive Vertrag ward den 13. August zu Berlin abgeschlossen.

Die beiden Mächte verbinden sich darin zu einer defensiven Allianz, engern Union und einem intimen Einverständniß. Sie wollen alle ihre Kräfte anwenden, um die allgemeine Ruhe zu erhalten, und ihre beidenseitigen Interessen zu wahren. Sollte eine von beiden mit einem feindlichen Angriff bedroht werden, so wird die andere durch gute Dienste ihn abzuwenden suchen; sollte das aber keine Wirkung haben, sondern in der That eine Beunruhigung erfolgen, so soll die andere ihr unverzüglich zu Hülfe kommen. Die gegenseitige Hülfleistung wird auf 16000 Mann zu Fuß und 4000 Mann zu Pferd bestimmt. Die maritimen Kriege Englands werden dabei nicht ausgenommen, doch sollen die von Preußen zu stellenden Truppen nicht außerhalb Europas noch auch in Gibraltar angewandt werden[1]). Beide erneuern die den Holländern gegebene Garantie und übernehmen dieselbe Verpflichtung, für den Fall, daß sie um deren willen angegriffen werden sollten.

Verglichen mit dem Tractat von Loo lautet der Berliner, in der grundlegenden Stipulation, eigentlich friedfertiger. Ausdrücke, welche Anstoß geben konnten, werden gemildert; es wird stärker betont, daß es bei der Allianz nur auf Defensive abgesehen sei[2]). Denn man wollte den Wortlaut des Vertrages öffentlich mittheilen können.

Die vorwaltenden Gesichtspunkte treten in den geheimen Artikeln, derer vier sind, hervor. Der erste setzt fest, daß die gegenseitigen Leistungen sich nicht allein auf eine unmittelbare Hülfe, sondern auch auf eine zu Gunsten des Angegriffenen zu machende Diversion beziehen können. Zunächst auf den Ausbruch eines Krieges zwischen Frankreich und England war es berechnet und hat einige Jahre später unter Umständen, die damals Niemand ahnen konnte, viel Bedeutung gewonnen, wenn vereinbart wurde, daß die

1) Wie es in den Erläuterungen des Ministeriums für den König heißt: La clause assure que les troupes ne seront pas employées par l'Angleterre ni par mer ni dans les Indes, mais elle oblige V. M. d'assister l'Angleterre en Europe même pour les guerres qu'elle peut avoir aux deux Indes.

2) Im Tractat von Loo stipulirt man une amitié constante et sincère, une harmonie et union intime et parfaite: im Tractat von Berlin une amitié ferme et inalterable, une alliance defensive, et une union étroite etc. Dort versprechen die beiden Mächte einander Anwenduug aller ihrer Kräfte pour avancer leurs intérêts communs, hier pour conserver ensemble la tranquillité et la sûreté publique; et pour soutenir leurs intérêts communs.

requirirende Macht eine solche Anzahl von Truppen stellen müsse, welche mit der stipulirten Hülfe zusammen eine Armee von wenigstens 64,000 Mann bilden würde, um eine hinreichend kräftige Diversion zu ermöglichen.

In dem zweiten Artikel wird festgesetzt, daß, wenn eine Unterstützung mit allen Kräften nöthig werde, die Seemacht von England dabei mitverstanden sei. Das heißt: für einen Conflict mit Rußland nahm Preußen die Hülfe der englischen Marine in der Ostsee in Anspruch.

In einem dritten Artikel vereinigt man sich, die nordischen Mächte, welche ein mit den beiden Contrahenten gemeinschaftliches Interesse haben, in den Bund aufzunehmen.

Ueberhaupt verpflichten sich England und Preußen, in dem zwischen den Kaiserhöfen und der Pforte ausgebrochenen Kriege das intimste Einverständniß zu pflegen, und ihre Mediation, sobald sich irgend eine günstige Gelegenheit dazu zeige, eintreten zu lassen [1]).

So geschah es nun doch, daß Preußen mit England in den großen Angelegenheiten der Welt gemeinschaftliche Sache machte. Es war der Fortgang der einmal eingeleiteten Abweichung von der Politik Friedrich II., welche nur immer auf die Erhaltung des Gleichgewichts der Macht in Deutschland gerichtet gewesen war und jede nicht zu beherrschende Combination vermieden hatte, es war der entscheidende Schritt auf dieser Bahn. In Preußen selbst, noch mehr in dem übrigen Deutschland sahen geistvolle Patrioten denselben ungern. Denn nachdem man in der holländischen Angelegenheit den Engländern einen großen Einfluß gestattet habe, werde man sich ihnen von neuem ganz anschließen. Auf der einen Seite Rußland, Oesterreich, Frankreich und vielleicht selbst Spanien; auf der anderen England, Preußen und die mit demselben verbündeten Staaten: werde da der allgemeine Krieg nicht gerade in Deutschland ausgefochten und das deutsch-preußische Interesse von dem englischen verschlungen werden? Jene dreifache oder vierfache Allianz stand noch in Aussicht; man hat selbst Ideen daran geknüpft, die über die durch Intervention von Frankreich zu erlangenden Bedingungen weit hinausgingen. Man sprach von einem durch die Theilnahme der bourbonischen Mächte am Krieg herbeizuführenden Umsturz der Türkei; zugleich zu deren

1) In den Analecten theile ich die bisher unbekannt gebliebenen geheimen Artikel mit.

Gunsten sollte sie in eine Anzahl kleiner Staaten aufgelöst werden, die man unter die Prinzen der beiden Kaiserhöfe und der beiden Linien des Hauses Bourbon zu vertheilen gedachte [1]). Das würde dem System der Staaten überhaupt eine andere Gestalt gegeben und nothwendig einen allgemeinen Krieg veranlaßt haben. Allein noch waren diese Pläne bei weitem nicht gereift, geschweige denn gefaßt. Kaiserin Katharina, zu deren Vortheil sie zu gereichen schienen, würde doch schwerlich darauf eingegangen sein: sie trug Bedenken, es auf einen Bruch mit England hin zu wagen und mit den beiden bourbonischen Mächten gegen England gemeinschaftliche Sache zu machen. Aber auch diese waren mit einander nicht einverstanden; die Spanier betrugen sich den verführerischen Anträgen, die ihnen gemacht worden, gegenüber mit vieler Vorsicht. Sie vergewisserten sich nur, daß die zwischen England und Preußen zu Stande gekommene Verbindung überhaupt keine aggressive Tendenz gegen die Bourbonen in sich schließe. Als ihnen diese Versicherung von beiden Seiten gegeben wurde, vermieden sie weitere Betheiligung an den orientalischen Projecten; und unmittelbar war eine solche auch von Frankreich nicht zu erwarten. Dergestalt blieb es nur bei dem schon begonnenen Unternehmen der beiden Kaiserhöfe, das allerdings auch zu einem Kriege führen konnte, aber allem Anschein nach doch nicht zu einem solchen, in welchem das englische und maritime Interesse das Uebergewicht gehabt hätte. Jene Aufstellung einer großen Armee, die hauptsächlich zur Diversion gegen Frankreich bestimmt war, hatte doch auch eine eigenthümliche Beziehung zu dem preußischen Staate. Sie sollte die rechte Flanke desselben decken, so daß er alle seine Kräfte gegen die beiden großen Nachbarn wenden könne, wenn es nothwendig wäre. Und was konnte erwünschter sein, als in einem solchen Falle auf die Unterstützung der englischen Seemacht auch in der Ostsee rechnen zu können? Es war eine Frage der Zukunft, ob das wirklich geschehen würde: wie denn überhaupt die Allianz in die Wechselfälle der europäischen Politik mehr als bisher verwickeln mußte. Aber auch das hatte zunächst einen Vortheil. Der preußische Staat gewann dadurch eine größere europäische Stellung. Die Gegner der beiden Kaiserhöfe sahen in dem König von Preußen ihren Beschützer

1) Flassan gedenkt dieser Pläne VII, 459. Auch die Absicht einer Erwerbung der belgischen Niederlande taucht dabei wieder auf.

und schlossen sich ihm an; im Norden Schweden und Polen; im Süden Italien und die Schweiz.

Ganz von selbst erhob König Gustav III. von Schweden in diesem Augenblick im Norden die Waffen gegen Rußland. Auch für Gustav war die allgemeine Lage, besonders die schwankende Politik der Franzosen das entscheidende Motiv. Er hörte von jener Quadrupelallianz, die im Werke war, und schloß daraus, daß er, wenn sie zu Stande käme, keine Unterstützung mehr gegen Rußland, dessen Uebergewicht ihm drückend und besonders auch durch den Einfluß, den es auf eine große ihm widerstrebende Partei im Lande ausübe, unerträglich wurde, von Frankreich erwarten dürfe. Einen vollen Ersatz aber bot es ihm dar, wenn er dagegen in England, von dem er bisher vernachlässigt worden war, einen Alliirten fand, und zwar in einem Augenblick, in welchem die Kaiserin alle ihre Kräfte gegen die Türken brauchte. Der englische Gesandte in Kopenhagen, wo der König kurz vorher einen Besuch machte, Elliot, hatte ihm mit Wärme davon gesprochen. Auf die kriegerischen Entschlüsse der Osmanen hat Gustav nicht eingewirkt, aber gleich nach dem Ausbruch des Krieges Unterhandlungen in Constantinopel eröffnet; er rechnete in deren Folge auf türkische Subsidien, die ihm eine lange Kriegführung möglich machen sollten. Dem Rath seiner vertrautesten Minister hatte er bereits im Anfang des Jahres 1788 die ihm zugegangenen Berichte seiner Gesandten in Paris, London, Constantinopel, welche eine veränderte Politik motivirten, vorgelegt [1]). Wie sehr mußten ihn nun die zwischen Preußen und England getroffenen Tractate bestärken. Sein rascher, leicht entzündlicher, kecker Lebensgeist erwachte; er erschien in See, ehe man noch in Petersburg eine Ahnung von seinem Vorhaben hatte. Selbst der ruhige Georg III. hat gesagt, er hätte nur unverweilt einen Versuch auf Petersburg machen sollen. So selbständig und energisch wagte aber Gustav III. doch nicht vorzuschreiten; aus Rücksicht auf seine Nation, die den Friedensbruch ungern sah, so daß er die Schuld an demselben auf die Russen schieben zu können wünschte. Dann aber war der günstigste Augenblick vorübergegangen, und ein ungünstiger Ausgang vorauszusehen. Für England und Preußen bildete das nordische Unternehmen

1) Der Vortrag des Königs in dem geheimen Conseil, 13. Jan. 1788, aus dem Originalprotocoll mitgetheilt von Geijer Gustavs III. Papiere III, 6. 180.

Gustavs III. eine neue Schwierigkeit. Friedrich Wilhelm II. verurtheilte es als ungerecht und unüberlegt; forderte aber zugleich England auf, sich mit ihm zu vereinigen, um Schweden nicht untergehen zu lassen. Trotz alledem, was in Kopenhagen geäußert worden war, erklärte sich doch Dänemark für Rußland. Zwischen den beiden Nachbarn schien Gustav auf der Stelle vernichtet werden zu müssen. Besonders war es Elliot, der dann der Feindseligkeit der Dänen Einhalt that. Er kündigte ihnen an, sie würden durch einen Angriff auf Schweden sich einen Krieg von Seiten Englands, Hollands und Preußens zuziehen. Friedrich Wilhelm II. war sehr einverstanden damit. Eine starke Erklärung, die er selbst den Dänen zugehen ließ, bewirkte denn, daß sie von den beabsichtigten Angriffen abstanden.

Einen anderen Verbündeten fand der König von Preußen durch eine unerwartete Wendung der Dinge in Polen. Die Kaiserin Katharina hatte den König Stanislaus für sich: eine Abkunft ward zwischen ihnen getroffen, in welcher sie versprach, seine Autorität in Polen zu verstärken nnd selbst sein Haus auf dem polnischen Thron zu erhalten, wogegen er sich anheischig machte, ihr im Kriege gegen die Türken zu Hülfe zu kommen. Als nun ein neuer Reichstag im Herbst 1788 sich versammelte, sollte diese Allianz von demselben bestätigt werden. Aber die Wahlen waren keineswegs im russischen Sinne ausgefallen: nicht allein ward dem Antrage nur eine kühle Aufnahme zu Theil: das Verständniß des Königs und der Kaiserin [1]) erweckte überhaupt eine Gegenpartei, welche eine durchgreifende Umgestaltung der innern und äußern Verhältnisse in Aussicht nahm. Als ihr natürlicher Verbündeter erschien der König von Preußen. Denn nicht namentlich waren die Türken in jenem Allianzentwurf bezeichnet: es hieß, man wolle sich gegen einen gemeinschaftlichen Feind vertheidigen: als ein solcher aber konnte auch der König von Preußen betrachtet werden, der sich als Gegner von Rußland in den allgemeinen Angelegenheiten erwies und von dem man in Polen ausbreitete, er habe auch gegen die Republik feindselige Absichten. Friedrich Wilhelm mahnte den Reichstag von dem Bündniß ab und machte damit den größten Eindruck auf die schon ohne-

1) Durch Essen bei Herrmann: Russische Geschichte VI, 537 lernt man das Motiv desselben kennen: la conduite du roi dérive de la crainte de devenir l'objet de ressentiment de la nation dans le cas, que la Russie lui retireroit sa protection.

hin aufgeregten Mitglieder. Sie votirten eine Armee von 100,000 Mann, die jedoch nicht unter ihrem König Stanislaus, noch unter dem permanenten russisch-gesinnten Rath, sondern unter einer durch den Reichstag besonders zu ernennenden, dem König entgegengesetzten Commission stehen sollte. Der russische Gesandte nahm damals Anlaß, gewisse in den früheren Verträgen enthaltene Vorrechte von Rußland, welche auf eine Schmälerung des Selbstbestimmungsrechtes der Republik hinausliefen, geltend zu machen. Preußen bestärkte den Reichstag in seinem Widerstande hiegegen und erkannte seinerseits die Souveränetät der Republik den bei der Theilung geschlossenen Verträgen gemäß vollkommen an. Es war sehr im Sinne der preußischen Politik, wenn der Reichstag hierauf die Entfernung der in Polen anwesenden russischen Truppen forderte. Die vorgeschlagene möglicherweise gegen Preußen gerichtete Allianz schien sich in ein gegen Rußland gerichtetes Bündniß von Polen und Preußen verwandeln zu wollen. Denn, wie wir wissen, auf Erhaltung eines unabhängigen Polens als Mittelmacht ging die damalige Politik Hertzbergs, und nicht wenig erschrak man in Wien, als man wahrnahm, daß der preußische Einfluß in Polen an die Stelle des russischen treten könne.

Man bemerkte daselbst, König Friedrich Wilhelm suche in Polen eine ähnliche Stellung zu gewinnen, wie in Deutschland durch den Fürstenbund. Er habe zwei Vorposten, den einen in Dresden, den anderen in Warschau. Bemerken wir, daß die Rede davon war, den Churfürsten von Sachsen unter dieser Combination zum König von Polen zu erheben, während Oesterreich und Rußland noch darauf bestanden, keinen anderen als einen Piasten zu befördern.

Auf diese Weise nahm die orientalische Verwickelung eine für den Frieden des Nordens drohende Gestalt an. Friedrich Wilhelm II. gelangte überhaupt zu einer grandiosen Stellung, in der sich die Monarchie Friedrichs des Großen noch eine Stufe höher zu erheben schien.

Wenn es das Ansehen hatte, als sei es der preußischen Macht vorbehalten, die deutsche Reichsverfassung, dem Kaiser gegenüber, wieder zu beleben, so hatte dies auch auf Italien eine Rückwirkung. Der König von Sardinien, Herzog von Savoyen, gedachte des Reichsvicariats, das nicht allein in außerordentlichen Fällen, sondern auch in friedlichen Zeiten seine Bedeutung haben müsse. Er meinte es über die alten Reichslehen, auch über die Fürstenthümer Parma,

Piacenza, Modena auszudehnen: denn ohne dies würde Oesterreich sie reuniren. Auch mit Toscana werde das bei nächster Vacanz beabsichtigt: aber es stehe fest, daß auch Toscana dem Reich angehöre.

So gaben auch die leitenden Männer in der Schweiz, wie der große Schultheiß Steiger die Absicht kund, mit Preußen und dem Fürstenbund in ein näheres Verhältniß zu treten; sie sahen in demselben ein Mittel, die Cantone beider Confessionen in eine engere Union unter sich zu bringen, namentlich wenn Neufchatel derselben hinzutrete; in Friedrich Wilhelm II. begrüßten sie den Beschützer der Unabhängigkeit von Graubündten und der Zugehörigkeit von Valtellin [1]).

Wie vor ein paar Jahren in den deutschen, so stellte sich jetzt Preußen in den europäischen Angelegenheiten den Unternehmungen des Kaisers Joseph in den Weg; wie damals mit Hannover und Sachsen, so jetzt mit England und mit Holland im Bündniß. Die Idee war immer, die bestehenden Zustände und das Gleichgewicht der Macht zu erhalten. Wenn aber die neue Allianz als eine Fortsetzung und Erweiterung des Fürstenbundes erschien, so war sie doch in ihrem Wesen und ihrer Tragweite sehr verschieden von demselben. In dem Fürstenbunde lebte Friedrich II. fort; die andere war die eigenste Handlung Friedrich Wilhelms II.

1) Von Johannes Müller findet sich ein umständlicher Bericht hierüber in dem weimarischen Archiv.

Vierundzwanzigstes Capitel.

Die Tripelallianz und die beiden Kaiserhöfe im Jahre 1789.

Die Tripelallianz von 1788 kann noch einmal als eine Rückwirkung der Versailler Allianz vom Jahre 1756 betrachtet werden. Denn diese beherrschte trotz der dazwischenliegenden dreißig Jahre noch immer den europäischen Gesichtskreis. Preußen und England, die den ersten Anlauf derselben gemeinschaftlich ausgehalten, dann aber sich wieder getrennt hatten, fanden den ersten Anlaß zu einer erneuerten Annäherung in der Gefahr der Republik Holland, unter das Uebergewicht von Frankreich zu gerathen; ein zweites Motiv entsprang ihnen aus der Theilnahme Oesterreichs an der orientalischen Verwickelung und seiner erneuerten Verbindung mit Rußland. Dagegen ging nun die Intention der Tripelallianz von 1788. Dieses Wort selbst ist der Sache nicht vollkommen angemessen. Denn nicht als ein ebenbürtiger Verbündeter konnte die einst so mächtige Republik damals angesehen werden. Das eigentliche Gewicht lag in der Verbindung Preußens mit England zu ihren Gunsten. Und wenn es der Zweck der beiden Mächte war, die Republik nicht in Abhängigkeit von Frankreich gelangen zu lassen, so war das doch am meisten der Vortheil Englands, welches auch fortan in Holland den größeren Einfluß ausübte. So war auch das Interesse der beiden Mächte in der orientalischen Sache nicht durchaus identisch. Hier aber war Preußen, welches eine Vergrößerung Oesterreichs und dessen Verbindung mit Rußland fürchtete, lebendiger betheiligt, als England.

Nicht alle englischen Staatsmänner waren mit dem Bündniß einverstanden. Sehr unangenehm war der Abschluß desselben unter andern dem englischen Gesandten in Wien, Sir Robert Keith, der kurz vorher den Auftrag bekommen hatte, den kaiserlichen Hof der freundschaftlichen Gesinnungen des englischen zu versichern; er

stand seit langer Zeit in einem Verhältniß des Vertrauens zu dem Kaiser Joseph, und meinte das gute Vernehmen zwischen den beiden Höfen noch enger ziehen zu können, als er ganz entgegengesetzte Weisungen empfing. Zwischen dem Gesandten und dem Minister der auswärtigen Geschäfte, Carmarthen, kam es zu einem Briefwechsel, der nicht ohne Gereiztheit ist.

Eine ernstliche Gefährdung des Fortgangs der Allianz lag in dem Anfall von Irrsinn, von welchem König Georg III. im November 1788 betroffen wurde. Er verfiel nicht gradehin in Schwermuth oder in Geistesabwesenheit; er hat sich wohl einmal angeschickt, Noten zum Don Quixote zu schreiben, und sprach nur zu viel; aber er ward nicht allein unfähig zu den Geschäften, sondern da man anfangs dafür hielt, er werde vielleicht niemals wieder zu denselben fähig werden, so tauchte die Frage über die Regentschaft auf, welche das Ministerium selbst bedrohte. Denn wenn der Prinz von Wales die höchste Gewalt erlangte, so war nichts wahrscheinlicher, als daß er seine Freunde von der Opposition in das Ministerium nehmen und William Pitt entfernen würde. Da nun dieser dagegen den Plan faßte, die dann zu erwartende Verwaltung durch ein über die Regentschaft bestimmendes Gesetz noch mehr zu beschränken, so traten die bittersten Animositäten ein. Man besorgte nicht eigentlich, daß die Opposition eine andere Politik einschlagen würde; denn der Prinz von Wales sprach sich unter dem Einfluß seines Bruders, des Herzogs von York für die Allianz mit Preußen aus; auch Portland und Fox erklärten dem preußischen Gesandten, von der Nothwendigkeit derselben überzeugt zu sein. In Berlin hielt man jedoch jede Veränderung für gefährlich, und suchte den Prinzen für das Ministerium, das im Amte war, zu stimmen. Wie sich das auch entscheiden mochte, auf der Stelle konnte man bemerken, daß England in sich selbst beschäftigt war; die dringendsten Anmahnungen der preußischen Regierung fanden keine Berücksichtigung. Bald aber gingen diese Störungen vorüber. Im Februar bereits begann die Genesung des Königs; im April nahm er wieder an den Geschäften den gewohnten Antheil. Die Audienzen, die er dem preußischen Gesandten im April ertheilte, stellten diesen vollkommen zufrieden. Daß während seiner Krankheit der Kaiser den Versuch gemacht hatte, auf Hannover als Kurfürstenthum reichsoberhauptliche Rechte geltend zu machen, hatte den König aufs neue verstimmt; er sprach seinen Dank dafür aus, daß Friedrich Wilhelm II. sich dem entgegengesetzt hatte.

Dem russischen Hofe schrieb man in England Undankbarkeit zu; man habe die Kaiserin durch allzugefügiges Entgegenkommen verwöhnt und verdorben; die Türken in ihre Hände gerathen zu lassen, war man vollends nicht gesonnen.

Unter den englischen Diplomaten zeigten sich besonders Elliot, der in Kopenhagen, und Ewart, der in Berlin stand, eifrig für die Allianz. Ewart meinte ein großer Mann zu werden, wenn er England an die Spitze derselben bringe, in Verbindung mit Preußen, aber dem Machtverhältniß gemäß mit größerem Einfluß über den ganzen Norden hin. Holland sträubte sich gegen die starken Erklärungen Elliots gegen Dänemark; König Georg hieß sie jedoch gut: denn allem Anschein nach seien sie dem dänischen Hofe selbst willkommen, der sich damit entschuldigen könne, wenn er nicht mit Rußland gemeinschaftlich gegen Schweden angehe.

Selbst in Bezug auf Polen sprach sich William Pitt im Sinne der preußischen Politik aus. Die von Rußland beabsichtigte Conföderation, durch welche sich Preußen gefährdet fühlte, verdammte auch er; wenn sie weiteren Fortgang habe, müsse man sich den Absichten Rußlands mit allen Kräften widersetzen; denn die Interessen von Preußen seien hiebei auch die von England [1]).

Nicht so uneigennützig, wie bei dem Fürstenbunde, war nun aber die preußische Politik bei der Tripelallianz. Hertzberg hatte bei dem vorläufigen Vertrag nicht mitgewirkt und auch bei dem definitiven seinen Entwurf nicht durchzuführen vermocht. Aber der Gedanke der Allianz war ganz der seine.

Ohne Zweifel gehört Hertzberg zu den bedeutendsten Ministern, die in dem auswärtigen Amte Preußens wirksam gewesen sind. Abweichend von der Gewohnheit der preußischen Edelleute jener Zeit, sich nur dem Kriegsdienst zu widmen, und seines eigenen Geschlechts, von dem eine Anzahl von Offizieren stammt, die in den Feldzügen Friedrichs mit Auszeichnung gedient haben, widmete sich der junge Ewald Friedrich von Hertzberg gelehrten Studien, namentlich historischen und staatsrechtlichen, um seinem König eben so gut mit der Feder zu dienen, wie andere mit dem Degen. Durch eif=

1) Nach einem Schreiben des preußischen Gesandten Lusi, London, 28. Oct.: qu'il espéroit que V. M. fait parler avec fermeté à la diète, ni la Pologne ni la Russie n'iroient plus loin; mais que si cela n'arrivoit pas, il croyait que les intérêts de la Prusse et de l'Angleterre étoient les mêmes et qu'il falloit s'opposer s'il en étoit besoin de toutes ses forces aux projets de la Russie.

rige Arbeiten in den Archiven, zu denen er bald berufen wurde, vertiefte er sich in die Geschichte der vorangegangenen Diplomatie, an deren Tradition er durch seine Verheirathung mit der Enkelin Ilgens gleichsam persönlich geknüpft war. Er erscheint als ein geborener Archivar; indem er die früheren Zeiten durchforschte, sorgte er auch für die folgenden; mit Vergnügen bemerkt man seine erläuternden Anzeichnungen auf den Convoluten der Actenstücke; aber vor Allem war er von dem Eifer beseelt, seine Kunde für den Augenblick zu verwerthen. Dem König Friedrich ging er bei seinen historischen Schriften zur Hand; besonders aber unterstützte er seine politische Haltung durch gelehrte Deductionen seiner Ansprüche und Nachweisungen seines Rechtes, die dann immer zum Ziele trafen und Wirkung hervorbrachten. Nach und nach trat er in die Geschäfte selbst ein; er war der gefundene Mann zu den Unterhandlungen, bei denen es nicht allein auf diplomatische Gewandtheit, sondern zugleich auf juridisches Durchfechten des Rechtsanspruchs ankam; er wußte sich auch gegen mehrere Gegner auf einmal wacker zu behaupten. Die zweite Stelle in dem Cabinetsministerium, die ihm zu Theil wurde, gab ihm einen unmittelbaren Antheil an der Führung der auswärtigen Geschäfte; immer jedoch in der strengen Unterordnung, in welcher Friedrich seine Diener hielt; Hertzberg empfand das wohl; in seinen Ueberzeugungen gab er deshalb keineswegs immer nach; er pflegte das für das Beste zu halten, was er selber vorschlug. In einem Momente von Selbstüberschätzung, wie sie ihm zuweilen kamen, ist er soweit gegangen, fast die wichtigsten Handlungen der Regierung Friedrichs sich selber zuzuschreiben, und da Fehler zu finden, wo seine Rathschläge nicht befolgt worden waren. Daß nun Hertzberg, in das Fridericianische System eingeweiht, ein Anhänger desselben, doch darin nicht befangen war, sondern Tendenzen hegte, die darüber hinausführten, gab ihm verdoppelte Bedeutung für die folgende Regierung. In den ersten Jahren Friedrich Wilhelms II. gelangte er zu voller Wirksamkeit im Staat; die entscheidenden Beschlüsse wurden unter seiner Einwirkung gefaßt. Pflichtgetreu und ehrgeizig, wie er war, widmete er sich den Geschäften mit unermüdlicher Thätigkeit. Er hat wohl, wie er einmal sagt, achtzehn Stunden des Tages in denselben gearbeitet. Wenn er sich dann auch die Zeit gönnte, auf sein benachbartes Landgut hinauszufahren oder die Pflichten eines Mitgliedes der Akademie der Wissenschaften, zu der er gehörte, zu erfüllen: so wollte er auch hiebei das Staatswesen fördern, dort durch

neue Kulturen, wie sie eben an der Zeit waren, hier durch Anregung gemeinnütziger Arbeiten und eigene Productionen von specifisch-preußischem Interesse. In die Geschäftsführung warf er den Scharfsinn und Eifer eines deutschen Gelehrten, der, ohne viel auf die Form zu sehen, nur auf die Ausarbeitung seiner Conceptionen Werth legt. Er war gradeaus und offen; aber nicht frei von bureaukratischem Eigensinn. Ein Patriot durch und durch, — wie kaum ein anderer Staat deren so viele und ergebene, wie der preußische, unter seinen Dienern zu besitzen, das Glück gehabt hat, — war er das jedoch, wie es wohl auch Anderen ergeht, nur auf seine Weise. Indem er das Emporkommen der Monarchie mit vollem Herzen umfaßte, sah er das Heil doch einzig in dem, was er selber ersann und entwarf. Und sehr weitreichend und umfassend waren seine Gesichtspunkte. Wir kennen das Verdienst, das er sich durch die Verbindung der deutschen und preußischen Politik, die er einleitete, erwarb. Hertzberg war einer der vornehmsten Begründer des Fürstenbundes. Zugleich suchte er aber auch für den preußischen Staat eine verstärkte Stellung in den europäischen Angelegenheiten zu gewinnen. Preußen schien ihm durch seine geographische Lage, seinen Schatz und besonders seine Armee dazu angethan zu sein, eine große Rolle in Europa zu spielen. Wir erwähnten schon, — und gegen Ende seiner Laufbahn spricht er es noch einmal dem Prinzen Heinrich aus[1]), — er wollte die Armee nationalisiren und ihr dadurch einen Charakter geben, wie ihn die altrömischen Heere gehabt hatten, — denn die classischen Erinnerungen schwebten damals

1) Vergl. Précis de la carrière diplomatique du Comte de Hertzberg in Schmidts Zeitschrift für Geschichtswissenschaft I. S. 16 ff. (Ganz richtig ist, was darin S. 20 gemeldet wird, daß Hertzberg die Stelle Finkensteins bekam; dieser rückte in die von Podewils auf.)

Zum Theil wiederholt, großentheils aber auch erweitert sind die Notizen des précis in einem ausführlichen Schreiben Hertzbergs an den Prinzen Heinrich (7. Juni 1794): Je me suis contenté de faire mon devoir, en me contenant uniquement par mon industrie rurale à l'exemple des anciens et en fondant ma politique sur la justice et une publicité raisonable. J'ai cru pouvoir le faire, en servant un État qui était appuyé sur une population de 6 millions d'hommes, la plus part éclairés et patriotes, une nation vigoureuse, un grand trésor et une belle armée de 200/m hommes, que j'ai crû pouvoir rendre nationale par sa propre composition intrinsèque et par conséquent invincible comme celles des anciens Grecs et Romains. Je l'ai crû d'autant plus qu'une puissance aussi médiocre peutcompter sur toutes les autres puissances mineures.

über der Bildung der Zeit. Er glaubte, grade die nicht sehr ausgedehnte Macht des damaligen Preußen werde bewirken, daß die schwächeren Staaten sich ihm anschlössen, im Norden Schweden, Polen, selbst Dänemark: denn Preußen müsse der Verbündete von Rußland sein, nicht aber dessen Sklave. Die Zeit schien ihm gekommen, um Polen als eine unabhängige, wenngleich subalterne Mittelmacht zu constituiren; die Türkei betrachtete er als einen nützlichen Verbündeten Preußens gegen die Uebermacht der beiden Kaiserhöfe. Denen zum Trotz meinte er seinen König zum Schiedsrichter des Nordens und des Ostens, und selbst des Südens von Europa, da Frankreich in seinem Ansehen zurückgehe, zu erheben. Den Vortheil einer Verbindung mit England sah er auch darin, daß dieses Reich alsdann weniger Anlaß habe, nach anderweitem Einfluß in Deutschland zu trachten. Bereits pries er sich glücklich, daß diese Stellung nahezu erreicht sei. Da dachte er nun aber, auch die effective Macht des Staates und seinen Umfang zu vergrößern. Er rechnete darauf, bei der Vermittelung des Friedens die Türkei, welche für ihre ungeschickte Vermessenheit gestraft zu werden verdiene, zu einer ansehnlichen Abtretung an Oesterreich vermögen zu können, welches dafür Galizien an Polen zurückgeben, und die polnische Regierung dadurch in den Stand setzen sollte, durch die Abtretung von Thorn und Danzig und einiger benachbarten Bezirke, die Anstrengungen, die Preußen zu ihren Gunsten mache, zu vergüten.

Niemand könnte den Vortheil in Abrede stellen, der für die geographische Abrundung und den Handel Preußens, für seine Macht überhaupt darin gelegen hätte. Es war die Vollendung der von Friedrich II. unternommenen Erwerbung, und insofern von nationaldeutschem Charakter, als ein paar alte deutsche Städte der Oberherrschaft von Polen entzogen werden sollten, welcher sie unterlagen, seitdem das Uebergewicht des deutschen Namens in diesen Provinzen gebrochen war. Und die Schmälerung Oesterreichs in dem polnischen Gebiete würde den preußischen Einfluß auf dem Reichstag, der ein fortwährender bleiben sollte, nicht wenig verstärkt haben.

Weder die allgemeine Politik Hertzbergs, noch auch dieser Plan hatte den ungetheilten Beifall der höheren Kreise in Berlin. Prinz Heinrich mißbilligte nach wie vor die Verbindung mit England, da die Erfahrung lehre, daß dieses Reich allezeit seinen besonderen Vortheil im Auge behalte. In die Abweichung von der Politik

Friedrichs II. konnten sich auch Andere nicht finden. Sie nahmen Anstoß an der Mannichfaltigkeit der getroffenen Verbindungen.

Ein ausführliches Gutachten liegt vor, in welchem man die Unterstützung von Schweden und das mit Polen eingegangene Verständniß zwar insoweit billigt, als es zur Aufrechthaltung des Gleichgewichts diene, aber davor warnt, in dieser Richtung einen Schritt weiter zu gehen. Denn die Polen seien unruhig und unzuverlässig; man habe sich in Acht zu nehmen, von ihnen fortgerissen und ins Schlepptan genommen zu werden: man sollte sie vielmehr zurückhalten als vorwärts treiben. Und welchen Sinn habe es, den Russen ihre über die Schweden gemachten Eroberungen wieder entreißen zu wollen? Könne Preußen in Livland etwas gewinnen? Schon genug, wenn König Gustav unter dem Beistand Preußens dem Untergang entgehe. Würden bei dem künftigen Friedensschluß den beiden Kaiserhöfen kleine Erwerbungen zugestanden werden, so liege darin keine wesentliche Störung des Gleichgewichts. Gewiß habe der preußische Staat ein Interesse dabei, seinen vornehmsten Rivalen Oesterreich über die Karpathen zurückzudrängen. Aber dazu seien die Umstände nicht günstig. Die Abtretung der Moldau und Walachei an Oesterreich könne man weder den Türken anmuthen, noch werde Rußland sie genehmigen: ohne die Beihülfe Rußlands lasse sich gegen Oesterreich Nichts erreichen. Würde man mit dem gefaßten Plane hervortreten, so würden sich Rußland und Oesterreich um so enger verbinden. Durch die in Aussicht genommene Abrundung werde man sich die benachbarten polnischen Magnaten entfremden, die einer Unterwerfung unter Preußen nothwendig entgegen seien [1]). Erwägt man die Absicht und die Gegengründe, so möchte der Unterschied darin liegen, daß jene aus der momentanen Verflechtung der europäischen Politik hervorging, bei diesen dagegen die einmal festgesetzten objectiven Verhältnisse in Betracht gezogen wurden. In den deutschen Angelegenheiten war die Natur der Dinge der preußischen Politik zu Gute gekommen. Ob das in den europäischen der Fall sein werde, war mehr als zweifelhaft. Hertzberg war jedoch davon überzeugt. Er meinte, daß das Interesse, welches jede Macht an der Herstellung des Friedens habe, sie zuletzt alle dahin führen werde, seinen Gedanken beizutreten. Ueberhaupt lag es nicht in seiner Natur, auf Einwendungen Rücksicht zu nehmen. Er hatte keinen

1) Mémoire sur la politique Prussienne, in dem weimarischen Archiv, geschrieben nach dem Fall von Oczschakow und vor den Siegen Coburgs.

Reichthum an Ideen, aber an den einmal gefaßten hielt er standhaft und selbst hartnäckig fest. Sie waren mit seinem Selbst verwachsen. Und noch war er der Meister im Cabinet. Man würde mit Unrecht behaupten, Friedrich Wilhelm II. sei von ihm beherrscht worden; wie wir ja sahen, daß der Beschluß der Allianz in Loo ohne seine Theilnahme gefaßt wurde. Die allgemeine Direction des Königs ging selbst dahin; wie ja vor Augen liegt, was sich Alles dafür sagen ließ. Und noch hatte dieser Fürst ein unbeschränktes Vertrauen zu der geistigen Begabung des Ministers für die Politik. Ohne vieles Bedenken gab er seine Beistimmung zu dem Plane.

Die vornehmste Frage war nun aber, in wie fern man bei England Eingang für denselben finden würde.

Wenn man den ministeriellen Notenwechsel zwischen Preußen und England liest, so sieht man wohl, daß es Preußen war, welches vorwärts drängte. England folgte nur zögernd und mit Vorbehalt. Gewiß war William Pitt, nachdem es ihm gelungen war, den Uebergriffen von Frankreich in Holland mit preußischer Hülfe ein Ziel zu setzen, so gut wie Hertzberg entschlossen, die Türken nicht den beiden Kaiserhöfen zur Beute werden zu lassen. Doch stellte sich der Unterschied heraus, daß Preußen, indem es jene Gebietserweiterung im Auge behielt, kein Bedenken darin sah, in eine förmliche Allianz mit den Türken zu treten, und ihnen, wenn es nothwendig werde, mit allen Kräften beizustehen; die Engländer dagegen nicht für rathsam hielten, zu Gunsten der Osmanen einen Krieg zu unternehmen. Sie ließen verlauten, jeder Vortheil ihrer Verbündeten würde ihnen willkommen sein, aber einen Krieg selbst im Bunde mit den Türken anzufangen, seien sie deshalb nicht gemeint.

Aehnlich verhielten sich Preußen und England auch in Bezug auf den Norden. Im Jahre 1789 nahm Gustav III. einen stärkeren Anlauf gegen Rußland, als vor dem Jahre. Er hatte jetzt nicht ohne preußische Vermittelung türkische Subsidien erlangt, und in den constitutionellen Irrungen mit dem schwedischen Adel Vortheile, die ihm Muth machten, errungen. England wünschte ihn bei der stricten Defensive festgehalten zu sehen. Preußen hielt das für eine zu enge Beschränkung. Wenn die Schweden in dem russischen Finnland Fuß faßten, auch in den maritimen Begegnungen der Flotten, obwohl sie ein paar starke Verluste erlitten, doch im Allgemeinen nicht in entschiedenen Nachtheil geriethen, so erweckte

das in Preußen lebhafte Genugthuung [1]). Die beiden Mächte waren darin einig, Dänemark von aller Theilnahme an dem Kriege zurückzuhalten. Preußen hätte entschiedene Demonstrationen zu diesem Zwecke gewünscht, Rüstungen der hannoverschen Armee, das Erscheinen einer englischen Escadre in der Ostsee; weder zu dem Einen, noch zu dem Andern jedoch mochte sich England entschließen, und niemals hätte Holland in die Anwendung der Gewalt gegen Dänemark gewilligt: am Ende war man in Berlin zufrieden, da der Zweck doch erreicht wurde, und Dänemark sich ruhig verhielt.

Wenden wir nun unsern Blick auf ihre Gegner und den Krieg im Osten.

In den ersten Monaten des Jahres 1789 machte Frankreich noch einmal den Versuch, den Frieden herzustellen, nach welchem der österreichische Hof im Angesicht der drohenden Gefahren sehr verlangte [2]). Man meinte, daß die zuletzt zu Tage gekommene Ueberlegenheit der russischen Kriegführung und die Besorgniß, bei einer Fortdauer des Krieges erhebliche Verluste zu erleiden, die Pforte vermögen werde, ein Abkommen auf gemäßigte Bedingungen zu suchen. Im Februar ließ Kaunitz dem französischen Ambassadeur Choiseul-Gouffier die Aufforderung zugehen, dahin zu wirken. Wenn die Pforte ihren Vortheil verstünde, so würde sie den Augenblick ergreifen und durch den Botschafter den beiden Kaiserhöfen solche Vorschläge machen, welche diese mit Ehren annehmen könnten. Es zeigte sich jedoch bald, daß darauf nicht zu rechnen war. Noch belebte der islamitische Enthusiasmus den Sultan und seine Minister. Sie hatten im letzten Jahre 400,000 Mann ins Feld gestellt, deren Haltung die Erwartung übertraf, und zählten, den erlittenen Verlusten zum Trotz, auf ihre Flotte im schwarzen Meer, bei der sich einige nach dem Muster von Toulon erbaute oder durch glückliche Zufälle in ihre Hände gefallene Kriegsschiffe europäischer Construction befanden. Ueberdies schwellten die Demonstrationen der Gegner von Rußland und Oesterreich ihren Muth. Die Dragomans waren darin einig, daß der Wesir und der Reis Effendi

1) Alvensleben 1. Ap. Ces succès d. V. M. font grand plaisir au roi.

2) 5. Février 1789. Il s'agit de rétablir la paix, s'il se peut encore, cet hiver, pour gagner de vitesse tous ceux, qui travaillent à faire durer la guerre, dans l'espoir que pendant sa continuation ils parviendront à pouvoir employer les Turcs à la reussite de leur projets.

noch unzugänglicher und trotziger geworden seien, seitdem der König von Schweden die Waffen gegen Rußland ergriffen hatte. Noch immer blieben die Osmanen dabei, Georgien und selbst die Krim wieder zurückzufordern. Kaiser Joseph war zwar nicht in Bezug auf die Krim, aber wohl auf Georgien der Meinung, daß Rußland darin nachgeben sollte. Für sich selbst wäre er geneigt gewesen, eine besondere Unterhandlung mit den Osmanen durch Commissarien beider Theile, die an den Grenzen zusammenkommen könnten, einzuleiten [1]). Kaunitz machte ihm bemerklich, daß er damit den französischen Ambassadeur entfremden würde, dessen Ehrgeiz dahin gehe, die Friedensbasis zu Stande zu bringen: er verspreche sich davon einen großen Namen und persönliche Vortheile. Der Staatskanzler rechnete noch auf dessen Eifer und Geschicklichkeit in der Vermittelung. Aber schon bemerkte man, daß Choiseul-Gouffier nicht mehr den alten Einfluß bei der Pforte habe. In Constantinopel wußte man, daß er zur Partei der Königin gehöre, welche österreichisch gesinnt sei, so daß auch er zu Oesterreich hinneige. Die alle Tage stärker anwachsenden inneren Bewegungen schwächten überhaupt wie die Thatkraft so auch das Ansehen von Frankreich. Choiseul-Gouffier ließ den österreichischen Hof wissen, er habe keine Hoffnung, etwas auszurichten, wenn er nicht durch Kriegserfolge stark genug, um den Türken Furcht einzuflößen, unterstützt werde [2]). In diesem Augenblick (April 1789) trat der Tod des Sultans Abdul Hamid und die Thronbesteigung Selims III. ein. Für die Friedensunterhandlungen erschien dieser Wechsel nicht als ein Vortheil. Denn Abdul Hamid hatte von Natur allem seinem islamitischen Eifer zum Trotz eine Neigung zum Frieden, soeben hoffte Choiseul-Gouffier, seine Verbindungen im Serail dazu zu benützen, dieselbe zu beleben. Selim dagegen bekannte sich mit allem Eifer eines jungen Mannes zu den Ideen der Nation. Er meinte den Vater und den Oheim dadurch zu verdunkeln, daß er die Verluste, die sie sich hatten gefallen lassen, wieder herbeibringe. Es war zweifelhaft, ob die Großwürdenträger, die er einsetzte, den alten an Geist

1) Unter Vermittelung des Botschafters sollten die Polen ein Individuum an einen Ort an der Grenze abschicken, um mit Jemandem, der ebenfalls hierzu von unserer Seite benennt würde, in Friedensnegociationen einzugehen. Vortrag von Kaunitz 21. April.

2) Schreiben von Choiseul-Gouffier an Noailles 8. Mai. Tous mes efforts seront en pure perte si les armes impériales n'obtiennent pas quelque avantage marqué. (Staatsarchiv zu Wien.)

und Verstand gleich wären. Aber schlagen mußte man noch einmal mit den Türken, wenn man sie zu der mindesten Nachgiebigkeit bringen wollte.

Der öffentlichen Stimme folgend stellte Joseph II. den Mann des allgemeinen Vertrauens Feldmarschall Loudon an die Spitze seiner Armee, und forderte ihn auf, was ihm selbst unmöglich gewesen war, die Offensive nunmehr zu ergreifen. Belgrad sollte womöglich genommen werden; nicht als hätte man es behalten wollen. So viel auch Oesterreich daran gelegen gewesen wäre, der Kaiser sprach von vornherein aus, daß er die Rückgabe der Stadt zum Preise des Friedens machen wolle. Wie aber dann, wenn der neue Großwesir Kutschuk-Hassan heranrückte, um Belgrad zu entsetzen? Dann sollte mit ihm geschlagen werden. Der Kaiser hoffte alles von dem alten Helden, den man nur sich selbst überlassen müsse, um einen großen Erfolg zu erlangen. Loudon überschritt die Save und unternahm die Belagerung. Ein Augenblick trat ein, in welchem nun wirklich die Türken mit einem weit überlegenen Heer an der Donau erschienen, um den Entsatz der die Länder umher beherrschenden Festung zu versuchen. Loudon sagte seinen Generalen, zurückweichen könne er nicht; sie würden hier siegen müssen, oder sterben.

In dieser Krisis brachten die Vorgänge in den Donaufürstenthümern die Entscheidung. Bedrängt von einem rührigen Feinde hatte der Prinz von Coburg wacker Stand gehalten. Es kam ihm zu statten, daß Romanzow jetzt zurückgetreten war und Potemkin die alleinige Führung der beiden Südarmeen übernommen hatte. Zu der ukränischen schickte er Suworow, der den national-russischen Impuls zu dem Kriege in nicht geringerem Maße besaß als Potemkin selbst. Wenigstens militärisch hatte er denselben noch um vieles kräftiger entwickelt. Bemerkenswerth ist, wie der ruhige und methodische deutsche Prinz, der auf Vertheidigung angewiesen war, so gut mit dem russischen General zusammenging, der nichts als Angriff athmete. Es bildete sich ein ähnliches Verhältniß, wie einst zwischen Eugen und Marlborough, nur daß diese einen höheren Grad von politischer und moralischer Cultur besaßen als Coburg sowohl wie Suworow. Vereinigt bestanden sie im August 1789 die Angriffe des Derwisch Pascha. Im September stellten sie sich dem Heere des Großwesirs am Riminik entgegen. Der Großwesir hatte die numerische Ueberlegenheit: aber seine Anordnungen waren schlecht. Die Oesterreicher hielten ihm mit kaltblütiger Ausdauer Stand.

Suworow warf ihn in heftigen Anlauf über den Haufen. Das ganze Heer wurde kampfunfähig gemacht.

Die Besatzung von Belgrad verlor hierauf das Vertrauen zu ihrer Sache, während Loudon mit sicher wirkendem Geschütz Schritt für Schritt vorrückte. Am 8. October überlieferte sich die Stadt, obgleich sie noch mit Kriegsvorräthen auf das beste versehen war. Dein Feuer, sagte der Pascha, hat die Felsen zerschellt; es hat Jedermann so in Schrecken gesetzt, daß ich dem allgemeinen Andringen nicht habe widerstehen können.

So waren dem Kaiser doch noch ein paar große Schläge gelungen, und da auch die Russen indessen Akjerman besetzten, so erhoben sich in ihm noch zuweilen die alten Hoffnungen. Er ließ wohl vernehmen, er denke noch den Balkan zu überschreiten und den Krieg zu einem glorreichen Resultat zu führen. Eine momentane Aufwallung, die aber weit über die Realität der Thatsachen und selbst die wirkliche Intention hinausging. Denn wenn Vortheile im Orient erfochten wurden, so mußte dadurch die entgegengesetzte Anstrengung der Mächte des Occidents in doppelter Stärke erweckt werden. Diese mochten nicht in allem und jedem einverstanden sein, im Ganzen erschienen sie doch als eine furchtbare Gegenmacht. Unbeschreiblich aber mußte die Bedeutung derselben wachsen, als in diesen Augenblicken in den österreichischen Niederlanden, der Provinz, welche ihrer Einwirkung am meisten ausgesetzt war, in Folge der Reformversuche Josephs eine Bewegung ausbrach, welche eine Gefahr für seinen ganzen Staat in sich schloß.

Fünfundzwanzigstes Capitel.

Bruch zwischen Kaiser Joseph und den Ständen in den österreichischen Niederlanden.

Wie verschieden auch in ihrem Ursprung und in ihrem Schauplatz, so haben doch die belgischen und die orientalischen Ereignisse einen gewissen Zusammenhang, der in der Persönlichkeit und allgemeinen Politik des Kaisers liegt.

Als er sich zu dem Kriege gegen die Türken anschickte (August 1787), hatte er zugleich den Entschluß gefaßt, seine erschütterte Autorität in den Niederlanden selbst mit Gewalt der Waffen herzustellen. Hiezu meinte er durch die in den Niederlanden stehenden Truppen, von denen er um des türkischen Krieges willen keinen Mann herauszuziehen brauche, vollkommen im Stande zu sein. Man muß, schrieb er an seinen interimistischen Generalgouverneur Murray, beweisen, daß man Meister im Lande ist, das ist das einzige Mittel, die Unruhen zu dämpfen und den etwa zu machenden Concessionen Werth zu verleihen [1]). Weit aber sollten diese auf keinen Fall gehen. Er hielt an der Erwartung fest, die er den niederländischen Deputirten in Wien ausgesprochen hatte: man werde im Lande den Vortheil einsehen, der aus seinen Verordnungen in Bezug auf Verwaltung, Justiz und Religion hervorgehen müsse. Zunächst drang er auf Wiederherstellung des den Unruhen vorangegangenen Zustandes. Das Unerträglichste schien ihm, daß noch immer bewaffnete Freiwillige den Wachtdienst in den Hauptstädten, namentlich in Brüssel, welches der vornehmste Sitz der Renitenz sei, versahen. Er wollte das abgestellt wissen; denn es widerspreche der Idee der Souveränetät

1) c'est ce, qui fera finir plutôt les désordres et en même temps mieux reconnaître le prix de la condescendance, que je pourrai avoir dans la suite pour les désirs des états. Joseph an Murray 30. August bei Lorenz, Joseph II. und die belgische Revolution S. 38.

des Fürsten. Aber gleich bei diesem nur vorläufigen Schritt stieß er auf nachhaltigen Widerstand; und der Kampf eröffnete sich, den wir kommen sahen; in seiner ganzen, wie für das Land, so für den Gegensatz der Principien nicht hoch genug anzuschlagenden innern Bedeutung.

So ganz einfach war es nicht, was Joseph annahm, daß die Existenz der Freiwilligen illegal sei. Sie waren mit den städtischen Verfassungen, die von Alters her der Bürgerschaft und den Gilden eine gewisse Autonomie sicherten, auf das engste in Verbindung gebracht. Wenn der Rath von Brabant auf das Ansuchen Murrays, der den Sinn des Kaisers aussprach, die Aufhebung dessen, was illegal sei, verordnete, so fügte er doch hinzu, daß sich das auf die Bürgergarden der Städte und alles, was mit denselben in legalem Zusammenhange stehe, nicht beziehe[1]). General Murray, ein Mann in vorgerückten Jahren, hatte durch seine militärische Haltung den Beifall des Kaisers erworben. Jetzt aber, zugleich mit der Civilgewalt bekleidet, gerieth er in die schwierige Lage, welche die Verbindung beider Qualitäten in unruhigen Zeiten nothwendig in sich trägt, — in der Mitte zwischen der kaiserlichen Gewalt und einer populären Bewegung, die das für legal hielt, was der Kaiser für illegal erklärte.

Am 20. September 1787 ließen sich die Freiwilligen nicht nehmen, bei der Leichenfeier eines ihrer Kameraden in ihren Uniformen zu erscheinen und einen der großen Plätze der Hauptstadt einzunehmen. Sie hatten die Population und selbst die Stände, die im Stadthause versammelt waren, für sich. Dagegen war die kaiserliche Garnison in den Kasernen consignirt und in Bereitschaft, militärisch einzuschreiten. Aus den benachbarten Orten wurden Verstärkungen herangezogen, die soeben in der Stadt erschienen, — zu Fuß und zu Pferd. Alles ließ sich zu einem blutigen Conflict an. Man begreift, daß der interimistische Generalgouverneur vor diesem Aeußersten zurückschrak. Er hörte auf die Vorstellungen

1) Ordre du conseil de Brabant vom 28. August: bien entendu que cette déclaration se borne à faire cesser ce qui pourrait être illégal et conséquemment que la défense reprise dans la même déclaration ne concerne pas les Serments, Wycken ou gardes bourgeoises et autres corporations légales et leurs suppôts agrégés et ne préjudice en aucune manière à leurs droits, prérogatives, marques distinctives, privilèges et usages bei Gérard Rapédius de Berg S. 276.

eines der Großen des Landes, von popularer Gesinnung, des Herzogs von Ursel, und begab sich in die ständische Versammlung. Hier aber ward er, geschreckt, wie er war, von der drohenden Bewegung der Menge und unter dem Eindruck alles dessen, was er vernahm, zur Nachgiebigkeit vermocht. Er verstand sich zu einer Proklamation in dem Sinne, wie sie einst das statthalterische Paar erlassen hatte, und versprach die Truppen zurückzuziehen. Ihm brachte das jedoch keine Huldigungen ein, wie jenem. Auch auf seiner Rückfahrt wurde er von der Menge verhöhnt.

Der Kaiser war empört über das Verhalten des Invaliden, wie er Murray jetzt nannte, und zögerte nicht, einen thatkräftigeren und wirklich zur Anwendung der Gewalt entschlossenen General, einen geborenen Irländer, d'Alton, mit der militärischen Autorität zu betrauen [1]; die bürgerliche übertrug er dem Grafen Trauttmannsdorf, den er als bevollmächtigten Minister nach den Niederlanden schickte.

Wir verweilen nicht bei den mancherlei kleinen Vorfällen, welche nunmehr eintraten, zum Theil durch das schlechte Verständniß zwischen Trauttmannsdorf, der zu einem gütlichen Verfahren neigte, und d'Alton, der nur durch Anwendung der strengsten Mittel dem Kaiser genug zu thun glaubte, veranlaßt. Am 22. Januar 1788 kam es nun doch in Brüssel zu dem Zusammenstoß, den Murray vermieden hatte, d'Alton aber willkommen hieß. Bei einem städtischen Auflauf, in welchem die Truppen insultirt wurden, trug er kein Bedenken, Gewalt zu brauchen; — man schoß auf die Menge, die sich dann zerstreute; — an dem Großen Platze wurden ein paar Kanonen aufgestellt, um die Wiederholung ähnlicher Tumulte zu verhindern [2]. Der Kaiser war höchlich zufrieden damit. „Es ist ein wesentlicher Vortheil", schreibt er nach dem Empfang dieser Nachricht, „dem Publikum endlich einmal gezeigt zu haben, daß das Militär sich nicht insultiren läßt; und daß man entschlossen ist, selbst mit Gewalt das durchzuführen, was ich zu fordern das gute Recht habe [3]." Er zweifelt nicht, daß das an

1) Schreiben des Kaisers vom 14. Januar 1788. Recueil de lettres originales de l'Empereur Joseph II. au Général d'Alton S. 23.

2) Sonst österreichisch gesinnt hatte Linguet in seinen Annalen einen der Regierung ungünstigen Bericht über diesen Vorfall gegeben; ein kaiserlicher Oberst antwortete ihm darauf mit genauer Kenntniß der Thatsachen. Abgedruckt bei Gerard I., 332.

3) Schreiben des Kaisers 30. Januar 1788 S. 28.

sich geringfügige Ereigniß seine Wirkung haben werde. So ließ es sich in der That an. Schon am Abend jenes Tages gab der Rath von Brabant dem kaiserlichen Erlaß, der die vorläufigen Bedingungen festsetzte, seine Sanction, allerdings unter einem Vorbehalt, der aber wenig Eindruck machte, weil er der gewöhnliche war, und man konnte dazu schreiten, sie zur Ausführung zu bringen.

Die seitdem entfernten kaiserlichen Beamten traten wieder in ihre Functionen ein; die Freiwilligen, die nun wirklich entwaffnet wurden, verschwanden von den Straßen und Plätzen, das Generalseminar kam, wiewohl keineswegs in Blüthe, aber doch zu Stande; das statthalterische Paar war zurückgekehrt, und gab sich Mühe, an den Principien des Kaisers festzuhalten, wie es diesem versprochen hatte, und doch dabei das Vertrauen des Landes nicht zu verlieren[1]). Der bevollmächtigte Minister, Graf Trauttmannsdorf, noch jung und nach beiden Seiten hin biegsam, suchte den Eindruck der Strenge, die er auch zuweilen wieder seinen Willen anwenden mußte, mit Nachgiebigkeit zu verwischen. Damit war auch der Kaiser, der in diesem Augenblicke seinen türkischen Feldzug begann, nicht unzufrieden; er versprach sich vielmehr die besten Folgen davon. Am 9. April schreibt er seinem General: er höre, daß es in den Niederlanden noch einige Querköpfe gebe, durch welche die gute Ordnung gestört werde. Gegen diese müsse man ebensoviele Festigkeit wie Geduld anwenden, und die eine mit der andern verbinden: er möge sich mit dem Minister verständigen, wenn es nöthig sei, daß dieser nachgiebig und er selbst streng auftrete. Die Vermischung von beidem könne nur gute Wirkung haben[2]).

Hauptsächlich dadurch, daß Trauttmannsdorf die Besetzung der vacanten Abteien zugab, kam es so weit, daß die ständische Versammlung im Mai 1788 die Auflagen in gewohnter Form bewilligte. Auch die guten Leute des dritten Standes in den städtischen Corporationen und Gilden stimmten bei. Alles schien sich

1) Aus einem Schreiben Christinens vom 2. Mai. „Wir folgen den Principien, wie wir es versprochen haben". Bei Wolf: Marie Christine I., 111.

2) Futak den 9. April: Je vous recommande de rester bien uni avec le ministre, et de convenir toujours avec lui, lorsque les circonstances exigent que vous soyez plus sevère et lui plus condescendant, puisque ce mélange ne sauroit que produire tout le bien — Recueil de lettres originales — au Général d'Alton S. 25.

beizulegen. Man feierte das vermeintliche Einverständniß mit einem festlichen Gelage an dem statthalterischen Hofe. Im Namen des Kaisers wurde eine Amnestie für alles Vorgefallene ausgesprochen.

Als nun aber der kaiserliche Minister einen weitern Schritt thun wollte, und die von Joseph vorbehaltenen definitiven Veränderungen in einem ständischen Ausschuß zur Sprache brachte, traten die alten Differenzen in voller Stärke wieder hervor. Der Kaiser meinte Mißbräuche abzuschaffen; in dem aber, was er als Mißbrauch bezeichnete, sahen die Stände das Wesen der Verfassung.

Der nicht zu vermittelnde Gegensatz der Anschauungen und Interessen erschien zuerst wieder bei den geistlichen Angelegenheiten.

Den Professoren am kaiserlichen Generalseminar sagte man nach, sie seien nicht ohne Tadel in der Lehre. Der Kaiser, selbst zu gut katholisch, um es auf sich kommen lassen zu wollen, daß er die Heterodoxie begünstige, forderte die Bischöfe auf, die Vorlesungen zu besuchen, und dann zu urtheilen, ob dieselben nicht orthodox seien. Die Bischöfe antworteten, nicht auf Orthodoxie in der Glaubenslehre komme es hierbei an; die Frage betreffe die kirchliche Verfassung. Dieser zufolge habe der Staat kein Recht, sich in die Vorbildung der Geistlichen einzumischen. Kraft der dem römischen Stuhle ertheilten göttlichen Mission stehe es den von demselben instituirten Bischöfen, jedem in seiner Diöcese, ausschließend zu, die Erziehung des Klerus zu leiten. Davon könne man nichts fallen lassen.

Der Kaiser sah in den Geistlichen vor allen Dingen Mitglieder des Staates, bestimmt dazu, die religiöse Erziehung den Principien des Christenthums gemäß zu leiten Die Geistlichen betrachteten sich vorzugsweise als Mitglieder der großen hierarchischen Corporation, der von Gott in den bestehenden Formen eingesetzten allgemeinen Kirche. Mochte der Kaiser in Betreff der Klöster und Abteien von seinen Einschreitungen zunächst abstehen, so hatte das nur geringe Beziehung zu der Hauptfrage; deren Lösung wurde dadurch nicht herbeigeführt, noch auch nur erleichtert. Die Idee des Staates, in einem gleichwohl sehr katholischen Fürsten, gerieth mit den Grundüberzeugungen der Hierarchie in unmittelbaren Conflikt.

Es traf nun recht in den Mittelpunkt des Streites, daß Joseph Anfang August 1788 die bischöflichen Seminare zu Mecheln und zu Antwerpen zu schließen befahl. Die Widersetzlichkeiten, welche

dabei vorkamen, wurden ohne Mühe niedergeschlagen. Damit aber war das Ziel noch nicht erreicht. Vielmehr fühlte sich dadurch die Population in der allerempfindlichsten Seite des inneren Lebens, der religiösen, verletzt, und keinen Schritt breit wich die Geistlichkeit.

Nach neuen Discussionen mit den Professoren des Generalseminars in Löwen gaben die Bischöfe den Entscheid, daß sie die Lehre derselben nicht für orthodox halten könnten. Denn rechtgläubig sei nur der, welcher unbedingt annehme, was die Kirche lehre und alles vermeide, was dem Schisma oder gar der Ketzerei annähere. So lautete ein Schreiben des Erzbischofs von Mecheln [1]; das Recht der dogmatischen Unterweisungen wurde für den Klerus selbst unbedingt in Anspruch genommen. Auch die niedere Geistlichkeit, in den altgewohnten Formen erzogen, billigte diesen Ausspruch, der die klerikalen Berechtigungen bestätigte, mit zelotischem Feuer.

In der Zeit fällt es hiemit zusammen, daß das orientalische Unternehmen Josephs II. einen für ihn unerwünschten und bedenklichen Verlauf nahm; er ward in seinem Verhalten dadurch nicht irre gemacht. Dem Rathe von Brabant ließ er die Andeutung zugehen, daß er in seinen gerichtlichen sowohl als administrativen Einrichtungen auf den Beistand desselben zähle. Zu einer Entscheidung mußte es kommen, als sich im November 1788 die Landstände der Provinz aufs neue versammelten.

Der Kanzler von Brabant überbrachte ihnen in gewohnten Formen die Aufforderung der Regierung, die Continuation der Auflagen zu bewilligen. Man sieht, was das in diesem Augenblicke auf sich hatte. Die Bewilligung hätte der Regierung noch weiter freie Hand verschafft, in ihren Tendenzen vorzuschreiten. Die beiden höheren Stände fügten sich allerdings und bewilligten: aber nur unter der gewohnten Bedingung, daß der dritte Stand hinzu=

1) Vorstellung des Erzbischofs v. Mecheln v. 19. Juli: Que le plan du séminaire général vise à renverser tous les droits du sacerdoce et de l'épiscopat, en réduisant le ministère des évêques, quant à l'enseignement, d'actif, qu'il est essentiellement, à une influence purement passive, inopérante et inefficace; qu'enfin les évêques ne peuvent concourir à un établissement, qui les priverait du droit radical et inséparable de l'épiscopat, d'enseigner la science de la religion dans toute l'étendue de leur diocèse et qui détruirait en même temps leurs séminaires.

trete. Daß das aber diesmal schwerlich geschehen werde, war ihnen ohne Zweifel bewußt. Die Verfassung war, daß zu einem gültigen Beschluß des dritten Standes die drei Hauptorte, die ihn bildeten, zusammenstimmen mußten. In diesen selbst verschafften die altherkömmlichen Municipaleinrichtungen dem popularen Element eine starke Einwirkung. Für alle wichtigen Anträge war die Einwilligung der städtischen Körperschaften nothwendig. Dazu aber gehörten nun wieder drei verschiedene Stimmen. In der Hauptstadt, auf die es vor Allem ankam, willigten die erste und die zweite Stimme, die Wethouderen und der breite Rath ein, doch nur unter der Bedingung, daß die dritte folge, widrigenfalls nicht. Diese dritte Stimme gehörte den guten Leuten aus den Gilden, die hier nach alter Sitte in neun Nationen getheilt waren, von denen wenigstens die Mehrzahl zum Beschluß erforderlich war. Hier nun sammelte die populare Opposition ihre Kräfte. Aus der Bürgerschaft waren die Freiwilligen hervorgegangen; man hatte ihr auch die Sache des Generalseminars als die ihre dargestellt, denn von dort aus wolle man ihren Kindern die heterodoxen Lehren einimpfen; das waren die Ansichten und Lehren van der Noots, der sich bereits durch die Flucht der Verfolgung entzogen hatte, aber er übte auch aus der Ferne vielen Einfluß aus, der durch die niedere Geistlichkeit verstärkt, zu einer unüberwindlichen Nachhaltigkeit gelangte. Von den neun Nationen ließ sich nur Eine gewinnen: die übrigen waren zwar bereit, die Bewilligung zu machen, die für das statthalterische Paar ausdrücklich bestimmt war, die Hauptforderung aber, die Continuation der Auflage und Accise schlugen sie ab. Dieser Widerstand aber machte die Bewilligung der übrigen Glieder der Stadtgemeinde, des dritten Standes überhaupt, und dadurch auch der beiden höhern Stände unwirksam; — sogar die Forterhebung der Auflagen wurde dadurch ungesetzlich. Man darf hierin, wenn ich nicht irre, ein Moment von universaler Wichtigkeit erblicken. Der ganze Widerstreit der aus dem Mittelalter überkommenen corporativen Freiheit und der Erfordernisse der modernen Staatsverwaltung tritt darin hervor. Auf der einen Seite eine Verfassung, die so geartet war, daß der Widerspruch einer Stimme, selbst des Bruchtheiles einer solchen, das ganze Räderwerk der öffentlichen Verwaltung hemmen konnte, auf der anderen das Bestreben des Souveräns, seiner Verwaltung eine allumfassende, möglichst unbedingte Wirksamkeit zu verschaffen. Ein weltlicher Gegensatz, der ebensowenig durch gute Worte auszugleichen war, wie der klerikale. Die

beiden höheren Stände, denen der Kaiser einen Vorwurf daraus machte, daß sie das zugelassen, fragten bei ihm an, ob er sich durch seine souveräne Macht für berechtigt halte, den Mangel der Bewilligung zu ergänzen. Joseph hatte kein Bedenken dabei, und es geschah, daß die Einnehmer beauftragt wurden, in der Perception der Einkünfte nach wie vor fortzufahren. Aber dabei konnte es sein Verbleiben nicht haben. Um ähnliche Vorfälle für die Zukunft zu verhindern, that der Kaiser auf dem gefährlichen Pfade, den er betreten, noch einen neuen Schritt; er schrieb der höchsten Autorität auch eine constituirende Gewalt zu und legte Hand an, die Landesverfassung nach seinem Ermessen abzuändern. Hauptsächlich in zwei Punkten sollte das geschehen. Der Kaiser forderte Permanenz der Auflagen. Denn unerträglich sei es doch, daß ein imaginäres Bewilligungsrecht, die Weigerung eines Bruchtheils eines Standes, die Fortsetzung der Staatsverwaltung überhaupt unmöglich mache, und eine Umgestaltung in der Repräsentation des dritten Standes. Weit entfernt diese aufheben zu wollen, dachte er vielmehr, ihr eine breitere Basis zu geben. Denn ein bloßer Mißbrauch sei es, wenn man sie an drei Hauptorte knüpfe. Auch die kleineren Städte und Ortschaften müsse man dazu herbeiziehen, wie ihnen ja auch ein großer Theil der bewilligten Leistungen zur Last falle. Das sei der Zweck der ursprünglichen Einrichtung, und wie es dem Souverän immer freigestanden, so wolle auch er die Ortschaften bezeichnen, die fortan in den Provinzialständen Sitz und Stimme haben sollten [1]. Es waren ihrer zwölf, die er den großen Städten beigesellte; eine Art Verdoppelung des dritten Standes, welche hier auf die Städte allein beschränkt, doch die Folge gehabt haben würde, die Mehrheit in den Städten und dadurch in den Ständen anders zu constituiren. Die Sache hat eine Analogie mit der Bewegung, die damals in dem benachbarten Frankreich ausbrach, und von der eine neue Aera der Weltgeschichte ausgehen sollte. Die ständische Verfassung von Brabant stellte dasselbe Princip dar, wie in Fankreich die privilegirten Stände und die Parlamente. Wie die französische Regierung in der Bedrängniß, in die sie durch diesen Widerspruch gerieth, zu der Verdoppelung des dritten Standes schritt, so wollte sich der Kaiser in den Niederlanden durch Verstärkung der Städte einen populären Rückhalt verschaffen. Noch hoffte er auf gesetzlichem Wege dazu zu gelangen: was hauptsächlich davon abhing, ob der Rath von Brabant, dessen Autorität noch

1) Aus dem Briefwechsel bei Th. Juste I., 196 f.

immer in hohem Ansehen stand, ihm dazu die Hand bieten würde oder nicht. Anfang Mai 1789 wurde demselben ein Edikt des bezeichneten Inhalts zugefertigt, das er durch sein Insiegel bekräftigen und, wie man sich ausdrückte, emaniren solle. Seine erste Antwort war, er könne, ohne die Stände gefragt zu haben, in der Sache nicht vorschreiten. Die Regierung erwiderte, die Stände zu fragen, sei ein Ding der absoluten Unmöglichkeit. Der Rath forderte hierauf Bedenkzeit, um das Edikt näher zu prüfen, und ein paar Tage wurden ihm bewilligt.

Nicht geradezu leugnete alsdann der Rath von Brabant das Recht des Fürsten, Mißbräuche der Verfassung aufzuheben: aber er betonte, daß die vorzunehmenden Veränderungen mit den bestehenden Rechten in Einklang sein müßten. Es ist wohl der Mühe werth, sich die Einwendungen, die er auf diesen Grundsatz gestützt, gegen das Edict machte, zu vergegenwärtigen. Hauptsächlich daran nahm er Anstoß, daß das Vorrecht der drei Städte, die den dritten Stand ausmachten, aufgehoben werde. Nicht zufrieden, den Widerspruch der Minorität unter ihnen unwirksam zu machen, vernichte man auch den Einfluß der Majorität. Denn so waren die Stimmen der neu Eintretenden angeordnet, daß die Vorschläge der Regierung die Mehrheit in dem dritten Stande auch dann erlangen konnten, wenn zwei von den Hauptstädten dagegen waren Ferner fand er es anstößig, daß die Bewilligungen ohne Rücksprache mit den Committenten erfolgen sollten, und noch mehr, daß der Kaiser den Anspruch mache, an Stelle der Wahl Ernennungen eintreten zu lassen, oder gar seinen Beamten Sitz und Stimme in dem dritten Stande einzuräumen, dies laufe wider den Begriff der Repräsentation des Volkes, welches die Lasten, die man bewillige, zu tragen habe. — In einem und dem anderen Punkte gab die Regierung nach; namentlich leistete sie Verzicht auf das Recht der Ernennungen, verlangte aber zugleich mit um so größerem Nachdruck, daß ihr Edikt ohne Verzug emanirt werde. Hierüber kam es dann am 9. Mai 1789 zu einer entscheidenden Discussion im Rathe von Brabant. Einige Mitglieder hätten eine Fortsetzung der Verhandlung mit der Regierung über Punkte, die doch nicht die wesentlichen waren, gewünscht. Aber von vornherein erkennt man, daß sich über die Artikel, auf die es ankam, keine Verständigung erreichen ließ. Die Absicht der Regierung war es eben, der Opposition der drei großen Städte oder doch ihrer Mehrheit und dem Rekurs auf die Bürgerschaften ein Ende zu machen; sie bekämpfte die Autorität

derselben im Sinne eines entwickelten Repräsentativsystems. Der Rath wollte dagegen das Vorrecht der drei Städte unter keiner Bedingung fallen lassen. Er bestritt dem Kaiser die Befugniß, diese Prärogative, die durch die beschworene Joyeuse Entree geheiligt sei, einseitig aufzuheben. Eines der Mitglieder des Rathes, Wiriex von Löwen, der schon zwanzig Jahre in demselben saß, trug auf die Erklärung an, daß man das Edikt, weil es die Landesverfassung zerstören würde, nicht emaniren könne [1]). Und diese Meinung, einfach und entscheidend wie sie war, ward dann von dem Rathe adoptirt; noch an demselben Tage gab er der Regierung die Antwort, daß er die Veröffentlichung des Ediktes mit dem geleisteten Eid nicht vereinbaren könne und sie selbst nach den von ihr nachgegebenen Modifikationen ablehnen müsse, so lange nicht die drei Stände der Provinz ihre Beistimmung ausgesprochen haben würden [2]).

Wollte nun die kaiserliche Regierung nicht auf der Stelle außerhalb der alten Verfassung treten, so mußte sie nun doch auf die Stände zurückkommen, was sie ursprünglich für unthunlich erklärt hatte. Es war eben, als hätte man in Frankreich die Verdoppelung des dritten Standes einer Versammlung der alten Generalstände zur Entscheidung vorlegen wollen. Die Stände versammelten sich im Anfang des Juni in außerordentlicher Sitzung, welche lediglich den Zweck haben sollte, die Vorschläge der Regierung zu empfangen und anzunehmen.

Diese Vorschläge, durch ein kaiserliches Schreiben eingebracht, waren nun folgende: die Auflagen sollten permanent und von der Bewilligung der Stände unabhängig sein. Diese selbst wollte man jedoch nicht aufheben. Alle Jahre wenigstens einmal sollten sie sich versammeln; der dritte in der neu vorgeschriebenen Formation; jeder Stand solle dann für sich ohne Bezug auf den andern nach der Mehrheit stimmen; der Rath von Brabant bestehen bleiben, aber verpflichtet sein, die kaiserlichen Edikte mit dem großen Insiegel zu versehen. Würde man, so fügt der Kaiser hinzu, diese letzte Gelegenheit, die bisherige Verfassung zu retten, verabsäumen, so würde er sich von derselben entbunden erachten und mit dem vollen Recht seiner souveränen Gewalt, in das er alsdann wieder

1) Dat het edict niet kan worden geemaneert als zyndé subversief aan de constitutie. Vgl. Gérard Rapedius de Berg. II. 178.

2) sans le concours préalable des trois ordres des états de cette province. . . a. a. O. p. 179.

eintrete, die Regierung führen. — Sein Vorschlag ging auf eine Modifikation der Verfassung, aber eine solche freilich, welche die bisherige Opposition vernichtet und eine ähnliche für die Zukunft unmöglich gemacht hätte. Auch die Geistlichkeit würde ihr überwiegendes Ansehen verloren haben. Der Widerstand wäre durch den Einfluß des Kaisers auf die Repräsentation der Städte gebrochen und, wenn er jemals auftauchte, doch durch die Annahme der Permanenz der Auflagen einer den Fortgang der Regierung in Frage stellenden Wirksamkeit beraubt gewesen. Dahin aber wollten es nun die Provinzialstände von Brabant nicht kommen lassen. Die entscheidende Deliberation fand am 18. Juni in dem Stadthause statt. Der große Platz war von kaiserlichen Truppen eingenommen. In der Kathedrale St. Gudula lagen die Gläubigen im Gebet für die Kirche vor den Altären. Gegen Abend erklärten die Stände, es sei ihnen unmöglich, die Vorlagen anzunehmen, durch welche die Verfassung, an die sie durch ihren Eidschwur gebunden seien, in ihren Grundfesten erschüttert werden würde [1]).

Nach Empfang dieser Erklärung blieb auch der Regierung kein Mittelweg mehr übrig. Die Befehle des Kaisers lauteten präcis und unwiderruflich. Der Versammlung wurde ohne Verzug geantwortet: der Kaiser halte sich nun aller Concessionen für entbunden, die jemals von seinen Vorfahren oder von ihm selbst gemacht worden seien. Alle Privilegien der Provinz, den ganzen Inhalt der Joyeuse Entree erkläre er für aufgehoben. Den Einwohnern wurden jedoch Gesetz und Eigenthum feierlich zugesichert und eine gerechte Regierung versprochen.

Auf die Bemerkung eines Mitgliedes, daß hier für sie nun nichts weiter zu thun sei, löste die Versammlung sich auf. Zu einer förmlichen Protestation ist sie nicht geschritten.

So traten hier die höchste Gewalt und die ständischen Berechtigungen, auf deren Zusammenwirken die öffentliche Ordnung beruhte, in dem entschiedensten Gegensatz auseinander. Der Kaiser machte ein unbedingtes Recht souveräner Regierung geltend. Die

1) . . . qu'ils supplient très-humblement Sa Majesté de daigner considérer l'impossibilité, où ils se trouvent de concourir de leur part aux arrangements portés par le diplôme du 6 de ce mois, dont les points ont été communiqués, par son Excellence à la députation susmentionnée, d'autant que ces mêmes points sont subversifs de la constitution . . . a. a. O. p. 213.

Stände hielten an den Bestimmungen ihrer Verfassung, welche ihre Freiheiten sicherten, unerschütterlich fest.

Aber der Kaiser hatte bei der Uebersendung der definitiven Befehle dem Statthalter zu wissen gethan, er müsse den Insolenzen der Niederländer ein Ziel setzen; — sollten sie sich nicht unterwerfen, so werde er Gewalt anwenden, möge daraus folgen was da wolle. Das Uebel müsse mit der Wurzel ausgerottet werden. Wie vollkommen Ernst es ihm damit war, zeigte seine gleichzeitige Ordre an den Commandirenden. Wenn man keine Gewalt anzuwenden braucht, heißt es darin, um so besser: sollte das aber nothwendig sein, so muß es mit aller Energie geschehen und keinem Zweifel Raum gelassen werden. Ob mehr oder weniger Blut dabei vergossen wird, kann nicht in Frage kommen, wenn es sich darum handelt, das Ganze zu retten und diesen ewigen Insolenzen auf immer ein Ende zu machen[1]). Er war sehr zufrieden, daß Alles in Ruhe abgegangen war, und sprach dem General für die von ihm getroffenen Anordnungen, denen der gute Erfolg vor allem zu danken sei, seine Anerkennung dafür aus. Der General war selbst sehr glücklich darüber. Er bemerkte, daß der 18. Juli dem Hause Oesterreich Glück bringe: an diesem Tage sei einst die Schlacht von Colin vorgefallen; an demselben sei jetzt der Kaiser absoluter Herr in den Niederlanden geworden[2]). Man konnte sich nicht verbergen, daß das Land voll von Gährung sei, aber einige Kundgebungen in diesem Sinne wurden leicht unterdrückt. Der Kaiser befahl dem General, die Truppen in die gewohnten Garnisonen zurückzuziehen, schon um zu zeigen, daß man Niemand fürchte. Auch der Minister war höchlich befriedigt, niemals war sein Vorzimmer von Bittstellern so besucht gewesen. Es trat ein Augenblick ein, in welchem man glauben konnte, die Provinzen seien vollkommen in der Hand des Kaisers, aber freilich war es nur ein Augenblick.

1) . . . Le plus ou le moins de sang que peut coûter une pareille opération, ne doit point être mis en ligne de compte, quand il s'agit de tout sauver et de finir une bonne fois ces éternelles insolences . . . Recueil de lettres originales de Joseph II. au général d'Alton. Von den Patrioten gefunden und in der imprimerie patriotique gedruckt S. 44.

2) où l'Empereur devenoit maître absolu des Pays-bas bei Trauttmannsdorf in den Fragmens pour servir à l'histoire des événemens S. 30.

Sechsundzwanzigstes Capitel.

Abfall der österreichischen Niederlande.

Das erste Ereigniß, welches die Meinung, am Ziele zu sein, störte, war ein dem Lande fremdes, die Erstürmung der Bastille in Paris. In Wahrheit lag in dem französischen Ereigniß das Gegentheil von dem, was die ständische Bewegung in Belgien anstrebte. Denn durch diese sollte das Alte erhalten werden: in Frankreich gelangte die Idee einer Umwälzung von Grund aus zum Uebergewicht. Aber es gab auch etwas Gemeinschaftliches zwischen ihnen. Ganz Europa durchfuhr es wie ein Wetterstrahl, daß das alte französische Königthum, in dem die anderen Monarchen bisher ihr Vorbild gesehen hatten, unterlag. Allenthalben kamen die oppositionellen Tendenzen dadurch zum Gefühl ihrer Macht: auch in Brüssel sprach man davon, daß man diesem Beispiel folgen müsse. In dem Park, den Straßen, selbst in Kirchen fand man Maueranschläge, die zur Nachahmung aufforderten[1]: die Population nahm bereits eine drohende Haltung an: wenn sich bisher erwarten ließ, daß der Kaiser bei dem, was er in den Niederlanden unternahm, im Nothfall von Frankreich unterstützt werden würde, so fiel diese Besorgniß nunmehr weg. Daß die ausgewanderten französischen Prinzen als Flüchtlinge in Brüssel erschienen, machte einen für das Ansehen des mit ihnen so nahe verbundenen Hauses Oesterreich beschämenden Eindruck. Der Rückschlag war so bemerkbar, daß die niederländische Regierung den Kaiser um eine Vermehrung der Militärmacht anging. Noch

1) On trouva le parc, les rues et les églises remplies de billets, sur lesquels étoit écrit: ici comme à Paris. Trauttmannsdorf in Fragmens pour servir S. 32.

um ganz anderer Verhältnisse willen aber wäre eine starke militärische Stellung in den Niederlanden wünschenswerth gewesen.

Einst bei den ersten Aufwallungen hat Fürst Kaunitz auf die gefährlichen Folgen, welche ein Zerwürfniß mit den Niederlanden in Bezug auf die auswärtigen Verhältnisse haben werde, aufmerksam gemacht. Wie viel mehr war dies jetzt zu befürchten, als ein paar Jahre früher, nachdem die Tripelallianz im Gegensatz gegen Oesterreich zu Stande gekommen war. Noch ehe die letzten Entscheidungen in Brüssel erfolgten, haben sich die Führer der niederländischen Opposition, die sich durch die Flucht gerettet hatten, an die drei Mächte gewandt, um ihren Schutz nachzusuchen. Es war van der Noot, der diese Mission übernahm. In England, wohin er sich zunächst begab, fand er jedoch nur wenig Anklang. Der leitende Minister war durch die inneren Verwickelungen, die aus der Krankheit des Königs entsprungen waren, allzu sehr beschäftigt, um darauf einzugehen.

Durch den holländischen Rathspensionarius empfohlen, erschien van der Noot in Berlin. Auch hier erlangte er keine bestimmten Versprechungen; man sagte ihm: die Provinzen müßten erst ihre Unabhängigkeit erkämpft haben, ehe sie erwarten könnten, von Preußen unterstützt zu werden.

Von unmittelbarer Dringlichkeit war die Sache für Holland.

Bereits am 10. Mai 1789 hatte van der Noot eine Zusammenkunft mit dem Rathspensionarius, van de Spiegel, den wir als einen der großen Vorfechter des Hauses Oranien im Verein mit England kennen gelernt haben, und der jetzt zur Seite des Prinzen die Politik der Republik vornehmlich leitete. Der Antrag van der Noots begründete sich auf die Versicherung, daß die Brabanter, die Belgier überhaupt, zu einer offenen Empörung bereit seien. Unzählige, sagt er, seien entschlossen, die Waffen zu ergreifen: doch fehle es ihnen an kriegskundigen Führern und an geschulten Truppen überhaupt. Er schlug vor, die Holländer möchten einen Theil ihrer Garnisonen entlassen, damit diese dann in die Dienste von Brabant treten könnten. Wenn dann Frankreich verhindert werde einzugreifen und der König von Preußen den Kaiser abhalte, seine Streitkräfte in den Niederlanden zu vermehren, so dürfe die Insurrection hoffen, Meister im Lande zu werden und die ständischen Gerechtsame zu behaupten. Gewiß aber, fügte er hinzu, sei es von der größten Bedeutung für die europäische Welt, daß der Kaiser sich nicht zum absoluten Herrn der Niederlande mache; denn er würde dann da-

selbst eine furchtbare Armee aufstellen können: sollte es dagegen den belgischen Provinzen gelingen, sich von Oesterreich loszureißen, so würden sie eine der holländischen analoge Verfassung annehmen und sich vielleicht mit Holland zu einem Ganzen vereinigen. Der Pensionarius versäumte nicht, dem beredten Advokaten die Unmöglichkeit darzulegen, bei dieser Lage der Dinge mit ihm überhaupt in Verhandlung zu treten. Die Vollmachten, die er vorwies, waren nur von einzelnen Personen unterzeichnet, unter denen man die Namen des vornehmsten Adels vermißte. Was man aus denselben abnahm, war nur das Einverständniß einiger großen Aebte, der Geistlichen überhaupt und vieler Bürgerschaften. Wie wenig organisirt erschien das alles! Aber die Eröffnungen van der Noots boten noch eine andere Seite dar, die auf den Pensionarius großen Eindruck machen mußte. Die Sache knüpfte an die letzten holländischen Ereignisse an. Seit dem, was in Bezug auf die Barriere und die Eröffnung der Schelde vorgegangen, sah die Republik einen Gegner in dem Kaiser. An den Irrungen des Jahres 1787 hatte derselbe keinen Antheil gehabt; aber die vor den preußischen Waffen geflüchteten Patrioten mit Vergnügen in seinen Niederlanden aufgenommen. Noch immer waren sie zahlreich daselbst beisammen: wir finden den verjagten Pensionar von Amsterdam in der Umgebung des kaiserlichen Generals d'Alton. Für die Republik Holland lag nun eine Gefahr darin, wenn der Protektor der Gegner der oranischen Herrschaft an ihren Grenzen in den westlichen Provinzen die Oberhand bekam. Die belgischen Patrioten waren grundverschieden von den holländischen. Die ersten verfochten die alten ständischen Rechte; sie gehörten, wenn wir so sagen dürfen, der conservativen Richtung an: die anderen waren durch und durch liberal. Man versteht es, wenn die kaiserliche Regierung, welche die Ersten bekämpfte, die Zweiten in Schutz nahm. Ohne auf die Vorschläge van der Noots im Einzelnen einzugehen, faßte der Pensionarius doch die Meinung[1]), daß man schlechterdings verhindern müsse, daß Belgien durch fremde Truppen, österreichische oder französische, unter den Fuß gebracht werde. Er war dafür, die belgische Bewegung zu ermuntern, unter der Voraussetzung, daß sie sich von den verbündeten Mächten würde leiten lassen: der österreichischen Dynastie

1) Mémoire concernant les Pays-Bas autrichiens. van de Spiegel: Résumé des Negociations etc. p. 57. Die Sammlung ist von Wichtigkeit.

brauche das Land darum nicht entrissen zu werden; wenn es nur nicht von der Regierung zu Wien abhängig bleibe.

Indem man diese Erwägungen austauschte, brach in den belgischen Provinzen selbst der Zwiespalt auf das heftigste aus.

Den vornehmsten Anlaß gab die in Folge der Erneuerung des Ungehorsams ausgesprochene Zurücknahme der bei dem Versöhnungsacte ertheilten Amnestie und der Versuch, die an den frühern Unruhen Betheiligten zur Strafe zu ziehen. Darüber kam es zu Widersetzlichkeiten und um so stärkeren Repressionen. Man erlebte, daß angesehene Männer, welche früher compromittirt sich entfernt hatten und nun in gutem Vertrauen zurückkehrten, verhaftet wurden. Auch die Großen des Landes wurden dabei nicht geschont; eine der vornehmsten Damen, die Herzogin von Ursel, erfuhr eine Behandlung, über welche sie sich mit Recht beklagte; der Herzog von Lannoy eilte dann nach Lille zurück, wohin er sich gerettet hatte. Geschah das aber an Denen, was mußten Andere erwarten? Der Advokat Vonck in Brüssel, ein Mann von eigenthümlichen Ideen und Conceptionen, hatte den Versuch gemacht, eine Association zum Widerstande gegen die Regierung über das ganze Land hin zu organisiren. Die Entdeckung dieses Vorhabens führte zu neuen Verhaftungen und noch zahlreicheren Auswanderungen. Alle Tage überschritten Haufen von 80 bis 100 die Grenze. Es scheint wohl, als habe dabei die Erinnerung aus der alten Geschichte vorgeschwebt; nach dem Muster des römischen Plebs dachte man sich durch eine Art von Secession des Volkes der gewaltsamen und unerträglich werdenden Regierung zu entledigen.

Ein auffallender, aus den Gewohnheiten freundschaftlicher Beziehungen heraustretender Act der Republik war es nun, daß sie Ansammlungen an der Grenze, namentlich in Breda, gestattete. Die Ausgewanderten wurden nicht gehindert, eine selbständige Haltung anzunehmen (fast nach der vonckistischen Idee), sie bekamen nicht allein Waffen, besonders von Lüttich; ein früherer Offizier von vielem Ruf, van der Mersch, stellte sich ein, um die militärische Organisation zu leiten.

Auf die österreichische Regierung machte das wenig Eindruck. Nachdem sie sich dann und wann auch in geistlichen Angelegenheiten zur Nachgiebigkeit geneigt hatte, kehrte sie wieder zu ihrem strengen System zurück. Im Laufe des Oktobers wurden zwölf große Abteien auf einmal dazu bestimmt, von der geistlichen Verwaltung in die weltliche überzugehen.

Der Kaiser, der bei seinen Ideen unerschütterlich beharrte, und sich noch immer schmeichelte, mit seinen neuen Einrichtungen in allen seinen Ländern durchzudringen, hielt an dem Gedanken fest, den Widerstand der Niederlande mit den Waffen zu bezwingen. Wie schwer fiel da ins Gewicht, daß der Friede im Orient nicht zu Stande gekommen war und alle disponiblen Streitkräfte in dem Türkenkrieg beschäftigt waren. Joseph beklagt einmal, daß er in ungeheurer Ausdehnung, von Chozim bis Adrianopel, mit den Türken im Kampf begriffen, nicht ein paar Cavallerieregimenter mehr nach den Niederlanden schicken könne. Er zweifelte jedoch nicht daran, daß seine dortige Streitmacht das Uebergewicht, das sie hatte, behaupten werde. Die Armee war etwa 18000 Mann stark, von gutem militärischen Rufe und über das ganze Land vertheilt; d'Alton hatte fliegende Commandos eingerichtet, um den Widerstand, wo er sich auch immer zeige, auf der Stelle zu brechen; er glaubte, nicht allein die Bewegungen innerhalb des Landes niederzuhalten, die Einfälle der Ausgetretenen abzuwehren, sondern vielleicht selbst in dem holländischen Gebiete vorzudringen; die holländischen Patrioten machten ihm Hoffnung, daß einige Grenzplätze zu ihm übergehen würden.

Der Kaiser warnte den General vor diesen trügerischen Entwürfen. Den Regungen der holländischen Patrioten in Belgien schrieb er bereits die Gegenanstalten des Erbstatthalters zu: würde er sie unterstützen, so würde sich die Tripelallianz unfehlbar der belgischen Emigrirten annehmen und mit ihnen gemeinschaftliche Sache machen. Er hörte davon, daß diese bereits mit den drei Verbündeten anzuknüpfen gesucht hatten: doch war das noch so sehr im Weiten, daß er nicht viel davon fürchtete. Eine ernstlichere Besorgniß hätte ihm die Verwickelung erwecken können, die soeben in der lüttticher Landschaft eintrat, und die, wiewohl eigenthümlicher Natur, doch mit den niederländischen Unruhen in einem nahen innern sowohl wie äußern Zusammenhang stand. Den Anlaß zum Hader gab eine Irrung sehr untergeordneter Art, eine von dem Fürstbischof einseitig ertheilte Spielordnung in dem Curort Spaa, in deren einseitigem Erlaß die Stände eine Contravention gegen das Grundgesetz des Hochstiftes erblickten, das seit dem vierzehnten Jahrhundert in Geltung war. Der widerlichen Concurrenz, die sich darüber erhob, gesellte sich manche wichtigere Streitigkeit hinzu. Unter anderm machte man dem Bischof einen mit der Krone Frankreichs abgeschlossenen Vertrag, durch welchen die Truppenwerbung dieser

Krone allzusehr erleichtert und damit die Neutralität des Landes gefährdet werde, zum Vorwurf. Der Bischof, der auch seinerseits Beschwerden über Eingriffe der Stände in seine Gerechtsame erhob, schien doch bereits nachzugeben, als er sich plötzlich aus dem Lande entfernte (August 1789). Er wollte offenbar seine Sache nicht selber führen, sondern sie dem Reiche überlassen. In diesen Tagen erschien ein Urtheil des Kammergerichts, welches in allen wichtigen Streitpunkten zu Gunsten des Bischofs entschied. An sich war das im Sinne des Kaisers, der sich als Herzog von Brabant in einem sehr ähnlichen Verhältniß zu den dortigen Ständen befand, wie der Bischof zu der lüttticher Ritterschaft. Einen andern Charakter aber gewann die Sache dadurch, daß das Direktorium des rheinisch-westfälischen Kreises mit der Exekution des kammergerichtlichen Urtheils beauftragt wurde. Es waren Cleve, also Preußen, Jülich, d. h. Kurpfalz und Münster, also der Kurfürst von Köln. Zwischen denen zeigte sich aber bald eine nicht auszugleichende Meinungsverschiedenheit. Die beiden letzten waren auf Seiten des Bischofs: der König, durch die Berichte, die ihm sein Direktorialgesandter, Christian Wilhelm von Dohm, erstattete, veranlaßt, suchte vielmehr eine den Ständen günstige Vergleichung herzustellen: denn sonst, so argumentirte man, werde die niederländische Parteiung sich auch nach Lüttich verpflanzen. Wie überall, so traten auch hier Preußen und Oesterreich einander entgegen. Oesterreich wünschte in Lüttich einen Rückhalt bei seinem Kampf gegen die niederländischen Stände zu gewinnen: um dies zu verhindern, ließ der König von Preußen seine Truppen in das bischöfliche Gebiet einrücken. Zunächst im Gegensatz mit der Regierung in Brüssel, von der man glaubte, sie würde dem Bischof zu Hülfe kommen[1]. Auch davon jedoch wurde der Kaiser nicht beunruhigt: denn das Einrücken preußischer Mannschaften erfolge ja im Namen des Reiches: er ergriff die Auskunft, die seinen zurückzuziehen und seine Werbeplätze in dem Hochstift aufzulösen, um allem und jedem Conflict aus dem Wege zu gehen.

1) non pas tant pour y exécuter en plein la sentence de la chambre de Wetzlar que plutôt pour sauver ce pays par une médiation armée et pour empêcher que l'évêque et le gouvernement de Bruxelles ne puissent pas le subjuguer, sous le nom de direction du cercle de Westphalie abandonné à mes condirecteurs. — Schreiben vom 22. October 1789. Der Kaiser sagt 23. October: Plus on témoignera de l'insolence et de l'assurance sur l'événement de Liége, plus on évitera l'éclat, que peut-être on médite im Recueil de lettres originales S. 72.

Nur auf die österreichisch-niederländischen Provinzen selbst blieb sein Blick gerichtet; der täglich wachsenden Unruhe zum Trotz hielt er sich noch für stark genug, die soeben vollkommen in Besitz genommene Autorität zu behaupten: denn ohne Führer, ohne auswärtige Unterstützung und ohne Mittel, um die kaiserlichen Truppen zu verführen, würden die Mißvergnügten sich nur in erfolglosen Agitationen bewegen. Man müsse, schreibt er seinem Minister, keine Unruhen provociren, aber auch keine Besorgniß davor verrathen; den Forderungen der Stände dürfe nicht im mindesten nachgegeben würden; — denn sie würden dann für ihre Ansprüche keine Schranken kennen; allein mit ruhiger Festigkeit werde man zum Ziele kommen. Er hatte zuweilen von constitutionellen Einrichtungen gesprochen, die er selber zu treffen gedenke, und hierauf fußend, schickte sein Minister den Entwurf einer Constitution nach Wien, die ihm anonym eingegangen war. Der Kaiser verwarf denselben mit dem ganzen Souveränetätsgefühl, das ihn belebte: denn er enthalte eine Mischung französischer und englischer Ideen, die allen Anderen vortheilhaft sein könne, nur nicht dem Souverän; man vermeine, einen Herzog von Brabant, und zwar einen, der so zaghaft sei, wie der König von Frankreich, vor sich zu haben, aber er sei in einer ganz anderen Lage; Nichts werde ihn vermögen, von einem so kleinen Theil seiner Staaten Vorschriften anzunehmen [1]).

Er war und blieb überzeugt, daß er diese in Pflicht halten werde. Denn die großen Herren würden alle Theilnahme vermeiden, um nicht etwa dafür mit der Confiscation ihrer Güter bestraft zu werden. Die anderen Ausgewanderten, die man an den Grenzen eine militärische Haltung annehmen sehe, würden gegen seine bewaffnete Macht unter einem entschlossenen General Nichts ausrichten. Die Eroberung von Belgrad, die er diesem mit Freuden meldete, ließ er in Brüssel mit einem Tedeum feiern. Er fordert d'Alton auf, festzuhalten und bei der ersten Gelegenheit einen starken Schlag zu führen, um größeres Uebel zu vermeiden.

So schrieb er am 23. October. In der Nacht vom 23. zum 24. October überschritten die belgischen Emigranten die Grenze: Die Gelegenheit, die der Kaiser erwartete, war schon da.

Die Emigranten waren etwa 2000 Mann stark und in einem Zustande, der sie ungefährlich erscheinen ließ. Der österreichische

1) Schreiben an Trauttmannsdorf vom 20. September im Recueil p. 39.

Minister erklärte ihr Unternehmen für eine Donquixoterie. Aber welch eine schwierige Aufgabe für ihn bildete es schon an sich, ein gährungsvolles Land, das sich eben nur in den altgewohnten Zuständen behaupten wollte, mit einer Militärmacht, die als eine fremde erschien und den allgemeinen Haß auf sich geladen hatte, unterwürfig zu halten. Die kaiserliche Regierung hatte sich von den Provinzen, deren Verfassung sie aufhob, zugleich abgesondert; die alten Bande der Autorität hielten nicht mehr zusammen. Dazu kamen aber die Stimmungen der Zeit und sogar des Momentes, welche durch neue Ereignisse in Frankreich beherrscht wurden. Am 5. Oktober hatten die Nationalgarden und das Volk von Paris den König Ludwig XVI. trotz der aus regelmäßigen Truppen bestehenden Garde, die ihn umgab, aus Versailles nach Paris weggeführt. Die königlichen Truppen erschienen als die besiegten. Wer kann den Eindruck ermessen, den diese neue und entscheidende Niederlage der Autorität, die als die begründetste von Europa erschienen war, hervorbringen mußte. Es hatte eine innere Verwandtschaft damit, wenn nun auch in Belgien der Gedanke Platz griff, sich der kaiserlichen Truppen, in denen man nur noch Werkzeuge der Unterdrückung sah, und der Regierung, die sich von dem Lande isolirt hatte, zu entledigen. Der Emigrantenschaar gelang es, fast wider ihr eigenes Erwarten, sich in Turnhout festzusetzen. General d'Alton zögerte nicht, sie daselbst mit überlegener Macht angreifen zu lassen. Es kam zu einem Kampf in den Straßen, der dadurch einen neuen Charakter gewann, daß die Bürger sich den eingedrungenen Emigranten beigesellten. Hierdurch ermuthigt und unterstützt, vermochten diese die großen Plätze und den Kirchhof der Stadt siegreich zu behaupten; die kaiserlichen Truppen, unter dem Oberst Schröder, waren genöthigt, sich zurückzuziehen. Dieser Straßenkampf, am 27. Oktober 1789, in welchem eine an sich unbedeutende Schaar von Ausgewanderten, unterstützt von einer aufgeregten Bürgerschaft, über die Armee des angestammten Fürsten den Platz behielt, militärisch nicht von Belang, ist das doch durch seine politische Wirkung. Die holländischen Patrioten waren vor dem Eindringen der Preußen auseinandergestoben, die belgischen behaupteten sich den kaiserlichen Waffen gegenüber.

Jetzt bekam das Comité, das sich in Breda gebildet, aber diesen Erfolg nicht erwartete, Leben und Zuversicht in seiner Sache, die ja in der That als die allgemeine des Landes betrachtet werden konnte.

Der Kaiser war außer sich, als er es vernahm. Er tadelte,

daß man die vermeinten Patrioten an einer Stelle, wo sie sich verschanzt hatten, angegriffen habe, die Unternehmung sei schlecht geleitet und schlecht ausgeführt worden. Aber er sprach die Hoffnung aus, und ließ es an Anweisungen dafür nicht fehlen, daß man sie zerstreuen, zur Flucht nöthigen und noch vor Winter die Ruhe herstellen werde.

Auch konnte sich van der Mersch den verstärkten kaiserlichen Truppen gegenüber, weder in Turnhout noch überhaupt diesseit der Grenzen behaupten; aber in Dem gelang es den Patrioten, in Flandern vorzudringen, und trotz des Widerstandes der Oesterreicher, Eingang in Gent zu finden. Sehr im Widerspruch mit den Mahnungen des Kaisers hatten die Truppen Gewaltsamkeiten begangen, und die Stadt, die sie vertheidigen sollten, mit Brand und Plünderung bedroht. Doppelt wirksam war dann der Eindruck der letzten Ereignisse, der die Gemüther erfüllte. Eine Insurrection brach darüber aus, in dem Straßenkampf behielten auch hier die Einwohner die Oberhand; die Citadelle, welche einst Kaiser Carl V. nach dem letzten großen Aufruhr der Stadt daselbst aufgerichtet hatte, mußte jetzt den Bürgern überlassen werden. In der Nacht vom 16. zum 17. November räumten die kaiserlichen Truppen die Stadt.

Aus diesem Ereigniß entsprang nun aber ein allgemeiner Umschlag. Ganz Flandern folgte dem Beispiel der Hauptstadt; eine nicht wohl überlegte Dislocation der Truppen bewirkte den Uebertritt des Hennegau; in Brüssel wurde zweifelhaft, ob sich Brabant der jeden Augenblick wachsenden Bewegung gegenüber würde behaupten lassen. Das Schicksal der josephinischen Neuerung in den Niederlanden war sogleich entschieden. Um die Fortsetzung der Regierung möglich zu machen, entschloß sich Trauttmannsdorf zu einigen rasch aufeinanderfolgenden Proclamationen, in denen er ähnliche Erklärungen gab, wie einst Graf Murray (20.—26. November): vor allem die Verhaftungen sollten wieder den gesetzlichen Formen unterworfen und allen denen Amnestie bewilligt sein, welche nach Haus zurückkehren würden: das Generalseminar wurde definitiv abgeschafft und die Wiederherstellung der Privilegien der Joyeuse Entree in Aussicht gestellt. Wenn die ersten Erklärungen noch Beschränkungen enthielten, so wurden auch diese durch die folgenden größtentheils aufgehoben. Darin lag bereits so gut wie eine Wiederherstellung der ständischen Privilegien, sie erschien jetzt als das einzige Mittel, die Herrschaft des Hauses Oesterreich in den

Niederlanden zu behaupten. Die Empörung hatte vornehmlich durch die Aufhebung der Privilegien Grund und Boden gewonnen: durfte man nicht hoffen, daß sie mit einer Zurücknahme derselben beendigt werden würde?

Und eine sehr auffallende Wirkung hatte dies Verfahren allerdings auf der Stelle.

Der General der Insurgenten, van der Mersch, früher in Kriegsdiensten von Frankreich in den Zeiten der engsten Allianz dieser Macht mit Oesterreich, dann eine Reihe von Jahren in kaiserlichem Dienst, war nicht ohne Sympathien für die Dynastie; und hatte sich, sehr besorgt für seine Zukunft, der Rebellion erst beigesellt, als ihm von Seiten der großen Abteien eine volle Entschädigung für den Verlust seiner Besitzungen, dem er sich dabei aussetzte, in bester Form zugesichert war. Er wünschte nichts mehr als eine friedliche Ausgleichung. Und da ihm nun ein Schreiben d'Altons in die Hände fiel, in welchem sich derselbe gegen Trauttmannsdorf wegen seiner Gewaltsamkeiten entschuldigte, so faßte er die Meinung, daß es der kaiserlichen Regierung Ernst damit sei, einen andern Weg als den bisherigen einzuschlagen, und die Concessionen zu machen, welche das Land forderte.

Er nahm die Herstellung der Joyeuse Entree als vollzogene Thatsache an und ging auf den Gedanken einer Erneuerung des alten Vertrauens zwischen Fürst und Volk, der den letzten Edikten zu Grunde lag, ein [1]). So ließ er sich Anfang December zu einem Waffenstillstand herbei, der zunächst nur auf zehn Tage geschlossen, jedoch auf zwei Monate ausgedehnt werden solle, in welcher Zeit Unterhandlungen zum allgemeinen friedlichen Austrag gepflogen werden würden. Und guten Grund hatte die Erwartung, daß man hierauf von Seiten des kaiserlichen Hofes eingehen werde. In diesem Augenblick hatte der Kaiser, von dem Zwiespalt unterrichtet, der zwischen seinem Minister, seinem General und der Statthalterschaft obwaltete, den Staatsvicekanzler, Grafen Philipp Cobenzl, als seinen bevollmächtigten Commissar, dem alle andern Gewalten

1) S. Majesté voulant y rétablir l'ordre et la confiance, qui a toujours subsisté entre le souverain et son peuple, a trouvé bon de rétablir tous les priviléges et notamment la joyeuse entrée et plusieurs autres objets plus amplement détaillés dans ses derniers édits . . . Worte des Stillstandes bei Orsmael vom 2. December 1789 bei Gérard a. a. O. II. 417 n.

untergeordnet sein sollten, nach den Niederlanden geschickt, um die Ruhe wieder herzustellen.

Unter dem Eindruck der Nachrichten von den in dem Lande eingetretenen Ereignissen, forderte Cobenzl, noch ehe er dasselbe betrat, den Kaiser auf das dringendste zur Nachgiebigkeit auf. „Was können“, sagte er, „Ew. Majestät thun? Das Beste könnte scheinen, die Ereignisse noch abzuwarten. Wenn sie glücklich sind, und die Rebellen zerstreut werden, so werden sie auch den Muth verlieren. Wie aber dann, wenn sie die Oberhand behalten? wenn sie sich unabhängig erklären?“ Schon war das Manifest erschienen, in welchem die Insurgenten dies mit Bestimmtheit ankündigten. „Wollen Ew. Majestät dann eine Armee herbeischicken, um das Land zu erobern? Dazu würden ein paar Monate erforderlich sein. Kann man aber indeß die ungarischen oder auch die deutschen Staaten von Truppen entblößen? Würde das nicht einen allgemeinen Krieg veranlassen? Ich halte eine gütliche Abkunft zwar noch immer für ein Uebel; aber doch für ein geringeres, als die anderen. Man wird sagen, Ew. Majestät gerathe dabei in Gefahr, daß ihre Vorschläge zurückgewiesen werden. Aber es kommt darauf an, den europäischen Mächten auch den Schatten eines Rechtes, die Rebellen zu unterstützen, zu entziehen. Man darf hoffen, daß alsdann der Geist der Rebellion nach und nach austobt: die Besorgniß vor einem bürgerlichen Kriege und seinen Greueln wird die Oberhand gewinnen.“

Derselben Ansicht war Fürst Kaunitz: er ging sogar noch weiter. Er warnte vor jeder ferneren Unterhandlung und entwarf eine Erklärung, welche dem Streit durch Herstellung der alten Verfassung auf immer ein Ende machen und das Vertrauen zwischen Fürst und Volk erneuern sollte. Er meinte, selbst wenn die kaiserlichen Truppen die Oberhand behielten, müsse sie in dieser Weise erlassen werden: denn was man durch Gewalt erreiche, lasse sich nur durch Gewalt behaupten, was hier unmöglich sei. Allein schon war es zu spät, an eine Ausgleichung zu denken. Wenn es unversöhnliche Gegensätze in den Principien giebt, die durch keine Discussion zu beseitigen sind, wie denn eben die niederländischen dieser Art waren: so wachsen im Fortgang der Ereignisse die Differenzen auch in persönlicher Beziehung fort und fort. Das Bewußtsein, ein Vergehen begangen zu haben; die Besorgniß, zu Grunde gerichtet, vielleicht zur Strafe gezogen zu werden; der natürliche Stolz selbst, der in dem Fortschreiten auf der einmal ein=

geschlagenen Bahn seine Befriedigung findet, verhindert jede Annäherung.

Als van der Mersch mit seinen Stillstandsentwürfen bei dem leitenden Comité in Breda eintraf, fand er eine schlechte Aufnahme. Man verwarf seine Auslegung des intercipirten Schreibens als eine viel zu günstige, oder vielmehr falsche, und ertheilte ihm einen Verweis für sein Verfahren. Man sagte ihm, er hätte das Schreiben der Estaffette, der es abgenommen wurde, zurückgeben sollen: dann würde der Hader zwischen den österreichischen Behörden noch mehr gestiegen sein; der Stillstand, den er geschlossen, laufe vollends den bestimmtesten Instructionen entgegen. Denn das Land könne nun einmal kein Zutrauen weder zum Kaiser noch zu dessen Regierung fassen, man würde sich dabei der schwersten Rache derselben aussetzen; die alte Verfassung würde doch nicht hergestellt werden.

Das Comité hatte sich bereits durch die Erklärungen, die es im Anfang erlassen, und die Verbindlichkeiten, die es soeben eingegangen war, die Hände gebunden.

Man kennt jenes Manifest der Brabançons, das gleich bei dem ersten Eindringen der Insurgenten in das Land verbreitet worden war. Es enthält eine seltsame Verbindung verschiedenartiger Bestandtheile. Nach einem Eingang, der aus einem Buche des durch seine extremen revolutionären Ansichten wohlbekannten Holbach entnommen ist, bringt es einen Auszug aus den Beschwerdeschriften, welche in Brabant, besonders auch von geistlicher Seite, zum Vorschein gekommen waren. Aus dem einen und dem anderen wird der Schluß gezogen, daß der Kaiser seiner Herrschaft über Brabant und aller seiner Rechte verfallen sei. Seine Wappen sollen abgenommen, keine Münzen mehr in seinem Namen geschlagen werden und alle Beamten und Vasallen von jeder Verpflichtung gegen ihn freigesprochen sein. Man geht dabei auch auf historische Präcedentien zurück, namentlich auf eine Akte von 922, in welcher die lothringischen Stände sich einst von Karl dem Einfältigen losgesagt haben sollen [1]. Auch das Beispiel von Holland von 1581 wird nicht vergessen. Aber die Hauptsache ist doch die im Eingang gebrachte Holbach'sche Ausführung, daß die Nation selbst die höchsten Gewalten gegründet habe, die Gesetze nur ihren Willen repräsentiren, und daß sie im Falle eines Mißbrauchs der dem Fürsten an=

1) So legte man sich wohl die Worte Flodoards bei dem Jahre 925 aus: „Henrico cuncti se Lotharienses committunt."

vertrauten Gewalt zu ihrer ursprünglichen Unabhängigkeit zurückkehrt.

Die Festsetzungen der Joyeusee Entree und die Philosophie des achtzehnten Jahrhunderts führen vereinigt zu der Conclusion, daß man vollkommen in seinem Rechte sei, wenn man sich von dem Kaiser lossage.

Mehr Einfluß in dem Comité als van der Noot hatte van Eupen. Er war früher Professor an einem bischöflichen Seminar, damals Pönitentiarius an der Kathedrale von Antwerpen, ein Mann von popularer Beredtsamkeit und voll hierarchischen Eifers. Eupen und andere anwesende Mitglieder des belgischen Klerus erklärten die Herstellung eines gegenseitigen Vertrauens für unmöglich; sie seien zu oft von der Regierung getäuscht worden, um sich noch einmal auf sie zu verlassen [1]). Nicht etwa von Preußen oder den verbündeten Seemächten, sondern von der belgischen Hierarchie ist die Idee gefaßt worden, die österreichischen Niederlande zu einer unabhängigen Republik umzubilden. Was auch in der Discussion dann und wann dagegen geäußert worden sein mag: davon konnte man nicht einmal mehr zurücktreten.

Da das Manifest den Volkserhebungen vorangegangen war, und denselben zu Grunde lag, kam ihm eine objective und bindende Geltung zu. Der Gedanke der Independenz war in Flandern ergriffen und von flandrischen Deputirten zum Entwurfe einer neuen Regierung durch Congreß ausgearbeitet worden Auf diesen Grund hatte man am letzten Tage des November eine Union geschlossen, die als das Fundament der belgischen Staatsverbindung überhaupt angesehen werden muß.

Wie hätte nun damals das Comité auf einen Stillstand eingehen können, welcher auf der Absicht einer Aussöhnung beruhte?

Es ist zwischen den Mitgliedern desselben und van der Mersch zu einem lebhaften Wortwechsel gekommen; zuletzt aber hat dieser

1) Lettre du baron van der Borch au Grand-Pensionnaire d. d. Breda, 17. Nov. 1789. . . van der Mersch penche pour un accomodement mais les ecclésiastiques refusent absolument de s'entendre avec l'empereur, prétendant, qu'ils ont été trompés trop souvent pour se fier à des promesses et qu'ils désirent que les Pays-Bas soient désormais une république indépendante. Gedruckt bei van Spiegel a. a. O. S. 101.

sich gefügt. Er kehrte zur Armee zurück, jedoch nicht ohne eine Begleitung, die seine Unterwürfigkeit unter den ihm aufgelegten Willen zu behaupten bestimmt war.

Man darf wohl nicht sagen, daß eine Annahme der kaiserlichen Vorschläge nicht doch noch möglich gewesen wäre; die war es jedoch nur in dem Fall, den Kaunitz andeutete, wenn die österreichischen Waffen die Oberhand behielten. Aber, wie die Sachen nunmehr standen, ließ sich daran nicht denken. Keine Concession in der Welt konnte das Maß dessen erreichen, was das leitende Comité in Aussicht genommen hatte.

Es scheint nicht, als habe die österreichische Regierung eine deutliche Vorstellung hievon gehabt. Indem sie die Neigung zu Concessionen blicken ließ, trug sie selbst dazu bei, den militärischen Eifer der Truppen, auf den sie jetzt ausschließlich angewiesen war, zu lähmen.

Von Brüssel, das man bis auf das äußerste zu vertheidigen beabsichtigte, war das erzherzogliche Paar, um darin nicht zu stören, bereits entfernt worden. General d'Alton nahm daselbst eine starke defensive Stellung ein. Aber seine Truppen, die zu nicht geringem Theil aus Eingeborenen bestanden, wurden von den Ideen, die im Lande herrschten, alle Tage mehr ergriffen, und ihr Gehorsam zweifelhaft. Dagegen gewann die nationale Bewegung in der Hauptstadt, wo sie eigentlich entsprungen war, jeden Augenblick an Kraft und Energie. Soldaten der ständischen Armee waren in Folge des Waffenstillstandes in Brüssel zugelassen worden. Den entscheidenden Impuls gab jedoch auch jetzt die Geistlichkeit. Als am 10. December 1789 die Population zum Gottesdienst in St. Gudula beisammen war, erschien, indem eine hohe Messe gelesen wurde, auf dem Singchor eine ungeheuere brabantische Cocarde und wurde mit Jubel begrüßt. Den heiligsten Moment, den der Elevation des Sacramentes, beging man damit, kleine Cocarden an die Anwesenden auszutheilen. Die Kirche sanctionirte recht eigentlich die Tendenzen der brabantischen Selbständigkeit. Und wer wäre in der Stadt nicht von ihnen fortgerissen worden? Die Truppen, unter denen bereits der Abfall begann, setzten den angreifenden Bürgern keinen rechten Widerstand entgegen; diese behielten in den nächsten Tagen auf den Straßen und Plätzen die Oberhand. Die kaiserliche Armee, bei der es bereits dahin gekommen war, daß die Gemeinen versucht waren, sich an ihren Offizieren zu vergreifen, räumte hierauf die Stadt. Endlich wich auch der Minister. Alle Versuche, seinen

Vorschlägen Gehör zu verschaffen, waren vergebens gewesen. Noch einmal hat bald nachher ein österreichischer General, der an d'Altons Stelle treten sollte, obwohl unter großen Gefahren, den Weg nach Brüssel genommen, voll davon, um jeden Preis die Souveränetät des Kaisers zu retten. Er sprach nur mit Männern von verwandter Gesinnung; aber welche Forderungen machte man selbst in diesem Kreise. Die Summe war, die Ausdehnung der alten Privilegien auf alle Provinzen; Vereinigung derselben in Generalstaaten; Regierung des Landes nach deren Dafürhalten: die Truppen sollten fortan nicht allein dem Kaiser, sondern auch den Staaten den Eid leisten. So unannehmbar dies in jedem andern Augenblicke geschienen hätte, so hielt es Kaunitz doch damals für geboten, darüber zu unterhandeln. Man ging die Provinzialstände an, die sich, ohne von der Regierung berufen zu sein, also im Widerspruch mit deren unbestrittenen Rechten, soeben allenthalben versammelt hatten. Man gewann es selbst über sich, den Erzbischof-Cardinal, welcher als der vornehmste Urheber der Bewegung angesehen werden konnte, um seine freundliche Vermittlung zu bitten.

Denn Alles schien besser als die Unabhängigkeitserklärung zu erwarten, welche die Provinzen in die Hände der Seemächte und Preußens liefern würde.

Aber schon hatten eben diese Tendenzen die Oberhand gewonnen. Berühren wir mit einem Worte, wohin diese in der großen Krisis des Momentes gingen, sowohl in Bezug auf die innere Verfassung, als die Stellung nach Außen.

„Nun, da wir Brüssel haben", sagte van Eupen im Haag, „so wollen wir einen Congreß aus den Deputirten der Provinzen berufen, in welchem die Souveränetät der Nation repräsentirt sein soll"[1]). Es ist nicht ganz deutlich, wie er sich das Verhältniß dieser souveränen Gewalt und der Provinzialstände dachte; doch sieht man

1) Maintenant que nous tenons Bruxelles, nous comptons à faire nos comités particuliers et former dans la capitale un congrès auquel toutes les provinces enverront des députés. Il doit y avoir à Bruxelles une assemblée permanente des États-Généraux composés de représentants de la nation. Dans ce collége résidera la souveraineté à peu près dans l'extension que lui préliminairement a assuré l'acte d'union entre la Flandre et le Brabant. Ensuite les provinces auront chacune ses Etats particuliers qui s'occuperont de l'administration intérieure et dont le pouvoir sera balancé par un conseil dépendant de l'assemblée souveraine. Mais si la chose est possible, nous ne voulons ni chef ni gouverneur.

wohl, daß jene beschränkt und diese noch immer sehr mächtig sein sollten. Alles sollte auf jener Union zwischen Flandern und Brabant beruhen; Nordamerika schwebte als Muster vor.

Zugleich aber trat nun die große Erwägung ein, in welches politische Verhältniß diese neue Republik treten würde.

Im Anfang des December hatte der König von Preußen gemeint, Joseph II. werde sich, wenn er sehe, daß er das Land ohne dies nicht behaupten könne, an die verbündeten Mächte wenden und deren Vermittlung nachsuchen. Nachdem aber Brüssel gefallen, ließ sich von einer Vermittlung nichts mehr erwarten. An Preußen trat jetzt die Frage heran, ob es die Unabhängigkeit der Niederlande anerkennen wolle.

Die Männer, welche für die Politik, die in den deutschen Angelegenheiten eingeschlagen worden, Partei genommen hatten, waren eifrig dafür.

Gewiß, sagten sie, man werde den König deshalb tadeln, es ihm zum Vorwurf machen, daß er dem Kaiser seine Unterthanen entziehe; aber man müsse vermeiden, sie nicht auch dem Reiche zu entfremden und vielmehr den unabhängigen neuen Staat auf das engste mit dem Reiche verbinden. Mit gutem Fug könne man den Oesterreichern sagen, daß ihre Politik von jeher zur Entfremdung großer Provinzen von dem deutschen Reiche beigetragen habe; in ihren ewigen Kriegen gegen Frankreich sei der Elsaß, sowie ein Theil des burgundischen Kreises verloren gegangen: durch sie sei die Losreißung ehemals der Schweiz, später auch Hollands herbeigeführt worden. Jetzt könne leicht ein theologischer Streit für die belgischen Provinzen zum Anlaß werden, entweder den Franzosen oder den Seemächten sich zu unterwerfen. Dem entgegenzuarbeiten, habe man das vollkommene Recht; seien doch die Belgier selbst geneigt dazu, sich dem deutschen Reich anzuschließen: ihr Gedanke gehe dahin, fortan einen den andern gleichartigen Theil des Reiches zu bilden. In der damaligen Lage der Welt hätte ihnen nichts nützlicher sein können als ihre Aufnahme in diese schützende Genossenschaft. Begreiflicher Weise waren es die belgischen Magnaten, die sich der Revolution angeschlossen hatten, bei denen diese Idee Anklang fand. Aus ihrer Mitte ist das Erbieten hervorgegangen: es war der Herzog von Arenberg, der sich in diesem Sinne vernehmen ließ, die Lasten des Reiches mit zu tragen, wenn man den Provinzen Sitz und Stimme am Reichstage verwillige.

In voller Ausdehnung und Zuverlässigkeit lernen wir diese

Pläne nicht kennen: nur die Mittheilungen eines dritten, des ältern Stein, liegen uns darüber vor [1]).

Der aber ergriff den Vorschlag mit dem ihm eigenen lebensvollen Eifer und bildete ihn weiter aus. Seine Meinung war, daß die neue Republik zugleich zur Union und zum Reiche gezogen werden solle. In dem Reiche sollte sie für gewisse Fälle dem Kammergericht unterworfen sein, oder sich wie die großen Fürsten mit dem Privilegium de Non-Appellando versehen. Bisher sei ihre Stellung von Oesterreich abhängig gewesen; fortan würden die Stände dem Reiche in demselben Verhältniß, wie andere Souveräne,

1) Mémoire von Stein. Mayence 23. janvier 1790 (in dem weimarischen Archiv).

.... je fais des voeux pour que le plan, que les Brabançons ont conçus depuis longtems et dont le Duc d'Ahremberg a fait la confidence à quelqu'un qui est bien sincèrement attaché à la Prusse, puisse être bientôt réalisé. Pour cet effet il me paroît désirable qu'on leur fasse entendre:

qu'en soutenant et protegeant et en leur garantissant même leur liberté et leur indépendance on veut cependant

a) qu'ils restent non seulement liés à l'Empire, mais
b) qu'ils s'y attachent encore bien plus infiniment, en accédant à l'Union Germanique, la quelle accession
c) c. a. d. par la Prusse et le Hanovre sûrement (j'ignore si par la Saxe et les Princes du Nord de l'Allemagne unis) seroit acceptée tout de suite — par tous les états unis, dès qu'une paix glorieuse, immanquable dans les présentes circonstances, auroit terminé leurs querelles;
d) qu'ils continueront à contribuer pour les Cammergüter Römer-Monathe etc. comme ci-devant;
e) qu'ils se soumettront au Tribunal de Wetzlar c. a. d. les parties, qui voudroient y plaider leurs procès, ou dès qu'un sujet de l'Empire auroit un litige avec un sujet de la Republique Belgique,
f) qu'au refus ils seront au moins tenus de se pourvoir à la paix d'un Privilegium de non appellando comme les Electeurs et tous les Grands Princes de l'Empire ont fait antérieurement.
g) qu'on leur fasse entendre qu'on leur accordera une voix à la Diète de l'Empire comme Etats souverains sur le Banc des Princes, qu'ils n'ont jamais eu, mais leur souverain pour eux.
h) qu'ils ont été une partie integrante de l'Empire — mais sujets;
i) que de cette façon ils deviendront, Membres de l'Empire, partie essentielle du Corps Germanique et souverains.

angehören. Ihr Beitritt zur Union werde nach beiden Seiten hin höchst ersprießlich wirken. Man dürfe es nicht laut sagen; aber nur auf diesem Wege sei es möglich, den neuen Staat so gut dem englisch-holländischen, wie dem französischen Einfluß zu entziehen. Den größten Vortheil werde Preußen dadurch haben, es werde sich dankbare und nützliche Verbündete verschaffen; es werde seine Vertheidigungslinie erheblich erweitern und seine eigene Sicherheit verstärken.

Siebenundzwanzigstes Capitel.

Lebensende Josephs II.

Für Oesterreich führten die niederländischen Ereignisse nicht allein den Verlust einer großen Provinz herbei, sie enthielten eine Niederlage des ganzen Systems.

Es war die eigenste Idee Josephs II., die er dort realisiren wollte; das Zusammenwirken der bürgerlichen Gesellschaft für die öffentlichen Zwecke, die Vereinigung des Souveräns und der Individuen durch umfassende, nur auf das allgemeine Beste berechnete Institute. Als er den Widerstand, für dessen berechtigte Motive es ihm an allem Verständniß fehlte, mit Gewalt niederzukämpfen den Entschluß faßte, sprach er aus, daß das Wohl der Monarchie das erfordere.

Er war damals, als er das sagte, noch mit Durchführung desselben Gedankens in seinem ganzen vielgegliederten Reiche beschäftigt. Die Vorarbeiten zur Einführung eines neuen, auf physiokratischer Grundlage beruhenden Steuersystems waren allenthalben im Gange. Er meinte in seiner Weise die neuen Einrichtungen mit finanziellen Maßregeln zu combiniren, die, dem Lande vortheilhaft, ihm zugleich die unentbehrlichen Mittel zur Fortsetzung des Krieges oder doch der Instandhaltung der Armeen gewähren sollten. Die Domänen sollten in ein dem anderen Grundeigenthum analoges Verhältniß gebracht werden: Joseph II. wollte sie parcelliren und veräußern, oder doch zunächst in Erbpacht geben. Die Absicht war, der Landescultur zugleich einen neuen Aufschwung zu verschaffen und durch die nach und nach zu zahlenden Kaufgelder die zwanzig bis dreißig Millionen herbeizuschaffen, deren er zur Fortsetzung des Krieges bedurfte.

So wie er aber damit vorging, riefen die socialen Veränderungen und die pecuniären Lasten, die er in Aussicht stellte, ein allgemeines Mißvergnügen hervor.

In den innern österreichischen Provinzen beschwerten sich die Grundbesitzer über die Verletzung ihres Eigenthums, die in der Aufhebung der bäuerlichen Prästationen liege; der Werth der einzelnen Güter werde dadurch bedeutend geschmälert, der Credit der Landschaft höre auf. So berechnete man in Böhmen, daß ein Jeder in Folge der neuen Einrichtung an den Kaiser mehr als die Hälfte seines Einkommens abzugeben haben werde. Die schlechten Ernten der beiden letzten Jahre und fortdauernden Kriegsanstrengungen machten den Zustand doppelt drückend. Hier und da rotteten sich selbst die Bauern, auf deren Vortheil es der Kaiser abgesehen hatte, zusammen: sie mußten auseinandergetrieben werden; auch in Tirol kam es zu Unruhen.

Aber am stärksten war der Widerspruch in Ungarn, das durch eigenthümlich geartete nationale und constitutionelle Verhältnisse von den übrigen Ländern auch in ihrem bisherigen Zustand weit abwich. Mit Recht ist bemerkt worden, und zwar von dem Staatskanzler Fürsten Kaunitz selbst, in einem seiner das Innere umfassenden Gutachten, Alles beruhe darauf, daß der Adel in Ungarn wie in Polen sich der Umwandlung der Wehrverfassung, die in dem übrigen Europa stattfand, niemals unterworfen hatte. Die Vorrechte, die mit seiner Selbstbewaffnung, wie man hier sagte, seiner Insurrection zusammenhingen, hielt der ungarische Adel auch dann noch fest, als dieselbe dem europäischen Heerwesen nicht mehr entsprach und die alten Dienste nicht mehr geleistet wurden. Er glaubte genug zu thun, wenn er auf dem Reichstag eine Contribution bewilligte, die seine Bauern aufzubringen hatten. Gleich als wären, so erinnerte Kaunitz, nicht auch diese für den Schutz, den ihnen der Staat gewährt, ohnehin zu Leistungen an denselben verpflichtet, und noch vielmehr der Adel selbst. Aber an dem Besitz dieser Vorrechte nährte sich hier das Gefühl der Nationalität, welches sich nirgends in Europa lebendiger regte. Mit diesem selbst gerieth nun Joseph, indem er seine Idee von Staat und Souveränetät zur Geltung bringen wollte, in principiellen Conflict. Die Ungarn sahen in der Krone des heiligen Stephan, ähnlich wie die Neuperser in der Krone des Feridun, das Symbol aller Autorität und Staatsordnung, die sie in Dem verehrten, der sie trug. Joseph erschien das eine lächerliche und veraltete Vorstellung; er verschmähte, gekrönt zu werden und ließ die Krone, ohne ihrer Hüter zu achten, nach Wien abführen und als eine Merkwürdigkeit verwahren. Denn nur in sich selber sah er den Repräsentanten

der Idee des Staates. Seiner souveränen Gewalt sollte Ungarn so gut unterworfen sein, wie alle übrigen Länder. Er hielt nicht für gut, einen Reichstag in Ungarn zu halten. Die Gespannschaften und die Congregationen der Edelleute in denselben, die eine gewisse Selbständigkeit in Anspruch nahmen, um den allgemeinen Anordnungen gegenüber ihre besonderen Rechte zu wahren, hob er auf und ersetzte sie durch Commissionen; denn es würde eine ungeheuerliche Verfassung sein, wenn er bei der allgemeinen Gesetzgebung auf die besondern Gewohnheiten localer Natur Rücksicht nehmen sollte. Würde Ungarn den für die übrigen Theile der Monarchie gültigen, zum Heile des Ganzen getroffenen Anordnungen widerstreben, so müsse es auch von den Vortheilen des allgemeinen Staatsverbandes, namentlich in Bezug auf Handel und Verkehr, ausgeschlossen und nur etwa als eine zum Getreidebau bestimmte Colonie behandelt werden. Bei der Volkszählung und der Anlegung der Cataster kam es zu Widersetzlichkeiten, da man voraussetzte, daß sie eine allgemeine gleichmäßige Steuereinrichtung und die Vernichtung der Vorrechte des Adels herbeiführen werde; leicht hätten die Regungen, die hieraus entsprangen, eine entgegengesetzte Wirkung hervorrufen können. Die Wahrnehmung, daß der Adel mit der höchsten Staatsgewalt zerfallen sei, und den Schutz derselben nicht mehr habe, trug dazu bei, die walachischen Bauern zu einem Aufruhr gegen ihre Grundherren zu reizen, zu dessen Rechtfertigung unerwarteter, freilich auch unberechtigter Weise das Vorbild von Amerika angerufen worden ist[1]). Aber Gewaltthätigkeiten, radical und blutig wie diese, konnte die österreichische Regierung unter einem Kaiser, wie Joseph war, nimmermehr dulden: er ließ sie mit Gewalt niederschlagen. Die Führer, die sich als seine Verbündeten betrachtet hatten, mußten mit dem Leben büßen.

Ueberdies brachten die Feldzüge gegen die Türken in den dem Kriegsschauplatze benachbarten Regionen eine für den Kaiser nachtheilige Wirkung hervor. Die ungarischen Grundherren wurden besonders dadurch entfremdet, daß ihre Lieferungen mit Bons bezahlt wurden, welche nach dem Frieden realisirt werden sollten, aber bis dahin unverzinslich waren. Um zu neuen Leistungen und Aushebungen zu gelangen, mußte der Kaiser im Jahre 1789 doch wieder die Congregationen der Gespannschaften berufen, die er vor

1) Seconde lettre d'un défenseur du peuple à l'empereur Joseph II. principalement sur la révolte des Valaques (Dublin 1785).

kurzem aufgelöst hatte. Man darf es wohl bereits als eine Einwirkung der Vorgänge in Frankreich betrachten, wenn sich diese Versammlungen unberechtigt erklärten, Beschlüsse solcher Art zu fassen, zu denen nur der Reichstag competent sei[1]). Man vindicirte der Nation das oberste Recht über sich selbst. Solle Ungarn die seit unvordenklichen Zeiten ihm zustehenden Rechte durch einen Fürsten verlieren, dessen Ansprüche auf die österreichischen Länder es einst, als er eben geboren war, durch freie Erhebung in den Waffen zur Geltung gebracht habe? Da kein Palatin vorhanden war, so wendete man sich an den obersten Hofrichter mit der Aufforderung, einen Reichstag zu berufen, ohne Mitwirkung und Vorwissen des Kaisers.

Was hätte da beschlossen werden können?

Wie die Neuerung, die in dem Begriffe der Souveränetät des Fürsten wurzelt, hatte auch der entschlossene Widerstand, der ihr entgegentrat, seine Grundlage in dem Begriffe der Souveränetät des Volkes. Der Fürst bekämpft vermöge seiner Prärogative die althergebrachten Gerechtsame, oder annullirt sie vielmehr. Diesem setzen sich die mit den Berechtigungen Ausgestatteten entgegen, indem sie die moderne Theorie der Souveränetät ergreifen. An sich verschieden, trifft doch die ungarische Bewegung hiedurch mit der niederländischen nahe zusammen. Sie ist insofern noch stärker, als die Nationalität, die in den Niederlanden nur vorausgesetzt wurde, in Ungarn in lebendiger Kraft bestand.

Dieser immer mehr um sich greifenden, immer höher aufwogenden Gährung im Innern entspricht es gleichsam, daß in der nämlichen Zeit auch das System der auswärtigen Verhältnisse erschüttert wurde.

Die Allianz mit Frankreich, auf welche dasselbe von Anfang gegründet war und welche Kaunitz noch vor wenigen Jahren für unvergänglich erklärt hatte, wurde durch den Gang, den dort die Dinge nahmen, nach und nach unnütz und factisch so gut wie aufgelöst. Kein anderer europäischer Fürst wurde von der Revolution so nahe berührt, wie Joseph II. Obwohl sie aus allgemeinen Tendenzen hervorging, die den seinen verwandt waren, lief sie doch seiner Vorstellung von den Rechten des Souveräns gradezu ent-

1) Das Tagebuch von Jos. Keresztesi, von welchem bei Krones: Ungarn unter Maria Theresia und Joseph II. Auszüge mitgetheilt werden, gedenkt als eines Motivs der ungarischen Bewegung „des Lärms des französischen Patriotismus, der den König seiner Hoheit entkleidet".

gegen; und eben gegen seine Schwester war sie gerichtet; er verlor die vornehmste Stütze seiner Politik im westlichen Europa. Auch auf das südliche durfte er nicht mehr zählen. Von Spanien stellte sich heraus, daß es den Osmanen zuneige. In dem Papste sah der Großherzog Leopold von Toscana einen geschworenen Feind des Hauses Oesterreich; er hielt für gewiß, daß die belgischen Unruhen von dem römischen Hofe angefacht seien.

Und indessen nahm sich die Tripelallianz alle Tage gewaltiger auf. Wie Polen und die Pforte, so hielt sie auch Schweden fest.

Eine Zeit daher hatte man auf eine innere Umwandlung in Schweden durch russisch-dänische Einwirkungen zu Gunsten des Uebergewichts der Stände über König Gustav III. gehofft. Dem gelang es jedoch vielmehr, der widerstrebenden Stände Meister zu werden; mit frischem Muth fuhr er dann in seinen Unternehmungen fort. In Wien schrieb man das den preußischen Machinationen zu.

Den König von Preußen sah man in Wien überhaupt wieder als den vornehmsten aller Feinde an. Wie man dort meistens sehr gut bedient war, so erlangte man auch von den erwähnten Entwürfen Hertzbergs, noch ehe sie irgendwo sonst mitgetheilt wurden, eine geheime Kunde. Kaunitz bezeugt das äußerste Erstaunen darüber, daß eine dritte Macht, die an dem Kriege nicht Theil genommen, den besten Vortheil davon zu ziehen trachte. Unter der Hand ließ er die Pforte dagegen warnen und ihr vorstellen, wie wenig sie den drei Königen, von Preußen, Schweden und England, zu Dank verpflichtet sei. Denn ein jeder von ihnen suche doch nur seinen eigenen Vortheil. Schweden wolle Finnland erobern; England Handelsvortheile erwerben; Preußen sich gegen Polen hin abrunden; an der Macht der Osmanen liege ihnen nichts. Vorstellungen, die ihre Wahrheit haben, aber die doch den Werth, welcher von den anderen Staaten, ihrer eigenen Interessen halber, auf die Selbständigkeit der Pforte gelegt wurde, zur Anschauung brachten.

In der steigenden Gefahr eines allgemeinen Conflictes nahm die österreichische Politik selbst eine Wendung zum Frieden mit den Türken. Joseph sah denselben als eine Nothwendigkeit an: er war bereit, zu dem Ende die gemachten Eroberungen mit geringen Ausnahmen, oder wenn es nicht anders sei, selbst ohne solche, aufzugeben. Der Kaiserin von Rußland schreibt er am 7. December

indem er ihr zur Eroberung von Bender Glück wünscht, daß hiedurch und durch seine Besetzung der Walachei die Sachen in einen Zustand gekommen seien, der es möglich mache, über den Frieden zu unterhandeln. Dieser Friede aber sei das dringendste Bedürfniß für ihn, da er sich gegen einen Angriff von preußischer Seite in Verfassung setzen müsse. Das war damals die allgemeine Ueberzeugung in Wien. Oesterreich könne nun einmal den ferneren Aufwand von Geld und Menschen, den der türkische Krieg erfordere, nicht aushalten; niemals sei die Monarchie in einem ähnlichen Zustand von Erschöpfung gewesen, und überdies habe sie für das nächste Frühjahr einen Angriff von Preußen und Polen mit Bestimmtheit zu erwarten. In beiderlei Beziehung rechnete man auf Sympathie von Rußland; man forderte die Kaiserin auf, sich in dem türkischen Krieg auf die Defensive zu beschränken, und die Truppen, die nicht unbedingt zur Vertheidigung der eingenommenen Positionen erforderlich seien, in der Ukräne und in Weißrußland — den von Polen abgerissenen Landstrichen — zusammenzuziehen, um Front gegen Preußen und Polen zu machen: denn von denen werde Oesterreich mit einem Einfall in Böhmen und Mähren bedroht, wogegen es bereits selbst seine Armee auf den Kriegsfuß bringe.

Und noch eine andere Idee faßte man in Wien: der Staatskanzler kam auf die alte, im Jahre 1756 abgebrochene Verbindung mit England zurück. Er hielt dafür, daß den Engländern an der Unabhängigkeit der belgischen Niederlande nichts gelegen sein könne und hoffte sie von aller Theilnahme an den Entwürfen Preußens, inwiefern sich dieselben auf den Austausch von Galizien gegen eine türkische Provinz und eine Erweiterung seiner Grenzen gegen Polen bezogen, abwendig zu machen. Denn auch daran habe England kein eigenes Interesse. So ganz kehrte er zu dem Gedanken der früheren großen Allianz zurück, daß er die Mitwirkung Rußlands dafür in Anspruch nahm; denn es lasse sich hoffen, daß die alte Sympathie für Oesterreich und Rußland in England noch einmal die Oberhand über die Hinneigung zu Preußen gewinnen werde.

Es erinnert an die Zeiten vor dem Ausbruch des siebenjährigen Krieges, wenn die vielverzweigten Negotiationen des Wiener Hofes ihre Spitze gegen Preußen richteten. Wie sehr war jedoch seitdem die allgemeine Lage verändert. Preußen hatte die deutsche Nation im allgemeinen auf seiner Seite. Eine umfassende Allianz war gegründet, die sich um diesen Staat her gruppirte, und in

der auch Polen einbegriffen war. Dagegen Frankreich, ein Menschenalter zuvor so mächtig, erschien in diesen Jahren in Folge seiner inneren Verwirrungen allen Einflusses beraubt. Und war es denn so gewiß, was man annahm, daß Preußen entschlossen sei, Oesterreich anzugreifen? Es hatte bei weitem mehr den Anschein dazu, als im Jahre 1756. Die preußische Politik bestärkte jetzt die Türken in ihrem Widerstand: sie wies die Annäherungen der zum Abfall geneigten Ungarn nicht gradezu von der Hand; wenn sie auch die niederländischen Unruhen mit Nichten leitete, so nahm sie dieselben doch in ihren Resultaten in Schutz: Preußen erschien als Führer der continentalen Opposition gegen Oesterreich und Rußland [1]). Bei alle dem war doch noch keineswegs der Beschluß gefaßt, einen Angriff gegen Oesterreich zu unternehmen.

Auch Hertzberg, von dem man in Wien das Meiste besorgte, dachte nur an eine allgemeine Pacification zum Vortheil Preußens. Von militärischen Rüstungen war noch nicht die Rede. Aber allerdings war das Zerwürfniß sehr ernstlich und weit aussehender Natur. Denn unter keinen Umständen wollte Preußen eine einseitige Vergrößerung Oesterreichs gestatten: lieber würde es selbst zu Gunsten der Pforte zu den Waffen gegriffen und es auf die Entscheidung derselben haben ankommen lassen. Die Gereiztheit beider Theile konnte alle Tage zu einem offenen Ausbruch von Feindseligkeiten führen.

So sah man die Sache auch in Rußland an. „Ich habe“, so heißt es in einem Berichte des Botschafters Ludwig Cobenzl (er ist ein Vetter Philipps, dessen wir oben gedachten), „Rußland mit Nachdruck aufgefordert, unser Beispiel zu befolgen und alle disponiblen Kräfte und Mittel zu verwenden, um sich den Angriffen der Preußen und Polen zu widersetzen; in diesem Falle gegen die Türken defensiv zu verfahren, offensiv aber gegen die neuen, bei weitem gefährlicheren Feinde [2]).“

1) Der Kaiser an den Großherzog von Toscana 3. December 1789. La partie du roi de Prusse, uniquement dirigée contre nous, est si forte que la paix avec la Porte pas elle devient très-douteuse, même avec tous les sacrifices. Une guerre donc au printemps contre les Polonais et les Prussiens très-probable, avec cela la nullité de la France et même sa mauvaise volonté, l'épuisement de la Russie, la revolte aux Pays-Bas, le même esprit suscité par les Polonais en Galicie et même en Hongrie, enfin notre épuisement, tout cela fait trembler, et il faudra un miracle, si nous nous en tirons sains et saufs. Arneth II. S. 292. (A. d. n. A.)

2) . . . que la Russie imitât notre exemple et employât tout ce

Ganz einverstanden mit der Absicht, England zu gewinnen, war der russische Vicekanzler, Graf Ostermann, das doch nicht mit der Art und Weise, wie man es jetzt versuche, durch welche Preußen nur beleidigt und zum Krieg zu schreiten gereizt werden würde, während man von russischer Seite vielmehr dahin trachten müsse, es zu beruhigen. Er mißbilligte selbst die Rüstungen, welche der Kaiser in Böhmen und Mähren vornehme.

Sehr charakteristisch sind die Erörterungen, die nun zwischen den beiden Staatsmännern folgten. Cobenzl, ein Mann, von dem man wohl gesagt hat, daß bei all' seinem Geist, seiner Unterhaltungsgabe und seiner Ironie noch immer seine auffallende Häßlichkeit bemerkt worden sei, wiederholte mit der größten Zuversicht, daß ein Angriff Preußens im nächsten Frühjahr unzweifelhaft bevorstehe. „Sollen wir", sagte er, „unsere Länder unvertheidigt lassen? Soll man den König von Preußen, weil man ihn nicht verletzen will, in den Stand setzen, in Mähren und Böhmen einzudringen? Werden nicht die Polen alsdann in das Innere des russischen Reiches einbrechen? Aber auch ohne diese Rücksicht würden wir nach Allem, was wir für euch gethan haben, von eurer Seite zu unseren Gunsten die kräftigsten Anstrengungen erwarten dürfen. Erinnert euch, mit welcher Freundschaft und Uneigennützigkeit wir auch in Bezug auf die Krim verfahren haben. Ich wiederhole nur, was die Kaiserin selbst gesagt hat, wenn ich ausspreche, daß ihr diese große Erwerbung uns verdankt. Denkt daran, mit welchem Eifer wir nach der Festnehmung Bulgakows euch zu Hülfe gekommen, wie wir während der ersten Campagne die Landmacht der Türken allein beschäftigt, mit welchem Nachdruck wir in der zweiten aufgetreten sind. Wenn wir uns in der Lage befinden, von dem König von Preußen angegriffen zu werden, wenn die Niederlande sich empören, was ist der Anlaß zu diesen Begebenheiten? Er liegt in dem Kriege, den wir für euch unternommen haben. Aber nicht von unseren Besitzungen allein ist jetzt die Rede; es sind die euren, die ihr gegen einen gefährlichen Feind zu decken habt; eure Sicherheit hängt davon ab, so gut wie die unsere. Er wird euch angreifen, wenn euer Gebiet unvertheidigt ist: Wollt ihr euch seiner

qu'elle pouvait des forces et des moyens pour s'opposer aux aggressions Prussiennes et Polonaises et pouvoir dans ce cas-là agir defensivement contre les Turcs et offensivement contre ces nouveaux ennemis infiniment plus redoutables. — Aus Rapport de Cobenzl vom 11. Januar 1790. (Wiener Archiv.)

Gnade überlassen? Was uns retten kann, ist allein, daß wir uns in einen respectablen Vertheidigungszustand setzen, bereit, uns gegen seine Angriffe gegenseitig Beistand zu leisten."

Man sieht, wenn der Graf von dem Kaiser aufgefordert worden war, alle seine Redekunst anzuwenden, um die Russen für seinen Zweck zu gewinnen, so versäumte er nichts, was dazu dienen konnte.

Ostermann antwortete ihm, man müsse die Sache wohl bedenken, um nicht etwas anzufangen, was man wieder aufzugeben genöthigt sei. „Mir ist zweifelhaft", sagte er, „ob ihr den zwiefachen Krieg gegen Preußen und die Pforte werdet bestehen können. Vergeßt nicht, was euch in den Niederlanden begegnet, welche Gährung in Ungarn und selbst in Mähren herrscht. Von meiner Seite muß ich bekennen, daß Rußland nicht im Stande sein würde, den dreifachen Krieg gegen die Pforte, Preußen und Schweden auszuhalten. Die Ereignisse in Frankreich beweisen, daß eine Regierung Rücksicht auf die Unterthanen nehmen muß. In Rußland aber wünscht Alles den Frieden." Cobenzl versetzte, auch Oesterreich wünsche den Frieden; aber die Nothwendigkeit gebiete, daß man sich gegen Preußen in Vertheidigungsstand setze. Ostermann war jedoch keinen Schritt weiter zu bringen: er brach die Conferenz ab und behielt Alles dem seiner Fürstin zu machenden Vortrag vor.

Nach einigen Tagen hatte Cobenzl ein paar intercipirte Schreiben Hertzbergs mitzutheilen, in denen von der Saumseligkeit seines Hofes, welcher die großen Gelegenheiten vernachlässige, und die Nothwendigkeit mit den Türken abzuschließen die Rede war; sie brachten jedoch auf den Vicekanzler keinen besonderen Eindruck hervor, er nahm sie ebenfalls ad referendum.

Wohl ward nun der türkische Friede in Ueberlegung gezogen. Die Bedingungen, welche Rußland den Türken durch die Vermittlung von England und Preußen antrug, waren jedoch so umfassend, daß man sich keine Hoffnung auf ihre Annahme machen durfte. Unter andern wollte man die Unabhängigkeit der Moldau stipuliren, ohne mit Bestimmtheit anzugeben, was dann aus dem Lande werden sollte. Auch damals schien Potemkin sein Königreich Dacien noch im Kopf zu haben. Den Oesterreichern, welche auf diese Schwierigkeit aufmerksam machten, ward geantwortet, der Vorschlag sei nur dazu gemacht, um verworfen zu werden, er solle nur den Weg für andere gemäßigte Forderungen bahnen; aber indeß mußte

denn doch der Krieg fortgesetzt werden, den im höchsten Grade ungünstigen Umständen, in denen man sich befand, zum Trotz.

Endlich hat auch die Kaiserin gesprochen. Sie ließ vernehmen, nur das Unmögliche solle die Grenze ihrer Anstrengungen zu Gunsten ihres Freundes des Kaisers sein [1]). Und was lasse sich, fügten ihre Staatsmänner hinzu, mehr sagen, mehr erwarten? Cobenzl wünschte doch näher zu erfahren, welche Vorkehrungen im Sinne seiner Anträge getroffen würden. Graf Besborodko antwortete ihm, man werde 40,000 Mann, alles regelmäßige Truppen, effectiv bis zu dieser Anzahl, in Livland zusammenziehen, von einer großen Schaar unregelmäßiger Kriegsvölker sollten sie unterstützt werden, und im Mai im Stande sein, zu agiren. Zugleich werde man die Kosaken der Ukräne aufstellen, die denn den Angriffen der Polen leicht würden widerstehen können. So gut das lautete, so war es noch immer nicht das, was der Kaiser wünschte, die Verwendung eines Theiles der Truppen, welche gegen die Türken standen, zur Bedrohung des Königs von Preußen. Man sagte dem Botschafter, das lasse sich in Petersburg überhaupt nicht verfügen: es hänge von Potemkin ab, dem man vom Hofe aus nie Befehle ertheile [2]); die Kaiserin habe ihm jedoch geschrieben und alle Gründe für diese Maßregel auf das nachdrücklichste zur Sprache gebracht. Er solle die früher unter dem Namen der ukränischen Armee vereinigten Truppen wenigstens zum Theil zu diesem Zweck verwenden.

Potemkin hatte damals die Absicht, nicht allein die Flotte auf dem schwarzen Meer mit aller Kraft operiren, sondern eine Abtheilung derselben in die Donau einlaufen zu lassen, um Kilia, Ismail und Galatsch anzugreifen. Dazu bedurfte es aber auch einer energischen Mitwirkung des Landheeres. Man versprach, daß er später den größten Theil seiner Armee nach dem Wunsche von Oesterreich gegen den König von Preußen werde vorrücken lassen. Aber wie weitaussehend war es doch, daß die Eroberung drei starker türkischen Festungen einer Bewegung nach der andern Seite hin vorausgehen sollte!

Und gewiß, so lange ein solches Unternehmen in Aussicht

1) qu'en cas d'une attaque du roi de Prusse Elle promet de satisfaire à ses engagements en n'y admettant d'autres bornes et règles que celles de la possibilité. So schrieb sie an Gallizin: wie Cobenzl 12. Jan. dem Kaiser meldet.

2) on tâchera d'engager le prince Potemkin, car on ne lui ordonne jamais.

stand, konnte von keinem Frieden mit den Osmanen die Rede sein. Die Festsetzung der Bedingungen selbst hing von dem Erfolg des neuen Waffenganges ab.

Zugleich zeigte sich, daß die Eröffnungen des Wiener Hofes, obgleich unterstützt von dem russischen, in London keinen Eingang fanden. Der russische Gesandte Woronzow meldete, wäre Fox mit dem Prinzen von Wales zur Gewalt gekommen, so würde sich etwas haben erreichen lassen: unter der Verwaltung von Pitt sei das unmöglich. Die Antwort, die von dem Herzog von Leeds gegeben wurde, enthielt vielmehr einen Vorwurf gegen Oesterreich, daß es sich in den orientalischen Krieg ohne Rücksicht auf England eingelassen habe; unmöglich könne sich dies der Gefahr aussetzen, von den Folgen desselben betroffen zu werden.

Cobenzl meinte, die Lage würde noch immer nicht hoffnungslos sein, wenn nur nicht die unglückselige Empörung der Niederlande ausgebrochen wäre. „Wir würden im Stande sein, den zweifachen Krieg gegen Preußen und die Pforte auszuhalten. Aber mit den Niederlanden verlieren wir die besten (finanziellen) Hülfsquellen: es ist ein Ereigniß, das selbst auf die Russen zurückwirkt, und ihnen den Muth schwächt, uns zu unterstützen."

„Niemand kann", so schreibt er dem Kaiser, „die unglücklichen Umstände tiefer empfinden, mehr davon leiden; ich fürchte Ew. Majestät, dem Fürsten der Wahrhaftigkeit, nicht zu mißfallen, wenn ich Ihnen Nichts verhehle; ich habe in dieser unheilvollen Lage keinen Augenblick Ruhe."

Für die Folgezeit ist es von einer die innerlich wirksamen Momente verknüpfenden Bedeutung, welche Ideen in diesem einflußreichen und später überaus thätigen Staatsmanne damals erwacht sind. Er hatte den Auftrag, in dem Fall, daß der Frieden mit der Türkei nicht mehr zu erreichen wäre, dem russischen Hof zu eröffnen, daß der Kaiser nicht abgeneigt sei, dem König von Preußen eine neue Acquisition zuzugestehen, vorausgesetzt, daß sie nicht auf Kosten Oesterreichs erfolgen solle. Er hatte davon noch nicht gesprochen, weil er den Fall noch nicht eingetreten erachtete. Aber welche Erwerbung konnte man dem König von Preußen anbieten? Cobenzl sagte es grade heraus: bei der nächsten Depesche von Berlin werde man beurtheilen können, ob ein Theilungstractat fähig sein werde, den Sturm zu beschwören.

In dem Augenblick der äußersten Krisis tauchte der Gedanke einer zweiten polnischen Theilung wie mit Naturgewalt hervor.

Mit demselben zugleich tritt ein anderer von nicht minderer Tragweite in den Gesichtskreis. Der Geist der Rebellion, von dem die Franzosen das Beispiel gegeben, und der ihre Nachbarn ergreife, bedrohe Europa mit der Verwirrung und Anarchie des Mittelalters. Diesen Geist zu zügeln und die öffentliche Ordnung zu erhalten, werde die vornehmste Aufgabe der Regierungen sein: jede andre, wiewohl auf die Wohlfahrt der Unterthanen abzielende Thätigkeit werde dagegen zurückstehen müssen.

Das sind die Ideen, welche der folgenden Epoche durch Action und Reaction ihren Charakter verleihen sollten.

Mit der Phrase, das kommende Ereigniß werfe gleichsam einen Schatten vor sich her, wird nichts Wirkliches ausgesprochen: die Wahrheit ist, daß sich in allem Gegenwärtigen das Zukünftige vorbereitet: im Jahre 1790 zeigen sich die Keime des Jahres 1792 und der folgenden.

Sehen wir aber davon ab, um uns zu dem Manne zurückzuwenden, der von den Weltverhältnissen, wie sie in diesem Augenblick vorlagen, am unmittelbarsten betroffen wurde.

Von seinem Feldzug war der Kaiser krank zurückgekommen. Nicht unwahr ist, was er sagt, indem er seine Truppen nicht habe verlassen wollen, um Maßregeln gegen die unter ihnen überhand nehmende Seuche zu treffen, sei auch er von derselben ergriffen worden. Ohne der Athmungsbeschwerden, die ihn betrafen, zu achten, hatte er ausgehalten, bis der Feldzug zu Ende ging. Als er nach Wien zurückgekommen war, unterwarf er sich einer Cur, die ihm jedoch nichs half. „Die Brust ist schwach", schreibt er im März 1789 an seinen Schwager Albert von Sachsen-Teschen, „der Auswurf stark, der Athem schwer, das Herzfieber heftig." Er fühlte einen dumpfen Schmerz in dem Herzen; er konnte nicht über zwei Stunden hintereinander schlafen. Einige Erleichterung verschaffte ihm ein Sommeraufenthalt in Laxenburg, wo er für seine Spaziergänge im Park an vielen Stellen Ruhebänke anlegen ließ; ein paar Mal konnte er auch ausfahren, doch unterließ er das wieder, weil es ihm Schmerzen verursachte: die Aerzte sagten, Herz und Lunge seien angegriffen, und machten ihm die größte Schonung zur Pflicht; denn zu seiner Genesung sei vollständige Ruhe des Körpers und des Geistes nothwendig.

„Sie kennen", erwiederte der Kaiser, „weder mein Amt noch die Art, wie es versehen sein will; gleich als könne man den wichtigsten Ereignissen mit Ruhe zusehen; — aber ich werde

mit aller moralischen und physischen Kraft, die mir übrig ist, das thun, was der Dienst und das Wohl des Vaterlandes erheischt, ohne mich um die Folgen zu kümmern, die daraus für mein Dasein entspringen könnten. Mein Wunsch zu sprechen und zu dictiren, ist immer im Streit mit meinem Unwohlsein" [1]).

Das Historisch=Bedeutende ist, daß das Cabinet, in dem sich dieser stete Kampf zwischen Körper und Geist vollzog, zugleich den Sitz der absoluten Monarchie bildete.

Das Vertrauen Josephs schränkte sich auf wenige Männer ein, die ihm nahe standen und seine Ideen theilten. Es waren vor Allem General Lascy und der Cabinetsrath Anton, der die Correspondenz besorgte. Man hat angenommen, der Kaiser habe Rathschläge von seinem Bruder in Toscana, dem Großherzog Leopold, empfangen und befolgt: aus den Briefen desselben ergiebt sich aber, daß man ihm nur Mittheilungen über schon gefaßte Beschlüsse machte, und zuletzt auch solche nicht mehr. Bei der zunehmenden Krankheit seines Bruders meinte Leopold sogar mit Mißtrauen behandelt zu werden: er klagt, er sei von Spähern umgeben, zuverlässige Nachrichten vom Wiener Hofe erhalte er nur aus Neapel; selbst die Correspondenz seines Sohnes Franz mit ihm werde überwacht [2]). Unendlich angenehm war dem Kaiser jene nunmehr mit dem Erzherzog Franz vermählte Prinzessin von Würtemberg, Elisabeth, in ihrer bescheidenen und schüchternen Liebenswürdigkeit; er erfreute sich an ihrer Conversation; nur ihr galten noch seine Besuche. Auch in seiner Krankheit sah er sie so oft als möglich bei sich, allein Einfluß hatte sie nicht den mindesten. Auch über diesem Verhältniß schwebte die Idee des Staates. Ihren Klagen über die Abwesenheit des Gemahls, der im Felde stand, begegnete der Kaiser mit der trocknen Antwort, daß derselbe ja Militär sei. Wer sollte es glauben, sie selbst fürchtete noch mehr als einmal, daß ihr und dem Erzherzog ein entfernter Aufenthalt, etwa in Ofen, angewiesen werden würde [3]).

1) Auszüge der Briefe Josephs an Marie Christine und Albert bei Wolf II., 9—19.

2) Der Briefwechsel, den sie mit einander pflogen, zeigt von Vertraulichkeit und einer bemerkenswerthen Identität ihrer Anschauungen. Doch war Leopold von der Art, mit der ihn sein Bruder behandelte, keineswegs befriedigt. (A. d. n. A.)

3) Brief an den Erzherzog Franz von seiner ersten Gemahlin Elisabeth 1785—89 von Weyda im Archiv für österreichische Geschichte XXXXIV, 1. s. 197.

Aus dem isolirten Cabinet von Laxenburg gingen die Verfügungen hervor, die über Belgien entschieden haben; zuerst jene strengen und rücksichtslosen Befehle, deren Erfolge anfangs den Wünschen Josephs entsprachen, so daß er die Sache bereits für entschieden hielt, dann, als es zum Bruch kam und der erste Nachtheil erlitten wurde, Zurechtweisungen und militärische Befehle, welche nicht mehr recht paßten, wenn sie ankamen, und doch befolgt werden mußten, ein Umstand, dem der Mitstatthalter Albert den definitiven Verlust von Flandern zuschreibt; endlich auch, als die Sache noch schlechter ging, die Einwilligung in die wiewohl bedingte Herstellung der alten Verfassung. Joseph sagt, sie sei ihm, als er eben einen heftigen Anfall seiner Krankheit hatte, abgedrungen worden, auf den Grund von Versprechungen, die dann in Vergessenheit geriethen; sonst würde er sich nie dazu verstanden haben.

Als er die Nachricht von dem Fall von Brüssel erhielt, setzte er sich zu Pferde und machte einen Spazierritt; die Anstrengung und die bittern Gedanken, denen er sich dabei hingab, brachten eine Verschlimmerung seines Zustandes hervor.

Nach einiger Zeit erfolgte das Manifest der niederländischen Stände, durch welche sie den Pact ihrer Unterwerfung unter das Haus Oesterreich, der nur so lange binde, als er gegenseitig gehalten werde, durch die Uebergriffe des Kaisers Joseph für gebrochen erklärten und sich als souveräner Congreß der vereinigten (belgischen) Provinzen aufstellten (12. Jan. 1790). Der Herzog von Ursel behauptete ohne Zweifel mit gutem Grunde, der Kaiser sei entschlossen, sie mit Gewalt zum Gehorsam zurückzubringen. Joseph hatte vernehmen lassen, er wolle dafür schlagen, selbst wenn ein dreißigjähriger Krieg darüber entstehen sollte. Wie tief mußte nun die Nachricht von dem vollzogenen Abfall seine Seele verwunden. Und wenn er daran dachte, sein altes Erbtheil wiederzuerobern: so sah er sich durch die feindselige Haltung von Preußen und Polen daran gehindert. Er hätte vor Allem Preußen niederzukämpfen gewünscht, wenn es nur möglich gewesen wäre. Der Kaiserin Katharina führte er zu Gemüthe, daß er in diese verzweifelte Lage nicht gerathen sein würde, wenn er ihr nicht gegen die Türken zu Hülfe gekommen wäre, und beschwor sie, ihm die Dienste zu vergelten, die er ihr geleistet habe.

Aber nicht allein aus dem Abfall der Niederlande und der feindseligen Haltung Preußens entstand die Bedrängniß des Kaisers. In diesem Augenblicke mußte er besorgen, daß die mit Ungarn ob-

schwebenden Irrungen einen ähnlichen Verlauf nehmen möchten, wie die belgischen. Der Widerstand, auf den Joseph in Ungarn stieß, galt jedoch nicht, wie dort, seinen geistlichen Tendenzen, sondern seinen politischen Ideen. Der Particularismus erschien in der Form der erwachenden Nationalität. Wenn der Kaiser die deutsche Sprache als das Mittel brauchen wollte, seinen Einheitsstaat über Ungarn auszubreiten — wie er denn alle und jede, die des Deutschen nicht mächtig seien, von seinen Anstellungen ausschloß — so erfolgte, daß der Widerwille gegen seine Neuerungen in der Vorliebe für die Landessprache seinen Ausdruck fand. Bisher hatte man sich in der höheren Gesellschaft fast geschämt, magyarisch zu reden: jetzt wurde es als Patriotismus betrachtet, der gleichsam insularen Lage, in der die Magyaren sich unter so vielen anderen Nationen befanden, zum Trotz, jede fremde Sprache, vor Allem die deutsche, zu vermeiden. So erschien die fast abgekommene ungarische Tracht auf's neue: der Czako mit dem Federbusch, der rothe Dolman, die goldenen Schnüre, der breite Säbel. Die Mode bekam eine politische Bedeutung. In den Gespannschaftsversammlungen herrschten die nationalen Gefühle vor. Rescripte des Kaisers, welche bereits Abstellung der Beschwerden versprachen, wurden da doch mit Murren empfangen: man wollte, die deutsch gefaßten Erlasse der Behörden sollten denselben zurückgegeben, auch die unteren Beamten nur dann in ihrer amtlichen Wirksamkeit anerkannt werden, wenn sie die Reichsgesetze beschworen hätten. Man widersetzte sich dem Fortgang der Catastralarbeiten, weil der Grundsatz, daß die Abgabe vom Boden ausgehe, der allerdings die Prärogative des Adels vernichtet haben würde, den Reichsgesetzen zuwiderlaufe. Man verwarf die neuen Justizeinrichtungen, die Criminalordnung auch deshalb, weil sie dem altanerkannten Rechte des Schwertes entgegen die Todesstrafe aufhebe. Man sprach wohl mit Thränen von den Wunden, die der Kaiser dem Vaterland geschlagen habe und erklärte, eher zu den Waffen greifen, als es so fort gehen lassen zu wollen; wenn daraus eine Gefahr entstehe, seien nicht die Ungarn daran Schuld, sondern der Kaiser. Die Gährung im Lande wurde so drohend, daß die erst von Joseph gestiftete ungarisch-siebenbürgische Hofkanzlei sich selbst zum Organe der Wünsche des Landes machte: sie trat darüber mit einigen vertrauten Beamten der Staatskanzlei in Berathung [1]). Ihren vereinigten Vorstellungen hat der Kaiser

1) Kaunitz sendet dem Kaiser die Vorschläge der ungarisch-siebenbürgischen Kanzlei, als „mit denen er ganz übereinstimme." Er beschwört den Kaiser darauf

auch in den meisten Punkten nachgegeben. Er bewilligte die Wiederherstellung der Obergespane und der alteinheimischen Behörden, auch die für die Rechtsverwaltung getroffenen Anordnungen sollten zurückgenommen werden. Vor Allem versprach er, die Krone herauszugeben, sich krönen zu lassen und einen Reichstag zu berufen; obgleich von der Theorie durchdrungen, daß die gesetzgebende Gewalt einen Theil der dem Fürsten inhärirenden Souveränetät bilde, erklärte er sich jetzt bereit, die Stände an der Legislation Theil nehmen zu lassen. Schon verhandelte man über den Zeitpunkt der Berufung des Reichstags. Der Kaiser wünschte ihn bis nach wiederhergestelltem Frieden zu verschieben: Kaunitz hielt für rathsamer, einen bestimmten nicht sehr fernen Termin festzusetzen, und brachte den ersten Juni 1790 in Vorschlag. Joseph antwortete, daß seine Gesundheit bis dahin schwerlich so weit befestigt sein würde, um ihm die Abhaltung eines Reichstags zu erlauben; aber er sagte zu, denselben unfehlbar im Laufe des Jahres 1791 vor sich gehen zu lassen. Er hoffte, daß die Ungarn sich hiemit begnügen und ihn in dem nächsten Feldzuge mit Mannschaften und Lieferungen unterstützen würden. Wären sie mit seinen Concessionen nicht zufrieden, so müsse man annehmen, daß sie zur Empörung entschlossen seien [1]).

Daß der Kaiser Alles, was man forderte, in einem Act von Verzweiflung nachgegeben und sein System selbst verurtheilt habe, darf man nicht gradehin behaupten. Seine kirchlichen Einrichtungen, zu denen er als oberster Kirchenpatron befugt sei, hielt er aufrecht. Aber gewiß enthalten die Concessionen, die er machte, einen entscheidenden Rückschritt auf seinem Wege, der ihm unendlich schmerzlich war [2]). Er entschloß sich dazu vornehmlich in der Hoffnung,

einzugehen. . . . „Es bleibt mir nur der Wunsch übrig, daß die augenblickliche Ausführung dieser Vorschläge zureichend sein möge."

1) „Da die Gemüther so äußerst aufgebracht und das Vertrauen so vollkommen verloren ist, daß das Gegentheil gar wohl möglich wäre und ich dahero in Beisorge stehe, daß man sich damit nicht begnügen dürfte, wenn nicht zu gleicher Zeit der Landtag noch in diesem Jahre und etwa auf den ersten Junius festgesetzt wird. . ." Vortrag von Kaunitz vom 28. Jan. 1790. Des Kaisers Randbemerkung: Aus beiliegender Abschrift meiner Resolution werden Sie ersehen, daß ich den Zank aus der Wurzel zu heben getrachtet habe. Sollte dieses nicht wirken, so ist der Entschluß zur Empörung genommen. . . ."

2) Der Kaiser sagt das selbst in einem Schreiben an den Großherzog von Toscana: n'accorder que quelques demandes n'était pas suffisant je me suis donc exécuté, non sans peine, à retirer toutes mes ordonnances. Arneth II. S. 315. (A. d. n. A.)

die Hülfe und Mitwirkung der Ungarn zu seinem nächsten Feldzuge zu erlangen, in welchem er sich gegen die Türken auf die Vertheidigung zu beschränken, dadurch aber sich die Hände freizuhalten gedachte, um seine anderweiten Pläne im Bunde mit Rußland auszuführen. In seiner Familie leitete man alles Unglück von seinem Bunde mit der ehrgeizigen Herrscherin im Norden her; hätte er sie doch niemals kennen gelernt; er selbst hielt an diesem Bündniß bis an seinen letzten Augenblick fest.

Daß dieser bevorstehe, darüber konnte sich im Lauf des Februar 1790 niemand mehr täuschen: am 18. dieses Monats empfing Joseph die Sterbesacramente und nahm schriftlich Abschied von seinem Staatskanzler und seiner Verbündeten, Kaiserin Katharina. Dieser dankt er für die Zusicherungen, die sie ihm noch in ihrem letzten Briefe gemacht hatte, sie seien sein letzter Trost, und bittet sie nur, die Gefühle, die sie ihm ausgesprochen, nach seinem Tode seiner Monarchie und seinem Nachfolger wirksam zu gute kommen zu lassen; die Monarchie habe die ganze Last des Bündnisses mit Rußland getragen, und werde eben deshalb jetzt von der größten Gefahr betroffen.

Dem Fürsten Kaunitz empfiehlt er das Vaterland, das ihm am Herzen liege, in diesem gefährlichen Momente; er bedauere, sagt er, daß er sich seiner Einsichten nicht mehr erfreuen werde.

Es wurde ihm schwer zu sterben. Auf seinem Schmerzenslager, den Tod im Auge, hörte er noch das Jubelgeschrei der Ungarn, die ihre Krone in der Hofburg in Empfang nahmen, um sie nach Ofen abzuführen. Und noch schwerer traf ihn ein häusliches Leid. Die Erzherzogin, Gemahlin seines Neffen, ihrer Entbindung nahe, drängte sich, aller Gegenrede zum Trotz, zu ihm, um ihn noch einmal zu sehen. Sie erschrak bei dem Anblick des Sterbenden, wurde ohnmächtig hinweggetragen, hatte den andern Tag eine Frühgeburt, und wurde wenig Stunden darauf von einem Nervenschlag betroffen, der ihrem Leben sofort ein Ende machte.

„Und ich lebe noch", soll Joseph bei dieser Nachricht ausgerufen haben. „Aber ich fühle", schrieb er seiner Schwester Christine, der er Kunde davon gab (19. Februar), „wie sehr meine Auflösung vorschreitet."

Den Tag darauf ist er verschieden.

Bei allen seinen Mängeln und Mißgriffen eine für die Weltentwickelung höchst bedeutende Erscheinung.

Die Souveränetät mit den Ideen der Neuerung verbündet, hat nie einen entschiedeneren Vertreter gehabt als diesen Monarchen. Er ist gewissermaßen ihr Märtyrer geworden. Zugleich war all sein Thun und Lassen von der Absicht durchdrungen, sein Oesterreich zu einem in sich selbst geschlossenen Staat, der das mittlere Europa beherrschen sollte, auszubilden. Für diese Tendenz der Machterweiterung zugleich nach Innen und nach Außen, militärisch und politisch, ohne Rücksicht auf Nationalität, entgegenstehende Berechtigungen oder das religiöse Bekenntniß gab er das erste Beispiel in dem neueren Europa.

Achtundzwanzigstes Capitel.

Wechsel der politischen Verhältnisse.

Damals gewann es den Anschein, als ob Oesterreich einen unter den Umständen der Zeit höchst gefährlichen Kampf mit Preußen zu bestehen haben würde. Der Antagonismus der beiden Mächte, in welchem der vornehmste Beweggrund für die Politik Josephs II. lag, hatte für Preußen eine vortheilhafte Wendung hauptsächlich dadurch genommen, daß es die natürlichen Folgen dieser Politik erwartete und ergriff. Die Bedrohungen der geistlichen Fürsten in Deutschland und die Unsicherheit der weltlichen, die aus dem Verhalten Josephs II. entsprangen, bahnten den Weg zum Fürstenbunde, kraft dessen die preußische Waffenmacht als der Schutz und Schirm des deutschen Gemeinwesens erschien. Auf ähnliche Weise griff die Verbindung Oesterreichs mit Frankreich ein. Nicht mehr bei Frankreich, sondern bei Preußen suchten Italien und die Schweiz ihren Rückhalt gegen Oesterreich. Allemal bildete der Gegensatz zwischen Oesterreich und Preußen das wichtigste Motiv der deutschen wie der europäischen Politik. Inwiefern dann diese Verbindung den Franzosen zu Statten kam, trug sie dazu bei, die Engländer der preußischen Seite zuzuführen. Denn nur im Bunde mit Preußen konnte dem Uebergewicht Frankreichs in Holland, welches sie von dem Continent ausgeschlossen hätte, ein Ziel gesetzt werden. Dadurch wurde die Tripelallianz hervorgerufen, welche den Fürstenbund durch eine umfassende europäische Combination verstärkte und sicherte. So bewirkte die Allianz Josephs mit Rußland und ihr gemeinschaftlicher Angriff auf die Türkei, daß der Gegensatz Preußens gegen Oesterreich auch in dem Norden und Osten als ein Schutz für den Bestand der Machtverhältnisse der Reiche erschien. Polen hoffte seine Unabhängigkeit und wenigstens den Umfang einer Mittelmacht wiederzugewinnen; der König von Schweden die Selb-

ständigkeit seiner Krone nach Innen und nach Außen zu behaupten; der Türkei sollte die Stellung, durch welche sie ein Gegengewicht gegen die beiden Kaiserhöfe ausmachte, gerettet werden. In dem preußischen Staat und seinem allezeit kriegsbereiten Heer glaubten die der österreichisch-russischen Uebermacht Widerstrebenden die beste Stütze zu finden. Würde doch ihre weitere Unterwerfung auf Preußen schädlich zurückgewirkt haben. In der diplomatischen Welt sagte man wohl, König Friedrich Wilhelm wolle den beiden Kaiserhöfen eine Lection geben; er wolle ihnen zeigen, daß seine Macht der ihrigen ebenbürtig sei. Er bildete ein Föderativsystem, der Absicht gemäß, die sein großer Vorfahr einst bei dem Ausbruch des siebenjährigen Krieges gefaßt hatte, im Gegensatz zu den drei Mächten, von denen der preußische Staat damals mit dem Untergang bedroht worden war. Jetzt waren diese Alle, wie wir oft bemerkt, auf dem Continent in Nachtheil gerathen. Das Ereigniß von Holland hatte nicht wenig dazu beigetragen, das Ansehen von Frankreich in Europa zu schwächen, was wieder die innere Gährung des Landes vermehrte; für Rußland war es sehr empfindlich, daß es durch nachbarliche Feindseligkeiten in seinen orientalischen Unternehmungen gehindert und die Pforte sehr fähig wurde, ihm Widerstand zu leisten; Oesterreich erlitt durch den Abfall seiner niederländischen Provinzen, der ohne die Tripelallianz, an welcher dieselben sich anlehnen zu können dachten, schwerlich erfolgt wäre, einen Verlust, der seine ganze Weltstellung bedrohte.

Es war einer der glänzendsten Momente der preußischen Politik, noch eine Nachwirkung der Regierung Friedrichs II. und ihres Ruhmes, wiewohl man die Grenze, die er sich selbst gezogen, dabei bereits überschritten hatte. Dem Minister Hertzberg gereicht es zu unvergänglichem Andenken in der preußischen Geschichte, daß er diesen Moment herbeiführte. Friedrich Wilhelm II. lebte und webte darin.

Ob nun aber auch das preußische Cabinet der Aufgabe, diese Position zu behaupten und zu entwickeln, gewachsen sei; ob es eine Haltung annehmen würde, mit welcher der Genius Friedrichs II. zufrieden gewesen wäre? Der leitende Minister hatte zwei an sich verschiedene Ziele ins Auge gefaßt; — das eine: den Besitzstand des osmanischen Reiches gegen eine Erweiterung der österreichischen und russischen Grenze, die das europäische Gleichgewicht erschüttert hätte, zu schützen; das andere: bei der allgemeinen Pacification zugleich eine Machtvergrößerung für Preußen zu erlangen. Wir

kennen den Entwurf Hertzbergs, den allgemeinen Frieden auf Bedingungen zu Stande zu bringen, durch welche die Rückgabe Galiziens an Polen, damit aber die Abtretung der alten deutschen Weichselstädte an Preußen herbeigeführt werden sollte. Er dachte damit die Erwerbung von Westpreußen erst zu vollenden, und den nordöstlichen Verhältnissen des Staates eine neue Basis zu geben. Ein patriotischer Plan, von dem es jedoch einleuchtet, daß er in der Ausführung auf die größten Schwierigkeiten stoßen würde. Den beiden Reichen, die man auf immer an Preußen zu fesseln dachte, Türkei und Polen, muthete man dadurch Abtretungen zu, durch welche sie hart betroffen wurden; das erste sollte den Frieden mit Verlusten erkaufen; das andere einen Zuwachs, den es für sein gutes Recht hielt, mit einer Abtretung vergüten, die es als eine diesem entgegenlaufende betrachtete. Allerdings durften sie in der Ausbildung des großen Föderativsystems, das damit gegeben gewesen wäre, eine Sicherung ihrer Existenz sehen. Und die Gründung eines solchen konnte für Preußen, das dadurch befestigt und mächtig verstärkt worden wäre, in dem Wettstreit der Mächte von unmittelbarer Bedeutung werden. König Friedrich Wilhelm, der den Plan Hertzbergs billigte, war gemeint, die Unabhängigkeit der belgischen Niederlande anzuerkennen, unter Anderem auch deshalb, um seine Truppen aus Lüttich zurückziehen und alle seine Kräfte gegen Oesterreich wenden zu können.

Kaunitz beeiferte sich in Petersburg, das ganze Verhalten Preußens als das Werk eines auf den Ruin der beiden andern Mächte abzielenden Ehrgeizes darzustellen; er begründete darauf den Antrag, den Frieden mit den Osmanen sofort zu schließen und die Waffen der beiden Mächte gegen Preußen zu kehren. Damit fand er nun nicht all den Eingang, auf den er rechnete; denn Rußland hatte Forderungen zu stellen, von denen sich nicht absehen ließ, daß sie von den Osmanen angenommen werden würden; aber so viel geschah doch, daß zwischen dem in dieser Hinsicht beinahe selbständigen Potemkin und der Pforte Friedensunterhandlungen eröffnet wurden, zu denen dann der Wiener Hof den geschickten und der orientalischen Verhältnisse besonders kundigen Thugut abordnete. Die Möglichkeit trat in Aussicht, daß eine Abkunft zu Stande gebracht, und alsdann der Waffenmacht der beiden Kaiserhöfe die angedrohte Richtung gegen Preußen gegeben werden würde. Dahin war die Intention des Hofes zu Wien von jeher gegangen;

und jetzt schien der Augenblick gekommen, in dem sie erreicht werden konnte.

Preußen fand es nicht allein für die Durchführung seines Planes, sondern selbst für seine Vertheidigung geboten, sich einem solchen Frieden entgegenzusetzen. Mit dem größten Eifer wurden die Unterhandlungen mit den Türken aufgenommen. Man trug in Berlin kein Bedenken, ihnen die Herstellung ihrer Grenzen, wie sie vor dem Kriege gewesen, zuzusagen, freilich nur im Allgemeinen und in der Voraussetzung, daß sich bei der Feststellung derselben eine Modification, deren man sich anderweit mit Vortheil bedienen könne, erreichen lassen würde; aber selbst ohne diesen Vorbehalt auszusprechen, war Preußen bereit, mit der Türkei in eine förmliche Allianz zu treten, und ihr, wenn es nöthig sei, mit einem Angriff gegen die beiden andern Mächte zu Hülfe zu kommen.

Die Umstände waren so beschaffen, daß der König selbst auf den Abschluß einer Offensiv- und Defensivallianz drang; er wäre sehr geneigt gewesen, sich mit Joseph II., den er als seinen vornehmsten Gegner betrachtete, noch einmal im offenen Feld zu messen, in einer Verbindung mit der Türkei, durch welche auch Rußland beschäftigt worden wäre[1]).

Und noch viel weiter, als die Instructionen reichten, ließ sich der preußische Geschäftsträger in Constantinopel, der gelehrte Diez, durch den Widerspruch, den er auch so noch bei der Pforte fand, und die Ungeduld, zum Ziel zu kommen, die der König kund gab, fortreißen; er gab nach, daß unter den Ländern, deren Wiedererwerbung man der Pforte versprach, auch die Krim genannt wurde, die schon lange vorher in Besitz genommen war; doch hatte er die Vorsicht, dem Vertrag (20. Jan. 1790) die Bedingung hinzuzufügen, daß die Ratification, die zur vollen Gültigkeit desselben gehörte, erst im fünften Monate zu erfolgen brauche: er meinte, bei derselben könnten die Clauseln ausgenommen werden, die man schlechterdings ablehnen wolle.

In Berlin würde man einen Angriff der Türken auf die Krim nicht ungern gesehen haben, um die Streitkräfte der Russen zu beschäftigen: doch war man weit entfernt davon, der Pforte die Wiedererwerbung derselben zu garantiren; denn dadurch würde man sich die ewige Feindschaft von Rußland zugezogen haben. Hertzberg

1) Aus einer Denkschrift Hertzbergs (bei Schmidt, Zeitschrift Bd. VII, S. 265) ergiebt sich, daß der Minister Gegenvorstellungen gemacht hat.

erschrak nicht wenig über die Clausel. Diez ist von seinem Posten abberufen worden, aber sonst hieß man den Vertrag willkommen. Der König hatte die Idee, daß das türkische Kriegsheer von Bosnien her auf Croatien und Oesterreich selbst losgehen solle, sobald er in den Fall käme, dasselbe von Westen her anzugreifen. Er hoffte selbst, die Türken würden einen bewährten preußischen Offizier, wozu Oberst Götz ausersehen war, an die Spitze ihres Heeres stellen.

In den ersten Monaten des Jahres 1790 schien der Kampf unvermeidlich. Die österreichischen Truppen, die ihren in dem ersten Feldzug gegen die Türken geschwächten militärischen Ruf wiederhergestellt hatten, concentrirten sich nach einem von Laudon entworfenen Plane in Böhmen und Mähren; der Mittelpunkt ihrer Aufstellung war Königingrätz; denn sie zweifelten nicht, daß sie russische Hülfe haben würden.

Nicht eigentlich auf Defensive war es dabei abgesehen, denn noch waren die preußischen Regimenter in ihren Quartieren. Die Verflechtung der Verhältnisse hat Laudon treffend bezeichnet, wenn er später den Zweck der Rüstungen dahin angab, daß er die Niederlande in Schlesien wiedererobern wolle.

Ob dies der Erfolg gewesen wäre, ob Oesterreich russische Hülfe bekommen, ob es dem doppelten Anfall der beiden Feinde, die es am meisten fürchtete, Preußens und der Osmanen, in der Lage, in der es war, hätte Widerstand leisten können, wer will es sagen?

Es ist doch kein Zweifel daran, daß Ungarn den erwähnten Vermittelungsversuchen zum Trotz sich zum Abfall rüstete. Die Ungarn meinten, durch die Verletzung ihrer Verfassung in den Fall gekommen zu sein, die Dynastie für ungesetzlich erklären und sich eine andere suchen zu dürfen. Eine Gesandtschaft traf bei König Friedrich Wilhelm ein, um sich einen deutschen Fürsten zum König auszubitten. Der König empfahl ihnen den Herzog von Weimar, Carl August, der denn, wenn es die Verhältnisse so mit sich gebracht hätten, nicht abgeneigt gewesen wäre, darauf einzugehen.

So wünschten die Magnaten von Galizien nichts mehr, als die Wiedervereinigung mit Polen, wie die Hertzbergische, von dem König adoptirte Combination ihnen verhieß.

Einer der gefährlichsten Momente für die Existenz von Oesterreich, den die Weltgeschichte nachweist. Ein Zusammenstoß schien leicht eine neue Ordnung der Dinge herbeiführen zu können.

In diesem Augenblick war es nun, daß Kaiser Joseph starb. Bei seinem Tod ging ein Gefühl durch die Welt, daß damit die ganze Situation verändert werde.

In Wien hatte man schon seit einiger Zeit gesagt, der Tod des Kaisers sei die einzige Lösung der obwaltenden Schwierigkeiten; selbst der preußische Gesandte zeige sich empört über die Rücksichtslosigkeit, mit der man das Ende seiner Regierung herbeiwünschte. Nicht als hätte man dem Nachfolger mit besonderem Vertrauen entgegengesehen. Die Regierung des Großherzogs Leopold von Toscana hatte ihm unter Denen, die von ihr berührt wurden, keineswegs einen so guten Ruf gemacht, wie der war, deren sie sich in der Literatur erfreute. Aber man bemerkte, er sei friedfertig von Natur und mache keinen Anspruch darauf, ein guter Soldat zu sein; seine Neigung sei auf Handel und Verkehr gerichtet, er werde schon aus dieser Rücksicht das gute Vernehmen mit seinen Nachbarn herzustellen suchen und die Allianz mit Rußland um den Preis des Friedens mit den Türken aufgeben [1]).

Auch in Berlin regte sich eine ähnliche Ansicht. Unter allen Vorbereitungen zum Kriege und den Erwartungen, die man daran knüpfte, sprach doch Carl August, — der sich durch das Anerbieten der ungarischen Krone seine Gemüthsruhe nicht hatte rauben lassen, — die Meinung aus, daß der Tod Josephs und der Eintritt Leopolds in seine Stelle den Krieg überhaupt verhindern werde.

Wie aber, — möchte man fragen, — konnte ein Wechsel in der Regierung den Gegensatz heben, der zwischen beiden Staaten obwaltete? Unmöglich, doch davon war auch nicht die Rede, sondern nur von dem vorliegenden Streit und dem deshalb drohenden Ausbruch eines Krieges zwischen beiden. Wir wissen, einst hatte selbst Kaiser Joseph, der von Jugend auf in dem Gefühl der Feindseligkeit gegen Preußen gelebt hatte, die Anwandlung gehabt, davon zurückzukommen; aber durch die Vorstellung des Fürsten Kaunitz war er dabei festgehalten worden: die folgenden Ereignisse hatten ihn dann mit immer wachsender Animosität erfüllt.

1) Depesche des preußischen Gesandten Podewils 29. April 1789. Il sera porté à cultiver la bonne intelligence et à vivre en bonne harmonie avec ses voisins — on croit pouvoir être sûr d'avance, qu'il sacrifiera son alliance avec la Russie plutôt que devoir l'acheter au prix d'une guerre avec les Turcs.

Kaunitz versäumte nichts, um ähnliche Gesinnungen auch in dem neuen Fürsten zu erwecken: „Ew. Majestät", so schrieb er dem neuen König von Ungarn und Böhmen am 16. März, „fühlt gewiß ebenso gut wie ich, daß nur die Fortsetzung des Krieges gegen die Pforte mit dem möglichsten Nachdruck uns den Frieden mit derselben verschaffen kann und ebensowohl, daß nur die nachdrücklichsten Demonstrationen dem Hofe von Preußen gegenüber denselben im Zaum halten und den wirklichen Kriegsausbruch auf dieser Seite verhindern können [1])." Er beschwört denselben, Alles, was Menschen möglich sei und sich erdenken lasse, zur Herbeischaffung der zu dem Kriege nöthigen Mittel zu thun.

Joseph hatte noch in seinen letzten Tagen seinen Bruder eingeladen, nach Wien zu kommen und ihm als Coregent zur Seite zu treten, ebenso wie er selber einst seiner Mutter. Leopold war entschlossen, darauf nicht einzugehen. Denn entweder würde er mit seinem Bruder vollkommen zerfallen oder als einverstanden mit dessen Maßregeln, die er doch verwerfe, erscheinen und die gute Meinung verlieren, welche an den fremden Höfen von ihm selbst gehegt werde.

Leopold war an und für sich von ruhigerem und vorsichtigerem Naturell als sein Bruder; eine lange Reihe von Jahren hatte er entfernt von der Atmosphäre der Hauptstadt, des leitenden Ministers und des souveränen Cabinets zugebracht. Die Unfälle, die seinen Bruder trafen, hatten ihm einen tiefen und bittern Eindruck gemacht, zumal er als der präsumtive Nachfolger selbst davon betroffen wurde; er verurtheilte die weitausgreifende Politik, durch die derselbe in die widerwärtigste Verwickelung gerathen war und die Hülfsquellen des Landes erschöpft hatte. Leopold wollte nicht erwerben, wie Joseph, sondern nur erhalten. Für die innere Verwaltung hegte er Ansichten, die denen des Bruders nahe verwandt waren; und hatte ihnen schon in Toscana Raum gemacht. Er gehörte zu den reformirenden Fürsten des achtzehnten Jahrhunderts, welche die Mißbräuche der Herrschaft des Adels und der Priester

1) Votre Maj. certainement ne sent pas moins que moi, que ce n'est que la continuation de la guerre la plus vigoureuse des possibles vis-à-vis de la Porte qui puisse nous ramener la paix de leur côté; et en même temps que ce n'est que les démonstrations des mesures les plus vigoureuses des possibles vis-à-vis de la Cour de Berlin, qui puissent la contenir et faire différer au moins une explosion effective de ce côté-là.

abzustellen für ihre Aufgabe hielten; doch ging er nicht gradezu auf das Ziel los, wie sein Bruder, sondern mit Umsicht und kluger Schonung: denn er wollte sich nicht den Haß der mächtigen Magnaten zuziehen. Seine Sympathien galten dem dritten Stande. Auch er beschäftigte sich viel mit der Ausführung national-ökonomischer Entwürfe; doch wollte er dabei nicht das, was er besaß aufs Spiel setzen; als eine seiner vornehmsten Eigenschaften bezeichnete man die Sparsamkeit, der er noch mehr als billig huldige. Wenn er das Militär überhaupt nicht liebte, so nahm er besonderen Anstoß an der Kostspieligkeit des Lascy'schen Systems, das Joseph eingeführt hatte.

Die beiden Brüder hingen, wie die meisten Zeitgenossen, einem System von Gedanken an, das man als das liberale bezeichnet; aber der Liberalismus Josephs war von einer politisch-imperialistischen Natur, der Liberalismus Leopolds hatte eine constitutionelle Färbung; er war selbst mit den ständischen Verfassungen vereinbar. Die Rechte des Volkes bis auf einen gewissen Grad anzuerkennen, erklärte er sich bereit. Und unbedingt nothwendig erschien das jetzt, wenn er das gährungsvolle Ungarn behaupten und der Niederlande wieder Meister werden wollte.

Die Maßregeln, zu denen Belgiojoso, Trauttmannsdorf, d'Alton in den Niederlanden von seinem Bruder bevollmächtigt worden, hatte er von Anfang an gemißbilligt. Von allen Wünschen, die ihn beseelten, war es der lebendigste, das Haus Oesterreich in den Besitz jener seiner Erblande, von denen die Macht desselben ausgegangen war, wiederherzustellen; dazu meinte er nicht durch Fortsetzung des Türkenkriegs im Bund mit Rußland, noch auch durch feindliche Haltung gegen Preußen gelangen zu können, wie ihm Kaunitz vorschlug; in beiden Beziehungen hatte er bereits andere Entschlüsse gefaßt.

Noch vor seiner Abreise von Florenz erklärte er dem an seinem Hofe beglaubigten englischen Gesandten, daß er nichts mehr wünsche, als den Frieden, die Herstellung der allgemeinen Ruhe von Europa, und weit entfernt davon sei, das politische Gleichgewicht stören zu wollen.

Man kann um so weniger an der Wahrhaftigkeit dieser Aeußerungen seiner Gesinnung zweifeln, da er damit die Erwartung, mit englischer Hülfe in den Niederlanden hergestellt zu werden, in Verbindung brachte.

Und eben so entschieden verwarf er die Erneuerung der Feind=

seligkeiten gegen Preußen. Bei dem Zustand der österreichischen Monarchie, ihrer Erschöpfung an finanziellen Hülfsmitteln und an kriegstüchtigen Mannschaften hätte er den Ausbruch des Krieges für ein Unglück von unübersehbaren Folgen gehalten. So sagt er selbst in einem Briefe an seine vertraute Schwester Marie Christine [1]).

Deren Ansicht war, daß alles Unglück von dem engen Bunde mit der Czarina und der hartnäckigen Verfolgung einseitig gefaßter Beschlüsse herrühre.

Sobald Leopold in Wien anlangte, warf er sich in die volle Arbeit, ohne bei den Ministern seines Bruders viel Unterstützung zu finden. Er sagt wohl, er habe sechzehn Stunden des Tags gearbeitet, und sich keine Zeit genommen, Luft zu schöpfen.

Von Allem, was er ins Auge fassen konnte, war das Verhältniß zu Preußen das Wichtigste; schon an sich, denn alle Tage konnte es zu einer Explosion an den Grenzen kommen, durch welche der Krieg eröffnet worden wäre, aber auch deshalb, weil es bei seiner Erhebung auf den kaiserlichen Thron, die nun einmal für die Erhaltung der Autorität des Hauses Oesterreich erforderlich erschien, doch vor Allem auf die Einwilligung des Königs von Preußen, als des mächtigsten unter den Churfürsten, ankam. Er entschloß sich, ein versöhnliches Schreiben an denselben zu richten: mit dessen Abfassung der Staatskanzler betraut wurde.

Durchdrungen davon, daß dabei jedes Wort erwogen werden müsse, machte Fürst Kaunitz einen Entwurf dazu, in welchem alle wichtigen Fragen berührt wurden, der Friede mit den Türken und der deutsche Fürstenbund, so gut wie die bevorstehende Kaiserwahl, in Formen einer Annäherung, aber doch kalt und zurückhaltend, selbst nicht ohne Ausdrücke, die eine Drohung in sich schlossen.

Gleich bei diesem ersten maßgebenden Schritte aber mußte er erleben, daß die Zeiten sich verändert hatten. Aehnliche Entwürfe hatte Joseph immer angenommen; Leopold hielt nicht für gut, dieses Schreiben zu copiren, — worauf Kaunitz antrug, denn eigenhändig mußte es sein; — das Schreiben, das er wirklich erließ, hat einige

1) . . Je flatte encore toujours que la guerre avec le Roi de Prusse n'aura pas lieu; car ce serait en vérité un désastre pour la monarchie dans un moment où épuisé d'hommes et d'argent, de tous les côtés tout renversé et bouleversé tout le monde est mécontent. Brief Leopolds an Marie Christine vom 19. März 1790, bei Adam Wolf, p. 122.

Aehnlichkeit mit dem ihm von dem Staatskanzler vorgelegten, weicht aber doch wesentlich davon ab [1]). Der König Leopold vermeidet darin alle Erörterungen seines Verhältnisses zu Rußland, spricht aber ausführlich von den Niederlanden, denen er eingehende und annehmbare Vorschläge gemacht habe. Er betont sein Erbrecht, welches das Recht aller Souveräne sei. In Bezug auf den Fürstenbund und die drohende Stellung von Preußen überhaupt hält er sich von jedem Ausdruck, welcher verletzen könnte, fern. Der bevorstehenden Kaiserwahl, wegen deren er noch einen besonderen Brief geschrieben hat, gedenkt er vornehmlich mit der Rücksicht, daß er, wenn er sie erlange, dem König von Preußen den Dank dafür schuldig sein werde. Das Schreiben drückt hauptsächlich persönliche Hochachtung und den Wunsch gegenseitigen Vertrauens und guten Vernehmens aus. Ich weiß nicht, ob ich mich irre, wenn ich in dieser ersten, wiewohl sehr unverbindlichen Kundgebung doch einen großen historischen Moment erblicke. Der neu eintretende Herrscher in Oesterreich sah fast die Bedingung der vollständigen Besitzergreifung der Macht, die ihm zugefallen war, in einer Verständigung mit Preußen. Der österreichische Gesandte, Prinz Reuß, überreichte das erwähnte Schreiben Leopolds dem König in besonderer Audienz.

Es traf eben zur rechten Zeit ein. An dem Hofe zu Berlin war man der Verlegenheit inne geworden, welche der Offensivvertrag mit der Türkei hervorrufen konnte. Man war entschlossen, die auf die Krim bezügliche Clausel nicht zu ratificiren. Aber man mußte besorgen, daß das in der Türkei Verstimmung erregen und die freudige Theilnahme schwächen würde, deren man von ihrer Seite zu einem Angriff auf Oesterreich nothwendig bedurfte.

Noch bei weitem schwerer aber fiel es ins Gewicht, daß man des vollen Einverständnisses mit England nicht mehr sicher war.

Bisher hatte diese Macht zu entschiedenen Schritten gegen

1) Mir ist auffallend, daß das Schreiben des Kaisers an den König vom 25. März datirt ist, während die Eingabe von Kaunitz, welcher sein Entwurf beiliegt, vom 26. März ist. Sollte der Staatskanzler gar nichts davon erfahren haben, daß das Schreiben des Kaisers schon abgegangen war? Wahrscheinlicher, daß die Datirung des königlichen Schreibens nicht ganz genau ist. Aus der Ansicht des Originals im Archiv zu Berlin ergiebt sich, daß das Datum undeutlich geschrieben ist. Es kann sehr wohl 26 sein, obgleich man es gleich damals 25 las. Wie dem auch sei, das Factum ist, daß die Fassung des Königs eine andere ist, als die des Staatskanzlers; der Ton ist völlig ein anderer.

Oesterreich und Rußland vorwärts getrieben. Denn um keinen Preis wollten die Engländer das osmanische Reich von den beiden Kaiserhöfen unterdrücken lassen. Noch aber hielten wenigstens die Russen an den umfassendsten Entwürfen der Machterweiterung fest: sie schienen die Errichtung eines dacischen Reichs, wogegen Oesterreich entsprechende Vortheile erlangen sollte, noch nicht aufgegeben zu haben. Wenn nun der neue österreichische Monarch von allen Eroberungsabsichten Abstand nahm, so konnte das bei den Engländern, denen er zugleich die Erneuerung ihrer alten Verbindung antragen ließ, nicht anders, als höchst willkommen sein. Denn es eröffnete den Weg zur Herstellung des Friedens unter Wahrung der bisherigen Staatenverhältnisse. Ohnehin war England nicht für eine türkisch-preußische Offensive gegen Oesterreich; denn eine solche konnte weit über das ursprüngliche Ziel hinausführen. Und nur zur Theilnahme an der Defensive waren die Seemächte durch den Vertrag von Berlin verpflichtet: darüber hinaus wollten sie sich nicht fortreißen lassen.

Eine andere wichtige Meinungsverschiedenheit riefen die Ereignisse in den Niederlanden hervor.

Noch ehe dort die letzte Entscheidung eingetreten war, hatten sich die drei Mächte zu einem in Holland formulirten Entwurfe vereinigt, bei dem jedoch die vornehmste Frage nicht erledigt wurde.

Sie waren und blieben einverstanden, die alte Verfassung im Gegensatz gegen die josephinischen Neuerungen wiederherzustellen: sollten sich aber die Provinzen zu einem unabhängigen Staat erklären, so wollte man darüber zu Rathe gehen, ob die Constitution, die sie sich geben, und die Verhältnisse, in die sie treten würden, dazu angethan wären, sie anzuerkennen: ja oder nein [1]).

Von historischer Bedeutung für alle Folgezeit sind die Erwägungen, mit welchen der preußische Hof, nachdem die Unabhängigkeit erklärt worden, die Anerkennung derselben empfahl. Würden diese Provinzen wieder unter die Herrschaft von Oesterreich zurückkehren, so habe man zweierlei, oder vielmehr eines von beiden zu erwarten. Entweder werde Oesterreich seine alte Politik wieder aufnehmen, und wenn es auch den Austauschungsplan fallen lasse, den Besitz der Provinzen in Verbindung mit Frankreich zu einem

1) Convention vom 9. Jan. 1790. Art. 3. Von dem Entwurfe derselben ist schon in einem Schreiben von Leeds vom 14. Dez. die Rede.

Druck auf Holland benutzen, und England von dem Continent auszuschließen trachten; oder aber wenn es mit Frankreich entzweit sei, so werde es die Seemächte zu einem Krieg fortzureißen suchen, der so blutig werden könne, wie jemals ein anderer [1]).

Im Moment stehen bleibend, dürfte man sagen, daß im Laufe der Zeit das eine und das andere geschehen ist: zuerst das letztere: hauptsächlich die belgischen Verhältnisse haben den Krieg der ersten Coalition zur Folge gehabt; sodann, freilich unter sehr veränderten Umständen, das andere: der Sieg der Franzosen hat die Absicht der Ausschließung der Engländer von dem Continent herbeigeführt.

Die preußische Idee war damals, in den belgischen Provinzen einen unabhängigen Staat zu gründen, der ein neues Glied in der Allianz bilden, und als eine Vormauer derselben, besonders für Holland dienen könne, einmal gegen Oesterreich, welches sie alle bedrohe, aber auch gegen Frankreich, das einst so höchst gefährlich gewesen sei, und es durch die Revolution wieder werden könne [2]).

Ein selbständiges, auf eine kräftige Allianz gestütztes, keineswegs neutrales, aber doch außer Verbindung mit Oesterreich gesetztes und deshalb die Feindseligkeiten der Revolution nicht unmittelbar auf sich ziehendes Belgien, in diesem welthistorischen Augenblick: was hätte dadurch nicht sowohl bewirkt, als verhindert werden können?

Aus den inneren Gährungen Frankreichs tauchten in dieser Zeit zwei verschiedene Richtungen empor.

Es gab noch immer eine Partei, welche, mit dem Hofe einverstanden, die Verbindung mit Oesterreich aufrecht zu erhalten, die Niederlande demselben zu unterwerfen und zugleich Gelegenheit zu finden dachte, das Uebergewicht Frankreichs daselbst zu erneuern. Man vernahm, daß Mirabeau, der sich der Königin näherte und

1) Ministerialschreiben, unterzeichnet Hertzberg, 29. Jan. 1790. „La maison d'Autriche selon sa politique versatile se servira toujours des Pays-bas ou pour dominer selon son systême présent de concert avec la France sur la Hollande et pour séparer par ce moyen l'Angleterre du continent; ou si elle était capable de retourner à son ancien systême elle ne se serviroit des Pays-bas que pour entraîner les deux puissances dans de sanglantes guerres etc.“

2) un rempart et mur de séparation entre la France et la Hollande et qui éloignerait également cette maison imperieuse d'Autriche aussi dangereuse de tous ses voisins, que la France autrefois si redoutable pour la Hollande et qui par les révolutions du temps peut le redevenir.

die engsten Beziehungen zu den Freunden derselben, Mercy und Lamark hatte, in diesem Sinne agitire und eine bewaffnete Intervention vorbereite, die vielleicht unter anderem Schein doch die Herstellung der österreichischen Herrschaft in den Niederlanden bezwecke. Die vorwaltende Meinung in der Nationalversammlung war das jedoch nicht; da rieth man, den Bund mit Oesterreich zu brechen, und die Unabhängigkeit von Belgien anzuerkennen, um einen Bundesgenossen an dem neuen Staat zu gewinnen. Aus dem einen und dem andern Entwurfe nahmen die preußischen Minister ab, daß es dabei zugleich auf eine Unterstützung der holländischen Patrioten und eine neue Umwälzung dieser Republik abgesehen sei, und zogen den Schluß, daß die Tripelallianz den Franzosen in der Anerkennung der niederländischen Unabhängigkeit zuvorkommen müsse. Im Begriffe, mit Oesterreich in Krieg zu gerathen, wollte man in Berlin dieses Mittel der Feindseligkeit festhalten; doch war es nicht allein diese Intention, was dazu vorwärts trieb, sondern eine allgemeine politische Anschauung, die auch abgesehen hievon viele Wahrheit hatte. Man besorgte, das eine und das andere, — die Reunion Belgiens mit Oesterreich, die doch nur durch die demokratische Partei geschehen könne, und noch mehr die Verbindung der neu erklärten Republik mit Frankreich werde den demokratischen Tendenzen das Uebergewicht verschaffen und durch die Erhebung der Patrioten auf Holland zurückwirken, so daß eine allgemeine Verwirrung entstehen müsse. Die seltsame Verflechtung der Verhältnisse bewirkte, daß Preußen den conservativen Principien durch Anerkennung der Unabhängigkeit der belgischen Niederlande zu dienen meinte [1]).

Das war keineswegs der Sinn von England; nicht sowohl, weil die englischen Minister in der allgemeinen Politik andere Anschauungen und andere Erwartungen gehegt hätten, sondern weil ihnen andere in weite Ferne reichende Interessen, die doch hierauf zurückwirkten, vorlagen.

Damals waren an den californischen Küsten zwischen den englischen Ansiedlern und den Spaniern, — denn diese nahmen auch

1) Schreiben des holländischen Gesandten Reede 18. Februar 1790. Le plus grand danger sera une suite de l'anarchie, dans laquelle les 10 provinces doivent tomber, si les alliés ne viennent pas promptement au secours ou à l'appui des nouveaux états par des principes différens. L'empereur, la France, le parti démocrate au Brabant favorise les menées des nos Patriotes rassemblés.

dort die Oberherrschaft in Anspruch, — Thätlichkeiten ausgebrochen, welche an die Vorfälle erinnerten, die dem Krieg von 1740 vorausgingen. Abermals schienen sich die Franzosen der Spanier annehmen zu wollen; die vorherrschende Stimmung in der Nationalversammlung ging auf einen Krieg mit England. Sollten nun die englischen Minister durch die Anerkennung der Unabhängigkeit der Niederlande den Krieg provociren, der sie in ihren maritimen Interessen bedrohte? Zugleich würde man dadurch mit Oesterreich gradezu gebrochen haben. Man hörte Pitt sagen, die Unabhängigkeit der Provinzen anzuerkennen, würde heißen, den Krieg an Oesterreich erklären: ungefähr, wie England selbst vor einigen Jahren den Franzosen die Anerkennung der Unabhängigkeit der amerikanischen Freistaaten als Kriegserklärung ausgelegt hatte.

Außerdem boten die inneren Streitigkeiten in der neuen Republik wenig Sicherheit dar, daß man auf sie werde rechnen können, wenn man sie anerkenne. Eher ließ sich eine solche von der Wiederherstellung der alten Regierung erwarten. Schon war eine Erklärung Leopolds, die er noch vor seiner Thronbesteigung, aber in Voraussicht derselben seiner Schwester zugefertigt hatte, erschienen, in der er sich zur Wiederherstellung der alten Verfassung verpflichtete.

Und das für England wirksamste Moment brachte er zur Sprache, indem er zu erkennen gab, daß er auf jede Gefahr hin seinen Erbanspruch festhalten, im Nothfall sich dafür an Frankreich wenden und diesem sogar einen Theil der Niederlande überlassen würde, lieber als das Ganze zu verlieren.

Unter allen diesen Umständen erschien den Engländern die Herstellung der österreichischen Herrschaft als die beste und einzig zulässige Combination. Während Preußen noch daran dachte, die Emancipation der Niederlande zu einem Hebel seiner Feindseligkeit gegen Oesterreich zu machen, wurde England durch die Besorgniß vor einem unmittelbaren Krieg mit Oesterreich bewogen, von derselben abzusehen[1]).

In den Tagen dieser Entscheidung hat die belgische Regierung den holländischen Generalstaaten die Aufforderung zugehen lassen, sie unverzüglich anzuerkennen: sonst werde man sie als Feinde betrachten: was denn im Haag eine nicht geringe Bestürzung hervor-

1) Leeds an Ewart 26. Februar. Van de Spiegel 177. Gesandtschaftliches Schreiben von Alvensleben 22. Februar.

rief: denn von England durfte sich Holland nimmermehr absondern. König Friedrich Wilhelm mußte besorgen, von seinen beiden Verbündeten verlassen zu werden, wenn er an seiner Absicht unerschütterlich festhielt. Er ließ sie jedoch nicht gradehin fallen. Er erklärte den Belgiern, die Tripelallianz nehme ihr Schicksal in die Hand; ohne ihre Unabhängigkeit anzuerkennen, werde sie doch nie zugeben, daß sie von Oesterreich unterjocht, aber auch niemals, daß sie mit Frankreich vereinigt würden [1]).

Worte, die nicht so entschieden waren, um den Belgiern alle Hoffnung auf die Anerkennung ihrer Unabhängigkeit abzuschneiden; die aber doch bewiesen, daß sich Preußen der englischen Auffassung wahrscheinlich fügen würde.

Und eine ähnliche Stellung nahm England dem preußischen Hofe gegenüber auch in den orientalischen Verhältnissen. Am 12. April liefen in Berlin Weisungen des englischen Ministeriums an den dortigen Gesandten ein, welche die Absicht, den Frieden ohne besondere Rücksicht auf die preußischen Interessen zu erhalten, erkennen ließen. Es gab darin sein Erstaunen über die im Vertrag mit den Osmanen in Aussicht gestellte Offensive gegen Oesterreich kund; England fühle sich durch seine Allianz nicht verpflichtet, eine solche zu unterstützen; seine Intention gehe allein auf die Herstellung des Zustandes, wie er vor dem Frieden gewesen sei, womit die Ausstattung Polens mit Galizien sich nicht vereinbaren lasse; bei keiner der kriegführenden Mächte würde das durchzusetzen sein; die Pforte würde wahrscheinlich lieber den mit Preußen geschlossenen neuen Tractat aufgeben, als sich in die Verluste fügen, welche ihr durch den Austausch ihrer eigenen Provinzen mit Galizien zugemuthet würden. Man forderte den König auf, den Offensivtractat nicht allein nicht zu ratificiren, sondern vielmehr mit England einen Stillstand zwischen Oesterreich und den Osmanen zu vermitteln, bei welchem man auf die Herstellung des alten Besitzstandes bestehe; sollte Preußen hierüber Feindseligkeiten erfahren, so könne es auf die Hülfe von England zählen [2]).

König Friedrich Wilhelm II. empfing diese Eröffnungen nicht ohne Empfindlichkeit. Er meinte darin Eifersucht gegen das Em-

1) Berlin 19. März.

2) Les ouvertures secrètes — et le traité entre la Prusse et la Porte, s'il était ratifié, étaient trop contraires au veritable statu quo, pour servir de base à une négociation apparente de pacification.

vorkommen seines Staates wahrzunehmen. Und gewiß, das Schwergewicht der englischen Politik trat den eigenthümlichen preußischen Tendenzen entgegen. Aber England besaß nun einmal das Uebergewicht der Macht. Das preußische Ministerium erwog, ob man nicht dennoch einen Krieg wagen und auf der gestellten Forderung bestehen solle. Aber man fand nicht, daß es thunlich sei; denn der König würde dabei keine zuverlässigen Verbündeten haben: weder Schweden noch Polen, wahrscheinlich auch nicht die Pforte dürften ihm besondere Dienste leisten [1]).

Allen Bedenken, die man dagegen hatte, zum Trotz, schloß man doch damit, die Vorschläge von England anzunehmen: einmal weil man dadurch den Türken Alles das gewährte, was sie mit Grund fordern konnten, die Herstellung ihres Besitzstandes vor dem Kriege, und sodann, weil man, wofern die Kaiserhöfe diese Bedingung verweigern sollten, was doch sehr möglich war, auf die Hülfe von England würde zählen dürfen; indessen aber könne man die begonnenen Rüstungen soweit führen, um wenigstens dem bereits vorbereiteten feindlichen Angriff mit Erfolg entgegenzutreten. Ein nicht zu übersehendes Ergebniß der Politik war es immer, die Vergrößerungen der beiden benachbarten Mächte, welche das Gleichgewicht erschüttert hatten, verhindert und dadurch die eigene Sicherheit verstärkt zu haben. Die Frage könnte aufgeworfen werden, ob England dieselbe Politik eingeschlagen haben würde, wenn Kaiser Joseph am Leben geblieben wäre: denn eine friedliche Lösung im Orient wäre dann schwerlich mit Sicherheit zu erwarten gewesen.

1) Aus einem Schreiben von Hertzberg vom 13. April. V. M. jugera le mieux Elle-même, si Elle ne risque pas trop d'entreprendre seule la guerre contre deux Puissances aussi formidables et de s'y embarquer avec trois alliés, qui sont tous faibles et peu sûrs; si Elle ne risquerait pas de sacrifier son trésor, son armée, et même des Provinces pour des alliés peu sûrs et apparemment ingrats dans la suite et pour l'espérance incertaine à un agrandissement également incertain; si dans le cas d'un succès heureux il pourrait compenser les sacrifices, qu'Elle sera obligée de faire en hommes et en argent pour parvenir au but, si cette espérance de succès est équivalente aux chances de la guerre et si enfin V. M. pourra faire avancer ses Trouppes et magazins en Silésie d'une manière suffisante et assez à temps pour ne pas ruiner l'armée et les Provinces et pour ne pas être prévenue par les armées Autrichiennes, qui sont assemblées sur les frontières de la Silesie et paraissent être pourvues de magasins et de munitions et prêtes à commencer l'offensive contre V. M.

Das Entscheidende für alle diese Angelegenheiten ist immer der Tod des Kaisers und der Eintritt eines Thronfolgers, zu dem man in England Vertrauen faßte.

Unter dem Wechsel dieser Gedanken und Entschlüsse nun war das Schreiben Leopolds in Berlin eingetroffen; ein Schreiben, welches nicht allein Friedensliebe, sondern auch eine gewisse cordiale Gesinnung athmete, ganz neu in einem österreichischen Monarchen Preußen gegenüber. Man beschloß in Berlin, es auf eine entsprechende Weise zu erwiedern. Friedrich Wilhelm II. dankt in seiner Antwort für das Vertrauen, das ihm Leopold beweise, mit Versicherungen der hohen Meinung, die er von seinem Charakter, seiner Person und seiner Loyalität habe. Seinerseits, sagt er, hege er den Wunsch, sein Volk die Vortheile des Friedens genießen zu lassen, in gutem Verständniß mit seinen Nachbarn zu leben und besonders die Gefühle der Eifersucht auszurotten, welche zwischen Nachbarn gewöhnlich herrsche. Die Rüstungen, die er gemacht, rechtfertigt er mit den Bedrohungen, die er erfahren habe. Den Frieden auf dem Grunde des alten Besitzstandes herzustellen, darauf geht auch er mit Nachdruck ein. Allen Mächten des Nordens und des Orients müsse eine ruhige, ehrenvolle und nicht zweifelhafte Existenz versichert bleiben.

Dergestalt trat in der Mitte der kriegerischen Verbindungen und Rüstungen eine Aussicht zum Frieden ein; wie wenn man inmitten von Sturm und Winterkälte einen Luftzug wahrnimmt, der die wiederkehrende Wärme des Sommers ankündigt.

Neunundzwanzigstes Capitel.

Convention von Reichenbach.

Eine Zeitlang war es freilich noch sehr zweifelhaft, ob nicht die einmal in Gang gesetzte militärische Action gleichwohl zum Ausbruch kommen würde.

Eine österreichische Armee von anderthalbhunderttausend Mann war in Böhmen und Mähren versammelt; an ihrer Spitze stand Laudon, auf den Jedermann mit Vertrauen blickte: und der sich darauf freute, noch einmal in Schlesien zu erscheinen.

So hielt der Staatskanzler Fürst Kaunitz nach wie vor an der bisherigen Politik und der Verbindung mit Rußland selbst mit unbeugsamer Schroffheit fest [1]).

Wenn die Engländer, welche die Absicht hegten, einen Zusammenstoß zwischen Preußen und Oesterreich zu vermeiden, dem Wiener Hofe den Vorschlag zu einem Stillstand machten, um besondere Pacificationen der beiden Kaiserhöfe, des einen nach dem andern, mit den Osmanen zu Stande zu bringen, so war das dem Fürsten Kaunitz, wer könnte sich darüber wundern, im höchsten Grade zuwider. Der englische Gesandte, der nach dem Inhalt der mündlichen Besprechungen eine eingehende Antwort auf seine Vorschläge erwartete, empfing eine solche, die er nur als ablehnend betrachten konnte; — Kaunitz verwarf jede Verhandlung, die ohne Vorwissen Rußlands unternommen werde. Der ungewöhnliche Fall trat ein, daß der fungirende Minister eine eigene, den Absichten seines Fürsten nicht durchaus entsprechende Intention verfolgte. Denn daß der neue Herrscher von Oesterreich das Verhältniß zu Rußland und die Wege seines Bruders zu verlassen wünschte, darüber konnte kein Zweifel sein. Auf die Beschwerden Keiths über

1) Le prince de Kaunitz opine incessamment pour la guerre; so lautet eine am 30. März in Berlin eingegangene Notiz aus Wien.

die ablehnende Antwort des Staatskanzlers bemerkte der Vicekanzler Cobenzl, der das Vertrauen Leopolds besaß: so abfällig, wie es scheine, sei sie doch nicht gemeint; höchst friedfertig seien die Absichten seines Königs; auch für Preußen bereite man eine eingehende Antwort vor. Laßt sie nur, sagte Keith, nicht durch den Fürsten abfassen: wäre es Gold, was geschrieben werden soll, so würde es unter seinem Dictat zu Blei werden. Cobenzl versetzte, daß man die schriftlichen Erklärungen durch mündliche Erläuterungen ergänzen könne. Der Gesandte erwiederte, man werde in London doch nur von der schriftlichen Erklärung des Haus-, Hof- und Staatskanzlers Notiz nehmen: im vorliegenden Falle lasse sich den Türken gar nicht einmal das Anerbieten des Stillstandes machen, wenn man nicht wisse, daß ein solcher von Oesterreich, auch in dem Falle, daß ihn Rußland zurückweise, angenommen werden könne. Damals aber ließ sich nicht erwarten, daß Rußland, das seine Saiten noch sehr hoch spannte, auf den Stillstand eingehen würde; Potemkin, dessen alte Pläne wir kennen, war mächtiger als jemals. Sollte der Versuch eines Waffenstillstandes, auf den man die Pacification zu begründen dachte, nicht ganz aufgegeben werden, so mußte man in Oesterreich den Entschluß fassen, auf dem Einverständniß mit Rußland nicht zu bestehen. Leopold war dazu geneigt, aber er verzweifelte, den Widerspruch des Staatskanzlers zu brechen. In seiner bedachtsamen, nach allen Seiten Rücksicht nehmenden Art und Weise konnte er es nicht über sich gewinnen, denselben aus den Geschäften zu entfernen: er gerieth auf eine sehr außerordentliche Auskunft. Er ließ sich zu einer schriftlichen Weisung in Form eines Ersuchens herbei, die dahin lautet, daß der englische Gesandte seinen diplomatischen Verkehr auf die gewohnte Weise mit dem Fürsten Kaunitz fortsetzen, jede Antwort aber, die er von demselben empfange, zuerst an Cobenzl mittheilen möge, der ihm über Alles, was ihm darin anstößig sei, eine authentische Erklärung aus dem Munde des Königs verschaffen werde [1]). Sir Robert Murray Keith ließ sich das, wiewohl nicht ohne Bedenken, gefallen: gleich das Schreiben, das er in der Hand hatte, gab er dem Vicekanzler. Dieser ver-

1) You are requested by the King of Hungary to follow the usual mode of communication through Prince Kaunitz; but to put into my hands his answers, whatever they are and to wait till I give you a particular explanation from the mouth of my sovereign of whatever may be harsh or ambiguous in those answers. — Worte Cobenzls bei Keith. Memoirs I, 291.

sprach ihm ein anderes zu schicken, welches Alles das enthalten solle, was er jetzt mit ihm abgemacht habe. „Sehr wohl", sagte Keith, „Fürst Kaunitz wollte nicht mit mir unterhandeln. Dafür wird er jetzt von der Unterhandlung ausgeschlossen." Es wird sich bald zeigen, schreibt er an einen seiner Freunde, wieviel ich gewonnen habe, indem ich die widrige Dazwischenkunft des Fürsten vermeide. Er meint, allerdings vorschnell, darin bereits das Ende der politischen Laufbahn des Fürsten zu erblicken: nur, sagt er, müsse man das Verhältniß zur Ehre des Hauses Oesterreich geheim halten.

In allen Einzelnheiten ist das nun wohl dem Fürsten Kaunitz nicht bekannt geworden, aber unmöglich konnte ihm entgehen, daß er das Vertrauen des neuen Herrn nicht besaß. wie das des frühern. Im April 1790 hat er seine Entlassung, wie er sich ausdrückt, seine Retraite angeboten. Der König schickte ihm seinen Sohn, den Erzherzog Franz, zu, um ihm dies Vorhaben auszureden, denn man müsse das Aufsehen vermeiden, das ein solcher Schritt hervorbringen würde; und dem gelang es denn auch, den Fürsten zur Zurücknahme seines Gesuches zu vermögen. Damit war aber das gegenseitige Vertrauen nicht hergestellt; die obersten Organe des Staates befanden sich im Widerspruch mit einander. Die allgemeine Geschäftsführung blieb in den Händen des Staatskanzlers, er beharrte bei der alten Politik, und in den amtlichen Erlassen herrschte die Sinnesweise vor, von der dieselbe ausgegangen war. Der Vicekanzler Cobenzl dagegen und der Referendar Spielmann, der in dessen Zimmer mitarbeitete, vertraten die abweichenden persönlichen Absichten des neuen Monarchen.

Die Meinung des Staatskanzlers war, alles Eingehen auf die englischen oder gar die preußischen Vorschläge aufzuschieben, bis man sich mit Rußland verständigt und den Türken noch einige Verluste beigebracht habe, durch welche sie zu einem Frieden, wie man ihn brauche, genöthigt werden könnten; für diesen Fall war er bereit, in die Schleifung sämmtlicher genommenen festen Plätze zu willigen, ausgenommen jedoch Orsowa, welches wichtiger als selbst Belgrad sei und für Oesterreich behauptet werden müsse. Unter diesem Vorbehalt lasse sich den Türken ein Friede anbieten, welcher ebenso gut sei als der ihnen von Preußen in Aussicht gestellte. Seine Seele verlangte nach einer raschen Beendigung des Krieges in Verbindung mit Rußland, durch die man freie Hände gegen Preußen erhalten hätte.

Wohl wußte man in Berlin, daß Leopold diese Politik nicht

mehr vollkommen theile; aber in Allem, was zur öffentlichen Kunde kam, herrschte sie vor; sie war die durch das Verhältniß zu Rußland gebotene. Wer wollte dafür stehen, daß sie nicht doch den wahren österreichischen Gedanken ausdrücke und zuletzt die Oberhand behalten werde?

Und selbst wenn es den Engländern gelang, das Aeußerste zu vermeiden, so fehlte doch viel daran, daß sie durch ihre Unterhandlungen Vertrauen erweckt hätten. In Berlin fürchtete man die Arglist der alten Gegner und die Unzuverlässigkeit der vermeinten Freunde; wären sie einig geworden, so würde Preußen dem vereinten Willen Englands und Oesterreichs unterworfen gewesen sein [1]).

Eigentlich waren es beide Eventualitäten zugleich, die kriegerische und die friedliche, die eine der Politik des Staatskanzlers und die andere der des Königs Leopold entsprechend, gegen welche Friedrich Wilhelm II. Stellung nahm, als er sich entschloß, ins Feld zu rücken.

Eines der vornehmsten Motive dabei war, daß die Ratification des Vertrags mit den Osmanen, namentlich nach Weglassung der anstößigen, gegen Rußland gerichteten Clauseln, erst dann die Wirkung, die man erwartete, eine Abkunft, wie sie Kaunitz vorschlug, zu verhindern, haben konnte, wenn sie mit einer großen militärischen Demonstration verbunden wurde. Man mußte die Osmanen in ihrem Widerstand gegen die beiden Kaiserhöfe bestärken, um Preußen nicht in die Gefahr gerathen zu lassen, von diesen selbst angegriffen zu werden. Man mußte Oesterreich nöthigen, seinen Frieden für sich selbst zu schließen und sich von Rußland loszureißen [2]).

Es hatte bis in den April gedauert, wie König Friedrich Wilhelm versichert, ehe er ein einziges Regiment aus seinen Standquartieren rücken ließ. In Mai sammelte sich eine ansehnliche Armee in der Nähe der schlesischen Gebirge. Der König selbst mit dem thätigsten seiner Cabinetsminister Hertzberg begab sich dahin: der Herzog von Braunschweig fehlte nicht, noch auch der Herzog von Weimar. Die Armee erschien in ihrem vollen, von Friedrich

1) So entnehmen wir mit aller Zuverlässigkeit aus einem Briefe Bischoffwerders an Karl August 25. April 1790: „wir wären in wenig Monaten gänzlich ihren und ihres Freundes Leopolds Willen unterworfen gewesen. Vielleicht bereuen sie bald ihre Untreue.“

2) de rompre avec la Russie et de faire sa paix séparément. So sagten die Vertrauten und die Minister, Heinitz schien es zu bestätigen. Weyland an Karl August 6. Juni.

ererbten und durch die holländische Expedition vermehrten Glanze. In ihrer Mitte erhob sich, wie sich denken läßt, der lebhafte Wunsch, noch einmal einen ernstlicheren Waffengang gegen Oesterreich, als der von 1778 gewesen war, zu unternehmen. Gewiß bot ein solcher auch Laudon gegenüber, der überdies bald darauf von einer tödtlichen Krankheit heimgesucht wurde, die günstigsten Aussichten dar. Die innern Irrungen, vor Allem die zweifelhafte Haltung der Ungarn, die sehr bedrängte Lage der Finanzen, das mit dem Regierungswechsel verbundene Schwanken der Politik und selbst der militärischen Verwaltung, konnten nicht anders, als die Widerstandskraft Oesterreichs schwächen.

Der Ausbruch des Krieges wurde nur dadurch verhindert, daß die Engländer von keiner Offensive Preußens hören wollten. So weit jedoch waren sie einverstanden, daß Oesterreich zur Annahme des vorgeschlagenen Stillstandes, ohne Theilnahme von Rußland, also zugleich zu einer Auflösung der Allianz, welche in dem letzten Jahre Europa am meisten in Bewegung gesetzt hatte, genöthigt werden sollte. Auf diese Pacification also kam es an: mit Freuden warf sich Hertzberg in die Verhandlungen, die noch einen freien Spielraum für seine Entwürfe darboten. Denn mit der Herstellung der alten Territorialverhältnisse durch den Frieden nahm es England doch nicht so genau, daß nicht noch weitere Combinationen möglich geblieben wären [1]).

Preußischer Seits konnte man an eine Idee anknüpfen, die bereits Joseph gefaßt hatte, und auf die dessen Nachfolger in seinen Mittheilungen nach Berlin den größten Werth legte. Er dachte die Grenzen des Passarowitzer Friedens, die durch die spätern Verträge beträchtlich eingeschränkt worden waren, wieder zu gewinnen, so daß Oesterreich Belgrad und Serbien behauptet hätte. Hertzberg war geneigt, dies zu befürworten; er sah darin zugleich die will-

1) Bericht Hertzbergs an den König v. 28. Mai 1790: . . . les premières feuilles consistent dans une apologie de la conduite et des principes, que la Cour de Londres a suivis jusqu'ici, pour ne vouloir négocier ni assister V. M. que sur les principes du Statu quo; cependant elle veut aussi admettre quelque plan modifié, par lequel l'état essentiel et la force des puissances belligérantes, surtout de la Porte ne soit pas changé; ce qui revient en effet à nos projets de conciliation. Elle a même déjà chargé le Sr. Keith de demander et de négocier un armistice à Vienne sur ce principe, en supposant que V. M. ne ratifierait pas le traité du Sr. Dietz et n'insisterait pas sur l'indépendance absolue des Pays-Bas.

kommene Gelegenheit, durch eine besondere Abkunft mit dem Wiener Hofe den einmal ergriffenen Plan eines Austausches von Thorn und Danzig gegen einige galizische Districte nun dennoch durchzuführen.

Seine Vorschläge waren schon sehr herabgestimmt. Er forderte nicht mehr ganz Galizien für Polen, noch auch Großpolen für Preußen; — denn den Türken ließen sich keine Abtretungen an Oesterreich zumuthen, die das Erste gerechtfertigt hätten. Aber auch sein modificirter Plan schloß einen erheblichen Vortheil für den eigenen Besitz und das beabsichtigte Bundesverhältniß ein. Hertzberg hatte Grund zu der Erwartung, daß Oesterreich einen solchen annehmen werde, wenn es seinerseits ebenfalls dabei eine Erwerbung mache; er hoffte dann auch auf das Einverständniß Englands.

Hiedurch wurde es nun zur vornehmsten Frage, ob man an der Herstellung der Grenzen gegen die Türken, wie sie vor dem letzten Krieg bestanden, festhalten oder über eine Modification derselben, die ebenso vortheilhaft für Oesterreich wie für Preußen wäre, übereinkommen werde.

König Friedrich Wilhelm trug in Wien auf eine besondere Unterhandlung über die streitigen Punkte und zugleich auf Einstellung der Feindseligkeiten gegen die Türken an; denn diese sollten den Nutzen seiner Verbindung mit ihnen thatsächlich erkennen. Vor allen Dingen drang er auf eine rasche Entscheidung, für die er eine Frist von drei Wochen festsetzte; denn es würde lächerlich sein, wenn er an der Spitze einer Armee sich hinhalten ließe: er würde die Zeit ohne Nutzen verlieren, ungeheure Ausgaben machen und sein Kriegsheer widrigen Zufällen aussetzen, durch die es geschwächt zu werden Gefahr laufe [1]). Hertzberg that ihm Genüge, wenn er sich stark und energisch in diesem Sinne aussprach.

Beides, die Aufstellung der Armee und die drohende Sprache, wirkte zusammen, um an dem Hofe zu Wien eine Entschließung hervorzurufen. Unter dem Eindruck, daß eine längere Zögerung vielleicht doch noch den Krieg zur Folge habe, versammelte sich das Conferenzministerium in Wien ohne Kaunitz, der niemals persönlich

1) Der König an Hertzberg d. d. Rikertz 14. Juni 1790: je ne peux consentir qu'ils gardent Belgrade, et les Turcs encore moins; et je ne me départirai pas de leur faire rendre un bon district de la Galizie aux Polonais, et sur toutes choses il m'importe que tout se décide en moins de 3 semaines; car je ne veux pas perdre mon temps et dépenser inutilement des sommes énormes en affaiblissant mon armée par la désertion et des maladies.

erschien, aber in Gegenwart des Königs und des Erzherzogs Franz am 15. Juni 1790. Anwesend waren der Obersthofmeister Fürst von Starhemberg, Feldmarschall Graf von Lascy, Oberstkämmerer Graf von Rosenberg, der Feldmarschall Laudon, Hof- und Staats-Vice-Kanzler Graf von Cobenzl und der Staatsreferendarius Spielmann. Der Letzte war bereits bestimmt, in das preußische Hauptquartier abzugehen; man hatte nur festzusetzen, welche Instruction ihm ertheilt werden solle. Und da war nun der allgemeine Beschluß ein den preußischen Anträgen sehr entgegenkommender. Die Conferenz vereinte sich zu der Meinung, daß Danzig und Thorn an Preußen überlassen, die Polen dafür durch einige von der Türkei abzulösende Bezirke, und wenn es nicht anders sei, selbst in Galizien entschädigt werden sollten. Im Allgemeinen ward der Vorschlag einer modificirten Herstellung des alten Besitzstandes adoptirt; man erwog hauptsächlich, was man sich dabei zu bedingen habe und setzte es in verschiedenen Gradationen mit Genauigkeit fest. Man gab sogar der Hoffnung Raum, Türkisch-Croatien, das noch nicht eingenommen war, erwerben zu können: nur müßte diese Erwerbung vor der Ausführung der anderweitigen Stipulationen stattfinden. Die Vorschläge gingen nicht grade weit über das Maß dessen hinaus, was Kaunitz selbst im schlimmsten Falle den Türken anzubieten für nothwendig gehalten hatte. Aber in hohem Grade mißfiel ihm, daß doch von Abtretungen in Galizien die Rede war, die leicht sehr bedeutend ausfallen konnten. Er machte mannichfaltige Einwendungen gegen das Ganze und gegen die einzelnen Bestimmungen. König Leopold würdigte dieselben jedoch keiner besonderen Beachtung. Er erklärte dem Fürsten, daß Oesterreich leider nicht im Stande sei, es auf einen Krieg mit Preußen ankommen zu lassen und zur Erhaltung des Friedens in alle nur irgend anständigen Bedingungen willigen müsse [1]). Wenn dann auf dieser Grundlage die von Spielmann einzuhaltende Methode der Verhandlungen anzugeben war, so sieht man bei jedem Schritt, wie schwer das dem Fürsten Kaunitz fiel. Am liebsten wäre es ihm gewesen, wenn die Sendung eines Abgeordneten gänzlich vermieden worden wäre; denn scheine es

1) Marginalbemerkung Leopolds auf das Schreiben des Fürsten Kaunitz v. 16. Juni 1790: „Ich bin Ihnen für die Mittheilung Ihrer Wohlmeinung sehr verbunden. Unsere innerlichen Umstände sind aber leider so beschaffen, daß wir alle nur einigermaßen anständige Mittel anwenden müssen, um einen Bruch mit Preußen abzuhalten. Leopold."

nicht, als ob man Preußen gleichsam um Gnade bitte; und wie dann, wenn der Gesandte, — was sehr möglich — unverrichteter Sache zurückgehen müsse? Er entwarf ein Schreiben an den König von Preußen: noch immer in sehr herben Ausdrücken, wobei er die Nothwendigkeit einer mit Rußland zu nehmenden Rücksprache betonte und die Einwendungen erneuerte, die er in Bezug auf Galizien gemacht habe: die Forderung, welche Preußen aufstelle, betreffe nicht einen Theil dieses Landes, sondern umfasse die Hälfte desselben; die andere werde dann auch nicht zu behaupten sein. Daß Preußen sich vergrößern und die den Polen zu gewährende Compensation aus österreichischem Besitz genommen werden sollte, war ihm ein unerträglicher Gedanke. Ein Moment, wenn wir nicht irren, von hoher historischer Bedeutung. Der alte Staatsmann, der die politische Welt aus den Angeln gehoben hatte, um Preußen niederzukämpfen, wie einst durch seine französische, so später durch seine russische Allianz — indem er beide Höfe ihrer Verbindung mit der preußischen Krone entfremdete; dem es immer gelungen war, den Kaiser Joseph bei diesem System festzuhalten, erlebte nun, daß es von dem Nachfolger auf dem Thron verlassen wurde. Denn, indem Oesterreich nach einer Erweiterung seiner Gebiete trachtete, gerieth es in Gefahr, die zu verlieren, welche es besaß. Kaunitz war bei dem System der Allianzen zu sehr betheiligt, als daß er seinen Standpunkt hätte aufgeben sollen: er sah die Lage noch nicht für so verzweifelt an, um sich dazu zu entschließen. Allein Leopold, der die bisherige Politik niemals gebilligt hatte, hielt das nun einmal für nothwendig und schlug seinem Staatskanzler zum Trotz die Wege dazu ein. In dieser Veränderung darf man ein europäisches und deutsches Ereigniß sehen. An der starken Haltung der preußischen Macht und ihren Verbindungen brachen sich die Bestrebungen der österreichischen Politik. Der Nachfolger des großen Friedrich zeigte sich, indem er es dahin brachte, seiner Stellung gewachsen.

Wenn nun aber die österreichische Feindseligkeit zurückzutreten anfing, so mußte das naturgemäß auch in der preußischen Politik eine Umwandlung hervorrufen.

In denselben Tagen, als man in Wien die Lage der Dinge überlegte und darüber beschloß, wurde sie auch zwischen König Friedrich Wilhelm II., der sich in Rickerts oder Schönwalde, und Hertzberg, der sich in Reichenbach aufhielt, in Erwägung gezogen. Noch waltete der Plan der Territorialerweiterung an der Weichsel und der dadurch bedingten anderweiten Ausgleichungen vor: der König

wurde darin durch die Ankunft eines polnischen Magnaten, des Grafen Morski, im Hauptquartier, bestärkt, der zugleich im Namen eines galizischen Comité's auftrat und die Versicherung gab, daß man in Polen die preußischen Forderungen, Thorn und Danzig und einen weiteren Bezirk bis an die Obra und Wartha, bewilligen werde, wofern der König ihnen Galizien verschaffe; die Abtretung an Preußen werde im Verhältniß mit dem Maß der Erwerbungen stehen, die Polen in Galizien machen würde. Morski war von einer Anzahl von Mitgliedern des polnischen Reichstags mit Vollmacht versehen und zu dieser Erklärung autorisirt. Die Absicht war damals, daß die Polen neutral bleiben, aber doch waffnen und eine Stellung nehmen sollten, durch welche die linke Flanke der preußischen Armee gedeckt wurde. So lange eine Auskunft ungewiß war und im Weiten lag, hielt man für nothwendig, sich umfassend für den Krieg vorzubereiten.

Am 25. Juni traf Spielmann in Breslau ein. Er brachte ein Schreiben Leopolds an Friedrich Wilhelm mit, welches in Widerspruch mit der von dem Staatskanzler festgehaltenen Gesinnung nichts, als Annäherung und Friedfertigkeit athmete. Leopold sagt darin, das deutsche Reich und Europa verehre in Friedrich Wilhelm einen Fürsten, der seine Macht nur zur Behauptung einer gerechten Sache, seiner eignen Würde und zum Zweck des Friedens anwende; so sei auch er gesinnt. In dieser neuen Art von Ehrgeiz würden sie fortan wetteifern und sich zu vereinigen haben. — In demselben Sinne ließ sich nun auch Spielmann vernehmen. Sein Auftrag war, entweder die Herstellung des Zustandes vor dem Kriege im strengsten Sinne anzunehmen, oder auch eine nur annähernde, sofern sie dazu diene, eine gegenseitige Verständigung zwischen Preußen und Oesterreich herbeizuführen. Das Letztere bildete den vornehmsten Zweck seiner Sendung und der Unterhandlungen. Auch dem König erschien es als das Rathsamste. Er wies Hertzberg an, nur mit Spielmann allein zu verhandeln: die Repräsentanten von England und Holland sollten für's Erste in Breslau verbleiben; denn diese würden sonst ihren Einfluß für den stricten Status quo — so drückte man sich aus — geltend machen. Ueberdies wollte man nicht, daß die Besprechung die Gestalt eines Congresses gewinne, was Aufsehen erregen und auch die Ungarn stutzig machen könnte.

Am 26. Juni fand nun die Conferenz zwischen Hertzberg und Spielmann statt.

Spielmann begann damit, eine nähere Angabe über die von den Polen zu bewilligenden Abtretungen an Preußen zu verlangen. Hertzberg schätzte die Zahl der Einwohner auf 120,000, den Betrag der Einkünfte auf 600,000 Rthlr., die letzten absichtlich etwas zu hoch, um den Polen dagegen eine größere Entschädigung zuwenden zu können. Spielmann kam dann auf die für Oesterreich von der Türkei zu fordernden Zugeständnisse, bei deren Bestimmung man außer dem Verlust, den diese Macht in Galizien erlitt, auch den aus dem Handelsverkehr für Preußen erwachsenden Vortheil berechnen müsse. Hertzberg versetzte, daß doch ein Vortheil für Preußen von vornherein vorausgesetzt worden sei, und dieser zu wenig bedeute, um in Betracht zu kommen; — er forderte nun seinerseits Spielmann auf, ihm die Prätensionen anzugeben, welche Oesterreich an die Türken mache. Spielmann verlangte die Grenzen des Friedens von Passarowitz und Türkisch-Croatien. Dabei war denn am meisten von Belgrad die Rede. Spielmann bemerkte, für König Leopold sei es ein Ehrenpunkt, Belgrad zu behaupten. Hertzberg erwiederte, bei der mit der Türkei eingegangenen Verbindung bilde es auch für König Friedrich Wilhelm einen Ehrenpunkt, sie dieses wichtigen Platzes nicht berauben zu lassen. So weit am Vormittag. Am Nachmittag kam man nun näher auf die in Galizien den Polen zu machenden Abtretungen. Spielmann brachte eine auf Anordnung Laudons aufgenommene Militärkarte zum Vorschein, auf der einige Landstriche, die man abzutreten geneigt sei, bezeichnet waren; diese waren aber so zerstückelt und von so geringem Ertrag, daß Hertzberg der Meinung war, dagegen würden die Polen die beiden Städte an Preußen nicht aufgeben. Er forderte wenigstens Brody und die Salzwerke von Wiliczka: im weiteren Verlauf des Gesprächs überhaupt, die Kreise Zamoisk, Zolkiew, die Hälfte des Kreises Brody, mit Inbegriff dieser Stadt, und die Salzwerke von Wiliczka; sie sollten an die Republik Polen übergehen, unter der Bedingung, daß diese dagegen Danzig und Thorn und einen benachbarten Grenzstrich an Preußen überlasse.

In Wien, wohin ein Courier mit diesen Vorschlägen abging, wies man sie, vorbehalten einige Abänderungen, nicht zurück; und es gewann in der That den Anschein, als ob es dem unermüdlichen Hertzberg mit der Durchführung seines Planes gelingen würde. Graf Morski zeigte sich nicht ganz unzufrieden mit der Abkunft;

und Hertzberg zweifelte nicht, die Polen würden einschlagen, da man ihnen bei weitem mehr biete, als man von ihnen verlange. Eine Gestaltung territorialer Aussichten, die man versucht sein könnte, näher zu entwickeln. Oesterreich und Preußen würden beide nicht unbedeutende Vortheile erlangt haben, und zwar solche, auf die es dem gemeinsamen deutschen Interesse eben ankam. Aber auch Polen hätte eine haltbare Stellung gewonnen und bei der Tripelallianz, an die es alsdann mit starken Banden geknüpft worden wäre, Schutz gefunden. Rußland würde auf den beiden Seiten, nach denen hin es vordrang, aufgehalten, keineswegs gefährdet, aber auf das bereits Erworbene beschränkt worden sein. Das Gleichgewicht im Norden wäre gewahrt geblieben.

Um aber einen so umfassenden Plan durchzuführen, hätte Friedrich Wilhelm denselben mit aller möglichen Entschiedenheit ergreifen, seine Verbündeten von der Tripelallianz hätten ihn adoptiren, die anderen Betheiligten ihn billigen müssen. Grade bei Denen jedoch, die durch die Combination am meisten gefördert worden wären, fand sie den meisten Widerstand.

Wie schwer es werden würde, bei den Polen die Abtretung der beiden Städte durchzusetzen, hatte sich schon bei den im Frühjahr 1790 gepflogenen Negotiationen über eine Allianz gezeigt. Die Polen wünschten eine solche auch deshalb, um für einige kurz vorher in ihrer Staatsverfassung gemachte Veränderungen, welche Rußland nicht angenehm sein konnten, die Beistimmung und Unterstützung anderer Mächte, vor Allem Preußens zu gewinnen. Man hätte meinen sollen, die Abtretung der beiden einst dem Deutschen Orden entrissenen Städte gegen die Zusage einer überwiegenden Entschädigung aus altpolnischem Gebiete würde als Preis für diese Allianz zu erlangen gewesen sein: der damalige preußische Minister in Warschau, Lucchesini, schmeichelte sich, es dahin zu bringen. Man giebt ihm jedoch Schuld, die Sache nicht gehörig vorbereitet zu haben: bei der Unterhandlung ist die Abtretung gar nicht vorgeschlagen worden, weil dies den Gegnern der herrschenden Partei einen Anlaß geben würde, diese als preußisch gesinnt zu verdächtigen [1]). Die Allianz, die für Preußen in seinem Gegensatz

1) Vgl. seine Denkschrift über das zwischen Preußen und Polen im Jahre 1790 geschlossene Bündniß (Schmidt Zeitschrift VII. 261). Man darf nicht übersehen, daß er aus dem Gedächtniß, und um sich zu rechtfertigen schrieb.

gegen Rußland und Oesterreich an sich vielen Werth hatte, wurde abgeschlossen, ohne daß der beiden Städte Erwähnung geschehen wäre. Hertzberg ließ es sich gefallen, weil die Ausführung seines Planes unter den damaligen Umständen auch aus anderen Gründen nicht zu erreichen stand. Jetzt aber gewann es den Anschein, als ob die Unterhandlungen mit Oesterreich dahin würden führen können: jetzt mußte die Sache in Polen offen zur Sprache kommen. Es geschah mit Hertzbergs eigener Beistimmung, daß Lucchesini von Warschau nach Reichenbach herbeibeschieden wurde, um vollkommen unterrichtet und dadurch in Stand gesetzt zu werden, um so besser auf den Reichstag einzuwirken. Ein besonderer Anlaß zu dieser Berufung lag in einem Krankheitsanfall, von dem Hertzberg heimgesucht wurde und der sich anfangs sehr gefährlich anließ, aber bald vorüberging. Ohne allen Grund war es wohl nicht, wenn man meinte, Lucchesini solle den Minister nöthigenfalls ersetzen.

Als Lucchesini ankam, gab er im Gegensatz gegen Hertzberg die Ueberzeugung kund, daß der Plan des Austausches bei den Polen nimmermehr zu erreichen sein werde; so stark sei die Gegenwirkung einer Partei, welche eine enge Verbindung mit Preußen überhaupt nicht wünsche. Auf Friedrich Wilhelm machte das um so größeren Eindruck, da er durch einige kleine Vorfälle gegen die Polen verstimmt war; er bezeichnete sie als Menschen ohne politischen Sinn und Charakter, welche nicht zu schätzen wüßten, was er für sie thue.

Aber auch nach jeder andern Seite hin wurden dem Könige diese Verhandlungen bereits sehr widerwärtig.

Denn abgesehen von den Polen, wie wollte er die Abtretungen, welche Oesterreich verlangte, wie man denn in Wien auf Belgrad und Türkisch-Croatien bestand, bei den Türken durchführen? Wie ließ sich ein solcher Antrag mit der Zusage, die er dem Diwan gemacht hatte, dem osmanischen Reiche die alten Grenzen wiederzuverschaffen, vereinbaren? Die Abweichung davon, welche Oesterreich forderte, war zu stark, als daß sie in der Form einer bloßen Grenzregulirung hätte durchgebracht werden können. Der König mußte befürchten, daß er die Polen nicht gewinnen und die Türken sich entfremden würde.

Und sehr lebhaft war das Mißtrauen, welches durch das doppelsinnige Verhalten Oesterreichs in Friedrich Wilhelm II. erweckt wurde. Wenn die Bevollmächtigten in Reichenbach, Spielmann und der Fürst Reuß, versicherten, daß der Wiener Hof ge-

willt und in der Lage sei, ohne Zuziehung des russischen abzuschließen, so vernahm man doch auf der andern Seite, daß der Prinz von Coburg mit Potemkin in Verhandlung stehe, um den gemeinschaftlichen Frieden der beiden Kaiserhöfe mit den Türken zu Stande zu bringen. In Reichenbach und Jassy zugleich zu verhandeln, erschien als ein offenbarer Widerspruch: unmöglich konnte Beides Hand in Hand gehen. Der König argwöhnte, man benutze seine vertraulichen Eröffnungen, inwiefern sie Anerbietungen zum Nachtheil der Osmanen enthielten, um diese zu einem Abschluß mit Rußland und Oesterreich geneigter zu machen[1]); das angebliche Mißverständniß zwischen beiden solle nur dazu dienen, um ihn zu täuschen.

Noch ehe der Courier mit den letzten Entscheidungen aus Wien eintraf, faßte Friedrich Wilhelm II. den Entschluß, von einer Unterhandlung, wie die in Gang gesetzte war, abzustehen und einfach auf die Herstellung des Status quo zurückzukommen.

Noch einmal hatte ihm Hertzberg vorgestellt, daß unter den verschiedenen Wegen, die Sache zu Ende zu führen, die von ihm eingeleitete Negotiation der beste sei, da sie zugleich dem preußischen Staate einen namhaften Vortheil bringen würde. Darauf antwortete der König am 29. Juni, daß es ihm doch sehr zweifelhaft scheine, ob die Türken die Grenzen des Friedens von Passarowitz wirklich annehmen würden: sollten sie sich aber überhaupt weigern, Cessionen zu machen, so müsse Oesterreich genöthigt werden, sich einfach mit der Herstellung der alten Grenzen zu begnügen; Entschädigung für die Kriegskosten würde man sich selber suchen müssen.

Hertzberg wußte nicht, wie wenig Beifall seine Negotiationen überhaupt fanden. Denen, die den Frieden wollten, wie den Gesandten von Holland[2]) und England, mißfielen sie, weil Hertzberg zuviel fordere und dadurch Alles zweifelhaft mache. Denen aber, die den Krieg wünschten, wie den Offizieren der preußischen Armee, waren sie noch widerwärtiger: denn dadurch werde derselbe hinausgeschoben, vielleicht bis in eine Jahreszeit, wo er nicht mehr geführt werden könnte. Friedrich Wilhelm II. theilte die Gefühle seiner

1) pour parvenir avec la Porte à une paix particulière et précipitée, en prévenant la conclusion de la négociation de Reichenbach. Friedrich Wilhelm II. an Jacobi-Klöst 19. Juli.

2) Der holländische Gesandte sagt: C'est Monsieur de Hertzberg qui pour avoir trop voulu, les a gâtées; aussi n'y-at-il qu'une voix contre lui. Il est encore un moyen; Dieu veuille le bénir, tout ce que les efforts des hommes peuvent faire, sera fait.

Offiziere; wie die Dinge einmal standen, zweifelhaft und nicht ohne Gefahr, wäre es ihm lieber gewesen, mit Oesterreich zu schlagen. Er dachte dabei auf Belgien und Schweden zählen und sich auf den Rückhalt der beiden Verbündeten lehnen zu können. In diesem Augenblick forderten ihn die Ungarn auf, mit Bezug auf ein altes Abkommen zwischen Ungarn und den deutschen Kurfürsten (von 1606) ihre Constitution zu garantiren. Friedrich Wilhelm zweifelte nicht, daß sie auf seine Seite treten würden[1]). Politisch so wie militärisch fühlte er sich dem König Leopold überlegen. Dagegen schienen ihm die langwierigen Negotiationen nicht einmal ehrenvoll; da er, und zwar zum ersten Mal, an der Spitze einer großen Armee im Felde auftrat: in einer solchen Stellung könne er nicht verhandeln, wie in der Ruhe des Cabinets zu Berlin. So verhält es sich doch nicht ganz, wie Hertzberg andeutet, daß Lucchesini eine Veränderung in der Sinnesweise des Königs hervorgebracht habe[2]); diese war schon erfolgt, ehe der Gesandte noch ankam; ohne Zweifel aber haben dessen Berichte über die Stimmung der Polen ihn darin bestärkt. Und in Dem lief eine neue Erklärung von England ein, die an die früheren anknüpfend, doch der Selbständigkeit von Preußen mehr Rechnung trug. Die Feindseligkeit gegen Oesterreich wurde darin nur insofern verworfen, als die Absicht dabei über die Herstellung der alten Grenzen hinausgehe, zugleich aber die Erwartung ausgesprochen, daß man im Stande sein werde, Thorn und Danzig dem preußischen Staat bei Gelegenheit eines demnächst mit Polen zu schließenden Handelstractats zu verschaffen. Darin nun sah der König eine Anerkennung seiner Stellung, wie er sie eben wünschte[3]).

1) Rosenberg schreibt am 20. Juli an Philipp Cobenzl, er habe eben die Nachricht bekommen, que la diète de Bude est sur le point d'envoyer, sans en demander l'agrément du roi, des députés à Reichenbach pour y traiter les intérêts du Royaume. Vivenot, Quellen zur Geschichte der deutschen Kaiserpolitik Oesterreichs I. S. 520. (A. d. n. A.)

2) Nach dem Berichte von Spielmann und Reuß sprach sich Hertzberg mit „sichtbarer und recht handgreiflicher Herzensbeklemmung" über die in dem Könige vorgegangene Sinnesänderung aus; er schrieb sie hauptsächlich dem englischen Gesandten und dem Marquis Lucchesini zu; für sich selbst sah er viele Händel und Arbeit, über dies aber Schande voraus. Vivenot I. S. 502, 534. (A. d. n. A.)

3) Hertzberg an den König: la cour de l'Angleterre croit pouvoir contribuer à faire avoir à V. M. Danzig et Thorn, en entrevenant dans un traité de commerce avec la Pologne.

Denn einmal wurde für seine Ansprüche an Polen eine weitere Aussicht eröffnet, er konnte zu dem vornehmsten Verbündeten wieder Zutrauen fassen, und sodann: für die Herstellung der alten Grenzen der Türkei selbst durch die Gewalt der Waffen ließ ihn England eventuelle Hülfleistung hoffen.

Ein geheimes Verständniß zwischen dieser Macht und Oesterreich brauchte man nicht mehr zu fürchten. Wenn der König ein Abkommen traf, so konnte es mit voller Wahrung seiner Würde und seines europäischen Ansehens geschehen. Hierdurch in seinen Intentionen bestärkt, gab der König seinem Minister neue Weisungen für die Fortsetzung der Unterhandlungen. (11. 12. Juli.)

Er geht von der Ueberzeugung aus, daß die Polen in den vorgeschlagenen Austausch nicht willigen und die Türken durch die Anmuthung, bei den Auseinandersetzungen den Schaden zu tragen, ihm entfremdet werden würden. Das Beste bleibe, auf die Herstellung der alten Grenzen zu bringen und dieselbe zur Grundlage der allgemeinen Pacification zu machen. Auch der alten Constitution der Niederlande müsse man bei dieser Verhandlung Erwähnung thun: man werde dabei von England und Holland unterstützt werden. Der von den Ungarn in Antrag gebrachten Garantie ihrer Verfassung möge er in der Conferenz gedenken, wohl verstanden, auf eine vorsichtige und schonende Weise: sie sei nur für den Fall zulässig, daß noch einmal ein König in Ungarn auftrete, wie Joseph II. Alles, was österreichischer Seits den neuen Aufträgen, die man erwarte, zufolge in der Conferenz geäußert werde, möge der Minister annehmen, um darüber zu berichten; aber den Gesandten von England und Holland zu erkennen geben, daß Preußen, welches nun auf den Status quo bestehe, eine starke Erklärung der beiden Seemächte in diesem Sinne erwarte.

Am 13. Juli fand eine abermalige Conferenz zwischen Hertzberg und dem österreichischen Bevollmächtigten statt, in welcher dieser den Inhalt der von dem Courier mitgebrachten Weisungen vorlegte. Danach hielt Oesterreich an seiner Hauptforderung fest, verringerte aber sein Anerbieten in Bezug auf die galizischen Abtretungen. Die zugleich eingelaufenen Depeschen verdoppelten das Mißtrauen des Königs. Er drückt am 13. neue Besorgniß vor der Hinterlist des Fürsten Kaunitz aus und bringt eine neue Erwägung dafür bei, daß man unnachgiebig auf die Herstellung des Zustandes, wie er vor dem Kriege gewesen war, bringe. Wenn Oesterreich dies Prinzip annehme, so trenne es sich dadurch von

Rußland; sollte es die Annahme verweigern, so würde man guten Grund bekommen, zum Kriege zu schreiten, und dabei auf die Unterstützung von England rechnen können: Preußen werde eine feste Allianz für sich haben, und allezeit sei es erwünscht, die Verbindung mit der Türkei festzuhalten.

Hertzberg hatte sich noch nicht ergeben. Er wandte dem König ein, daß es doch noch möglich sein dürfte, die österreichischen Bedingungen auf ein solches Maß herabzubringen, daß die Türkei nachgebe, und seine conciliatorischen Vorschläge Platz greifen könnten, wie ja auch England nicht auf den Status quo in seiner ganzen Strenge dringe, sondern mit einer annähernden Herstellung desselben zufrieden sei. Um die Sache zur Entscheidung zu bringen, bat er um eine persönliche Conferenz mit dem König.

Diese fand dann im Hauptquartier zu Schönwalde am 14. Juli statt.

Der König, bei dem sich der Herzog von Braunschweig und der Marquis Lucchesini befanden, empfing den Minister mit der Erklärung, daß er bei der Herstellung der alten Grenzen, welches die ehrenvollste Auskunft sei, beharre. Er hatte selbst einen Aufsatz (wir werden desselben sogleich näher gedenken) darüber niedergeschrieben, den er dem Minister einhändigte. Lucchesini unterstützte die Ansicht des Königs mit der Erinnerung an die Schwierigkeit, die es haben würde, die Polen zur Abtretung der beiden Städte zu bringen. Hertzberg wiederholte seine Meinung, daß man doch bei den Abtretungen, zu denen Oesterreich bereit sei, daran nicht zu verzweifeln brauche. Er hatte eine Landkarte mitgebracht, auf der die zur Abtretung bestimmten Landstriche markirt waren.

Zu Mittag speiste Hertzberg bei dem König. Nach der Tafel sprach er denselben noch einmal: einer Andeutung, daß Lucchesini an der Conferenz mit den Oesterreichern theilnehmen möge [1]), wich Hertzberg aus, der in diesem bereits einen Nebenbuhler erblickte.

In jenem dem Minister mitgetheilten Aufsatz äußert Friedrich Wilhelm II. nochmals den Argwohn, als denke man in Oesterreich nur darauf, ihn hinzuhalten, und die Osmanen durch die Vorstellung, daß er Territorialveränderungen auf ihre Kosten wünsche, von ihm abzuziehen: an dem Status quo festzuhalten, sei daher nicht allein das Ehrenvollste, sondern auch das Nützlichste. Er würde wenig=

1) Wenn ich die Aufzeichnung Hertzbergs hierüber richtig lese, — „il m'a proposé, de l'admettre à la conférence, ce que j'ai décliné.“

stens bei den Türken über die beabsichtigten Grenzbestimmungen erst anfragen, und wenn sie auf deren Verwerfung bestünden, woran kein Zweifel sei, ihnen beitreten müssen. Den König Leopold werde er an den Grundsatz, den derselbe in seinem ersten Schreiben ausgesprochen habe, erinnern: es heiße darin: er denke an keine neuen Acquisitionen; er wolle nur seine alten Besitzthümer behaupten; so sei auch er, der König von Preußen, gesinnt; er beabsichtige keine neuen Erwerbungen. Halte nun Leopold an seiner Erklärung fest, so könne der Stillstand unverzüglich abgeschlossen werden: wie denn eine längere Zögerung schon deshalb nicht statthaft sei, weil sonst ein unvorhergesehenes Ereigniß eintreten und die Situation verändern könne. Sehr mit Unrecht ist angenommen worden, der König habe sich mehr auf die Seite von Oesterreich geneigt, und Hertzberg an der alten antiösterreichischen Politik festgehalten; ihre Meinungsverschiedenheit war eine andere, in jenem Moment von beinahe entgegengesetztem Charakter. Hertzberg hielt eine Vereinbarung mit Oesterreich über die gegenseitig zu gewährenden Vortheile für die Hauptaufgabe; der König wäre dagegen geneigt gewesen, Oesterreich selbst mit den Waffen zur Annahme einer Abkunft zu nöthigen, die ihm keine Vortheile verschaffte.

Noch immer war die Furcht nicht beseitigt, daß es zum Kriege kommen könne, da Oesterreich eine bessere Grenzbestimmung im Osten fordere, und Preußen dagegen auf ein Aequivalent bestehe, das ihm bei dem Widerstand der Polen an der Weichsel nicht zu verschaffen sei. Der holländische Gesandte Reede ist auf den Gedanken gerathen, daß Oesterreich Oberschlesien an Preußen überlassen möge [1]); er glaubte der Welt einen Dienst zu thun, wenn er auf diese Weise den Frieden erhalte; er stieg zu Pferd und ritt nach den verschiedenen Quartieren, um seiner Auskunft Raum zu verschaffen. Er behauptet, den Herzog von Braunschweig und selbst Möllendorf dafür gewonnen zu haben: bei der Audienz in Schönwalde ist davon die Rede gewesen. Aber es liegt auf der Hand, daß dieser Vorschlag nicht zum Ziele traf. Denn nicht einer Ausdehnung in dem schlesischen Hochland bedurfte der preußische Staat, wohl aber der Weichselmündungen und einer engern Verbindung Preußens mit dem Staatskörper. Wenn das nicht erreicht werden konnte, — wie denn nur darin eine haltbare Gestaltung des Ver-

1) Ausführlicher Bericht darüber an den Prinzen von Oranien, Reichenbach 17. Juli 1790.

hältnisses zu Polen gelegen hätte, — so verschmähte der König auch jede andere Compensation, die mehr oder minder wie eine Abfindung ausgesehen hätte. Seine vornehmste Idee und sein Ehrgeiz war es jetzt, einfach den alten Stand der Grenzen wiederherzustellen, ohne Vortheil für Oesterreich und darum auch für Preußen. Dahin führte ihn der Widerwille gegen die Polen, die Rücksicht auf England, der Wortlaut der schon geschlossenen Verträge, sein königliches, durch die bewaffnete Macht, die er um sich sah, verdoppeltes Selbstgefühl: es war sein eigenster Gedanke. Karl August, der ihn so gut kannte, versichert, daß es auch in den politischen Geschäften vergeblich sei, mit Hertzberg zu correspondiren, dem es an aller Feinheit fehle, oder selbst mit Bischoffwerder in Verbindung zu treten; wenn man in den großen Angelegenheiten einwirken wolle, so müsse man sich unmittelbar an den König wenden[1]. Seine Entschlüsse rührten mehr von den Eindrücken her, die er empfing, als von den Rathschlägen, die man ihm gab. Folgerichtig und zusammenhängend im Ganzen, bewegten sie sich doch im Einzelnen wohl auch in verschiedenen Directionen, die dann gleichwohl mit Hartnäckigkeit zugleich und Feuer festgehalten wurden, wie man in dem vorliegenden Falle sieht. Der Gegensatz, in den der König mit seinem Minister gerieth, ist höchst bezeichnend. Hertzberg vermischte die allgemeinen Angelegenheiten mit dem besondern Gewinn; er wollte die Pacification zu einer Erwerbung benutzen, die er sehr hoch anschlug. Man dürfte fast sagen, momentan erschien er patriotischer als der König. Eine Zeit lang war dieser mit ihm gegangen; als sich aber der Minister in Schwierigkeiten verwickelte, die kein Resultat absehen ließen, riß sich Friedrich Wilhelm von ihm los, und ergriff eine Ansicht, von der man nicht in Abrede stellen kann, daß sie großartiger ist, den ursprünglich gefaßten Intentionen, der allgemeinen Lage der Welt und der nun einmal eingenommenen Stellung entsprechender. Friedrich Wilhelm fühlte sich groß in der Rolle eines von allem Eigennutz freien Pacificators von Europa. Den Polen hat er den Widerstand, den sie ihm auf seinem Wege entgegensetzten, nie vergeben.

1) Der Herzog von Weimar an den Herzog von Braunschweig 14. Febr. 1790. C'est immédiatement sur l'esprit du roi qu'il faut opérer si l'on veut donner une tournure aux grandes affaires. Einen gewissen Einfluß schreibt der Herzog dem englischen Gesandten Ewart zu, der „tout le deliement" dafür habe, doch sahen wir, daß der Beschluß, das Schwert zu ergreifen, im Gegensatz gegen England gefaßt worden ist.

Hertzberg hatte in Schönwalde seine Meinung so hartnäckig verfochten, daß man zweifelte, ob er bei Fortsetzung der Unterhandlungen die Ansichten des Königs oder die seinen vertreten werde. Kaum hatte er sich entfernt, so wurde ihm ein Schreiben nachgeschickt, in welchem ihm der strengste Gehorsam sogar unter Bedrohungen eingeschärft wurde.

Hertzberg, der sich bisher noch immer großer Rücksicht erfreut hatte, und sich für den geborenen Minister von Preußen hielt, gerieth hierüber in eine nicht geringe mit Entrüstung gemischte Bestürzung, da er nichts ohne vorgängige Rücksprache mit dem König gethan hatte. Aber dem ausdrücklichen Befehl durfte er doch nicht widerstreben, er führte die ihm gewordenen neuen Befehle aus. Der König bezeugte ihm den Tag darauf seine Zufriedenheit mit der Art und Weise, wie er das gethan habe.

Der Umschlag, welcher dergestalt in der preußischen Politik erfolgte, erinnert an das Verhältniß, das kurz vorher in Wien eingetreten war. Die Autorität des Fürsten Kaunitz und die Rücksichten Leopolds lagen von den preußischen Zuständen weit ab. Auch Friedrich Wilhelm entfernte seinen Minister nicht, aber er hielt ihn zu unbedingter Folgeleistung an. Die erste Pflicht eines Ministers, schreibt er ihm wenige Tage darauf, ist es, seinem Herrn zu gehorchen; ich hoffe, Sie werden mich nicht in den Fall bringen, Sie daran erinnern zu müssen.

Hertzberg bequemte sich, — man ermißt, wie schwer ihm das werden mußte — vollkommen ein Organ des königlichen Willens zu werden.

Am 25. Juli legte er dem Gesandten von Oesterreich und denen der Seemächte eine von dem König abgefaßte Declaration seiner Willensmeinung vor. Der vornehmste Punkt derselben war die Herstellung des Besitzstandes, wie er vor dem letzten Kriege gewesen war; sie sollte nicht allein von Oesterreich angenommen, sondern auch von den Seemächten auf der Stelle garantirt werden, um allen weiteren Verzug abzuschneiden [1]). Die österreichische Ge=

1) Die Declaration ist bei Van de Spiegel, wie sie vorgelegt wurde, gedruckt. Bei einem Vergleich derselben mit dem Original der königlichen Handschrift zeigt sich nur, daß die Besorgniß, von den Oesterreichern dürfte die Verhandlung in die Länge gezogen werden, ausdrücklich ausgesprochen wird: que les Autrichiens ne trainent pas en longueur la négociation pour avoir le temps de réaliser leurs espérances.

sandtschaft war bereits ermächtigt, denn in Wien hatte man sich die Hände auch dafür frei gehalten, die einfache Herstellung der Grenzen anzunehmen; sie wollte nur eine gewisse Freiheit in Bezug auf die Feststellung derselben im Einzelnen, nach dem Bedürfniß der Vertheidigung ausbedingen, ohne eigentliche Gebietsvergrößerung. Der König von Preußen widersetzte sich dem nicht, behielt sich aber auch für diesen Fall vor, eine Compensation den Umständen gemäß zu fordern. Hiedurch war die entscheidende Frage eigentlich erledigt, jede wesentliche Veränderung im Orient zu Gunsten Oesterreichs aufgegeben. Damit hängt ein anderes überaus bedeutendes Moment zusammen; die österreichischen Bevollmächtigten nahmen die Herstellung der alten Verhältnisse der Türkei nur unter der Bedingung an, daß ihnen ein ähnliches Zugeständniß in Bezug auf die belgischen Niederlande gemacht wurde. Wir wissen: die Unabhängigkeit derselben hatte Friedrich Wilhelm schon fallen lassen; er war Willens, seine Theilnahme an dieser Sache darauf zu beschränken, daß er den Belgiern ihre alte Verfassung garantirte; aber auch dies lehnten die Oesterreicher ab: sie behaupteten, auf dies Beispiel gestützt, würde Ungarn, vielleicht selbst Galizien die Garantie Preußens für die alte Verfassung fordern. Man traf endlich eine Auskunft, in der das erste bewilligt, das zweite ausgeschlossen wurde. Eine weitere Erörterung bezog sich auf den Frieden zwischen Rußland und der Türkei; er sollte als eine abgesonderte Angelegenheit behandelt werden: der König behielt sich nur vor, ein Wort mitzusprechen, wofern seinen Alliirten, den Türken, Abtretungen im Widerspruch mit dem hier aufgestellten Prinzip zugemuthet würden. Die Bevollmächtigten baten sich Bedenkzeit aus; aber man sah bereits, daß die Annahme der Vorschläge keine Schwierigkeiten finden würde. Von Hertzberg zu unverzüglicher Aeußerung angemahnt, brachten sie spät am Abend, den 26., einige Bedenken ein, doch hatten diese nur wenig zu bedeuten. Das hauptsächlichste war, daß Oesterreich sich vorbehielt, so lange der russisch-türkische Krieg dauere, Chotim noch besetzt zu halten: nach geschlossenem Frieden wolle es dasselbe zurückgeben. Die Oesterreicher versicherten, übrigens in keiner Weise eine Verpflichtung gegen Rußland zu haben: die Trennung ihrer Sache von der russischen unterlag keinem Zweifel.

Der König war sehr zufrieden mit diesem Erfolg der Unterhandlung; er wünscht seinem Minister sogar Glück, sie zu Ende geführt zu haben. Nur eine und die andere Bemerkung, die mehr die Ausdrucksweise betraf, hatte er noch zu machen. Nachdem auch

diese berücksichtigt worden, erfolgte am 27. Juli die Unterzeichnung der verschiedenen Erklärungen, welche zusammen die Convention von Reichenbach ausmachen.

Den getroffenen Verabredungen beizutreten, konnte man sich nun auch in Wien nicht weigern. Es war die eine der Eventualitäten, die man immer im Auge behalten hatte. Um allen Zweifeln ein Ende zu machen, schickte Friedrich Wilhelm II. den Obersten Lusi nach Wien, der zugleich den Auftrag erhielt, von dort nach dem türkischen Hauptquartier zu gehen, um den Waffenstillstand zu Stande zu bringen. Er sollte sich die zu seiner Reise erforderlichen Pässe in Wien ausbitten: würde man sie ihm verweigern, so wäre das ein Beweis, daß man dort den Frieden auf der nunmehr entworfenen Grundlage doch nicht wolle. Einen Augenblick hat man in Oesterreich wirklich geschwankt: aber man traute den eigenen Kräften nicht mehr. Angesichts der in Ungarn noch immer anwachsenden Bewegungen meinte man den Frieden nicht länger verzögern zu dürfen. Und auf der andern Seite bekam König Leopold dadurch Grund und Boden für seine Herstellung in den niederländischen Provinzen. Durch die Convention ward dem Hause Oesterreich der Weg zur Wiedererwerbung derselben eröffnet; zwar unter beschränkenden Bedingungen, die aber solche waren, wie sie Leopold selbst vorgeschlagen hatte. Von einer geheimen, etwa auf die inneren Angelegenheiten bezüglichen Uebereinkunft zwischen Oesterreich und Preußen ist dabei nicht entfernt die Rede. Der Vertrag wurde dem österreichischen Staate vielmehr aufgenöthigt, und zwar durch innere wie äußere Verhältnisse, als daß er von demselben ausgegangen wäre.

Der Friede, so schreibt Leopold an Marie Christine, ist noch der wenigst schlechte, den wir unter den gegenwärtigen Umständen schließen konnten. Dank den treulosen Umtrieben der Ungarn, welche mit einer allgemeinen Rebellion drohten, zu den Waffen griffen und mit Preußen in genauer Verbindung standen. Sie trachteten die Monarchie von Grund aus zu zerstören [1].

1) Wolf: Leopold II. und Marie Christine 189.

Dreißigstes Capitel.

Kaiserwahl von 1790.

Kommen wir nun auf die Angelegenheiten des deutschen Reiches zurück, die uns beinahe aus dem Gesichte verschwunden sind, seitdem die beiden Mächte sich zu einem neuen Kampfe gegen einander anschickten.

Man darf sich nicht verhehlen, daß die Wendung, welche die Dinge durch die Verhandlungen von Reichenbach nahmen, den Erwartungen nicht entsprach, die der Fürstenbund in Deutschland erweckt hatte. Nicht als ob die auswärtige Politik der preußischen Krone mit denselben in Widerspruch gestanden hätte. Bei Allem, was geschah, hielt man doch die Hoffnung und die Absicht fest, die Idee einer Reichsreform, von der Alles ausgegangen war, durchzuführen. Der Reichstag war wieder zur Activität gebracht, und zwar vor Allem durch den Impuls, den die Union dazu gab. Diese hatte die Mehrheit der Stimmen auf dem Reichstage. Man meinte auf regelmäßigem Wege zu dem vorgesteckten Ziele gelangen zu können. Die Tripelallianz war in dem Sinne gut geheißen worden, als sie die Mitwirkung von Hannover dafür sicherte. Die Anhänger des Fürstenbundes begrüßten den Zuwachs an Autorität, welchen Preußen durch dieses Allianzbündniß und die Association zugleich erlangte, mit Freuden. Sie billigten das umfassende Föderativsystem, in welches Friedrich Wilhelm II. eintrat, jedoch immer mit Vorbehalt der deutschen Interessen. Wie sie die Sachen behandelt zu sehen wünschten, beweist unter Anderem der oben erwähnte Entwurf der Aufnahme der belgischen Provinzen in das Reich: sie sollten dem Hause Oesterreich entwunden und doch von einer einseitigen Verbindung mit den Seemächten oder gar mit Frankreich abgehalten werden. Man hatte Nichts dagegen, daß der aus der europäischen

Verwickelung hervorgehende Zwiespalt zwischen Preußen und Oesterreich durch die Waffen entschieden würde: denn an einem erwünschten Ausgange desselben zweifelte man nicht. Ein Friedensschluß, so meinte man, werde folgen, der Alles, was man unternommen habe, bestätigen und weiter entwickeln werde.

Und gewiß, wenn die ganze Bewegung von der Politik Oesterreichs, welches seinen Einfluß in Deutschland durch seine Haltung in den orientalischen Verwickelungen verstärken wollte, ausgegangen war, so hätte ein entschlossener Kampf mit Oesterreich über die orientalische Frage auch die deutsche zum Gegenstand gehabt; die eine und die andere würden mit einander entschieden worden sein.

Einen ganz anderen Gang hatten nun aber die großen Angelegenheiten genommen, vornehmlich durch zwei Momente. Das eine lag in dem Tode des Kaisers Joseph. Wenn dieser Fürst die allgemeinen Antipathien lebendig erhalten und Alles noch selbst zu einem Waffengang vorbereitet hatte, so zweifelte dagegen Niemand an der friedfertigen Gesinnung seines Nachfolgers, wie wir ja wissen, daß er ihr, in Widerspruch mit der entgegengesetzten Tradition der Staatskanzlei, Geltung zu verschaffen suchte. Das zweite entsprang aus der Politik von England, für welches das vornehmste Motiv, das zur Tripelallianz geführt hatte, die Eifersucht gegen Frankreich, in Folge der inzwischen eingetretenen revolutionären Bewegungen in diesem Lande keine große Bedeutung mehr hatte; durch die Thronbesteigung Leopolds nunmehr auch gegen die feindseligen Intentionen von Oesterreich gesichert, dachte England nur noch darauf, den Frieden im Orient unter Wahrung der eigenen Interessen und der Integrität der Pforte herzustellen. Von einem Kriege zwischen Oesterreich und Preußen wollte die englische Regierung nichts mehr hören, es wäre denn, daß dieses die Herstellung der alten Grenzen anzunehmen verweigerte.

Wir sahen, daß die Erklärung Englands, Preußen nur in diesem Falle unterstützen zu wollen, und die zweifelhaften Verhältnisse zu andern Nachbarn Friedrich Wilhelm II. bewogen, sich auf eben diese Forderung zu beschränken.

Da Leopold sie annahm, so gewannen die allgemeinen Angelegenheiten eine durchaus veränderte Gestalt. Die Integrität der Türkei führte zur Integrität von Oesterreich: auf der allgemeinen Combination beruhte die Herstellung der Dynastie in den Niederlanden. Wie in Belgien, so auch in Deutschland ist die Convention von Reichenbach vornehmlich deshalb mißliebig geworden, weil sie

den gefaßten Erwartungen und großartigen Aussichten nicht entsprach. Die Ideen über eine Reichsreform wurden nicht geradehin beseitigt, aber sie verloren ihren bisherigen Charakter. Wenn man darauf gedacht hatte, den Schwerpunkt der deutschen Reichsverfassung in die Association unter preußischer Führung zu versetzen, so fand dies Bestreben in der allgemeinen Lage der Geschäfte keinen Anhalt mehr. Wie berührt, es war immer ein namhafter Erfolg für Preußen, der österreichisch-russischen Allianz gegenüber sich einen entscheidenden Einfluß in den deutschen und den allgemeinen Angelegenheiten gesichert zu haben; für die deutschen Fürsten war es von größtem Werth, den einseitigen Uebergriffen des kaiserlichen Hofes entgangen zu sein: für die deutsche Nation ein unschätzbarer Gewinn, daß sie sich ihrer Gemeinschaft und ihres Gesammtlebens wieder einmal bewußt geworden war. Aber die hohen Ziele der letzten Jahre hatte man bei Weitem nicht erreicht, sie ließen sich bei der veränderten Lage in Europa nicht einmal weiter verfolgen. Unendlich wichtig erwies sich allezeit die Verbindung Englands mit Hannover. Wenn dadurch die Gründung des Fürstenbundes höchlich gefördert worden war, so entsprang auch die Gegenwirkung in dem Uebergewicht, welches den Engländern, von denen Hannover unbedingt abhing, in der Tripelallianz vermöge der Ueberlegenheit ihrer Macht zu Theil wurde. Ueberdies aber, wer hätte auch einen inneren Krieg für Zwecke wünschen mögen, die doch nur dunkel vorschwebten und eine entscheidende Umgestaltung gar nicht einmal zur Folge haben konnten. Denn dabei blieb es immer, daß die althergebrachte Reichsverfassung mit ihren hierarchischen Elementen aufrecht erhalten werden sollte.

Nur eine Frage war zunächst zu erledigen, welche die durch den Tod Josephs II. eingetretene Vacanz des Kaiserthums betraf. Sollte der König von Preußen nicht nun wirklich das ihm in jenem Augenblick zugefallene Ansehen dazu benutzen, um die Kaiserkrone an sich zu bringen?

Wir wissen, schon früher war davon die Rede gewesen: der Kurfürst von Mainz hatte jedoch bei seinem Vorschlag dazu den Uebertritt des Königs zum Katholicismus zur Bedingung gemacht. Wenn nun Friedrich Wilhelm II., dessen lebhafte religiöse Gefühle bei aller Neigung zur Schwärmerei doch innerhalb der protestantischen Anschauung blieben, alle Hoffnung abschnitt, daß er jemals auf einen Confessionswechsel eingehen würde, so schien es auf der anderen Seite bei der Autorität, die er in diesem Augenblick genoß,

als könne er die deutsche Krone auch ohne einen solchen erlangen. Die Frage ist unter den preußischen Staatsmännern ernstlich erwogen worden; aber sie haben dieselbe nicht bejaht. Ihr vornehmster Grund dagegen ist, daß der König, wenn es ihm auch gelänge, die Kaiserkrone zu erlangen, das doch noch immer mächtigere Haus Oesterreich alle Zeit gegen sich haben und dasselbe an die Spitze der Opposition gegen ihn treten würde. Es würde in der Gewohnheit der Fürsten, dem Reichsoberhaupte zu widerstreben, Unterstützung finden. Manche von den jetzigen Anhängern des Königs würden zu ihm übergehen, so daß er mehr verlieren dürfte als gewinnen. Denn eine wesentliche Macht, die ohne die Unterstützung der Mehrheit am Reichstage hätte ausgeübt werden können, gewährte das Kaiserthum mit Nichten; nur aus der Verbindung mit den Ständen erwuchs ihm eine allgemeine Autorität. Schon Friedrich II. hatte an die Erwerbung des Kaiserthums gedacht, da doch kein Gesetz die Protestanten von der kaiserlichen Würde ausschließe, aber davon Abstand genommen: weil sie für seinen Staat nicht passe, für welchen die Erwerbung einer neuen Provinz viel wichtiger sei.

Wurde nun aber dergestalt die am weitesten tragende Frage gar nicht ernstlich angeregt, so trat dagegen eine zweite hervor, die eine unmittelbare Erledigung erheischte; sie betraf die Autorität der Reichsvicare, die dem alten Herkommen gemäß nach dem Ableben des Kaisers den Kurhäusern Pfalz und Sachsen zustand. Schon regte sich an dem pfälzisch-bairischen Hofe in der Umgebung Carl Theodors mannigfach das Gelüste, die Vicariatsgerechtsame zu dem eigenen Nutzen zu verwenden: die Gnaden, die man ertheilen könne, fing man schon an zu verkaufen. Besonders war der Kurfürst von Mainz, der den pfälzischen Hof haßte und verachtete, beflissen, den zunehmenden Anmaßungen desselben Einhalt zu thun.

Aber die Sache hatte noch eine weitere überaus bedeutende staatsrechtliche Seite. Eine alte Frage war, inwiefern der Reichstag nach dem Tode eines Kaisers durch die Vicare beisammengehalten und dann das kaiserliche Präsidialrecht in demselben ausgeübt werden dürfe. Bei der Wahlcapitulation von 1742 war dies Recht den beiden Reichsvicaren allerdings zugesprochen [1]), aber dann doch diese Befugniß bei dem eintretenden Fall nicht ausgeübt worden. Der Reichstag blieb damals beisammen; jedoch ohne daß die

1) Vergl. einige allgemeine Bemerkungen über die Streitigkeiten der Reichsverweser in Reuß: Staatskanzlei 31. § 7.

Vicare Einfluß auf denselben erlangt hätten. Die Frage knüpfte an die Streitigkeiten zwischen den Kurfürsten und den altfürstlichen Häusern an, welche lange Zeit hindurch das Reich in Bewegung gesetzt hatten: und noch immer wollten die letzten von einem Anwachs der Gerechtsame der beiden kurfürstlichen Vicariate nichts hören. Aber auf der andern Seite war es doch wieder der Vortheil der Fürsten, den Reichstag in gewohnter Weise in seiner Thätigkeit zu halten. Und waren nicht die Kurfürsten an die von ihnen festgesetzte Capitulation gebunden? Der Reichserzkanzler selbst setzte sich jetzt dagegen. Er meinte, an den Fürsten eine Stütze zu finden, wenn er darauf bestand, daß noch vor der eintretenden Vacanz der Reichstag selbst über die den Vicariaten zuzugestehenden Befugnisse Bestimmung treffen solle. Denn so viel lag am Tage, daß der Reichserzkanzler in demselben Maße an Ansehn auf dem Reichstage gewinnen mußte, als die Wirksamkeit der Vikare geschmälert wurde. Die beiden Höfe, denen das Vicariat zufiel, hielten nun aber hartnäckig an der Wahlcapitulation und ihren Gerechtsamen, die dadurch anerkannt waren, fest. Es bezeichnet die Lage der Zeit, daß sich beide Theile an den König von Preußen wandten; nicht um ihm die Entscheidung anheimzustellen, sondern um durch seinen Beitritt die eine oder die andere Partei zu verstärken. Die betheiligten preußischen Staatsmänner aber waren selbst verschiedener Meinung. Der Gesandte in Mainz, der Landjägermeister Stein sprach sich für den Reichserzkanzler aus: er fand die Gründe desselben bündig, und seine Bedeutung im Reich, namentlich für die Union, so wie das gute Verhältniß zu den altfürstlichen Häusern schlug er so hoch an, daß er in ausführlichen Anschreiben an den König und die Minister die mainzische Ansicht verfocht und gleichsam zu seiner eigenen machte. Der Reichstagsgesandte dagegen, Graf Goerz, bisher mit Stein einverstanden, setzte sich ihm in dieser Sache entgegen. Das einleuchtendste, was er darüber in einem Schreiben an Carl August sagt, dürfte sein, daß es der Verfassung widerspräche, wenn der Reichserzkanzler, der ohnedies als solcher gesetzlich die Direction der Reichstagsgeschäfte habe, zugleich auch gewissermaßen den Kaiser ersetzen wolle [1]). Einer besonderen Vertretung der kaiserlichen Macht aber könne man nicht entbehren; denn das Reich fasse in seinen Conclusen doch nur Gutachten ab, denen

1) Ce serait trop accorder à un electeur de Mayence, que de lui laisser diriger la diette sans empereur, sans chef.

erst durch die kaiserliche Sanction Gesetzeskraft zu Theil werde; würde man sich derselben entschlagen, so würde die Versammlung in Regensburg einen Congreß von Gesandten, keinen Reichstag bilden. Und wohl sei es der Mühe werth, zu versuchen, wie weit das Reich durch die Vicare in seinem Bestand und seiner regelmäßigen Verwaltung erhalten werden könne.

Für das Ministerium in Berlin, in welchem Hertzberg noch die entscheidende Stimme hatte, fiel noch ein anderes Motiv ins Gewicht, dessen Goerz ebenfalls gedachte, daß man sich nämlich durch den Beitritt zu der mainzischen Ansicht den nächsten, sehr mächtigen Nachbar, den Kurfürst von Sachsen, entfremden würde. Ohnehin neige derselbe zu Oesterreich; man laufe Gefahr, ihn ganz auf diese Seite zu treiben, wenn man seinen Anspruch mißachte. Die Mehrheit in dem kurfürstlichen Collegium würde dadurch zweifelhaft und die Union vielleicht gesprengt werden. Und da sich nun auch eine frühere Wahlcapitulation in diesem Sinne aussprach, so trug man in Berlin kein Bedenken, die preußischen Gesandten demgemäß mit Instructionen zu versehen; noch ehe man mit Mainz darüber Rücksprache genommen hatte. Aber so waren nun einmal die deutschen Angelegenheiten in dieser Zeit beschaffen, daß es fast unmöglich wurde, sie lediglich aus Erwägung der Sache selbst, ohne alle Nebenrücksicht, selbst auf die widrigen Wirkungen, die schon der Schein einer solchen haben mußte, zu entscheiden. Indem Hertzberg eine Gefahr vermied, gerieth er in eine andere. Carl Friedrich, dem die Weisung Hertzbergs von Regensburg aus zu Hand kam, verbarg nicht, daß er darin eine empfindliche Mißachtung sah. Was er auch immer vorschlagen möge, allezeit sei der preußische Hof gegen ihn: in Hannover höre man seine Gründe doch wenigstens an und antworte ihm darauf; (in der Sache selbst war auch Hannover gegen ihn;) in Berlin aber nehme man auf ihn keine Rücksicht: man frage bei ihm an; ehe er noch geantwortet habe, entscheide man sich. Das gebe ein Verhältniß, das weder ihm selbst, noch dem Reiche fromme [1]).

1) Die Worte des Erzkanzlers lauteten nach einer Depesche Steins an den König v. 21. Juli 1789: qu'Il avait eu jusqu'ici bien des sujets pour Le rendre attentif et même en doute sur le rôle, que les grandes Cours croient Lui vouloir faire jouer dans les affaires de l'Empire et de l'Union: que pour le bien de la cause, qu'Il avoit jusqu'ici regardée comme commune, Il avait jugé convenable de dissimuler le chagrin, que cela Lui avait causé croyant devoir pousser le temps par l'épaule:

Bereits entsprangen aus der indeß begonnenen Vicariatsverwaltung öffentliche Streitigkeiten. Der Kurfürst von der Pfalz nahm in den ihm anheimfallenden oberländischen Kreisen mancherlei Handlungen vor, z. B. bei den Bischofswahlen in Regensburg und in Freisingen, welche seinen Hader mit Mainz neu anfachten. Nach langen Berathungen im Reichstage gaben die Reichsstände ein vermittelndes Conclusum ab, das aber auf Seiten der Vicare Widerspruch hervorrief.

Zugleich hatte das eingetretene Mißverständniß für Preußen anderweite unangenehme Folgen. Carl Friedrich trat in eine ungewöhnlich vertrauliche Verbindung mit dem Kurfürsten von Köln, der wieder auf Trier vielen Einfluß ausübte; beide keine Freunde des Fürstenbundes. In der Angelegenheit von Lüttich machten Mainz und Köln gemeinschaftliche Sache gegen das preußische Verfahren, welches, insofern dadurch noch nach ergangenem Spruch ein Ausgleich versucht wurde, nicht als reichsconstitutionsmäßig betrachtet werden konnte. Johannes Müller, damals mainzischer Staatsrath drückte doch Erstaunen aus, daß Carl Friedrich es wage, darüber mit seinem besten und mächtigsten Freunde, dem König von Preußen, zu brechen. Die rheinischen Kurfürsten wurden aber selbst davon berührt: daß der König in Lüttich die Rechte der Unterthanen gegen die geistlichen Herren in seinen Schutz nahm, blieb nicht ohne Rückwirkung auf ihre Landschaften. In mannichfaltigen Verschlingungen flicht Eins sich in das Andere; die politischen Stellungen, wie sie ein Jeder einnimmt, erfahren dadurch immer neue Abwandlungen.

Unter allen diesen Zwistigkeiten und Conflicten war nun auch von der Wahl eines neuen Reichsoberhauptes, obgleich nicht gerade mit großer Spannung, die Rede. In Berlin wünschte man, daß sich dem Hause Oesterreich zur Seite noch ein anderer Competent für das Kaiserthum erheben möchte; namentlich dachte man an den Kurfürst von Sachsen, auch deshalb, weil er dem katholischen Bekenntniß angehörte; aber der sächsische Hof hatte keine Lust mit

mais comme Il voyait, qu'on faisait si peu de cas de savoir son sentiment à Berlin, qu'on ne jugeait pas même à propos de l'attendre après le Lui avoir demandé, Il ne voyait donc plus la moindre utilité ni pour Lui, ni pour les affaires, de communiquer dorénavant avec cette Cour et que si cela devait continuer ainsi, Il se verrait forcé de se borner simplement à la correspondance avec celle d'Hannovre, qui entrait du moins dans ses raisons.

dem Haus Oesterreich in die Schranken zu treten. Es war nicht anders, als daß der bisherige Großherzog von Toskana, König von Böhmen, Erzherzog von Oesterreich, der einzige Candidat für die Krone blieb. Er versäumte nicht, gleich nach seiner Ankunft in Deutschland sich um dieselbe zu bewerben, wofür ihm denn die Unterstützung seines Bruders Maximilian, Kurfürsten von Köln, sehr nützlich wurde. Auch an den König von Preußen schrieb er deshalb gleich bei den ersten annähernden Schritten und bat ihn um seine Stimme. Der König sagt später, von vornherein habe er sich für denselben als den Würdigsten entschieden. Nur meinte er nicht, das aussprechen zu dürfen; seine Antwort war höflich, ohne eine Zusage zu enthalten. Sehr wohl wußte man in Wien, daß Preußen keine Schwierigkeiten machen würde, sobald man sich mit demselben über die obschwebenden europäischen Differenzen verständigt habe. Ehe dies geschehen war, konnten aber vermöge der Association auch Sachsen und Hannover sich nicht äußern. Es war eine Sache, deren Ausgang Jedermann voraussah, deren Entscheidung aber von dem Gange der allgemeinen Angelegenheiten abhing.

Zu dem auf den 1. Juli angesetzten Wahlconvent in Frankfurt kamen nun die Wahlbotschafter nach und nach in alter Weise zusammen. Die brandenburgisch-preußischen, keineswegs die letzten, beschweren sich, daß ihnen die schlechteste Behausung angewiesen worden sei. Es waren der Fürst von Sacken und der Graf Goerz [1]. Stein hatte gehofft, als zweiter Wahlbotschafter fungiren zu können: Hertzberg aber Goerz für geeigneter hiezu gehalten. Und daß Stein an dem mainzischen Hofe blieb, war insofern von Wichtigkeit, als er den Kurfürsten genau kannte und zu behandeln verstand. Eifersüchtig auf sein Ansehn im Reiche und reizbar von Natur, verfiel Carl Friedrich von einer Aufregung in die andere. Er hatte in der Lütticher Irrung viel Geld aufgewendet, was man an seinem

1) Instruction für den Oberkammerherrn Fürst Carl v. d. Osten, genannt v. Sacken, und den Comitialgesandten Grafen v. Schlitz, genannt v. Goerz, 4. Juni 1790. Der König sagt darin, bei der noch nicht entwickelten Conjunctur sei es ungewiß, ob er für den König von Ungarn werde stimmen können. Auf die Anzeige Hannovers, daß es dem König Leopold seine Stimme zu geben beabsichtige, erklärte Graf Finkenstein, Preußen könne erst dann darauf antworten, wenn die Umstände es gestatten würden: qu'il faudrait attendre pour cet effet l'issue de la negociation entamée à Reichenbach.

Hofe ungern sah, und doch dabei nicht einmal mit seinem Verbündeten in dieser Sache, dem Kurfürsten Maximilian von Köln, ein volles Einverständniß erreicht. Der hielt vielmehr die Zeit für gekommen, wo auch er einmal selbständig in die Reichsverhandlungen eingreifen könne. Sein Botschafter Waldenfels drang auf unverzügliche Erledigung der Wahlangelegenheit: er bemerkte, es laufe der Ehre des Reiches zuwider, die Wahl eines Reichsoberhauptes bis nach der Abkunft zwischen Oesterreich und Preußen zu verschieben: denn was habe der Hader dieser Fürsten mit dem Reich zu schaffen? König Leopold möge sich nur nach Mergentheim, dem Sitz des Kurfürsten als Hoch- und Deutschmeister, begeben, wo er gute Aufnahme finden und verweilen könne, unfern von Frankfurt, um den dortigen Verhandlungen Nachdruck zu geben. Durch diese Einmischungen aber verletzte er den Kurfürsten von Mainz, so daß sich zwischen den beiden kirchlichen Würdenträgern ein gereizter Briefwechsel entspann. Indeß geriethen die Botschafter von Mainz und von Sachsen in Folge der Mißhelligkeiten ihrer Höfe in Ceremonialdifferenzen, welche den Anfang der wirklichen Verhandlungen wochenlang hinhielten. Und noch andere zum Theil die vorliegende Sache betreffende, zum Theil anderweitige Mißverständnisse brachen aus. In dem Kurcollegium gab es eine Rangstreitigkeit zwischen den königlichen und den übrigen Höfen, andere zwischen Kurfürsten und Fürsten, wie denn auch die Grafen gewisse fürstliche Prärogative an sich bringen wollten. Der Landgraf von Hessen erneuerte seinen Anspruch auf eine neu zu gründende Kurwürde. Noch einmal tauchten die ältesten Prätensionen der Hierarchie auf, die man längst für vergessen gehalten hatte. Der König von Preußen mußte gegen den Titel des Hoch- und Deutschmeisters, bei dem das alte preußische Ordensland erwähnt wurde, protestiren.

Das eigentliche Geschäft der Wahlbotschafter bestand, da die Wahl selbst zunächst nicht zur Erörterung kam, in der Durchberathung der Wahlcapitulation, auf welche der neue Kaiser zu verpflichten war [1]). Die kurfürstlichen Höfe hatten ihre Monita dafür eingegeben; auch manche altfürstliche Häuser hatten das gethan, was jedoch die ersten als unzuläßig betrachteten. Innerhalb

1) Die brandenburgischen Gesandten waren zur Berichtigung der Punkte der Capitulation ausdrücklich ermächtigt; man erwartete, daß die Berathung darüber so lange dauern würde, bis der König sich aussprechen könne.

des kurfürstlichen Collegiums machte sich vor Allem die durch den Abgang der jüngeren Linie des Hauses Wittelsbach veranlaßte Veränderung bemerkbar. Dem Kurfürsten Carl Theodor war der Titel von Pfalzbaiern nicht förmlich bewilligt worden, weil man von der Ansicht ausging, daß die Kur Baiern vollkommen erloschen sei. Für das Collgium hatte aber der Abgang einer Stimme die Wirkung, daß eine Majorität, wie sie bei der Zahl von neun auf der Hand lag, oftmals nicht mehr zu erreichen war: vielmehr stellte sich meistens eine Parität der Stimmen heraus, was alle Entscheidung ausschloß. Bei der Berathung der Capitulation traten zwei Parteien einander gegenüber. Köln, Pfalz, Trier und Böhmen, das durch eine besondere Gesandtschaft vertreten war, bildeten die eine, die vier übrigen Kurfürsten, die zum Fürstenbunde gehörten, die andere. Doch bestand auch zwischen diesen kein sicheres Einvernehmen. Sachsen und Mainz waren entzweit, und man mußte stets den Uebertritt Sachsens zu der anderen Partei befürchten. Die Absicht der durch den Fürstenbund vereinigten Kurfürsten ging dahin, für die Zukunft Allem vorzubeugen, was unter Kaiser Joseph Mißvergnügen erregt hatte; sie faßten eine Veränderung der letzten Capitulation von durchgreifendem Inhalt ins Auge. Die vier anderen wollten so wenig Abänderungen als nur irgend möglich; sie wünschten die althergebrachte Autorität des Hauses Oesterreich zu retten [1]). Da war nun in den hierauf bezüglichen Artikeln so gut wie Nichts zu erreichen. Zuweilen hat man von Seiten der ersten versucht, Pfalz umzustimmen, weil es sich ja verächtlich mache, indem es blindlings folge, aber diese Vorstellungen blieben wirkungslos. Es zeigte sich, daß Böhmen, das ist der Wahlcandidat selbst, die drei andern beherrsche. Man zweifelte nicht, daß Leopold Kaiser sein werde und wollte ihm nicht mißfallen.

Einen besonderen Gegenstand des Streites bildete, wie von jeher, die Verbesserung der Reichsgerichte. Die mächtigen Fürsten wollten doch ihre Autonomie durch das Kammergericht nicht mehr beschränken lassen: sie meinten, von Seiten des Hauses Oesterreich und des Kurerzkanzlers strebe man nur danach, den Rechtsgelehrten ihre Befugnisse zu erweitern. Man wünsche sich ihrer zu bedienen, um die Fürsten unterworfen zu halten und in Deutschland zu

1) Schreiben von Goerz: Le parti Autrichien craignant que l'autorité impériale ne soit trop circonscrite cherche à éluder une partie des conclusa par la „Parität“ des voix que la cour palatine toute dévouée à celle de Vienne lui assure.

regieren: das liege selbst dem Kurfürsten von Köln und seinem Waldenfels im Kopfe. Ueber einige nahe liegende Fragen, denen nur eine untergeordnete Bedeutung zukam, konnte doch kein Austrag zu Stande gebracht werden, wie unter Anderem die Berathung über die künftigen Vicariatsgerichte zeigt. Der Kurfürst von Mainz machte es zu einem Streitpunkt, ob die Prozeßacten durch eine allgemeine oder eine specielle Requisition aus der Reichskanzlei abgefordert werden sollten. Er hielt mit Strenge an der speciellen Requisition fest; die beiden Reichsvicare an der allgemeinen. Vergebens war es, eine vermittelnde Auskunft zu suchen; man entfremdete sich damit nur beide Theile. Mainz versäumte Nichts — selbst Frau von Coudenhoven erscheint hierbei noch einmal — um eine Partei für sich zu gewinnen. Doch gelang ihm das nur mit Böhmen, nicht mit Köln und Trier, die in dieser Sache, sowie die Pfalz, für Sachsen waren. Bei der Abstimmung hatte Mainz nur Böhmen und Hannover für sich. Brandenburg sprach sich auf eine Weise aus, daß sein Votum wenigstens nicht als ein zustimmendes betrachtet werden konnte. Als der Kurfürst von Mainz sah, daß er in der Minderheit blieb, erklärte er, die Sache fallen lassen, sie aber später beim Reichstag zur Entscheidung bringen zu wollen; was den Uebrigen höchlich mißfiel, da dadurch das Ansehen ihres Collegiums geschmälert werde. War dies überhaupt doch nicht unangefochten[1]). Eine Erklärung des Reichsfürstenstandes kam zum Vorschein, in welcher derselbe auf den Entwurf einer beständigen Wahlcapitulation von 1670 zurückkam, und Alles als unverbündlich bezeichnete, was das Kurfürstencollegium über denselben hinaus bestimme[2]).

Wenn auf diese Weise mit dem Rechte sich auch der Widerspruch dagegen vererbte und beide hartnäckig festgehalten wurden, so läßt sich nicht annehmen, daß jemals eine freie Vereinbarung zur Abstellung der allgemein anerkannten Mängel im Reiche geführt hätte. Und wie würde es selbst mit der Kaiserwahl gestanden haben, wenn nicht zu Reichenbach die Abkunft zwischen Preußen und Oesterreich getroffen worden wäre. Dort ist nur vorübergehend und sehr im Allgemeinen davon die Rede gewesen, aber die Vereinbarung gehörte dazu, daß der Wahlact vollzogen werden konnte.

1) Schreiben von Goerz 28. Aug. 1790.

2) Häberlin, Pragmatische Geschichte der neuesten Wahlcapitulation, S. 355.

Es geschah am 30. September. Wenige Tage darauf erschien Leopold in Frankfurt, wo er am 9. October gekrönt worden ist.

Nicht zum ersten Mal war es, daß das Ergebniß der Wahl auf einer Verständigung zwischen Brandenburg-Preußen und Oesterreich beruhte. Schon der Wahl Leopolds I. im Jahre 1658 war ein auf die allgemeinen Angelegenheiten bezügliches Abkommen zwischen den beiden Höfen, ohne welches sie schwerlich zu Stande gekommen wäre, vorausgegangen. Wie so durchaus hatten sich aber seitdem die Machtverhältnisse und politischen Beziehungen geändert; zwischen den beiden Staaten waren blutige Kriege ausgefochten worden. Nur durch zwingende Umstände genöthigt, hatte sich der große König in die Anerkennung der beiden letzten Kaiser aus dem Hause Oesterreich gefunden. Friedrich Wilhelm II. hatte in Folge der getroffenen Vereinbarung wieder eine andere Stellung; er konnte die Wahl Leopolds II. seinerseits sogar befördern, da derselbe von den principiellen Feindseligkeiten seines verstorbenen Bruders gegen Preußen absah. Wohl blieb es zweifelhaft, ob das Einverständniß bestehen und sich befestigen werde. Noch war der Friede mit den Türken nur angebahnt, aber nicht geschlossen. Im folgenden Jahre mußte man einen offenen Krieg zwischen Rußland und Preußen erwarten, der dann einen neuen Bruch zwischen den beiden deutschen Mächten veranlaßt haben würde. Dieselben Motive, die Preußen zu dem Vertrag von Reichenbach geführt hatten, brachten auch den Frieden mit Rußland hervor. Es geschah hauptsächlich durch den Einfluß von England, welches für rathsam hielt, dem russischen Hofe noch größere Concessionen zu machen, als dem österreichischen, um zu dem allgemeinen Frieden zu gelangen. Das Schwert blieb abermals in der Scheide.

Wir enthalten uns hier einer Erörterung dieser Ereignisse, da sie in eine neue geschichtliche Epoche, an deren Schwelle wir stehen, eingreifen und die in jeder andern Beziehung für Deutschland verhängnißvoll werden sollte.

Im deutschen Reiche beruhte nun zunächst Alles auf dem guten Vernehmen zwischen Oesterreich, welches wieder zu Ansehen gelangte, und der preußischen Macht, die, in ihrer Geltung im Reiche mächtig gewachsen, doch nicht nach dem Kaiserthum greifen wollte. Dazu trug auch bei, daß die Aufrechthaltung der deutschen Hierarchie, von welcher der Fürstenbund ausgegangen war, unmöglich die Aufgabe eines protestantischen Kaisers hätte sein können. Wie die Dinge gingen, schien es nicht anders, als ob die alte Verfassung des deutschen

Reiches vielleicht verbessert, aber in ihren wesentlichen Formen noch Jahrhunderte bestehen würde. Da aber trat demselben die französische Revolution entgegen. In den Tagen, in welchen die Botschafter der geistlichen und weltlichen Kurfürsten in Frankfurt zusammenkamen, wurde in der Nationalversammlung zu Paris die Civilconstitution des Clerus decretirt, die den Umsturz der Hierarchie in sich schloß. Alle Institutionen wurden niedergeworfen, die eine Analogie mit der deutschen Verfassung enthielten. An dem Wahlconvente dachte man sich gegen die Rückwirkung dieser Neuerungen durch entgegengesetzte Beschlüsse zu sichern. Den Erzbischöfen und Bischöfen wurden ihre Rechte in voller Ausdehnung bestätigt, die Reichsritterschaft mehr als je als ein Stand im Reiche behandelt; man verdammte damit alle Eingriffe in die landeshoheitlichen Rechte, von innen oder auch von außen. Und wie denn die Decrete der Nationalversammlung auch in den Provinzen zur Geltung gebracht wurden, die einst, jedoch mit Vorbehalt der Rechte der deutschen Reichsstände abgetreten worden waren, so nahm sich der Reichsconvent derselben mit allem Nachdruck an. Daß es bei der Macht und Schärfe dieser Gegensätze zwischen dem revolutionären Staat und dem alten Reiche zum Kampfe kommen mußte, liegt am Tage, und demnächst brach er aus. Der Ausschlag desselben hing vor Allem davon ab, wie sich die beiden vorwaltenden Mächte unter einander und zu dem Reiche verhalten, ob die hierarchischen und die territorialdynastischen Grundlagen und Einrichtungen desselben eine nachhaltige Widerstandskraft entwickeln würden. Allein so lebenskräftig waren sie nicht mehr. Es entsprach dem Genius der Zeit sie zu zerstören. Ein allgemeiner Umsturz erfolgte. Die Formen des Reiches sind von Grund aus zertrümmert worden, nicht jedoch die Idee desselben, noch der Geist einer den Bedürfnissen entsprechenden nationalen Vereinigung, welcher durch Alles, was soeben gedacht und versucht worden war, und durch eine große Erinnerung genährt wurde. Als Zeit und Stunde gekommen, hat dieser Geist sich in voller Kraft erhoben, und der Nation neue Bahnen eröffnet.

Analecten.

Auswahl aus den Correspondenzen.

I.

Aus dem Kabinet Friedrichs II.

1. Zur Zusammenkunft in Neisse.

1769 ce 28 Aoust.

Monsieur mon frere! Votre Majesté a rempli à mon égard les doux devoirs de l'hospitalité d'une facon si obligeante pour moi et je suis si satisfait et content de tout ce que j'ai vu en Elle et chès Elle que je ne puis m'empecher de lui repeter encore par ecrit combien j'ai été sensible a ses marques d'amitié et de confiance, et satisfait, d'avoir pu faire en elle la conoissance personelle de quel'quun qui dement bien completement le proverbe quoique tres ancien que les grands objects perdent a etre vus de trop prés. Les sentimens si justes humains et clair voyans qu'elle a bien voulu me temoigner au sujet des afaires generales m'ont causés bien de la joye parce que j'y retrouve la plus parfaite conformité, a ceux qu'en matiere d'état, mon Auguste Mere, et moi avon. Je ne vois donc plus rien etant reconciliés si sincerement qui puisse raisonablement nous empecher d'etablir, et de pratiquer dorénavant entre nous autant de confiance et de bonne et franche amitié qu'a mon grand regret j'y ai vu regner jus qu'icy de mefiance; Ces odieux sentimens seront, j'espere desormais a jamais sans objet entre nous. Pour faire donc encore plus surement durer la tranquillite Generale, je lui promets ici au nom de S. M. L'Imperatrice et du mien foy de Roy et parolle d'honet homme que si meme jamais le feu de la guerre se raleume entre l'angleterre et les maisons de Bourbon que je maintiendrai fidellement la paix heureusement retablie entre nous et meme, qu'en cas qu'une autre guerre surviene dont actuellement il est impossible de prevoir la cause, que nous observerons la plus exacte neutralité pour ses Possessions actuelles come elle voulut bien me le promettre pour les notres. Je serois en chanté si cet arangement pouroit etre entre autres un des heureux effets de notre Entrevue et ouvrir un vaste champ a des liaisons si avantageuses a tous deux de meme qu'a nos peuples et j'ose dire a toute l'humanité. Lui diraije l'effet qu'elle a fait dans mon ame? non. Car la verité bien pure paroitroit a sa modestie une flaterie, je me borne donc a prier V. M. de croire que les sentimens de la haute estime et sincere amitie qu'elle m'at inspirés ne cesseront jamais et que je serai toujours

A
Sa Majeste le Roi de Prusse
Monsieur mon frere.

de Votre Majeste
le bon frere
Joseph.

Friedrich II. an Finkenstein.

ce 7 Sept. 1769.

Je vous envoye mon cher Conte Le Residu de L'entrevue vous veréz par ces piesse importantes que Nous avons conclus entre nous un Traité de Neutrallité pour l'allemagne en Cas de guerre entre la france et l'Angletterre, et un engagement de ne nous point attaquér dans nos possessions suposśe que d'autres Troubles nous entrainassent ailleurs. Ceci est d'autant meilleur que je n'ai aucun traité avec L'Angletterre, et que Les Russes (mettant les chosses au pire) ne peuvent me cometre qu'avec la Suede ou la Pologne. D'ailleurs L'Empereur est franc et rempli de candeur. et je suis presque moral-lement perssuadé qu'il ne me veut aucun mal, au contraire asséz de bien perssonnel. Quant au reste, la politique entraine souvant les princes dans des Engagements et des messures qui les forcent d'agir contre leur inclination de sorte que je ne veux rien garantir pour L'avenir. Il faut consservér toute ces piesses soigneussement dans Les Archives secrettes comme un monument de reconssilliation, ou si vous Vouléz Comme un renouvellement de la paix de Dresden. adieu mon cher Comte, dites moy si Vous n'envissagéz pas les chosses de meme.

Federic.

---

2. Zum bairischen Erbfolgekrieg.

J'acquiesce parfaitement au parti que vous avez pris selon votre rapport du 18 de ce mois d'insinuer aux princes de l'Empire qu'une simple union défensive étoit tres insuffisante dans le moment présent où personne ne pensoit à attaquer le Hanovre et où il s'agissoit uniquement à maintenir les immunités et prérogatives de l'Allemagne, que leur refus de concourir et de faire cause commune avec moi me forceroit d'en abandonner la défense et de laisser agir et disposer les Autrichiens comme bon leur sembleroit, que ce seroit là l'effet que produiroit leur inaction dans une occasion aussi importante que la présente où tout ce qui portoit le nom d'Allemand devoit s'unir et aider autant que par lui (qu'il étoit en lui) à soutenir la conservation des Constitutions et libertés acquises par ses ancêtres par la paix de Westphalie, qui sans cela courroient risque d'être enfreintes et perdues pour toujours. Voila ce qu'il faudra s'efforcer de leur faire bien comprendre et d'une maniere démonstrative mais en même tems aussi polie que possible. Sur ce

Federic.

Au camp de Burckersdorff
le 10 Aout 1778.
Aux Ministres . . . Finkenst. et Hertzb.

3. Aus der Correspondenz zwischen König Friedrich II. von Preußen und Herzog Karl Wilhelm Ferdinand zu Braunschweig und Lüneburg. 1782. Januar – April.

I.

ce 7 Janv. 1782.

Mon tres cher Neveux[1]).

Vous avéz bien raison de trouvér Mon cher Neveu un etrange embrouillement dans l'Etat pressent de la Politique Europeane mais il me semble que nous aprochons de la crise, et que dans peu les ellements se placeront selon leur legereté ou leur poid, pour moy je me tiens tout tranquile et je vois venir les evenements: La Russie en veut surement a la Porte et ne se propose pas moins que de signér la paix a Constantinople, L'empereur paroit tres fryant de la Bosnie de la Servie et de Belgrad, et selon toute mes nouvelles il suivra l'impression de la Russie; a l'egard d'une ellection d'un Roy des Romains il ne sauroit y penssér actuellement sans bouleverssér tout le sistheme de l'Empire et aneantir cette pressieuse auriam bullam, ainsi je ne vois encore aucun jour a tout ces vastes projects, surtout si ce qu'on m'ecrit aujourd'huy se confirme, car on pretant que les negotiations de paix sont autant que rompûes entre la France et l'Angleterre. D'autre part on me mande que l'Imperatrisse de Russie travaille elle meme a un projet pour consellièr les Autrichiens et les Prussiens, Vous voyéz qu'elle ne neglige pas les bagatelles meme, j'atans ce projet de pied ferme sans m'attendre qu'a quellque reve creux né dans la tete d'une feme ou il n'y aura que des chimeres et des propositions inadmissibles En atendant l'empereur comansera la guerre en faissant de noveaux emprunts et si elle dure seulement quelques campagnes il s'epuisera pour une longue suite d'années, ce qui est fort avantageux pour ce pays ci; Voici des lettres qui minent incessemment de France et d'Angleterre qui donnent encore esperance de la negotiation entamée a Londres, on n'est pas toutafait d'acord cependant les difficultéz ne sont pas invincibles pour vû que la paix du sud se face. L'orion (ent) nous anbarassera beaucoup moins. Je n'ai point rescu de caviar; sitot que j'en aurai, il sera pour Vous mon cher Neveux, c'est en Vous assurant de toute ma tendresse et de ma plus haute estime que je vous prie de me croire

Mon cher Neveux
de Votre Altesse Serenissime
le fidele oncle Cousin et ami
Federic.

1) Es wird hoffentlich Billigung finden, daß die Correspondenzen Friedrichs II. in der originalen Schreibung mitgetheilt werden.

II.

ce 7 Janv. 1782.

Mon cher Neveu.

Voici si joint toute l'exspedition que Vous avéz desirée, et je souhaite mon cher Neveux, que cette vente tourne a Votre plus grand avantage; si dans d'autres ocasions je puis Vous rendre servisse, Vous pouvéz contér hardiment sur moy; en voici bien d'une autre, L'Imperatrisse veut faire encore cette année la guerre aux Turcs, et j'aprans en meme tems que l'internonce Autrichien a Constantinople doit avoir rescû ordre de se retirér, l'Imperatrisse fera la guerre tout rondement, mais le Cesart des Avhares negosira avec les Turcs et tachera de leur escamoter Belgrade et la Bosnie. Voila ce que j'ose prevoir qui arivera, jusqu'ici le Grand Duc tient pied a boulle, il a eté indigné que l'Empereur a envoye 4/m ducats a son beaufrere de Lubec. Le Grand Duc les a rendûs au Cesart Vienois; un peu de passience encore et Nous verons des singuillérs évenements. Sallomon en a menti, il n'avoit pas tout vû, et bien des sotisses nouvelles sont resservées pour Nos Neveux et que nous ne verons pas.

Je suis avec le plus tendre attachement et la plus haute estime etc.

III.

ce 14. Janv. 1782.

Mon tres cher Neveu.

Je Vous suis tres obligé des nouvelles que Vous me mandéz, et je Vous confece mon cher Neveux que l'empereur peze sur mes epaules septantagenaires par la multitude des intrigues quil met en jeu contre moy de tout les cotéz, il me croit peutetre trop vieu pour combattre de l'epée, il s'abisse maintenant d'exsercer ma plume. Vous ne sauriéz Vous imaginer avec quelle activité il me harcelle de toute parts, je ne met pas moins de vivassité pour elludér ses attaques, nous nous disputons a qui aura la Russie, les champions sont en lice, il faudra voir des deux le quel l'emportera. Bartmil a dit a Viene: l'Empereur veut issollér le Roy de Prusse en Luy enlevant la Russie, car jamais La France ne s'unira avec Luy, je ne sai, sil a bien deviné ou non, reste allors l'Angleterre, c'est un pisalér, mais si lon ne peut faire mieux, il faut en passer par la, toute ces affaires mon cher neveux ne me regardent pas perssonellement, mon tems est fait, mon devoir est de penssér aux bien du pays pour prevenir si cela est possible une guerre ausi destructive que celle de 1756. On echape miracle a un pareil dangér, mais il faut le prevenir si cela est possible et pourpeu quil se trouve d'aparance de reusir, Le Grand Duc tient encore bon, il est meme un peu brouillé avec la grande Duchesse, mais tout ces gens sont de faible Rossos que le moindre vent agite et fait plyér a son gré, Grand Dieu! de quels estres depend le sort des miserables humains? un Roy de France qui n'a aucune idée des interets de son royaume, un roy d'Espagne fol, une reine de Portugal asservie a son confeseur, un roy d'Angleterre que But mene par la lissiere, un roy de Naples digne des petites maissons, une Pantocratrisse ausi haute envers l'Europe que basse envers ses

aments, un Grand Duc et une Grande Duchesse dont je Vous ai parlé, et voila les gens auxquels on a afaire, et sans le concours desquels aucune operation politique ne peut s'entreprendre: pour Votre pauvre fille mon cher Neveu, je souhaite de me trompér dans mon prognostic, mais je crains bien que dans quelques années on ne vous la renvoye a Bronswic:

Ma lettre n'est pas bien gaye, mais en verité il n'y a pas de quoi l'estre, et avant que les matieres en fermentation ne se soyent rassisses il est imposible de jugér du resultat du tout ensemble. Je suis avec autant de tendresse et d'attachement que de haute estime etc.

IV.

ce 21 Janv. 1782.

Mon tres cher Neveu.

Vous avéz trop de bonté de Vous interessér aux restes usséz de ma vieille exsistence, mon tems est fait et le peu de chemin que j'ai pardevers moy sera dans peu achevé; j'ai eu sans doute bien des dessagrements ces dernier tems, mais quoi que l'Empereur ait ensorcelé tout les Wirtenbers et paŕ eux la Grande Duchesse, le Grand Duc cependant tient bon, il est meme jaloux. Les ducs Wirtenber d'ici ont refusé netement a leur pere de quitér le servisse et en ont ecrit sur ce piéd aux Grand Duc, il faut voir la fin de tout cela et ce que produiront les intrigues contre les intrigues quelle tournure que tout cela prenne il y a toujours des moyeins pour s'arangér autrement; j'ai ici encore une affaire qui me derange beaucoup par les friponneries de Göhren. La compagnie maritime alloit faire banqueroute, je me suis mis à tems au devan de la breche, je remets tout, mais il m'en coute un million 600/m ecus, cela ne me vient pas a propos, mais avec de l'euconomie j'espere si je vis deux anns de remetre tout et de peyér tout ce qui est dû. Le fripon est aretté et c'est a pressent a trouvér quelqun pour metre avec sureté a la tette de cette affaire importante. Voila mon cher Neveu les amusements de mon carnaval, les Votres y ressemblent beaucoup, mais apres l'orage le beau tems.

Je suis avec un tendre attachement et une perfaite estime etc.

V.

ce 31. Janv. 1782.

Mon cher Neveu.

Je Vous ai une obligation infinie de la lettre de Madame de Monbelgard que Vous avéz la bonté de m'envoyér, je vois qu'elle desire de Vous parlér et je juge d'avance de ses desseins a l'egard de quoi je crois devoir vous en donnér des notions prelliminaires; Elle est entierement gagnée par l'Empereur tant par l'espoir de la dignité electoralle que par une penssion de 40/m ecus et le gouvernement Hongrie que l'Empereur a conferé au Pr. Eugene Son mary, elle a dit (et cela est certin) a quelqun a Vienne qu'elle n'auroit ni treve ni repos qu'elle n'eut rendu le Grand Duc esclave de l'Empereur, elle a voulû debauchér du servisse par consequent ses deux fils cadets qui ont refuzé nettement de donnér dans ses idées, Elle est fachée

que l'ainé n'est pas pu metre aux pieds de l'Empereur les etandards de son regiment, Elle a exsalté exstraordinairement a Vienne qu'un prince parant de tout les empereurs du monde avoit rescu son congé l'ayant demandé, enfin elle a voulû empoissonnér cette chose pour egrir le Grand Duc contre moy, mais la mine a eté evantée et le Grand Duc perssevere dans la meme amitié quil m'a temoigné en toute ocassion, je comprens qu'elle voudra Vous parllér pour faire son apollogie et se levér des reproches que luy fait sa conssience (si elle en a une) et qu'elle espere par Votre mediation de se justifiér envers sa famille, il depend sans doute de Votre bon plaisir de la voir et de l'entendre, mais il faut la regardér comme les cretiens envissagent les pecheurs endurcis dans le crime desquels il n'y a aucune converssion a esperér, j'ai crû mon cher Neveu Vous devoir mettre au fait de toute ces tracasseries pour que Vous sachiéz la liaisson qu'elles ont enssemble, elle Vous fera des lamentations etudiées sur les faucetè qu'on debite sur son compte, elle Vous empestera de son masque, elle tombera evanouie par metafore; de petites larmes couleront de ses yeux, et si Vous vouléz Vous en amusér faites semblant de donnér dans le panaux, allors elle Vous parlera de ce divin Empereur, et elle ne manquera pas d'ajoutér qu'amoins de se rendre coupable du crime de rebeillon tout prince d'Allemagne devoit verssér la derniere goutte de son sang pour cet aimable et incomparable chef de l'empire; ces memes trops se trouvent en des lettres qu'elle a ecrites et que j'ai lues; dailleurs l'Empereur pour empechér le Grand Duc de retournér par chéz nous veut faire au mois de Sept. un camp de 70/m hommes en Boheme et dela il veut le renvoyér par la Hongrie et la Pologne a Petersbour, et je crois que cela poura fort bien avoir lieux, Mais qu'importe le chemin pourvû que nous gardions le coeur du Grand Duc, ces tours de finesses seront a pure perte:

Je Vous ambrasse mon cher Neveu en Vous pryant de me croire avec le plus tendre attachement et la plus haute estime etc.

VI.

Mon cher Neveu.

Je suis bien aise de Vous savoir de retour de Cassel. Je Vous aurois volontiers repondu moi même, si ma main n'etoit angourdie par la goute. Je Vous suis fort obligé de ce que Vous avez eu la bonté de me communiquer de ma niece de Würtemberg, mais j'ai des choses beaucoup plus exactes la dessus de ce qu'elle Vous a dit, et le Grand Duc a été fort mécontent de toutes les choses qu'elle a fait, c'est ce qui l'oblige de vouloir se rapprocher actuellement de moi. Elle peut faire son apologie à qui elle veut, mais pour moi, elle ne me trompera pas, et je compte bien d'avoir rompu à jamais avec elle. Pour son fils, il a deja pris de l'argent de l'Empereur, pour payer ses dettes et faire son voyage et je me trouve bien heureux d'en être débarassé. Je crains mon cher Neveu, que Vous n'ayez Vous meme avec le tems beaucoup de chagrin de sa part. Soyez assuré je Vou prie du tendre attachement et de l'amitié avec laquelle je suis etc.

à Potsdam
le 21 de Fevrier 1782.

VII.

ce 10 Mars 1782.

Mon tres cher Neveux.

Vous avéz bien de la bonté de Vous interessér aux restes usséz de ma vieille exsistence, les parques ont le sisau tout pret pour coupér un pouce de fil quil leur reste a devidér. Vous y perdréz un fidele ami, mais des gens de Votre trempe ne manqueront jamais d'en trouvér d'autres; mes nouvelles les plus sures de Viene et d'Italie me marquent que le Grand Duc de Florence est tombé dans une melancolie melée de fanatisme mais non pas quil est en demonie, il doit avoir pris a coeur le mariage des Monbelgard auquel il repugne et la crainte que l'Empereur ne prefere le jeune prince de Toscanie a son pere pour le faire ellire Roy des Romains; ceci empeche l'Empereur de faire le voyage d'Italie comme il l'avoit projecté, mais au reste les choses projectées continuront d'allér leur train, le camp de Pragues et encore un tour que le Grand Duc doit faire a Vienne; Il semble que les affaires prenent une tournure facheuse pour les Anglais et que par trop d'obstination leur chute n'en deviendera que plus considerable. Quil est rare de trouvér le bonssens chéz les hommes et que les passions leur font faire de sotisses! je ne dis pas cela pour les Anglais seulement, car il n'est perssonne que ses passions n'aveuglent pas quelque fois, heureux encore quand ce n'est que des bagatelles, et que l'interet des Etats n'en soufrent pas: je viens d'essujér une banquerute qui n'est pas de paille cela me derange beaucoup et m'oblige a recourir a une oeuconomie rigide pour redressér ce qu'avoit culbuté la sotise d'autrui.

C'est ainsi mon cher Neveu que tandis qu'on reste dans ce meprisable monde lon est assujeti sans saice aux vississitudes de la fortune et pour une faveur qu'elle Vous accorde, elle Vous accable de cent revers. Cete fortune et Madame de Monbelgard sont comme les chattes qui caressent en egratignant.

Je suis avec toute la tendresse et la plus haute estime etc.

VIII.

ce 1 Avril 1782.

Mon tres cher Neveu.

Je Vous suis tres obligé de la piesse courieuse que Vous avéz eu la bonté de me comuniquér. On m'en avoit envoyée une de la Haye ou cependant il n'y avoit pas tant d'energie, mais celle ci respire bien le stille et le Son dictatique du Prince Conis, toutefois il ne faut pas l'en croire sur sa parolle et les liens entre la Françe et l'Autriche ne seront pas eternels, surtout si les cours imperialles s'avisent de conquerir Constantinople. On me marque d'Angleterre que le roy a du conssentir au changement de son ministere, que lon veut la paix avec les Collonies et la Hollande pour se ruér avec toute ses forces sur les Français et les Espagnols, on me fait des propositions pour que je m'entremele de cette paix, mais voilla des grandes dificultéz coment faire cette paix? Les Americains seront ils libres ou assujetis? La Hollande dons les Français possedent le Cap de bonne Esperance, l'ille St. Eustache et les Espagnols Ceilon,

Ces Hollandais se risqueront ils a perdre toute ces possessions en faisant une paix separée avec l'Angleterre? je ne le crois pas: But continurat il deriere le ridos a estre maitre des affaires? dans ce cas perssonne ne pourra si fiér. Voila mon cher Neveu des questions bien delicattes et qui meritent une mure reflextion: j'avoue que cette infame coruption introduite dans le parlement et dont enssuite toute la nation s'est vû infectée a degradé ces principes d'honneur et ce nerf republiquain qui a donné durans long tems des exsemples tant de courage que de noblesse que de generosité, a cela s'est joint les prodigieusses richesses que cette nation a su accumulér depuis la paix de 1763. Ces richesses, des depansses tant outrées que ridiculles, le luxse, l'esprit de venalité, toute ces raissons ont contribuées a corompre ce gouvernement autrefois si respectable. Vous dans Votre basse Saxse et moy dans ma sabloniere, nous n'avons rien a craindre que l'opulance degrade les sentimens de nos concitoyiens et je prefere notre simplicité meme notre pauvreté a ces maudite richesses qui pervertissent la dignité de notre espesse; notre parure doit estre l'honneur, le courage, la magnanimité, le dessinteressement, et avec cela nous serons preferables a tout les millionaires et a tout les Cresus de l'univers. Il faut chercher l'homme dans l'homme et non pas dans des dehors qui l'environnent mais qui ne sont pas a luy. Voila mon cher Neveu un debordement de moralle qui m'est echapé et qui seroit un horsd'oeuvre si je ne savais pas que Vous penssêz toutafait de meme. Le pape est a Rome, l'Empereur et le prince Conis en sont exsessivement embarasséz: le st. pere veut flechir ces fils mutin, et sil ny reusit pas les forcér par le brads d'un concille Ecumenique. Ces moyeins sont bien faible contre un potentat qui peut faire agir 200/m hommes, pour moy en qualité de digne exscommunié je laise declarér chismatique qui conque le St. pere trove digne de portér ce caractere, a labri dans mon foyér contre les foudres du Vatican, contre le despotisme de Conis et contre l'impetuosité de Josef. Je Vous ambrasse mon cher Neveu en Vous assurant de toute la tendresse et de toute l'estime avec la quelle je suis etc.

IX.

ce 11 Avril 1782.

Mon tres cher Neveu.

J'ai apris avec douleur que Vous avéz eté incomodé de rechef des hemeroides, et que Vous avéz eté obligé de subir une operation chirurgique pour Vous en delivrér, je fais mille voeux affin d'avoir bientot des nouvelles de Votre entiér retablissement, auquel je m'interesse sincerement et en veritable ami; Voila mon cher Neveu une resolution dans le ministere de Londres avantageuse sans doute pour le meintien du gouvernement d'Angleterre, mais non peu tardive pour le bien politique du royaume, les ministres precedents se sont conduit avec tant de fougue d'obstination et si peu de prudance, que les meilleures tettes de l'Europe trouveront des obstacles invinsibles pour redressér les maux que leur predecesseurs ont causéz; Voila meintenant l'independence des colonies autant qu'assurée, avec cela le gouvernement comme de raison voudroit se racomodér avec la republique de Holande, cela est tres bien penssé; mais les Français

et les Espagnols en garantissant les possessions Holandaisses des deux Indes par leur troupes quils y tiennent en sont maitres et la Holande risque de les perdre en faissant sa paix separée avec l'Angletterre, ceci forme un terrible inconveniant, j'avoue que je verois avec peine l'Angletterre sucombér tout a fait mais je ne vois aucun moyen de la sauvér que par la paix generalle qu'elle devroit negotiér Elle meme et sans bruit par des emissaires tant a Verssailles qu'a Madrit. A l'egard du projet que Vous me communiquéz mon cher Neveu d'alliances que lon pouroit formér il est bon d'y penssér, toutefoits le cahos pressent de la politique de l'Europe doit se debrouillér avans qu'on y procede, Voyons donc a quoi aboutiront les manigances de Josef et de Catherine. Voyons quel parti prendra la France, si apres cette paix l'Angletterre poura influér ou non dans les affaires de l'Europe, si But n'influe plus en rien dans le cabinet du King George, si la jeune cour de Russie est Autrichiene ou non; il faut que tout ces poinds soyent tiréz au clair affein qu'avec une parfaite conoissance de cause et a tette reposée on puisse prendre un parti sage et dont on n'est point a se repentir par la suitte. Car il ne faut pas estre un grand Grec pour prevoir que toute les operations de politique et de finances auquelles s'ocupe le Sir Josef ne soint calculées et meditées contre la Prusse, Tout cela ne m'effraye pas, et par le moyein de bonnes alliances et d'un peu d'adresse on peut oposér la force a la force et la ruse a la ruse; pourvû qu'on ne se presipite point et que lon calcule geometriquement les mesures les plus justes dans la conjoncture ou lon se trouve on decouvre des ressources qui devienent dessisives par la suite pour les evenements quelles amenent; c'est dans les circonstances comme celles ou je me trouve quil faut se souvenir du proverbe de l'Empereur Auguste

festina lente.

Dailleurs rien ne nous presse, et en voyant venir nous agirons avec plus de sureté, et si meme je me determinois maintenant en faveur de l'Angletterre quel bien luy en reviendroit il? des flottes? je n'en ai point: attaquér la France partere? c'est ce que perssonne ne peut pretendre de moy: faire des propositions de paix? a qui? aux Français? les Anglais le peuvent beaucoup mieux et plus directement. Toute ces conssideration, mon cher Neveu, m'empechent d'allér plus en avant et rengent ma politique dans la classe des acateleptiques qui suspendoient leur jugement comme moy mes accions. Voila une longue lettre dont je Vous demande pardon en Vous assurant de toute la tendresse et de toute l'estime avec la quelle je suis etc.

---

4. Zum Fürstenbund.

Au Ministre d'Etat et de Cabinet le Comte de Finckenstein.

Je vous remercie de l'extrait des nouvelles de Saxe que J'ai trouvé à la suite de votre lettre du 9.

A présent tout ce qu'il nous importe d'apprendre, c'est de savoir, si la France a été allèchée par l'appas du Luxembourg, qu'on dit que l'Empereur lui a offert, et si elle s'est laissé entraîner dans

les vues de l'Empereur. Si on étoit bien sûr de cela, il ne nous resteroit qu'un moyen, mais dont je sens bien que la réussite nous seroit excessivement difficile. Ce seroit de réunir les voix de la Saxe, Hanovre, Mayence, Trèves et autres Princes d'Allemagne qu'on pourroit rassembler, pour faire des protestations, contre tout ce que l'Empereur pourroit entreprendre contre le bien de la Constitution Germanique. Je sens qu'il est difficile de rassembler tous ces gens là; et de plus il ne faut pas le faire trop tôt et mal à propos, car si les François n'avoient pas donné dans les vues de l'Empereur dans tout ceci, ce seroit une démarche déplacée, et en revanche, si une pareille Négociation n'est pas prise de loin, on pourroit difficilement réunir tant de têtes à la hâte, et le tout seroit passé, quand on voudroit commencer à agir avec ces Gens. Cependant comme Vous avez déjà négocié souvent à Hanovre pour savoir ce qui se passe là bas, et comment ces Gens là pensent, Vous pourrez fort bien en écrire à Hanovre pour savoir, de quelle façon ils envisagent ce nouveau troc que l'Empereur veut faire.

Sur ce Je prie Dieu qu'il vous ait en sa sainte et digne garde.

Federic.

à Potsdam
le 10 Fevrir 1785.

Au Comte Fink.

10. Febr. 1785.

Ayant murement reflechi a tout ce que Vous m'avéz mandé de Votre Converssation avec Monssieur d'Eterno, je Comance a Consevoir des soupssons Contre la France meme; Vous auréz apris sans doutte soit par les papiérs publics soit par des Ruhmeurs sourdes, que L'Empereur destinoit le Luxsenbour a la France, il se pouroit bien que c'est par cet apads que le Cesart Josef a Voulû Corompre son beau frere, je sais meme par des bruits pareills qu'on s'est ausi amusé de nous destiner je ne sai quel partage, et le Ton flegmatique avec le quel Mons: d'Eterno vous a entre tenû de Ces vûes de Josef L'Endiablé me fait croire que la France manquera d'Energie dans ce Moment dessisif pour Son Honneur et pouroit bien finir par segnér du néz. Oh! Dieux a quelle infame drogue avons nous a faire? et comment entouré de Canaille laches et venables, pourons nous seuls soutenir la Constitution germanique et nous Opossér au Brigandage efrené de Ce Maudit Tirran Vienois. Je vous avoûe que tout ce la me met hors des gonds, Car dans Embrouillement general Comme celui ci il n'ya pas meme asséz de Données pour formér des Conjectures.

Adieu mon cher Comte, si vous pouvéz percér un coin de ces Tenebres, je vous prie de me Communiquer vos Lumieres.

Federic.

Au Comte Fink.

11. Febr. 1785.

Je vous avoue que je ne m'attendois pas a la Declaration de Mons. Teod. Peutetre les Autrichiens Croyent-ils que de Cannons de 3 Livres qu'il environt sur le chemin de Munich seront sufisans pour faire signér leur beau Troc projecté quant il le Voudrons, ainsi ne Nous arettons point a ce que Mons. Teodore nous dit apressent, il n'est qu'un jonc qui plie sous le plus foible jmpulssion de Josef L'endiablé. Je Crois donc que ce sera uniquement de Wersailles d'ou nous aprendrons des Eclercissements sur les Trocs projectéz par l'Empereur et que ce quil y aura de plus Evident nous parviendra par les mains de Mons. de Hohenfels. Cette Situation Incertaine est abominable. elle m'arette dans les Operations jnterieures du pays, et de plus s'il faut faire La guerre il faudroit d'aujourd'huy en preparér les Arangements, et nous perderions en attendant quel que mois; mais si la France se preparoit serieussement a la Guerre, il me semble qu'elle devroit parlér avec plus d'empressement a nous, a L'Espagne et au Sardois. Tant que je ne verai pas ce préalable je ne croirai pas que les tres cretien veut serieussement soutenir La Gagure; il se pouroit aussi que le Cesart Josef laisat un tems reposér ce plan d'echange et qu'il attendit un Moment plus favorable pour L'exsecutér, par exsemble dans un tems ou La france se trouveroit engagèe dans une Guerre avec L'Angletterre:

Vous Voyéz que je m'eforce de Devinér, il faut attendre et avoir quel-ques données pour pouvoir fondér un jugement plus Solide. Adieu Mon cher Comte.

Federic.

II.

Zu den Anfängen des Fürstenbundes.

1. Anträge, auf welche sich endesunterschriebner von Sr. Königl. Hoheit Instruction gehorsamst erbittet.

1°. Da ich genöthiget bin im Monath August nach Braunschweig zu reisen, u. ohnfehlbar mit dem dort regierenden Hertzoge von dem Project der Union sprechen werde, darf ich selbigen sagen, daß ich auf Verlangen Sr. Königl. Hoheit nach Zweybrücken reisen, u. dorten Aufträge an den Hertzog außrichten soll?	Wenn der Hertzog von selbst auf die Sache komt, so können Ihro Durchlaucht ihm alles entdecken.
2°. im Fall wenn ja; was darf ich ihm von den Aufträgen entdecken, u. was soll ich verschweigen?	
3°. Darf ich ehe ich nach Zweybrücken gehe dem G. R. von Edelsheim zu Carlsruh ein rendez vous geben, ihm die Aufträge Sr. Kgl. Hoheit entdecken, um ihn — mein Benehmen zu Zweybrücken betreffend um Rath zu fragen? Darf ich ihm alle Aufträge mittheilen od. ihm etl. verschweigen?	Ich halte es für sehr gut, das er es wisse.
4°. Darf im Fall der Erlaubniß obbenameter G. R. von Edelsheim seinem Herrn dem Markgrafen von Baden diese Aufträge wieder überliefern, od. ihm solche verschweigen?	Dieses wird auf des G. Rs. eigenes gutdünken ankomen.
5°. Darf ich denen von Kinkels die Aufträge Sr. Königl. Hoheit entdecken? und was davon?	Hoffe noch mündlich hievon mit Ew. Durchl. zu sprechen.
6°. Darf ich zu Zweybrücken dem Minister von Hofenfels etwas von	Ja wenn er noch seinen bisherigen Posten hat.

denen mehr benannten Aufträgen mittheilen, od. sollen sie ihm ein Geheimniß bleiben?

7°. Befehlen Ew. Königl. Hoheit daß ich nach meiner Rückkunft von Braunschweig Ihnen incognito selbst aufwarte, von demjenigen, was aber zwischen dem H. Hertzoge von Braunschweig u. mir beredet worden, rapport abstatte, u. von Ihnen die Briefe nach Zweybrücken, und die noch etwa dazu zu fügenden mündl. Aufträge selbst empfange, u. mich von Ihnen persönl. Instruiren laße?

Dieses wirdt mir desto lieber seindt da ich Ihnen wegen meiner bevorstehenden reise anjetzt leider nicht sprechen kann.

8°. Darf der Hertzog von Braunschweig wissen daß der Fürst von Deßau in Zweybrücken gewesen ist?

Ich halte es nicht für nöthig.

9°. Soll ich auf meiner Reise nach Zweybrücken den Auftrag an den Printzen von Usingen übernehmen?

Werde auch mündlich hierüber antworten.

10°. Darf ich einen ohnmaßgebl. Gedancken hinwerfen: solte es nicht mögl. seyn durch Frau von Esebeck den Hertzog von Zweybrücken dahin zu bringen, daß er beßre Wirthschaft führe, sich nach und nach seiner Schulden losmachte, keine neue bewürkte, u. dadurch independenter von Mächten würde, die ihm Geld anbiethen und es ihm gern zuflachen würden. Eine beträchtl. Pension, welche Sr. Kgl. Hoheit der Frau von Esebeck verspráchen, zur Belohnung, wenn sie diese große Aenderung bewürkte, wäre vielleicht ein Mittel dazu.

Dieses wirdt schwerlich angehen, weil vom H. v. Deßau höre das die gute Dame in Gemeinschaft mit Creutzer dem Hertzog mehr und mehr zu starken Ausgaben verleitet und vermuthl. ihr Interesse bei dieser unordentlichen Wirthschaft mehr findet als es durch der Pension könnte bewürket werden.

Endes Unterzeichneter wird stets bereit sein alles was in seinen wenigen Kräften steht anzuwenden, gut u. blut aufzuopfern, um soviel an ihm ist die wirkl. Königl. Gesinnungen Sr. Hoheit mit aller treue außrichten zu helfen.

Carl August, HzS.

Von diesen Edeln gesinnungen Ew. Durchlaucht bin stets versichert geweßen, und werde mir glücklich schätzen gelegenheiten zu haben, dieselben von meiner wahren Freundschaft zu überzeugen.

Fr. Wilhelm Pr. v. P.

2. Schreiben Friedrich Wilhelms vom 7ten August 1784.

Monsieur
et tres cher Cousin.

Je regrette infiniment que le Voyage que je vais faire en Silésie me prive du plaisir de voir actuellement Votre Altesse Sérénissime, je me flatte d'avoir cet avantage à mon retour qui est fixé au 1er du mois prochain; Oserai-je lui proposer de faire pendant mon absence le Voyage qu'Elle projette à Brunsvig, pour profiter du temps, et apprendre d'Elle à son retour comment les choses s'y trouvent? —

Puisse le projet pour la bonne cause que Vous mon cher cousin et le digne Prince de Dessau appuient avec tant de zèle digne de vrais patriotes Germains, avoir l'issue désirée, je me flatte que les Princes à qui Vous en parlerez seront convaincus combien leur honneur, ainsi que leur propre intérêt exige qu'il soit mis en exécution.

Je joins à cette lettre les réponses aux questions que Vous m'avez adressées. —

Daignez recevoir les assurances du sincère attachement et de la considération distinguée que je Vous porte étant à jamais

de Votre Altesse serenissime
Le devoué Cousin
Frd. Guillaume

Pm. le 7. Aoust 1784. prnc.

---

3. Schlossers Unterredung mit Gerard.

Mein Vortrag.

Ich müste um Vergebung bitten, daß ich H. Gerard mit einer, an sich sehr wichtigen, aber noch ganz unvorbereiteten Sache unterbreche. Ich würde es nie gewagt haben, wenn Pfeffel es mir nicht zu einer Art von Pflicht machte. Doch werde mein Vortrag selbst Hrn. Gerard überzeugen, daß ich mit ihm nicht als einer publiquen Person, sondern so spräche als ich mit Pfeffeln gesprochen haben würde; Ich wäre sehr unschuldig in diese Sache gezogen worden, da ich meines Amtes wegen von allen Staatssachen entfernt wäre, und müste mir vor allen Dingen das gröste Geheimniß ausbitten, da mein Hr. außerdem wenn er diese Demarche erfahren sollte, eine große Ungnade auf mich werfen dürfte u. s. w.

Ich erzählte hierauf, daß ich bey einer Reise zu Anfangs vorigen Jahrs mich in Gesellschaft verschiedener R. H. Räthe gefunden hätte, welche unter andern Diskursen auch die jetzige Verfassung des Reichstags und dessen Inaktivität, die Empietement der Reichsgerichte und die üble Haushaltung vieler Stände beklagt hätten. Nach allerley Unterredungen hätten endlich die meisten gewünscht, daß unter den Reichsständen doch eine bessere Harmonie eingeführt und eine gewisse Art von Correspondenz errichtet werden mögte, wodurch einestheils die privat Demeleen der Stände und ihre ökonomische Umstände rangirt und anderntheils sich über die wahren Grundsätze und Verstand der Reichsgesetze vereinbart würde.

Die Conversation hätte ich gänzlich vergessen gehabt, als ich vor einiger Zeit einige Briefe dieser meiner Freunde erhalten hätte, worinn sie mich an das, was wir damals gesprochen erinnert, und mir gemeldet hätten, daß sie bisher gelegenheitlich mit Denen Ministern andrer Höfe die sie gekannt, darüber gesprochen hätten, und sie alle zu einer solchen Idee sehr geneigt gefunden hätten; Nur hätten einige besorgt es möge diese unschuldige Sache, wenn sie eklatirte, mißverstanden und vielleicht gar von dem franz. Hofe übel aufgenommen werden, wo es denn hernach sehr schwer seyn würde diesen Hof von den üblen Impressionen zu befreyen die daselbst gemacht werden könnten. Das hätte die meisten auch abgehalten Ihre Herren darüber zu sondiren und da die Sache zu Delikat wäre als daß sie's wagten den Fr. Hof deswegen zu sondiren, sie aber meine liaison mit Pfeffeln wüsten, so wollten sie mich gebeten haben zu versuchen, ob dieser mir nicht vertraulich zu erkennen geben würde wie doch ein solcher Schritt angesehen werden könnte. Ich hätte Pf. darüber vertraulich geschrieben. In seiner ersten Antwort hätte er sich ganz losmachen wollen, in der zweyten aber, die ich Hrn. Gerard eben gezeigt, hätte er mich an denselben in solchen Ausdrücken gewiesen, daß ich nicht anders gekönnt hätte, als ihm nun eben das zu entdecken was ich H. Pfeffel geschrieben hätte und ihn nun zu ersuchen mich zu belehren was ich meinen Freunden antworten sollte.

Gerard versprach mir hierauf die heiligste Verschwiegenheit sowohl von der Sache als von dem Anteil, den meine Person dabei genommen, dann sagte er mir aber, wenn das, was ich Correspondenz nennte, keinen bestimmten but hätte, so wäre es eine inkonsistente Sache, worüber zwar Fr. weder gutes noch böses denken könnte, das aber auch nichts nützen könnte. Wäre es aber Vereinigung zu einem gewissen but und wäre der Zweck der den ich sagte, ohne sich an eine Macht besonders zu attachiren, nur die Händel der Stände unter sich durch freundschaftl. Influenz oder auch etablirte Grundsätze die überall gleich wären, abzuthun, das oeconomicum der Stände zu rangiren, durch gute Beyhülfe und den R. Gesetzen gemäse principia votandi durch diese Vereinigung zu etabliren, so sehe er schlechterdings nicht was Frankreich, dem die Erhaltung der Deutschen Constitution so wichtig wäre dagegen haben dürfte. Doch setzte er hinzu können manchmal solche Constellationen am politischen Horizont seyn daß auch die unschuldigsten Sachen dieserwegen anders gesehen werden.

Freylich sagte er hierauf wüste ich jetzt zwar keine solche Constellation, doch weis ich auch den eigentl. Plan noch nicht, und ich stelle mir wohl vor, daß die Reichsstände, wenn je das Project zu Stande kommen wird, dasselbe nicht gern irgendwo werden producіren wollen, weil dieses ihnen ein gewisses air von Verbindung mit Auswärtigen gäbe, die nach dem, was Sie mir sagten, nicht bey der Sache zum Grunde liegen kann.

Wenn ich Ihnen also rathen sollte, so würde das beste seyn, daß etwa dieser oder jener auf das Corps Germanique influirende Fürst, wie für sich und in seinem Nahmen dem Minister im Vertrauen eröffnen liese, daß dieser Antrag an ihn geschehen und er zu einer solchen Correspondenz oder Union invitirt worden sey; daß er aber nicht eher derselben beytreten wolle, bis er des Fr. ministerii Gesinnungen darüber vernähme. Sie können, setzte Gerard hinzu, versichert seyn, das Ministerium wird hierauf auf das zutraulichste seine Gesinnungen eröffnen und alle Anleitung geben, wenn wie gesagt die Umstände die Sache räthlich machen, und sollten Ihre Freunde und deren Principal das gerade zu am Hofe thun, oder wollen sie, weil es weniger Aufsehen macht, mir die Sache vertrauen, so werden Sie in beyden fällen ihren Zweck erreichen.

Das war das Resultat der Conversation. Ich gestehe, daß G. Anerbieten seiner Influenz mir praeparirt scheint, sein Rath ist aber dennoch

vernünftig und am sichersten; doch wollte ich anrathen, auf unverdächtige Art in Versailles zu sondiren wie Gerard denkt, ehe man sich an ihn adressirt.

Die Constellationen worauf er zielt, scheinen mir von der Influenz des K. v. P. in die Union abzuhängen. Nicht als ob er mir deswegen etwas hätte merken lassen, sondern weil ich nichts Anders im Reich sehe, was Fr. contra einnehmen könnte; es müsten denn die Choiseul oder der Königinn principia seyn. Beyden diesen Anstößen würde aber vielleicht vorgebeugt werden, wenn man den eigentl. Plan nach Gerards Rath auf eine den sämmtl. Reichsständen ohnpräjudicirliche Art vorlegte, das müste aber von einem Reichsstande geschehen, welcher nicht sehr viel importirte, und vor der Hand nicht, denn wenn Frankr. einem solchen abriethe, so wäre es schlimmer als zuvor. Es wäre auch nicht gut, daß man einen Geistlichen dazu brauchte; noch glaube ich nicht, daß es räthlich wäre durch den Päpstl. Emissair so etwas tentiren zu lassen, denn dieser würde vielleicht wegen des Interesse, des Fr. u. Pabstl. Hofes, und jene würden wegen ihres geistlichen Interesse und ihre Begierde sich formidable zu machen mehr schaden als nützen; Auch Zwbr. wagte ich ohne große Präkaution nicht vorzuschlagen, weil man nicht weis wie Frank. über die Bayrische Succession denkt. Baden ist gar nicht in dem falle so etwas zu unternehmen. Mir scheints also am besten blos G. Gesinnungen in Versailles zu erforschen und wenn die gut sind, ein Ereigniß zu veranlassen, welche Fr. u. Ihn nöthigen selbst zu kommen. Oder soll doch vor der Hand gefragt werden, so müste sorgfältig beobachtet werden, daß man die Unabhängigkeit des Fürstenvereins vom Churfürsten Verein als eine der ersten Maximen unterstellte, wodurch wenigstens die Besorgniß Fr. wegen Pr. wegfiele.

Noch halte ich für das Beste Frankr. kommen zu lassen. Ich bin gewiß Ger: wird nicht stehen bleiben rc. rc.

---

4. Schreiben Carl Augusts an den Prinzen von Preußen vom 24. October 1784.

Mr.

V. A. R. verra par la lettre originale ci jointe du Maj. de B. (qui m'est venue un peu tard) ce qu'il m'a marqué concernant l'etat present des affaires a la cour des 2 P.

Mr. de B. etant sans doute de retour a P. il aura expliqué clairement ce qu'il ne m'a marqué que sous un voile que je ne penetre pas tout a fait. J'envoie sa lettre a V. A. R. pour justifier le retard que j'ai mis a executer ses ordres et pour lui detailler les raisons qui me determinent a la supplier de me dispenser pour ce moment ci du voyage de 2. P. et des commissions qu'Elle m'avoit données pour cette cour.

Il a plu a V. A. R. apres m'avoir donné les ordres connus pour le Duc des Deux P. de charger de la meme besogne le Maj. de B. Elle saura tant par son rapport que par sa lettre ci jointe qu'il a obtenu du Duc les declarations qu'Elle desiroit de sa part, qu'il a pris des notions certaines sur les sentiments du ministre et du maitre de ce pays la. C'etoit a peu pres tout ce qu'Elle pouvoit s'attendre de ma mission, et des peines que je me serois données pour remplir les vues de V. A. R. Mr. d. B. a reçu un refus concernant l'emprunt

qu'Elle offroit au Duc il n'a pas pu le persuader qu'il feroit bien de me recevoir, il paroit croire les raisons valables que le Duc allegue pour ne point se compromettre vis a vis de la Cour imperiale, il regarde, a ce qu'il me semble, ma presence nuisible a la Cour dont on voulait s'assurer pour la bonne cause. Vu ces faits je ne pourrois faire autre chose aux 2. P. que les obliger de me repeter les assurances données a M. d. B., les gener, les impatienter par des questions trop souvent reiterées, y risquer un accueil tres peu agreable et peut etre qu'un effet de leur mauvaise humeur pourroit me compromettre a la Cour imperiale et a celle de France.

V. A. R. est trop juste pour ne point approuver que j'evite de m'exposer a des desagrements personels et peu honorables lorsque je prevois que ma presence aux 2. P. serait inutile et qu'elle ne produiroit point un bien reel a la bonne cause.

J'ose donc me flatter qu'Elle voudra bien me dispenser de cette commission et me permettre, retournant à Weimar de lui remettre Sa lettre pour le Duc et l'instruction ecrite que je tiens de sa main.

Je desire avec impatience pouvoir servir plus efficacement dans une autre occasion et avec moins d'empochement Ses Vues patriotiques et me rendre digne de Sa confiance, qu'il me paroisoit m'avoir eté marquée par V. A. R. M. d. B. me recommande dans sa lettre le silence vis a vis de la Cour de Bade, l'accusant d'indiscretion et de fausses demarches dans l'affaire connue.

Tout prince d'Allemagne doit etre, ce me semble, interessé dans les circonstances presentes de connaitre a fond les intentions et la facon d'agir de ses coetats, surtout de ceux avec lesquels on est le plus intimement lié et qui doivent etre les membres les plus importants de l'union. Voila la relation dans laquelle je me trouve avec la Cour de Bade. La confiance reciproque la plus parfaite est le seul Moyen qui peut nous rendre formidables.

Je n'ai donc point osé tenir le stricte silence vis a vis du Marggrave, en partant de ce principe, j'ai taché d'aprofondir au contraire avec precaution les demarches de la Cour de B. qui pouvoient paroitre blamables. J'ai vu des papiers qui la justifient tout a falt a mes yeux. J'ai vu ceux qui regardent un troc futur qu'il avoit proposé a 2. P., ils m'ont paru prouver que le tort est du coté de cette derniere cour.

J'ose supplier V. A. R. de me communiquer les griefs, dont on se plaint. Je suis sur que le Marggr. demontrera alors par des preuves non equivoques et par des pieces authentiques la bonté de ses demarches, la mauvaise volonté des Ministres de la Cour de Dp. envers lui et la sagesse des mesures qu'il a prises pour servir la cause commune. Que V. A. R. me pardonne, si j'ose lui proposer d'agir avec la plus grande franchise vis a vis de ce Prince et avec ceux dont l'attachement peut l'interesser. C'est le plus sur moyen de se conserver les cœurs et de remplir surement ses vues patriotiques.

Antwort des Prinzen von Preußen vom 31. October 1784.

Monsieur.

J'ai recu hier au soir la lettre de Votre Altesse serenissime datée du 24. 8bre. Je ne sais ce qui a pu retarder si fort l'arrivée de la

Lettre du Major, il est de retour depuis Lundi passé, Je l'avois envoié au D. d. D. pour lui offrir de l'argent dans les cas pressant ou il se trouvoit alors, cet argent me fut offert par une espèce d'hazard, et je crus devoir en profiter sur le champ pour la bonne cause. Le Major arriva de plusieurs jours trop tard, la Cr. de France aiant preté au Duc un million et demi d'ecus; sur le refus que le Duc fit au Major celui ci reconnut le terrain, il trouva le Duc fort inquiet de ce que l'Empereur a les notions les plus exactes du Plan de l'union, il flottait entre la crainte de Vous offenser en refusant Votre visite ou de s'attirer de nouveau des persecutions et des reproches du coté de l'Empereur, si cette entrevue venoit a sa connaissance dans la crise actuelle.

Le Major marqua de l'inquietude au Duc de ce qu'en acceptant les secours de la France il ne fût entré dans quelques engagements contraires à la bonne cause; le Duc l'a rassuré par la declaration claire et positive que ses sentiments etoient inalterables et qu'aucune cabale ni Intrigue ne seroit capable de le detourner du Systeme Patriotique qu'il a suivi jusqu'ici. Voici les griefs que le Duc a temoignés avoir contre le Ministre de Bade 1° d'avoir divulgué le Projet d'union en le comuniquant au Sr. Pfeffel 2° Que ses notions soient parvenues a l'Empereur pour en avoir fait part a trop de personnes de façon que le Ct. de Komanzow ainsi que le Pr. de Waldeck en ont presenté tout le detail au Duc des l'instant de leur arrivée et avant que le Ministre de Versailles ait pu le communiquer a celui de Vienne, 3° d'avoir proposé au Duc, le troc extremement avantageux d'un Bailliage et d'avoir voulu l'engager à des conditions pour le futur et enfin 4° de s'etre adressé pour obtenir ce but au Sr. Kreutzer homme suspect a plusieurs égards et connu pour etre dans les interets de l'Empereur;

Je dois ajouter cependant que le Duc en se plaignant du Ministre de Bade a toujours temoigné avoir les plus grands attachement et respect pour la personne du Margrave. J'ignore jusqu'a quel point ces griefs sont fondés; en cas qu'ils le fussent il est certain que ce ministre auroit dû agir avec plus de circonspection.

C'est par une suite de la confiance et franchise que j'ai vouée a Votre Altesse serenissime, et aux autres Princes qui m'ont temoigné la leur, que je l'informe de tout ceci. Si le Major a si fort recommandé la discretion vis a vis la cour de Bade c'est par crainte de quelque nouvelle indiscretion de son Ministre au quel cas la Reine de France et son parti ne manqueroit pas de mettre de nouvelles aux negociations s'il s'en ebruitoit la moindre chose.

Soiez persuadé que ma confiance Vous est acquise et le sera toujours par la connaissanee que j'ai de Votre façon de penser toute Patriotique; la mienne egalement inalterable sur ce point m'assure entravues que nous resterons toujours amis,.

C'est avec ces sentiments, que je suis bien sincerement

Monsieur
de Votre Altesse serenissime
Votre affectionné
Frère et serviteur
Fr. Guillaume.

Ce 31. 8bre. 84.

6. Memoire Carl Augusts an den Prinzen von Preußen.

Memoire.

Les raisons qui m'ont empeché d'executer les ordres des V. A. R. concernant le voyage que je devois faire aux D. P. Lui etant connues, je ne m'arreterai point a des details qui pourroient L'ennuyer, je ne Lui marquerai que preliminairement quelques notions sur l'etat dans lequel se trouvait cette Cour comme j'ai quitté l'Empire, et je rapporterai ce qu'on dit des sentiments de quelques Puissances et de plusieurs Pr. de L'E. et joindrai enfin les propositions qu'on m'y a faites. J'ose réclamer son indulgence sur la longueur de cet ecrit et sur le retard que j'ai mis a le Lui faire parvenir.

Le Pr. de Waldeck etant aux 2. p. pour y negotier l'achat des terres en Boheme était chargé de dire au Duc de la part de l'Empereur que S. M. étoit trés fachée de ce que S. A. Le meconnaissoit, que s'il lui avoit marqué plus de confiance, et se seroit adressé à lui du tems de la mort de feu l'E. de Bav. que la maison Palat. n'auroit pas tant perdu de cet Electorat que cela etoit effectivement arrivé, qu'il lui proposoit d'etre de ses amis, et qu'il s'offroit de lui payer toutes ses dettes s'il lui promettoit de s'unir a lui et de refuser toute autre liaison et alliance. Sur ces entrefaits arriva Pfeffel, qu'Hoffenfels avoit apparemment fait venir de Versailles, et proposa de la part de la France 6, autres disent 4 millions de livres, cela fut accepté, le fils de Pfeffel envoyé par Courier en France, la négociation nouée, et les propositions de l'Emp. absolument rejeteés. C'est dans ce tems la, ce me semble, qu'arriva le M. de B. de la part de V. A. R. et l'argent de la France empecha que les 100000 duc. qu'Elle avoit genereusement offerts ne furent acceptés. Ce qui concerne la Somme donnée par la Cour de Versailles consiste indubitablement en 6 millons, tous ceux qui pouvoient en etre instruits conviennent de ce nombre, ce n'est qu'Edelsheim qui crut que cela ne montait qu'a 4 mill. je copierai ici un passage d'un eclaircissement qu'il m'avoit donné la dessus par ecrit.

„Zweibrücken hat 4 mill. Liv. von Frankr. gegen die zurückzahlung „seiner Pension erhalten, diese ist 300/m. Liv. Hierauf waren 2 mill. „Schulden in Frankr. versichert. Es ist also glaubl. daß die Pension ver„wendet werde die Interessen von 6 mill. zu zahlen Denn ob obige 2 mill. „unter denen 4 mill. begriffen, ist unbekannt doch mögl. Denn Zw.br. „war im Märtz 1784, außer denen 2 mill. in Frankr. noch 770,000 fl. an „den Canton Bern, 200/m. fl. nach Antwerben, 150/m. fl. in der Pfalz „30/m. fl. an Juden im Elsaß und weiter lautende Schulden ohngefähr „1 mill. schuldig, worunter die rückständigen Interessen u. Pensionen be„griffen sind. Wenn nun wie fast glaubl. der Canton Bern sein Capital „bey Zw.br. stehen läßt, auch die rückständigen Pens. wie verlautet, größten„theils nur mit Papier gezahlt werden, so kann man sich zu Zw.br. mit „2 mill. liv.

„welche betragen	916,666
„dann v. taxis erhalten	300,000
„u. v. baden erhalten	48,000
	1,264,666 fl.

„wohl aus allen Embaras gezogen haben, denn da die obige Summ. pp. „1 Mill. u. etl. mahl 100/m. fl. macht, so bleibt die Einnahme zwar ohn-

„gefähr 100/m. fl. zu geringe, hingegen könte man sich mit der Papier Zah-
„lung hierbey leicht helfen; die aus dem Pferdeverkauf gezogenen 30/m. fl.
„werden wohl wieder an gratifikationen aufgegangen seyn."

Je ne sais si Le Pr. de Waldeck a reussi a son marché, quelques uns le pretendent qu'il a reussi, d'autres le contredisent je n'en suis pas bien sûr.

Le prince de la Tour procura aussi de l'argent par un negoce peu favorable il proposa 300/m. fl. sans interêts et a fond perdu, sous condition, que le duc lui promettroit de lui laisser les postes dans l'avenir en Baviere et dans le Palatinat, mais se stipula en même tems qne si l'Elect. futur retracteroit sa parole qu'alors le capital el les interets lui seroient rendus, les interêts comptant du moment ou le Capital avoit été payé.

Le Duc des 2 P. non obstant les refus des 100/m. d. proposés par V. A. R. Lui est, a ce qu'on dit, personnellement fort attaché, il s'est fort loué de la genereuse part qu'Elle avoit bien voulu prendre a son etat, il en a parlé hautement aux D. Ponts et a Mannheim, où il a été il y a quelques semaines, et a proné de tout son cœur le desinteressement avec lequel Elle en agissoit envers lui.

La mort de son fils unique lui a fait faire des reflections à sa façon serieuses, on lui parla de marier le Pr. Max son frère, mais il n'en desira rien entendre, il s'exprima (Qu'elle pardonne la liberté du terme) qu'il savoit faire lui même autant de garçons, qu'il vouloit. Pendant ce temps de crise les Ministres eurent une conference secrette avec. md. la Duchesse, qui dura près d'un quart d'heure, et dont elle sortit tout eplorée, l'on soupçonne que, se mefiant de sa constitution corporelle, on lui avoit proposé une rupture de mariage; des nouvelles plus recentes veulent confirmer cet article.

Le Pr. Max, que j'ai vu a Strasbourg, et qui m'a marqué quelque confiance, pense bien autrement sur son etablissement que son frère, il compte très serieusement se marier, il a encore des vues sur la jeune veuve de Meiningen, qui l'a voit deja refusé il y a 2 ans, il m'en a parlé et m'a demandé mon sentiment la dessus et sur les moyens d'y reussir.

Les arrangements pris entre la Cour de France et celle des 2 P. concernant l'etat futur du Pr. Max sont contenus dans la ci jointe, que V. A. R. avoit desiré de voir.

Il ne me reste plus rien a ajouter sur le sujet des 2. P. que quelques desirs que les bien pensants de ce pays la m'ont communiqués pour les presenter à V. A. R. Kinkel du Carlsberg s'offre de se servir plus efficacement de l'influence qu'il a sur l'esprit du duc, et il veut tacher même de le mettre a l'economie, s'il se voit soutenu par quelque garant de son soin, c'est a dire, que si Elle lui promit de prendre soin de lui en cas qu'il fût forcé de quitter le service, qui le pourvoit à present il veut risquer les bonnes graces du Duc et sa fortune a cette Cour pour servir la bonne cause; mais ce que tout ce monde la desire bien plus ardemment encore, c'est qu'Elle veuille entretenir un commerce de lettres assez regulier avec le Duc pour cultiver sa connaissance, et pour se conserver sa confiance, son amitié.

Encore une petite circonstance qui marque la dependance du Duc de la France, il en est devenu Lt. General, s'est fait broder l'uniforme de ce grade militaire, et le porte.

De retour de la Suisse je trouvai le Marg. de Bade et son Ministre dans la plus vive douleur, ils arrangèrent le Memoire ci

joint, ils m'en chargèrent pour le mettre sous les yeux de V. A. R. réclamant sa justice et son équité et esperant qu'Elle se persuadera de la sûreté de leurs caracteres. Je puis assurer que j'ai collationné les copies avec les originaux, et que je les ai trouvées mot pour mot justes. C'est a Elle de juger si leur disculpation est bonne ou non.

Le memoire de Schlosser qu'Elle m'avait ordonné de lui procurer suit ceci, c'est Edelsheim qui me l'a donné.

Les troupes Palatines, du tems que j'etois a Mannheim reçureut ordre de se tenir prêtes a marcher; on y destinoit 6000 hommes, ce me semble, et je ne sais combien de canons.

Je touche a present au dernier terme de mon voyage, qui m'a procuré ce me semble les articles les plus interessants de ce que je dois avoir l'honneur de Lui rapporter.

Le Marg. de Bade m'ayant quitté a Mannheim je fus avec Edelsheim a Francforth s/m, il y alloit pour s'aboucher avec le Conseiller d'Etat Deelen de Mayence, et avec l'eveque suffragant Heimes, deux hommes qui possedent la confiance de l'Elect. Ils avoient a y arranger des affaires qui concernoient des interets de la maison de Bade. Edelsheim esperoit en même tems pouvoir approfondir les intentions des Princes ecclesiast. sur les affaires publiques, cela reussit a merveille.

Mess. les Mayencois arrivés a F.forth avant nous et y trouvant le Min. de l'Empereur Lehrbach, quitterent le même soir la ville, et donnerent rendez-vous a mon Compagnon de voyage a Hoechst. Edelsheim partit pour cet effet le lendemain avant le jour, et ne revint qu'assez tard l'apresdiner. Il me porta les nouvelles suivantes.

Lehrbach avoit été a Cassel sur le bruit qui couroit que le Landg. donneroit ses troupes aux Hollandois. Il y declara de la part de l'Emp. que S. M. regarderoit cette cession des troupes comme une hostilité, et qu'il faisoit avertir que le Landgr. s'en ressentiroit par des quartiers d'hyver formés par des troupes Impl. en Hesse, mais qu'il lui promettoit tout soutien pour lui faire avoir le Chapeau Electoral s'il ne se liait point avec ses ennemis: l'effet de ces menaces est risible. Non obstant cette declaration vis a vis du Landg. l'Emp. a pourtant consenti que son frere l'Elect. de Cologne formât le traité connu avec les Hollandais. L'emp s'etoit cru sur des sentiments de la France et de la Prusse, et sur cette confiance il a fait les demarches dans les Pays Bas. La Russie, a ce que Romantzow a aussi confirmé, a été outrée de la façon d'agir de Joseph II., car il avoit promis a cette puissance par un traité particulier a la paix de Teschen, qu'il n'entreprendroit rien de contraire a la paix de Westphalie, et a sa Capitulation. L'Imperatrice s'est proposée pour cela de ne rien faire contre les Hollandois, mais elle n'aime non plus cette republique parce qu'elle ne s'est point prêtée a la mediation que Catharine avoit proposée entre les Etats Generaux et l'Angleterre, pendant la derniere guerre. Des nouvelles plus recentes me disent que l'Emp. est fort mecontent de la declaration de la Russie donnée pour terminer ses differends aux Pais Bas.

Hohenthal, Ministre de Saxe a Ratisbonne parla fort haut a son passage a F.fort, si l'on en croit, on peut se fier aux sentiments de sa cour.

Le Danemarc et la Hesse etoient pour les vues patriotiques qui visent a conserver la constitution Germanique.

Pour ce qui regarde les princes Ecclesiast. les Mayencois de-

clarerent a Edelsheim que non seulement l'Elect. mais aussi le Pr. de Witzbourg et Bamberg et quelques autres Pr. Evèques s'etaient unis pour presenter par ecrit de fortes remontrances a l'Emp. sur sa façon d'agir envers eux, que surtout Mayence poussoit vivement, l'affaire parce qu'il savoit que l'Emp. en etoit fort mecontent, il le leur avoit prouvé par un rescrit extremement dur; il avoit demandé une conference des Etats Catholiques apres les vacances de la Diette, mais cela n'a pas eu lieu jusqu'a present, L'Electeur lui a bien rendu la pareille en faisant traiter les troupes Impl. qui ont passé son pays, aussi mal que possible. Ces Prs. Ecl. s'etoient decidés que si leur remontrance n'auroit point d'effet, ils s'entreuniroient pour repousser de force tout ce qui pourroit par la suite de la guerre leur tomber sur le corps. Ils desiroient savoir les intentions et les sentiments des Prcs. sec. concernant leur projet, et surtout de ceux qu'ils croyent appartenir a une Union dont ils ont entendu parler, et qu'ils s'imaginent etre formée. Deelen demanda donc a Edelsheim s'il ne seroit pas possible que l'Elect. put s'aboucher avec le Marg. de Bade, Pr. de cette soi-disante Union dans lequel il avoit le plus de confiance; il s'informa en même tems comment ces Pr. unis regardoient les affaires de l'Eglise Catholique, et s'ils croyoient que le maintien de sa constitution regardoit de pres l'Interet de tout le St. Empire. Edelsheim ayant donné les assurances necessaires sur la façon de penser de son maitre prit ad referendum le point qui concernoit l'entrevue avec le Margr. Ces Mssrs poursuivant le discours ajoutèrent qu'il seroit encore fort a desirer qu'on fût instruit de quel oeil les cours de Prusse et de France regarderoient leurs demarches, si elles entroient dans les vues ambitieuses de l'Emp ou si elles aimeroient mieux soutenir l'union des Pr patriotiques. On parla enfin de l'election du Roy des Romains; l'Emp. a ce que disoient les Mayencois, n'en parloit plus, aussi les Elect. n'entreroient ils point dans ces vues, ils mettroient tout en œuvre pour l'empecher, ils ajoutèrent enfin que se seroit V. A. R. qu'ils desiroient pouvoir elire pour le chef futur de l'Allemagne, si Elle pouvoit se resoudre et prendre la Religion Catholique.

Edelsheim m'ayant rapporté ce que j'ai eu l'honneur de marquer, entra avec moi en deliberation sur ce qu'il auroit a faire. Il representa que le Margr. n'etant nullement connu avec l'Elect. de M., n'y ayant a present aucun pretexte valable pour marquer une entrevue avec ce Pr., desirant autant que possible d'éviter les occasions ou des Pr. Secul. se compromettroient par trop d'empressement avec les Ecl. il desiroit fort que son maitre fut dispensé de cette entrevue; il me fit sentir encore ce que trop souvent apperçu, que toute demarche de cette espece, si elle n'etoit point occassionnée par une raison bien naturelle, faisoit beaucoup d'eclat, aiguissoit la curiosité et le ressentiment de la Cour de Vienne, et nuisoit de plus en plus a la reussite de notre projet. Je sentis la validité de ses raisonnements, et nous convînmes enfin que je profiterai de la proximité de Mayence, de la quantité de connaissances que j'y avois, de ma liaison personelle avec le Pr. de Wirtzbourg frere de l'Elect. et avec l'Elect. même, que je me transporterais donc sur les lieux, et que je tacherais de faire repeter par l'Elect. ce que Deelen et Heimes avoient debités. Nous consultâmes ensemble jusqu'a quel point je pourrois m'ouvrir, ce que je pourrois assurer, et pour combien il falloit se mefier des propositions des Pr. Ecl. Les resultats en furent que je detromperai 1° de l'Idée qu'une union formée existât, je lui avouerai

seulement qu'il y avoit eu un tems, ou on avait été fort attentif sur les demarches dont les Pr. Ecll. se servirent pour defendre leurs droits, et que peut être l'on aurait pris leur parti alors, mais que ce tems la etoit passé, les esprits refroidis, et qu'a present il seroit plus difficile que jamais de les ramener a un but commun, mais qu'avec tout cela je ne doutois pourtant pas tout a fait de la possibilité de les ranimer, que cela dependroit des avances faites par les Cours Ecl. et que ce seroit a present a eux d'unir les forces eparses pour defendre leur cause, et la cause commune. Que je l'assurerois 2° que tout Pr. patriotique tant Catholique que Protest. etoit persuadé que le maintien de la Const. de l'Eglise Romaine dans le St. Empire etoit un point important et necessaire à soutenir 3° Que je lui prouverois que tout ce qui s'etoit parlé il y avoit quelque tems sur une Union pour soutenir la liberté Germanique n'avoit point été poussé par des intrigues de la Cour de Prusse, comme nous savions que les Ecl. se l'imaginoient ce qui leur donnoit beaucoup de defiance 4° Que si l'Elect. s'ouvrait a moi sur tous les points de ses projets patriotiques, je conseillerois pour l'assurer de nos vues independantes de former en cas de guerre une armée d'observation, sans y admettre (pour le commencement) toutes troupes de puissance quelquonque, mais qu'il falloit 5° avoir pour cela l'agrement de la Prusse et de la France; je dus lui proposer, s'il entroit dans ces vues, de procurer les eclaircissements necessaires de Berlin, et de lui laisser la tache de chercher ceux de Versailles. S'il me parleroit 6° de l'Elect. du Roy des R. je lui ferois sentir la difficulté qu'il y auroit que V. A. R. changeoit de Religion, et de le persuader par les raissonnements les mieux fondés que les Cathol. ne risquoient rien en se donnant un Emp. Prot. qui seroit doué de sentiments aussi elevés que ceux qui distinguent V. A. R. et de determiner l'Elect. d'en faire la proposition a ces Coetats. Le 7° point sur lequel j'insisterai le plus, etoit que ce fussent les Pr. Ecl. qui devoient faire la proposition aux Pr. Secl. d'une union en cas que la durée de la guerre y forçât l'Allemagne, vu que c'étoient eux qui devoient le plus se defier de la Cour Impl., que c'étoit donc a eux de negocier avec nous autres, de faire un projet solide, et de nous inviter par des propositions acceptables de nous unir pour defendre leurs droits. Je l'assurois encore que s'il voulait faire ce premier pas il y auroit assez de Prs. patriotiques qui se chargeroient d'assembler leurs coétats pour prendre fait et cause a notre interet commun.

Convenus sur ces points la, Edelsheim et moi nous nous separames, j'allois a Darmstadt, et de la a Mayence. On fut fort curieux chez mes parens de savoir le but de mon voyage, mais de fortes raisons de defiance m'empechèrent de leur faire quelque ouverture, le prince hereditaire me parut etre dans de fort bonnes intentions, il me dit son sentiment sur la necessité d'être sur ses gardes dans les conjonctures presentes, me parla de son père, et ayant demandé au Pr. ce qu'il pensoit que le Landg. feroit en cas de besoin, il m'avoua franchement que ce ne seroit pas grand' chose qu'il falloit esperer, le seul moyen de le faire agir etoit de l'y faire forcer par la France.

Etant arrivé a Mayence je ne marquai pas trop d'empressement de voir l'Electeur, j'attendis qu'il apprît mon arrivée et qu'il me fît marquer le desir de me parler; il me fit inviter a diner, et je me rendis au chateau une heure avant qu'on se mît a table; l'Elt. me reçut fort poliment, s'occupa fort de me faire remarquer les nouveaux

Meubles de ses appartements, qui, en paranthese, sont de la plus grande magnificence et ordonnés avec gout, me montra de sa fenetre la belle vue sur le Rhin, dont les flots baignent les murs du chateau, il se plaisoit de tourner mon attention sur les grandes glaces qui se trouvent dans les encoignures de toutes les fenêtres et qui repetent le beau spectacle de la superbe contrée, enfin il ne s'occupait que de m'amuser par de beaux points de vue, et d'autres choses qui m'auraient fort intéressé dans tout autre temps, mais qui me prenoient les moments que je voulois employer a notre conversation politique, j'en mourois d'impatience: J'essayai enfin de rompre la glace et de conduire le discours vers mon but, je n'y réussis pour cette fois ci qu'a moitié, je le portai a me parler des affaires de la diete et il me dit, qu'il y meneroit toujours une voix haute et ferme. il me marqua son mécontentement sur l'Emp. et ajouta enfin que nous devions faire attention sur ce qui se passeroit a Ratisbonne apres le nouvel an. Le com. de Lehrbach se trouvant a Mayence voulut parler a l'Elt., nous finîmes donc notre conversation. Après table il me prit dans une croisée et me marqua qu'il seroit bien a desirer que l'union des Prcs. d'Allemagne fût plus établie, le meilleur moyen de l'effectuer, disoit-il, seroit de se voir plus souvent et avec moins de gêne, il souhaitoit faire la connoissance du Marg. de Bade, Pr. dont il avoit bonne idée. „Mon frère, ajouta-t-il, Vous a vu l'année passée chez lui, Vous lui avez marqué de la confiance, et Vous lui avez parlé sur des matières bien importantes, j'espere que Vous voudrez me rendre la même justice". Je lui avouai que j'avois eu occasion de parler au Pr. de Wirtzbourg sur l'etat des affaires d'Allemagne, et je crus devoir lui dire qu'une occasion se presenteroit bien ou nous pourrions nous faire des confidences reciproques. La journée passa sans qu'un moment favorable se presentât, je crus que le lendemain seroit plus heureux, mais l'Elt. tomba malade, et je fus obligé par d'autres arrangements de quitter Mayence sans avoir atteint mon but. Piqué d'avoir manqué ce coup, je me mis a reflechir sur les moyens de reparer ma perte, une occasion s'en presenta heureusement, je fus prié huit jours après, par quelques connaissances à un bal masqué; j'en profitai avec empressement et je conclus de me rendre a l'invitation. L'Elct. qui savoit que je viendrois me fit prier de passer le lendemain de mon arrivée chez lui, j'y fus, et enfin apres bien de tours et detours, il commença a me parler ouvertement. Je n'arreteroi point V. A. R. a lui rapporter tout ce qu'il m'a dit, c'etoit a peu près la repetition des discours de Deelen et Heimes, excepté qu'il se tut sur l'election d'un R des R. je lui en parlai en general, et je crus qu'il me feroit la confidence de ses sentiments, mais toutes les peines que je me donnois pour le faire parler furent vaines, et je crus plus prudent de laisser tomber ce point la; nous nous separâmes enfin promettant l'un à l'autre une parfaite confiance, et nous assurant que nous nous reverrions le printems quelque part, pour nous dire ce que nous avions appris en attendant d'intéressant, et pour prendre nos mesures ensemble sur ce qu'il y auroit a faire dans ce tems la, l'hiver devant decider bien des grandes ehoses.

Nous avions arrangé que nous nous occuperions a connaitre les sentiments de la Cour de Versailles et de Prusse, et leur façon de penser sur les demarches de l'Emp. Il s'offrit de se charger de la France, et me pria de sonder a Berlin. J'insistai fortement sur le

dernier point que j'avois concerté avec Edelsheim qui devoit porter les Prc. Ecclesiastiques a nous inviter a l'union, il ne me donna pas une resolution bien positive la dessus, mais il ne contredit non plus mes Principes. Il me demanda entre autre ce que le voyage du Pr. de Dessau avoit signifié, s'il savoit les propos qu'il avoit tenus a son frere, s'il avoit été chargé de quelque chose et de qui? Je lui repliquai qu'à ce que j'en savois cela n'avoit été que de son propre mouvement qu'il avoit marqué des sentiments patriotiques, l'ambition demesurée de l'Emp. faisant peur a tout le monde, qu'il etoit fort naturel qu'un chaqu'un fit attention à ce qu'il avoit a perdre et comment il pouvoit s'en garantir, qu'a dire la verité, j'avois appris qu'il possedoit le bonheur de connaitre V. A. R. et sa façon de penser elevée, que fondant beaucoup d'esperance de son patriotisme il s'etoit peut-être enhardi de s'ouvrir vis a vis du Pr. de Wirtzbourg qu'on regardoit comme un Pr. zélé pour la liberté Germanique, et ayant beaucoup d'influence sur les esprits des Princ. Ecclest.

Le Baron de Groschlag se trouvoit a sa terre de Dieburg, je l'y ai vu, il a été aussi me rejoindre a Darmstadt, je lui parlai avec toute la circonspection possible des Intentions de V. A. R. a son sujet, sans la nommer, et sans lui dire que j'en avois des commissions, je ne lui parlai que de la lettre qu'il avoit ecrite au B. de Dahlberg, je lui dis, qu'elle m'avoit fait presumer des intentions de s'attacher a une Cour allemande, je lui demandai s'il en avoit envie, et s'il aimeroit mieux servir sa patrie, qu'une puissance etrangere, mais il me detrompa, me disant qu'il seroit peu reconnaissant a lui de quitter une Cour qui l'avoit sauvé de la misere, qu'il croyait pouvoir servir sa patrie dans le poste qu'il occupoit a present, vu l'instruction de Versailles qu'il me montra, et qui disoit qu'il seroit employé dans toutes des occasions qui pourroient porter des avantages au bien etre de l'Empire, que c'etoit sur cela que ses intentions avoient visé lorsqu'il avoit ecrit cette lettre, qu'il souhaitoit qu'on lui donnât une entiere confiance, qu'il en feroit toujours le meilleur usage. Je lui offris en tout cas mes bons offices, et je le priai de me confier ses desirs, il me repondit, qu'il ne souhaitoit rien dans ce moment, qu'il etoit content, mais que la seule chose qui pourrait l'inquieter, seroit le sort futur de son epouse, qu'il lui laisseroit peu de choses, „Faites-lui avoir quelque chose a vivre“ me dit il dans un moment qui avoit l'air d'effervescence. „Si Vous voulez me prouver Votre amitié prenez soin d'elle si la mort me la fait quitter.“

Je ne conçois rien a tout cela, Groschlag sait que la France est fort facile a donner des pensions, il ne peut donc point douter que sa veuve n'en obtienne une, je le priai de s'expliquer plus clairement la dessus, mais il me repondit, „je Vous en ecrirai, Vous entendrez parler bientot de moi“. J'attends ses lettres depuis que je suis ici, depuis trois semaines je n'en entends plus parler.

V. A. R. verra a present l'etat des affaires dans lequel elles se trouvaient, il y a quelques semaines, il n'y a point eu de changements importants depuis ce tems la, a ce que je sache; il ne me reste donc plus rien a ajouter, j'attends ses ordres sur ce qui doit se faire a present. L'Elct. de Mayence desirant d'être instruit des

sentiments du Roy, comme j'ai eu l'honneur de le marquer, j'ose demander, s'il plait a V. A. R. qu'on fasse a S. M. les insinuations necessaires sur les intentions des Princes, qu'on lui en demande son avis, et qu'on ecoute ce qu'il en pense, et ce qu'il nous conseille de faire. Ce seroit peut etre, si j'oserois le proposer, par le duc de Brunsvick que cela pourroit s'arranger, que ce fût lui qui en fit la proposition au Roy sans nommer personne, et ne lui faisant qu'entrevoir quelques details de nos projets. Elle peut etre instruite si la guerre continuera, et s'il est necessaire de faire des demarches pour notre sûreté, ce seront les ordres, et les sages conseils de V. A. R. qui nous guideront, et nous serons très heureux si Elle daigne nous les faire parvenir, et nous conserver sa protection et ses bonnes graces.

---

7. Der Herzog von Braunschweig an Carl August.

Monsieur.

Je ne puis qu'admirer la sage moderation, avec laquelle Votre Altesse Serenissime a parlé à l'Electeur de Mayence, et j'attends avec impatience les Details qu'Elle me fait esperer sur son dernier Voiage. Le moment, ou je pourroi avoir la satisfaction, de m'entretenir avec Votre Altesse Serenissime, me sera des plus intéressants, et j'espere qu'Elle voudra m'en fixer l'epoque et l'endroit, selon Sa propre Convenance.

Il n'est pas douteux, que la proposition, du troc du Brabant contre la Baviere et le haut Palatinat n'ait eu lieu: c'est Mr. de Romanzow, qui en a fait la première ouverture au Duc des Deux Ponts, l'Autriche se reserve le Luxembourg et le Comté de Namur, toutes les troupes, l'artillerie, et la faculté de negocier de l'argent en Brabant: 12 millions de florins doivent être partagés entre l'Electeur de Baviere, le Duc de Pont et la Branche de Birkenfeld, l'on veut enfin ajouter à tout ceci le Titre de Roy de Bourgogne. Le Duc de Deux Ponts a hautement refusé d'entrer en rien, il a envoyé Mr. d'Hofenfels, plaider sa Cause à Versailles, en même tems qu'il a fait passer un memoire a Petersbourg, pour representer les justes Motifs, qu'il a, de ne point ceder ses droits sur la Baviere. Jusqu'ici, l'on ignore quel parti la France prendra decidement en ceci, les affaires de Hollande sont suspendues en attendant, mais il y a lieu d'esperer que la France ne donnera pas les mains à ce troc, et que l'on finira, par s'en desister à Vienne au moins nos nouvelles de Paris et de Vienne me paroissent très pacifiques.

L'on me mande que Mr. de Seckendorf est sur son depart de Berlin, que tout est arrangé relativement à ses gages, qu'il s'en va dans l'Empire, muni d'Instructions très Patriotiques, et selon toutes les apparences il se rendra à Weimar, Lui rendre ses devoirs. Quant à ma fille Caroline, je n'ai fait aucune Demarche par rapport au Prince Max de Deux Ponts, j'ignorois même, qu'il y avoit lieu d'entrevoir la moindre possibilité d'une telle alliance, j'avois cru ce Prince destiné à une fille de Mad. de Brionne et je ne disconviens pas, que si la religion ne s'y oppose, je regarde ce mariage comme très avantageux. Votre Altesse serenissime m'obligera à un degré infini, en s'y interessant, et en engageant Mr. d'Edelsheim, à sonder

les intentions du Prince. Je commence moi même a me douter de la reussite de nos affaires à Hilbourghausen, il est tout naturel, que l'on y prefère la fille du prince Charles de Mecklenbourg, et quoique l'établissement de ma fille me tienne tres fort à coeur, je suis bien eloigné de chercher à troubler le bonheur de qui que ce soit. Votre Altesse Serenissime augmentera s'il est possible, les obligations que je lui dois, en usant de toute la Discretion possible, dans cette affaire de mariage. Je crois qu'Elle ne perd rien, en voyant eloigné le Sr. Morelli de sa Cour; malgré mêmes les recommandations, qu'il a eues pour Weimar, j'ai dû lui faire conseiller, de ne pas prolonger son Sejour d'ici, son cas ne me parait point net, et il m'a paru trop peu empressé, pour detruire les soupçons que je ne disconveniens pas qu'il m'a inspirés.

J'ai l'honneur d'être, avec un attachement sans bornes, et la plus haute consideration,

Monsieur
De Votre Altesse Serenissime
le très humble, et très obeissant
Ami & Serviteur
Charles GP.

à Bronsvic le 7 de Fevrier
1785.

---

8. Herzog Ernst von Gotha an Carl August.

Gotha, den 24. Februar 1785.

Ew. Durchlaucht bin ich aufs neue für Ihre Freundschaft und gütiges Zutrauen aufs Zärtlichste verbunden, die Sie mir abermahls durch Ihren lieben Brief zu bewähren für Gut befinden. Ich bin aufs innigste davon gerührt, und ob sich schon meine Seele überaus traurig gestimmt fühlte als ich ihn erhielt, so war mirs doch ohnmöglich nicht herzlich darüber zu lachen, daß Sie Ihrem Vortrage eine so lustige u. artige Wendung zu geben wissen. Ich habe einen sehr schmerzlichen Verlust erlitten, der mich sehr tief beugt, und mitten in dem bittersten Gefühle desselben, bekam ich Ihren werthen Brief, der mich also von der einen Seite aufheiterte und zerstreute, wenn er mich gleich auf der andern, mit Kummer und Sorgen erfüllt. Unsere Lage, deren Unannehmlichkeit auf ihren höchsten Givfel gestiegen zu sein scheint, dürfte wohl auf die eine oder die andere Art, in Kurtzem andere Schritte als die bisherigen von Uns fordern. Es ist gewiß liebster Hertzog, daß Wir endlich kräftigere Maasregeln werden ergreiffen — oder Uns willig dem Joche darbiethen müssen, das unseren Schultern droht, Wer nur ein geringes Gefühl von Ehre, und von Schnell Kraft in sich Verspührt, wird allerdings, den ersten dieser beyden erwähnten Wege wählen — wenn nicht Schwäche und Ohnmacht den zweyten als den sichersten, zu ergreiffen zwingt.

Ich für meinen Theil geliebtester Hertzog, bin Deß entschlossen, dem ersten Vorschlage zu folgen, wenn ich nur im geringsten solches thun zu können unterstützt werde. Noch fließt Deutsches Blut in meinen Adern, und gerne werde ichs fürs Vaterland Vergießen; auch lieber unter den Trümmern der Reichsverfassung mein Grab suchen und finden, als mich unthätig und Kleinmüthiger Weise unter ein schändliches Joch schmiegen. Aber mein Bester was kann ich allein thun? Wozu hilft mir, das geringe Selbstgefühl

meines Muths. Ich wünschte freylich den Rath und Beystand unsers lieben Fürsten von Dessau dabey zu genießen, ich wünschte sehnlichst, daß andere R. Fürsten, einerley mit uns hierüber dächten — gemeinschaftliche Hand mit uns ans Werk legten. Noch giebts Männer — noch giebts ruhende Kräfte, die ihrer Entwickelung Sehnsuchtsvoll entgegensehen und ich verspreche es Ihnen, ich werde keiner der Letzten seyn, der sich rührt, wenn ichs nur mit einiger Sicherheit zu thun in den Stand gesetzt werde. Gr. Schmettau hat mir auch über ebendenselben Gegenstand geschrieben, und den Ausdruck Auftrag gegen mich gebraucht. Seine Lage gegen den König selbst — ist so, daß ich nicht glaube, daß gedachter Auftrag von ihm käme, und ich kann nicht anders vermuthen, als daß solcher vom Kr. Prinzen herrühre, der sich nicht immediate hat an Uns selber wenden wollen oder mögen. Gr. S. spricht ebenso von subsidien und Schulden wie Ihr Hr. von Seckendorff, und ich kann mirs nicht wohl denken, daß dies eigner Wind sey, glaube vielmehr aus dem Zusammenhange der Aeuserungen, daß Wirklichkeit der Aufträge und Anerbietungen, dahinter verborgen liegt. Soviel ist indeßen gewiß, daß Wir jetzt oder nimmermehr, daran dencken — das Eisen eben dann schmieden müssen, da es noch heiß ist. Sonst ist alles vergeblich und Allzu SPat. Uebereilen läßt sich zwar die Sache ebensowenig, allein rühren müssen wir Uns solange als Uns die Hände nicht gebunden sind, denn an unsern Fesseln wird sehr fleißig geschmiedet. Sie werden es sich noch erinnern Gnädiger Herr, was ich Ihnen mündlich und zu wiederholten mahlen über diesen Gegenstand gesagt und geäusert habe, und ich beharre Vest und Stette bey meiner Meynung, daß Wir Deutsche Fürsten eine armée auf die Beine stellen müssen um unsere Länder, unsere Personen vor dem Joche des Josephs zu sichern, niemand anderes als Ihr Herr oncle der Reg. Hz. Von Braunschweig, darff sie commandiren, und ich werde mirs zur Ehre rechnen unter seiner Anführung zu dienen — aber Daheimen — und hinter dem Offen sizzend – kann ich nicht bleiben: es entstehe auch daraus, was da will, so wirds nimmer besser seyn Ueberwunden gefesselt zu werden, als sich Schimpflicher Weise zu unterwerfen. Und das ist es am Ende, wenn die bevorstehende revolution auch früher reiffte? Daß sie ohnvermeydlich? so wars doch immer der Mühe werth alles dagegen angewandt zu haben. — Und noch glaube ichs nicht, daß alle hoffnung für Unsere freyheit und die Beybehaltung der Reichs-Constitution, verlohren sey. Das Recht und die Billigkeit sind auf unserer Seite — und Meyn Eid — Unterdrückung aller bürgerlichen sowohl als Staatsrechte — kann die Weise Vorsehung (nach dem Begriffe, den ich mir von solcher mache) nicht billigen — nicht Unterstüzzen. — Mich dünkt, das Beyspiel von America sey der redende Beweiß dieses Grundgesetzes. Engelland hatte es verdient, und dessen Stolz mußte gebeugt werden. — Die gedrückte Unschuld am Ende den Sieg davontragen — Und rechte der Menschheit können keine Verjährung erdulden.

Diese meine Gesinnungen, die ich Ihnen Theuerster Hertzog zu offenbahren keinen, auch nicht den geringsten Anstand nehme, sezzen mich gäntzlich außer Stand, Ihrem jüngsten Herrn Schwager, seinen Wunsch, sogerne ichs auch thun zu können wünschte, zu willfahren: denn, noch anderer Considerationen zu geschweigen, so ists ja handgreiflich, daß wenn wir noch selber thätige Maßregeln ergreifen sollten, wir keinem Fremden die Werbung gestatten können — Vielmehr sodann die Leute selber brauchen würden, uns in irgend eine Verfassung selber zu sezzen.

Ich beklage von Grund der Seele, daß Sie über einen Lahmen Arm zu klagen Ursache haben. Ihr Husar wußt'es nicht zu sagen, ob es ein Fluß, oder ein Zufall wäre, der Ihnen zugestoßen ist — Was mich selbst anlangt,

so dancke ich Ihnen aufs Verbindlichste für Ihren lieben und gütigen Antheil — und versichere Sie, daß mein Zufall schon lange wiederum vorüber ist. Vor ein paar Monathen hatte ich mich heftig gestoßen, und die Strenge Kälte und eine innere Disposition hatten jenen Schmerz aufgeweckt, der auch nur wenige Tage anhielt.

Für die Glückliche Entbindung Ihrer theueren Frau Gemahlin, der ich mich zu Gnaden empfehle, thue ich die heißesten und innigsten Wünsche, auch sehne ich mich herzlich darnach, daß mir diese eine glückliche Veranlassung verleyhen möge, Ihnen persönlich aufzuwarten und mündliche Verabredungen, über so äußerst delicate und wichtige Angelegenheiten mit Ihnen zu nehmen.

Der Ewige stehe doch unserer theuersten Frau Hertzogin kräftig bey — und lasse Alles, zu Ihrer beyderseitigen Zufriedenheit ausfallen. Meine Frau empfiehlt sich Ihnen Beyden aufs ergebenste.

Leben Sie wohl geliebtester Hertzog. Gott segne Sie und Die theueren Ihrigen — und entferne alles Leyd und Traurigkeit von Ihnen. Behalten Sie mich lieb und Seyen Sie von meiner ewig treuen Freundschaft und wahren und warmen Ergebenheit gewiß überzeugt.

Ernst HzS.

---

9. Schreiben Friedrich Wilhelms vom 2. März 1785.

Monsieur.

Je prends beaucoup de part au Chagrin que Votre Altesse serenissime vient de ressentir par la mort de l'enfant dont Madame la Duchesse est accouché, j'espère qu'Elle est entierement retablie, du moins je le souhaite bien sincerement.

J'ai differé a Vous marquer ma reconnaissance au sujet des nouvelles que Vous aves eu l'attention de me faire remettre par le P. d. D.; j'attendis de pouvoir Vous en donner de positives sur les affaires prestentes; l'Empereur accepte la deputation des Hollandois et leur a accordé un armistice, il paroit qu'il a abandonné le projet de l'Escaut, mais je doute qu'il abandonne de même l'idée de l'echange de la Baviere et j'ai lieu de croire qu'il cherche encore sous main à y travailler; le duc de Deux Ponts ne reçut encore de reponse formelle de la France, et le Comte de Romantzow revient deja a la charge, mais jusqu'a present le duc tient toujours bon; le bruit des grands armements de la Russie diminue de plus en plus, mais une nouvelle interessante qui vient de ce pays là, a la verité, pas de source directe mais cependant par une voie assez sure, c'est qu'un Grand Prince de ce pays, que Votre Altesse serenissime divinera aisement, applaudit infiniment aux projets d'association des Princes de l'Empire; il se pourroit même qu'il passât bientot quelqu'un de votre coté venant de ce pays la qui Vous instruiroit de la façon de penser du Prince en question; quand j'en entendrai quelque chose je ne manquerai pas de Vous en avertir, Votre Altesse serenissime sentira celle-meme la consequence du secret. Du moins cela nous donne de bonnes esperances pour l'avenir. Mr. de Seckendorf a relevé dans ses rapports au ministre votre zèle Patriotique et celui du duc de Gotha, le roi y a paru fort sensible. J'ai été fort content de

Mr. de Seckendorf et du zèle, qu'il a temoigné durant le peu de temps, que je l'ai vu ici. Comme Vous le connaissez mieux que moi, Vous serez plus au même de juger s'il pourra nous etre utile, il me parut du moins avoir de très bonne intention, et je suis charmé que S. M, s'est determinée d'avoir un ministre dans l'Empire, j'aurais souhaité qu'il y en eût toujours eu. — Je n'ai point été content de la Cour de Saxe dans les circonstances actuelles. Elle parle toujours de rester neutre et a refusé sa concurrence, quand on la fait sonder au sujet de l'affaire de Baviere, donnant pour pretexte que l'Empereur avoit decidement renoncé a ce projet; Je suis tres flatté de la confiance que ces Messieurs de Maience me temoignent comme V. A. S. vient de me le mander, le changement de Religion, qui ne se fera certainement pas, mettroit un grand obstacle a leur zèle, quoique la Religion Catholique n'ait pas lieu d'etre fort contente de la Protection et des distinctions que le Caput Orbis lui temoigne —

Je me recommande a la continuation de Votre amitié et suis avec un sincere attachement et la consideration la plus distinguée

De Votre Altesse serenissime
Le tres affectioné Cousin
et beau frere

Le 2 Mars 85. Frd. Guillaume.

---

10. Schreiben Friedrich Wilhelms vom 22. Mai 1785.

Monsieur.

Mes revues qui étoient precisement lors de l'arrivée de la lettre de Votre Altesse serenissime m'ont empeché de repondre d'abord. Très sensible a l'attention qu'Elle me temoigne en me faisant part de son Voyage au bain, je fais bien des voeux qu'il puisse avoir le meilleur succès touchant la santé de Madame la Duchesse.

Je suis charmé que Vous voyez l'Electeur de Maience, il doit etre dans les meilleurs sentiments, et Votre presence contribuera certainement à le maintenir, surtout si Vous lui faites entrevoir que l'union se consolide de plus en plus, des lettres de Vienne marquent que l'Empereur avoit paru inquiet des bruits, qui lui sont parvenus d'une Union de Princes de l'Empire, le Prince Kaunitz doit l'avoir rassuré en lui promettant qu'il trouveroit moyen de faire échouer cette association — et il vient d'envoyer sans doute dans cette vue le Comte de Trautmannsdorf a Maience, mais je me flatte que l'Electeur tiendra bon.

Le Baron de Stein succede a Seckendorf, c'est un frere du Colonel de Stein qui est a Potsdam, l'on en dit du bien, et il a ordre de se rendre aussi incessamment a Maience.

S. M. ne voulant absolument pas envoyer une personne de marque au Congres d'union s'est decidé de faire aller son Conseiller Dohm, commis au departement des affaires etrangeres. L'Endroit du Congrès n'est pas encore fixé, la Cour de Saxe est mecontente du choix que nous avons fait et voudroit une personne de rang plus elevé, et que le Congrès fût ici, et Elle a ecrit pour cet effet a la Cour de Hanovre;

pour moi je souhaite que l'on ménage l'union propre de cette derniere Cour, en lui laissant une part apparente à la direction, d'ailleurs elle pourroit bien se refroidir comme a la premiere affaire de Baviere, il faudra voir ce que fera le Roi.

Je souhaite que l'on soit content de Dohm, mais il me paroit un peu foible et trop peu routiné pour une pareille commission et ne pouvant voler avec ses propres ailes il lui faudra continuellement avoir recours ici au departement, ce qui retardera la conclusion, c'est encore le pauvre Hertzberg a qui toute l'affaire a été endossée et Dohm doit être le prete-nom. —

Je me recommande a la continuation de Votre amitié et suis a jamais

de Votre Altesse serenissime
Le bien affectioné Cousin
et frere.

Berlin le 22 Mai 85. Fr. Guillaume.

P. S.

J'oublie de Vous dire que Dohm est allé a Hildesheim pour y etre a portée et pour negocier avec ce Chapitre pour l'election d'un Eveque futur, et en ecarter l'Electeur de Cologne.

---

11. Schreiben Friedrich Wilhelms vom 29. October 1785 an Carl August.

Monsieur.

J'ai tres bien reçu les deux lettres que Votre Altesse Serenissime a eu l'attention de m'ecrire, je la prie d'etre persuadée que je suis trop convaincu de la solidité de ses Principes, et de la fermeté de son caractere, pour avoir jamais ajouté foi au propos qu'un mesentendu a fait naitre, je serais même faché que Votre Altesse serenissime pût croire que je l'aie meconnu au point de me persuader des choses que je sais etre si contraires a sa façon de penser.

La declaration du Margrave de Bade que Vous vouliez bien me communiquer me rassure tout a fait sur son sujet, et j'espere qu'actuellement que ce Prince aura vu les articles de la convention, il n'aura plus les inquietudes que sa position lui auroit pu susciter.

C'est avec beaucoup de satisfaction que je vois que le projet que Votre Esprit Patrotique a suscité des premiers, soit si bien mis en execution.

L'Empereur envoie actuellement un grand intriguant à la Cour de Dresde, c'est le Sieur Ockelly, beau frère de Marcolini, je souhaite que l'Electeur ni ses ministres pretent l'oreille aux propositions insidieuses que cet envoyé de l'Empereur leur fera. Notre ministre a Vienne y est mort subitement, l'on s'occupe actuellement de choisir un successeur, je souhaite que le choix soit bon.

Daignez me croire a jamais

Monsieur
de Votre Altesse serenissime
Le tres affect. Cousin & serviteur

Berlin, le 29 Oct. 85. Freder. Guillaume.

---

12. Schreiben Friedrich Wilhelms vom 6. Januar 1786.

Monsieur.

Je me rejouis infiniment d'avoir l'avantage de voir votre Altesse Serenissime ici dans peu, je me flatte qu'Elle sera arrivée aujourd'hui en bonne santé a Dessau, Elle aura deja vu la reponse du Landgrave de Darmstadt, il allegue des raisons assez valables, surtout si l'on n'est pas sûr de la France, sa situation pourroit devenir critique, d'ailleurs l'on veut assurer, que le Landgrave a près de sa personne un Conseiller qui est tout a fait Autrichien. Le Landgrave de Hesse Cassel a accedé au Corps du traité mais il ne s'est pas expliqué davantage; j'ai lieu d'esperer que la santé de l'Electeur de Maience se retablit, puisque l'on dit le Stadthalter d'Erfort de retour, apparemment qu'il se sera presenté a Votre Altesse serenissime. Le Roi ne viendra point a Berlin de tout le Carnaval, il a chargé le Prince Frederic de Bronsvig de Vous accompagner a Potsdam quand il aura le plaisir de faire Votre connaissance, et le Colonel de Stein aura le service auprès de Vous.

Oserai-je Vous prier de réiterer au Prince de Dessau les assurances de mon sincere attachement? Soiez persuadé que celui que je Vous porte, ne l'est pas moins et que j'attends avec impatience d'etre au même de me dire de vive voix

Monsieur
de Votre Altesse serenissime
Le tres affectioné
beau Frere et serviteur
Berlin le 6 Janv. 86. Frd. Guillaume pr.

III.

Aus den Vorträgen des Staatskanzlers Fürsten Kaunitz an den Kaiser.

1. Ueber die Differenz des deutschen Kaiserthums und des russischen.

Vortrag vom 15. May 1781.

Allergnädigster!

Nachdem ich über die von dem Russischen Hofe erregte Strittigkeit wegen der Alternative alles in widerholte reifflichste Ueberlegung genommen habe, so finde ich mich nach der vollständigsten Ueberzeugung verpflichtet, bey meiner bereits allerunterthänigst eröffneten Wohlmeynung fortan bestehen zu sollen, daß nämlich Eure Kaiserliche Majestät, ohne sich in ganz Europa, und selbst in Rußland abzuwürdigen, nicht nach- und Allerhöchst Dero offenbares Recht directe vergeben können.

Zu gleicher Zeit erkenne ich jedoch in voller Maasse die ungezweiffelte Richtigkeit und Gründlichkeit der erlauchtesten Bemerkungen, welche die mir den 12. dieses zugekommene Allerhöchste Resolution enthält, nämlich que, si des liens avec l'Imperatrice de Russie sont desirables, et si l'on ne veut pas donner gain de cause en tout point au Roi de Prusse, il faudra pourtant aviser à quelque temperament quelconque.

Es kommt also einzig und allein darauf an, einen solchen Mittelweg ausfindig zu machen, wodurch man:

1°. die Kaiserlichen Vorrechte gegen alle übrigen Höfe aufrecht erhält.

2do. Selbe auch gegen Rußland wenigstens nicht positive vergiebt.

3tio. zugleich aber dennoch den Hauptendzweck einer näheren Verbindung mit der Russischen Kaiserin errichtet.

Was den ersten Punkt betrifft, so ist es bereits fast allgemein bekannt, und von uns selbst dem französischen Hofe, nachdem er allschon die erste Nachricht von dem Preußischen erhalten hat, eröffnet worden, daß ein Allianz-Tractat zwischen den zwey kaiserlichen Höfen negotiiret wird.

Nicht minder ist auch bekannt, daß der Schluß dieses Tractates wegen der von Rußland bestrittenen Kaiserlichen Vorrechte bishero aufgehalten worden ist.

Sollte also auf was immer für eine Modifications-Art in der bisherigen gewöhnlichen Ministerial-Form der Tractat wirklich zum Schluß kommen,

so wird und kann dieser Schluß kein Geheimniß, und eben so wenig der weitere Umstand verborgen bleiben, was man nämlich in Absicht auf die Alternative nach- oder nicht nachgegeben hat.

Diese einmal bekannt gewordene Nachgiebigkeit wird und muß den übrigen Hofen zur Generalen Exemplification dienen, und solchergestallt eben dasjenige, was gegen Rußland an den Kaiserlichen Vorrechten aufgeopfert wird, allgemein verloren gehen.

Um dem nach diese widrige und sehr bedenkliche Folgen so viel als nur immer möglich zu vermeiden, bleibt kein anderer Mittelweg übrig, als eine schriftliche Verbindung mit der Russischen Kaiserin auf eine solche Art zu bewirken, die beyde Höfe in Stand setzet, wenigstens nach der Wahrheit im buchstäblichen Verstande sagen zu können, daß der auf das Tapet gekommene Tractat sich derzeit zerschlagen hat.

Dieses kann nun in der von der Russischen Kaiserin selbst proponirten forme de lettres am füglichsten geschehen.

Um jedoch auch bey erwehnter Form die Kaiserlichen Vorrechte selbst gegen Rußland in thesi vollkommen aufrecht zu erhalten, und wenigstens durch keine diesfällige directe und positive Nachgiebigkeit sich zu präjudiciren, so kommt es auf eine vorsichtige nähere Bestimmung deßjenigen an, was einer Seits dem Grafen Cobenzl aufgetragen, und anderer Seits zu gleicher Zeit von Euerer Kaiserlichen Majestät in einer eigenhändigen Zuschrift der Russischen Kaiserin zu erkennen zu geben seyn wird.

Was nun das erste betrifft, so hätte meines Erachtens Graf Cobenzl den Auftrag zu erhalten, daß er ministerialiter und zwar schriftlich in der Form einer Communication verbale in substantia erklären soll: Euere Kaiserliche Majestät fänden sich in der absoluten Unmöglichkeit in dem Allerhöchst Dero Vorrechte betreffenden Puncte nach- und irgend einer Modification in Ansehung der Alternative statt zu geben. Er hätte hierwegen die Hauptgründe nochmal zu wiederholen, und diejenigen Einwendungen, welche in den von dem Fürsten Galizin mitgetheilten Auszügen zweyer Kaiserlichen Rescripte enthalten sind, mit den Beweisen und Betrachtungen, die ich ihm erläutern werde, zu widerlegen.

Er hätte schließlich beyzusetzen, daß er authorisiret ist, so bald der Haupt Ceremoniels-Anstand gänzlich gehoben seyn würde, mit Ausnahme einiger weniger minder wesentlichen Abänderungen zur Unterzeichnung der letzten Russisch-Kaiserlichen Contreprojets zu schreiten. Hiebey hätte Graf Cobenzl lediglich stehen zu bleiben, und sich in nichts weiters mehr einzulassen.

Zu gleicher Zeit hätten aber Eure Kaiserliche Majestät an die Russische Kaiserin eine eigenhändige Zuschrift abzuschicken, deren wesentlicher Inhalt ungefähr in Folgendem bestehen könnte:

„Allerhöchst Dieselben fänden sich in dem allerempfindlichsten Combat, „der sich je in ihrem ganzen Leben ereignet hätte, oder noch ereignen könnte, „nämlich zwischen ihrem wahrhaft herzlichen Verlangen, sich auf alle nur „immer thunliche Art der Russischen Kaiserin gefällig zu bezeigen, und „zwischen der offenbaren Unmöglichkeit, diesen Ihren so aufrichtigen Wunsch „in Erfüllung zu bringen, in welche Sie durch die Ihnen von dem Römischen „Reiche anvertraute Kaiserliche Würde, durch die von solcher unzertrennliche „Verbindlichkeiten und durch die weitere Betrachtung versetzet werden, daß „was Sie an diesen Vorrechten gegen einen Hof aufopfern, unvermeidlich „gegen alle verloren gehet.

„Euere Kaiserliche Majestät bäthen die Russische Kaiserin, vollkommen „versichert seyn zu wollen, daß nichts in der Welt als eine solche evidente „Unmöglichkeit Sie auch nur einen Augenblick abhalten würde und könnte,

„mit größter Freude, allem demjenigen willfährigere Hände zu biethen, was „einer Souverainin, die Sie so hoch schätzten nur immer angenehm seyn „dürfte.

„Nachdem jedoch Euere Kaiserliche Majestät fortan nichts sehnlicher „wünschten, als das Band ihrer lebenslänglichen persönlichen Freundschaft „gegen die Russische Kaiserin durch eine nähere und bestimmte Verbindung „des interêt permanent beyder Staaten noch enger zu verknüpfen, inzwischen, „aber durch die Vorsorge derjenigen, deren größte Anliegenheit darin bestehet, „ein solches feyerliches Freundschaftsband zwischen beyden Höfen zu vereiteln, „der wegen des Ceremoniels erregte Anstand bereits überall und zwar auf „die gehässigste Art kund gemacht worden wäre, so fänden Allerhöchstdieselben „um eines Theils allen hieraus für Dero Prärogative zu besorgenden prä„judicirlichen Folgen vorzubeugen, anderen Theils aber gleichwohl einen „für beyde Reiche so heylsamen Endzweck zu erreichen, keinen anderen als „einen solchen Mittelweg, wodurch Eure und der Russischen Kaiserin Maje„stät in Stand gesetzet würden, ihren Alliirten und nöthigen Falls auch „anderen Höfen nach der Wahrheit sagen zu können, daß der in Unter„handlung gestandene Tractat der Zeit nicht zur Ausfertigung gekom„men ist.

„Dieser Ausweg wäre eben derjenige, welchen die Russische Kaiserin durch „die forme des lettres bereits in Antrag gebracht hätte, und in der Voraus„setzung daß Sie geruhen werde, eben jenen positiven und nachdrücklichen „Befehl an ihr Ministerium zu erlassen, den Allerhöchst Dieselben Dero „eigenem bereits ertheilet haben, daß nämlich die nicht erfolgte Zustande„bringung des Tractats allenthalben asseriret werden soll, verweilten Eure „Kaiserliche Majestät nicht länger, die Ihres Orts ausgefertigte Schreiben „hiermit der Russischen Kaiserin zu übersenden, und erwarteten gleich lautende „von derselben.

„Mit den bereits erwehnten Ursachen, die Nichtzustand-Bringung des „Tractats überall zu asseriren, vereinigten sich übrigens noch andere Be„trachtungen von der größten Wichtigkeit. Der erlauchtesten Einsicht der „Russischen Kaiserin könnte ohnehin nicht entgehen, zu was für unüber„sehlichen Intriguen, Gegenbearbeitungen und Weiterungen der Weg bey „verschiedenen Höfen eröffnet werden würde, wenn die geheime Verbindung „in Absicht auf die Pforte zur Unzeit und Lage zum voraus bekannt werden „sollte.

„Es erfordern also die politische Klugheit und das wesentlichste beyder„seitige Interesse, hierüber das unverbrüchlichste Geheimniß zu beobachten, „welches nicht wohl besser als eben durch das vorerwehnte Mittel versichert „werden könnte, und wären dahero Euere Kaiserliche Majestät allschon vor„läufig entschlossen gewesen, auch in jenem Falle, wenn das unangenehme „incident wegen des Cermoniels nicht entstanden, oder beigelegt worden „wäre, der Russischen Kaiserin in Vorschlag zu bringen, ob Ihr nicht ge„fällig seyn dürfte, den erwehnten geheimen Artikel nicht in die gewöhnliche „Ministerial-Ausfertigung, sondern in die Form einer reciproquen verbind„lichen Zuschrift bringen, und solche von beyden Souverains selbst aufbe„wahren zu lassen, welche Vorsicht Euere Kaiserliche Majestät um so mehr „für räthlich und nothwendig hielten, da Sie bis zur evidentesten Gewißheit „den gehässigen und äußerst bedenklichen Mißbrauch constatiret hätten, welchen „der König in Preußen schon dermalen von der ihm zugekommenen bloß „vorläufigen Känntniß wegen Erneuerung des geheimen die Pforte betreffen„den Artikels vom Jahre 1746, in Frankreich, zu Constantinopel, und sonst „allenthalben zu machen beflissen gewesen ist. Um die Russische Kaiserin „hievon zum Theil gleichfalls zu überzeugen, erachteten Eure Kaiserliche

„Majestät Dero ihr gewidmetem und unumschränkten Vertrauen gemäß zu „seyn, daß Sie Derselben eine authentische Abschrift von einem Schreiben „hier mittheilten, welche Sie Gelegenheit gehabt hätten, sich erst vor wenigen „Tagen durch einen zuverläßlichen Kanal zu verschaffen.

„Was das Mediations-Geschäft betrifft, so würden Ihre Kaiserliche „Majestät von selbst erlauchtest erkennen, daß auf die gemeinschaftliche Füh„rung desselben, das Ceremoniel zwischen beyden Höfen einen directen Ein„fluß habe, und da die gegenwärtige Campagne zwischen den kriegführenden „Mächten sich bereits eröffnet findet, so hätten Euere Kaiserliche Majestät in „dem Anbetracht, daß ohnehin keine Gefahr auf dem Verzug hafte, mit dem „ersten Schritt einer vorläufigen Friedens-Proposition in der zuversichtlichen „Erwartung bishero zurückhalten zu sollen erachtet, daß erwehnter ganz „unvermutheter Cermoniel-Anstand bald geboten werden dürfte.

„Um jedoch von nun an keine weitere Zeit zu verlieren, stehe man so „eben im Begriffe mit dem Fürsten Galizin gemeinschaftlich an die Krieg„führenden Mächte dasjenige zu erlassen, was Graf Cobenzl dem Ministerio „Ihrer Russisch-Kaiserlichen Majestät mitzutheilen Befehl hätte, und woraus „dieselben ersehen würden, daß die von ihr zu einer Pacifications-Einleitung „erlauchtest an Hand gegebene Basis zum Hauptgrund gelegt, und nur dem„jenigen näher anzupassen gesucht worden wäre, was mittlerweile von den „hier anwesenden betreffenden Ministern über die Gesinnungen ihrer respec„tiven Höfe insinuiret worden ist.

„Bey dem weiteren Verlauf des gemeinschaftlichen Mediations-Geschäftes, „und besonders in dem Falle, wenn es zum glücklichen Schlusse gebracht „werden sollte, wären zwar Anstände in Beziehung auf das Ceremoniale vor„zusehen. Euere Kaiserliche Majestät zählten aber wegen Behebung deren„selben, zum voraus auf die großmüthige und freundschaftsvolle Gesinnung „Ihrer Russisch-Kaiserlichen Majestät.

„Einer näheren Nachricht derselben aus Mömpelgard seheten Eure Kaiser„liche Majestät mit einem Verlangen entgegen, das demjenigen gemäß ist, welches „Sie hätten, sich Ihrer Russisch-Kaiserlichen Majestät durch die engsten Bande „der Freundschaft, der Verwandtschaft und des Staats-Interesse angehörig „zu machen. Nur besorgten Sie denjenigen auch hierinfalls im Wege zu „finden, der einmal seit so vielen Jahren zum unabweichlichen System ge„nommen hat, sich in allen Gelegenheiten ohne Ausnahme Ihrem Hause in „Weg zu setzen. Allein diese Beysorge würde weit durch die Hoffnung „überwogen, mit welcher Eure Kaiserliche Majestät von der Ihnen be„kannten thätigen Freundschaft Ihrer Russisch-Kaiserlichen Majestät belebet „sind 2c. 2c."

Sollten Eure Kaiserliche Majestät diese Grundlinien der ganzen Einleitung Allerhöchst Dero Beangnehmung würdig finden, so werde ich nicht ermangeln, hiernach sowohl die nöthige Anweisung für den Grafen Cobenzl entwerfen, als auch nach den Russischen Modell diejenige obligatorische Zuschrift berichtigen zu lassen, welche Allerhöchst-Dieselben an die Russische Kaiserin abzufertigen hätten.

Was erwehnte Zuschrift betrifft, so bin ich zwar noch der Meynung, daß es besser, von einer directen Nachgiebigkeit mehr entfernt, und man eben dadurch im Stande seyn würde, mit mehrerer Wahrheit zu sagen, daß kein Tractat geschlossen worden ist, wenn diese reciproque Schreiben nicht den ganzen Inhalt des Tractats, sondern nur das wichtigste davon, folglich den Articulum Secretissimum, und Stipulation der reciproquen Generalen Garantie der beyderseitigen Besitzungen exceptis excipiendis enthielten. Allein da doch auch im entgegengesetzten Falle die Nicht-Existenz des Tractats immer, wenigstens im Buchstäblichen Verstande wahr bleibt, und da es

zugleich eine unangenehme Sensation bey der Russischen Kaiserin erregen könnte, wenn die von ihr mitgetheilte Aufsätze an deren Redaction sie vielleicht selbst Antheil hat, abgeändert und corrigiret werden sollten, so sehe ich eben kein überwiegendes Bedenken, sich ihr auch hierinfalls ganz zu fügen.

---

2. Ueber den Plan der Berufung eines allgemeinen Concils.

Vortrag vom 11. November 1786.

Allergnädigster!

In dem wieder gehorsamst angebogenen Vortrag und seinen Beylagen erstattet der Reichs-Vice-Kanzler sein Gutachten über das an Euere Kaiserliche Majestät von den 4 deutschen Erzbischöfen gemeinschaftlich erlassene Schreiben.

In der Beylage sub No. 6 begleitet er die von gedachten Erzbischöfen vorgelegten 23 gravamina gegen den römischen Hof mit sehr ausführlichen Anmerkungen, und ist in deren Gemäßheit der Wohlmeinung,

„daß über das vorliegende Schreiben eine der Verbescheidung im Jahre „1770 ähnliche Allerhöchste Entschließung in gefälligen Ausdrücken zu „fassen, zu allen gesetzmäßigen Hilfsmitteln die vollkommene Willfährigkeit „zu bezeigen, im Ganzen aber Weg und Gelegenheit offen zu behalten „wäre, nach Befinden nähere Maasregeln zu ergreiffen".

Dieser Antrag des Reichs-Vice-Kanzlers scheinet mir nicht ohne wesentlichen Bedenken zu seyn.

In dem Allerhöchsten Handschreiben vom 12ten October 1785, ist den 4 Erzbischöfen die Entschließung Eurer Kaiserlichen Majestät zu erkennen gegeben worden, die Bischöflichen Rechte in ihren Sprengeln, als einen wesentlichen Theil zur guten Disciplinar-Verfassung nicht allein vorzüglich aufrecht zu erhalten, sondern auch beyzutragen, daß die Bischöfe in alle diejenigen Rechte, welche sie etwa durch unerlaubte und ihrer Bestimmung zuwidergehende Vorfälle verloren haben mögen, wieder nach der ursprünglichen und durch Saecula beobachteten Ordnung eingesetzet werden mögen.

In eben diesem Schreiben sind gedachte Erzbischöfe unter der Zusage alles kaiserlichen Schutzes aufgerufen worden, alle ihre Metropolitan- und Diöcesan-Rechte sowohl für sich, als auch durch Verständigung ihrer Suffraganen, dann bestehenden exempten Bischöfe aufrecht zu erhalten, und all dasjenige, was immer Einschreitung oder Eingriffe des päbstlichen Hofes und dessen Nunzien wider solche Rechte und die gute Ordnung seyn könnte, standhaft hintanzuhalten,

Wenn nun dermalen, da die vier Erzbischöfe von Eurer Kaiserlichen Majestät aufgefordert, ihre desideria en détail vorgeleget haben — in der Allerhöchsten Antwort alles détail vermieden, auf die Bezeigung einer bloßen generalen Willfährigkeit sich beschränket, die Sache um gar keinen Schritt weiter fortgerücket, und auf die Sprache, die bereits im Jahre 1770 geführet worden, lediglich wieder zurückgegangen werden sollte, so besorge ich, daß hierdurch bei den vier Erzbischöfen ein widriger Eindruck veranlasset, eine mit dem geschehenen Aufrufe nicht wohl vereinbarliche Zurückhaltung gezeiget, und das zuversichtliche Vertrauen, welches die 4 Erzbischöfe auf den eben so

freymüthigen als festen Ton des Allerhöchsten Handschreibens vom verflossenen Jahre gesetzet haben, nicht wenig vermindert werden dürfte.

Hiemit vereiniget sich noch die weitere Betrachtung, daß mehrere unter den vorgelegten Beschwerde-Punkten, besonders wenn sie mit den von denen Vier Erzbischöfen aufgestellten Grundsätzen zusammengehalten werden, so beschaffen sind, daß sie nicht wohl ohne alle Gegenerinnerung gelassen werden können, weil widrigen falls eine wenigstens stillschweigende Begnehmigung derenselben hieraus gefolgert, eben dadurch aber zu Compromittirung der Landesfürstlichen Gerechtsamen überhaupt, und der kaiserlichen Vorrechte insbesondere Anlaß gegeben werden dürfte.

Es wäre viel zu weitläuftig in eine ausführliche Zergliederung aller vorgelegten Gravaminum für dermalen einzugehen, und die bey verschiedenen derenselben mehr oder weniger eintretende Richtigkeit der vorerwehnten Bemerkung zu erweisen. Ich erachte mich daher nur auf einige wenige Beyspiele, und zwar in Ansehung bloß solcher Gegenstände zu beschränken, worüber Eure Kaiserliche Majestät in Dero Erbländischen Regierung mit dem Reformations-Beyspiele vorgegangen sind.

Was die Erzbischöfe wegen der Dispens der Ehe-Hindernisse in Antrag bringen, ist in der Hauptsache den Allerhöchsten Erbländischen Verordnungen ganz gemäß. Der Grund, woraus sie aber diesen Antrag herleiten, nämlich, daß ein jeder Bischof vermög der von Gott erhaltenen Gewalt, zu binden und zu lösen, Gesetze zu geben, und in denselben aus zureichenden Ursachen dispensiren kann — streitet besonders in Absicht auf seine vorliegende Anwendung ganz gegen die von Eurer Kaiserlichen Majestät aufgestellten principia, und überhaupt gegen die Gerechtsamen eines jeden Landesfürsten.

Die Ehe-Hindernisse sind nicht von den Bischöfen, sondern von den Kaisern eingeführet worden. Ihre Aufhebung oder Dispensation hanget also auch nicht von der ursprünglichen Bischöflichen, sondern bloß von der durch die Kaiser oder andere Landesfürsten den Bischöfen expresse vel tacite überlassenen Macht ab. Wäre der von den 4 Erzbischöfen aufgestellte Grundsatz wahr, so hätten Eure Kaiserliche Majestät in dem Ehe-Patente verschiedene bisherige impedimenta unbefugt aufgehoben!

Ferners haben Eure Kaiserliche Majestät zwar die Wahrheit des Satzes schon durch so viele Beyspiele bestättiget: daß auch die besten Absichten mancher milder Stiftungen bey veränderten Zeitläuften entweder gar nicht mehr, oder nicht so, wie Anfangs erreichet, und daß also fromme Stiftungen in andere, die dem Hauptzwecke gemäßer und den wirklichen Bedürfnissen angemessener sind, verändert werden können.

Allein daß die Bischöfe, wie No. 3tio gravaminum behauptet wird, diese Veränderungen jure proprio, und nach ihrem Gutbefinden zu bewerkstelligen befugt seyn sollen, ist ein Satz, der von Eurer Majestät schlechterdings nicht eingestanden werden kann.

Nicht einmal läßt sich solcher den deutschen Bischöfen selbst in so ferne sie die Landeshoheit haben, zugeben.

Eine ähnliche Beschaffenheit hat es mit denen von den 4 Erzbischöfen aufgestellten weiteren Sätzen, zum Beyspiel:

daß nach der ursprünglichen Kirchen-Verfassung alle in den Kirchen-Sprengeln der Bischöfe wohnende Personen ohne Unterschied im innerlich- und äußerlichen Religionswesen denselben unterworfen seyen;

daß es zur Gewalt der Bischöfe gehöre, für die Ablegung der Ordensgelübde gewisse Jahre zu bestimmen;

daß die Verbindlichkeit aller Römischen Bullen oder sonstigen Verfügungen von dem placeto episcopali abhange rc. rc.

Selbst jene gravamina, welche an sich gegründet sind, und deren ab-

hilfliche Maaß zwar nicht aus der ursprünglichen gleichwohl aber aus einer sehr alten Kirchen-Disciplin sich herleiten läßt, würden meines Erachtens nicht ohne wichtigen Bedenken von Euerer Kaiserlichen Majestät schon dermalen und simpliciter auch nur stillschweigend begenehmiget werden können.

Dahin gehöret zum Beyspiel alles dasjenige, was sub No 22 gravaminum auf die Erweiterung der erzbischöflichen Rechte einen Bezug hat, indem es fast keinem Zweifel unterlieget, daß nicht nur die exempten sondern auch zum großen Theil die übrigen Bischöfe nichts weniger als eine Veränderung in diesem Stücke gerne sehen werden. Wenn man die Gesinnungen der Erz- und Bischöflichen Consistorien sammt der zwischen solchen immer herrschenden Eifersucht in Betrachtung ziehet, und noch ferners bedenket, daß den Menschen immer ihr näherer Oberer lästiger fallt, als ein entfernter und größerer, so ist die Ursache leicht einzusehen, warum von jeher vielen Bischöfen nicht nur allein die appellationen nach Rom, sondern selbst auch jene an die Nuntiaturen im Grunde lieb gewesen sind. Gleichwie die erzbischöflichen Consistorien mit Fleiß es dahin angelegt haben, jenen der Bischöfe ihre Hoheit und Macht fühlen zu lassen, so war es diesen dagegen wieder angenehm, wenn Rom in Ansehung der Erzbischöfe und ihrer Gerichtsstellen ein Gleiches that, und die erzbischöflichen Sprüche häufig reformirte, um dadurch die appellationen desto mehr zu vervielfältigen.

Um also das Allerhöchste Ansehen nicht ohne allem Nutzen bloß und den gehässigsten Gegenbearbeitungen eines ganzen Schwarmes der Bischöfe und ihrer Kapitel auszustellen, scheinet allerdings räthlich und nothwendig zu seyn, daß vor irgend einer directen oder indirecten Theilnehmung Eurer kaiserlichen Majestät die Erzbischöfe selbst mit ihren Suffragan-Bischöfen hierüber das nähere Einverständniß pflegen.

Was die in verschiedenen Numeris der gravaminum vorkommende materiam beneficiorum, Concordatorum, annatorum etc. betrifft, so sind zwar die von den 4 Erz-Bischöfen dargestellte Beschwerden großen Theils vollkommen gegründet, allein die von denenselben zugleich in Antrag gebrachte Abhilfsmittel so beschaffen, daß sich wenig oder nichts wirksames dadurch anhoffen läßt.

Eine gütliche Einschreitung und Unterhandlung bey dem Päbstlichen Hofe wäre ganz gewiß und um so mehr fruchtlos, da derselbe immer zum Stichblatt haben würde, daß, indem er nicht mit dem Kaiser und den 4 Erzbischöfen allein, sondern mit dem ganzen Reich mit den geistlichen und auch mit den weltlichen Ständen die Concordaten geschlossen, er vor allem vergewisset seyn müsse, ob auch das gesammte Reich eine Aufhebung oder gänzliche Umschmelzung derenselben wünsche. Wie leicht könnte es dann erfolgen, wenn auch alle geistliche Stände einig wären, daß die weltlichen sich dagegen erklärten, ja daß sich der Päbstliche Hof selbst hinter protestantische Fürsten, zum Beyspiel Chur-Brandenburg, welches als damals noch katholisch die Concordaten meistens befördern half, steckte, und die Aufrechterhaltung oft-erwehnter Concordaten als eines Reichsgesetzes reclamirte, bey welchem selbst auch die Protestantischen Stände wenigstens in Ansehung ihrer katholischen Unterthanen, und der in ihren Landen gelegenen geistlichen Stifter interessiret sind.

Ein allgemeines Concilium ist nach der heutigen Lage aller politischen und sonstigen Verhältnisse nicht nur eine aufgelegte Chimäre, sondern auch die deutschen Bischöfe würden ganz sicher darauf zählen können, daß ihren durch die Mehrheit der Italienisch-Spanisch-Portugiesischen 2c. 2c. bischöflichen Stimmen die Annaten eher verdoppelt als abgenommen werden würden. Und welche gehässige Vorwürfe wo nicht gar Entscheidungen würden welt-

liche Monarchen von einem ganzen Schwarm solcher Bischöfe zu gewarten haben, die ganz mit Curialistischen Vorurtheilen eingenommen, und nicht einmal in den ersten Grundzügen eines ächten Staatsrechts und einer unpartheyischen Geschichte bewandert sind?

Auch ein National-Concilium dürfte mehr Aufsehen erregen, als Gutes stiften, und könnte vielleicht noch den Zunder zu weiteren sehr bedenklichen Uneinigkeiten abgeben. Wobey noch der sonderbare und auffallende Umstand bemerkungswürdig ist, daß die 4 Erzbischöfe zu zweifeln scheinen, ob sie mit ihren Suffragan-Bischöfen ohne Einwilligung und Dazwischenkunft des Pabstes sich versammeln dürfen, indem sie darüber erst die kaiserliche Verwendung bey demselben begehren, wodurch sie zu eben der Zeit, da sie sich von der Päpstlichen Gewalt so viel als möglich los machen wollen, eine derjenigen Isidorischen Hauptmaximen ipso facto einräumen und gutheißen, mittels welcher der Römische Hof von jeher sich in dem Stand zu erhalten gesucht hat, alle kirchliche Einrichtungen, die nicht nach seinem Geschmack waren, entweder noch in der Geburt zu ersticken, oder aber solche durch das seinen Legaten bey den Concilien eingeräumte Präsidium lediglich nach seinen eigenen Nebenabsichten zu leiten.

Allem biherigen muß ich noch die fernere Bemerkung beifügen, daß, wie sowohl aus dem Schreiben der 4 Erzbischöfe, als aus dem Zusammenhange aller übrigen Umstände, ganz deutlich erhellet, ihre gemeinschaftliche Absicht dahin gehet, die ihnen geschehene Aufforderung so viel nur immer möglich zu benützen, zu Beförderung ihres Endzwecks vorzüglich bey den Suffragan-Bischöfen und sonst allenthalben Euere Kaiserliche Majestät vorzuschieben, das Allerhöchste Ansehen entscheidend zu impegniren, und wenn solches erfolget ist, dem Kaiserlichen Hofe gleichwohl die Sorge zu überlassen, wie derselbe aus den entstehen mögenden Schwierigkeiten und Anständen sich ziehen, und entweder sich selbst bloß stellen, oder aber die einmal unternommene Sache um seiner eigenen Ehre Willen nachdrucksamst durchsetzen dürfte.

Um so größer scheinet die Nothwendigkeit zu sein, daß kein Satz von allen jenen ungerüget gelassen werde, deren ausdrückliche oder stillschweigende Allerhöchste Begnehmigung die 4 Erzbischöfe über solche Gegenstände zu erhalten hoffen, welche directe oder indirecte mit den Souverainetäts-Gerechtsamen Eurer Kaiserlichen Majestät und anderer Landesfürsten unvereinbarlich sind, und welche zum Theil dahin abzielen, um die usurpirten Isidorianischen Vorrechte dem Pabste zwar mit einer Hand zu entziehen, mit der andern aber eben dieselben den deutschen Erzbischöfen und Bischöfen selbst zuzuwenden.

Die nämliche Vorsichtigkeit wird ferners alles dasjenige erfordern, was zu irgend einer Collision mit den Kaiserlichen Gerechtsamen insonderheit, mit jenen der übrigen Stände, und überhaupt mit der Reichsverfassung Anlaß geben kann. Wie dann auch die von den 4 Erzbischöfen in Antrag gebrachten abhilflichen Einleitungen nicht ohne gegründeter Erinnerung der dagegen auffallenden Schwierigkeiten gelassen werden können.

3. Schriftwechsel des Kaisers und des Fürsten Kaunitz über eine Aussöhnung mit Preußen.

Kaiserliches Handbillet an Kaunitz, vom 6. December 1786 (Sur l'alliance avec la Prusse).
(Eigenhändig.)

Mon cher Prince.

Je vous envoye ci-jointes quelques reflexions fort peu digérées encore, que le rapport du prince de Reuss et plusieurs autres circonstances m'ont fait naitre; je vous prie de n'en faire que l'usage que vous croirez convenir et je viendrai demain ou après-demain en causer avec vous.

Adieu, mon cher Prince, c'est bien sincerement que je vous assure de toute mon amitié.

Ce 6 Decembre 1786.

Joseph.

Réflexions (*ad* billet de l'Empereur au Prince de Kaunitz) du 6 décembre 1786.

1. Les maisons d'Autriche et de Brandenbourg sincerement liées ensemble, et agissant d'un commun
2. accord, n'ont rien à craindre, ni d'une, ni de plusieurs Puissances qui se lieroient ensemble;
3. elles seront les arbitres non seulement de l'Allemagne, mais aussi de l'Europe;
4. elles devront être recherchées de toutes les Puissances, et ne seront point dans la nécessité d'en rechercher aucune;
5. la paix générale et universelle ne dépendra que de leur volonté;
6. rassurées l'une et l'autre, elles peuvent faire le bonheur de leurs Sujets, en faisant fructifier et fleurir leurs Etats, et
7. elles peuvent se procurer tous les avantages et considérations qu'elles jugeront leur convenir, et ne permettre aux autres Puissances de s'en procurer, que ceux qu'elles voudront bien.
8. Si ceci sont des vérités incontestables, et qu'on peut demontrer mathématiquement, il faut convenir que leurs jalousie et inimitié doivent, en continuant, leur faire perdre tous ces avantages, et leur attirer tous les inconvéniens qui en sont l'opposé;
9. ils s'affoiblissent mutuellement d'année en année par des dépenses énormes que cette jalousie exige; et par les humiliations et bassesses auxquelles elles doivent se porter pour gagner l'une sur l'autre la concurrence auprès de leurs différents Alliés, et même auprès des petits Princes; nombre de choses désavantageuses à leurs intérêts reciproques à toutes deux, ont dû non seulement être souffertes, mais elles ont même dû contribuer à les faire réussir.
10. Il en arrivera encore davantage, si cette heureuse union n'a pas lieu, et peut-être alors les autres Puissances qui sentent

la possibilité de cette union, et qui la craignent, se seront mises tellement en mesures, que ces deux Maisons, en traînant de s'unir, auront perdu les plus grands avantages qu'elles en auroient pu tirer.

11. Il paraît étonnant que ces verités ayent été inconnues jusqu'à présent; néanmoins, quand on considère que les Souverains qui décident des liaisons politiques des Etats, sont hommes, et livrés par conséquent à des foiblesses et à des préjugés, quelque grands qu'ils puissent avoir été, on n'en sera pas surpris; car comment pouvoit-on croire, que Sa Majesté l'Impératrice Reine, et feu le Roi de Prusse ayent pu oublier, l'une, qu'elle a été dépouillée d'une belle partie du patrimoine de ses Ancêtres, et lui, qu'il en a été le Conquérant?

Comment s'imaginer, qu'elle ait renoncé bonnement à l'espérance de ravoir la Silésie, et que le Roi de Prusse, après avoir vu les guerres sanglantes qu'on lui a faites, et tous les moyens qu'on a mis en jeu pour cet effet, ait pu se persuader, qu'on y a sincèrement renoncé?

12. Il falloit donc attendre la mort des deux principaux Personnages de cet événement politique, avant de pouvoir imaginer qu'on puisse considérer froidement et sans prévention tous les avantages mutuels d'une amitié et alliance entre les deux Etats, et avant de pouvoir se permettre seulement la possibilité de cette idée? Son importance est si grande, le sort de plusieurs millions d'hommes en dépend, que l'on ne croit point pouvoir négliger l'occasion du nouveau Règne du Roi pour mettre en avant ces réflexions; aucune alliance ne pourra jamais être fondée sur une base plus solide et sur des conditions plus simples, que celle-là; puisqu'il ne s'agit que de se bien convaincre mutuellement, que l'intérêt le plus réel de la Monarchie Autrichienne et Prussienne consiste et consistera toujours dans leur union, et qu'aucun avantage momentané, quelque grand qu'il puisse être pour l'une ou l'autre de ces deux Puissances, même en égard à toute autre alliance quelconque, ne vaudroit la perte de leur amitié, et qu'en même tems elles soient bien déterminées non seulement à ne plus penser à un agrandissement quelconque, au détriment de l'une ou de l'autre, mais de se garantir même la tranquille possession de leurs Etats actuels, envers et contre tous, et reconnoissent les ennemis de l'une pour les ennemis de l'autre.

13. On ne met pas même en valeur ici, que ces deux Maisons sont de la même Nation qu'elles ont une langue commune, et que dans leurs Etats on professe les mêmes Religions, ce qui ne laisse pas que d'influer sur l'opinion du grand nombre, ainsi que d'avancer et de faciliter l'effet des convenances politiques et des volontés souveraines en assurant même leur durée.

14. Mais examinons les désavantages mutuels qui pourroient exister de part et d'autre, si cette idée fût connue avant le tems du reste des Puissances de l'Europe; il ne faut pas être étonné qu'elles fissent tout au monde pour l'empêcher, et même un Ministre quelconque ne pourroit, sans craindre des suites fâcheuses pour lui, le conseiller.

Ce n'est que de la volonté ferme et décidée des deux Souve-

rains mêmes et de leur conviction parfaite, que cette union doit se former, et en étonnant l'Europe se faire admirer et bénir par leurs Sujets actuels et les Successions futures.

Billet du Prince Kaunitz à Sa Majesté l'Empereur, en date du 7 décembre 1786.

Je prie Votre Majesté de m'accorder deux ou trois jours avant de me faire l'honneur de venir causer avec moi; afin que dans cet intervalle, je puisse Lui mettre sous les yeux, par écrit et dans la cohérence d'idées convenable dans une affaire de la plus grande importance, les observations, au moins les plus essentielles, que je croirai devoir soumettre à Son jugement, sur les réflexions, qu'Elle a bien voulu me communiquer; mais en attendant il m'importe de savoir: s'il entre dans l'idée de Votre Majesté de conserver Ses deux alliances, d'y renoncer, ou d'y voir renoncer Ses alliés; l'un ou l'autre, comme Elle sent bien, faisant un Système tout différent.

Je La supplie donc de me le faire connaître en peu de mots, oui ou non: ce qui me suffira pour ma direction, et je Lui baise les mains en attendant avec la plus profonde Soumission.

Eigenhändige Apostille des Kaisers.

S'il étoit possible que le Roi de Prusse fût aussi intimement convaincu que moi des avantages incalculables qui naitroient de notre vraie et sincère alliance, je crois que l'on pourroit renoncer à toute autre; mais cette incertitude paraît exiger que l'on ne renonce à aucune jusqu'à ce que l'on se soit assuré de la conviction et volonté du Roi. Mais les mêmes avantages me paroissent pourtant conseiller qu'avec les précautions necessaires l'on sonde au moins le terrain, quitte à donner, si même on étoit trahi, un peu d'humeur a ses Alliés. La Russie a besoin de Nous pour le grand projet, et les François ne nous ont pas témoigné dans différentes occasions une Fidélité qui mérite grands égards, si l'on pouvoit avoir mieux.

Adieu, Mon cher Prince, j'attendrai vos aises, et Vous prie de vous donner tout le temps pour y penser.

Joseph.

Billet du Prince de Kaunitz à Sa Majesté, en date 10. décembre 1786.

Les sentiments de ce que je Vous dois, Sire, comme le seul Ami de mon genre que Vous avez ou puissiez jamais avoir, et de ce que je dois à l'État, à ma Patrie, ainsi qu'à moi-même m'engage à Vous dire ma pensée avec la franchise respectueuse, que Vous trouverez dans les observations très-humblement cijointes, que d'un volume dont elles auroient été susceptibles, j'ai pu parvenir à rendre assez briéves; parceque Votre Majesté a bien voulu m'en laisser le tems. Vous ne sauriez le trouver mauvais de la part d'un homme, der es wohl meinet mit Euerer Majestät; et il ne me reste qu'à souhaiter, qu'elles puissent faire un effet conforme à la rectitude de mes intentions; d'ailleurs avec la plus profonde Soumission etc.

Tres-humbles Observations du Prince Kaunitz sur les Réflexions de Sa Majesté, communiquées au Prince le 6 décembre 1786.

10 décembre 1786.

Ad 1mum. En supposant pour un moment la possibilité d'une liaison sincère et d'un commun accord entre les Maisons d'Autriche et de Brandebourg, quels que fussent les termes et les stipulations du traité d'Amitié et d'Alliance, par lequel elle seroit établie, il ne changeroit en rien l'état violent, dans lequel elles se trouvent depuis plus de quarante ans, et ne procureroit aucun avantage réel à aucune d'entre elles.

Ni l'une ni l'autre, sur la foi de ce traité, ne hazarderoit sans doute une réforme dans son état militaire; la Maison d'Autriche seroit même dans le cas de devoir augmenter le sien, bien loin de pouvoir le diminuer, en raison de plusieurs nouveaux ennemis, qu'il pourroit lui attirer, moyennant la défection très-possible de l'un ou de l'autre de ses Alliés, et peut — être même de tous les deux; de façon que non seulement il n'y auroit pas la moindre épargne à faire, ni pour l'un ni pour l'autre; mais qu'il pourroit même s'ensuivre pour la Maison d'Autriche la nécessité de l'augmentation d'une dépense déjà énorme, qu'elle seroit d'autant moins en état de pouvoir faire, que vraisemblablement on lui enleveroit d'abord les Pays-Bas et, l'Italie, qu'elle ne sauroit défendre sans Alliés, ainsi que ses États de l'Autriche antérieure, sans compter ce qui pourroit arriver en Hongrie, en Galicie et ailleurs; étant impossible de pouvoir faire face en tous lieux sans autre Allié, dans le cas supposé, que le Roi de Prusse, sur l'assistance suffisante duquel il ne semble pas qu'on pourroit compter ,dans tant de lieux différents plus ou moins éloignés de ses propres États.

Rien à gagner par conséquent en finances, mais au contraire.

Il en seroit de même à l'égard des avantages que les deux Maisons pourroient retirer du plan de leur union: ni l'une ni l'autre ne concourroit sans doute, ne consentiroit pas même à aucun avantage de son Allié, qu'en autant qu'il lui en reviendroit d'équivalents. Il semble qu'il seroit bien difficile de pouvoir convenir des exactes proportions. Mais quoiqu'il en soit cependant, nécessairement il faudroit qu'ils fussent toujours de deux choses l'une, ou directement ou indirectement prépondérants, et en ce cas préjudiciables à l'une des parties; ou, supposés parfaitement égaux, nuls: De façon que du côté des avantages que pourroient en retirer les nouveaux Alliés, ils se trouveroient être de même tout au moins parfaitement au pair, et moyennant cela inutiles.

Ad 2dum. Les Cours de Vienne et de Berlin sont actuellement dans ce cas, au moyen des Garanties de la plus part des principales Puissances de l'Europe, et qui méritent confiance; parce qu'elles sont fondées sur l'intérêt qu'elles ont au maintien de leur état actuel de possession et de l'équilibre de puissance qui en résulte entre elles, mais beaucoup plus encore au moyen de leur propre puissance, de sorte qu'un nouveau traité qnelconque ne peut rien ajouter à cet égard.

Ad 3tium. Deux grandes Puissances pourroient sansdoute avoir beaucoup d'influence dans toutes les affaires générales et particulières,

si dans toutes les occasions et toutes les circonstances, elles pouvoient voir, penser et agir constamment et parfaitement l'une comme l'autre; mais le même homme ne voyant et ne pensant pas toujours de même, pourra-t-on jamais s'en flatter de la part de deux hommes ou de deux Etats différents, et ne sera-t-il pas peut-être très-fort à appréhender, que souvent des différences d'opinion inévitables, auxquelles il faudroit on se prêter, on s'opposer, n'entraînent de très-grands inconvénients?

Ad 4tum. Toutes les autres Puissances de l'Europe pour maintenir leur indépendance et pourvoir à leur sûreté, devront se réunir contre elles, et ne seront par conséquent jamais dans la nécessité de les rechercher, mais au contraire, dans les cas de l'être; parceque, au bout du compte, rien de grand ne pourra jamais se faire, ni même s'entreprendre sans le concours ou au moins le consentement de quelques unes des principales d'entre elles.

Ad 5tum. Elles ne pourront jamais empêcher que d'autres Puissances ne se fassent la guerre entre elles, lorsqu'elles le jugeront à propos; pas même s'assurer qu'elles ne seront point attaquées dans leurs propres États; et la Maison d'Autriche surtout, qui peut l'être dans tant de points différents.

Ad 6tum. Elles ne le seront, ne peuvent et ne doivent l'être jamais; parce qu'il est impossible d'oublier jamais de bonne foi ni les torts que l'on a, ni les torts que l'on a reçus; et surtout lorsqu'ils sont aussi considérables que ceux que la Maison d'Autriche a essuyés de la part de la Maison de Brandebourg, et dont le poids presqu'insupportable ne peut être secoué que par la destruction, ou tout au moins par un affoiblissement très-considérable de la Puissance Prussienne, qui doit le sentir, et ne peut par conséquent jamais être complétement rassurée sur les intentions de la Cour de Vienne.

D'ailleurs, il a déjà été observé ci-dessus qu'un traité quelconque entre les deux Etats ne diminueroit en rien leurs dépenses; ains au contraire; et par conséquent, il ne leur donneroit rien au delà de ce qu'elles ont actuellement pour faire le bonheur de leurs sujets, et faire fructifier et fleurir leurs États.

Ad 7mum. Pas un seul, dont il puisse résulter l'augmentation de leur puissance, de leur influence, et même de leur considération; parce qu'il entraîneroit en leur faveur la balance et l'équilibre du pouvoir; et que moyennant cela amis et ennemis, directement ou indirectement, ne manqueroient pas de s'y opposer; pendant qu'à beaucoup près, il ne leur seroit pas également facile de pouvoir empêcher une immensité de choses, qui se trouveroient être hors de la portée de leur pouvoir et de leurs forces.

Ad 8vum. Moyennant les observations ci-dessus, si elles sont justes les réflexions qui y ont donné lieu seroient bien éloignées d'être des vérités incontestables.

Ad 9num. Tout ce qui est dit dans cette période plus ou moins, est malheureusement ainsi sans doute; mais c'est un mal nécessaire et inévitable, et il durera et doit durer tant et aussi longtemps qu'existera l'état violent, dans lequel se trouvent les deux Puissances l'une à regard de l'autre.

Ad 10mum. Ce sera beaucoup pis encore, si elle a lieu; parce que très-vraisemblablement en ce cas, les autres Puissances, qui lui attribueront bien plus de valeur qu'elle n'en auroit, ne pouvant croire qu'on n'ait voulu faire qu'un traité inutile, et devant lui supposer

des articles secrets, se détermineront à des mesures effectives, pour prévenir et empêcher efficacement les suites, qu'elles en appréhendroient. Désertion d'Alliés; nouvelles Alliances, suivies sans doute, dans peu, de guerres ouvertes, bouleversement total du système actuel de l'Europe; enfin des suites aussi fâcheuses qu'incalculables.

Ad 11mum. Il semble qu'il n'y a eu ni foiblesses, ni préjugés jusqu'ici dans la façon de penser des Souverains et des Ministres des deux Puissances. Ils ont raisonné au contraire très-conséquemment les uns et les autres, relativement aux circonstances des deux États, et ils ne sauroient même mieux faire à mon avis que de continuer à raisonner de même, jusqu'à ce qu'il arrive que l'une des deux Puissances devienne la subalterne de l'autre.

Ad 12mum. Le changement des Souverains actuellement sur les deux trônes n'a nullement changé leur existence politique.

Le Roi de Prusse est à peu près, comme il étoit avant son alliance avec la Russie, et la Maison d'Autriche est à peu de chose près de même depuis son Alliance avec la Russie, qui n'a point détruit la première, et par laquelle elle a été chargée au contraire de nouveaux engagemens relativement à la Porte, qu'il seroit très-embarrassant, tres-couteux, et tres-peu utile de remplir, si jamais ils devoient être réalisés. Et dans cet état de choses on ne voit pas ce qui devroit ou pourroit engager le Roi de Prusse à attribuer un plus grand degré de confiance à ce qu'on pourroit lui promettre dans ce moment ci, qu'à tout ce qui lui a été promis par tous les traités précédens.

La Cour de Vienne de son côté ne peut avoir aucune raison pour accorder plus de confiance aux Stipulations d'un nouveau traité quelconque; les intérêts diamétralement opposés restant toujours les mêmes, et les deux Puissances ne pouvant avoir qu'un seul intérêt commun, c'est à dire, sinon la destruction, au moins l'affoiblissement asséz considérable de l'une pour qu'elle ne puisse plus être redoutable à l'autre, qui exclut et excluera à jamais toute autre communauté d'intérêts.

Le nouveau Règne sur le Trone prussien n'est donc nullement une circonstance favorable à une liaison sincère et à un commun accord sur des intérêts, qui sont et seront toujours opposés, jusqu'à ce que, comme on l'a dejà dit, l'une des deux Puissances parvienne à rendre l'autre subalterne relativement à elle: et par conséquent la tentative non seulement en seroit inutile mais elle pourroit même avoir des suites très-fâcheuses et incalculables, par la méfiance et les justes inquiétudes, qu'elle pourroit faire naître dans les cabinets d'autres Puissances actuellement alliées ou indifférentes.

Ad 13tium. L'énoncé de cette période manifestant assez clairement la valeur que l'on attache à l'argument qu'elle contient, toute observation à cet égard seroit superflue.

Ad 14tium. L'inutilité, les désavantages, les dangers et les suites fâcheuses, beaucoup plus que vraisemblables, de cette idée, si elle étoit réalisée ou seulement connue, se trouvent détaillées dans ces Observations, et on croit moyennant cela ne devoir y ajouter que le voeu le plus sincére et le plus ardent, qu'elle puisse être bien complétement abandonnée, comme une mesure inutile, et qui pourroit attirer les plus grands malheurs à la Monarchie Autrichienne.

Apostille autographe de Sa Majesté,
de la même date.

Je vous suis infiniment obligé, mon cher Prince, de la franche amitié avec laquelle vous avez bien voulu vous expliquer à ce sujet important avec moi, en joignant au raisonnement le plus juste les plus profondes lumières.

Je suis parfaitement d'accord avec vous que si conviction parfaite des avantages mutuels des deux côtés ne peut être obtenu avec certitude, on ne pourroit attendre ni durée, ni fruit, et beaucoup de mal, et qu'il seroit même infiniment dangereux d'être le premier à mettre une pareille idée en avant.

Ainsi je suis de votre avis de laisser entièrement reposer cette idée, et de ne la considérer que comme une chimère désirable, mais impossible dans ces circonstances. Adieu.

Joseph.

IV.

Zur Fortbildung des Fürstenbundes 1787.

1. Brief Friedrich Wilhelms vom 10. April 1787.

Monsieur
et tres cher Cousin.

Je suis charmé si ce que j'ai fait pour le Ct. de la Valatte a pu faire plaisir a V. A. S.; pour moi je fais l'acquisition du bon officier, son Regiment a toujours été tres content de lui. —

Je viens d'ecrire a l'Electeur et a Stein, je laisse Stein a Mayence aussi longtemps qu'il pourra y etre de quelque utilité; je vois par leur lettre dont Vous saurez le contenu, qu'il sera cependant necessaire d'agir encore avec beaucoup de circonspection; en attendant que l'Election soit faite dans les formes; j'ai pris les mesures necessaires a ce sujet d'apres l'avis que Stein m'en a donné.

C'est en faisant les voeux les plus sinceres que la presente Vous trouve en parfaite santé que je suis sincerement

de V. A. S.

Potsdam le 10 d'Avril 1786.

Le bien affectionné Cousin
Frd. Guillaume.

---

2. Brief Carl Augusts an den König.

Écrit à Mayence
ce 25 Juin,
expedié à Eisenach
ce 1 Juillet 1787.

Sire.

Pressé par les invitations amicales de l'Electeur de Mayence, desirant de prendre part aux plaisirs que l'Election du nouveau Coadjuteur occassionnoit, et voulant m'informer par mes propres yeux de suites que cette grande revolution opereroit, je me rendis ici le 9 de ce mois. Le commencement de mon sejour se passa en fetes et en festins, et il fallut renoncer au desir d'avoir une conversation particuliere avec

l'Electeur pour m'informer s'il etoit content de son fils adoptif, et pour apercevoir a quoi il falloit penser dans ce moment, qui put contribuer a remplir les vues patriotiques de Votre Majesté, et agrandir les influences bienfaisantes de l'union Germanique. Il parut que l'Electeur avoit tout a fait vaincu l'aversion qu'il manifestoit contre Dahlberg, il le combloit de bonté, et lui prodiguoit des marques de tendresse; il s'empressoit de gagner la confiance de son heritier presomptif, et l'on s'apercevoit qu'il avoit la ferme volonté de se l'attacher de façon qu'il put etre sur que Dahlberg marcheroit avec le tems dans ses traces, et continueroit d'agir d'apres les principes politiques que l'Electeur professe depuis plusieurs années.

Le Coadjuteur de son coté repondoit aux avances de son maitre, et il etoit a esperer que la plus grande harmonie subsisteroit toujours, mas l'arrangement des finances, et l'etablissement du Coadjuteur porta quelque legere atteinte a cette parfaite union; il y eut des clabauderies, des tracasseries a l'infini qui fesoient craindre que ce nuage ne se changeat dans une tempete formelle, mais grace a l'activité du B. de Stein, a la fermeté avec laquelle il parla aux deux partis, grace a M[d] de Coudenhoven qui avec son esprit conciliateur et son zèle pour le bien apaisa en tems les esprits; le calme fut retabli, et l'on espere de nouveau que l'Election du Coadjuteur operera le bien que Votre Majesté intentionnoit en en faisant entamer la negotiation. Je ne m'étendrai point ici sur les particularités, sur les raisons, et les incidents de cette brouillerie, j'en laisse le soin au B. de Stein, qui en peu de tems en fera son très humble rapport de bouche a Votre Majesté, qui lui expliquera le fond du caractere, la façon de penser et d'agir du Coadjuteur, qui lui presentera au juste l'etat général des affaires et des connexions de ce pays ci, par lequel Votre Majesté pourra juger de ce qu'il y a à esperer ou à craindre dans l'avenir pour la bonne cause.

Les fetes et les plaisirs n'ayant heureusement occupé que quatre jours, j'employai le repos qui suivit ces festins pour entrer en matiere avec l'Electeur, et pour apprendre de lui les projets qu'il avoit formés et qui regardoient le systeme de l'Union. Ces idées se réduisirent a trois points capitaux, que je nommerai seulement ici en general, et sur lesquels je m'etends plus amplement dans les apposés cijoints. Ce sont 1° L'idée d'un congres de l'union a Mayence qui devroit s'occuper de la legislation Germanique. 2° Le projet de l'Electeur d'augmenter ses troupes, et de reparer la forteresse de Mayence avec des aides étrangers et premiers (?). 3° les moyens de soigner les interets et les affaires de Votre Majesté dans ce pays ci. J'y joins encore un quatrieme point qui concerne les rapports des C[tes] de Walderndorff avec le Coadjuteur, leur pouvoir sur l'esprit du celui ci, les suites qui pourroient en resulter, et quelques moyens pour rendre leur influence salutaire: quelques demarches y sont detaillées qu'on n'a pas cru devoir omettre pour atteindre ce but, et qui pourront plaire peut-etre a Votre Majesté.

Je desire infiniment que Votre Majesté daigne etre content du travail de Stein, et qu'Elle me rende la justice de croire veritable le zèle qui m'anime. Vos grandes qualités, Sire me l'inspirent, et l'esperance de pouvoir operer le bien sous la protection de Votre Majesté est ce qui entretiendra toujours en moi une activité que je tacherai de diriger de façon, qu'elle me rende digne des bonnes graces

de Votre Majesté dont j'ose demander la continuation, me disant avec un trés profond respect

Sire
De Votre Majesté
le trés humble et trés obeissant serviteur
Charles Auguste. Duc.

Apostille.

L'Electeur de Mayence vient de changer de sentiment au sujet du Grand-Doyen de Fechenbach; celui ci passoit de tout tems pour etre vendu a la Cour Imperiale; ce soupçon pouvoit etre aussi trés fondé, mais depuis que cette Cour n'achéte plus, qu'elle brouille tout et que Joseph II se fait la guerre a lui meme, les gens sensés s'aperçoivent que la protection Viennoise ne sert plus de rien, que les maximes de l'empereur sont de ronger partout et de se moquer de tous les droits; ils se tournent donc vers le parti qui paroit les soutenir dans leurs immunités, qui leur accorde une protection active, s'ils s'en rendent dignes, et qui ne demande de leur coté que de la fermeté a se soutenir dans ce qu'ils possedent. C'est dans ce point de vue la qu'il faut regarder le changement des Principes Politiques du grand Doyen, dont l'Electeur s'est aperçu, dont il ma parlé, et ce qui lui fait desirer que Votre Majesté soutienne Fechenbach dans ses vues pour Wurtzbourg. J'en ai parlé a ce dernier, autorisé a ce pas par l'Electeur, et Fechenbach a professé vis a vis de moi les sentiments que je viens de citer la haut. Il faudra epier a present les demarches du grand Doyen, et voir s'il se detachera tout a fait du parti Autrichien, auquel il adheroit visiblement.

Stein a deja rapporté a Votre Majesté les demarches que le chapitre de Constance a faites vis a vis du Coadjuteur; cela va encore tout doucement son train: en attendant le parti le plus fort a Fulde fait la meme proposition, et selon ce que le Coadjuteur m'a dit hier, Aichstedt se tourne aussi de son coté. L'Electeur et le Coadjuteur sont trés decidés d'accepter toutes ces offres, et l'abbaye de Fulde seroit importante de posseder, pour le moment, pour faire par la un sort certain au Coadjuteur, pendant le vivant de l'Electeur, pour separer Pere et fils qui ne feront jamais bon menage ensemble a la durée, et pour epargner dans la suite aux Cours unies l'entretien du Coadjuteur. Cela donneroit occasion a celui ci, s'il est Prince de Fulde, de prouver si ceux qui l'ont recommandé a Votre Majesté se sont trompés a son sujet, ou s'il remplit les esperances qu'on a fondé sur lui. Le Prince de Fulde d'apresent est trés vieux, trés infirme, et ne peut vivre que peu de jours; Dahlberg, Coadjuteur de cette Abbaye peut etre assuré qu'il parviendra en peu de tems a la perception de cette Principauté. Quelques fausses demarches du chapitre de Constance rendent la reussite de la negociation du Coadjuteur la haut un peu incertaine.

Apposé 1er
concernant le projet d'un congrés de l'union à Mayence.

Votre Majesté daignera bien se souvenir encore que l'Electeur de Mayence Vous fit prier Sire cet hiver, par ma voie, de contribuer

a former un congres de l'union a Mayence, et de presser L'Electeur de Saxe d'envoyer un Ministre ici. Jusqu'à present cela ne s'est pas fait encore a Dresde, et même, d'apres ce que Böhmer m'en a dit, il est probable qu'ils veulent s'en defendre. Mais cette économie mal placée arreteroit tous les pas que l'union peut faire vers sa perfection, et qui pourroient la rendre salutaire dans l'avenir. Tout travail preparatoire pour l'amelioration du Systeme de nos lois, et ce qui seroit a proposer apres par la voie de la diette au reste des Etats Germaniques, doit etre fait a ce congres: la forme n'en est pas neuve, ni extraordinaire, ni inconstitutionelle. Il seroit donc bien a desirer que Votre Majesté daignat faire representer encore une fois, et bien serieusement a l'Electeur de Saxe la necessité qu'il envoie un Ministre a Mayence, et qu'Elle fit parvenir en meme tems ses intentions aux autres Princes qui ont souscrit a l'union, en leur faisant savoir qu'Elle desiroit qu'ils envoyassent des chargés d'affaires a Mayence, ou qu'ils donnassent leurs voix aux Ministres de l'union qui resideroient ici de la part des trois Cours Electorales. Toute l'activité politique de l'union depend de ce congres, de ce qu'il soit bientot formé et bien composé. Dieu veuille guider la Saxe pour qu'elle fasse choix d'un Ministre qui travaille facilement, qui avec de la bonne volonté aye le courage d'elever son vol au dessus des pas mesurés et cadencés auxquels la Saxe s'est une fois accoutumée. La plupart des autres Princes unis donneront trés facilement leurs voix aux Ministres des trois Cours, formatrices de la Ligue Germanique.

Quoique le General Comte de Hatzfeld soit chargé dans ce moment de la part de l'Electeur de Mayence de demander un envoyé a la Saxe, et d'y declarer qu'il enverroit volontiers le premier un Ministre resident a Dresde, s'il possedoit seulement une seule personne de confiance dont il put se servir, il est pourtant a craindre, que le Ministre de Saxe le refuse. Si cela arrivoit, alors, selon mon très humble avis, Votre Majesté feroit un bien reel a l'union si Elle proposait a l'Electeur de Mayence d'ouvrir le congres dès que les autres voix des Princes unis seroient assemblées, sans se soucier de la Saxe, et de ne la faire jouir d'aucune autre distinction, que de celle, de lui proposer la premiere, ce que le congres auroit arrangé, avant de porter les affaires a la diette de l'Empire.

Le B. de Stein a averti Alvensleben de la commision de Hatzfeld.

---

3. Schreiben Carl Augusts an den König von Preußen vom 12. October 1787.

Sire!

V. M. m'ayant permis de me rendre sur ma route pour la Hollande à Aschaffenbourg chez l'Elect. de Mayence je dois Lui annoncer que j'en viens dans ce moment apres y avoir été 1½. Il est de mon devoir de rapporter à V. M. l'état dans lequel j'ai trouvé les affaires de ce pays la, par rapport aux affaires de l'Allemagne, et de lui proposer les idées de l'Electeur concernant le bien-etre de l'Empire, et celui des Princes unis. Il paroit certainement que les esperances que V. M. avoit formées en faisant élire Dahlberg pour Coadjuteur seront positivement remplies par ce qu'une parfaite Union et un grand contentement regne entre l'Elect. et Son successeur

présomtif: l'Elect. se donne toutes les peines imaginables pour instruire le Coadjuteur dans ses principes, et celui-ci accepte volontiers ses leçons, forme des plans qui porteront à ameliorer la Gestion des affaires de l'Empire, tache de gagner la confiance de l'Electeur et promet de devenir un membre bien actif et bien utile du Corps Germanique. Tous les projets formés, qui tendent à ce grand but se fondent sur l'espérance que le Congrès de l'Union se rassemblera bientot et qu'on ne perdra pas de tems à mettre la main à l'oeuvre.

»Notre Union, me disoit l'Elect. n'est qu'une belle image jus-
«qu'à present, et ce ne sera que par le congrès, et de manière
«dont celui-ci sera conduit, qu'elle aura de la Consistence, et une
«existence active: encore une année perdue, la ferveur diminuera,
«l'on croira que l'aiguillon de bien faire n'agit plus auprès des Pr.
«de l'Empire, et que l'Union qui sous les beaux auspices promettoit
«de faire époque en Europe, aura le sort de tant d'autres Réunions
«de ce genre la, qui d'elles mêmes retomboient dans le néant.»

C'est d'après ces raisonnemens, transcrits mot pour mot, que l'Elect. désire ardemment avec le Coadjuteur, qu'il plaise à V. M. de faire partir Stein bientôt pour le poste de Mission à Mayence et des Deux-Ponts, auxquels Elle l'avoit destiné ainsi qui'l Lui avoit plu de me le confier, et de charger Stein, en même tems de la commission de passer par Dresde pour presser de la part de V. M. l'Electeur de Saxe de se determiner à choisir, et à faire partir bientôt pour le Congrès futur un bon sujet. De cette assemblée de l'Union depend toute la force active que le Corps Germanique peut jamais prendre: l'Electeur de Mayence qui commence à craindre des suites facheuses de l'irresolution de la Saxe fonde tout son espoir dans la ferveur avec laquelle V. M. protège et avance les bonnes entreprises. Elle a réuni un Corps qu'on croyoit impossible à rapprocher; Elle vaincra encore de plus grands obstacles, que bien des personnes regardent jusqu'a present comme insurmontables. J'ose etre fermement persuadé, que les mêmes raisons, qui determinèrent V. M. à choisir Stein, pour diriger l'Union, et pour tenir ce Duc des Deux-Ponts en ordre qui sera si difficile à manier, et qui par la bonté d'ame de V. M. tire les interets de son capital de caprices, qui Lui coute tant, esperant de Lui couter encore d'avantage, auront encore la même valeur a vos hautes lumières Sire! et que quelques peines qu'on se donne pour soutenir Böhmer dans la mission la plus importante de l'Allemagne (travail dont j'ai les preuves les plus récentes) Elle suivra pourtant le plan qu'Elle avoit formé et qu'il Lui avoit plu de me communiquer.

C'est par le Lt. Colonel C[te] de Golz qu'on a essayé à determiner l'Elect. de Mayence à demander Böhmer pour la mission de Mayence. Je ne puis dire positivement, qui avoit chargé Golz de cette commission, dont il s'est acquitté à Aschaffenbourg et qui n'a pas causé un bien vif plaisir à l'Elect.; je ne saurois taire à cette occasion que la présence un peu trop active et melée d'un air d'importance de Golz n'a pas fait le meilleur effet dans ce pays-ci. J'ose repeter en même tems mes t. h. remontrances au sujet de Stein, et supplier V. M. de mettre celui-ci dans un etat ou le manque du necessaire n'abatte pas son courage, son zèle et son activité: l'exemple trop récent de plusieurs Ministres Prussiens prouve les suites facheuses d'une économie appliquée à des personnes qui par necessité physique n'ont pas rempli les vues que feu le Roi s'etoit proposées et par quoi

V. M. sera obligée a redresser les armes à la main, ce que les negociations avoient gâté.

J'ai renouvelé à Aschaffenbourg la connaissance avec le Comte de Nesselrode, celui que l'Electeur de Mayence a fait proposer à V. M. pour etre ministre du Duc des 2 Ponts: je suis de nouveau très persuadé que si le choix tombe sur cet homme, que V. M. en sera parfaitement bien servie: — c'est un homme d'honneur, d'esprit, rempli de connaissances et de bonnes qualités, plein de bonne volonté, et ferme au plus haut degré, mais qui n'acceptera jamais ce poste, sans la promesse positive que tout secours d'argent, que V. M. accorderoit à son futur maitre, passeroit par ses mains: que ce seroit de lui, qu'Elle demanderoit le bon emploi des avances, et que ce ne seroit que sous condition que Nesselrode auroit à diriger les païemens des dettes pour lesquels V. M. destine des sommes: qu'il Lui plut d'accorder de l'argent au retablissement des finances Bipontines. Cette condition est inventée pour les interets de V. M. Un tout nouvel exemple prouve que c'est dans un gouffre que tout argent destiné à faire de bons arrangemens est jeté. Les 100m Thlr. qu'il Vous a plu, Sire! de donner au Duc tout recemment sans la direction d'un homme affidé, ont été employés de la manière qu'on pouvait prévoir de la part d'un Prince qui regarde le trésor de V. M. comme sa bourse, c'est à dire, toujours ouvert à ses besoins, et inépuisable; un tiers de la Somme, ou à peu près la moitié, éteignit la soif de quelques créanciers, et le reste celle de sa cassette, qui au fond n'est que l'entrée aux poches de Me. d'Esebeck: c'est de l'Electeur et du Coadjuteur, que je tiens cette nouvelle, qui tous les deux deplaignent le peu de succès des bontés de V. M. pour le Duc, et qui désirent ardemment qu'il Lui plaise de faire diriger les secours futurs par quelqu'un qui soit digne de la confiance d'un Roi aussi bienfaisant. Böhmer, que je viens de voir, et qui revient des Deux Ponts m'assure qu'il seroit possible à présent de determiner le Duc à prendre un tel Ministre qu'il plairoit à V. M. de lui propeser. J'ose le répéter: Nesselrode sera certainement l'homme qu'il faudra avoir à cette place: un mot laché par Stein, de votre part Sire! — que les secours pecuniaires seroient bien plus rares, si Votre Majesté ne voyoit personne auprès du Duc, auquel Elle pourroit accorder une entière confiance; et faire recommander en même tems Nesselrode, seroit, ce me semble, le moyen certain de mettre les affaires Bipontines en de bonnes mains, et d'épargner à V. M. des dépenses énormes dont Elle ne verra jamais mûrir les fruits attendus. Böhmer vient de me raconter une anecdote, qui prouve le zèle du Coadjuteur: celui-ci ayant appris que son ancien ami Groschlag avoit reçu des commissions pour Berlin, il oublia toute liaison personelle et n'eut que le vrai but en vue, disant à Böhmer d'avertir Sa Cour «que l'infaillible moyen de venir à bout avec Groschlag, négociateur très raffiné, seroit de tenir bien ferme, ce qui le fesait toujours plier.»

La France a de nouveau envoyé un intriguant achevé aux D. Pts qui s'est routiné en Hollande et qui s'appelle, si je ne me trompe, le Mis de la Coste.

J'ai l'honneur etc.

Frankforth — C. A.

12. Octobre 1787.

4. Plan, nach welchem die vorwaltenden Geschäfte nach und nach zu betreiben seyn dürften.

1°. Die Unirten Fürsten tragen in Comitiis et per Dictaturam dahin an:

daß vom gesammten Reich auf Verbesserung der Justiz-Form, der Civil und Criminal Gesetze, gearbeitet werden möge:

Da diese erhabenen Gegenstände das Wohl der ganzen Nation zum Zweck hätten, so seyen solche per Deputationes vorzubereiten, und dem Reichstag vorzutragen.

2°. Zugleich tragen die Unirten Fürsten beym Reichstag per dictaturam dahin an, daß an Aufhebung dringender Gebrechen in der Justiz-Verwaltung förderſamst Hand angelegt werden möge: dahin würden vorzüglich gehören;

a. Herstellung der Visitationen der Reichs-Gerichte.
b. Bessere Einrichtung der Kreise ad Comitia.

3io. Ueber die fünf folgenden höchst wichtigen Gegenstände, nehmlich

a. Civil-Legislation
b. Criminal-Legislation
c. Justiz Verbesserung in ihrem ganzen Umfange
d. Reichs-Gerichts-Visitationen
e. Recurse

Würden diesen Winter über, von den hiesigen Gelehrten ausführliche Entwürfe vorbereitet, und zugleich alle unirten Höfe von Sr. Churfürstl. Gnaden ersucht, auch von ihrer Seite und durch erfahrene Rechtsgelehrte Gutachten entwerfen zu lassen, welche alsdann den Reichsdeputationen ihre Arbeit ungemein erleichtern würden.

In den Cabinetern dürfte ferner rathsam seyn, folgende Masnehmungen für die Zukunft vorzubereiten.

1°. eine sorgfältige Untersuchung aller Punkte, welche einer zukünftigen Wahl-Capitulation hinzuzufügen seyn können.

2°. eine bestimmte Verabredung gegen die zu befahrenden Eingriffe auf Bayern u. s. w.

3io. Die Festsetzung des künftigen Benehmens der unirten Stände im Fall, daß der Besitzstand anderer Mitstände angegriffen oder wirklich lädirt werden wollte.

4°. in solchen Fällen würde besonders festgesetzt werden müssen,

a. daß der Erzkantzler des Reichs die Unirten Mitstände von dem Eingriff benachrichtigte
b. sofort aber jeder Stand viritim eine desfallsige Vorstellung an Kaysl. Majestät gelangen ließe,
c. sollte diese aber ohne alle Wirkung bleiben, so würden sämmtliche Unirte Stände sich an den Reichstag wenden, und endlich
d. im Fall einer Nichterhörung sich an die Garants des Westphälischen und Teschener Friedens zu verwenden haben.

5to. Der Abschluß, daß, in solchen Fällen „wo in erschwehrten besondern „Rechtsfällen und Streitigkeiten, der Geschäfts-Gang gehindert wird, jedes„mal der letzte Besitz-Stand pro norma angenommen werden solle".

5. Schreiben Carl Augusts an Hardenberg vom 2. November 1787.

Monsieur

C'est avec la plus vive satisfaction et avec bien de la reconnoissance que j'ai vu par Votre lettre dont Vous m'avez honoré que Vous me cederiez Votre Secretaire Bischoff, en cas que je prisse la liberté de Vous le demander. Ce cas pourra exister si S. M. Prussienne suit le plan qu'Elle s'etoit proposé d'envoyer le Gr. Veneur B. de Stein a Mayence pour contribuer a y former un congres de l'union Germanique, et de faire diriger par celui-ci les operations de cette assemblée. Stein m'avoit prié, si sa mission auroit lieu, et si je restois avec S. M. dans la connexion dans laquelle il Lui a plu de me tenir jusqu'apresent regardant les affaires de l'empire, d'adjoindre un Secretaire de Legation, qui seroit a mes gages, a cette mission; cet homme devoit me faire les rapports et etre assez versé dans les affaires, et surtout dans le droit Public de l'Allemagne pour pouvoir dire son Sentiment a l'envoyé sur des cas de legislation, si celui-ci le demande. La grande disette d'hommes de ce genre dans laquelle je me trouve, a fait tomber mon choix sur Bischoff qui s'est appliqué autrefois au droit public et qui sous la direction de Votre Exellence a eu une exellente occasion de se former aux grandes affaires. Si le Roy suit encore son plan, et qu'il envoie Stein a Mayence, j'oserois Vous demander, Monsieur, Votre Secretaire, mais comme jusqu'apresent le Roy n'a point encore expedié les ordres necessaires pour cette mission, et que les affaires de l'union dorment un peu — a ce qu'il paroit a Berlin, je ne puis point encore faire usage de Votre aimable complaisance.

Permettez-moi, Monsieur le Comte, de profiter de cette occasion pour Vous detailler l'idée de ce congres de l'union, etant persuadé que ci ce projet a lieu, que ce sera un grand pas de gagné a affermir notre constitution, et pour la rendre meilleure; ne doutant nullement que S. A S. M. le Duc de Brunsvick prendra une part active aux soins de delivrer notre patrie du joug de l'indolence et de l'injustice. Vous n'ignorez pas que par la lenteur a laquelle la diete de Ratisbonne s'est accoutumée, tout le bien qu'on voudroit faire en Allemagne, est empeché, et que les mal intentionnés profitent de cette stagnation pour operer a la sourdine la reussite de tours leurs mauvais projets. L'Archi-Chancelier d'apresent, et son Coadjuteur etant les Princes les plus actifs que l'Allemagne ait jamais eus, ceuxci ont desiré que les etats Germaniques qui se sont confederés pour le soutien de leur existence, se rassemblent a Mayence par des Ministres integres, et qu'ils preparassent et s'unissent la aux propositions qu'on voudroit faire passer a la diette. L'on y travailleroit a ameliorer le Code de nos lois, a arranger les visitations des tribunaux de l'empire, l'on s'y prepareroit a repondre a des propositions qui pourroient nous venir de la Cour Imperiale, l'on y veilleroit a s'opposer a des usurpations, et l'on s'uniroit a remover[1]) toute espece de zizannie qui

1) Ein Wort, welches recht schlagend zeigt, mit welcher Abart von Französisch wir es hier, auch bei den geistreichsten Männern zu thun haben. Es ist das Französisch der Höfe und des mündlichen Verkehrs, wobei das echte Französisch durch neue, in ihrer Art merkwürdige fremde Bildungen, wenn man will, verunstaltet oder ergänzt, überhaupt mundgerecht gemacht wird.

partageoit parfois l'Empire entre soi même. Ces travaux preparatoires serviroient a faire marcher en avant les operations de la diette generale parce que, des qu'une proposition seroit portée a Ratisbonne, elle trouveroit les esprits preparés a la recevoir ou a la refuser; le congres pourroit même s'occuper de negocier avec les autres Princes de l'Allemagne qui n'appartiennent point a l'union, pour gagner leurs voix pour telle ou autre chose que l'on voudroit faire reussir a la diette. Toute distinction d'Electeur ou de simple Prince de l'Empire seroit annulé a ce Congres, et un chaqu'un des membres de l'union y donneroit sa voix comme l'autre.

Vous voudrez bien me pardonner Monsieur que je Vous ai ennuýé si longtems du récit d'un projet qui peut-etre ne sera qu'un chateau en Espagne, mais je l'ai cru assez interessant, en cas qu'il reussisse, pour Vous en prevenir, et pour le soumettre a Votre jugement.

C'est avec une estime trés distinguée que j'ai l'honneur d'etre

Monsieur le Comte

De Votre Exellence

le trés devoué serviteur

Charles Auguste. Duc.

Quartier Genrl. d'Overtoon

ce 2 Nov. 1787.

---

6. Schreiben Carl Augusts an den König vom 12. Januar 1788 nebst dem Rapport von Stein vom 13. Januar 1788.

Au Roy.

Mayence ce 12 Janv. 1788.

Sire

Le Grand Veneur Baron de Stein rapportant très humblement à Votre Majesté, en date du 13 Jan. l'etat des affaires de ce pays ci avec toute la verité et précision imaginables, et mettant sous ses yeux les memoires que j'ai cru devoir presenter à l'Electeur, Je n'arreterai pas Votre Majesté à lui répéter le Detail de nos negociations: Je m'en rapporte tout à fait au Rapport du Baron de Stein, et je puis assurer Votre Majesté, que c'est avec la plus grande justesse qu'il lui expose le veritable sens des projets conçus et qui tendent à donner l'activité au congrès de Mayence. Votre Majesté daigne se souvenir gracieusement, qu'Elle approuva toujours l'idée de ce congrès, et qu'Elle crut necessaire que tous les Princes de l'Union prissent une part active aux matières que l'Electeur de Mayence proposoit et qui tendoient à ameliorer la partie legislative de la Constitution germanique. Elle s'appercevra par le rapport du Baron de Stein que l'Archichancelier entre tout à fait dans Vos vues, Sire, qu'il desire qu'on mette la main a l'œuvre et qu'il a conçu pour cela le projet d'une circulaire adressée aux Princes unis, par laquelle il les invite de s'assembler chez lui et de chercher pour cet effet les moyens les plus convenables et les plus simples: il desire que cela se fasse avec le moins de publicité possible et sans donner de l'ombrage au parti contraire, il craint et tâche de faire sentir qu'un grand concours de deputés mettroit des empêchements insurmontables à l'activité du congrès, et que, s'il plaisoit à chaque Prince d'envoyer un Ministre

particulier ici, l'assemblée en prendroit un air d'une pseudo-diète, eclat qu'il faut certainement tacher d'éviter; il propose des mesures très convenables pour cet effet, en conseillant aux Princes, ou de charger de leurs voix les Ministres des 3 Cours Elector. deja residant ici, ou de traiter avec lui même par ecrit les affaires qui leur pourroient être proposées. Selon mon très humble avis il seroit à désirer que les Princes adoptassent le premier parti: mais il faudroit 1 rement, que tant le Ministre de V. M. que celui d'Hanovre et de l'Electeur de Saxe fussent autorisés par leurs Cours d'oser se charger des commissions du reste des Princes de l'Union; je serois un des premiers à en profiter, je prierois le Baron de Stein de remplir la place de mon deputé; Mecklenbourg Anspac Anhalt suivroient sans doute mon exemple, le duc de Gotha et de Brunsvic chargeront apparemment le Ministre d'Hanovre de leurs voix, Cassel et Bade prendroient peut-être la voie de la correspondance. Esperant que Votre Majesté daignera accorder son approbation à ce que je viens de lui exposer très humblement, j'ose esperer qu'elle autorisera le Baron de Stein d'accepter les commissions dont plusieurs princes desireront peut être le charger. Je me flatte que Sa majesté britannique en fera autant en égard de Mr. de Steinberg, j'en ai fourni l'occasion en remettant à celui ci le memoire ci-joint que je l'ai prié d'envoyer à sa cour.

Votre Majesté daignera voir dans le memoire que j'ai remis à l'Electeur en date du . . Decbr. 88. que je proposois une mesure à prendre au cas qu'un état de l'empire se sentît opprimé, elle consistoit dans la notice que l'Archichancelier donneroit à tous les membres de l'Union de cette atteinte portée à la liberté germanique et qui devroit effectuer des plaintes de chaque etat uni en particulier aupres de l'Empereur, puis à la diette de l'empire, et enfin aupres des garants de la paix de Teschen et de Westphalie: l'omission de cette mesure très constitutionelle a donné jusqu'à present à l'Union un air d'inactivité et de passivité qui lui a été certainement nuisible dans les yeux des Princes qui n'appartiennent point à l'Union; l'on a laissé passer infructueusement les belles occasions, où l'Autriche recemment faisoit des propositions insidieuses au Duc des deux, ponts, où elle opprimoit Passau et chicanoit Constance, l'Empereur en auroit usé avec plus de circonspection, et menageroit certainement plus les droits de l'empire si l'on avoit profité de ces entrefaits en criant à haute voix à l'injustice.

L'Electeur dans sa reponse du 31 décbr. passe, je ne sais pourquoi, tout à fait sous silence la proposition que je lui avois faite la dessus; mais comme je suis persuadé que cette idée est trop importante pour qu'on puisse l'oublier totalement, j'ose la lui rappeler dans le memoire ci joint daté du 15 janvier et que je compte lui remettre au premier jour; j'espere l'animer même par la peur qu'il ne souffre point que ses subalternes tirent en longueur le travail qu'il leur doit imposer, mais qu'il les occupe serieusement à rassembler tous les materiaux necessaires aux propositions qui doivent être debattues au Congrès de l'Union.

J'ose assurer en même tems à V. M. que le Coadjuteur marque pour la bonne cause un zèle, une activité et une perspicacité incomparables et qui le rend certainement digne de la haute idée que V. M. s'était faite de sa probité et de son patriotisme et de la confiance qu'elle lui avoit accordée. J'ai l'ambition, Sire, de remplir autant que je puis les intentions magnanimes et justes de V. M., heureux

si j'obtiens son suffrage, qu'Elle m'accorde la continuation de ses bontés et qu'Elle daigne me croire avec le profond respect etc.

Rapport de Mr. de Stein
d. d. 13. Janv. 1788.

Sire,

J'ai eu l'honneur de rendre compte à V. M. dans mes rapports n. 2 & 3 de la Situation présente des affaires relativement à l'Union; et j'ai mandé que MSgr. le Duc de Weimar avoit remis une note à S. A. E. après que ce Prince Lui avoit fait communiquer une ponctuation des principaux articles qui devoient être traités successivement pour bien remplir le but qu'on s'étoit proposé en concluant le Traité de l'Union Germanique.

Comme cette ponctuation renfermoit sûrement la majeure partie des objets essentiels, il parut qu'il ne seroit donc plus question que de la manière dont ils devroient être traités dans la suite, quel ordre on suivroit, et comment la chose en elle-même devoit être mise en proposition et délibération, pour remplir également bien tous les différens points de vue sous lesquels cette importante matière doit être envisagée.

Je joins très humblement la Susdite Note I que S. A. S. Msgr. le Duc fit remettre ainsi que la réponse de l'Electeur dans la contre-note II et j'ajoute t. h. les observations suivantes.

Monseigr conseilla

1° de séparer tellement les objets qu'en partie ils fussent quasi publiquement traités en concurrence avec tous les Princes Membres de l'Union;

2° que d'autres occupent les cabinets tout seuls;

3° qu'encore d'autres soient entièrement remis à la recherche des Savans Publicistes que les Ministères respectifs voudroient en charger, particulièrement pour éclairer avant toute chose l'opinion du public, et pour mettre en évidence les raisons et les droits à citer pour & contre les privilèges l'état de possession et les prétensions de la Maison d'Autriche.

Msgr. le Duc étoit d'avis de porter d'abord à la diète une proposition generale de la necessité de prendre connoissance de l'etat, de la justice et de la legislation dans l'Empire, et de faire nommer, pour s'en occuper, des deputations à la diète selon les formes ordinaires.

Il vouloit qu'on expediât en même tems aux Cours des Princes Unis (non-electeurs) une lettre circulaire qui les engageât de prendre part aux deliberations préparatoires, soit en envoyant ici des ministres, soit par la voye de la correspondance, ou en chargeant de leurs pleinpouvoirs l'un ou l'autre des Ministres déjà accredités auprès S. A. E. de Mayence.

Msgr. le duc n'avoit d'autre but en faisant cette dernière proposition que de réunir d'abord les suffrages de toutes les Cours unies pour l'ouvrage qu'on se propose. D'ailleurs il pensoit que l'ouvrage même n'en vaudroit que mieux si on connoissoit à fond les griefs et les besoins d'un plus grand nombre d'Etats bien-intentionnés; que le

travail seroit d'autant mieux adapté à la Situation generale des choses, & qu'il plairoit plutôt si chacun pouvoit se flatter d'y avoir participé.

S. A. E. sentit ces raisons; V. M. verra par la pièce cottée sous le Nro 4 qu'il agréa l'idée d'une Circulaire. Mais elle repugnoit par contre à une proposition generale dans la diète qui pourroit exciter de la defiance contre un plan dont les details ne sauroient être publiés; une proposition particulière pour prendre en consideration l'etat de la justice et le système des visitations, lui paroissoit moins dangereuse qu'inutile puisque cette matière, déjà proposée, n'a besoin pour qu'on y procède que des Instructions dont chaque Etat devra charger Son Ministre à Ratisbonne. En general, persuadé de la necessité d'un accord dans l'Union Germanique, si ce bel ouvrage ne doit pas rester absolument sans effet, et s'ecrouler bientôt de soi-même par une suite inevitable de cela, S. A. en même tems l'est aussi de la convenance d'éviter tout ce qui lui donneroit l'air de vouloir former un troisième parti dans l'Empire tandis que la division connue des partis de la Religion n'avoit deja fait que trop de mal aux affaires.

Bien que S. A. E. fût d'accord avec nous d'ecrire une lettre circulaire aux Princes Unis, & qu'elle fût même d'abord projetée dans la forme ci-jointe sous Nro 5 l'Electeur n'eut voulu faire aucun pas sans l'avis des trois cours Electorales, lesquelles comme premières Paciscentes doivent être considerées comme les Augustes Fondateurs du Système de l'Union. Elle m'a chargé, par conséquence, de mettre cette pièce sous les yeux de V. M. comme on la fait parvenir en même tems au Roi d'Angleterre; l'Electeur desire avec empressement d'apprendre au plutôt si dans cette affaire les Sentimens de V. M. s'accordent avec les Siens. Après cela ce Prince me chargea très expressément de Vous prier, Sire, en son Nom de vouloir bien faire parvenir cette pièce à la Cour de Dresde par le Comte de Gessler, en le chargeant d'effectuer par Ses négociations

a. que l'Electeur envisageât la chose sous le même point de vue que V. M.

b. qu'il pressât que la réponse fut une partie essentielle de l'Instruction du Ministre de Saxe qu'on attend incessament ici, sans qu'on sache cependant encore quand il arrivera.

Comme il n'existe jusqu'ici ni ministre ni chiffre ni correspondance entre ces deux Cours, il a paru que le moyen le seul capable d'effectuer une prompte et decisive réponse de la Saxe, seroit celui que l'Electeur propose et dont il soumet la decision à la Sagesse de V. M.

Apostille.

Au reste je ne saurois omettre de marquer à V. M. combien la présence de M. d'Edelsheim m'a fait sentir l'extrème nécessité de menager soigneusement les apparences du côté des Princes, afin de ne leur laisser aucun soupçon comme si les Cours Electorales vouloient usurper sur eux la puissance legislative. Cette idée seule suffiroit pour éteindre le vrai esprit de l'Union en y semant la défiance et des mécontentemens.

De l'autre côté l'arrivée d'un plus grand nombre d'Envoyés des Princes ne feroit que rendre les delibérations plus embarrassées; en

même tems que l'idée d'une contre-diète fourniroit des couleurs aux mal-intentionnés pour jeter un faux jour sur les procédés de l'Union.

Pour parer à la fois l'un et l'autre inconvénient, je soumets ici à la Sagesse de V. M. la marche que le Coadjuteur et nous de concert estimons la plus convenable.

1. Il est essentiel que la Circulaire, qui ne contient que des generalités, fixe les idées sur un objet particulier dont on s'occuperoit d'abord. Cet objet ne peut être que la réforme de la justice et notamment l'article des visitations des Tribunaux de l'empire. Il est à craindre sans cela que l'apparence d'un ensemble, couvert des voiles du mystère, n'effarouche les gens soupçonneux et timides, et que leur défiance n'influe surtout le sort de l'operation. V. M. préviendroit cela en marquant dans sa réponse à la Circulaire «qu'Elle trouve convenable d'exprimer d'une manière plus determinée le premier objet dont on alloit s'occuper.»

2. Il seroit à desirer que V. M., ainsi qu'on en priera aussi la Cour de Hanovre, daignât suggérer à ceux des Princes avec lesquels Ses relations sont le plus intimes, qu'Elle croit essentiel d'un côté, que rien ne se fasse autrement que d'un avis et consentement commun des membres de l'Union; *de* l'autre côté qu'on evite avec soin tout ce qui donneroit l'apparence d'une assemblée de parti au plan des operations et à la manière de traiter les affaires; — mais que le tout sera concilié dès que les Princes voudront bien commencer d'envoyer à l'Electeur de M., Archichancelier et un des premiers membres de l'Union, en réponse à la Circulaire, leur avis, par forme de mémoire, sur l'Article enoncé dans la Circulaire comme devant être le sujet immediat des discussions; que l'Electeur, en replique, leur communiquera, de même qu'aux Electeurs Unis, Ses propres idées sur le même Sujet, et qu'on n'en viendra à une conclusion que d'après la manière dont ces idées combinées auront été reçues de la généralité des Princes associés: qu'on suivra la même marche avec d'autres articles à mesure qu'on se déterminera à s'en occuper; que V. M. et S. M. B. trouvent cette marche le plus adaptée à l'esprit de l'Union et aussi le plus propre à eviter soigneusement toute l'apparence d'une contrediète; qu'Elle-même l'a agréée, et qu'elle seroit charmée qu'on l'approuvât generalement. Le duc de Weimar et le Coadjuteur sont de ce sentiment que j'ai l'honneur de rapporter à V. M.

Car ainsi on connaîtra tout; les idées de personne ne seront heurtées de front; comme on verra les besoins de chacun, on trouvera quelque remède pour chaque playe et la première fois que les Princes verront le plan concerté sur chaque article ici, ils auront la satisfaction d'y trouver, chacun, quelque chose qui lui convienne particulièrement, quelque idée ou tournure dont il puisse s'attribuer l'honneur. Par ce moyen l'on parviendra le mieux à une conclusion unanime, bien combinée et aussi prompte qu'une constitution fédérative puisse le permettre.

7. Rescript, datirt Berlin 2. Fevrier 1788.

Copie.

Vous aurez reçu le Rescript qui Vous a été adressé en date du 28 Janvier en reponse préalable à vos rapports du 13. J'ai reçu depuis sous votre couvert la Correspondance que le Duc de Saxe Weimar a eue avec l'Electeur de Maïence avec les pièces annexes, et j'ai vu par leur Contenu que le Duc a proposé de tenir à Mayence une Sorte de Congrès entre les ministres de tous les Princes unis, ou que du moins l'Electeur de Mayence invite tous ces Princes par une lettre circulaire à envoyer leurs Instructions et plein pouvoirs aux Ministres des trois Electeurs unis, qui résident deja à Maïence pour deliberer et se concerter avec l'Electeur de ce nom et sous ses auspices sur les affaires de l'Union et de l'Empire.

J'ai vu ensuite par la réponse de l'Electeur de Maïence que ce Prince a trouvé de l'inconvenient à la Tenue d'un Congrès general des Princes Unis, parce qu'il ne laisseroit pas de causer une sensation préjudiciable auprès de la Cour de Vienne et d'autres Princes non unis; qu'il s'est à la vérité montré disposé à expedier la Lettre circulaire aux Princes unis, mais qu'il a cependant cru devoir demander auparavant la-dessus l'avis de trois Electeurs; Je sais aussi qu'il l'a fait faire par le Baron de Steinberg à Hannovre. Comme l'Electeur Vous a chargé de demander mon sentiment, Vous n'avez qu'à Lui dire, que j'accède parfaitement et en tout à l'avis très fondé et éclairé qu'il a porté sur tout ce que le Duc de Saxe Weimar a proposé. Il faut sans doute rendre toute la justice qui est due au patriotisme, à l'activité, aux lumières et connaissances extraordinaires et à la sagacité, que le Duc de Saxe Weimar a manifestées dans cette occasion.

On doit reconnaître aussi que ce digne Prince a très bien saisi avec l'Electeur de Maïence les principaux objets, qui doivent occuper notre Conféderation patriotique, et qu'il a raison d'exiger que tout se fasse non seulement par les quatre Electeurs unis, mais aussi par un commun concert et sous la concurrence de tous les Princes unis, qu'il ne faut pas différer plus longtems de mettre la main à l'œuvre, et qu'il convient plutôt de commencer bientôt à préparer les matériaux à Maïence sous les auspices du premier Electeur et Archichancelier de l'Empire, qui a les lumières, la volonté et le patriotisme necessaires, pour entreprendre et pour achever un si grand ouvrage, qui peut et doit immortaliser son nom, et faire le bonheur de tout le Corps fédératif de l'Empire: mais il paraît d'un autre côté, que le Congrès ou l'assemblée des ministres des Princes unis à Maïence produiroit l'effet contraire au but, d'alarmer la Cour de Vienne et tous les Etats non unis, et de leur fournir des pretextes specieux de se plaindre que les Princes unis vouloient faire une scission illegale, former une Diette particulière et non constitutionelle, et donner la loi aux Etats de l'Empire, qui ne sont pas dans la Confédération! La même objection pourroit être faite à une lettre circulaire, que l'Electeur de Maïence écriroit aux Princes unis, pour les inviter à cooperer au grand but de l'union, en confiant leurs plein-pouvoirs et leurs instructions aux Ministres des trois Electeurs unis, qui sont assemblés à Maïence. Une pareille lettre circulaire ne resteroit pas longtems secrète, et produiroit le même effet défavorable que la tenue d'un

Congrès public; mais je crois que le but proposé par le Duc de Weimar pourroit être egalement obtenu, si ce Prince ou chaque Electeur proposoit par des correspondances secrètes à chaque Prince uni avec lequel il est particulièrement lié, de confier son pleinpouvoir et ses instructions à un des ministres Electoraux, qui sont assemblés à Maïence pour deliberer et se concerter avec l'Electeur de Maïence et les autres ministres electoraux sur tous les objets dont l'Union veut s'occuper. Par ce moyen chaque Prince uni pourroit apprendre tout ce qui se passe à Maïence, y avoir une Correspondance suivie, cooperer au but commun par ses avis, et concourir ainsi effectivement par son représentant à toutes les transactions qui se feroient à Mayence.

Je consens volontiers que Vous vous chargiez de la Commission du Duc de Weimar; Les Marggraves de Bade et Anspach et les princes d'Anhalt en feront peut-être autant; Je tâcherai aussi d'y engager le Duc de Mecklenbourg, les ducs de Bronsvic et de Gotha donneront apparement leurs Commissions au Ministre d'Hanovre. Il dependra aussi de chaque Prince de tenir son Ministre particulier à Maïence.

Quant aux objets, sur lesquels on devroit deliberer et se concerter à Maïence, j'applaudis parfaitement au choix de tous ceux que l'Electeur de Maïence et le Duc de Weimar ont proposés, et dès que l'on me communiquera le projet de ce qu'on y aura fait et travaillé, Je ne manquerai pas de donner mon avis la-dessus et de cooperer patriotiquement à tout ce qui sera trouvé bon et salutaire pour le but commun; mais je crois qu'il ne faut pas sitôt songer aux privilèges de la Maison d'Autriche, parce qu'ils ne font qu'un objet mineur et éloigné, et revolteroient trop la Cour de Vienne. Par la même raison il conviendroit aussi d'agir avec retenue et circonspection à l'égard de la visitation du Conseil aulique et de l'arrangement d'une nouvelle Capitulation, que le College Electoral s'est reservé toujours privativement, quoiqu'on puisse ecouter les observations des autres Princes.

Quant à la marche et à la methode de traiter ces affaires, je crois qu'on ne peut et ne doit rien faire à Maïence que d'y préparer les materiaux de la Legislation pour les porter par l'Electeur de Maïence à la Diette de l'Empire en qualité de son Directeur, et que les Electeurs et Princes unis se concertent et se réunissent à Maïence sur des Suffrages uniformes à donner dans les Collèges de la Diette, afin de s'y assurer la pluralité. Je ne crois pas qu'il sera necessaire de refondre le Traité de l'Union, puisqu'il contient à mon avis tous les points essentiels, et qu'un changement pourroit trouver des difficultés. Comme la Conservation de l'integrité de la Bavière fait le principal objet de l'Union et qu'on ne peut pas prévoir d'avance ce que la Cour de Vienne fera à cet égard, l'union ne pourra aussi rien arranger d'avance la-dessus, et il faudra se borner à veiller à ce qui se passe, et à se communiquer confidentiellement ce que chaque membre de l'Union apprend la-dessus, pour prendre les mesures convenables et nécessaires selon les occurrences et l'exigeance des cas. Je ne crois pas que les Princes unis outre les trois Electeurs voudront s'expliquer et s'engager à Maïence à un secours fixe et determiné pour empêcher le démembrement de la Bavière, mais il seroit pourtant à souhaiter qu'ils veuillent y songer avec l'Electeur de Maïence et concerter des mesures vigoureuses que chacun aura à

prendre chez lui et interieurement pour cooperer d'une manière efficace à la defense commune en cas de besoin.

Il s'entend que toutes ces Deliberations et Transactions doivent se faire à Maïence et à chaque Cour avec le plus grand secret pour qu'il n'en transpire rien, et pour qu'on evite autant que possible toute cause de jalousie, d'ombrage et de plainte.

Ce sont la mes sentimens préliminaires, que Vous communiquerez tant à l'Electeur et au Coadjuteur de Maïence, qu'au Duc de Weimar et au Ministre d'Hanovre: Vous trouverez ci-joint une Lettre immediate de Moi au Duc de Weimar. Mon ministre envoie cette dépêche par estafette à Weimar et requiert le Ministère du Duc de Vous la faire parvenir d'une manière sûre. Je ferai communiquer le tout à la Cour de Dresde ou par le Comte de Gessler, ou par le Comte de Zinzendorff et ferai presser le depart du Ministre Saxon pour Maïence.

Berlin le 2 Fevrier 1788.

---

8. Extract eines Schreibens Sr. Hochfürstl. Durchlaucht des regierenden Herrn Herzogs von Sachsen-Weimar an den p. Stein d. d. Darmstadt vom 9ten Febr. 1788.

Das letzte Rescript enthielt viel Schönes und ein neues remedium gegen den Congreß. Da ich mich entsetzlich scheue, Widerreden aufzustellen, welche alle die Sache aufhalten, so ist meine Meinung, folgenden Gebrauch des Herzbergiani zu machen: Frh. v. Steinberg berichte schleunig Preußens Meinung an seinen Hof, trage darauf an, daß derselbe mit den andern Unirten [1]) correspondire, die an ihm halten und ihnen rathe sobald als möglich ihre Vota in Geheim an die in Maynz residirenden Gesandten zu geben, Preußen thue ein gleiches. Das letztere werde ich Graf von Herzberg rathen: man mag hernach machen was man wolle: oder soviel Mittel als möglich erfinden, die die Sache arschlings gehen machen. Sagen Sie doch dem Coadjutor, daß ich ihm völlig alle Complimente des Rescripts für mich abtrete, da ich sie auf seine Kosten erhalten habe; ich fühle mich deren ganz unwürdig, da sie doch bloß dienen sollen, um mich einzubalsamiren pp.

C. A. Hzg.

1) Einige Worte sind hier Conjectur, da der uns mitgetheilten Abschrift eine nicht ganz richtig aufgelöste Chiffre zu Grunde lag.

---

9. Extract eines Schreibens Sr. Herzogl. Durchlaucht von Sachsen-Weimar etc. etc. d. d. Darmstadt d. 9. Febr. 1788.

Der Marggraf ist nicht im Willen, die Lage mag so kritisch und für seine Länder so gefährlich seyn als sie will, stille zu sitzen, er glaubt durch den Beytritt Würtemberg und einer daraus entstehenden Verbindung Schwabens, des Ober- und Nieder-Rheins einen defensions Plan zu Stande zu

bringen, welchen selbst Frankreich, wenn es dem Kaiser wegen Bayern beystehen sollte, in Respect halten sollte. Der Willen Würtenbergs zum Beytritt scheint deswegen ernstlich zu seyn, weil der Herzog durch den Obristen von Wolfskel an den Marggraf darüber Anträge hat thun lassen. Ich habe den Marggraf sehr angelegen, einen Plan über eine solche defension gegen Frankreich und Oesterreich zu fertigen, und ihn mir anzuvertrauen; es ist gewiß, daß wenn dieser Theil des Reichs fest aneinander hielte, er viel machen kann, und daß die Fürsten derselben immer in denen Gedanken zu bestärken sind, einstweilig mit Hannover und England für sich Vertheidigungs-Plane zu entwerfen, die dann Preußen vorgelegt könnten werden und ihm die Mühe ersparten dergleichen Dinge zu machen, und seine Projecte zu blos zu geben: ich dachte durch den Marggraf Würtenberg zur Sprache bringen zu lassen, es, wenn es ihm wirklich Ernst ist, durch Baden beytreten zu machen, und es durch den Marggraf dirigiren und wirksam machen zu lassen. Mögen sich doch jene Fürsten untereinander so fest verbinden als sie können, und immer den Gedanken nähren, sich von einander unterdrücken zu lassen; uns schadet es nicht sondern kann eher nützlich seyn. Möge doch der Marggraf, wenn er einen guten Plan geliefert, ihn einmal nach England tragen, und durch dieses diejenige thätige Beyhülfe zu Stande bringen, die von Seiten jenes Theils von Deutschland, und von Hannover noch immer ein Räthsel war.

Viel könnte ich Ihnen hierüber sagen; ich halte es für Pflicht, diesen Eifer nicht ungenützt vorbeystreichen zu lassen, sondern ihn anzufeuern, und ihn wo möglich die Richtung zu geben, die ich meiner Meynung nach, nützlich glaube. Der Passus in den letzten Rescript wo der König wünscht, daß die Fürsten im sogenannten Reiche sich insgeheim mit der defension ihres Zirkels, abgeben möchten, ist wahrhaftig trefflich geschehen und erspart die Arbeit nach dem Wunsche des Churfürsten von M. einen defensions-Plan mit Preußen zu Stande zu bringen, und diesen ihm wenn man nichts damit zu thun haben will, es immer ohnbeleidigt geschickt abzuschlagen.

---

10. Schreiben Carl Augusts an Bischoffwerder. Weimar, den 17. Febr. 1788.

An Hrn. Obristen von Bischoffwerder
zu Berlin.

Weimar, den 17. Februar 1788.

Wohlgeborner,
Sehr werthgeschätzter Herr Obrister,

Aus Ihrem vom 3. Februar datirten Schreiben habe ich mit angenehmer Verwunderung ersehen, daß sowohl Se. Majestät als auch der Herr Herzog von Braunschweig und Sie mein werthester Freund mein holländisches memoire der Durchlesung und einiges Beifalls gewürdigt haben: indeßen scheint es doch, daß Sie die Ausführung desselben für unthunlich halten, weil nicht der geringste Schritt nach meinen aufgestellten Grundsätzen geschehen ist. Der Auftrag des Generals von Münster einzelne Truppen in Deutschland in holländischen Sold zu nehmen, das Stillschweigen des Herzogs von Braunschweig auf Vier meiner Briefe läßt mich deutlich einsehen, daß Sie nur aus Höflichkeit mir nicht sagen wollen, wie untauglich man meine Vorschläge gefunden hat; indeßen hätt' ich doch gewünscht, daß einer

von Ihnen mich belehrt hätte in was für Stücken ich mich irrte, ich laße mich gern belehren.

So gerne ich dem Könige meine persönliche Aufwartung in Berlin machte und so herzlich ich wünschte, mich mit Ihnen, werther Freund vertraulich zu besprechen, so dringend muß ich aber auch bitten, mich mit jedem Rufe nach Berlin oder nach Potsdam zu verschonen, wenn nicht die äußerste Nothwendigkeit es verlangt. Mein neues Handwerk, das Regiment und meine Nahrungsgeschäfte verlangen eine stete ununterbrochene Anstrengung, eine anhaltende Anwesenheit hier und in Aschersleben; nur bis nach der Magdeburger Revue bitte ich alle Reisen von mir abzuhalten. Sie erzeigen mir eine wahre Freundschaft durch Erfüllung meines Wunsches. Der Graf von Herzberg schrieb mir neulich, daß der Allianz-Tractat zwischen Preußen und den vereinigten Niederlanden vollzogen sey. Ich bin äußerst neugierig diese merkwürdige Handlung näher beurtheilen zu können. Sie würden mich dazu verhelfen, wenn Sie mir eine Abschrift dieses Tractats zukommen ließen: diese Schrift würde mich vielleicht mathematisch überführen, daß ein wahrer Nutzen für Preußen aus dieser Allianz entsprösse, woran ich bis jetzt politischer Weise die größten Ursachen zu zweifeln habe. Wahrscheinlich wird dieser holländischen Verbindung eine englische nachfolgen, die Anlage und Umstände lassen mir dieses gewiß vermuthen: und die Folgen davon wären dann wohl für Preußen dieselben, wie die, der treuen Nachgiebigkeit Josephs II. gegen Catharina. Wir werden dann wohl diejenige weit ausgebreiteste politische Thätigkeit an unserer Stirne tragen, welche der Graf von Herzberg als das wahre Kennzeichen einer Macht der ersten Größe angiebt, welches aber andere weniger weitaussehende Männer für gefährlich und der Ruhe und Dichtigkeit Europens für nachtheilig halten.

Zur Wiedergenesung Ihrer Fräulein Tochter wünsch ich Glück mit aufrichtigen Herzen, möge Ihnen das Schicksal jedes Hauskreuz ersparen.

Sollte dasjenige Pferd des Obristen von Dolfs vielleicht eine braune englische Stute seyn, die ich vorigen Herbst ritt, so muß ich bekennen, daß sie mir sehr schwach im Hintertheil und wankend in den hintern Knien vorkam, irre ich mich und Sie sprechen das Pferd für gut und nützlich zu meinem Gebrauche an, so erkaufen Sie es für 60 Std. Fridrichsd'or und schicken mir selbiges nach Aschersleben. Antworten Sie mir doch ja bald. Sollte es Ihnen etwa möglich seyn auf ein paar Tage nach Leipzig auf die Ostermesse zu kommen, so stehe ich gänzlich zu Diensten, mich dahin zu begeben. Schreiben Sie mir nur Tag u. Ort oder schlagen Sie mir es ganz ab.

Ich verharre mit ausgezeichneter Werthschätzung

C. A.

N S.

Addressiren Sie Ihre Antwort und alle künftigen Briefe, die von einigem Belange sind, an die Kön. Preußische Post zu Aschersleben, welche mir dann diese ohne Berührung einer fremden Post zukommen lassen wird.

---

11. Schreiben Carl Augusts an den König vom 17. Februar 1788.

Au Roi.

Weimar ce 17 Fevr. 1788.

Sire!

C'est avec la plus profonde vénération que je reçus les deux lettres en date du 30 janvier, dont Votre Majesté a daigné m'honorer

avec l'incluse pour le Duc des Deux Ponts et le Baron de Hompesch. Je n'ai pas manqué de remettre celles-ci à Mr. de Stein, qui en fera l'usage necessaire. J'ose joindre ici deux notes que le Marggrave de Bade m'a remises pour Votre Majesté. Celle qui parle de l'accession du Duc de Wurtemberg à l'union germanique m'a paru interessante par l'usage qu'on pourroit en faire. Si ce Duc pense serieusement à s'unir avec nous et que ce fût par la voix du Marggrave de Bade que nous fassions cette acquisition il seroit facile et à desirer que ce dernier dirigeât les actions du premier. Il en pourroit resulter une etroite liaison des membres du cercle de Souabe entre eux, surtout si le Coadjuteur de Mayence devînt un jour prince de Constance. Cette union particulière qui rassembleroit des forces pas peu interessantes, la Souabe pouvant fournir au delà de trente mille combattans, pourroit les joindre à celles du haut et Bas-Rhin, et tout cela ensemble renforcé par de la Cavalerie et Artillerie Angloise Hannovrienne et Hessoisse composeroit un corps formidable adapté à la défense des Pays du Rhin contre la France; l'on pourroit encore se servir de ces troupes pour prendre la Bavière en flanc, si la France n'assistoit point l'Empereur dans ce projet, et qu'on n'eût pas besoin de se garantir contre les François. Le Marggrave de Bade qui entre tres fort dans ce projet ne compte nullement se laisser intimider par son puissant voisin, il travaille au contraire à un plan de défense fondé sur les principes — ci mentionnés; je l'ai encouragé d'achever cet ouvrage et de me le communiquer pour le presenter à Votre Majesté. J'attends vos ordres, Sire, concernant l'objet de l'accession du Duc de Wurtemberg, et d'être instruit s'il plait à Votre Majesté de charger le Marggrave de Bade du soin de sonder le Duc sur ses véritables sentimens et approfondir jusqu'à quel point ce prince entreroit dans le plan d'une défense active.

Il me parait être necessaire de ne point abattre le courage de qui que ce soit en Allemagne et de ne point laisser endormir une activité dont on peut tirer quelque bon parti, surtout si l'on s'aperçoit de la velléité de quelque prince pour se défendre, non obstant la position dangereuse du local de leurs etats. C'est après demain que je compte me rendre à Aschersleben pour recevoir le regiment que les bontés de Votre Majesté m'ont confié. Vous présentant Sire mes très humbles actions de grace pour la nouvelle marque de la bienveillance de Votre Majesté qu'Elle m'a donnée en me nommant Chef du beau regiment de Rohr, J'ose lui demander la continuation de ses bonnes graces étant avec un très profond respect etc.

C. A.

---

12. Schreiben Friedrich Wilhelms an Carl August vom 28. Februar 1788.

Monsieur

et tres cher Cousin.

Je Vous ai beaucoup d'obligations des nouvelles que Vous me donnez, il seroit utile pour l'union que le Duc de Wurtemberg y entrât si son âge ne faisoit craindre que l'on ne pourroit compter pour longtems sur cette accession puisqu'il seroit difficile de s'assurer

de la voix de ses successeurs dont les sentiments pour l'Empereur sont assez connus ainsi que le peu de fermeté de leur caractère, je serois donc d'avis que le Margrave de Baden ne fasse les demarches auprès du Duc que Vous me proposez qu'après avoir du moins fait sonder ses frères, s'ils persisteroient dans le système que le Duc pourroit embrasser; d'ailleurs toute la chose ne seroit que precaire.

J'entends dire de tout côté que Groschlag intrigue beaucoup à Mayeuce par ses anciens adherans, il faut s'en defier et étre attentif qu'il ne nuise aux affaires, qui doivent se traiter et pour la réussite desquelles je m'interesse toujours vivement, mais j'espère aussi que l'Electeur n'agira toujours que comme Archi-Chancelier mais non comme chef de l'Union. —

Les inquietudes que l'on pouvoit avoir dans l'Empire d'une explosion prochaine de la vengeance de l'Empereur doivent s'apaiser d'elles mêmes par la nouvelle que ce Prince a déclaré formellement la guerre aux Turcs, je suis donc d'avis qu'au lieu de s'endormir il faut redoubler d'activité dans ce moment pour finir les choses et encourager les Princes unis de profiter de cette circonstance avantageuse pour consolider et affermir leur systeme.

Je charge le C. Bischoffswerder de Vous mettre au fait où j'en suis avec le Duc des deux Ponts.

Votre Altesse serenissime me fera plaisir de m'avertir de la suite de la négociation avec le D. de Wurtemberg. Peut-être que la crainte de la succession le portera à entrer dans l'union et sera peut être même un motif de porter ses frères. Je ne doute pas que Votre Altesse serenissime ne contribue par son zèle et l'application que je lui connais non seulement à maintenir son regiment dans le bon ordre où il se trouve, mais même à l'augmenter encore. Je ne cesserai, d'être

Monsieur
de Votre
Le bien affectionné Cousin
F. Guillaume.

28 Fev. 88.

Les chiens pour le P. Max des deux ponts partiront à la fin du mois prochain.

13. Schreiben von Bischoffwerder an Carl August. Berlin, den 29. Februar 1788.

Gnädigster Herr!

Wenn ich Ew. Herzogl. Durchl. am 3. Febr. unterthänigst versicherte, daß Dero holländisches Memoire den Beifall des Königs und des Reg. Hertzogs von Braunschweigs erhalten habe, so sprach ich aus Ueberzeugung. Da aber die innere Sicherheit von Holland schleunige Hilfsmittel erforderte, so mußte man wohl diese durch den Auftrag des Gen. d. Münster zu erhalten suchen und wird erst dann zur Ausführung eines allgemeinen Plans schreiten können, wann der Kurfürst von Maynz sich nach Maßgebung der unter heutigem Dato vom Könige an den Obersten von Stein ertheilten Instruction, wird erklärt haben.

Um den wahren Nutzen der Allianz mit Holland beurtheilen zu können,

sind meine Kenntnisse zu eingeschränkt, vielleicht aber kann das Resultat einer weitläuftigen Unterredung, welche hierüber mit dem Gr. von Hertzberg kürtzlich gehabt habe, dazu dienen, diesen Punkt in ein gehöriges Licht zu setzen.

Der Allianz-Tractat zwischen Preußen und Holland ist noch nicht völlig vollzogen und die Förmlichkeit der Unterschrift wird sich wegen der Weitläuftigkeit und des Consenses von 7 Provinzen noch ein paar Wochen verziehen, beide Theile aber sind über alle Punkte einig und sobald der Tractat geschlossen wird der Gr. v. Hertzberg solchen Ew. Herzogl. Durchl. gern mittheilen. Es kann wohl seyn, daß hierauf mit der Zeit eine Allianz zwischen Engelland und Preußen besonders und eine andere besondere zwischen Engelland und Holland entstehet, indem der Gr. v. Hertzberg verhindert, daß nach den Vorschlägen nicht eine Tripleallianz zwischen Engelland, Holland und Preußen geschlossen worden, weil sie eine Tripleallianz dagegen hervorgebracht haben würde, und daß man auch nicht an eine Quadrupel-Allianz zwischen Preußen, Engelland, Holland und Frankreich, welche einige kurzsichtige Holländer vorgeschlagen, weiter gedacht, da solche ein politisches Ungeheuer oder Sphinx sein würde. Er glaubt, daß der Nutzen der Allianz zwischen Preußen und Holland aus folgenden Gründen, wo nicht mathematisch, doch politisch sich kürzlich also demonstriren lasse.

1. Da Preußen die Garantie der orangisch. Stadthalterschaft und der ganzen Constitution der Republik in dem Tractat übernommen, so erhält diese Krone dadurch das Recht, daß sie durch ihren und des verwandten Hauses Oranien Einfluß die ganze Republik nach ihrem Interesse dirigiren und sie sowohl von Frankreich als Engelland unabhängig erhalten kann.

2. So lange die Republik von Frankreich dependirte, war Preußen und das Deutsche Reich zwischen Oesterreich und dem davon unterjochten Frankreich und Holland eingeschlossen und dependirte von der Willkür dieser 3 Mächte, Engelland wurde aber selbst dadurch von aller Connexion mit Deutschland und dem Continent abgeschnitten und konnte Niemand helfen. Durch die Befreyung und Allianz mit Holland und Preußen aber wird dieselbe der Mittel- und Vereinigungs-Punkt zwischen Engelland und Deutschland. Nun können Engelland und Holland mit ihrem Gelde Schiffen und Truppen Preußen und die Deutsche Union, wenn es nöthig unterstützen und die ganze rechte Flanke der Union, die sonst ganz blos, und selbst durch Frankreich, Oesterreich und Holland in der größten Gefahr war, decken. Es werden auch aller Wahrscheinlichkeit nach, die drei nordischen Mächte, über kurz oder lang, wenn sie ihr wahres Interesse einsehen, diesem wahren und echten nordischen System beitreten, wozu der König durch diese Allianz den Grund geleget. Es erhellet daraus, daß Er das Haupt davon seyn muß, wegen der natürlichen Lage seiner Länder im Mittel-Punkt, und weil er die alleinige große Landmacht darunter ist, an welche die anderen Mächte sich gern anschließen werden und müssen, und folglich ist es keine Chimäre, wie einige meinen, daß Preußen einst neben Oesterreich, Rußland, Frankreich und Engelland, den Rang einer ersten Puissance Europens behaupten könne; sie muß es bei ihrer minderen Macht durch die verdoppelte Anstrengung und Thätigkeit derselben thun; thut sie es nicht, so sinkt sie unter Dänemark und Schweden, oder wird gar vernichtet, weil jeder Nachbar ihr seine ihm abgenommene Vergrößerung wieder abnehmen würde.

3. Da das Haus Oesterreich durch seine Macht und Stellung, der einige furchtbare Feind des Gleichgewichts von Deutschland und Europa ist, so ist Preußen dagegen durch seine Stellung die einige Macht, welche das Gleichgewicht von Deutschland u. Europa erhalten kann, wenn die anderen Mächte, welche gleiches Interesse haben, sich demselben anschlüßen. Da nun

eine oder die andere Macht immer ihr Interesse kennen wird, so werden entweder Rußland oder Frankreich, die gleichviel von Oesterreich zu fürchten haben, oder wenn diese ihr Interesse vor jetzt nicht einsehen, Engelland, Holland und die deutschen Fürsten sich an Preußen anschlüßen, um das Gleichgewicht zu erhalten. Frankreich und Rußland werden mit der Zeit und wenn es zum Ernst kommt, ihr Interesse nicht ganz verkennen, und wenigstens nicht wider Preußen seyn.

Aus diesem Allen folgt, daß Preußen ein solches patriotisches und gemeinnütziges System erwählet und errichtet hat, wodurch es an der Spitze des Gleichgewichts stehet und ebendadurch allezeit entweder Engelland oder Rußland oder Frankreich zu Alliirten haben muß und daß die minderen Mächte von Deutschland und von Norden, wenn sie sich nach ihrem Interesse, an Preußen anschlüßen, nichts dabei risquiren. Preußen könnte dieses Gleichgewicht so gut mit Frankreich als mit Engelland halten, sowie es Friedrich II. von 1740—56, so lange Frankreich sein Interesse erkannte, gethan. Da aber Frankreich anjetzo bekanntermaßen durch die Oesterreichische Königin ganz unter dem Einfluß von Oesterreich stehet und dem Preuß. Hofe vielfältig deklariret, daß es von der Allianz mit Oesterreich nicht abgehen könne, noch wolle, so hat Preußen keine andere Wahl, sondern muß die Alliirte suchen und nehmen, wo sie zu finden. Es würde wieder alle menschliche Klugheit seyn immer ganz isolirt zu bleiben, und von der Willkühr und der Politik des mit Oesterreich verbundenen französ. Hofes abzuhängen, und sein Schicksal von dessen Politic zu erwarten. Daraus folgt aber noch nicht, daß Preußen mit seinen Freunden, Feinde von Frankreich seyn und an den Händeln zwischen Frankreich und Engelland Antheil nehmen müße.

Diese beiden Kronen können und werden es schon unter sich ausmachen und sie haben beide ein gemeinschaftliches Interesse für die Erhaltung von Preußen und des Fürstenbundes, Engelland aber wird gewiß keinen Landkrieg in Europa anfangen, wobei es zuviel risquiren würde, — wenn Frankreich ihn nicht anfängt.

4. In dem neuen Allianz-Tractat verspricht Preußen der Republik mit 10/m Mann, und ihm die Republik mit 6/m und im Nothfall mit mehrerer Macht beizustehen.

Dieses hat doch wohl den Nutzen, daß wenn Preußen und der Fürstenbund mit Oesterreich oder Frankreich Krieg führen, und eine dritte Armee zwischen der Elbe und dem Rheine formiren müßen, alsdann Holland durch seine Hülfstruppen Wesel, den Rhein und die ganze rechte Flanke mitdecken helfen und der alliirten Armee Proviant, Fourage und Schiffe mittheilen und also der Preuß. Partei sehr nützlich seyn; im entgegengesetzten Falle und wenn die Republik nach wie vorhin unter der Gewalt von Frankreich und Oesterreich stünde, höchst gefährl. seyn würde. Ob diese Betrachtungen zureichend sind, um zu beweisen, daß der Königl. Preuß. Hof durch die in Holland bewirkte revolution und die Allianz mit dieser Republik, sich und der Deutschen Union eine wahre Stütze verschafft und ein selbständiges vortheilhaftes System errichtet habe, überlasse ich Höchst Dero erleuchteten Beurtheilung. Der König befiehlt mir Ew. Herzgl. Durchlaucht zu benachrichtigen, daß Er dem Herzoge von Zweybrück ein Darlehn von 1,100,000 Rthlr. in Golde, gegen Verpfändung seiner gegenwärtigen und zukünftigen Deutschen Besitzungen, à 4 Pct. Interessen bewilligt habe. Doch mit der ausdrücklichen Bedingung, daß bei jedesmahliger Auszahlung eines Theils von diesem Capitale die nützliche Anwendung dieser Gelder untersucht und bewiesen werde. Auf bevorstehender fr. fsten Messe werden bereits gegen 200/m Rthlr. zu Bezahlung schreiender Schulden verlangt. Da bei gegen-

wärtiger Erschöpfung der Herzogl. Finanzen die stipulirten laufenden Interessen zu bezahlen unmöglich ist, so müssen solche abermals vom Könige creditirt und mit auf den amortissement Fond geschlagen werden. Der Obriste (u. Gesandte) Bar. v. Gailing hat hierüber an seinen Herrn Bericht erstattet, und erwartet dessen ferneren Befehle. —

Das Pferd, welches ich Ew. Herzogl. Durchl. vorzuschlagen mir unterstanden, ist die englische Stute, welche Sie bereits kennen, und die Bemerkung über deren Hintertheil hat mich bewogen, selbigen dem Gr. Wengersky zu überlassen.

Sämmtliche, durch den feldjäger Zimmermann mir eingehändigte Paquete und Briefe habe ich nach Maßgebung der beigefügten Liste von No 1—10 ungesäumt vertheilet.

Den gnädigen Antheil, welchen Höchstdieselben an der Genesung meiner ältesten Tochter nehmen, erkenne ich mit unterthänigem Danke. Ihre Kräfte kommen so langsam wieder, daß sie noch nicht ohne Führer gehen kann.

Ich erschrecke über mein weitläuftiges und unordentliches Geschmiere, bitte aber dennoch mit Zuversicht um die Fortdauer Höchst Dero gnädigsten Wohlwollens, welches ich durch Beweise der wahren Treue und Ehrfurcht werde zu verdienen suchen, womit ich ersterbe,

Ew. Herzogl. Durchl.
unterthänigst gehorsamster
Bischoffwerder.

Berlin,
d. 29 fevr. 1788.

---

14. Carl August an Bischoffwerder vom 17. März 1788.

Weimar, den 17. März 1788.

Ihren Brief, verehrtester Freund, vom letzten Februar erhielt ich am 10. dieses. Er hat meine ganze Dankbarkeit rege gemacht, weil sie Ihre kostbare Zeit haben auf etliche Viertel Stunden an mich wenden wollen, und mir Aufschlüsse gegeben haben, die mich unterrichteten, nach was für Grundsätzen diejenigen urtheilten, welche dem Könige den Allianz-Tractat mit Holland, und einem vielleicht darauf folgenden mit Engelland riethen. Erlauben Sie, daß ich Ihnen für dieses Zeichen Ihrer Freundschaft meinen besten aufrichtigsten Dank abstatte. Begleite das Glück und Weisheit alle Unternehmungen des Königes, und Seegne diejenigen, die Ihm zum Guten Gelegenheit schaffen. Sr. Mjt. danke ich unterthänigst für Mittheilung seines gethanen Schrittes gegen den Hertzog von Zweybrücken; erlauben Sie mir, daß ich bey dieser Gelegenheit eine Bemerkung dieses Geschäft betr. beifüge, die zu einer schleunigen Königl. Resolution und zu einer durch einen Courrier oder Estafette zu besorgende Instruction für Steinen Anlaß geben wird; ich begreife sonst nicht, wie sich dieser Letztere mit Ehren aus einer Sache in Zweybrücken ziehen wird, zu welcher er vom Könige Auftrag hat, und die er zum Glücke noch nicht besorgte, weil er vermuthete, daß die Abschickung Gaylings einige Veränderung in die Geschichte bringen würde. Der Fall ist folgender: Es gefiele Sr. Mjt., ihm zwey eigenhändige Schreiben an den Herzog von Zweybrücken anzuvertrauen, welche durch meine Hände liefen, und ihm solche zur Ueberreichung anzubefehlen, deren Inhalt darauf ginge, daß der König dem Hertzoge den Grafen von Nesselrode empfähl, und diesen

zum Auffseher über diejenige Anleihe vorschlüg, welche Sr. Majt. dem Herzoge bewilligen wollten. Das erste Schreiben, welches Stein zuerst überreichen sollte, machte diesen Antrag gantz glimpflich, das andere aber, welches dann übergeben sollte werden, wenn der Hertzog nicht gutwillig diesem Wunsche beypflichten wollte, enthielt die Wiederholung dieses Verlangens in sehr ernstlichen Ausdrücken, und zwar mit dem Beysatze, daß Sr. Majt. nicht mehr gewilligt wären, dem Hertzoge die mindeste Hülfe angedeyhen zu lassen, wenn dieser den Graf von Nesselrodte nicht zu seinem Finantz=Minister wählte, und diesen nicht die Besorgung übertrüge, die Schuldenlast zu tilgen. Sie machten diese Einrichtung zu einer Art conditio sine qua non eines neuern Vorschusses. Wie nun die 1,100,000 rthlr., welche Gayling erhalten hat, und die eigenhändige Declaration Sr. Mjt., welche Stein dem Hertzoge übergeben sollte, zusammenpassen werden, und wie nicht des Gesandten reputation ohne schleunige Vorkehrungen Gefahr laufe, kann ich nicht begreifen. Sie sehn nun wohl selbsten ein, daß es für des Königs Ehre nothwendig ist, ohne Verzug Steinen eine gemessene Instruction zu geben, wie er sich in Ansehung Zweybrückens zu verhalten habe. Ich muß Sie recht sehr um Beförderung dieser Sache bitten.

C. A. Hzg.

---

15. Schreiben Carl Augusts an Herrn Conferenzminister von Löben in Dresden. Weimar, den 30. März 1788. [1]

Mit Vergnügen gebrauche ich die Gelegenheit, welche mir ein Schreiben des Grafen von Görtz an die Hand giebt, Mein Andenken bey Euer Excellenz zu erneuern. Ich erkenne mit Dankbarkeit die Gesinnungen, welche das Dresdener Ministerium gegen mich hegt, und von welchen mich gedachter Graf unterrichtet hat. Von Männern von solcher Einsicht und so redlicher Gesinnung für das Wohl des Vaterlands und besonders noch der Sächsischen Lande, kann mir das Zutrauen und die Freundschaft nie gleichgültig seyn; — sowenig als die von Ihrem vortrefflichen Churfürsten, der sich jederzeit durch gute Gesinnungen und weises Betragen ausgezeichnet hat.

Ich darf mit Wahrheit sagen, daß mich ähnliche gute Wünsche und Absichten für das allgemeine Wohl erfüllen; nur weiß ich nicht, wie ferne auch der Erfolg meinen guten Willen begleiten möchte. Zwar habe ich zur Stunde noch nicht Ursache so gänzlich daran zu verzweifeln, da der Geist einer wahren Thätigkeit anizt soviele erleuchtete Gemüther in Bewegung setzet und Mir besonders auch einige meiner Bekanntschaften im Reich die angenehme Hoffnung haben fassen machen, daß alter teutscher Sinn und Denkungsart noch unter uns zu erwecken sey; trotz aller Hindernisse, welche die Trägheit der Sitten und des Jahrhunderts im Wege legt. Vorzüglich hoffte ich, es würde ein engeres Band der Freundschaft unter den Ersten Fürsten Teutschlands, die mancherlei zertheilten Absichten, Itneressen und Kräfte in unserm Reichssystem mehr vereinigen, und solche auf Einen Punkt regerer und zugleich zuverlässigerer Wirksamkeit bringen.

Das System der Union schien mir hierzu, nach Maßgabe der zu Maintz angegebenen Entwürfe, vorzüglich geschickt, und als eine feste und unerschütterliche Grundlage, welche dem Character der teutschen Nation angemessen

1) Französisch von mir concipirt und von dem Major von Knebel ins Deutsche übersetzt, und in letzterer Sprache abgelaßen worden.

wäre, und als ein würdiges Denkmal derselben bestehen könnte. Dies war der Punkt unter welchem man die Sachen zu Maintz ansah, und Ich bitte auch Ew. ꝛc. ꝛc. sie unter keinem andern zu betrachten.

Das entworfene Circulare war nur eine nachheiige Folge dieser Betrachtungen, Andere Ideen, welche auf einen nöthigen Vertheidigungs-Zustand, im Kriegs- oder Friedensfalle, zwecken sollten, leiteten sich davon ab. Alle diese Entwürfe aber waren nur zu einer Vorstellung gerichtet, nemlich zur Vereinigung der verschiedenen wirkenden Kräfte auf Einen Punkt, um das ohngefähr im Ganzen auszurichten, was jeder einzelne Fürst in seinem eigenem Lande zu bezwecken suchen muß, nemlich angemessene und weise Einrichtung der Dinge, ohne welche kein Staat bestehen und kein Fürst einen Anspruch auf die Ehre seines Jahrhunderts erhalten kann.

Unter diesen Vorstellungen schmeichelte man sich nun, daß der National-geist in unserm Vaterlande erweckt werden könnte, von dem leider, auch die letzten Spuren sogar täglich mehr zu erlöschen scheinen. Man hofte, daß der träge Schlummergeist, der Teutschland seit dem Westphälischen Frieden drückt, endlich einmal zerstreuet werden könnte, und daß mit diesem Kranze die Teutsche Union sich, als ein wahres wirksames Corps zu Aufrechterhaltung teutscher Freyheiten, Sitten und Gesetze, zuletzt schmücken sollte. Auf diese Art aber sah man das, was bisher geschehen, und was geschickte Hände zu diesem Bund bereitet hatten, nur als die Anlage an, nur als den Grund, worauf das fernere Gebäude sollte errichtet werden.

Eine gute Anzahl der Fürsten, welche erst nachher der Vereinigung beigetreten sind, glaubten darinen einen Mangel zu entdecken, daß in gedachten Entwürfen von keinem Vertheidigungsstand Erwähnung geschehe, der im Fall irgend einer feindlichen Unternehmung sie decken sollte, und daß dieses von den hohen Stiftern der Union seye versäumt worden. Die Ursache dieses Verdachtes war, daß Letztere nicht sogleich alle und jede Mitglieder von dem wahren Sinn und dem Begriff der Ausdehnung und der Fortschreitung bey diesen Verbindungen, ohne welche solche ohnehin nur ein leerer Schatten seyn würden, unterrichtet hatten, und man selbst auch nicht immer sogleich den neuen Zuwachs erfuhr, welchen der Bund erhalten hatte. Das Ansuchen dieser Fürsten bewog nachher den Churfürsten noch besonders, diesen Gegenstand angelegener zu betreiben.

Ob mir nun gleich nicht unbekannt ist, daß schon die geheimern Artickel des Bundes auf diese nothwendige Vorsorge denken, so kann ich Ew. ꝛc. meine Meynung doch hierüber nicht verbergen, daß der zu einem Vertheidigungs-plane gemachte Entwurf noch zu wenig bearbeitet ist, da selbsten diejenigen Churfürstl. Höfe, von welchen hiebey am meisten zu erwarten wäre, noch auf keine bestimmte Weise sich hierüber ausgelassen haben: nemlich auf welche Art ihre Truppen zu vereinigen stünden; wie ein solches Corps, casu fœderis, agiren könnte; was für Hülfe die übrigen Fürsten hierbey zu leisten hätten; welche Rücksicht man auf den Zustand ihrer Finanzen und Bevölkerung nehmen müsse u. s. f.

Dieser Mangel der Anstalten aber erregt bei Vielen das Gefühl, als seien sie selbst hierbey unnöthig; oder macht sie wohl gar befürchten, daß sie im Falle der Noth von den Mächtigern der Association nur nach Willkühr dürften taxiret werden.

Die Aussichten durch ein vereinigtes Bestreben den Justizzustand in Teutschland zu verbessern, welches hienächst zu Regensburg als eine allgemeine Reichsangelegenheit sollte vorgelegt werden, gab bisher noch einigen Schein zu einem besondern Zweck und Bedürfniß bey dem allgemeinen Bündnisse: sollten aber auch hier die Häupter desselben zurücke ziehen und unübersteigliche Hindernisse finden, bey einem Gegenstand der mit so geringer

Entschlossenheit zu erreichen zu sein scheint, so möchte der größte Theil der Fürsten wohl bereuen, zu einem Act unterzeichnet zu haben, wobey sie so gleichgültige Rollen zu spielen angewiesen würden.

Uebrigens ist auch ein vorläufiger Hauptplan eines Vertheidigungsstandes so schwer nicht zu machen. Jeder kann dabei seine Kräfte für jetzt und für die Zukunft gar nicht übersehen, und die Absichten Josephs auf Bayern, und damit auf das ganze Deutschland, sind auch kein solches unzuberechnendes Werk, daß sich demselben gar keine Hindernisse in Weg legen ließen. Die Grundlage hierzu müßte aber bey Zeiten angelegt werden, und das, weil keiner der verbündeten Fürsten, die wenigen vornehmsten Häupter derselben ausgenommen, selbst nach Maßgabe seiner sonstigen Kräfte, im erforderlichen Falle, bereit stehen dürfte; wobey denn eine ähnliche Situation wie die von 1778 zu erwarten wäre, wo Preußen und Sachsen sich alleine herumschlagen mußten; England quà Hannover sich nur soweit in die Sachen einließ als es ihm gut dünkte, und der übrige Rest von Teutschland that, oder vielmehr vermied, was ihm nur möglich war. Dieser Verwirrung, oder dieser Ohnmacht vielmehr, zu gehöriger Zeit mit gehörigem Nachdrucke handeln zu können, sollte der teutsche Fürstenbund abhelfen; und dazu ist kein ander Mittel, als sich zu rechter Zeit vorzubereiten. Dabey bin Ich überzeugt, daß der größte Theil der verbundenen Fürsten von einem neuen Antrieb würde beseelt werden, die Ehre des Vaterlandes und ihre eigene Ehre durch richtige und gemeinschaftliche Ordnung, durch eine scharfe und verständige Bearbeitung nach demselben Zwecke, zu bewirken und zu unterstützen. Wann hingegen die Sachen dem Ohngefähr überlassen werden, so ist auch nichts weiter zu erwarten noch zu hoffen, als was das Ohngefähr mit sich bringt.

Zu dem kann ich auch die traurigen Folgen nicht absehen, welche ein solcher Schritt und die nähere Zusammenziehung der Glieder der Union von Seiten der entgegengesetzten Parthie, auf diese haben, noch solche mit leeren Schrecken erfüllen könnte. Die Ligue, welche der Kaiser in Vorschlag brachte, kam nicht zu Stand. Braucht der Bund keine anderen Mittel, als die in That auf die Erhaltung des Reichs und die gemeine Wohlfahrt zielen, wie soll ihm Oesterreich den Krieg ankündigen? Das größte Uebel, das entstehen dürfte, wäre, wann Bösgesinnte Uns beschuldigen würden, diese heilsamen und der Constitution gemäßen Anschläge nur für Uns zu nehmen, da man wohl weiß, daß solche auf keine andere Art zu nehmen sind; unsere besten Politiker hingegen den ewigpassiven Zustand, worunter Teutschland seufzt, der endlich jede Nerve innerer Kraft zu thatloser Lässigkeit herunterspannt, beklagen, und Teutschland einen gerechten Vorwurf darüber machen.

Lassen Sie auch endlich Oesterreich diese Gelegenheit ergreifen, um den Reichstag zu Regensburg durch seine Vermittelung in mehrere Wirksamkeit zu setzen; was ist daran gelegen! für die Union ist hiebei nichts verlohren. Sie sieht nur durch eine entgegengesetzte Partie das ins Werk gesetzt, was sie selbst bewirken konnte.

Hierbey kann ich noch Ew. :c. frey gestehen, daß die ersten Vorschläge, welche dem Churfürsten von Maynz in meinem Nahmen sind vorgelegt worden, in vielen Stücken nur für denselben Augenblick waren, um das Interesse dieses wichtigen Standes an den Bund immer mehr zu schärfen, welchen zu erhalten mir nothwendig erschien, als durch Ein ausgestrichenes Wort die Wirkung, die es hätte haben können, zu schwächen. Die Erfahrung lehrt, daß man dasjenige mit größerem Eifer unterstützt, wozu man selbst Antrieb und Gelegenheit gegeben hat, und daß uns immer eine Anhänglichkeit an unsern Ideen bleibt; indeß man das leichter verlohren gehen läßt,

was uns von andern gekommen ist, und jederzeit mit geringerer Wärme betrieben wird.

Diese Beobachtung bestärkte mich, jene Propositionen so unbearbeitet hinzulegen, wie Sie solche in denen, dem Berliner Ministerium mitgetheilten Papieren werden gefunden haben.

Auch glaube ich nicht, daß ein formeller Congreß zur Zeit noch ersprießlich sein dürfte. sowenig als daß es nicht großer Schwierigkeit, von Seiten der vereinten Fürsten, unterworfen seyn möchte, denen in Mainz residirenden Churfürstl. Gesandten ihre Stimmen zu geben. Ich bin auch keineswegs an das vorgeschlagene Circulare gebunden; nur müßte man, nach meinen Grundsätzen, die Mittel zu einem sichern und gewissen Zustand zu kommen in Vorschlag bringen, und darüber berathschlagen, ob sie können angenommen oder verworfen werden.

Was der Graf Görz in beyliegendem vorgelegt hat, scheint Mir zu dieser Absicht verfertigt; und es dünkt mich, daß Ihr Hof, wann er nicht hiermit übereinstimmen sollte, gänzlich von den Preußischen Gesinnungen abgehen würde.

Nun ersuche ich noch Ew. über die Länge meines Schreibens nicht ungeduldig zu werden. Da Ich mir zum erstenmale die Gelegenheit genommen habe, über diese wichtigen Gegenstände mich mit Ihnen zu unterhalten, so war es mir darum zu thun, meine Grundsätze deutlich zu entwickeln, um solche Ihrer Prüfung zu unterwerfen. Ihr Beyfall wird viel dazu beytragen, den Grad meiner Wirksamkeit über diese Punkte künftig zu bestimmen. Ich wünsche mir solchen um mir neuen Muth zu geben und habe die Ehre mit der vollkommensten Hochachtung zu seyn

Ew.

C. A.

P. Stum.

Ew. erlauben mir annoch eine Bemerkung beyzufügen, die Ich beym Durchlesen des Schreibens vom Dresdener Ministerium an den Hof zu Berlin, in Antwort auf die mitgetheilten Maynzer Papiere, und was mir durch den Graf Herzberg zugeschickt worden, gemacht habe.

Ew. Ex. sagen daselbst: Daß Sie der Meynung wären, die drey Churfürsten, durch welche der Bund geschlossen worden, möchten sich, Erstlich: über die Gegenstände und dann über die Art und Weise der Berathschlagungen, die zu Maynz sollen getroffen werden, vereinigen.

Zweitens: über das, was davon an den übrigen Theil der Union gelangen könnte; und Drittens: riethen sie, in Friedenszeiten nie als ein besonders vereintes Corps, das von dem übrigen Teutschen Reiche getrennt wäre, sich zu zeigen.

Ew. 2c. erlauben mir, daß Ich hierüber Meine Gedanken, nur als bloßer Privatmann, nicht als Reichsstand noch Mitglied der Union, nach meinem besten Urtheil und ganz ohne persönliches Interesse, Ihnen vorlegen darf.

Ueberhaupt stimme ich völlig damit ein, daß es nicht gut seyn dürfte, wenn das Corps der Union sich vor den Augen der Welt als ein besonderes getrenntes Corps zeigen würde, als nur in dem Falle, welcher es dazu bestimmt. Demohngeachtet halte ich es für nothwendig und gut, daß das Publikum in eine Ueberzeugung gesetzt werde, daß gutdenkende, einsichtsvolle und patriotische Fürsten, denen das allgemeine Wohl am Herzen liegt, auch hierzu sich verbunden haben, und sich in jedem Falle kräftig unterstützen werden. Klare Wirkungen hiervon müssen zum Theil sichtbar werden, um soviele aufgelößte und schwache Glieder des Reichs zu ermuntern. Auch scheint es nöthig zu seyn, daß, durch mehrere Wirksamkeit und Unterstützung,

in entscheidenden Fällen einige der Fürsten zu einem gesetzteren Tone vermöget werden, wodurch auch in Friedenszeiten jeder Geist der Unterdrückung abgeschrecket werde, von welchem wir so häufig die Spuren, nicht nur im Verborgenen, sondern am hellen Tageslichte sehen und die sich uns überall offenbaren. Sie sind uns selbst schon während der Existenz der Union nicht fremde geworden; aber niemand war, der sich denselben widersetzet hätte.

Hierüber wäre sich also in der Zukunft das Wort zu geben, und jedes Mitglied müßte alsdann für sich betreiben, was ihm zustünde.

Das teutsche Publikum würde hierdurch die Existenz einer näheren festen Verbindung einiger Reichstheile gewahr werden, und solches würde Zutrauen erregen; sowenig auch die verbundenen Fürsten unter sich davon Aufsehens machen würden, welches ihren Zwecken nachtheilig seyn könnte, noch sich auch durch das Aufsehen irre machen lassen, ihren zu verfolgenden guten Zweck zu vernachlässigen.

Was nun den 1ten Punkt insbesondere anbetrifft, so würde solcher nur zu neuen Zögerungen und Hindernissen Anlaß geben. Der Erzkanzler zeiget guten Willen. Warum soll man ihn ausschließen? Warum kein Zutrauen ihm bezeigen? Warum nicht vielmehr die Einsichten und patriotischen Gesinnungen dieses ambitiösen Fürsten benutzen, als den Lauf der Dinge aufs Neue wieder anfangen und so der Thätigkeit und Wirksamkeit hinderlich fallen? Diese besonderen Berathschlagungen der drey Churfürsten in der Union möchten sogar das Ansehen einer neuen Union in der Union selbst gewinnen.

Was den 2ten Punkt anlangt: so deutet solcher auf eine noch größere Separation, und schließt sogar die Fürsten, nach Wohlgefallen der Churfürsten, bey mehreren Gelegenheiten aus. Diese Begriffe sind nach dem Reichstag gestimmt, und wann dieser zum Muster einer Union dienen soll, dann mag die Union Abschied nehmen. So hätten die Churfürsten vielmehr das ganze Reich ausschließen, und nur einen Bund unter sich machen sollen. Die Union, soweit sie Union ist, setzt eine Gleichheit der Rechte voraus, verbindet zu einerley Pflichten, verlangt von jedem Stand gleiche Aufopferung, gleich eifrigen Rath und Hülfe. Die churfürstl. Stände haben sich das Recht für sich vorbehalten, die Capitulationen durch sich zu beschließen; Ich will über die Gründlichkeit dieses Rechtes anjetzt nicht streiten: sobald aber die Union diese Gegenstände in Betrachtung zu ziehen nöthig erachtet, so müssen alle Glieder daran theil nehmen — nicht weil es die Sache der Churfürsten noch der Fürsten insbesondere, sondern weil es das Wohl des Allgemeinen, des Staats und des Reichs betrift, über welches sich verbundene Stände desselben, nicht in Classen abgetheilte Fürsten unterhalten. Dadurch werden auch die Rechte der Churfürsten weder verringert, noch die von den Fürsten erhöht. Jedes andere Betragen muß nur zu Mißtrauen und Eifersucht Anlaß geben, und erstickt den Gedanken wirksamer Vereinigung schon in seinem Keime.

Ew. ꝛc. verzeihen die Freymüthigkeit und Aufrichtigkeit, womit ich Ihnen alles dieses sage. Ich glaubte mir aber selbst ein aufrichtiges Geständniß meiner Gesinnungen und der Art, wie ich mir diese Dinge vorstelle, schuldig zu seyn, und weiß hierzu keine bessere Gelegenheit, als gegen einen Mann von den Eigenschaften und der Denkungsart Ew. ꝛc., der am meisten im Stande ist, hierüber ein richtiges Urtheil zu fällen. Mein Wunsch ist, dem Einsturz eines Gebäudes zuvorzukommen, dessen Grundfeste eben erst geleget worden, das unserer Denkungsart, unserem Jahrhundert Ehre machen sollte, und welches, wenn es nicht sollte erhalten werden können, wenigstens durch meine Schuld nicht ist vernachlässigt worden; wovon mir das Zeugniß von Personen wie

Ew. und die früherregten Besorgnisse und Bedenken, die ich Ihnen hier vorgetragen, den hinlänglichen Schutz und Versicherung geben werden.

Eine wechselseitige Zusammenkunft könnte Mir vielleicht besser Gelegenheit an die Hand geben, das, was ich hier nur zerstreut gesagt, mündlich deutlicher zu erklären. Ich wünsche solche gar sehr, und glaube, daß eine Leipziger Messe dieses am bequemsten zu Stande bringen würde. Vielleicht möchte Sie Hr. v. Guttschmidt dahin begleiten, wenn er anders an mir und meinen Unterhaltungen einigen Antheil nehmen kann. Ist Ihnen dieses Anerbieten gefällig, so bitte mir nur einigen Bescheid darüber zu geben.

Haben Sie die Güte, keine Kenntniß dieses Schreibens noch seines Inhalts, an irgend ein anderes Ministerium gelangen zu lassen, als an dasjenige, in welchem Sie eine so wohlverdiente und würdige Stelle besitzen. —

16. Schreiben Steins an Carl August vom 11. April 1788.

Gnädigster Herzog!

Euer Durchlaucht gnädiges Schreiben vom 2ten curr^tis erhielt ich zu gehöriger Zeit sammt seinen Einlagen von Ihrer Meisterhand: Der Saamen, den Sie ausstreuen, ist gut, und fällt auch noch so ziemlich auf guten Boden — aber dort steht geschrieben — da kommt der Teufel und raubt ihn von ihren Herzen, was Rath's alsdann, und was hilft am Ende alles Schreiben?

Ihr Schreiben, Gnädigster Hertzog! an Juncker Plump ist ein herrlich, und meisterlich geformtes Ding — ganz des Drucks werth, und wäre würdig von dem guten König gelesen, bedacht und auch zu Herzen genommen zu werden.

Jetzt hat der Coadjutor seinen Vitriarius Struve und Consorten abstäuben lassen und reitet sie gewaltiglich um den Herrn Sachßen den Staar über ihre behauptete Unmöglichkeit ein allgemeines Recht[1]) in Deutschland anerkennen zu machen, zu stechen. Dieses wird ein gewaltig gelehrt Ding werden und hoffentlich auch unlateinischen Menschenkindern lesbar, wann Er hält, was er versprach und Deutsch schreibenden Männern den Hobel und die Feile hinter seinem Hammer herzuführen gestattet.

Was Ew. Durchl. dem Minister von Löben schrieben, ist die Sache erschöpfend — äußerst wichtig ist's zugleich, daß Sie Sich persönlich mit allen diesen EhrenMännern bekannt machen: dann bin ich überzeugt, daß, wann Sie, Gnädigster Hertzog! nur eine Stunde mit Seiner Groß-Brittanischen Majestät gesprochen hätten und ich eine wohl digerirte auf ja und nein hinausgetriebene punctation meinem Gnädigsten König vorlegen könnte; so würden wir dann doch endlich nach $4\frac{1}{2}$ Monathen und nach wenigstens 200 Briefen hin und her, wissen, was wir wollen: ob wir und wie wir anfangen wollten oder nicht: und dann wäre das Unwesen dann doch wenigstens in eine Art von Geleise gerathen, und nur das erwarte ich.

Behüte mich der liebe Himmel, daß ich je glauben oder nur hoffen könnte, daß unsere liebe Unions-Geschäfte, wann sie nun auch einmal im Geleise sind, darinnen erhalten werden könnten — davon kann nur der die Möglichkeit träumen, der sich einen thätigen Churfürsten von Maynz, Herz-

1) nemlich ein jus subsidiarium, in Fällen, wo der Schurke das jus arbitrarium aus dunklen Gesetzen herbeileitet, und der ehrliche Mann 100 Gründe pro & contra, aber keine Bestimmung entdecken kann.

berg denkend und gelesen habend, ehe er rescribirt, Beulwitz keinen Regensburger Pedanten mehr und das Sächsische Ministerium nicht immer an die Böhmische Grenze denkend vorstellen kann — ob Sie, mein Gnädigster Herzog und ich je wieder in die Versuchung zu dergl. Phantomen gerathen, daran wird wohlbedächtlich von mir gezweifelt.

Also nur einmal in's Geleise, und wann dann Gott seinen Seegen ferner verleyhet, so wird es damit wohl biß Ende des künfftigen August, als so lange ich in diesem politischen Irrgarten zu wallen gedenke, in Richtigkeit gekommen seyn, biß dahin wird dann der Plan zur künftigen Reichs-Cammer-Gerichts-Visitation als ein der wahren Reichs Wohlfahrt heilsamstersprießlichstes Vorhaben auf dem Mahagoni-Schreibetisch des Aschaffenburger Arbeitszimmers aufgelegt zu finden seyn, worüber dann aller submisesest gehorsamst und unterthänigst Bericht an Sämmtliche Höchste und Hohe committirten Höfe erstattet und zugleich von Ihnen der Union, Des-Union, Unirtem und Nicht-Unirtem Geleyre ꝛc. unterthänigster Abschied genommen werden soll und wird: — ich erinnere an das Gnädige Versprechen, mich nicht zu halten, wenn ich einmal selbst sagen würde, daß ich weiter nicht Nutzen schaffen kann: für 3500 Thlr. bekommen Augustissimus 10 Leute, die lieber, wie ich, wöchentlich 3 mal mit Eminentissimo in pontificalibus speißen, und aus Mangel anderer Beschäftigung Geistes und Seele, das Suplement zu dem Frankfurter Journal schreiben wollen.

Die Zweibrücker Geschichte liegt unverdaubar in meinem Magen: und ich hoffe noch immer von Herzen, daß der König anfangt mich hievon einstweilen zu entledigen.

Mein nächster Raport wird Ew. Durchl. einen artigen Beweiß des Geheimnisses eröffnen, mit welchem unsere Affairen betrieben werden: es ist in meinen Augen unmöglich, daß der König nicht anfangen sollte, strenge nachzuforschen und hart zu strafen. Da Ew. Durchlaucht meinen raport No. 20, wie ich aus dem Schreiben an Junker Plump ersehe, ich weiß nicht, wie es zugeht, nicht erhielten. so lege ich eine unchiffrirte Abschrift davon bey. No. 21 schrieb ich, ich hätte Lucchesini alles gesagt, und nichts zu schreiben: No. 22 ging heute früh an Ew. Durchlaucht ab, ich ersterbe in tiefer Unterthänigkeit.

Vom 11. April 1788. Stein.

---

17. Schreiben Carl Augusts.

Weimar, den 19. März 1788.

Ihren Brief vom 15. Dieses erhielt ich gestern p. Estafette nebst der chiffrirten Beilage. Da mir Graf Herzberg selbst eine Copie des Schreibens vom 4. März zugeschickt hat, so konnte ich dessen Existenz nicht vor unbekannt annehmen, ich bezeugte ihm mein Beyleid zur Antwort und bath ihn sich die Sache nicht so zu Hertzen zu nehmen, auch durch keine öffentliche Rechtfertigung Anlaß zu einem unschidlichen Litterarischen Streit zu geben. Er scheint auch dieses vermeiden zu wollen. Der jetzige Zwiespalt über die Art und Weise der teutschen Union Thätigkeit zum Besten des Vaterlandes zu geben, veranlaßte eine weitläufige Unterhaltung zwischen Grafen von Görtz und mir über diesen Gegenstand. Da es scheint, daß die drey Churhöfe keineswegs das Circulare noch irgend etwas genehmigen werden, welches Anlaß zu einem anscheinenden Congress des Fürsten-Bundes geben könnte, so sannen wir auf andere Mittel, den gewiß nützlichen Entzweck zu erreichen,

und alles Aufsehen, das man so sehr zu fürchten scheint, zu vermeiden. Folgendes ist der Vorschlag, über den wir uns vereinigten. Schon in der ersten Zeit, da die drey Churhöfe sich entschlossen Gesanden am Hoflager des Churfürsten von Maynz zu bevollmächtigen, hatten sie diesen Ministern auftragen sollen, diejenigen Fürsten, die zur Union accedirt sind, von dem Beytritt mehrerer benachrichtigen zu lassen, oder die Ministeria konnten dieses selbst verrichten. Beydes aber unterblieb, und alle verbundene Fürsten außer dem churfürstl. Collegio leben in der völligsten Unwissenheit über die wichtigen neuern den Fürsten-Bund betreffenden Vorfällen; waß ihnen davon zu Ohren kam, geschahe außer Gerichtlich. Mißmuth, Kaltsinn und auch wohl Mißtrauen entstand aus dieser Unterlassung. Freundschaftliche Mittheilung auf einem oder dem andern Wege wäre nach dem Sinne der Acte des Fürstenbundes schicklich und nothwendig Bündnißmäßig gewesen. Dieses Versehen wieder gut zu machen, das Vergessene nachzuholen ist möglich, gebe Anlaß zu Ausführung des neuen Vorschlags Die Ministeria oder die Gesandten müssen von nun an denen Fürsten, die keine Bevollmächtigten in Maynz erhalten, von geschehenen jetzt vorseyenden, zukünftigen den Fürstenbund betreffend, unterrichten, Sie um ihre Meinung und Beystimmung angehen. Geschähen diese Unterhandlungen durch den Weg der Ministerien, so fällt es in die Augen, daß die Com- und Recommunication gewaltige Zeit fressen werden. Viel kürzer käme man zum Zweck, wenn die Höfe Berlin und Hannover ihren Gesandten auftrügen, derjenigen fürstl. Höfen der Union welche verhältnißmäßig bey denen Churfürsten accedirt hätten, bekand zu machen, daß sie befehligt wären, sich mit denen Printzen selbst, oder mit denen Ministern eines jeglichen Bundesgenossen in Briefwechsel zu setzen. Sie erbäten sich von Ihnen die nöthigen chiffres, sie würden da nicht verfehlen ihnen genauen Bericht von allen denjenigen abzustatten, waß in der Versammlung der drey Churfürstl. Gesanden zu Maynz mit Vorwissen des Ertz-Cantzlers für Berathschlagungen zum Besten der Union gepflogen worden, sie erwarteten dafür jedesmal die Beurtheilung derer Fürsten, und diese könnten sich darauf verlassen, daß die Herrn Gesanden genau die Meinung ihrer fürstlichen Correspondenten dem Herrn Churfürsten von Maynz und ihren eigenen Höchst und Hohen Committenden vorlegen würden.

Diese Methode erweckt kein Aufsehen, würde von allen Fürsten leicht angenommen werden, weil es ihnen keine Kosten verursacht, kann schnell zur Ausführung kommen, weil sobald die drey ersten Paciscenten sie bewilligen solche ohne besondere Anfrage bey denen fürsten eingeschlagen zu werden vermag, kein verbundener Stand wird sich weigern in Correspondenz mit einem Bevollmächtigten eines seiner Mitverbundenen zu treten, jeder wird dieses Zeichen, daß er nicht vergeßen worden, mit Freuden annehmen, und die erste Antwort auf den ersten Antrag ist würklich die Ausführung unsers sehnlichen Wunsches, die mehrere Arbeit müßte denen Gesanden dadurch erleichtert werden, daß sie noch einen Gesandschafts-Secretaire von ihrem Hofe erhielten.

Finden Sie diesen Vorschlag welcher eigentlich ganz dem Grafen von Görtz gehört, annehmlich, so theilen Sie solchen den Churfürst nebst meiner Respects-Versicherung mit; stimmt dieser bey, so lassen Sie ihn an Ihr Ministerium gelangen; mein Geschäfte wird dann seyn Sachsen und Hannover auf gleiche Art zu stimmen, es haben sich mir hierzu ganz neue vortreffliche Canäle entdeckt, ich hoffe künftighin viel bey selbigen bewürken zu können: ich getraue mir sogar, wenn man in Maynz mit beyfält, diesen Vorschlag durch jene Höfe nach Berlin gelangen zu laßen.

Neugierig bin ich zu erfahren, waß der Hr. Coadjutor zu dieser Veränderung sagen wird.

Aus einem Schreiben des Geheimen Rath von Edelsheim ersehe ich daß wenig Hoffnung für G. W. in Sp. vorhanden ist. Man muß diese Sache biß zu einen glücklicheren Zeitpunkte liegen laßen, und nur genaue Aufmerksamkeit unterhalten.

Mit dem Grafen von Görtz werden Sie wohl hoffentlich einen vertrauten Briefwechsel erhalten, er ist nahe an den Terminum ad quem, und kann uns von da aus wichtige Hilfe leisten.

Die Veränderung im französischen Ministerio wird Ihnen wohl schon bekand seyn, Mr. de St. Priers ist eine Oesterreichische Creatur.

C. A.

V.

Geheime Artikel des Berliner Vertrages zwischen England und Preußen 13. August 1788.

Articles Secrets.

Art. I.

Comme la stipulation du troisieme Article du Traité d'Alliance conclu aujourd'hui, à l'egard du cas d'attaque, doit se rapporter egalement à la defense immediate des possessions en Europe et à la supposition, que les deux Hautes Parties Contractantes pourroient être respectivement requises de faire une diversion sur le continent contre la Puissance attaquante, il est convenu par le present Article, qu'au cas que Sa Majesté le Roi de la Grande Bretagne venoit à être attaquée en aucune partie du monde, et que la guerre s'etend, soit par terre ou par mer à l'Europe, Elle aura le droit de demander, et Sa Majesté le Roi de Prusse s'engage à fournir le secours stipulé en Troupes, soit pour la defense immediate des Isles Britanniques, soit pour faire une diversion sur le continent contre la Puissance attaqnante.

Et de même, si Sa Majesté le Roi de Prusse venoit à être attaquée en aucune de ses Possessions, Elle aura le droit de demander, et Sa Majesté le Roi de la Grande Bretagne s'engage à fournir le secours stipulé en Troupes, soit pour la defense immediate de ses possessions, soit pour faire une diversion sur le Continent contre la Puissance attaquante.

Mais dans le cas que ce fût pour faire une diversion, que l'une ou l'autre des Hautes Parties Contractantes fût requise de donner son secours en Troupes, Elle ne sera tenue de les fournir qu'au cas que la partie requerante fournisse en même tems et d'abord un Corps de Troupes, lequel avec le secours stipulé, monte du moins à une Armée de soixante-quatre mille hommes, afin d'être à même de faire une diversion efficace.

Art. II.

L'expression de toutes ses forces, qui se trouve dans le quatrieme Article du Traité, relativement à l'augmentation des secours, suivant la necessité du cas, doit s'entendre, quant à l'Angleterre: de toutes ses forces par terre et par mer.

Art. III.

L'objet du Traité d'Alliance conclu aujourd'hui etant de contribuer à maintenir, en autant qu'il sera possible, la tranquillité generale de l'Europe, les autres Puissances (et nommément celles du Nord) dont les intérêts peuvent être analogues à ceux des deux Hautes Parties contractantes, seront invitées d'y acceder.

Art. IV.

Les deux Hautes Parties contractantes s'engagent à etablir une communication reciproque et confidentielle sur tous les points, qui peuvent affecter leur liaison particuliere ainsi que le systeme general de l'Europe, et surtout d'agir dans un concert parfait et intime au sujet de la guerre, qui s'est elevée entre les deux Cours Imperiales et la Porte Ottomane, au sujet de laquelle les deux serenissimes Rois sont prets à employer leur mediation combinée dans toute occasion qui leur paroîtra favorable.

Ces quatre articles secrets auront la même force et vigueur comme s'ils étoient insérés mot à mot dans le Traité signé aujourd'hui et seront approuvés et ratifiés au même tems que le Traité principal. En foi de quoi nous soussignés Ministres Plenipotentiaires de nos respectifs Maîtres avons signé les presents Articles, et y avons apposé les sceaux de nos Armes.

Fait à Berlin le treize d'Août l'an de grace Mille sept Cent quatre-vingt-huit.

(L. S.) Ewald Frederic Comte de Hertzberg. (L. S.) Joseph Ewart.

VI.

Zeit des Ueberganges der Regierung Josephs II. auf Leopold II. October 1789 bis März 1790.

1. Der Kaiser an Kaunitz,
den 23. Nov. 1789.

Lieber Fürst Kaunitz!

Die Pflicht für das Wohl meiner Staaten besorgt zu seyn, hat nach reifer Ueberlegung der ganz geänderten Umstände Frankreichs bey Mir den Wunsch bis zur Ueberzeugung entstehen machen, zu einer mehreren freundschaftlichen Annäherung des Hauses Oesterreich mit England die Mittel zu ergreiffen, und den Anfang davon mit der Mittheilung der bekannten Preußischen Absichten, und den Niederländischen Unruhen zu machen, und wenn von England darüber eine mehrere Aufklärung erfolgte, mit dieser Macht nach Zeit und Umständen, auch eine nähere Verbindung zu schließen, die in unserer Allianz mit Frankreich, als einer ebenfalls defensiven, keinen größeren Riß machte, als jener ist, welcher ihrer Seits bereits schon bestehet, und der sich sowohl schriftlich, als mündlich — ja mit Thatsachen auszeichnet.

Rußland, dem diese unsere Annäherung mit England vertrauet werde, und wie Ich vermuthe, angenehm seyn müßte, würde selbes an uns noch mehr anschließen.

---

2. Cobenzl an den Kaiser,
den 25. November 1789.

Sire,

J'ai beau tourmenter etc.

Quel que soit le choix auquel Votre Majesté se determine, comme il ne me paroît rien moins que sûr que le Commissaire, fût-il le premier homme du monde, réussira à retablir le repos et à se tirer avec honneur et à la satisfaction de Votre Majesté de ce pas scabreux, au point où malheureusement les choses en sont venues aujourd'hui, j'aurois toujours en cas de non-réussite le reproche à me faire d'avoir osé le premier faire naître l'idée d'une pareille Commission, si je ne

vous exposois encore une fois bien clairement les motifs, qui m'y ont fait penser, afin que Votre Majesté ne s'y détermine qu'uniquement d'après Son propre jugement et après s'être convaincue d'après Ses propres réflexions que ce parti soit le seul ou du moins le moins mauvais à prendre dans ce moment-ci.

Le Ministre et le general Commandant découragés l'un comme l'autre annoncent, pour autant qu'une lecture rapide de leurs rapports m'a fait entrevoir, la plus grande probabilité d'un soulèvement general, et la necessité d'abandonner à leur mauvais sort la Flandre, le Hainant et le Namurois, pour pouvoir se soutenir en Brabant du moins jusqu'à ce qu'il leur vienne quelque secours d'ailleurs: le Ministre parle d'une révolution plus que possible, s'occupe à sauver le tresor et les archives, et ne sait à quel Saint se vouer; le Général d'Arberg bombarde Gand à boulets rouges et Leurs Altesses Royales sont prêtes à quitter Bruxelles pour se refugier en Allemagne.

Voilà ce que nous avons appris aujourd'hui, Dieu sait ce que nous apprendrons demain et les jours suivants, l'état des choses changeant à présent d'un jour à l'autre.

Dans un moment semblable qu'est-ce que Votre Majesté peut faire? Prendre un parti sur l'heure, ou attendre ses événements pour en prendre un plus tard; il me semble qu'il n'y a point de milieu. Pour ne rien précipiter, ce dernier parti ponrroit paroître le plus sage; si Vos troupes sont heureuses, si les rebelles sont chassés ou dispersés, ils ne se rallieront plus si facilement, ils perdront courage et Votre Majesté pourra tout à Son aise prendre le parti que Sa sagesse Lui dictera un peu plus tard; mais si les séditieux gagnent le dessus, ce qui n'est pas impossible, si l'insurrection devient générale, si Vos troupes sont dispersées ou bloquées, si les mutins poussent l'audace jusqu'à se déclarer indépendants; que faire alors d'ici au tems où Votre Majesté puisse y envoyer une armée capable de faire la conquête du Pays? A quelles horreurs les Provinces ne seront elles pas exposées pendant cet intervalle? que deviendront tous Vos bons serviteurs retenus comme ôtages? Il faudra trois mois au moins pour que de nouvelles troupes arrivent aux frontières du Pays. Votre Majesté peut-Elle dégarnir dans les circonstances présentes Ses Etats d'Hongrie et d'Allemagne? Quel parti prendra la Cour de Berlin? Quelle influence tout cela aura-t-il sur Votre guerre en Hongrie? Peut-il en résulter une guerre générale? et quelle peut en être l'issue la plus heureuse? Mon esprit trop alarmé peut-être ne me présente aucune réponse satisfaisante à toute cette foule de questions et me fait envisager l'idée d'une composition amicale avec la nation toujours comme un mal, mais du moins comme un mal moins grand que les autres; et c'est ce qui m'a fait naître tout naturellement l'idée d'une Commission extraordinaire, chargée d'effectuer, si possible étoit, par une négociation, ce qu'on n'est pas sûr d'obtenir par la force. Peut-être même qu'il n'en est plus tems aujourd'hui; que les esprits échauffés n'écouteront plus le langage de la raison; que Votre Commissaire n'y trouvant plus d'accès devra revenir sans avoir rien effectué; mais alors encore on ne sera pas plus mal, ce me semble, qu'on ne le sera si l'on ne fait pas cette tentative, dont le succès toujours très-incertain, suivant les circonstances même peu probable peut-être, n'est pourtant pas absolument impossible.

La plus grande objection qu'on puisse y faire est, ce me semble, qu'on ne doit pas exposer la dignité de Votre Majesté à l'affront de

voir Vos propositions de bonté et de clémence rejetées; cela seroit en effet fâcheux, mais ce seroit aussi un nouveau tort, et le plus grave de tous, du côté des insurgents, un tort qui rendroit Vos moyens de contrainte d'autant plus légitimes aux yeux de toute l'Europe, qui ôteroit à toute Puissance étrangère jusqu'à l'ombre de prétexte plausible de protéger les revoltés et qui Vous autoriseroit enfin pleinement à ne plus user d'aucun ménagement envers eux.

Si donc d'un côté l'établissement d'une Commission ne peut produire un bien grand mal, quand même elle échoueroit entièrement, voyons d'un autre côté, si elle donne quelque espoir de succès, et il me paraît d'en entrevoir en effet par plus d'un motif.

L'esprit de révolte, produit par un vertige général, peut se refroidir peu a peu; l'image des horreurs d'une guerre civile effraye plus ou moins tout citoyen: il y a peu de gens qui n'aiment mieux se procurer par la douceur ce qu'ils ne peuvent obtenir qu'avec de la peine et de grands risques par la force.

On dira que les insurgents formeront des prétensions absolument inadmissibles; peut-être, mais peut-être aussi que non; si même leurs premières propositions sont inadmissibles, peut-être qu'ils baisseront de ton après quelques pourparlers.

Enfin au pis aller, si une fois on entre en négociation, du moins gagnera-t-on du tems pour songer à un autre parti.

---

3. Kaiserliche Resolution,
zum Vortrag vom 13. December 1789.

Ich finde die hier wiederzurückfolgende Instruction sehr gut und mit allen nur möglichen Vorsichten verfaßt, jedoch kann Ich nicht unerinnert lassen, daß nach den äußerlichen politischen Umständen und nach der innerlichen Lage der Monarchie, bey deren Erschöpfung an Mannschaft und Geld, dann der herrschenden allerseitigen Gährung der Friede nicht allein erwünschlich — sondern unter was immer für Bedingnissen unentbehrlich zu erhalten nothwendig wird. Also erachtete Ich, daß denen Bevollmächtigten sämmtliche Gradationen gleich mitgegeben, ja alle diejenigen sonsten mit Nutzen gebräuchlichen Kunstgriffe eines geschickten Negociateurs, durch welche Verzögerung oder gar Unsicherheit zum Schluß zu kommen veranlasset werden könnten, vermieden und im schlechtesten Fall alles ohne Ausnahme zurückgestellet und sogar auf den beschwerlichen Artikel des Sinedś wegen der Barbaresken auch nicht bestanden werde; da kein Besitz von allem Eroberten der Gefahr, den Frieden zu verfehlen oder dessen Zustandebringung nur zu verspäten im Vergleich gesetzt werden kann.

Es müssen also unsere Bevollmächtigte die erste Proposition der Türkischen Bevollmächtigten anhören, um sich darnach zu richten, oder ihnen gleich eine Solche machen, welche nicht auffallend unmöglich; diese wäre meines Erachtens, daß gleich simpliciter die Gränzen des Passarowitzer Friedens mit Zurückstellung Chotym, der Raja und Alles, was in der Moldau und Wallachey über diese Gränzen in Besitz genommen worden ist, angetragen würden. Von dieser Passarowitzer Gränze wäre auch der in Bosnien jenseits der Unna liegende Theil, den wir nicht in Besitz haben, auszunehmen, und von diesem Grunde aus wäre erst mit weiteren Nachgiebigkeiten fürzugehen. Unter diesen könnte allenfalls die Zurückgabe der sogenannten Oesterreichischen

Wallachey, welche ganz aus unserer Defensions-Linie liegt, vor allem andern zugegeben, und so fortgefahren werden, bis das Friedens-Geschäft ohne Aufenthalt zu Stand gebracht werde.

Joseph.

---

4. Vortrag vom 25ten Jänner 1790.

Allergnädigster!

Da mir der Hungarische Kanzler das gestern ihm zugekommene Allerhöchste Handbillet mitgetheilt, und mich ersucht hat, Jemanden aus der Staats-Kanzley zu der Morgen abzuhaltenden Commission abzuschicken, so erlauben Euere Majestät daß ich Allerhöchst-Denenselben jene kurze Grundsätze schriftlich vorlege, die Hofrath von Spielmann, nach dem von mir ihm gemachten Auftrag, Allerhöchst-Denenselben bereits mündlich in Vorstellung gebracht hat, und durch deren genaue Befolgung allein, das größte Unglück für den Staat noch abgewendet, und die Monarchie gerettet werden kann.

Ich bitte Eure Majestät auf das inständigste solche nach der äußersten und höchstdringenden Wichtigkeit der Sache reiflich zu beherzigen, und mich zu authorisiren, daß ich den Hofrath von Spielmann hiernach bey der morgigen Zusammentrettung sein Benehmen einzurichten anweisen könne. Widrigenfalls sehe ich diese Concertation für ganz fruchtlos an, und wünsche sehnlichst von aller Theilnehmung hieran dispensirt zu werden.

---

5. Vortrag vom 28ten Jänner 1790.

Allergnädigster!

Die Hungarisch-Siebenbürgische Kanzley, in Folge meiner Theilnehmung an ihrer Zusammentrettung, hat mir das Resultat derselben mittelst ihres Vortrags an Eure Majestät von 26ten dieses datirt, mitgetheilt.

Ich habe daraus ersehen, daß, im Wesentlichen, dieselbe Eurer Majestät wohlmeinend eben dasjenige anrathet, was ich bereits, schon vor derselben, Allerhöchst Derselben in meinem Namen durch den Hofrath v. Spielmann mündlich anrathen zu sollen meiner Pflicht zu seyn erachtet hatte.

Ich bin also mit dem Inhalt ihres Vortrags vollkommen verstanden, und bleibt mir der Wunsch übrig, daß die augenblickliche Ausführung ihrer Vorschläge zureichend seyn möge, um die Folgen zu erwürken, welche dieselbe sich davon verspricht; da die Gemüther so äußerst aufgebracht, und das Vertrauen so vollkommen verlohren ist, daß das Gegentheil gar wohl möglich wäre, und ich dahero in Beysorge stehe, daß man sich damit nicht begnügen dürfte, wenn nicht zu gleicher Zeit der Landtag noch in diesem Jahre, und etwa auf den ersten Junius festgesetzt wird, und mittlerweile durch gute Worte und gütige Vorstellungen man sich von der Nation alle diejenige dringende Beyhilfe zu erhalten bemühet, welche nach der Hand von dem Landtage gesetzmäßig wo möglich zu erhalten seyn wird.

Eure Majestät belieben sich zu erinnern, daß Sie Ihre Niederlande bereits verlohren haben, vielleicht unwiderruflich verlohren haben, einzig und allein, weilen Sie meine wohlüberlegte Vorstellung vom 20ten Juny 1787 nicht nur übel aufgenommen, sondern vielmehr seitdem in allen Stücken das gerade Gegentheil zu verfügen für gut befunden.

Nur gar zu sehr ist zu besorgen, daß die Monarchie das nemliche

Unglück, und zwar zuvörderst von Seite der Hungarischen Nation, welcher es nicht an auswärtigen Beystand fehlen dürfte, erfahren wird, woferne mein dermaliges Dafürhalten nicht glücklicher seyn sollte, als es das damalige gewesen ist.

Ich beschwöre also Eure Majestät als ein rechtschaffener Mann, welcher es mit seinem Souverainen wohl meinet, wenigstens unverzüglich alles dasjenige ohne Ausnahme zu verfügen, welches Ihnen die Hungarisch-Siebenbürgische Hofkanzley anzurathen die Ehre hat.

Gott gebe, daß Allerhöchst Dieselben sich dazu entschließen mögen! und mit diesem sehnlichen Wunsch empfehle ich mich zu Eurer Majestät fortwährenden Allerhöchsten Gewogenheit, welche ich seit fünfzig Jahren von Ihrem Allerdurchlauchtigsten Erzhause zu verdienen mich bemühet habe.

Kaiserliche Randbemerkung zum Vortrag.

Aus beyliegender Abschrift meiner Resolution werden Sie ersehen, daß ich den Zanck aus der Wurtzel zu heben getrachtet habe. Sollte dieses nicht würken; so ist der Entschluß zur Empörung genommen. Ich bin ihnen für ihre treue Räthe, die ich nach ihrem Werth schätze, sehr verbunden. Ich bedarf sie desto mehr, bey diesen so äußerst bedenklichen Umständen, und bey meiner so elenden Gesundheit die mich schier ganz niederdrücket.

Joseph.

Abschrift der Resolution, von der oben die Rede ist.

Bey so bewandten Umständen läßt sich nichts Halb machen; Ich will also um allen ersinnlichen und nur einen Schein der Billigkeit habenden Klagen der Stände in Hungarn und Siebenbürgen auf einmal Einhalt zu thun, alle diejenigen seit Meiner Regierung das Allgemeine betreffende Verordnungen und Veranlassungen hiermit aufheben, und selbe auf den Standt, wie sie bey Ihrer Majestät der Kaiserinn seligem Ableben waren, zurücksetzen, wovon Ich diejenigen jedoch, nämlich: Das Tolleranz-Patent, die zum Pfarr-Einrichtungs-Geschäft gehörige Veranlassungen, dann das, was die Unterthanen betrifft, allein ausnehme.

Die Krone mit den Kleinodien soll sobald ein anständiger Platz im Ofner Schloß wird zugerichtet seyn, dahin überbracht werden; da dadurch nun die Gravamina gehoben, so werden die Ständte einen Landtag nicht so bringend verlangen, welcher bey jetzigen Umständen und Stimmung der Gemüther, dann meiner zerfallenen Gesundheit, zu halten unmöglich ist.

Ich hoffe, daß die Ständte hieraus meine Uneigennützigkeit und mein einziges Bestreben und Verlangen zu ihrem Besten erkennen werden und erwarte Ich mit Billigkeit von Ihnen, daß sie den Staat einsweilen mit Rekruten und die Armée mit den nöthigen Lieferungen versehen werden.

Der Abschnitt wegen des Ausmessungs-Geschäftes ist so zu machen, daß das Verbundene von der Ausmessung und Schätzung, weil es so viel gekostet hat und doch nothwendig ist, in Zukunft gebraucht werden könne.

Nach diesem Sinne ist das Rescript zu entwerfen und Mir zur Approbation noch vorzulegen.

Ich wünsche vom Herzen, daß Hungarn durch diese Veranlassung an

Glückseeligkeit und guter Ordnung so viel gewinne, als Ich durch meine Verordnungen in allen Gegenständen selbem verschaffen wollte.

---

6. Der Kaiser an Kaunitz, den 29. Jänner 1790.

Lieber Fürst Kaunitz!

Nachdem Meine so äußerst zerrüttete Gesundheits-Umstände in den gegenwärtigen so wichtigen Angelegenheiten des Staats nicht mehr gestatten Meinen Geschäften so wie vormals obzuliegen, und Ich ganz außer Stand bin, durch längere eigenhändige Schrift, noch weniger aber durch das Dictiren, welches die geschwächte Lunge gar nicht mehr gestattet, meine Gesinnungen recht zu erklären, Mich über Zweifel auszudrücken, noch weniger Andre im Reden, weil Ich nicht recht fort kann, von Meiner Denkungsart zu belehren: So bin ich entschlossen zu Meiner etwaigen Beruhigung, damit für den Staat durch meine Schwäche dennoch nichts verabsäumet werde, die bestehende 3 Konferenz Minister, nämlich Fürst Staremberg, Feld-Marschall Lacy und Graf Rosenberg in allen wichtigen Entscheidungen in Staats-Angelegenheiten zu versammeln und ihre Wohlmeinung darüber zu vernehmen.

Sie würden allemal wen von der Staatskanzley dazu abordnen, welcher den Casum ganz vorlegte, über den sie zu urtheilen hätten; Sie müßten ihnen auch alle Schriften die dahin einschlagen, in die Circulation schicken, und besonders anfangs sie in den ganzen filum der Umstände setzen.

Ein zweytes Individuum von der Staatskanzley müßte dabey das Protokoll führen, und die Meynungen, wenn selbe nicht schriftlich abgegeben würden, aufzeichnen. Dieses Protokoll würde Ihnen gleich nach der Conferenz überreicht, Sie setzen selbem Ihre Gesinnung bey, und so würde es Mir zur Entscheidung heraufgegeben. Diese Conferenz hätte keine bestimmten Tage, sondern müßte nur so oft abgehalten werden, als wichtige Gegenstände zu entscheiden vorhanden wären; itzt aber müßten gleich eine oder zwey nach einander gehalten, und die 3 Herren Conferenz-Minister, die so lange Zeit von den Geschäften entfernet sind, in den filum derselben gesetzet werden.

Die Staats-Kanzley hätte nur durch kleine Aviso-Billets den Herrn Ministern die Conferenz sammt Tag und Stunde anzuzeigen. Diese Conferenz würde immerfort bey Hof abgehalten, damit, wenn es Meine Gesundheit nur ein wenig gestattete, Ich solcher selbst beywonen könnte.

Dieses sind Meine Gesinnungen, die Ich Ihnen, Mein lieber Fürst, aufrichtig mittheile und Sie ersuche mir ehestens darüber Ihre Wohlmeinung zu eröffnen, weil jeder Tag dringend ist.

Zur Gewinnung der Zeit verständige ich davon die 3 Conferenz-Minister, damit sie bey erster Ansagung von der Staatskanzley zu erscheinen bereit seyen. Ich hoffe Sie werden in diesem Schritte die wahre Ursache erkennen, und Ich habe geflissentlich gesucht Ihnen alle persönliche Ungemächlichkeiten zu vermeiden, und Ihnen doch in Entscheidung des Ganzen die Gelegenheit beyzubehalten.

Joseph. m. p.

---

7. Kaunitz an den Kaiser,
den 30ten Jänner 1790.

Allergnädigster!

In Eurer Majestät gestern an Mich erlassenen huldreichen Handbillete, habe ich mit der schmerzhaftesten Empfindung die Ursachen ersehen, durch welche Allerhöchst Dieselbe zu dem Entschlusse bewogen worden, von welchem Sie mich zu benachrichtigen geruhet haben.

Es ist solcher auch schon den betreffenden Individuis angezeigt worden, und würde dahero alle Aeußerung über die Quästion an nicht nur ganz überflüssig, sondern auch für mich sehr bedenklich seyn.

Es bleibt mir also nichts als der aufrichtige Wunsch übrig, daß solche der Absicht und Erwartung Eurer Majestät entsprechen möge, und zugleich die Allerunterthänigste Versicherung, daß ich, meines Orts, in so weit es die billige Achtung, welche Jedermann sich selbst schuldig ist, erlauben wird, alles mögliche zur Erfüllung Eurer Majestät Wünsche beyzutragen, mir ein Vergnügen machen werde.

Vorläufig jedoch muß ich erinnern die Ehre haben, daß es unumgänglich nöthig seyn wird,

1mo den dermaligen Staats-Vice-Kanzler zum wirklichen Conferenz-Minister zu ernennen, damit er dabey erscheinen könne.

2do Die ehemalige Staats-Refererendarii-Stelle mit ihrem Gehalte, so wie sie der ehemalige Staats-Refendarius Baron Binder gehabt hat, sogleich wieder herzustellen, und solche dem verdienstvollen dermaligen Hofrath von Spielmann zu ertheilen, damit er mit dem nöthigen Anstand in Meinem Namen, bey den Conferenzen erscheinen könne; und weil es ansonst auch billig ist, daß derjenige welcher diese Stelle rühmlich und schon seit vielen Jahren versiehet, solche endlich auch würklich mit dem Namen und dem Gehalte genieße.

3tio Aus der nemlichen Ursache den Hof-Secretarius Collenbach zum Hofrath mit dem Systemal-Gehalt zu ernennen, damit er, qua talis, qualificirt werde, das Conferenz-Protokoll zu führen, welche Gnade er ohnehin ganz vorzüglich verdienet, weil er bey seiner bereits neunzehnjährigen Dienstleistung, zu meiner vollkommenen Zufriedenheit dem Hofrath von Spielmann in den wichtigsten Expeditionen zu wesentlichster Aushülfe gedienet hat, und sich ferners hiezu mit einem ebenso ausgezeichneten Fleiße, als besonderen Geschicklichkeit zu verwenden eben dadurch noch mehr angeeifert werden wird.

Bey dieser Gelegenheit glaube ich jedoch zu gleicher Zeit vorstellen zu sollen:

daß, meines Ermessens, die vollkommene Herstellung und Activität des Staatsraths, auf dem Fuße seines ursprünglichen Instituts, und seine etwa zweymal die Woche zu haltende Session bey Hofe, wenigstens eben so viel Controlle als die auswärtigen Staats-Angelegenheiten erfordern sollte, und solche unverzüglich zu verfügen wäre.

Womit zu Eurer Majestät fortwährenden Gewogenheit mich zu empfehlen die Ehre habe.

Kaiserliche Resolution zu obigem Vortrage.

Ich bin Ihnen für die willfährige Einleitung recht sehr verbunden, und ersuche Sie noch die Sache so zu beschleunigen, damit sie bald ins Werk komme.

Der Vice-Kanzler Graf Cobenzl kann mit Erhaltung dieser letzten Ehrenstuffe noch zuwarten.

Dem Hofrath Spielmann verleyhe Ich allerdings den Referendars-Titel mit dem Gehalt, den Baron Binder, bevor er Staatsrath geworden, als Referendar genossen hat.

Auch will Ich den Sekretär Collenbach zum Hofrath mit dem gewöhn-Gehalt von 4000 fl. ernennen.

Die Staatsräthlichen Stücke lauffen alle durch die Circulation, und dieses scheint mir die stärkste Controlle zu seyn.

Joseph.

---

8. Vortrag vom 3. Februar 1790.

Allergnädigster!

Der Referendarius von Spielmann hat mir die gehorsamst angebogenen Puncte vorgelegt, über welche Eure Majestät mein Dafürhalten zu wissen gnädigst verlangen.

Ad 1mum kann man wegen einer Sächsischen Neutralität die Antwort des Herrn Kurfürsten noch keineswegs für hinlänglich ansehen. Es ergehet noch heute eine abermalige Weisung an den Grafen Hartig, und muß der diesfälligen Negotiation allerdings eine weitere Suite gegeben, auch ein förmlicher Neutralitätsact zu errichten gesucht, inzwischen aber gleichwohl und noch ehe man neuerdings urgiret, die Antwort des Preußischen Hofes auf dasjenige erwartet werden, was der Herr Kurfürst wegen seiner Neutralität in Berlin hat anbringen lassen.

Ad 2dum werde ich mit dem hiesigen Polnischen Minister in eine nähere Besprechung eingehen, und ihm nicht nur wegen des Salzkontrakts und der allfälligen Behebung der Klagen über die den Sujets mixtes aufgelegte doppelte Steuer eine anständige Eröffnung machen, sondern auch dabey fallen lassen, daß wenn etwa die Republik eine ähnliche Allianz und Garantie ihrer Constitution, zu welcher sich Preußen einverstehen will, mit Eurer Majestät zu Stande zu bringen das freundschaftliche Verlangen zeigen sollte, ich auf mich nehmen zu können glaubte die Allerhöchste freundnachbarliche Willfährigkeit hierzu zum voraus zu garantiren.

Ad 3tium habe ich einige Tage mit der Ansage der ersten Conferenz zuwarten zu sollen erachtet, damit die Herren Conferenz-Minister Zeit gewinnen, von denen in die vorläufige Circulation beförderten neuesten, wichtigsten und zu ihrer vorläufigen Kenntniß nöthigsten anteactis Einsicht zu nehmen.

Es ist aber bereits heute das durch den Courier eingelangte Schreiben des Grafen Rewitzki in die Circulation gegeben, und zugleich auf eine hierüber nächstkünftigen Freytag oder Sonnabend um 10 Uhr Vormittags abzuhaltende Conferenz angetragen worden.

---

9. Vortrag vom 14. Februar 1790.

Allergnädigster Kaiser und Herr!

Eurer Majestät ist ohnehin schon bekannt, daß Herr Kurfürst von Trier sich in gegenwärtigem Augenblicke durch eine thätige besondere Anhängigkeit für den Kaiserlich-Königlichen Hof auszeichnet.

Es hat derselbe nicht nur mit der aufrichtigsten Bereitwilligkeit alles gethan was der Hof- und Staats-Vice-Kanzler Graf v. Cobenzl zum Behuf des Dienstes in Rücksicht auf die niederländischen Angelegenheiten von ihm verlanget hat; obwohl hie und da das eigene Erforderniß der Trierischen Lande diesem Verlangen in den Weg tretten konnte; sondern der Kurfürst hat auch eine ganz unbeschränkte kaiserliche Werbung in seinem Gebiethe bewilliget.

Bey vorliegenden Umständen dürften Euere Majestät für gut finden die Ergebenheit des Kurfürsten durch ein schmeichelhaftes Merkmal der aller höchsten Zufriedenheit noch mehr aufzumuntern, welches am anständigsten darinn bestehen könnte. daß Graf Metternich, der sich in balden wieder zurück nach Coblenz verfügen wird, dem Kurfürsten ein allerhöchstes Handschreiben überbrächte.

Wenn das beyliegende Eurer Majestät Allerhöchsten Beyfall erhält, so erbitte ich mir in Unterthänigkeit desselben Unterzeichnung.

Placet und folgt es unterzeichnet hier zurück.

Joseph.

---

10. Kaunitz an den Kaiser,
vom 16. Februar 1790.

Avec le tendre attachement que Votre Majesté me connoît depuis longtems pour Sa personne, bien douloureusement affecté, et en même tems avec la plus grande admiration, je ne puis qu'applaudir au contenu de cette minute, que je trouve un chef d'oeuvre, relativement au fond non moins qu'au moment, auquel elle a été dictée.

Daignez accueillir avec bonté les larmes du plus ancien et du plus attaché de Vos Serviteurs.

Copie de l'Apostille autographe de Sa Majesté.

Mon cher Ami!

Touché de Vos expressions, que puis-je dire aux Decrets de la Providence, que M'y soumettre? Pour Vous, recevez toute l'assurance de la plus parfaite reconnoissance, de la plus haute estime et de la plus vraie confiance, que Vous meritez au dessus de tous, et croyez qu'il me coute de devoir penser à ne plus jouir de Vos lumières.

Je Vous embrasse, et Vous recommande dans ces moments si dangereux ma patrie, qui me tient si fort à coeur.

Joseph.

---

11. Kaunitz an Leopold,
den 26ten Februar 1790.

Unterthänigste Nota.

Eure Königliche Hoheit haben mir die wieder gehorsamst angebogene Nota des Feld-Marschall Freiherrn von Loudon mitzutheilen geruhet.

Die von mir mit dem Kursächsischen Hofe in Unterhandlung gebrachte Neutralitäts-Convention ist zwar noch nicht wirklich geschlossen und unterzeichnet, gleichwohl aber alle vollkommen gegründete Hoffnung zu einem baldigen Schluß derselben vorhanden. Auch ist noch unterm 19[ten] dieses von dem Grafen Hartig einberichtet worden, daß in Folge des von dem Kurfürsten fest angenommenen Neutralitäts-Systems, dessen Zusicherung ernannter Minister täglich von dem gesammten Ministerio auf die unzweydeutigste Art erhält, alle Beurlaubte zu ihren Regimentern einberuffen, die Magazine mit dem erforderlichen Vorrath versehen, und überhaupt solche Anstalten getroffen werden, daß bis 1[ten] März die Sächsische Armee sich concentriren könne.

Ich glaube also daß der General der Cavallerie Graf von Wurmser gänzlich beruhiget, und ihm nur die fernere Wachsamkeit besonders auf die Preußischen Kriegsbewegungen anempfohlen werden könnte.

---

12. Kaunitz à Sa Majesté, le 16 Mars 1790.

Votre Majesté certainement ne sent pas moins que moi que ce n'est que la Continuation de la Guerre la plus vigoureuse des possibles vis-à-vis de la Porte, qui puisse Nous ramener la paix de leur côté, et en même tems que ce n'est que les démonstrations des mesures les plus vigoureuses des possibles vis-à-vis de la Cour de Berlin, qui puissent la contenir et faire différer au moins une explosion de ce côté-là.

Pour qu'il s'ensuive ces deux effets également désirables, Votre Majesté est trop éclairée pour ne pas comprendre qu'il ne faut pas manquer de fonds; et je La conjure par conséquent de vouloir bien faire tout ce qu'Il Lui sera humainement possible de pouvoir faire ou imaginer, pour se les procurer, sans perdre un moment.

Il seroit nécessaire aussi que Votre Majesté m'envoyât copie de la lettre qu'Elle a écrite à l'Impératrice de Russie, et s'il se peut, également un précis exact de ce qu'Elle a dit au Ministre Anglois résident a Florence, et qui a engagé celui-ci à l'expédition du Courier, qu'il a dépêché au Duc de Leeds, et dont il fait mention dans sa Lettre à Keith, que je viens de lire.

Il est très-essentiel pour ma direction dans mes propos et dans mes démarches, que j'aie une connoissance exacte de l'une et de l'autre de ces deux choses, et c'est ce qui m'engage à la demander à Votre Majesté.

Je prie etc.

VII.

Persönlicher Antheil Friedrich Wilhelms an der Convention von Reichenbach.

Reichenbach le 26 Juin 1790.

Au Roi.

J'ai été voir le Pr Reuss par civilité, mais en effet pour tirer quelque chose de lui. Il m'a dit confidentiellement, que je ne devois pas me laisser rebuter par la lecture d'une longue paperasse, dans laquelle Mr de S. tâcheroit de repliquer ma dernière pièce, mais qu'il devroit cependant entrer en l'essentiel, savoir à demander seulement le district de l'Unna, et à offrir en équivalent une partie de la Gallizie, que l'arbre ne tomberoit pas du premier coup, mais qu'il avoit pourtant tout lieu de croire, que nous conviendrions à la fin, qu'il s'agiroit encore d'un Courier.

Le Pr. Reuss m'a confirmé que le changement arrivé dans les explications de la Cour de Vienne, venoit de la cause rapportée ce matin, savoir la faute du Cte Cobenzel. Le Ministre souhaite aussi beaucoup que les deux Ministres des puissances Maritimes assistent à quelques conférences futures, pour convaincre d'autant mieux le Sr. de Spielmann de l'existence d'un concert entier entre les Alliés; cela pourra surtout être nécessaire quand je donnerai aux Ministres Autrichiens la réponse de Votre Majesté, pour l'appuyer par le suffrage de ses Alliés.

(signé) Hertzberg.

(Von des Königs Hand.)

26 Juin 90.

Je suis bien aise qu'a la fin Spielmann soit arrivé et Vous faites bien de ne point lui montrer trop d'empressement. Si le district qu'ils veulent ceder à la Pologne est trop petit, la chose ne sera pas admissible, et nous brouilleroit avec la Porte, et oteroit la confiance des Polonais quisque l'indemnisation seroit trop petite pour Dantzig et Thorn et le status quo in pleno serait quasi plus honorable.

Enfin Vous entendrez ce que Spielmann Vous dira demain. Vous le prendrez ad referendum et m'en ferez part tout de suite — Vous avez tres bien répondu à Ewardt, Vous voyez comme il faut eviter que ceci ne passe pour un Congrés puisque l'Autriche en sonne deja la nouvelle en Hongrie pour intimider la nation, et porter la mefiance au Turcs si pareil bruit leur parvient.

Nous verrons par la suite, si la cause du changement de ton de la Cour de Vienne provient de la source que le Sr. Ewardt allégue.

F. G.

(Von des Königs Hand.)

27 Juin 90.

Je serai bien aise de Vous voir demain ici vers le midi; le D. de Bronsviq, les Generaux de Möllendorf, et de Kalkstein y seront aussi, je Vous envoie ci joint les meilleures cartes de la Pologne que j'ai; quant à celle du cours de l'Obra il y faut quelque explication touchant son vrai cours et je Vous la ferai voir; il dependra de Vous de la prendre avec Vous, j'aurai soin aussi que Morski se trouve à portée, je suis tres content des réponses et objections que Vous avez faites dans la Conférence de ce matin, je suis curieux quelle partie de la Gallizie ils voudront céder, mais les demandes qu'ils ont faites aujourd'hui ne sont pas petites. Vous avez très bien fait de leur disputer d'abord Belgrad et ce qui est au delà du Danube, il faut esperer que les demandes de ces Messieurs diminueront à mesure que la negociation s'avancera.

F. G.

(Von des Königs Hand.)

29 Juin 90.

Ces Proposition seront très agréables aux Polonais, et sont d'ailleurs honorables, mais il sera difficile de les faire accepter aux Turcs, surtout le Cercle de Verbas et Belgrade; d'ailleurs je ne sais pas qu'ils aient deja offert ou promis les limites de la Paix de Passarowitz aux Autrichiens comme Spilman le pretend; et il faut tâcher de les tenir Fermes sur la Cession des Cercles de Bochnia, Tarnow, Rzeszow, Zamoisk, et la Ville de Brodi; Vous ferez bien d'avertir Jacobi et Lucchesini jusqu'où nous en sommes; si les Turcs ne veulent pas céder, il n'y aura que le status quo en entier sur lequel il faudra revenir et qui fera toujours du moins un arrangement honorable, et si les Autrichiens n'y veulent entendre, il faudra les y forcer et chercher soi même son indemnisation des frais de la guerre.

D'ailleurs dans la negociation touchant les cessions a faire, l'Autriche ne peut pas aller plus loin touchant ses demandes vis a vis des Turcs que les limites de la Paix de Passarowitz et nous ne pouvons leur accorder au delà, sans perdre à jamais la confiance de la Porte.

F. G.

(Von des Königs Hand.)

6 Juillet 1790.

J'ai reçu vos rapports et vos differentes propositions, j'attendrai la réponse de la Cour de Vienne, d'après laquelle je vous ferai part

tout de suite du parti que je jugerai à propos de prendre, j'attens le Marquis de Lucchesini à chaque instant.

F. Guillaume.

(Von des Königs Hand.)

a Schönwalde 11 Juillet 1790.

Quant au status quo, le souhait de l'Angleterre mon Alliée et l'inconvénient du m'aliéner la confiance de la Porte et des Polonais en continuant le train des négociations actuelles sont des pretextes assez specieux pour en changer l'objet de la manière que je Vous ai prescrite, objet dont je ne me departirai pas et que je soutiendrai inébranlablement — Ce status quo en lui même aussi honorable m'assure le pretexte le plus juste de faire la guerre si on le refuse et me donne l'avantage de l'assistance de l'Angleterre qui ne sauroit s'y refuser et me donne une alliance ferme et durable avec les Turcs qui peut toujours m'être utile, et peutêtre même qu'en pressant le status quo de la Cour de Vienne on parviendra à la detacher de la Russie.

Il est d'ailleurs aussi messéant que desavantageux de passer son temps à negocier à la tête d'une armée rassemblée et prête à agir, ce qui rend la demande d'une prompte decision d'autant plus convenable. Je Vous marque ici les points principaux d'après lesquels Vous agirez dans cette négociation importante et j'ai chargé le Mquis de Luchesini qui Vous remettra cet ecrit de Vous en parler en détail.

F. Guillaume.

(Von des Königs Hand.)

11 Juillet 1790.

Comme le Courier de Vienne doit arriver à chaque moment, j'ai voulu Vous prevenir d'avance du parti que je prendrai, et de la réponse à faire à la Cour de Vienne.

La Pologne fait deja assez sentir qu'elle n'est nullement portée à entrer dans le troc proposé des districts de la Galizie. Les Turcs perdront toute confiance si l'on veut se rabattre sur eux des dedommagements a prendre pour les cessions demandées. D'aprés ces considerations et surtout en y ajoutant la perte de temps que ces négociations insidieuses nous causent, le meilleur et le plus honorable parti à prendre est celui que j'ai embrassé et dont je vous previens. C'est d'offrir le status quo tel qu'il a été avant la guerre, ce qui sera en même temps le moyen de pacification auquel je me tiendrai, et j'enverrai dès que la Cour de Vienne y consent le Ct de Luzi par Vienne au camp du G. Vezir pour en faire part à la Porte.

Il faudra aussi inserer la garantie de la Constitution des Belges dans cette Négociation que l'Angleterre et la Hollande appuieront selon toute apparence d'après la réponse que le Pr. Kaunitz vient de donner au memoire que l'envoyé d'Hollande lui a remis.

Les Hongrois demandent ma garantie de leur constitution comme Duc de Silesie d'apres celle de 1606. Il paroît impossible que le Roi d'Hongrie puisse se refuser a admettre ma garantie pour la

constitution Hongroise aussitot qu'ils y insistent peremptoirement, car il ne sauroit me faire une guerre vigoureuse sans les Hongrois.

Vous ferez donc en sorte de dire au Pr. Reuss avant la signature des preliminaires, que je savais par les nouvelles publiques que les Hongrois desiroient fortement le renouvellement de la garantie Prussienne touchant leur constitution stipulée par le traité de Vienne de 1606 et que j'espère que le Roi d'Hongrie y trouveroit d'autant moins à redire que cette stipulation ne seroit qu'un renouvélement de l'ancienne garantie et necessaire pour procurer des sûretés à cette nation pour les cas qu'il y eût encore des Rois d'Hongrie comme Joseph II. Vous sentirez Vous même, de quelle importance il est pour la Prusse de gagner ce point important et combien les circonstances presentes y sont favorables.

---

12 Juill.

J'ignore si le Courier de Vienne est enfin arrivé cette nuit ou ce matin, Vous n'oublierez pas de prendre a la Conférence cette réponse de Vienne simplement *ad referendum*, et c'est après avoir reçu le rapport du contenu de la dépeche que je Vous chargerai de declarer au Sr. Spilman que je m'ouvrirai directement au Roi par une lettre que Luzi pourra lui remettre et où je lui marquerai mes sentiments en conformité de ceux que je Vous ai confiés hier, et demanderai une prompte reponse et decisive pour un terme limité. Quant aux Hongrois, je ne sais d'où Vous prenez que je veux faire de leur garantie une condition sine qua non. Il s'entend avant toute chose qu'ils me demandent eux mêmes cette garantie, ce qu'ils ont voulu faire le 14 prochain, et alors il y aura bien moyen d'en glisser quelque chose aux Ministres Autrichiens d'une manière modérée.

Vous pouvez informer l'Angleterre et la Hollande de mes vues touchant le status quo, et insister sur une declaration ferme à faire à Vienne du côté de la Grande Bretagne et sur l'envoi d'une flotte dans la Baltique pour sauver le Roi de Suède et couvrir la côte de la Prusse, en cas de Guerre.

F. G.

(Von des Königs Hand.)

13 Juillet 1790.

Il est sûr par tout ce que je lis des dépéches arrivées par le Courier du Pr. Reuss comme par la lettre de Jacobi, que le Pr Kaunitz déploie tous les ressorts de la Politique la plus artificieuse pour nous en donner à garder, cependant il ne fera que de l'eau claire si nous continuons la marche ferme et sûre que nous avons commencée et dont je ne m'écarterai pas; je serai bien aise de Vous voir demain ici à dix heures du matin, nous prendrons ensemble les mesures necessaires pour couper ce noeud Gordien trainé par le Pr. Kaunitz

F. Guillaume.

(Von des Königs Hand.)

14 Juillet 1790.

D'après les memoires du Pr. Kaunitz envoyès au Pr. Reuss et au Br. de Spielman, il est clair que les vues insidieuses de la Cour de Vienne ne tendent qu' à leurrer, et à nous faire perdre le temps et la saison ou l'armée pourroit agir et qu'à nous aliener la confiance de nos alliés, surtout des Turcs par les arrangements a faire a leurs dépenses; il resulte de ces considerations que l'offre du Status quo tel qu'il à été avant la guerre, est le parti le plus honorable et le plus avantageux a prendre pour la Prusse, pour mener les choses à une promte decision. D'après le C^{te} de Hertzberg pourroit declarer au Br. de Spielman, que je m'ouvrirai directement au Roi d'Hongrie, et en le renvoyant aux premiers Principes qu'il a manifestés a son avénement au Trone que je renonçois a des acquisitions pour moi et mes Alliés, que je me persuadois d'avance que le Roi pensoit de même, ainsi qu'il l'avoit témoigné dans une de ses lettres, que je ne doutais pas qu'il n'acceptât les premières propositions faites de concert avec l'Angleterre poûr le retablissement du Status quo avant la guerre.

Dans la lettre au Roi d'Hongrie en lui faisant remarquer que cette proposition est d'après ses propres principes, on pourroit lui citer le passage de sa lettre où il dit qu'il ne pensoit pas à faire de nouvelles acquisitions, mais qu'il vouloit conserver ses anciennes possessions.

Ensuite on lui marqueroit que j'enverrai un Officier au Camp du Gr. Vizir, pour lui proposer les arrangements de convenance que nous avons discutés, mais en même temps le status quo avant la guerre et comme la Porte preferoit sans doute cet arrangement à celui des cessions, je ne pouvois qu'adherer à ces sentiments d'après notre alliance, que si le Roi d'après ses propres principes qu'il temoignoit dans sa lettre, renonçoit a des acquisitions tout comme moi, alors l'armistice pourroit avoir lieu tout de suite, mais que je demandai réponse prompte puisque dans l'espace de dix jours la saison s'avancoit et que le Roi devoit sentir que le sort des armes entre les parties Belligerantes pourroit apporter des changements essentiels dans les négotiations, et reculer par consequent le bonheur des nations qui me tenoit trop à coeur pour les voir exposées plus longtemps a des événements incalculables.

(Anmerkung Hertzbergs.)

Le Roi m'ayant fait venir le 14 Juillet le matin au quartier général du Schönwalde m'a remis ce Mémoire, en présence du Duc de Bronsvic et du M. de Lucchesini, en me disant, qu'il se declaroit pour le status quo comme le plus honorable. ce que le M. L. a appuyé en soutenant qu'on n'obtiendroit pas Danzig et Thorn des Polonois sans les Salines. Je n'ai fait que me referer à mes deux rapports du 13 et ai montré la véritable situation des affaires par les Cartes que j'avois apportées et que j'aurois soutenu un projet conciliatoire fort avantageux sans rien accorder au delà du Danube, ou le status quo plenier. J'ai lu la lettre du Cons^{r} Spielman touchant la cession de la Silésie Autrichienne dont l'idée a été fort goutée

surtout de la part du Duc de Br. qui n'a d'ailleurs rien dit sur l'affaire principale.

J'ai diné ensuite avec le Roi, il m'a fait venir encore apres diner avec le *M. L.* et m'a proposé de l'admettre à la Conférence, ce que j'ai décliné.

(Von des Königs Hand.)

16 Juillet 1790.

Je suis extrêmement satisfait de la declaration que Vous avez faite hier aux Ministres de Vienne ainsi que de la Note que Vous leur avez remise, qui est entièrement conforme à mes idées. Vous pouvez aussi marquer au Sr. Ewardt et Reede mon contentement du zèle qu'ils ont temoigné dans la conference de hier. Nous verrons actuellement si la Cour de Vienne voudra risquer la guerre. La dépêche de Jacobi entrée hier fait assez voir que les embarras augmenteront pour la Cour de Vienne si elle refuse d'entrer dans mes vues. Peut-etre que le mécontentement du Pr Kaunitz portera le Roi à risquer la Guerre, ainsi que la fausse ambition du Maréchal Lasci, le parti ferme et vigoureux que j'ai embrassé étoit le seul à prendre pour eviter une Negociation sans fin qui auroit toujours été insidieuse du Côté de l'Autriche, et peu convenable pour moi à la tête d'une armée, surtout pour la première fois que je la commande; je suis charmé que Vous m'avez si bien secondé et il ne faudra plus vous écarter de la marche une foi embrassée.

F. G.

(Von des Königs Hand. Note Hertzbergs: j'acceptai le 16 Juill. a cinq h.)

Avant toute chose j'attends que la Cour de Vienne s'explique promtement et catégoriquement sur le status quo ainsi que je le lui ai fait proposer hier; avant que ceci ne se soit fait, je ne m'expliquerai sur aucun autre article.

F. Guillaume.

(Von des Königs Hand.)

Schönwalde 25 Juillet 1790.

Le Comte de Hertzberg proposera cette après diner à Reichenbach les cinq points suivants comme moyens de concilier mes intentions avec les desirs des Ministres des Puissances Maritimes —

1° Que la contredéclaration Prussienne porte en substance que j'accepte le status quo stricte tel qu'il etoit avant la presente guerre pour base de la future pacification, à condition que le Status quo stricte que la Cour de Vienne accepte aussi de son côté soit dès à present garanti par les deux Ministres des puissances maritimes à Reichenbach, au nom de leurs maîtres respectifs, pour obvier à l'inconvenient que les Autrichiens ne traînent pas trop en longeur la négociation à l'effet d'avoir le temps de réaliser leurs esperances.

2° Que dans la susdite contredéclaration Prussienne on ne parle de ces esperances que pour insister sur des esperances d'un équivalent en cas d'acquisition de la part de la Cour de Vienne.

3° Que pour ce qui regarde les Belges je ne me séparerai jamais des Puissances Maritimes soit pour le rétablissement de la tranquillité, soit pour la garantie de leur ancienne constitution.

4° Que la paix avec la Russie soit une affaire séparée d'avec la négociation actuelle; et que l'on me laissera le soin de veiller au sort des Turcs mes Alliés — sans convenir d'avance sur des cessions à leur charge si opposées au système du status quo stricte, que l'on vient d'adopter pour base de la pacification avec la Cour de Vienne.

5° Que les négotiations finales pour la paix se tiennent sous l'inspection et la mediation des Ministres des trois Cours, de Berlin, de Londres et de la Haie, qui auront garanti le Status quo stricte et qui seront par là intéressées à le faire accepter au Congrès.

Fr. Guillaume.

(Von des Königs Hand.)

25 Juillet 90 a 6 heures.

J'attends Votre Contre déclaration que je Vous ai marqué que je voulois voir, avant que Vous la donniez dans la conference, pour juger si elle est conforme a mes intentions. Le premier devoir d'un Ministre est d'obéir à son maitre et j'espere que je n'aurai pas besoin de Vous en faire souvenir.

F. G.

(Von des Königs Hand.)

26 Juillet 1790.

Il suffit de déclarer à l'égard des Belges strictement ce que mon Article troisième contient qui evite tout ce qui pourroit m'entrainer trop loin à cet egard.

D'ailleurs j'approuve Votre contre déclaration, il faudra seulement faire observer aux Turcs que Jassy s'il en étoit question pour un congrès ne convient pas à cause de la proximité de Potemkin et des Russes.

Je Vous renvoie les articles que je Vous ai donnés hier, pour servir à Votre direction, il faut bien se garder que les Ministres Autrichiens n'exigent reciproquement que je n'assiste pas les Turcs; et Vous Vous en tiendrez à cet egard la strictement à ce que dit mon Article quatrième que la paix des Russes est une affaire tout a fait separée de cette négociation.

Fr. Guillaume.

(Von des Königs Hand.)

27 Juillet 1790.

J'approuve fort ce que Vous avez répondu hier lorsqu'il a été question des Belges, il est bon que les Ministres Autrichiens consentent

à l'equivalent de leurs esperances et à la separation avec la Cour de Russie, ce qui est un grand point de gagné.

Quant à la Declaration à faire touchant les Belges que les Ministres des Puissances Maritimes ont proposée, je l'ai fait changer puisque la tournure et les termes ne m'en ont point paru admissibles parce qu'ils sont comme si je voulois m'excuser de m'être mêlé des affaires domestiques d'un autre Etat, ce qui étoit une tournure mal séante, d'ailleurs le cas n'a jamais existé.

Quand ce point des Belges aura été proposé tel que je l'ai fait dresser, il faudra presser la signature et faire sentir qu'un plus long délai seroit regardé comme une intention de vouloir faire la Guerre. Pour abréger, et prévenir des envois ulterieurs j'ai autorisé le Marquis de Luchesini de discuter cette affaire des Belges avec les Ministres des Puissances Maritimes.

Sans doute que l'on pourra omettre le passage de faire accorder la Russie et la Suède à la pacification defensive sur la base du status quo, je vous ai même déjà marqué de séparer la négociation Russienne avec celleci.

F. G

(Von des Königs Hand.)

28 Juillet 1790.

Je Vous félicite de l'heureuse issue de la négociation, et j'attens les depeches pour Jacobi, Luzi, et Knobelsdorf que Vous envoyez à ma signature. Vous avez bien fait d'informer le Cte de Finkenstein, ainsi que mes Ministres de la signature des preliminares. Je consens aussi à l'envoi par Courier des depeches que Vous proposez à Borck et à Golz à Petersbourg qui pourra faire part a l'Imperatrice de notre pacification sans lui faire part des Articles, il faut seulement bien s'assurer par Ewardt que l'Angleterre porte aussi la Russie au status quo et prendre a cette fin un bon Concert avec la Suède et la Porte. Seulement il faut changer le mot de connivence présomtive de l'Autriche que Vous avez mis dans le rescrit que Vous m'envoyez, et marquer à mes envoyés que la Cour de Vienne a formellement declaré de ne point assister directement ni indirectement la Russie dans la guerre contre les Turcs; Vous pouvez aussi écrire à Redern et Renfner par le Courier de Ewardt. Quant à Franckfort il faudra insister que l'on insère dans la capitulation que deux Princes de la même Maison ne peuvent pas être Electeurs Eclesiastiques, comme le Roi de Bohème a tant de fils, il voudra que l'un soit Electeur de Cologne ou de Treve, et si l'article dont je parle n'est pas inséré dans la Capitulation peut être tous les deux et encore Mayence par dessus le marché, ce qui redoubleroit la puissance de la maison d'Autriche dans l'Empire.

Fr. Guillaume.

(Von des Königs Hand.)

5 Aoust 90.

Je Vous ai déjà dit hier qu'il ne doit etre question d'une negociation touchant Dantzig et Thorn qu'après le Congrès, Vous remarquez Vous même dans Votre lettre que les interets de la cour et de la Nation Angloise etoient le but principal que celle-ci vouloit mettre cette négociation sur le tapis. Je ne vois nulle raison de me presser si fort a ce sujet. et je ne veux pas que les Autrichiens recommencent à parler d'Orsowa ce qu'ils feroient indubitablement s'ils avoient quelque vent de cette negociation. Je serai le 11 a Breslau, je ferai avant de m'y rendre un tour des frontières au pays de Glatz, que je commencerai le sept, il dependra entièrement de Vous de choisir quelque jour que Vous voudrez d'ici au onze, pour Vous rendre à Breslau. Je Vous renvoie ci-joint la ratification signée, et si rien ne l'empêche Vous pourriez échanger les ratifications cet après midi et alors je pourrai voir le Pr Reuss demain et vous pouvez l'accompagner ici et me le presenter demain à la même heure que Vous avez presenté hier les Ministres des Puissances Maritimes. Vous ferez fort bien d'informer mes Ministres aux differentes Cours étrangères de cette echange, ainsi que le Cte de Redern. J'espère que la Cour de Saxe ne fera point de difficulté de faire passer mes troupes par la Lusace.

Vous direz au Pr Reuss qu'etant obligé d'attendre la réponse des Turcs avant de faire rentrer mes troupes dans leur garnison, je les mettais en Cantonnement dans les villes de Silésie à la réserve de quelques Regiments qui retournoient en Prusse, et quelques autres dans la Marche.

F. G.

Beilage.

Aus einer geschriebenen Zeitung. Dezember 1786—1787

Das Original ist mir von dem Minister a. D. Grafen v. Itzenplitz mitgetheilt worden, und ich habe daraus Auszüge gemacht, die mir, vielleicht mit Unrecht, einer Mittheilung würdig erschienen. Chronikenartige Aufzeichnungen sind den neueren Zeiten fast abhanden gekommen. Die gedruckten Zeitungen haben nothwendigerweise eine bestimmte Tendenz, die der Chronik an sich fremd ist. Näher aber stehen ihr geschriebene Nachrichten, die für ein beschränktes Publicum bestimmt sind. Die geschriebene Zeitung, die hier vorliegt, enthält Berichte über den Hof und die Tagesbegebenheiten, wie sie sich in den mittleren Kreisen der Gesellschaft reflectirten. Für ihre objektive Wahrheit wird man nicht einstehen wollen; aber kein Grund liegt vor, die subjektive Wahrhaftigkeit des Autors zu bezweifeln. Das Bedeutendste darin dürften die Nachrichten über die Jugend König Friedrich Wilhelms III. sein. — Sollten sich nicht irgendwo Fortsetzungen davon finden?

Referent hält es für seine Schuldigkeit keinen Auftritt unangezeigt zu laßen, der hier vorfällt, besonders einen solchen, woraus man den Monarchen so ganz kann kennen lernen, dem nichts lieber ist, als unter seine Unter-

thanen ohne allen Zwang zu erscheinen. Der König gieng vorige Woche den Freitag Abend in Gesellschafft seiner Tochter und der Herzogin Friederich und noch mehrerer von Hofe auf den Christmarkt und zu dem in der Breiten Straße wohnenden Kaufmann Aschenborn, der ein sehr künstliches Bergwerk in seinem Laden aufgestellt hat. Unzählige Menschen drängten sich an den Monarchen und er wurde so zu sagen dahin getragen. Man hörte gar nicht den bekannten Lieblings-Ausdruk: „will das Kropzeug fort". — im Gegentheil war der König sehr vergnügt, obgleich die Prinzessinnen und Hof-Dames sich sehr beschwehrten, daß sie so gedrückt würden. Der Unterschied der Stände hörte auf dieser Promenade ganz auf. Bald war neben einer Prinzessin und Hof-Dame ein Adelicher und ein Karrenschieber, bald ein junger Officier, ein Stutzer und Handwerksbursche. Mit vieler Beschwehrlichkeit kam der Monarch und sein schönes Gefolge endlich im Aschenbornschen Laden. Der König besahe das Bergwerk, und der Kaufmann declamirte, wie es ihm geziemt, mit vieler Wärme, was dies und jenes zu bedeuten habe. Der König führte sein schönes Gefolge zum Tisch, auf welchem die Galanterien aufgestellt waren und kaufte für die beiden Prinzessinnen, was diesen anstand.

Sehr Vieles von Kostbarkeiten steckte der König bei sich. Man schäzt den Werth des gekauften gegen 180 Thlr., worunter für 100 Thlr. Evantaillen. Der Herzog von Sachsen-Weymar hat ohngefähr gegen 70 Thlr. gekauft und beschenkte die Dames. Der zweite Sohn des Königs kaufte einen Ducaten-Sch--, stach solchen dem jüngsten Sohn des Prinz Ferdinand heimlich in die Tasche. Kaum merkte Dieser es, so ward er unwillig und sagte zur Herzogin Friederich, Ludwig glaubt doch wohl nicht, daß ich so Einer bin. — Der König lächelte und knif seinem Sohn die Backen. Mein Gott! wie werden wir heraus kommen, sagten die Prinzessinnen. Ein Adjutant wolte die Wache holen. — Der König merkte es und verbot es mit dem Beifügen daß er dafür stünde, daß Niemand von der Gesellschafft Schaden nehmen solte. Prinz Ludwig, um sich einen Weg durch die Menge Menschen zu machen, kaufte ein großes Glas wohlriechendes Wasser und besprüzte damit die Gesichter der ihm zu nahe kommenden Schönen und bekam dadurch offene Straße. — Die Königin war nicht gegenwärtig. —

„Kommen Sie hier mein lieber Beguelin und setzen sich", sagte der Monarch zu seinem ehemaligen Hofmeister; „wir wollen uns an die vorigen Zeiten erinnern". „Ich denke jezt Vieles zu nutzen, was Sie mir damals sagten." Der König lenkte zulezt das Gespräch auf den Graf Brühl und gab zu verstehen, daß er glaubte, in diesem Mann ein Subject gefunden zu haben, der im Stande sei, seine Kinder zu führen, — Beguelin antwortete nichts — und neigte sich. „Ich verstehe Sie recht gut", sagte der König, „was für eine Antwort in Ihrem Stillschweigen liegt, und was Sie denken. Sie denken: Wie ist es möglich, daß der König einen Mann zum Führer seiner Kinder annehmen kann, dessen Eltern ehedem das Preußische Haus stürzen wolten, durch deren Cabale fast ganz Europa in Flamme gerieth, und noch dazu einen Mann, der katholisch ist und leicht seinen Eleven irrige Grundsätze beibringen kann. Ist dies nicht Ihre Meinung? Beguelin neigte sich bejahend. „Nun, so hören Sie, was ich davon denke. Zum voraus gesezt, Graf Brühl ist ein ehrlicher und geschickter Mann; daß er das ist, davon habe ich die grösten Proben; denn ich habe die stärkste

Untersuchung vorgestellet. Er hat durch die besondere Lage seiner Eltern eine Königliche Erziehung genoßen und er hat mehr Nutzen davon gehabt, wie die mehresten Prinzen; er wird von seinen Landsleuten unschuldigerweise gehaßet, weil unter der Regierung seines Vaters das Land seufzte und sich bis jezt kaum erholen kann. Er selbst hat mit Noth zu kämpfen gehabt und ist beständig ein ehrlicher Mann geblieben. Von einem solchen Mann kann ich gewiß glauben, daß er mir rechtschaffen dienen wird. Sie, mein lieber Beguelin, haben mir in meiner Jugend einmal die Lehre gegeben, wenn ich zur Regierung käme, und wüste einen Mann, der aus einem Reichen ein Dürftiger geworden und in seiner Armuth Proben der Rechtschaffenheit und eines edlen Herzens zeigte; einen solchen Mann solte ich meiner Gnade würdigen. — Just so ein Mann ist Graf Brühl." Der Monarch erzählte von ihm verschiedene Beweise seiner Rechtschaffenheit und sagte zulezt: „Ich weiß es recht gut, daß man in allen Gesellschaften alhier sich darüber den Kopf zerbrochen, wie ich den Graf Brühl habe zum Gouverneur meiner Kinder machen können, ja einige sind noch weiter gegangen und haben geglaubt, der Pabst und die Jesuiten wären mit im Spiel. Für Beides stehe ich", sagte der Monarch lächelnd und entließ Beguelin. —

Der Monarch hat an den Professor v. Beguelin, seinen ehemaligen Gouverneur, den zärtlichsten Brief geschrieben. Der König sagt darin:

„Ich möchte gern Ihnen so ganz zeigen, wie werth Sie mir sind, und Beweise von dem geben, was ich Ihnen als Schüler versprach. Leider erfüllen Leztere sehr selten ihre Versprechungen, die sie dem Lehrer thun. Aber dies sollte nicht seyn. Denn das Amt eines rechtschaffenen Lehrers ist voller Mühe und Verdruß. Ich habe für Sie das Guth Lichterfelde gekauft. (Es kostet dem Könige 25/m. Thlr.) Sie haben dadurch einen Zufluchts-Ort, wenn Ihnen das Städtische nicht mehr behaget ꝛc."

Dessen Sohn hat eine Praebende bekommen, die der verstorbene Graf von der Marck gehabt, und der Monarch hat demselben auch das Bildniß des Leztern eigenhändig geschenkt.

Wenn des ietzigen Königs Majestät Jemanden glücklich machen und aus aller Noth reißen wollen, so geschiehet es sehr fühlbar. Der Ober-Hofmeister von Voss bei der Wittwe Königin war ehedem Gesandter und opferte nicht allein zum Wohl des Staats sein Vermögen auf, sondern machte noch viele Schulden. Seine Lage war fürchterlich, da ihn Creditores täglich verfolgten und er für Landreiterl. Einlegung nicht mehr sicher war. Der König bezahlt iezt des von Voss sämmtliche Schulden, und Dieser zahlt dafür dem Monarchen 3 procent; außerdem erhält derselbe für iezt sogleich 10,000 Thlr. als ein Geschenk und zukünftiges Jahr wiederum 10,000 Thlr. Das gnädige Hand-Schreiben des Monarchen an den v. Voss lautet folgendermaßen:

„Mein lieber Ober-Hofmeister v. Voss!

Es ist Mir bekannt, wie viele gute Dienste Sie dem Staat geleistet, und auch, daß Sie dadurch Ihr Vermögen eingebüßet, und iezt kummervolle Tage haben. Erklären Sie der Behörde durch Vorzeigung Dieses, daß ich alle Ihre Schulden übernehme, und ich Ihnen iezt sogleich 10,000 Thlr. auszahlen lassen werde. Zu künftiges Jahr können Sie wiederum auf 10,000 Thlr. sich Rechnung machen. Denn es ist Mein ernster Wille, daß rechtschaffene Diener Meines Staats nicht Sorgen der Nahrung haben sollen ꝛc."

Diejenigen Schriften des Hochseligen Königs, die der Geh. Rath von Woellner der Academie der Wißenschaften nach und nach vorzulesen versprochen (durch die Zeitungen ist dies bekannt gemacht) sind eben diejenigen, die der verstorbene König seinem Vorleser Villaume geschenkt. Der Hof-Buch-Drucker Decker both ihm dafür 20,000 Thlr. und noch ein anderer Buchhändler 30,000 Thlr.

Die Uneigennützigkeit des Villaume war Schuld, daß er solche auf Zureden einiger Großen dem Monarchen für 12,000 Thlr. überließ, die er auch bereits ausgezahlt erhalten. Jetzt ist dem Villaume schon der fünffache Werth gebothen worden.

Dadurch erhielt der Villaume vom Verstorbenen das wichtige Geschenk, weil er als Vorleser mit einem Gehalt von 250 Thlr. zufrieden gewesen, anstatt daß der erste Vorleser v. Katte 1500 Thlr. hatte, und daß er niemals Neuigkeiten wußte, wenn ihm der König darum frug.

Die Königin meldete den Geburts-Tag der Prinzeßin Augusta dem Monarchen, und daß sie an diesem Tage einen Ball geben würde, wozu sie den König einlud. Es kam in 2mal 24 Stunden keine Antwort. Höchstbetrübt sagte die Königin zu ihrer 1sten Kammer-Frau, der Hillen: „Gute Hillen, alles mißglückt mir in der Welt. Du bist meine Begleiterin von Darmstadt gewesen, weißt, wie vergnügt ich gewesen und was ich jezt bin." Eine Stunde darauf erhielt die Königin nachstehendes Schreiben:

„Ich danke Ew. Majestät für die so liebreiche Einladung zum Geburtstage meiner liebsten Tochter Auguste. Ich würde diese Feier gern mit beiwohnen, wenn ich nicht mit zu vielen Geschäften beladen, die jener Theilnehmung behinderlich. Mit Vergnügen höre, daß Ew. Majestät Monbijoux gefält, und ich freue mich nicht wenig diesen Königlichen Sitz und Lust-Schloß Ew. Majestät so lange zu schenken, bis ich Gelegenheit finde, einen weit angenehmern Sommer-Aufenthalt zu entdecken, der den großen Verdiensten Ew. Majestät und des Gebers Herz werther ist, und habe dahero sogleich meinem Hof-Bau-Amt Befehl gegeben, in der Geschwindigkeit, und nach den Wünschen Ew. Königlichen Majestät alles zu veranlaßen und glänzend einzurichten.

Ich bin mit der ganzen Empfindung des Herzens

Potsdam, den 29. April 1787.

Fr. Wilhelm.

Sobald der Monarch nach Potsdam gegangen war, packte die Dem. Encke auf und gieng wegen ihres Mannes, des Kämmerier Rietz, auch dahin. Sie hat zwar kein Quartier auf dem Schloße oder auf dem Sanssouci, unterdeßen erscheint sie dann und wann vielleicht wegen ihres Mannes an beiden Orten. Diese Reise erregt da, wo es sein kann, finstre Gesichter. Uebrigens ist das Benehmen der ꝛc. Encke fast unnachahmlich. Sie erscheint in den Gesellschaften ohne alle Praetension, kommt Jedwedem mit Höflichkeit zuvor und über ihre Lippen kommt nie der Nahme desjenigen, den sie wirklich sehr verehrt und zu verehren Ursach hat. Das, was sie in gleichgültigen Dingen gern durchsetzen mögte, gelingt ihr. Sie hatte z. E. Lust auf dem Ball in der Stadt Paris zu sein, der nur eigentlich für Adeliche gegeben wird. Sie ließ einen der ersten Adelichen Tänzer, einen sonst sehr artigen und hübschen Mann zu sich bitten, und ersuchte ihn ein Mittel

ausfindig zu machen, damit sie auch auf diesem Ball sein könnte. Dieser schlug es ihr rund ab, weil der Ball nur für die Noblesse wäre. Sie sezte sich im Wagen, fuhr zu einem angesehenen Mann, dessen Diener sie nicht melden wolte, weil just wichtiger Vortrag war. Sie schikte den zu solchen Aufträgen legitimirten Bothen mit einem Billet ab — und es wurde in den Zeitungen angekündiget, daß auch Bürgerliche zu diesem Ball Zutritt haben könnten.

Vorigen Sonabend[1]) hatte der König in der Gegend von Oranienburg große Jagd, wobey die Prinzeßin Friederique und deren Gesellschafterin auch zugegen war. Erstere hat sich im Schießen geübt, um mehrern Theil an der Jagd zu nehmen. — Gegen diese Jagd hat der Cammer-Praesident von Voss sehr triftige Vorstellungen gethon und dem Monarchen bewiesen, daß zu einer solchen Jahreszeit, da der Bauer in der Aerndte wäre, eine Jagd dem Landmann sehr nachtheilig sey. Der Monarch hat dies Ansuchen sehr gnädig aufgenommen, jedoch aber ihm antworten laßen, daß es für diesmal nicht anders seyn könnte; — er würde aber die Bauern entschädigen und Jedem pro Tag 1 Thlr. auszahlen laßen.

Das Fräulein Voss bekommt außer dem Logis, welches sie auf dem Schloße hat, auch noch eins in der Stadt nahe bey der Petri-Kirche im Praesident Kircheisenschen Hause.

Der Graf von Wingersky hatte es gemietet, und tritt es ihr auf höhere Interposition ab. Das Logis selbst wird auf öffentliche Kosten im Stande gesezt. Eine Stallung auf 6 Pferde war bei dem Logis eine Haupt-Bedingung. Sie hat eine Reise nach Brandenburg gemacht.

Das Fräulein Voss ist Canonissen im Stift Heiligengrabe geworden, und ist von den dortigen frommen Fräuleins mit allen Merkmalen der Freundschaft und Hochachtung empfangen worden.

Das Fräulein Voss hat nunmehro von Ihre Majestät der verwittweten Königin Abschied genommen und wird nie mehr Dienste als Hof-Dame thun. Die Königin war diesem Fräulein sehr gewogen, sie selbst hatte sich an deren muntern Witz gewöhnt, und die Entlassung der v. Voss hat von Seiten der Königin und Dieser Thränen gekostet. Sie hat darauf eine Lust-Reise nach Dessau gemacht, von da gieng sie nach Brandenburg. Am leztern Ort ward sie auf die freundschaftlichste Art empfangen. Eine Meile von Brandenburg sezte sie sich in ein Lust-Schif und fuhr dahin. Vorher gieng ein Kahn mit Musicanten. Der Graf Wartensleben hatte auf seinen Weinberg Canonen gepflanzt, welche, als die glükliche Gondel ankam, abgefeuert wurden. Auf dem Dom waren ebenfalls Canonen aufgepflanzt Unter Abfeuerung dieser Canonen wurde sie von den Vornehmsten der Stadt empfangen, auf den Dom und in ihr Logis geführt. Es wurden Bälle angestellt, und ein Jeder beeiferte sich ihr den Aufenthalt daselbst angenehm zu machen. Dies alles geschah, da der Monarch in Schlesien war. Nach dessen Zurükkunft, und da das Fräulein Voss ein paar Bothen, vielleicht von ihrer Familie erhalten, verließ sie Brandenburg und gieng nach Potsdam, um auch diesen Ort zu sehen.

1) Leider fehlen die näheren Datirungen hier, wie sonst.

Die Gräfin von Ingenheim (dieser Name ist nun auf immer angenommen) machte in dieser Qualitaet den 30. November ihre erste Staats-Visite. Bei vielen von der Familie, die schon Nachricht hatten, daß sie ihre Staats-Visite machen würde, wurde sie als Freundin aufgefordert auszusteigen. Dies geschah mit etwas Schüchternheit, und man bemerkte, daß sie an vielen Orten etwas gedankenvoll zurück kam. Die Gräfin Ingenheim ist keine Schönheit, dies sagt sie selbst, aber sie ist ein biederes rechtschaffenes deutsches Mädchen, die, wenn es in ihrer Macht stünde, alle Menschen glüklich machte. Sie ist groß und vom schlanken Körper Bau, ihr Haar ist mehr röthlich wie blond und man sagt, um ihr ähnlich zu werden, habe der rothe Puder gegen den weissen bei den Dames die Oberhand behalten. Sie ist fast das einzige Frauenzimmer bei Hofe, das sich nicht geschminkt hat und von der man sagen kann, sie hat lachenden Witz und Verstand.

Endlich hat die Parthie, so wieder die Einführung der Tabacks- und Caffée-Steuer geeifert, den Sieg erhalten. Aus der Steuer wird nun nichts. Dasjenige, was der König durch Abschaffung der Tabacks-Administration und Caffée-Brennerei verliehrt, soll durch eine Erhöhung der Accise-Gefälle und Stempel ersetzet werden.

Unter den Ministres hat sich besonders der würdige Ministre v. Heinitz am mehresten gegen die Einführung der Steuer gesezt, Er lud seine Herren Collegen ein, mit ihm gemeinsame Sache zu machen, und dem Monarchen die triftigsten Vorstellungen zu thun. Sein pro Memoria, das er dem Monarchen übergab, zeigte seine tiefe Kenntniß im Finanz-Fach und verrieth seinen Patriotismus. Nur ein paar Worte davon:

„Ew. Königl. Majestät haben die Tabacks-Administration und Caffée-Brennerei aufzuheben und dagegen, um die Revenues wieder herbei zu schaffen, eine Caffée- und Tabacks-Steuer einzuführen befohlen. Meine Schuldigkeit ist, als Ministre zu gehorchen; mein Eid verbindet mich aber dagegen das zu sagen, was ich, wenn ich E. KM. Min. auch nicht wäre, doch als Privat-Mann sagen würde. Gleich nach dem 7jährigen Kriege vermehrte E. KM. Oncle die Armée, und sezte deren Unterhaltung, zum Erstaunen des ganzen Europa, auf den solidesten Fuß fest. Um dies bewerkstelligen zu können, wurde mit auf die Revenues gerechnet, die aus der Tabacks-Administration entspringen würden. Die Folge hat es gelehret, daß der Etat erfüllet worden, ohne daß es nöthig gewesen, einzelne Glieder des Staats zu drükken. Dieses Institut soll aufgehoben und dagegen eine Steuer eingeführet werden. Steuern an sich sind, hundert Ursachen wegen, ein Verderben des Staats. Bei aller Gerechtigkeits-Liebe kann die Gleichheit wegen der vorkommenden verschiedenen Fälle nicht beobachtet werden rc. rc." Hier führet dieser vortreffliche Ministre ganz frei die Fälle an, wodurch der Landmann durch Steuern ganz ruiniret werden konnte und zulezt im Lande lauter Executions-Verfügungen sein dürften. So schön und so patriotisch dieses pro Memoria auch ist, so wurde es doch nur ad acta genommen. Unterdessen hat der Monarch von dieser Zeit an diesen Min. ganz seiner Gnade gewürdiget und bewiesen, daß jezt wieder ein Philosophe auf den Thron sizt.

Der Monarch fährt fort, Beweise zu geben wie gern er das Elend

seiner Unterthanen vermindern mögte. Dadurch, daß die Steuer nicht zur Wirklichkeit gebracht und die Revenues durch eine Auflage auf Delicatessen, auf Karten und Stempel-Pappier herbeigeschafft werden sollen, verliehrt der Monarch doch noch eine halbe Million. Aber auch auf dieser halben Million hat der Monarch zum Besten des Landes Verzicht gethan. Außerdem aber müessen noch 100,000 Thlr aufgebracht werden. Auf was für Art diese herbei zu schaffen, darüber hat sich die Commission noch nicht vereinigen können. Man glaubt, da bisher vom Taback nichts zur Accise gekommen, daß eine ganz kleine unbedeutende Auflage auf dieses Product verordnet werden dürfte, wodurch eine außerordentliche Revenue zur Casse und zur Dekkung aller Ausfälle fließen könne.

Auch der würdige Ministre von Hoym hat dazu sehr vieles beigetragen, daß aus der Einführung der Steuer nichts geworden. Ein Grund wirkte dabei sehr, daß der Hochselige bei der Besiznehmung Schlesiens versprochen, die Unterthanen nicht mit Steuern zu beschwehren.

Der Geheime Rath von Borck, der ehedem als Gesandter am Dänischen Hofe und zulezt bei dem 5ten Departement des General-Directorii stand, vom Hochseligen aber dimittiret wurde, ist der Verfasser der so sehr viel Auffsehens gemacht habenden Schrift: Was ist für uns und was ist gegen die General-Tabacks-Administration zu sagen? Als er die Piece im Manuscript fertig hatte, übergab er selbe dem Min. v. Herzberg zur Censur. Dieser wolte solcher die Censur nicht passiren lassen, sondern rieth ihm, sie zu cassiren, weil es ihm leicht Verdruß und Nachtheil zuziehen könnte. Der v. Borck antwortete: „So will ich um der Wahrheit willen ein Opfer des Staats werden; ich lasse die Piece in Leipzig drukken.“ Dies geschah.

Kaum hatte der v. Borck Nachricht von dem Befehl an den General-Fiscal, gegen den Verfasser zu agiren, so schrieb er eigenhändig an den König:

> „E. K. M. haben dem General-Fiscal aufgetragen: gegen den Verfasser der Schrift, betitelt 2c. zu agiren. Ich zeige hierdurch unterthänigst an, daß ich der Verfasser bin. Allerhöchstdieselben haben ein Recht über mein Leben; dies will ich gern verliehren, wenn ich mich nur überzeugen kann, daß Allerhöchstdieselben die Piece, die ein Beweiß meiner Liebe gegen E. K. M. höchsten Person und gegen mein Vaterland ist, und worin ich nichts wie die Wahrheit gesagt habe, bei stiller Muße durchgelesen haben“

Hierauf erhielt der General-Fiscal den Befehl, gegen den v. Borck nicht zu agiren; und die Sache auf sich beruhen zu lassen.

Als der König lezthin hier war, besahe er die Wacht-Parade des v. Bornstaedt'schen Regiments und ließ solche vor sich vorbei marchiren. Höchstdieselben waren mit dem Marchiren gar nicht zufrieden. Auch in Potsdam haben Sr. Maj. Dero Mißfallen über das Marchiren der dasigen Garnison und insonderheit über das 1ste Bataill. Garde bezeugt; Höchstdieselben äusserten, daß sie sämtliche dabei stehende Staabs-Officiers, im Fall sich das Bataillon nicht bessere, in Arrest schikken würden. Seit dieser Zeit fängt es dorten an serieuse zu werden und viele Officiers die sich ihre Seiten-Lokken abgeschnitten, um den König nachzuahmen, lassen sich wieder ordentlich frisiren, weil sie noch nicht wissen, wie der König recht eigentlich darüber denkt. Mit der Garnison sind Sr. Majestät wöchentlich 3 mal vor

dem Thore gewesen und haben auch die Dispositiones zu Maneuvriren ebenso wie Ihr Vorgänger gegeben. Aber nicht allein den Uebungen der Infanterie, sondern auch der Cavallerie widmen Sie Ihr Augenmerk.

Ehe der Monarch von Potsdam nach Berlin zur Special-Revue gieng, erhielt der Gen. v. Anhalt Ordre vor Sr. Maj. zu erscheinen. Die Ursachen dieser Zusammenkunft sind im Publico noch nicht bekannt. Der König ist mit der Garnison bei der Special-Revue sehr zufrieden gewesen. Der Monarch war an diesen beiden Tagen ganz Soldat und so serieuse wie der erste Censor im Staate sein muß. Sein Anzug war vollkommen militairisch: steife Stiefeln, lederne Beinkleider, eine weiße Treße, die simple Uniforme der Garde und einen großen Huth trug er, auch sahe man mit Vergnügen die zwey sonst gewöhnlichen Uhrketten nicht, statt dessen hatte er ein paar lederne, dem Preuß. Officier so gut kleidende Stutzhandschuh an. Der Monarch beobachtete alles bei der Special-Revue, so wie es sein erhabener Oncle eingeführet, und ließ fast bei jedem Regiment eine Compagnie chargiren. Wie der König das Regt. v. Möllendorff besahe, lobte der Monarch solches und reichte Möllendorff die Hand; dieser wolte sie küssen, der Monarch embrassirte ihm aber und war gegen ihn außerordentlich gnädig.

Nichts mehr beschäftigt die Ministros des Gen. Directorii so sehr, als die Judenschaft, denen der Monarch in seinen Staaten mehr geholfen wißen will. Nachstehende Punkte sind in Erwegung genommen worden:

1. Alle Jüdische Haußväter und sonst etablirte Handlung und Gewerbe treibende Juden, in allen Königl. Staaten, sollen dem Könige den gewöhnlichen Eid der Treue schwören, und in Ansehung ihres Bürgerlichen Verhältnisses nicht, wie bisher, als Fremdlinge, sondern als Landes Kinder angesehen werden, die sämtlich zu den Unterthans-Pflichten vereidet sind.

2. Die besondre Schutz-Gelder oder andere Abgaben, die dem Juden bisher zu entrichten auferlegt gewesen, worunter auch der Juden Leibzoll gehöret, sollen gänzlich aufhören, so daß künftig von denselben nichts gefordert werden kann, als was von allen übrigen Unterthanen Bürgerlichen Standes gefordert wird.

3. Muß die Benennung Jude, wenn nicht von der Nation oder von der Colonie im Ganzen die Rede ist, künftig nie gebraucht werden, weder bei Gerichtshöfen noch bei sonstigen Ausfertigungen, weil das eingewurzelte Vorurtheil mit dieser Benennung beschimpfende Begriffe zu verbinden sich berechtiget hält.

Bey der Regierung des verstorbenen Monarchen war es schwer, daß ein Bürgerlicher die Erlaubniß bekam, Adeliche Güter zu kaufen; der jetzige König will auch, daß es fernerhin bey der Regel verbleiben solle, daß Adeliche Güter ohne höchsten Consens nicht an Bürgerliche verkauft werden können, und von dieser Regel nur in solchen Fällen eine Ausnahme nachgelaßen werden solle, wo dergleichen Verkauf zur Conservation des Adelichen Verkäufers oder dessen Familie gereichet. Der König hat aber auch befohlen, daß alle solche Gesuche nicht mehr wie bishero bey ihm höchstselbst, sondern bey dem Lehns-Departement angebracht werden sollen, und von diesem Sr. Majestät nur in solchen Fällen darüber Vortrag geschehen solle, wo hinreichende Gründe eine Ausnahme von der Regel machen.

Die Delegaten des Land-Grafen von Hessen-Cassel machen alhier in der Bückeburgschen Angelegenheit nicht ihr Glück. Ein gewißer Herr v. Feldheim war der erste und der General Graf v. Schliefen der zweite, der vom Land-Grafen den Auftrag hatte, zum Besten seiner zu würken. Dem v. Feldheim sah der Monarch nur zufällig: er sagte, daß die Bewegungen des Hr. Land-Grafen nicht ohne Grund wären, und es würden sich wohl Mittel finden laßen, diese Sache auszugleichen. Vielleicht hat diese Antwort ihre Würkung gethan, denn bald darauf kam der v. Schliefen. Der Monarch unterredete sich aber mit Diesem in einem serieusern Ton und sagte:

„Ich kann nicht Richter in einer so delicaten Sache sein als die Bückeburgsche ist. Ueber die Rechtlichkeit der Sache wird das Reichs-Kammer-Gericht und deren hoher Principal urtheilen. Ich hoffe aber, daß dies Urtheil deutlich und wohl zu verstehen sei, und nicht im mindesten dem Deutschen Fürsten-Bund zu nahe trete. Es soll meine ganze Sorge sein, so lange wie ich lebe, nebst meinen Aliirten über die Haltung dieses Bundes heilig zu halten. Sagen Sie dies Ihren Herrn, und zugleich, daß dies mit für ihn ein Vortheil sei, und er solchen mit der Zeit schätzen werde. Im übrigen gehen Sie nach Berlin und lassen Sie sich von meinem Cabinets-Ministerio näher unterrichten."

Auch von dem Hofe zu St. Petersburg sind die angenehmsten Nachrichten eingegangen. Die große Kaiserin mißbilliget den dreisten Schritt der Staaten von Holland und hält das Benehmen des Königs für Recht. Ueberhaupt bekommt die Preußische gerechte Sache, seit der Chersoner Reise die glücklichste Wendung, und unser Gesandter daselbst wird mit allen Merkmalen der Achtung jezt angesehen.

Die Freude der hiesigen Husaren, gegen die Hollaender zu marchiren, ist fast nicht zu beschreiben. In den Bier Häusern saufen sie tüchtig, und die Krüge sind mit Orange Band umwickelt; dabey wird geschrien; es lebe der Printz v. Oranien und Friderich Wilhelm. — Einige, die die Orange Farbe nicht kannten, hatten penceen rothen Band um den Bier Krug gebunden. — Ein Holländer von Geburt schenkte ihnen ein Orange Band. Der König ist so vergnügt, wie er während seiner Regierung noch nicht gewesen. Ganz gewiß trägt dazu die glückliche Wendung der ihm so sehr am Hertzen gelegenen Holländischen Angelegenheiten bey. Der Monarch weiß iezt wie seiner Schwester zu helfen, und wer von den Europaeischen Mächten sein Freund ist. Oesterreich folgt nicht dem Beyspiel der vorigen Regenten; es geht ganz von deren Grundsätzen ab, an Preußen einen ewigen und unversöhnlichen Feind zu haben. Die eigenhändigen Versicherungen des Kaisers Majestät in dem Schreiben an den König sind dafür Bürge (man sagt, was der Kaiser einmal verspricht, sucht er zu halten). Der Courier, der diese Nachricht dem Könige überbrachte, erhielt ein Geschenk von 100 Ducaten. England tritt auf die Erbstadthalterische Seite. Eine so schöne Gelegenheit: die vereingten Provintzen ganz auf ihre Seite zu ziehen, und durch derer Alliance die Uebermacht zur See zu erhalten, kann es nicht vorbey gehen lassen. Auch die Versicherungen vom Cabinet von St. James sind für unsern Hof die angenehmsten. Eben dem Englischen Gesandten Hertzog

von Dorset zu Paris hat man es zu verdanken, daß die Gesinnungen des Cabinets zu Versailles bekannt geworden, die für den Erbstadthalterischen Hof gefährlich, und für England die nachtheiligsten Folgen haben. —

Daß der Hertzog von Braunschweig das Commando in Holland übernommen, kam auf ein Ohngefehr, an, und dieser würdige General konnte sich davon los sagen. Der König schrieb ihm: er wäre willens dem General v. Wunsch das Commando der Truppen in Holland zu übertragen. Dieser General wäre aber iezt sehr kränklich, und er würde deswegen wohl einen andern General den Auftrag thun müssen. Der König verlangte vom Hertzog, ihm einen vorzuschlagen. Der Hertzog antwortete sogleich durch eine Estafette: Er kenne einen General, der das Commando gern übernehmen würde; dieser General wäre er selbst. — Die Absicht des Königs und des Hertzogs wurde auf solche Art erfüllt.

Frankreich denkt auch bei dieser Crisis so, wie es von jeher zu denken gewohnt gewesen, nemlich es cabalirt, so elend auch deren innere Verfassung ist. Da iezt kein Gesandter hier ist, so bekam der französische Gesandte Groschlag, der im Reiche stehet, den Befehl von seinem Hofe, nach Berlin zu gehen und die Erklärung seines Hofes bekannt zu machen. Sie sind sehr hochtrabend und bestehen darin:

daß der französische Hof fest entschloßen sei, eine Armée von 100,000 Mann den Holländern zu Hülfe zu schikken, im Fall sich die Preußischen Trouppen noch mehr den Grenzen Hollands nähern solten, denn der König sein Herr würde und könnte nie zugeben, daß die dem Versailler Hofe ergebene Staaten unterjocht würden.

Vom hiesigen Ministerio ist dem Groschlag ganz kurz und bündig geantwortet worden:

daß dem Könige die Armée von 100,000 Mann ganz gleichgültig sei, und daß der Monarch dagegen eine von 50,000 Mann ihr entgegen setzen würde.

Mit dieser Antwort ist Groschlag ohne Abschied zu nehmen abgereiset, und der hiesige Charge des affaires macht auch schon Anstalten zur Abreise.

So lächerlich, wie die Drohungen Frankreichs bei ihrer Ohnmacht auch sind, so werden doch darauf schon Vorkehrungen getroffen, und es sind viele Estaffetten dieser Tage abgefertigt worden.

Der hiesige Chargé des affaires hat in Nahmen seines Hofes declariret, daß solcher davon nichts wüßte, daß sich verkleidete französische Soldaten ins Holländsche Gebieth unter fremder Kleidung schlichen und bei den Patrioten Dienste thäten, und es wäre allen französischen Generals verboten, sowohl den Officiers wie den Gemeinen Urlaub zu geben.

Gleich nach der Ankunft des General-Lieutenant v. Brühl bekam der General v. Backhoff eine Cabinets-Ordre, wodurch ihm anbefohlen wurde, zum Regiment zu gehen. Diese Ordre erhielt der Kron-Prinz, um solche dem General v. Backhoff einzuhändigen.

Der Prinz, der den Inhalt der Ordre muthmaßete, war betreten und traurig, seinen alten Führer zu verliehren. Einen ganzen Tag trug er die

Ordre bei sich, ohne zum Entschluß zu kommen. Endlich gab er solche mit Thränen in den Augen dem ꝛc. Backhoff und sagte: wir werden getrennt. — Des andern Tages ritt der General Backhoff von hier nach Potsdam. Der Kron-Prinz begleitete ihm bis am Thore und die Betrübniß über den Verlust seines bisherigen Mentors war so merklich, daß es ein jeder wahrnehmen konnte.

Dem General Backhoff ist diese Scene sehr überraschend gewesen, denn er glaubte: Der Prinz kenne seine Verdienste nicht. Bald darauf machte der Graf Brühl dem Prinzen die Cour. Sehr unerwartet mußte diesem geschickten Staats-Mann die Anrede des Kron-Prinzen sein. Sie war in wenig Worte, die: „Hören Sie, Herr Graf, ich werde viel von Ihnen in Absicht der schönen Wissenschaften profitiren können; aber nur nicht was den Preußischen Dienst betrifft." — Hier zeigte ihm der Prinz seine Bücher und mathematischen Instrumente und sagte: Diese Sachen schützen mich für Langeweile. Man will angemerkt haben, daß dieser Prinz sich zu sehr der Lecture widmet und dem schönen Geschlecht nicht recht hold sei. Lavater würde sich in dessen Physiognomie irren.

Die beiden ältesten Söhne des Königs haben jeder einen sehr schönen Ring vom Monarchen zum Geschenk erhalten. Der Kron-Prinz hat den Ring mit einer Art zurückgegeben. die seinem vortrefflichen Vater schmeicheln mußte. Er bat mündlich um eine Chabraque und versicherte dabei, daß er nie einen Ring tragen würde. Se. Majestät haben dessen Bitte bewilliget, ihm eine außerordentlich reiche Chabraque geschenkt, ihm aber auch den Ring gelassen mit den Worten: sein Geschmack würde sich schon ändern. Dieser Prinz liebt gar keine Pracht, trägt weder Ring noch Uhr. Handschuh kommen niemals auch in der strengsten Kälte auf seine Hände. Die neue schöne Garde Uniforme sieht er sehr zweideutig an. Er kann die vorige simple noch nicht vergessen.

So hart und strenge er gegen sich ist, so beweiset er doch jezt viel Menschenliebe.

Bey der Revüe der Artillerie hat der Cron-Printz so ganz gezeigt, was er ist, und was er dereinst werden wird, nämlich ein tüchtiger Soldat und guter Landesherr. Sehr ofte machte er des Morgens nach den Wedding den Spatzierritt, und wenn er gegenwärtig war, unterzog er sich der geringsten Arbeit. Zum Obrist v. Dittmar sagte er: „Herr Obrist, ich habe viel von dem Artillerie-Wesen gelesen, aber ich gestehe es, es ist damit noch nichts gethan, wenn man nicht alles selbst versucht; ich bitte Sie, geben Sie mir auch vom allergeringsten Nachricht." Er stieg darauf vom Pferde, nahm eine Spate und arbeitete mit den Canoniers; dies that auch der Graf Brühl, dem es aber saurer ward, weil deßen Körper zu schwerfällig ist.

Als das Husaren-Bataillon v. Eben ausmarchirte, bekam es Ordre über Charlottenburg zu gehen, alwo es der König sehen wolte. Vieler Geschäfte halben besah es der König nicht. Aber der Cron-Printz begleitete solches von Berlin bis nach Charlottenburg und gab Merkmale zu erkennen, die einen passionirten Soldaten verrathen. Seine Augen lachten, wenn er die Esquadrons vorbei ritt. Er besahe alles, und die geringste Kleinigkeit machte ihn aufmerksam. Wie sehr er sich auch den Cavallerie-Dienst im kleinen bekannt macht, kann Referent nicht verschweigen. Er hat sogar das Heuwickeln in Rollen, so wie es die Cavallerie auf dem Marsche nimmt, erlernet. Er macht es iezt so gut wie der beste Reiter, und die Hauptsache ist, daß er dabei ausrechnet, wie viel Zeit dazu erfordert wird.

Der Cron-Printz hat zum Geburts-Tag vom Könige 2 Chabraquen, wovon die eine 50 Louisd'or am Werth, von der Königin Mutter einen Schreibe-Tisch von Mahoni-Holtz und von seinem Bruder eine ganz complette gemeine Husaren-Uniform des Eben'schen Regiments von Commis-Tuch erhalten. Ueber beyde letztere Stücke war dessen Freude außerordentlich, besonders aber amusirte ihm die Husaren-Uniform. Den Tag nach seinem Geburts-Tag zog er sich ganz wie ein Eben'scher Husar an, und setzte sich auch in dieser Rüstung zu Tische. So sehr wie der Graf Brühl bath, solche abzulegen, so geschahe doch nichts weiter, als daß er den Peltz wegnehmen ließ; während dem Essen aber behielt er den Dollmann und den Säbel an der Seite. Deßen Hofmeister Benisch sagte zum Printz Ludewig: „Sie hätten auch wohl eine Officiers-Uniform zum Geschenk machen können." — Kaum hörte es der Cron-Printz, so antwortete er: „Erst muß man ein Gemeiner seyn und dann Officier, mit der Zeit wird mir mein Bruder Ludewig auch wohl eine vornehmere schenken." Nach Eßens wurde die Husaren-Uniform ausgezogen und in deßen Gegenwart ganz sauberlich in eine Garderobe gehangen, alwo schon die Uniform fast von der ganzen Armée hängt. Die Garderobe ist eigentlich die Puppe des Cron-Printzen, wo er außer seinen serieusen Geschäften sich Erholung verschafft. Pallasche, Säbels, Flinten — alles wird von ihm revidiret und nachgesehen, und die Printzlichen Bedienten haben mehr mit dieser Garderobe zu wirthschaften, als mit seinem Anzug, denn der kommt bei ihm in keine Beachtung.

Zu dem Herbst-Manoeuvre bereitet sich der Cron-Printz ganz vorzüglich vor. Er arbeitet ganze Abende an Planen, die nach Aussage des General v. Moellendorff, dem er sie jedesmal überschickt, einen Mann verrathen, der dereinst gewiß der erste General werden will. Als die Goltzenschen Husaren hier durchgiengen, führte er die erste Esquadron um 5 Uhr des Morgens nach dem Thier-Garten, und als die 4 übrigen Esquadrons ankamen, begleitete er solche bis Spandau, und nahm von den Officiers den freundschaftlichsten Abschied. Bey allen Manoeuvres, die in dieser Woche gehalten worden, ist er ganz frühe mit der erste gewesen; kurz die Liebe zum Militaire geht bey ihm bis zum Enthusiasmus. Der Cron-Printz giebt noch immer Gelegenheit seinen Character kennen zu lernen; vielleicht sind es Grundsätze, die ihm sein erhabener Oncle eingeflößt, nehmlich sich nichts vorschreiben zu lassen. Zwei Fälle beweisen es. Der Graf Lindenau schickte dem Cron-Printzen ein Reit-Pferd aus dem Königl. Stall. Auf die Frage des Printzen an seinen Reit-Knecht, ob das Pferd alt sei, bejahete dieser solches, mit dem Zusatz, wie er gewis glaubte, daß es wenig Kräfte habe. Fort mit dem Pferde, sagt der Printz, gebt es dem von Lindenau wieder. Dieser war darüber äußerst bestürzt und beklagte sich darüber bei dem Graf Brühl, daß das Pferd dem Printzen leider nicht gefallen hätte; v. Brühl that alles den Prinzen zu bewegen, es half aber nicht; es geschah weiter nichts, als daß der Cron-Printz antwortete: „ich werde es nie reiten; wollen Sie Herr Graf es reiten, so können Sie sich es holen lassen", — und dabei blieb es. Der Graf Brühl, der wirklich einen sehr feinen Geschmack hat, lies heimlich einen neumodischen Zaum machen und befahl, daß solcher dem Pferde des Prinzen angelegt werden sollte, wenn derselbe ausritte. Kaum sahe solchen der Prinz, so sagte er: Was ist das für ein neuer Zaum? — fort mit! Brühl bat umsonst; der Zaum nach deutscher Ritter Sitte muste aufgelegt werden.

Noch immer ist der Printz sehr serieux und gegen alle Dames eiskalt; doch ist er gegen die schöne Prinzessin Louise Ferdinand sehr herablaßend, weil ihm diese nach seiner Meinung alles ungezwungen beantwortet.

Da der Cron=Prinz alle Uniformen von der Armée hat, so zieht er sich solche sehr oft an. Vorige Woche hatte er die vom Leib=Carabiner=Regiment des gemeinen Reiters an, ließ die Thüre vor dem Palais zumachen und exercirte mit den bey ihm wachhabenden Soldaten, was das Zeug halten wollte. Da sie es sehr gut machten, beschenkte er sie; brachte ihnen auch Suppe, ein tüchtig Glaß Rheinwein und Semmel=Brod. — Es ist eine Kleinigkeit, aber sie erwirbt ihm die Liebe des Soldaten, und sie sind alle von ihm begeistert.

Man kann es eigentlich keine Aussöhnung nennen, wenn der Prinz Heinrich seine Gemahlin iezt zum öftern sieht, und sie an allen Lustbarkeiten Theil nehmen läßet; denn Se. Hoheit haben von jeher diese vortrefliche Prinzessinn verehrt. Der regierenden Königin gebühret das Lob, die kleinen Hindernisse zwischen beiden gehoben zu haben. Unerwartet war es der Prinzessinn, als der Prinz den 24sten d. M. ihr einen guten Morgen sagen und sie zur Comedie, die er in seinem Palais aufführen läßt, einladen ließ. Die Einladung wurde angenommen, der Prinz holte die Prinzessinn ab, und sprach mit seiner Gemahlin während der Comedie in Gegenwart der Königin sehr viel, speiset auch iezt zum öftern mit ihr. Seit dieser Zeit hat der ganz eigne Ton dieses Hofes einen Stoß bekommen; die Königin hat es aber nicht vermocht ihre Freude zu unterdrükken, sondern hat öffentlich gesagt: über kein Geschenk könnte sie sich so freuen, als über die glükliche Lenkung des Durchlauchten Paars.

(Bd. 30. S. 334. Z. 25 ist zu lesen: auf dem rechten Oderufer.)

Pierer'sche Hofbuchdruckerei. Stephan Geibel & Co. in Altenburg.

Bose